



C/2024/4130

19.7.2024

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

18. Juli 2024

(C/2024/4130)

1 Euro =

Währung			Kurs	Währung			Kurs
USD	US-Dollar		1,0930	CAD	Kanadischer Dollar		1,4953
JPY	Japanischer Yen		171,02	HKD	Hongkong-Dollar		8,5350
DKK	Dänische Krone		7,4603	NZD	Neuseeländischer Dollar		1,8010
GBP	Pfund Sterling		0,84175	SGD	Singapur-Dollar		1,4655
SEK	Schwedische Krone		11,5338	KRW	Südkoreanischer Won		1 511,38
CHF	Schweizer Franken		0,9666	ZAR	Südafrikanischer Rand		19,8950
ISK	Isländische Krone		149,50	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan		7,9327
NOK	Norwegische Krone		11,7480	IDR	Indonesische Rupiah		17 667,74
BGN	Bulgarischer Lew		1,9558	MYR	Malaysischer Ringgit		5,1016
CZK	Tschechische Krone		25,264	PHP	Philippinischer Peso		63,732
HUF	Ungarischer Forint		389,73	RUB	Russischer Rubel		
PLN	Polnischer Zloty		4,2918	THB	Thailändischer Baht		39,299
RON	Rumänischer Leu		4,9693	BRL	Brasilianischer Real		6,0101
TRY	Türkische Lira		36,1646	MXN	Mexikanischer Peso		19,3675
AUD	Australischer Dollar		1,6237	INR	Indische Rupie		91,4125

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

C/2024/4517

19.7.2024

BEKANNTMACHUNG DER KOMMISSION

zur Anwendung der Anforderungen an die Energieverbrauchskennzeichnung in Anbetracht des
Beschlusses des Gerichtshofs vom 5. Oktober 2023 in der Rechtssache C-761/22

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/4517)

Einführung

Auf ein Vorabentscheidungsersuchen des Landgerichts Bochum (Deutschland) zur Auslegung von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹⁾ im Rahmen der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 65/2014 der Kommission über die Energieverbrauchskennzeichnung von Haushaltsbacköfen und -dunstabzugshauben ⁽²⁾ hin hat der Gerichtshof in seinem Beschluss vom 5. Oktober 2023 ⁽³⁾ Folgendes entschieden:

„51 ... sind die Vorlagefragen wie folgt zu beantworten:

- Art. 6 Abs. 1 Buchst. a der Verordnung 2017/1369 ist dahin auszulegen, dass die Lieferanten und Händler eines Produkts verpflichtet sind, in ihrer visuell wahrnehmbaren Werbung oder ihrem technischen Werbematerial für ein bestimmtes Produktmodell auf dessen Energieeffizienzklasse und auf das Spektrum der auf dem Etikett der betreffenden Produktgruppe verfügbaren Effizienzklassen hinzuweisen, wenn diese Produktgruppe Gegenstand eines auf der Grundlage der Richtlinie 2010/30 erlassenen delegierten Rechtsakts und nicht eines auf der Grundlage der Verordnung 2017/1369 erlassenen delegierten Rechtsakts ist.
- Sieht dieser delegierte Rechtsakt nicht vor, in welcher Weise die Lieferanten und Händler einen solchen Hinweis vornehmen müssen, und ist für die betreffende Produktgruppe noch kein delegierter Rechtsakt auf der Grundlage von Art. 16 der Verordnung 2017/1369 erlassen worden, müssen sie in ihrer visuell wahrnehmbaren Werbung und ihrem technischen Werbematerial auf die Energieeffizienzklasse dieses Produkts und das Spektrum der Effizienzklassen in gleicher Weise hinweisen wie auf dem Etikett der betreffenden Produktgruppe, sofern eine solche Gestaltung angesichts von Art, Größe und kommerziellen Erfordernissen der Werbung und des Werbematerials lesbar und sichtbar bleibt.
- Ist eine solche Gestaltung nicht möglich, müssen sich die Lieferanten und Händler jedenfalls für eine äquivalente Gestaltung entscheiden, die den Anforderungen an die Information des Verbrauchers sowie den aus der Verordnung 2017/1369 resultierenden Erfordernissen der Lesbarkeit und Sichtbarkeit entspricht.“

Zusammenfassung des Beschlusses

Obwohl sich dieser Fall speziell auf Backöfen und Dunstabzugshauben bezieht, wird mit ihm ein Grundsatz festgelegt, der horizontale Auswirkungen auf all diejenigen Produkte hat, für die auf der Grundlage der Richtlinie 2010/30/EU ⁽⁴⁾ erlassene Verordnungen zur Energieverbrauchskennzeichnung gelten, in denen nicht ausdrücklich vorgeschrieben ist, dass das Spektrum der Energieeffizienzklassen in der visuell wahrnehmbaren Werbung und im Werbematerial angegeben werden muss. Die wichtigsten Schlussfolgerungen des Gerichtshofs sind folgende:

Nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2017/1369 sind **Lieferanten und Händler eines Produkts, das unter einen gemäß der Richtlinie 2010/30/EU erlassenen delegierten Rechtsakt zur Energieverbrauchskennzeichnung fällt, verpflichtet, in visuell wahrnehmbarer Werbung oder in technischem Werbematerial auf die Energieeffizienzklasse dieses Produkts und das Spektrum der Effizienzklassen auf dem Etikett der betreffenden Produktgruppe Bezug zu nehmen, auch wenn der delegierte Rechtsakt über das betreffende Produkt keine solche Angabe vorschreibt.**

⁽¹⁾ Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2017 zur Festlegung eines Rahmens für die Energieverbrauchskennzeichnung und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/30/EU (ABl. L 198 vom 28.7.2017, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2017/1369/oj>).

⁽²⁾ Delegierte Verordnung (EU) Nr. 65/2014 der Kommission vom 1. Oktober 2013 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Haushaltsbacköfen und -dunstabzugshauben (ABl. L 29 vom 31.1.2014, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2014/65/oj).

⁽³⁾ Beschluss vom 5. Oktober 2023, Verband Wirtschaft im Wettbewerb, C-761/22, ECLI:EU:C:2023:756

⁽⁴⁾ Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 über die Angabe des Verbrauchs an Energie und anderen Ressourcen durch energieverbrauchsrelevante Produkte mittels einheitlicher Etiketten und Produktinformationen (ABl. L 153 vom 18.6.2010, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2010/30/oj).

Der Gerichtshof stellte klar, dass Lieferanten und Wiederverkäufer unter diesen Umständen und bis zum Erlass eines delegierten Rechtsakts für die betreffende Produktgruppe gemäß der Verordnung (EU) 2017/1369 über einen **gewissen Spielraum** dahin gehend verfügen, **in welcher Weise** sie in ihrer visuell wahrnehmbaren Werbung und ihrem technischen Werbematerial auf die Energieeffizienzklasse und das Spektrum der Effizienzklassen hinweisen. Dieser Spielraum wird jedoch insbesondere dadurch eingeschränkt, dass sichergestellt werden muss, dass ein normal informierter, angemessen aufmerksamer, verständiger Durchschnittsverbraucher die Energieeffizienzklasse des Produkts und das Spektrum der auf dem Etikett angegebenen Effizienzklassen ohne Weiteres erkennen kann. Auf diese Weise werden die Verbraucher über den Energieverbrauch des Produkts informiert, sodass sie selbigen anhand von anderen visuellen Werbeanzeigen oder anderem technischen Werbematerial mit dem Energieverbrauch von Produkten derselben Gruppe vergleichen und sachkundige Kaufentscheidungen treffen können.

Der Gerichtshof wies darauf hin, dass bekannt ist, dass die Buchstaben, die mit den verschiedenen Energieeffizienzklassen und ihren Spektren im Zusammenhang stehen, in einem Pfeilzeichen erscheinen, dessen Hintergrundfarbe der des betreffenden Buchstabens entspricht. Grundlage hierfür ist die dunkelgrüne bis rote Farbskala des Energielabels, die allen Rechtsakten der Union im Bereich der Energieverbrauchskennzeichnung gemein ist. Da die Verbraucher seit Langem mit dieser Farbskala und dem Pfeilsymbol vertraut sind, müssen die betreffenden Hersteller und Händler, wenn sie sich für eine grafische Darstellung dieser Klassen und Spektren in ihrer visuellen Werbung und ihrem technischen Werbematerial entscheiden, zumindest die Farbe dieser Skala und dieses Symbols einhalten, es sei denn, das betreffende Werbe- oder Verkaufsförderungsmaterial ist in Schwarz-Weiß gedruckt ⁽⁵⁾.

Der Gerichtshof erteilte weitere Hinweise dazu, wie die Energieeffizienzklasse und das Spektrum der Klassen in schriftlicher oder visueller Form anzugeben sind: ⁽⁶⁾

„Als Beispiel und unbeschadet anderer denkbarer Lösungen können sie die Energieeffizienzklasse des betreffenden Produkts und das Spektrum der Energieeffizienzklassen lesbar und sichtbar mittels einer für einen normal informierten, angemessen aufmerksamen und verständigen Durchschnittsverbraucher leicht verständlichen Wendung (wie etwa: ‚Die Energieeffizienzklasse dieses Modells/Produkts ist [einschlägiger Buchstabe] innerhalb eines Spektrums von [erster Buchstabe] bis [letzter Buchstabe]‘) angeben oder den Buchstaben der betreffenden Energieeffizienzklasse in einem Pfeil mit der Hintergrundfarbe des entsprechenden Buchstabens des Spektrums der Energieeffizienzklassen wiedergeben und neben diesem Pfeil den Umfang des Spektrums mittels einer Angabe oder eines äquivalenten Symbols präzisieren, die oder das für einen solchen Verbraucher leicht verständlich ist. Positionierung, Schriftart und Schriftgröße dieser Hinweise sind so zu wählen, dass sie lesbar und sichtbar sind und somit für den Verbraucher klar aus der betreffenden Werbung oder dem betreffenden Werbematerial hervorgehen. Falls sich die Lieferanten und Händler für das Pfeilsymbol entscheiden, können sie sich von der oben in Rn. 18 wiedergegebenen grafischen Gestaltung leiten lassen, die die Kommission in den für andere Produktgruppen auf der Grundlage von Art. 16 der Verordnung 2017/1369 erlassenen delegierten Verordnungen gewählt hat.“

Auswirkungen des Beschlusses

In Anbetracht dessen ist die Kommission der Auffassung, dass die **Wirtschaftsakteure, sofern möglich und bis zur Annahme eines einschlägigen/spezifischen delegierten Rechtsakts auf der Grundlage der Verordnung (EU) 2017/1369**, im Einklang mit der Praxis in delegierten Verordnungen, die gemäß der Verordnung (EU) 2017/1369 erlassen wurden, **neben dem Spektrum einen Buchstaben in einem Pfeil verwenden sollten**. Für Haushaltsbacköfen würde dies wie das Piktogramm in Abbildung 1 aussehen.

Abbildung 1

Geeignete Angabe für Ofengarräume



Die **Kommission wird solche Piktogramme** im Laufe des Jahres 2024 für jedes registrierte Produkt sämtlicher einschlägiger Produktgruppen in der Europäischen Produktdatenbank für die Energieverbrauchskennzeichnung ⁽⁷⁾ **zur Verfügung stellen** und dafür sorgen, dass diese Piktogramme automatisch über Anwendungsprogrammierschnittstellen (API) ⁽⁸⁾ abgerufen werden können.

⁽⁵⁾ Beschluss, Rn. 47.

⁽⁶⁾ Beschluss, Rn. 50.

⁽⁷⁾ <https://eprel.ec.europa.eu/screen/home>

⁽⁸⁾ Informationen sind unter https://energy-efficient-products.ec.europa.eu/suppliers_en#more-energy-labelling-tools erhältlich, insbesondere weitere Anleitungen und Informationen zur Syntax der im Wiki <https://webgate.ec.europa.eu/fpfis/wikis/display/EPREL/EPREL+Public+site+-+API> bereitgestellten API.

Der Beschluss betraf nur visuell wahrnehmbare Werbung und technisches Werbematerial. Er befasste sich nicht ausdrücklich mit Online-Fernabsatz. Für letzteren gelten besondere Bestimmungen⁽⁹⁾, die auch in gemäß der Richtlinie 2010/30/EU erlassene delegierte Rechtsakte aufgenommen wurden (auch zu geschachtelten Anzeigen von Etiketten)⁽¹⁰⁾. Dennoch dürfte dieselbe der Verbraucherinformation zugrunde liegende Logik auch für den Online-Fernabsatz gelten. So ist die Kommission der Auffassung, dass – wenn ein Wirtschaftsakteur Piktogramme wie das in Abbildung 1 (d. h. einschließlich des jeweils anwendbaren Spektrums) im Zusammenhang mit der „verschachtelten Anzeige“ von Etiketten für den Online-Fernabsatz verwendet, und zwar anstelle des Stils, der in den gemäß der Richtlinie 2010/30/EU erlassenen delegierten Rechtsakten vorgeschrieben ist (d. h. ohne Angabe des Spektrums) – die nationalen Marktüberwachungsbehörden im Rahmen der Ausübung ihrer Tätigkeiten ein solches Format für die Zwecke geschachtelter Anzeigen als für die Erreichung des Ziels der Verbraucherinformation geeignet erachten können.

Wie wird das jeweils anwendbare Spektrum der Energieeffizienzklassen festgelegt?

Zur Frage, **welches Spektrum von Energieeffizienzklassen in einer bestimmten Situation anwendbar ist**, stellt die Kommission zunächst fest, dass sich der Beschluss des Gerichtshofs ausdrücklich auf das Spektrum der „auf dem Etikett verfügbaren Effizienzklassen“⁽¹¹⁾ bezieht. Auch wenn dieses Spektrum grundsätzlich davon abhängen kann, wann ein bestimmtes Gerät in Verkehr gebracht wurde⁽¹²⁾, sind die gemäß Richtlinie 2010/30/EU erlassenen delegierten Rechtsakte alle bereits so lange in Kraft, dass bereits seit einiger Zeit schrittweise die obersten Kennzeichnungsklassen eingeführt wurden. Das bedeutet, dass es für Verbraucher unwahrscheinlich ist, viele oder überhaupt Produkte zu finden, die gemäß einem zuvor geltenden, in den jeweiligen Verordnungen vorgesehenen Klassenspektrum gekennzeichnet sind.

Außerdem erwähnt der Gerichtshof keine Auswirkungen auf die Ökodesign-Verordnungen, die für dieselben Produkte gelten. In Randnummer 24 des Beschlusses wird ausdrücklich darauf verwiesen, dass der Kläger des Ausgangsverfahrens sich auf „das Spektrum der Effizienzklassen von A+++ bis D“ (das gemäß der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 65/2014 auf dem Etikett steht) bezieht. Gemäß den Ökodesign-Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 66/2014 der Kommission⁽¹³⁾ dürfen Haushaltsbacköfen jedoch nicht mehr in Verkehr gebracht werden, wenn ihre Leistung der Klasse B oder darunter⁽¹⁴⁾ entspricht.

Die Kommission stellt fest, dass die Berücksichtigung von Ökodesign-Beschränkungen bei der Festlegung des anzugebenden Klassenspektrums logischerweise auch für Produkte gelten würde, die durch gemäß der Verordnung (EU) 2017/1369 erlassene delegierte Rechtsakte geregelt sind. In diesen neueren Rechtsakten ist jedoch bereits die Verwendung von Piktogrammen (entweder für visuell wahrnehmbare Werbung, technisches Werbematerial oder für geschachtelte Etiketten im Zusammenhang mit Online-Fernabsatz) festgelegt. Diese umfassen das gesamte auf dem Etikett angegebene Spektrum (A bis G), ohne die Beschränkungen zu berücksichtigen, die sich aus den entsprechenden Ökodesign-Verordnungen ergeben. Eine Änderung dieser Praxis würde bedeuten, dass man sich nicht mehr in allen Fällen auf die Piktogramme der jüngsten Rechtsakte berufen könnte, was zu einem inakzeptablen Mangel an Rechtssicherheit für die Wirtschaftsakteure führen würde.

Darüber hinaus gelten die Einschränkungen der Ökodesign-Anforderungen nicht in allen Fällen für den gesamten Anwendungsbereich der von den entsprechenden Kennzeichnungen betroffenen Produkte. So unterliegen z. B. Garräume von Backöfen mit nur einem Garraum Ökodesign-Anforderungen, die heutzutage mindestens eine Leistung der Klasse A erfordern, während für zusätzliche Garräume in Backöfen mit mehreren Garräumen auch Klasse B gelten könnte. Ein weiteres Beispiel sind Waschmaschinen: Ab dem 1. März 2024 steht die Klasse G nicht mehr für Maschinen normaler Größe, aber weiterhin für Maschinen mit geringerer Kapazität zur Verfügung. Die Verwendung eines anderen als dem auf dem Etikett angegebenen Spektrums, wie in den Verordnungen über die Energieverbrauchskennzeichnung vorgesehen, könnte zu Verwirrung bei den Verbrauchern führen, wenn sie Produkte vergleichen, die derselben Produktgruppe angehören, für die jedoch unterschiedliche Spektren angegeben sind.

⁽⁹⁾ In Anhang VII der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 65/2014 im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Haushaltsbacköfen und -dunstabzugshauben ist das Format des Energieeffizienzklassenpfeils für geschachtelte Anzeigen festgelegt.

⁽¹⁰⁾ Der Energieeffizienzklassenpfeil mit dem Mechanismus der „geschachtelten Anzeige“ wurde erstmals mit der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 518/2014 der Kommission vom 5. März 2014 über die Kennzeichnung von energieverbrauchsrelevanten Produkten im Internet eingeführt, mit der die Delegierten Verordnungen (EU) Nr. 1059/2010, (EU) Nr. 1060/2010, (EU) Nr. 1061/2010, (EU) Nr. 1062/2010, (EU) Nr. 626/2011, (EU) Nr. 392/2012, (EU) Nr. 874/2012, (EU) Nr. 665/2013, (EU) Nr. 811/2013 und (EU) Nr. 812/2013 der Kommission geändert wurden.

⁽¹¹⁾ Beschluss, Rn. 46 und 51.

⁽¹²⁾ Bestimmte [Produkt-]Verordnungen, die auf der Grundlage der Richtlinie 2010/30/EU erlassen wurden, sehen ein Spektrum vor, das sich im Laufe der Zeit ändert (wobei die untersten Klassen wegfallen und zusätzliche Spitzenklassen zu bestimmten Zeitpunkten hinzugefügt werden).

⁽¹³⁾ Verordnung (EU) Nr. 66/2014 der Kommission vom 14. Januar 2014 zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Haushaltsbacköfen, -kochmulden und -dunstabzugshauben (ABl. L 29 vom 31.1.2014, S. 33, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2014/66/oj>).

⁽¹⁴⁾ C oder darunter für den zweiten Garraum in Backöfen mit mehreren Garräumen, siehe weiter unten.

Die Kommission ist daher der Auffassung, dass die **möglichen Auswirkungen entsprechender Ökodesign-Verordnungen bei der Festlegung des anzugebenden Klassenspektrums nicht berücksichtigt werden sollten**. Stattdessen sollte dies im Rahmen von Neuskalierungen gemäß der Verordnung (EU) 2017/1369 und, sofern in diesen Neuskalierungsmaßnahmen vorgesehen, mithilfe des in Artikel 11 Absatz 10 der betreffenden Verordnung genannten Mechanismus („Ausgrauen“) angegangen werden.

Keine unmittelbare Anwendbarkeit von Artikel 11 Absatz 10 der Verordnung (EU) 2017/1369 („Ausgrauen“)

Analog zu der unmittelbar anwendbaren Verpflichtung, die sich laut Gerichtshof aus Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2017/1369 ergibt, könnte argumentiert werden, dass Artikel 11 Absatz 10 der genannten Verordnung („Ausgrauen“) auch unmittelbar anwendbar sein sollte, auch wenn in dem einschlägigen delegierten Rechtsakt nicht präzisiert wurde, wie das „Ausgrauen“ anzuwenden ist. Die Kommission ist jedoch der Auffassung⁽¹⁵⁾, dass Artikel 11 Absatz 10 der Verordnung (EU) 2017/1369 in solchen Fällen (also wenn die Ökodesign-Anforderungen bedeuten, dass die niedrigste(n) Energieeffizienzklasse(n) de facto leer wird bzw. werden) nicht unmittelbar anwendbar sein sollte. Wie bereits erwähnt, besteht häufig kein direkter Zusammenhang zwischen Ökodesign-Grenzwerten und der niedrigsten verfügbaren Energieeffizienzklasse. Der Versuch, diesen Artikel 11 Absatz 10 unmittelbar ohne eine klare Spezifizierung im einschlägigen delegierten Rechtsakt anzuwenden, würde zu Verwirrung bei den Verbrauchern und Unsicherheit bei den Wirtschaftsakteuren führen. So wäre beispielsweise nicht klar, welche Farben für Pfeile zu verwenden sind, obwohl der Gerichtshof die Bedeutung derselben für die Verbraucher hervorgehoben hat. Ebenso könnten die Verbraucher im selben Geschäft andere Geräte mit anderen Spektrumsangaben vorfinden, selbst bei Produkten, deren Etikett gemäß der Verordnung (EU) 2017/1369 längst mit einer neuen Skalierung versehen wurde.

Zeitplan

In Anbetracht der für die Anpassung erforderlichen Zeit sollten Lieferanten und Händler ihre Werbe- und Verkaufsförderungspraktiken so bald wie möglich an den Beschluss des Gerichtshofs und diese Bekanntmachung anpassen. Die nationalen Marktüberwachungsbehörden werden aufgefordert, den Wirtschaftsakteuren auf der Grundlage dieser Bekanntmachung die Auswirkungen des Beschlusses mitzuteilen und ihre Durchsetzungsmaßnahmen entsprechend anzupassen. Die Kommission wird bei der Ausübung ihres Ermessens in Bezug auf Vertragsverletzungsverfahren die erforderliche Anpassungszeit berücksichtigen. Die Durchsetzung der Verpflichtungen gemäß dem Beschluss des Gerichtshofs darf bis zu sechs Monate nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im Amtsblatt in Anspruch nehmen. Was bereits vorhandenes gedrucktes Material betrifft, ist die Kommission der Auffassung, dass dies bis zu 12 Monate in Anspruch nehmen kann.

⁽¹⁵⁾ Endgültige Auslegungen des Unionsrechts sind allein Sache des Gerichtshofs der Europäischen Union.



C/2024/4539

19.7.2024

MITTEILUNG DER KOMMISSION

Genehmigung des Inhalts eines Entwurfs für eine Verordnung der Kommission zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen im Schienen-, Binnenschiffs- und multimodalen Verkehr mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 93, 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

(C/2024/4539)

Die Kommission hat den Inhalt eines Entwurfs für eine Verordnung der Kommission zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 93, 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union am 18. Juni 2024 genehmigt.

Der Verordnungsentwurf ist dieser Mitteilung als Anhang beigefügt. Er ist Gegenstand einer öffentlichen Konsultation und kann eingesehen werden unter:

https://competition-policy.ec.europa.eu/public-consultations_de

—

ANHANG

Verordnung der Kommission zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen im Schienen-, Binnenschiffs- und multimodalen Verkehr mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 93, 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

(Text von Bedeutung für den EWR)

ENTWURF

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 108 Absatz 4,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2022/2586 des Rates vom 19. Dezember 2022 über die Anwendung der Artikel 93, 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen staatlicher Beihilfen im Schienen-, Binnenschiffs- und multimodalen Verkehr ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 1,

nach Anhörung des Beratenden Ausschusses für staatliche Beihilfen,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Staatliche Zuwendungen, die die Kriterien des Artikels 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union („AEUV“) erfüllen, stellen staatliche Beihilfen dar, die nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV bei der Kommission anzumelden sind. Der Rat kann jedoch nach Artikel 109 AEUV Gruppen von Beihilfen festlegen, die von dieser Anmeldepflicht ausgenommen sind. Die Kommission kann nach Artikel 108 Absatz 4 AEUV Verordnungen zu diesen Gruppen von staatlichen Beihilfen erlassen.
- (2) Durch die Verordnung (EU) 2022/2586 des Rates ist die Kommission ermächtigt worden zu erklären, dass Beihilfen für die Koordinierung des Verkehrs gemäß Artikel 93 AEUV unter bestimmten Voraussetzungen von der Anmeldepflicht freigestellt werden können.
- (3) Beihilfen für den Schienen-, Binnenschiffs- und multimodalen Verkehr werden als mit dem Vertrag vereinbar erachtet, sofern sie im Einklang mit Artikel 93 AEUV den Erfordernissen der Koordinierung des Verkehrs entsprechen oder eine Abgeltung bestimmter, mit dem Begriff des öffentlichen Dienstes zusammenhängender Leistungen darstellen.
- (4) Um die 2019 von der Kommission vorgeschlagenen und im europäischen Grünen Deal ⁽²⁾ festgelegten Klimaneutralitätsziele der EU zu erreichen, ist ein grundlegender ökologischer und digitaler Wandel des Verkehrs in der EU erforderlich. Im Rahmen der Strategie der Kommission für nachhaltige und intelligente Mobilität ⁽³⁾ aus dem Jahr 2020 forderte die EU die Mitgliedstaaten auf, Maßnahmen zu ergreifen, um alle Verkehrsträger nachhaltiger zu gestalten und den Umstieg auf nachhaltigere Verkehrsträger zu fördern.
- (5) In Artikel 11 AEUV wird das Engagement der Union für Umweltschutz und Nachhaltigkeit bekräftigt und die Einbeziehung der Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung der Unionspolitiken und -maßnahmen hervorgehoben. Die Kommission erkennt die Bedeutung nachhaltiger Verfahren im Verkehrssektor an.
- (6) Nach den Erfahrungen der Kommission bei der Anwendung des Artikels 93 AEUV verursachen bestimmte Gruppen staatlicher Beihilfen, die den Erfordernissen der Koordinierung des Verkehrs entsprechen, keine nennenswerten Beeinträchtigungen von Wettbewerb und Handel zwischen Mitgliedstaaten, sofern sie bestimmte eindeutige, auf der Grundlage der umfangreichen Beschlusspraxis der Kommission festgelegte Vereinbarkeitskriterien erfüllen.

⁽¹⁾ ABl. L 338 vom 30.12.2022, S. 35, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2586/oj>.

⁽²⁾ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Der europäische Grüne Deal (COM(2019) 640 final).

⁽³⁾ COM(2020) 789 final.

- (7) Diese Verordnung sollte für staatliche Beihilfen gelten, die Unternehmen im Schienen-, Binnenschiffs- und multimodalen Verkehr gewährt werden.
- (8) Beihilfen, die sowohl die allgemeinen als auch die für die betreffende Gruppe von Beihilfen geltenden besonderen Voraussetzungen dieser Verordnung erfüllen, sollten von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt sein.
- (9) Staatliche Beihilfen im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 AEUV, die nicht unter diese Verordnung fallen, unterliegen weiter der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV. Diese Verordnung nimmt den Mitgliedstaaten nicht die Möglichkeit, Beihilfen anzumelden, mit denen Ziele verfolgt werden, die den unter diese Verordnung fallenden Zielen entsprechen.
- (10) Diese Verordnung sollte eine stärkere Vereinfachung ermöglichen und zu mehr Transparenz, einer wirksamen Evaluierung und besseren Kontrollen der Einhaltung der Beihilfavorschriften auf nationaler und EU-Ebene beitragen, gleichzeitig jedoch die institutionellen Befugnisse der Kommission und der Mitgliedstaaten wahren. Dies steht im Einklang mit der Mitteilung der Kommission über die Modernisierung des EU-Beihilfenrechts ⁽⁴⁾ und dem Ergebnis der von der Kommission im Jahr 2020 durchgeführten Eignungsprüfung ⁽⁵⁾, denen zufolge der Verwaltungsaufwand verringert und der effiziente Einsatz öffentlicher Mittel gewährleistet werden muss.
- (11) Die allgemeinen Voraussetzungen für die Anwendung dieser Verordnung sollten anhand gemeinsamer Grundsätze festgelegt werden, die gewährleisten, dass die Beihilfen i) der Koordinierung des Verkehrs dienen, ii) einen eindeutigen Anreizeffekt haben, iii) erforderlich, geeignet und angemessen sind, iv) in voller Transparenz und unter Anwendung eines Kontrollmechanismus und einer regelmäßigen Evaluierung gewährt werden v) und Wettbewerb und Handel nicht in einer Weise verändern, die den allgemeinen Interessen der EU abträglich ist.
- (12) Um sicherzustellen, dass die Beihilfe erforderlich ist und als Anreiz zur Weiterentwicklung von Tätigkeiten oder Vorhaben wirkt, sollte diese Verordnung nicht für Beihilfen für Tätigkeiten gelten, die der Beihilfeempfänger in jedem Fall, also auch ohne die Beihilfe, aufgenommen hätte. Beihilfen sollten nur dann nach dieser Verordnung von der Anmeldepflicht freigestellt werden, wenn mit den Arbeiten für das geförderte Vorhaben oder die geförderte Tätigkeit erst begonnen wird, nachdem der Beihilfeempfänger einen schriftlichen Beihilfeantrag gestellt hat.
- (13) Bei unter diese Verordnung fallenden Ad-hoc-Investitionsbeihilfen, die großen Unternehmen gewährt werden, sollte der Mitgliedstaat sicherstellen, dass der Beihilfeempfänger zusätzlich zur Erfüllung der für KMU geltenden Voraussetzungen in Bezug auf den Anreizeffekt laut seinen internen Unterlagen nachweislich die Rentabilität der geförderten Investition mit und ohne Beihilfe analysiert hat. In solchen Fällen sollte sich der Mitgliedstaat vergewissern, dass aus diesen Unterlagen hervorgeht, dass es durch die Beihilfe entweder zu einer signifikanten Erweiterung des Gegenstands der geförderten Investition oder der Gesamtausgaben des Beihilfeempfängers für die geförderte Investition und/oder zu einem signifikant beschleunigten Abschluss der Investition kommt.
- (14) Für automatische Beihilferegeln in Form von Steuervergünstigungen sollte hinsichtlich des Anreizeffekts weiter eine besondere Voraussetzung gelten, da die auf diesen Regelungen beruhenden Beihilfen automatisch gewährt werden. Diese besondere Voraussetzung lautet, dass mit den betreffenden Beihilferegeln nur Vorhaben oder Tätigkeiten gefördert werden sollten, an denen die Arbeiten erst nach Inkrafttreten der Regelungen beginnen. Diese Voraussetzung sollte jedoch nicht für Folgeregeln gelten, sofern die Tätigkeit bereits unter die früheren Regelungen in Form von Steuervergünstigungen fiel. Für die Prüfung des Anreizeffekts von Folgeregeln ausschlaggebend ist der Zeitpunkt, zu dem die steuerliche Maßnahme zum ersten Mal in der ursprünglichen Regelung dargelegt wurde.
- (15) Bei Betriebsbeihilfen zur Verringerung der externen Kosten des Verkehrs, die die Voraussetzungen dieser Verordnung erfüllen, sollte von einem Anreizeffekt ausgegangen werden, wenn die Beihilfe an die Nutzer weitergegeben wird und somit die Nachfrage nach nachhaltigen Verkehrsdiensten erhöht und eine Verkehrsverlagerung stattfindet. Durch die Veröffentlichung soll das Wissen um die verfügbaren Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit nachhaltiger Formen des Landverkehrs gegenüber reinem Straßenverkehr und anderen konkurrierenden umweltschädlicheren Verkehrsträgern erhöhen und dürften somit dafür sorgen, dass die Beihilfe sich in dem Preis niederschlägt, den die Nutzer zahlen müssen. In jedem Fall sollten Betriebsbeihilfen zur Verringerung der externen Kosten des Verkehrs nicht gewährt werden, wenn der umweltschädlichere Verkehrsträger keine tragfähige Alternative zu dem nachhaltigen Verkehrsträger darstellt. Während es bei Personenverkehrsdiensten immer eine umweltschädlichere wirtschaftlich tragfähige Alternative zur Beförderung auf der Schiene oder auf Binnenwas-

⁽⁴⁾ COM(2012) 209 vom 8.5.2012.

⁽⁵⁾ Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen vom 30. Oktober 2020 – Eignungsprüfung („Fitness Check of the 2012 State aid modernisation package, railways guidelines and short-term export credit insurance“, SWD(2020) 257 final).

serstraßen gibt, hängt die Wettbewerbsfähigkeit im Güterverkehr von der zurückzulegenden Strecke ab. Dies gilt nicht für den Einzelwagenverkehr, da diese Art des unimodalen Schienenverkehrs aufgrund der Kosten für die Zugbildung aus Wagen verschiedener Kunden unabhängig von der zurückzulegenden Strecke weniger rentabel ist als reiner Straßenverkehr.

- (16) Im Interesse der Transparenz, Gleichbehandlung und wirksamen Überwachung sollte diese Verordnung nur für Beihilfen gelten, deren Bruttosubventionsäquivalent sich im Voraus genau berechnen lässt, ohne dass eine Risikobewertung erforderlich ist („transparente Beihilfen“). Für bestimmte Beihilfeinstrumente wie Kredite, Garantien, steuerliche Maßnahmen, Risikofinanzierungsmaßnahmen und insbesondere rückzahlbare Vorschüsse werden in dieser Verordnung die Voraussetzungen festgelegt, unter denen sie als transparent angesehen werden können. Kapitalzuführungen sollten nicht als transparente Beihilfen angesehen werden. Im Falle von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gibt die Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen in Form von Haftungsverpflichtungen und Bürgschaften ⁽⁶⁾ Aufschluss darüber, wie hoch ein jährliches Garantieentgelt mindestens sein muss (jährliche SAFE-Harbour-Prämie), damit eine staatliche Garantie nicht als Beihilfe gilt.
- (17) Damit sichergestellt ist, dass die Beihilfen angemessen und auf das erforderliche Maß beschränkt sind, werden in dieser Verordnung die Beihilfehöchstbeträge in Form von Beihilfeintensitäten bezogen auf die jeweils beihilfefähigen Kosten festgelegt. Auf der Grundlage der Erfahrung der Kommission wird die Beihilfeintensität so festgesetzt, dass Beeinträchtigungen von Wettbewerb und Handel, die durch die geförderte Tätigkeit verursacht werden, möglichst gering gehalten werden, gleichzeitig jedoch das Marktversagen oder ein anderes Hindernis für die Koordinierung des Verkehrs in geeigneter Weise behoben wird.
- (18) In die Berechnung der Beihilfeintensität sollten nur beihilfefähige Kosten einfließen. Die ermittelten beihilfefähigen Kosten sollten durch klare, spezifische und aktuelle schriftliche Unterlagen belegt werden. Beihilfen, die die einschlägige Beihilfeintensität übersteigen, sind nicht nach dieser Verordnung freigestellt. Es sollten die Beträge vor Abzug von Steuern und sonstigen Abgaben herangezogen werden. In mehreren Tranchen gezahlte Beihilfen sollten auf ihren Wert am Tag der Gewährung abgezinst werden. Auch die beihilfefähigen Kosten sollten auf ihren Wert am Tag der Gewährung der Beihilfe abgezinst werden. Im Falle von Beihilfen, die nicht in Form von direkten Zuschüssen gewährt werden, sollte für die Abzinsung und die Berechnung des Beihilfebetrags der am Tag der Gewährung geltende Abzinsungs- beziehungsweise Referenzsatz zugrunde gelegt werden. Diese Sätze sind in der Mitteilung der Kommission über die Änderung der Methode zur Festsetzung der Referenz- und Abzinsungssätze ⁽⁷⁾ festgelegt.
- (19) Die Kommission sollte sicherstellen, dass genehmigte Beihilfen Wettbewerb und Handel nicht in einem Maße beeinträchtigen, das den allgemeinen Interessen der EU abträglich ist. Diese Verordnung sollte daher nicht für Beihilfen zugunsten eines Beihilfeempfängers gelten, der einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen ist.
- (20) Beihilfen für Unternehmen in Schwierigkeiten sollten nicht unter diese Verordnung fallen, da diese Beihilfen anhand der Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten ⁽⁸⁾ gewürdigt werden sollten.
- (21) Mit dieser Verordnung werden die umfangreichen Erfahrungen der Kommission bei der Prüfung von Betriebsbeihilfen für die Verringerung der externen Kosten des Verkehrs konsolidiert. Für die Quantifizierung solcher Beihilfen sollten die externen Kosten herangezogen werden, die durch die Nutzung einer umweltfreundlicheren Verkehrslösung anstelle eines konkurrierenden umweltschädlicheren Verkehrsträgers – wie dem reinen Straßenverkehr – vermieden werden. Beihilfen können gewährt werden, indem die Entgelte, die Eisenbahnunternehmen für die Nutzung der Schieneninfrastruktur zahlen, im Vergleich zu den Entgelten, die Kraftverkehrsunternehmen für die Nutzung von Straßeninfrastruktur zahlen, gesenkt werden. Betriebsbeihilfen zur Verringerung der externen Kosten des Verkehrs sollten nur dann unter diese Verordnung fallen, wenn die Beeinträchtigungen von Wettbewerb und Handel begrenzt und genau festgelegte Voraussetzungen erfüllt sind. Dies ist der Fall, wenn die vermiedenen externen Kosten nach den Vorschriften und Methoden des Handbuchs der Kommission über die externen Kosten des Verkehrs ⁽⁹⁾ berechnet werden und die Beihilfeintensität bestimmte Schwellenwerte nicht übersteigt. So wird sichergestellt, dass die Beihilfen strikt auf den Ausgleich der externen Kosten, die durch die Nutzung eines nachhaltigeren Verkehrsträgers vermieden werden, beschränkt bleibt.

⁽⁶⁾ ABl. C 155 vom 20.6.2008, S. 10.

⁽⁷⁾ ABl. C 14 vom 19.1.2008, S. 6.

⁽⁸⁾ ABl. C 249 vom 31.7.2014, S. 1.

⁽⁹⁾ Europäische Kommission, Generaldirektion Mobilität und Verkehr, Essen, H., Fiorello, D., El Beyrouty, K. et al., „Handbook on the external costs of transport“ – Version 2019 – 1.1, Amt für Veröffentlichungen, 2020, <https://data.europa.eu/doi/10.2832/51388>.

- (22) Ferner sollten Betriebsbeihilfen zur Unterstützung von Eisenbahnunternehmen oder Organisatoren von Beförderungsdiensten bei der Einrichtung neuer kommerzieller Verbindungen nur dann unter diese Verordnung fallen, wenn die Beeinträchtigungen von Wettbewerb und Handel begrenzt und genau festgelegte Voraussetzungen erfüllt sind. Dies ist der Fall i) bei neuen kommerziellen Verbindungen im Schienen- oder Binnenschiffsgüterverkehr sowie ii) bei neuen kommerziellen Verbindungen im Schienenpersonenlinienverkehr zwischen Verkehrsterminals, die sich entweder in unterschiedlichen Mitgliedstaaten befinden („grenzüberschreitende Schienenpersonenverkehrsdienste“) oder mehr als 400 km voneinander entfernt sind („Schienenpersonenfernverkehrsdienste“). Der Beihilfebetrag wird auf der Grundlage der Betriebsverluste berechnet, die dem Beihilfeempfänger in den ersten fünf Jahren des Betriebs der neuen kommerziellen Verbindung entstehen, und die Beihilfeintensität darf einen bestimmten Schwellenwert nicht übersteigen.
- (23) Investitionen in unimodale und multimodale Anlagen für den Schienen- und Binnenschiffsverkehr und in private Gleisanschlüsse in der gesamten EU sind von entscheidender Bedeutung für Konnektivität, nachhaltiges Funktionieren der Wirtschaft und den Zusammenhalt zwischen den Mitgliedstaaten. Solche Investitionen bringen die Prioritäten der Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität ⁽¹⁰⁾ der Kommission aus dem Jahr 2020 voran, die der Entwicklung multimodaler Verkehrsanlagen Vorrang einräumt. Diese Verordnung gilt für Investitionsbeihilfen für den Bau, die Modernisierung und die Erneuerung von Schienenanlagen, Anlagen für den Binnenschiffsverkehr, multimodalen Anlagen für den Schienen- und Binnenschiffsverkehr sowie privaten Gleisanschlüssen. Diese Verordnung gilt also auch für staatliche Beihilfen für multimodale Verkehrsanlagen, die sich in Seehäfen befinden und Schienen- oder Binnenschiffsverkehrsverbindungen haben. Ausgehend von den Erfahrungen der Kommission bei der Bewertung dieser Art von Beihilfen zielt diese Verordnung darauf ab, den durch die Anmeldung unbedenklicher Beihilfemaßnahmen verursachten Verwaltungsaufwand zu verringern, damit sich die Kommission auf die Fälle konzentrieren kann, die den Wettbewerb am stärksten verfälschen könnten. Die Voraussetzungen für eine Freistellung von Investitionsbeihilfen für Schienenanlagen, Anlagen für den Binnenschiffsverkehr, multimodale Anlagen für den Schienen- und Binnenschiffsverkehr sowie private Gleisanschlüsse von der Anmeldepflicht sollten zur Wahrung fairer Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt dafür sorgen, dass Beeinträchtigungen von Wettbewerb und Handel begrenzt werden, insbesondere indem die Angemessenheit der Beihilfe gewährleistet wird.
- (24) Investitionsbeihilfen für den Erwerb von Fahrzeugen für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr und von bestimmten Kategorien von Ausrüstung für das Umladen von Gütern im nachhaltigen multimodalen Verkehr (d. h. intermodale Ladeeinheiten und Krananlagen an Bord von Schiffen) sollten nur dann unter diese Verordnung fallen, wenn Beeinträchtigungen von Wettbewerb und Handel begrenzt sind. Beim Erwerb von Fahrzeugen für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr ist dies der Fall, wenn die Beihilfe in Form einer Garantie für den Käufer des Fahrzeugs und unter genau festgelegten Voraussetzungen gewährt wird. Beim Erwerb bestimmter Arten von Ausrüstung für nachhaltigen multimodalen Verkehr ist dies der Fall, wenn es sich um eine Beihilferegelungen für Krananlagen an Bord von Schiffen und intermodale Ladeeinheiten handelt und die Beihilfeintensität einen genau festgelegten Schwellenwerten nicht übersteigt.
- (25) Im Einklang mit der Verkehrs- und Digitalisierungspolitik der Union sind weitere Anstrengungen erforderlich, um die Kommunikation zwischen verschiedenen Verkehrsinformationssystemen, die Koordinierung der Verkehrsnetze und den grenzüberschreitenden Wettbewerb zu ermöglichen und die Verkehrssicherheit in der EU zu verbessern. Bisher stellen die unterschiedlichen Verkehrsnetznormen, mangelnde technische Harmonisierung, inkompatible Instrumente und Systeme für die Datenerhebung und -weitergabe sowie Bedenken hinsichtlich der Datensouveränität Hindernisse dar. Ferner hat die Kommission Lehren aus ihren Erfahrungen bei der Bewertung von Maßnahmen zur Förderung der Interoperabilität, die auf der Grundlage der von der Kommission 2008 angenommenen Leitlinien für staatliche Beihilfen an Eisenbahnunternehmen ⁽¹¹⁾ bei ihr angemeldet wurden, gezogen. Demnach sind akute Marktversagen zurückzuführen auf mangelnde Koordinierung und den für Vorreiter bestehenden Nachteil, dass die mit der Einführung einer bestimmten Technologie oder Norm verbundenen Vorteile über die wirtschaftlichen Interessen der Verkehrsunternehmen hinausgehen.
- (26) Dies ist beispielsweise bei Zug- und Verkehrssteuerungssystemen wie dem Europäische Eisenbahnverkehrsleitsystem (ERTMS) der Fall. Das ERTMS ist ein einheitliches europäisches Signalgebungs- und Geschwindigkeitskontrollsystem, das die Interoperabilität der nationalen Schienensysteme gewährleistet, die Anschaffungs- und Instandhaltungskosten der Signalgebungssysteme senkt und die Geschwindigkeit der Züge, die Kapazität der Infrastruktur und das Sicherheitsniveau im Schienenverkehr erhöht. Das ERTMS besteht aus dem Europäischen Zugsicherungs- und Zugsteuerungssystem (ETCS), d. h. einer Führerstandsignalsteuerung mit automatischer Zugsicherung, Bahnmobilfunk (RMR), automatisiertem Zugbetrieb (ATO) und Betriebsvorschriften. Angesichts der begrenzten negativen Auswirkungen, die Beihilfen zur Förderung der Interoperabilität auf Wettbewerb und Handel haben, und

⁽¹⁰⁾ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität: Den Verkehr in Europa auf Zukunftskurs bringen (COM (2020) 789 final vom 9.12.2020).

⁽¹¹⁾ Mitteilung der Kommission – Gemeinschaftliche Leitlinien für staatliche Beihilfen an Eisenbahnunternehmen (ABl. C 184 vom 22.7.2008, S. 13).

unter Berücksichtigung der gewonnenen Erfahrung sollten solche Beihilfen unter genau festgelegten Voraussetzungen unter diese Verordnung fallen, sofern das betreffende Fahrzeug für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr ab dem Zeitpunkt der Investition für eine Dauer von fünf Jahren im einschlägigen nationalen Register und/oder in einem einschlägigen europäischen Fahrzeugeinstellungsregister eingetragen bleibt.

- (27) Damit der Schienen- und Binnenschiffsverkehr wettbewerbsfähiger werden, muss ferner die technische Anpassung und Modernisierung von Fahrzeugen für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr und von bestimmten Kategorien von Ausrüstung für nachhaltigen multimodalen Verkehr gefördert werden. Um zur Wahrung fairer Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt Beeinträchtigungen von Wettbewerb und Handel zu begrenzen, sollten für die Förderung solcher Investitionen bestimmte Voraussetzungen gelten. Diese Voraussetzungen sollten insbesondere Erforderlichkeit und Angemessenheit der Beihilfen gewährleisten und Vorkehrungen in Bezug auf die Art der Beihilfen sowie die förderfähigen Beihilfeempfänger und Kosten umfassen.
- (28) Beihilfen für Unternehmen zur Anpassung an künftige Unionsnormen können bereits zu einem früheren Zeitpunkt ein hohes Maß an Harmonisierung und Normung herbeiführen. Für Investitionen, die getätigt werden, um bereits erlassene Unionsnormen zu erfüllen, sollten keine Beihilfen gewährt werden. Wenn die betreffende EU-Norm bereits erlassen wurde, aber noch nicht in Kraft ist, können Beihilfen – sofern die Norm nicht rückwirkend gilt – allerdings einen Anreizeffekt haben, wenn sie einen Anreiz dafür schafft, die Investition mindestens 12 Monate vor Inkrafttreten der Norm durchzuführen und abzuschließen. Damit die Mitgliedstaaten nicht davon abgehalten werden, verbindliche nationale Normen festzulegen, die strenger oder ehrgeiziger sind als die entsprechenden EU-Normen, können Beihilfen unabhängig davon, ob es solche nationalen Normen gibt, einen Anreizeffekt haben. Gleiches gilt, wenn bei Gewährung einer Beihilfe bereits verbindliche nationale Normen, aber keine entsprechenden EU-Normen vorliegen.
- (29) Bestimmte Gruppen von Beihilfen bergen ein höheres Risiko unverhältnismäßiger Beeinträchtigungen von Wettbewerb und Handel und sollten daher bei der Kommission angemeldet und von ihr geprüft werden, wenn je Vorhaben hohe Beihilfebeträge gewährt werden. Beihilfen, die diese Schwellenwerte übersteigen, sollten weiter der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV unterliegen. Die in dieser Verordnung festgelegten Schwellenwerte sollten nicht durch eine künstliche Aufspaltung von Vorhaben in mehrere Vorhaben mit ähnlichen Merkmalen, Zielen oder Beihilfeempfängern umgangen werden.
- (30) Angesichts der größeren potenziellen Auswirkungen umfangreicher Beihilferegelungen auf Handel und Wettbewerb sollten Beihilferegelungen, deren Mittelausstattung in einem bestimmten Jahr einen bestimmten Schwellenwert oder insgesamt einen absoluten Wert übersteigt, grundsätzlich einer beihilferechtlichen Evaluierung unterzogen werden. In der Evaluierung sollte geprüft werden, ob die Annahmen und Voraussetzungen für die Vereinbarkeit der Regelung mit dem Binnenmarkt bestätigt bzw. erfüllt wurden und ob die Beihilfemaßnahme in Bezug auf die allgemeinen und spezifischen Ziele wirksam war. Ferner sollten darin Angaben zu den Auswirkungen der Regelung auf Wettbewerb und Handel gemacht werden. Im Interesse der Gleichbehandlung sollte die beihilferechtliche Evaluierung auf der Grundlage eines von der Kommission genehmigten Evaluierungsplans vorgenommen werden. Ein solcher Plan sollte zwar in der Regel zum Zeitpunkt der Ausarbeitung der Regelung aufgestellt und rechtzeitig vor Inkrafttreten der Regelung genehmigt werden, jedoch ist dies vielleicht nicht in allen Fällen möglich. Daher sollte diese Verordnung für solche Regelungen vorerst höchstens sechs Monate gelten, damit sich deren Inkrafttreten nicht verzögert. Die Kommission kann beschließen, diesen Zeitraum nach Genehmigung des Evaluierungsplans zu verlängern. Zu diesem Zweck sollte der Evaluierungsplan innerhalb von 20 Arbeitstagen nach Inkrafttreten der Regelung bei der Kommission angemeldet werden. Die Kommission kann auch ausnahmsweise beschließen, dass wegen der Besonderheiten des Falles keine Evaluierung notwendig ist.
- (31) Die Kommission sollte von dem Mitgliedstaat die Informationen erhalten, die für die Prüfung des Evaluierungsplans erforderlich sind. Die Kommission sollte zusätzlich benötigte Informationen unverzüglich anfordern. So kann der Mitgliedstaat die fehlenden Angaben übermitteln und die Kommission einen Beschluss fassen. Änderungen evaluierungspflichtiger Regelungen, bei denen es sich nicht um Änderungen handelt, die keine Auswirkungen auf die Vereinbarkeit der Beihilferegelung mit dieser Verordnung oder keine wesentlichen Auswirkungen auf den Inhalt des genehmigten Evaluierungsplans haben können, sollten unter Berücksichtigung des Ergebnisses einer solchen Evaluierung gewürdigt und vom Geltungsbereich dieser Verordnung ausgeschlossen werden. Rein formale Änderungen oder administrative Änderungen, einschließlich solcher, die im Rahmen der von der EU kofinanzierten Maßnahmen vorgenommen werden, sollten grundsätzlich nicht als Änderungen angesehen werden, die wesentliche Auswirkungen auf den Inhalt des genehmigten Evaluierungsplans haben.

- (32) Bei der Prüfung, ob die in dieser Verordnung festgelegten Schwellenwerte für die Anmeldung und Beihilfehöchstintensitäten eingehalten werden, sollte der Gesamtbetrag der staatlichen Beihilfen für die geförderte Tätigkeit bzw. das geförderte Vorhaben berücksichtigt werden. In dieser Verordnung sollten die Voraussetzungen festgelegt werden, unter denen Beihilfen verschiedener Gruppen miteinander kumuliert werden könnten. Mit dieser Verordnung freigestellte Beihilfen können mit anderen für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärten Beihilfen, die nach anderen Verordnungen freigestellt oder von der Kommission genehmigt worden sind, kumuliert werden, sofern diese Maßnahmen unterschiedliche bestimmbare beihilfefähige Kosten betreffen. Wenn Beihilfen aus unterschiedlichen Quellen dieselben – sich teilweise oder vollständig überschneidenden – bestimmbaren beihilfefähigen Kosten betreffen, ist eine Kumulierung bis zu der höchsten nach dieser Verordnung für diese Beihilfen zulässigen Beihilfeintensität bzw. dem höchsten nach dieser Verordnung für diese Beihilfen zulässigen Beihilfebetrags möglich. In dieser Verordnung sollten auch besondere Vorschriften für die Kumulierung von Beihilfen, bei denen sich die beihilfefähigen Kosten bestimmen lassen, mit Beihilfen, bei denen sich die beihilfefähigen Kosten nicht bestimmen lassen, und für die Kumulierung mit De-minimis-Beihilfen festgelegt werden. De-minimis-Beihilfen werden häufig nicht für spezifische bestimmbare beihilfefähige Kosten gewährt und können diesen auch nicht zugeordnet werden. In solchen Fällen sollte es möglich sein, De-minimis-Beihilfen frei mit nach dieser Verordnung freigestellten staatlichen Beihilfen zu kumulieren. Wenn De-minimis-Beihilfen jedoch für dieselben bestimmbaren beihilfefähigen Kosten gewährt werden wie nach dieser Verordnung freigestellte staatliche Beihilfen, ist eine Kumulierung nur bis zu der in Kapitel II festgelegten Beihilfehöchstintensität zulässig.
- (33) Mittel, die von den Organen, Einrichtungen, gemeinsamen Unternehmen und sonstigen Stellen der Union zentral verwaltet werden und nicht direkt oder indirekt der Kontrolle eines Mitgliedstaats unterstehen, stellen keine staatliche Beihilfe dar. Werden solche Unionsmittel mit staatlichen Beihilfen kombiniert, sollten bei der Feststellung, ob die Anmeldeschwellen und Beihilfehöchstintensitäten eingehalten werden, nur die staatlichen Beihilfen berücksichtigt werden. Dies gilt, sofern der Gesamtbetrag der für dieselben beihilfefähigen Kosten gewährten öffentlichen Mittel den in den einschlägigen Vorschriften des Unionsrechts festgelegten günstigsten Finanzierungssatz nicht übersteigt.
- (34) Die Transparenz staatlicher Beihilfen ist für die korrekte Anwendung der Vertragsvorschriften unerlässlich und führt zu einer besseren Einhaltung der Vorschriften, einer stärkeren Rechenschaftspflicht, gegenseitigen Überprüfungen und letztlich wirksameren öffentlichen Ausgaben. Im Interesse der Transparenz sollten die Mitgliedstaaten auf regionaler oder nationaler Ebene ausführliche Websites zu staatlichen Beihilfen einrichten, auf denen Kurzbeschreibungen der nach dieser Verordnung freigestellten Beihilfemaßnahmen veröffentlicht werden. Im Einklang mit der bei der Veröffentlichung von Informationen üblichen Praxis nach der Richtlinie (EU) 2019/1024 des Europäischen Parlaments und des Rates⁽¹²⁾ sollte ein Standardformat verwendet werden, das die Möglichkeit bietet, Informationen zu suchen, herunterzuladen und problemlos im Internet zu veröffentlichen. Links zu den Beihilfewebsites aller Mitgliedstaaten sollten auf der Website der Kommission veröffentlicht werden. Die Kurzbeschreibung jeder nach dieser Verordnung freigestellten Beihilfemaßnahme sollte nach Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/2586 auf der Website der Kommission veröffentlicht werden.
- (35) Die Durchsetzung des Beihilferechts ist in hohem Maße von der Mitwirkung der Mitgliedstaaten abhängig. Die Mitgliedstaaten sollten daher alle notwendigen Maßnahmen treffen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen und zu gewährleisten, dass jede Einzelbeihilfe, die auf der Grundlage einer unter eine Gruppenfreistellung fallenden Regelung gewährt wird, alle einschlägigen Voraussetzungen erfüllt.
- (36) Um eine wirksame Überwachung von Beihilfemaßnahmen nach der Verordnung (EU) 2022/2586 des Rates zu gewährleisten, ist es angebracht, Vorschriften für die Berichte der Mitgliedstaaten über die nach dieser Verordnung freigestellten Beihilfemaßnahmen festzulegen. Ferner ist es mit Blick auf die in Artikel 17 der Verordnung (EU) 2015/1589 des Rates⁽¹³⁾ festgelegte Verjährungsfrist zweckmäßig, Vorschriften für die Aufzeichnungen über die mit dieser Verordnung freigestellten Beihilfen festzulegen, die die Mitgliedstaaten aufbewahren müssen.
- (37) Um die Wirksamkeit der Vereinbarkeitsvoraussetzungen dieser Verordnung zu stärken, sollte die Kommission im Falle der Nichteinhaltung dieser Vorschriften die Möglichkeit haben, den Rechtsvorteil der Gruppenfreistellung für die Zukunft zu entziehen. Die Kommission sollte den Entzug des Rechtsvorteils der Gruppenfreistellung auf bestimmte Gruppen von Beihilfen, bestimmte Beihilfeempfänger oder Beihilfemaßnahmen bestimmter Behörden beschränken können, wenn die Nichteinhaltung dieser Verordnung nur eine begrenzte Gruppe von Maßnahmen oder bestimmte Behörden betrifft. Ein solcher gezielter Entzug des Rechtsvorteils sollte eine angemessene und direkte Abhilfe für die festgestellte Nichteinhaltung dieser Verordnung darstellen. Wenn eine nicht angemeldete Beihilfe nicht alle Voraussetzungen für eine Freistellung von der Anmeldepflicht erfüllt, so stellt sie eine rechtswidrige Beihilfe dar, die von der Kommission im einschlägigen Verfahren gemäß der Verordnung

⁽¹²⁾ Richtlinie (EU) 2019/1024 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (Neufassung) (ABl. L 172 vom 26.6.2019, S. 56).

⁽¹³⁾ Verordnung (EU) 2015/1589 des Rates vom 13. Juli 2015 über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 248 vom 24.9.2015, S. 9, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2015/1589/2015-09-24>).

(EU) 2015/1589 für nicht angemeldete Beihilfen geprüft wird. Sind die Vereinbarkeitsvoraussetzungen der Kapitel I und II nicht erfüllt, so sollte der Entzug des Rechtsvorteils der Gruppenfreistellung für die Zukunft nichts daran ändern, dass die früheren Maßnahmen, die die Voraussetzungen dieser Verordnung erfüllten, unter die Gruppenfreistellung fielen.

- (38) Die Bestimmung des Begriffs „KMU“ im Sinne des Anhangs I dieser Verordnung beruht auf der Begriffsbestimmung in der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission ⁽¹⁴⁾, um Unterschiede, die zu Beeinträchtigungen von Wettbewerb und Handel führen könnten, zu beseitigen, die Koordinierung der Maßnahmen der Union und der nationalen Maßnahmen zugunsten von KMU zu erleichtern und die Transparenz in Verfahrensfragen und die Rechtssicherheit zu erhöhen.
- (39) Die Beihilfenpolitik sollte auf der Grundlage der Erfahrungen der Kommission in diesem Bereich regelmäßig überprüft werden. Daher sollte die Geltungsdauer dieser Verordnung begrenzt werden. Es ist zweckmäßig, Übergangsbestimmungen festzulegen, einschließlich der Vorschriften, die am Ende der Geltungsdauer dieser Verordnung auf freigestellte Beihilferegeln anzuwenden sind. Diese Vorschriften sollten den Mitgliedstaaten gegebenenfalls Zeit für eine Anpassung an die neue Rechtslage geben —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

KAPITEL I

GEMEINSAME VORSCHRIFTEN

Artikel 1

Geltungsbereich

- (1) Diese Verordnung gilt für folgende Gruppen von Beihilfen:
- a) Betriebsbeihilferegeln zur Verringerung der externen Kosten des Verkehrs;
 - b) Betriebsbeihilferegeln für die Einrichtung neuer kommerzieller Verbindungen;
 - c) Investitionsbeihilferegeln für den Bau, die Modernisierung und die Erneuerung von multimodalen Anlagen für den Schienen- und Binnenschiffsverkehr, Schienenanlagen oder Binnenschiffsverkehrsanlagen sowie Ad-hoc-Investitionsbeihilfen und Investitionsbeihilferegeln für den Bau, die Modernisierung und die Erneuerung von multimodalen Güterterminals für den Schienen- und Binnenschiffsverkehr;
 - d) Investitionsbeihilferegeln für den Bau, die Modernisierung und die Erneuerung privater Gleisanschlüsse;
 - e) Investitionsbeihilferegeln für den Erwerb von Fahrzeugen für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr;
 - f) Investitionsbeihilferegeln für den Erwerb von intermodalen Ladeeinheiten (ILUs) und Krananlagen an Bord von Schiffen;
 - g) Investitionsbeihilferegeln zur Förderung der Interoperabilität;
 - h) Investitionsbeihilferegeln für die Anpassung und Modernisierung von Fahrzeugen für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr und von Ausrüstung für nachhaltigen multimodalen Verkehr.
- (2) Diese Verordnung gilt für keine der folgenden Beihilfekategorien:
- a) Beihilferegeln, in denen nicht ausdrücklich festgelegt ist, dass einem Unternehmen, das einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von demselben Mitgliedstaat gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen ist, keine Einzelbeihilfen gewährt werden dürfen;
 - b) Ad-hoc-Beihilfen für ein Unternehmen, das einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von demselben Mitgliedstaat gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen ist;

⁽¹⁴⁾ Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reco/2003/361/oj>).

- c) Beihilfen, die davon abhängig gemacht werden, dass einheimische Waren Vorrang vor eingeführten Waren erhalten,
- d) Beihilfen für Unternehmen in Schwierigkeiten;
- e) Beihilfemaßnahmen, die als solche, durch die mit ihnen verbundenen Bedingungen oder durch ihre Finanzierungsmethode zu einem nicht abtrennbaren Verstoß gegen Unionsrecht führen, weil sie z. B. Folgendes vorsehen:
 - i) Beihilfemaßnahmen, bei denen die Gewährung der Beihilfe davon abhängig ist, dass der Beihilfeempfänger seinen Sitz in dem betreffenden Mitgliedstaat hat oder überwiegend in diesem Mitgliedstaat niedergelassen ist. Es kann jedoch verlangt werden, dass der Beihilfeempfänger zum Zeitpunkt der Auszahlung der Beihilfe eine Betriebsstätte oder Niederlassung in dem die Beihilfe gewährenden Mitgliedstaat hat;
 - ii) Beihilfen, bei denen die Gewährung der Beihilfe davon abhängig ist, dass der Beihilfeempfänger einheimische Waren verwendet oder einheimische Dienstleistungen in Anspruch nimmt;
- f) staatliche Beihilfen für die Erbringung öffentlicher Personenverkehrsdienste mit der Eisenbahn und anderen schienengestützten Verkehrsträgern sowie auf der Straße, die unter die Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 ⁽¹⁵⁾ fallen;
- g) staatliche Beihilfen für die Erbringung öffentlicher Personenverkehrsdienste auf Binnenwasserstraßen, wenn die Mitgliedstaaten beschlossen haben, die Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹⁶⁾ auf diese Dienste anzuwenden;
- h) staatliche Beihilfen für Hafeninfrastruktur, die von der Kommission unmittelbar auf der Grundlage des Artikels 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV geprüft werden, wenn sie nicht unter die Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission ⁽¹⁷⁾ fallen oder wenn die Hafeninfrastruktur für die Erbringung einer DAWI erforderlich ist und den Vorschriften des Beschlusses 2012/21/EU der Kommission ⁽¹⁸⁾ und der Mitteilung der Kommission über einen Rahmen der Europäischen Union für staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen unterliegt;
- i) Beihilferegeln gemäß Kapitel II, die in den Anwendungsbereich des Artikels 20 fallen, nach Ablauf von sechs Monaten ab ihrem Inkrafttreten. Die Kommission kann jedoch beschließen, dass diese Verordnung länger als sechs Monate für eine Beihilferegeln gilt, nachdem sie den entsprechenden Evaluierungsplan, der von dem Mitgliedstaat an die Kommission übermittelt wurde, genehmigt hat. Bei der Vorlage der Evaluierungspläne übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission auch alle Informationen, die sie benötigt, um die Evaluierungspläne zu bewerten und eine Entscheidung zu treffen;
- j) Änderungen an Regelungen gemäß Ziffer i, bei denen es sich nicht um Änderungen handelt, die keine Auswirkungen auf die Vereinbarkeit der Beihilferegeln mit dieser Verordnung oder keine wesentlichen Auswirkungen auf den Inhalt des genehmigten Evaluierungsplans haben.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck

- a) „Zugangsinfrastruktur“ jede Art von Infrastruktur, die für den Zugang der Nutzer zu einer multi- oder unimodalen Anlage für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr oder die Einfahrt der Nutzer in eine solche Anlage von Land, von See oder von Flüssen aus erforderlich ist, wie etwa Straßen, Schienen, Kanäle oder Schleusen;
- b) „Ad-hoc-Beihilfe“ eine Beihilfe, die nicht auf der Grundlage einer Beihilferegeln gewährt wird;
- c) „Beihilfeintensität“ die in Prozent der beihilfefähigen Kosten ausgedrückte Höhe der Beihilfe vor Abzug von Steuern und sonstigen Abgaben;

⁽¹⁵⁾ Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates (ABl. L 315 vom 3.12.2007, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2007/1370/2017-12-24>).

⁽¹⁶⁾ Siehe Artikel 1 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007.

⁽¹⁷⁾ Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2014/651/2023-07-01>).

⁽¹⁸⁾ Beschluss 2012/21/EU der Kommission vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind (ABl. L 7 vom 11.1.2012, S. 3, [http://data.europa.eu/eli/dec/2012/21\(1\)/oj](http://data.europa.eu/eli/dec/2012/21(1)/oj)).

- d) „Beihilferegelung“ jede Regelung, nach der Unternehmen, die in der Regelung in einer allgemeinen und abstrakten Weise definiert sind, ohne nähere Durchführungsmaßnahmen Einzelbeihilfen gewährt werden können, beziehungsweise jede Regelung, nach der einem oder mehreren Unternehmen für unbestimmte Zeit und/oder in unbestimmter Höhe Beihilfen gewährt werden können, die nicht an ein bestimmtes Vorhaben gebunden sind;
- e) „gewidmete Infrastruktur“ eine Infrastruktur, die für im Voraus ermittelbare Unternehmen errichtet wird und auf deren Bedarf zugeschnitten ist;
- f) „Ausrüstung für nachhaltigen multimodalen Verkehr“ Ausrüstung, die für Umladedienste im nachhaltigen multimodalen Verkehr eingesetzt wird, wie kranbare Sattelaufleger, mit Ausnahme mobiler Terminalgeräte;
- g) „europäisches Fahrzeugeinstellungsregister“ ein Register im Sinne des Artikels 47 Absatz 5 der Richtlinie (EU) 2016/797 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹⁹⁾ und des Artikels 19 der Richtlinie (EU) 2016/1629 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽²⁰⁾;
- h) „Evaluierungsplan“ ein Dokument mit mindestens folgenden Angaben: Ziele der zu evaluierenden Beihilferegelung, Evaluierungsfragen, Ergebnisindikatoren, vorgesehene Evaluierungsmethode, Datenerfassungskriterien, vorgesehener Zeitplan für die Evaluierung (einschließlich der Termine für die Vorlage des Zwischen- und des Abschlussberichts), Beschreibung des unabhängigen Gremiums, das die Evaluierung vornimmt, oder der für seine Auswahl herangezogenen Kriterien sowie Modalitäten für die Bekanntmachung der Evaluierung;
- i) „externe Kosten des Verkehrs“ die von den Verkehrsnutzern verursachten Kosten, die nicht von ihnen selbst, sondern von der Gesellschaft insgesamt getragen werden, insbesondere im Zusammenhang mit Treibhausgasemissionen, Luftverschmutzung, Verletzungen und Todesfällen, Lärm und Verkehrsüberlastung;
- j) „Einzelbeihilfe“ i) eine Ad-hoc-Beihilfe oder ii) eine Beihilfe, die einzelnen Empfängern auf der Grundlage einer Beihilferegelung gewährt wird;
- k) „Anlage für den Binnenschiffsverkehr“ jede in der Union befindliche und für den Binnenschiffsverkehr genutzte Serviceeinrichtung (z. B. ein Terminal oder eine Wartungs- oder Lagereinrichtung) und ihre Zugangsinfrastruktur (einschließlich der für ihren Betrieb erforderlichen physischen und digitalen Ausrüstung), mit Ausnahme von Einrichtungen oder Ausrüstungen, die für nicht die Beförderung betreffende Tätigkeiten benötigt werden;
- l) „Binnenschiff“ ein Schiff für den Personen- oder Güterverkehr, das ausschließlich oder vorwiegend für den Verkehr auf Binnengewässern oder auf geschützten Gewässern oder in deren unmittelbarer Nähe bestimmt ist;
- m) „intermodale Ladeinheit“ (Intermodal Loading Unit – ILU) Container, Wechselbehälter oder Sattelanhänger/ Straßengüterfahrzeuge oder Fahrzeugkombinationen, die im intermodalen Verkehr zum Einsatz kommen;
- n) „intermodaler Verkehr“ den Transport von Gütern (in ein und derselben Ladeinheit oder demselben Fahrzeug) über mehrere Verkehrsträger, wobei ein Wechsel des Verkehrsträgers, aber kein Umschlag der transportierten Güter selbst erfolgt;
- o) „Interoperabilität“ ununterbrochene Güter- oder Personenverkehrsströme, insbesondere zwischen Mitgliedstaaten oder Verkehrsträgern;
- p) „multimodaler Verkehr“ die Beförderung von Gütern oder Personen über mindestens zwei verschiedene Verkehrsträger;
- q) „mobile Terminalgeräte“ für das Be-, Ent- und Umladen von Gütern und intermodalen Ladeeinheiten sowie für Frachtbewegungen im Terminalbereich genutzte Geräte;
- r) „nationales Register“ ein von einem Mitgliedstaat geführtes Register im Sinne des Artikels 47 der Richtlinie (EU) 2016/797 des Europäischen Parlaments und des Rates oder des Artikels 17 der Richtlinie (EU) 2016/1629 des Europäischen Parlaments und des Rates;
- s) „neue kommerzielle Verbindung im Binnenschiffsgüterverkehr“ eine kommerzielle Verbindung, über die neue Binnenschiffsgüterverkehrsdienste im Linienverkehr zwischen mindestens zwei Terminals erbracht werden, zwischen denen mindestens in den fünf Jahren vor Inbetriebnahme der betreffenden Verbindung keine Liniengüterverkehrsverbindung bestand;

⁽¹⁹⁾ Richtlinie (EU) 2016/797 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems in der Europäischen Union (Neufassung) (ABl. L 138 vom 26.5.2016, S. 44).

⁽²⁰⁾ Richtlinie (EU) 2016/1629 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2016 zur Festlegung technischer Vorschriften für Binnenschiffe, zur Änderung der Richtlinie 2009/100/EG und zur Aufhebung der Richtlinie 2006/87/EG (ABl. L 252 vom 16.9.2016, S. 118, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2016/1629/oj>).

- t) „neue kommerzielle Verbindung im Schienengüterverkehr“ eine kommerzielle Verbindung, über die neue Schienengüterverkehrsdienste im Linienverkehr zwischen mindestens zwei Terminals erbracht werden, zwischen denen mindestens in den fünf Jahren vor Inbetriebnahme der betreffenden Verbindung keine Liniengüterverkehrsverbindung bestand;
- u) „neue kommerzielle Verbindung im Schienenpersonenverkehr“ eine kommerzielle Verbindung, über die neue Schienenpersonenverkehrsdienste im Linienverkehr zwischen mindestens zwei Terminals erbracht werden, zwischen denen mindestens in den fünf Jahren vor der Inbetriebnahme der betreffenden Verbindung keine Linienpersonenverkehrsverbindung bestand;
- v) „neuer Marktteilnehmer“ ein Eisenbahnunternehmen im Sinne des Artikels 3 Nummer 1 der Richtlinie 2012/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽²¹⁾, das die beiden folgenden Voraussetzungen erfüllt:
 - i) Es hat weniger als zwanzig Jahre vor der Gewährung der Beihilfe eine Genehmigung nach Artikel 17 Absatz 3 der Richtlinie 2012/34/EU für das einschlägige Marktsegment erhalten;
 - ii) es ist nicht im Sinne des Anhangs I Artikel 3 Absatz 3 dieser Verordnung verbunden mit einem Eisenbahnunternehmen, dem vor dem 1. Januar 2010 eine Genehmigung im Sinne des Artikels 3 Nummer 14 der Richtlinie 2012/34/EU erteilt wurde;
- w) „nicht die Beförderung betreffende Tätigkeiten“ gewerbliche Dienstleistungen für Verkehrsunternehmen oder andere Nutzer von Einrichtungen, die nicht mit dem Schienen-, dem Binnenschiffs- oder dem nachhaltigen multimodalen Verkehr in Verbindung stehen, z. B. Nebendienstleistungen für Passagiere, Spediteure oder andere Dienstleister wie die Vermietung von Büro- und Verkaufsräumen und Hotels;
- x) „Betriebsgewinn“ die Differenz zwischen den im Laufe der wirtschaftlichen Lebensdauer der Investition erzielten abgezinsten Einnahmen und den dabei anfallenden abgezinsten Betriebskosten, wenn die Differenz positiv ist. Zu den Betriebskosten zählen Kosten wie Personal-, Material-, Fremdleistungs-, Kommunikations-, Energie-, Wartungs-, Miet- und Verwaltungskosten, nicht aber die Abschreibungs- und Finanzierungskosten, wenn sie durch eine Investitionsbeihilfe gedeckt werden. Durch Abzinsung der Einnahmen und Betriebskosten unter Verwendung eines geeigneten Abzinsungssatzes wird gewährleistet, dass ein angemessener Gewinn erzielt werden kann;
- y) „privater Gleisanschluss“ in privatem Eigentum stehende und privat betriebene Schieneninfrastruktur (einschließlich Schienen und sonstiger Anlagen oder Ausrüstungen, die für deren Betrieb erforderlich sind), über die Verladeeinrichtungen, die nicht als Serviceeinrichtungen im Sinne des Anhangs II der Richtlinie 2012/34/EU anzusehen sind, an das öffentliche Schienennetz angeschlossen sind, sowie jede gewidmete Infrastruktur, die einer in privatem Eigentum stehenden und privat betriebenen Schieneninfrastruktur dient;
- z) „multimodaler Güterterminal für den Schienen- und/oder Binnenschiffsverkehr“ eine Struktur, die für das Umladen von Gütern zwischen zwei verschiedenen Schienensystemen oder zwischen mindestens zwei Verkehrsträgern (von denen einer die Schiene oder eine Binnenwasserstraße ist) ausgerüstet ist, z. B. Terminals in Binnen- oder Seehäfen, an Binnenwasserstraßen oder in Flughäfen oder multimodale Logistikplattformen;
- aa) „multimodale Anlage für den Schienen- und/oder Binnenschiffsverkehr“ eine in der EU befindliche Serviceeinrichtung und ihre Zugangsinfrastruktur (einschließlich der für ihren Betrieb erforderlichen physischen oder digitalen Ausrüstung), die für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr in Kombination mit anderen Verkehrsträgern erforderlich ist, mit Ausnahme von Einrichtungen oder Ausrüstungen, die für nicht die Beförderung betreffende Tätigkeiten benötigt werden. Dieser Begriff schließt auch multimodale Güterterminals für den Schienen- und Binnenschiffsverkehr ein;
- bb) „Schienenanlage“ jede in Anhang II der Richtlinie 2012/34/EU genannte, in der Union befindliche Serviceeinrichtung (z. B. Schienengüterterminals, Wartungs- oder Lagereinrichtungen) und ihre Zugangsinfrastruktur (einschließlich der für ihren Betrieb erforderlichen physischen oder digitalen Ausrüstung), mit Ausnahme von Einrichtungen oder Ausrüstungen, die für nicht die Beförderung betreffende Tätigkeiten benötigt werden;
- cc) „Eisenbahnunternehmen“ jedes öffentlich-rechtliche oder private Unternehmen im Sinne des Artikels 3 Nummer 1 Satz 1 der Richtlinie 2012/34/EU;
- dd) „RIS-Plattform“ eine elektronische Zentralplattform, die aus den Informationen nationaler Binnenschiffahrtssinformationssysteme gespeist wird, Fahrwasser-, Binnenschiffahrtss-, Verkehrs- und Transportinformationssysteme, einschließlich Strecken- und Transportplanung, für RIS-Benutzer bereitstellt und für die elektronische Berichterstattung nach dem Grundsatz der Einmaligkeit bereitsteht;

⁽²¹⁾ Richtlinie 2012/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums (ABl. L 343 vom 14.12.2012, S. 32, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2012/34/2019-01-01>), mit der Richtlinie 91/440/EWG in der durch die Richtlinien 2001/12/EG, 2004/51/EG und 2007/58/EG geänderten Fassung mit Wirkung vom 17. Juni 2015 kodifiziert und aufgehoben wurde.

- ee) „Schienenfahrzeuge“
 - i) Lokomotiven und Schienenfahrzeuge für den Personenverkehr, einschließlich Verbrennungs- oder elektrischen Triebfahrzeugen, Verbrennungs- oder elektrischen Triebzügen, und Reisezugwagen, oder
 - ii) Güterwagen, einschließlich Tiefladewagen, die für das gesamte Netz ausgelegt sind, und Fahrzeuge zur Beförderung von Lastkraftwagen;
- ff) „Kurzstreckenseeverkehr“ die Beförderung von Fracht und Fahrgästen auf See zwischen zwei Häfen, die im geografischen Gebiet Europas gelegen sind, oder zwischen diesen Häfen und Häfen in nichteuropäischen Ländern, die eine Küstenlinie an den Europa angrenzenden Binnenmeeren haben ⁽²²⁾;
- gg) „kleine und mittlere Unternehmen“ oder „KMU“ Unternehmen, die die Voraussetzungen des Anhangs I dieser Verordnung erfüllen;
- hh) „Beginn der Arbeiten“ entweder den Beginn der Bauarbeiten für die Investition oder die erste rechtsverbindliche Verpflichtung zur Bestellung von Ausrüstung oder eine andere Verpflichtung, die die Investition unumkehrbar macht, wobei der früheste dieser Zeitpunkte maßgebend ist; der Kauf von Grundstücken und Vorarbeiten wie die Einholung von Genehmigungen und die Erstellung vorläufiger Durchführbarkeitsstudien gelten nicht als Beginn der Arbeiten. Bei einer Übernahme ist der „Beginn der Arbeiten“ der Zeitpunkt des Erwerbs der unmittelbar mit der erworbenen Betriebsstätte verbundenen Vermögenswerte;
- ii) „nachhaltiger multimodaler Verkehr“ die Beförderung von Gütern oder Personen über mindestens zwei verschiedene Verkehrsträger, wobei mindestens einer der genutzten Verkehrsträger die Schiene, eine Binnenwasserstraße oder – bei Kombination mit dem Kurzstreckenseeverkehr – die Straße ist;
- jj) „Telematikanwendungen im Güterverkehr“ Anwendungen wie Informationssysteme (Verfolgung der Güter und der Züge in Echtzeit), Rangier- und Zugbildungssysteme, Buchungssysteme, Zahlungs- und Fakturierungssysteme, Anschlüsse zu anderen Verkehrsträgern und die Erstellung elektronischer Begleitdokumente;
- kk) „Verkehrsunternehmen“ jedes Unternehmen, das Personen und/oder Güter im Schienen-, Binnenschiffs- und/oder multimodalen Verkehr befördert;
- ll) „Organisator von Beförderungsdiensten“ jedes Unternehmen, das die Beförderung von Gütern organisiert und somit die Wahl zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern trifft (z. B. Logistikunternehmen, Spediteure, multimodale Verkehrsunternehmen);
- mm) „Unternehmen in Schwierigkeiten“ ein Unternehmen, das die Kriterien des Artikels 2 Nummer 18 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission erfüllt;
- nn) „Fahrzeug für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr“
 - i) ein Binnenschiff oder
 - ii) ein Schienenfahrzeug.

Artikel 3

Freistellungsvoraussetzungen

Beihilferegelungen, Einzelbeihilfen auf der Grundlage von Beihilferegelungen und Ad-hoc-Beihilfen sind im Sinne des Artikels 93 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt, sofern diese Beihilfen alle Voraussetzungen des Kapitels I dieser Verordnung sowie die für die betreffende Gruppe von Beihilfen geltenden Voraussetzungen des Kapitels II erfüllen.

Artikel 4

Anmeldeschwellen

Diese Verordnung gilt nicht, wenn die folgenden Schwellenwerte in Form von Beihilfemaximalbeträgen überschritten werden:

- a) bei auf Grundlage einer Regelung gewährten Einzelbetriebsbeihilfen für die Einrichtung neuer kommerzieller Verbindungen: 15 Mio. EUR pro Verbindung;

⁽²²⁾ Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Die Entwicklung des Kurzstreckenseeverkehrs in Europa: Eine dynamische Alternative in einer nachhaltigen Transportkette – Zweiter Zweijahres-Fortschrittsbericht (KOM(1999) 317 endg. vom 29.6.1999).

- b) bei auf Grundlage einer Regelung gewährten Einzelinvestitionsbeihilfen für den Bau, die Modernisierung und die Erneuerung von Anlagen für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr oder von multimodalen Anlagen für den Schienen- und Binnenschiffsverkehr: 20 Mio. EUR pro Vorhaben;
- c) bei Ad-hoc-Investitionsbeihilfen für den Bau, die Modernisierung und die Erneuerung multimodaler Güterterminals für den Schienen- und Binnenschiffsverkehr: 10 Mio. EUR pro Vorhaben;
- d) bei auf Grundlage einer Regelung gewährten Einzelinvestitionsbeihilfen für private Gleisanschlüsse: 2 Mio. EUR pro Vorhaben.

Artikel 5

Transparenz der Beihilfen

- (1) Diese Verordnung gilt nur für transparente Beihilfen.
- (2) Beihilfen gelten als transparent, wenn sich das Bruttosubventionsäquivalent der Beihilfe im Voraus genau berechnen lässt, ohne dass eine Risikobewertung erforderlich ist.
- (3) Für die Zwecke dieser Verordnung gelten die folgenden Arten von Beihilfen als transparent:
 - a) Beihilfen in Form von Zuschüssen und Zinszuschüssen;
 - b) Beihilfen in Form von Krediten, wenn das Bruttosubventionsäquivalent auf der Grundlage des zum Gewährungszeitpunkt geltenden Referenzzinssatzes berechnet wurde;
 - c) Beihilfen in Form von Steuervergünstigungen und ermäßigten Abgaben, wenn die Maßnahme durch eine Obergrenze gewährleistet, dass der jeweils geltende Schwellenwert nicht überschritten wird;
 - d) Beihilfen in Form von Garantien, wenn eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:
 - i) Das Bruttosubventionsäquivalent wurde auf der Grundlage von Safe-Harbour-Prämien berechnet, die in der Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen in Form von Haftungsverpflichtungen und Bürgschaften ⁽²³⁾ festgelegt sind.
 - ii) Vor der Durchführung der Maßnahme wurde die Methode für die Berechnung des Bruttosubventionsäquivalents der Garantie nach einem zum Zeitpunkt der Anmeldung geltenden verbindlichen Rechtsakt der Kommission im Bereich der staatlichen Beihilfen angemeldet und auf der Grundlage der Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen in Form von Haftungsverpflichtungen und Bürgschaften von der Kommission genehmigt, und die genehmigte Methode bezieht sich ausdrücklich auf die Art der Garantie und die Art der zugrunde liegenden Transaktion, um die es im Zusammenhang mit der Anwendung der vorliegenden Verordnung geht.
 - iii) Die Beihilfe wird im Einklang mit den Voraussetzungen des Artikels 14 dieser Verordnung für den Erwerb von Fahrzeugen für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr in Form von Garantien gewährt.

Artikel 6

Anreizeffekt

- (1) Diese Verordnung gilt nur für Beihilfen, die einen Anreizeffekt haben.
- (2) Beihilfen gelten als Beihilfen mit Anreizeffekt, wenn der Beihilfeempfänger vor Beginn der Arbeiten für das Vorhaben bzw. die Tätigkeit einen schriftlichen Beihilfeantrag in dem betreffenden Mitgliedstaat gestellt hat. Der Beihilfeantrag muss mindestens die folgenden Angaben enthalten:
 - a) Name und Größe des Unternehmens,
 - b) Beschreibung des Vorhabens bzw. der Tätigkeit einschließlich des Zeitpunktes des Beginns und des Abschlusses des Vorhabens bzw. der Tätigkeit,
 - c) Standort des Vorhabens bzw. der Tätigkeit,
 - d) Kosten des Vorhabens bzw. der Tätigkeit,

⁽²³⁾ Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen in Form von Haftungsverpflichtungen und Bürgschaften (ABl. C 155 vom 20.6.2008, S. 10).

- e) Art der Beihilfe (z. B. Zuschuss, Kredit, Garantie, rückzahlbarer Vorschuss oder Kapitalzuführung) und Höhe der für das Vorhaben bzw. die Tätigkeit benötigten öffentlichen Finanzierung.
- (3) Ad-hoc-Beihilfen für große Unternehmen gelten als Beihilfen mit Anreizeffekt, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 2 erfüllt sind und sich der Mitgliedstaat zudem vor der Gewährung der betreffenden Beihilfe anhand der Unterlagen des Beihilfeempfängers vergewissert hat, dass die Beihilfe Folgendes bewirken wird:
- a) eine signifikante Erweiterung des Gegenstands des Vorhabens bzw. der Tätigkeit aufgrund der Beihilfe,
 - b) eine signifikante Zunahme der Gesamtausgaben des Beihilfeempfängers für das Vorhaben bzw. die Tätigkeit aufgrund der Beihilfe und/oder
 - c) einen signifikant beschleunigten Abschluss des betreffenden Vorhabens bzw. der betreffenden Tätigkeit.
- (4) Abweichend von den Absätzen 2 und 3 gelten Maßnahmen in Form von Steuervergünstigungen als Beihilfen mit Anreizeffekt, sofern die folgenden kumulativen Voraussetzungen erfüllt sind:
- a) Die Maßnahme begründet einen auf objektiven Kriterien beruhenden Anspruch auf die Beihilfe, ohne dass es zusätzlich einer Ermessensentscheidung des Mitgliedstaats bedarf;
 - b) die Maßnahme ist vor Beginn der Arbeiten für das geförderte Vorhaben bzw. die geförderte Tätigkeit eingeführt worden und in Kraft getreten; dies gilt jedoch nicht für Folgeregelungen, wenn die Tätigkeit bereits unter die Vorläuferregelungen in Form von Steuervergünstigungen fiel.
- (5) Abweichend von den Absätzen 2, 3 und 4 gelten Beihilfen zur Verringerung der externen Kosten des Verkehrs als Beihilfen mit Anreizeffekt, sofern die Voraussetzungen des Artikels 10 erfüllt sind.

Artikel 7

Beihilfeintensität und beihilfefähige Kosten

(1) Für die Berechnung der Beihilfeintensität und der beihilfefähigen Kosten werden die Beträge vor Abzug von Steuern und sonstigen Abgaben herangezogen. Auf die beihilfefähigen Kosten oder Ausgaben erhobene Mehrwertsteuer, die nach dem geltenden nationalen Steuerrecht erstattungsfähig ist, wird jedoch bei der Ermittlung der Beihilfeintensität und der beihilfefähigen Kosten nicht berücksichtigt. Die beihilfefähigen Kosten sind durch schriftliche Unterlagen zu belegen, die klar, spezifisch und aktuell sein müssen. Die beihilfefähigen Kosten können anhand vereinfachter Kostenoptionen ermittelt werden, sofern ein Vorhaben zumindest teilweise aus einem Unionsfonds finanziert wird, bei dem die Anwendung vereinfachter Kostenoptionen zulässig ist, und die Kostenkategorie nach den entsprechenden Bestimmungen dieser Verordnung beihilfefähig ist. In solchen Fällen sind die vereinfachten Kostenoptionen anwendbar, die in den für den Unionsfonds geltenden einschlägigen Vorschriften vorgesehen sind.

(2) Darüber hinaus können bei Vorhaben, die im Einklang mit vom Rat nach der Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates⁽²⁴⁾ genehmigten Aufbau- und Resilienzplänen durchgeführt werden, die beihilfefähigen Kosten anhand vereinfachter Kostenoptionen ermittelt werden, sofern die in der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates⁽²⁵⁾ oder der Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates⁽²⁶⁾ dargelegten vereinfachten Kostenoptionen verwendet werden.

⁽²⁴⁾ Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 2021 zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ABl. L 57 vom 18.2.2021, S. 17, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2021/241/2023-03-01>).

⁽²⁵⁾ Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2013/1303/2023-03-01>).

⁽²⁶⁾ Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds, den Fonds für einen gerechten Übergang und den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik (ABl. L 231 vom 30.6.2021, S. 159, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1060/2023-03-01>).

(3) Werden Beihilfen nicht in Form von Zuschüssen gewährt, so entspricht der Beihilfebetrug ihrem Bruttosubventionsäquivalent.

(4) Zukünftig zu zahlende Beihilfen, u. a. in mehreren Tranchen zu zahlende Beihilfen, werden auf ihren Wert zum Gewährungszeitpunkt abgezinst. Die beihilfefähigen Kosten werden auf ihren Wert zum Gewährungszeitpunkt abgezinst. Für die Abzinsung wird der zum Gewährungszeitpunkt geltende Abzinsungssatz zugrunde gelegt.

Artikel 8

Kumulierung

(1) Bei der Prüfung, ob die in Artikel 4 festgelegten Anmeldeschwellen und die in Kapitel II festgelegten Beihilfehöchstintensitäten eingehalten sind, werden (je nach Art der Beihilfe) die für die geförderte Tätigkeit, das geförderte Vorhaben oder das geförderte Unternehmen insgesamt gewährten staatlichen Beihilfen berücksichtigt.

(2) Werden Unionsmittel, die von Organen, Einrichtungen, gemeinsamen Unternehmen oder sonstigen Stellen der Union zentral verwaltet werden und nicht direkt oder indirekt der Kontrolle der Mitgliedstaaten unterstehen, mit staatlichen Beihilfen kombiniert, so werden bei der Feststellung, ob die Anmeldeschwellen und Beihilfehöchstintensitäten oder Beihilfehöchstbeträge eingehalten werden, nur die staatlichen Beihilfen berücksichtigt, sofern der Gesamtbetrag der für dieselben beihilfefähigen Kosten gewährten öffentlichen Mittel den im Unionsrecht festgelegten günstigsten Finanzierungssatz nicht überschreitet.

(3) Nach dieser Verordnung freigestellte Beihilfen, bei denen sich die beihilfefähigen Kosten bestimmen lassen, können kumuliert werden mit

- a) anderen staatlichen Beihilfen, sofern diese Maßnahmen unterschiedliche bestimmbare beihilfefähige Kosten betreffen,
- b) anderen staatlichen Beihilfen für dieselben, sich teilweise oder vollständig überschneidenden beihilfefähigen Kosten, sofern durch diese Kumulierung die höchste nach dieser Verordnung für diese Beihilfen geltende Beihilfeintensität bzw. der höchste nach dieser Verordnung für diese Beihilfen geltende Beihilfebetrug nicht überschritten wird,
- c) De-minimis-Beihilfen für dieselben beihilfefähigen Kosten, sofern durch diese Kumulierung die höchste nach dieser Verordnung für diese Beihilfen geltende Beihilfeintensität bzw. der höchste nach dieser Verordnung für diese Beihilfen geltende Beihilfebetrug nicht überschritten wird.

Artikel 9

Veröffentlichung und Information

(1) Der betreffende Mitgliedstaat stellt sicher, dass die folgenden Informationen auf einer umfassenden nationalen oder regionalen Beihilfe-Website veröffentlicht werden:

- a) die in Artikel 19 genannte Kurzbeschreibung in dem in Anhang III dieser Verordnung festgelegten Standardformat oder ein Link, der Zugang dazu bietet,
- b) der in Artikel 19 genannte vollständige Wortlaut jeder Beihilfemaßnahme oder ein Link, der Zugang dazu bietet,
- c) die in Anhang IV dieser Verordnung genannten Informationen über jede Einzelbeihilfe von über 100 000 EUR.

(2) Bei Beihilferegeln in Form von Steuervergünstigungen gelten die unter Absatz 1 dargelegten Voraussetzungen als erfüllt, wenn der Mitgliedstaat die erforderlichen Informationen über die einzelnen Beihilfebeträge in den folgenden Spalten in Mio. EUR veröffentlicht:

0,1 bis 0,5,

0,5 bis 1,

1 bis 2,

2 bis 5,

5 bis 10,

10 bis 15,

15 und mehr.

(3) Die in Absatz 1 Buchstabe c genannten Informationen müssen wie in Anhang III beschrieben in standardisierter Form strukturiert und zugänglich gemacht werden und mit effizienten Such- und Downloadfunktionen abgerufen werden können. Sie sind innerhalb von sechs Monaten ab dem Tag der Gewährung der Beihilfe bzw. für Beihilfen in Form von Steuervergünstigungen innerhalb eines Jahres ab dem Abgabetermin für die Steuererklärung zu veröffentlichen. Sie müssen mindestens zehn Jahre ab dem Tag der Gewährung der Beihilfe zur Verfügung stehen.

(4) Der in Absatz 1 genannte vollständige Wortlaut der Beihilferegelung oder Ad-hoc-Beihilfe muss insbesondere einen ausdrücklichen Verweis auf diese Verordnung unter Angabe des Titels und der Fundstelle im *Amtsblatt der Europäischen Union* sowie auf die einschlägigen besonderen Bestimmungen des Kapitels II enthalten, die die Beihilferegelung betreffen, bzw. ggf. auf die nationalen Rechtsvorschriften, mit denen die Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung gewährleistet wird. Der Beihilferegelung bzw. Ad-hoc-Beihilfe sind die entsprechenden Durchführungsvorschriften und Änderungen beizufügen.

(5) Die Kommission veröffentlicht auf ihrer Website

a) die Links zu den in Absatz 1 genannten Beihilfe-Websites,

b) die in Artikel 19 genannten Kurzbeschreibungen.

KAPITEL II

BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR EINZELNE BEIHILFEGRUPPEN

ABSCHNITT 1

Betriebsbeihilfen

Unterabschnitt A

Betriebsbeihilfen zur Verringerung der externen Kosten des Verkehrs

Artikel 10

Beihilfen zur Verringerung der externen Kosten des Verkehrs

(1) Betriebsbeihilferegelungen zur Verringerung der externen Kosten des Verkehrs sind im Sinne des Artikels 93 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt, sofern die in diesem Artikel und die in Kapitel I festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind.

(2) Beförderungsdienste für Personen und Güter im Schienen-, Binnenschiffs- und/oder nachhaltigen multimodalen Verkehr können für eine Förderung in Betracht kommen. Die Beihilfen werden Verkehrsunternehmen und/oder Organisatoren von Beförderungsdiensten gewährt, die sich für nachhaltige Landverkehrslösungen entscheiden.

(3) Die beihilfefähigen Kosten entsprechen dem Teil der externen Kosten des Verkehrs, der durch den unimodalen oder multimodalen Einsatz von Schienen-, Binnenschiffs- und/oder Kurzstreckenseeverkehr im Rahmen eines nachhaltigen multimodalen Verkehrs im Vergleich zu umweltschädlicheren konkurrierenden Verkehrsträgern vermieden werden kann. Die vermiedenen externen Kosten werden nach den Vorschriften und Methoden des Handbuchs der Kommission über die externen Kosten des Verkehrs⁽²⁷⁾ in seiner geänderten oder ersetzten Fassung berechnet. Die Mitgliedstaaten können die Methode der externen Kosten zur Deckung jeglicher Betriebskosten, einschließlich der mit der Nutzung von Infrastruktur im Zusammenhang stehenden Betriebskosten, verwenden.

⁽²⁷⁾ Europäische Kommission, Generaldirektion Mobilität und Verkehr, Essen, H., Fiorello, D., El Beyrouthy, K. u. a., „Handbook on the external costs of transport“ – Version 2019 – 1.1, Amt für Veröffentlichungen, 2020, <https://data.europa.eu/doi/10.2832/51388>.

- (4) Die Beihilfeintensität beträgt höchstens [50] % der beihilfefähigen Kosten.
- (5) Bei Beihilfen für Beförderungen im kombinierten Verkehr im Sinne des Artikels 1 der Richtlinie 92/106/EWG ⁽²⁸⁾ („Beförderungsdienste“) kann die Beihilfeintensität um [5-10] Prozentpunkte erhöht werden.
- (6) Bei Beihilfen, die für Beförderungsdienste im Güterverkehr gewährt werden, darf die von dem geförderten Verkehrsträger abgedeckte Strecke nicht länger sein als:
- a) bei multimodalem Verkehr:
 - (i) 800 Kilometer beim Schienenverkehr;
 - (ii) 375 km beim Binnenschiffsverkehr;
 - (iii) 750 km beim Kurzstreckenseeverkehr;
 - b) bei unimodalem Verkehr:
 - (i) 350 km beim Schienenverkehr (mit Ausnahme des Einzelwagenverkehrs);
 - (ii) 375 km beim Binnenschiffsverkehr.
- (7) Um sicherzustellen, dass die Beihilfen nur für tatsächlich erbrachte nachhaltige Landverkehrsdienste gewährt werden, müssen die Beihilfen auf Grundlage der tatsächlich erbrachten Transportleistung in Personenkilometern bei Personenverkehrsdiensten, Tonnenkilometern oder Fahrzeugkilometern bei Güterverkehrsdiensten oder ganz allgemein auf Grundlage der Produktionseinheit des Verkehrsdienstes und nicht als Pauschale gewährt werden.
- (8) Die einem Eisenbahn-, Binnenschiffsverkehrs- oder Kurzstreckenseeverkehrsunternehmen gewährten Beihilfen müssen dazu führen, dass die Verkehrsverlagerung von Dauer ist bzw. zunimmt. Zu diesem Zweck müssen Eisenbahn-, Binnenschiffsverkehrs- und Kurzstreckenseeverkehrsunternehmen mindestens die folgenden Informationen über die erhaltenen Beihilfen veröffentlichen: Bewilligungsbehörde, Tag der Gewährung der Beihilfe, erhaltene Beihilfebeträge, Zeitraum und Tätigkeiten, für die die Beihilfe gewährt wurde.

Unterabschnitt B

Betriebsbeihilfen für die Einrichtung neuer kommerzieller Verbindungen

Artikel 11

Beihilfen für die Einrichtung neuer kommerzieller Verbindungen

- (1) Beihilferegeln für die Einrichtung neuer kommerzieller Verbindungen im Schienen- und Binnenschiffsgüterverkehr sowie neuer kommerzieller Verbindungen im Schienenpersonenverkehr sind im Sinne des Artikels 93 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt, sofern die Voraussetzungen des vorliegenden Artikels und des Kapitels I erfüllt sind.
- (2) Die Beihilfen werden folgenden Unternehmen gewährt:
- a) Eisenbahnunternehmen und/oder Organisatoren von Beförderungsdiensten, die die Nachfrage zusammenführen und Liniengüterverkehrsdienste zwischen Verkehrsterminals organisieren, damit diese Unternehmen neue kommerzielle Verbindungen im Schienen- und Binnenschiffsgüterverkehr einrichten, und/oder
 - b) Eisenbahnunternehmen, die Linienpersonenverkehrsdienste zwischen Verkehrsterminals organisieren, die sich entweder in unterschiedlichen Mitgliedstaaten befinden („grenzüberschreitende Schienenpersonenverkehrsdienste“) oder mehr als 400 km voneinander entfernt sind („Schienenpersonenfernverkehrsdienste“).
- (3) Die Beihilfen können in Form von Zuschüssen gewährt werden, die in mehreren, jeweils einen Zeitraum von höchstens einem Jahr abdeckenden Tranchen ausbezahlt werden.

⁽²⁸⁾ ABl. L 368 vom 17.12.1992, S. 38 [nach Annahme der Änderung der Richtlinie 92/106/EWG (2023/0396(COD)) zu ersetzen durch „nach Artikel 1c Absatz 2 der Richtlinie 92/106/EWG“].

(4) Beihilfefähig sind die Betriebsverluste, die innerhalb eines Zeitraums von höchstens fünf Jahren, nachdem der Beihilfeempfänger den Betrieb der neuen kommerziellen Verbindung aufgenommen hat, im Zusammenhang mit der betreffenden Verbindung anfallen. Unbeschadet des vorstehenden Satzes können Betriebskosten, die mit der Einrichtung der neuen Verbindung in Zusammenhang stehen und vor dem Zeitpunkt ihrer Einrichtung angefallen sind, bei der Ermittlung der beihilfefähigen Kosten für das erste Jahr des Betriebs der neuen kommerziellen Verbindung berücksichtigt werden.

(5) Für die Zwecke dieses Artikels sind Betriebsverluste zu verstehen als negative Differenz zwischen den im Zusammenhang mit der betreffenden Verbindung erzielten Einnahmen und den dabei angefallenen Betriebskosten sowie den Betriebskosten für die Arbeiten, die mit der Einrichtung der neuen kommerziellen Verbindung in Zusammenhang stehen und vor dem Zeitpunkt ihrer Einrichtung angefallen sind. Die Beihilfeintensität darf 80 % der beihilfefähigen Kosten im ersten Jahr, 70 % der beihilfefähigen Kosten im zweiten Jahr, 60 % der beihilfefähigen Kosten im dritten Jahr, 50 % der beihilfefähigen Kosten im vierten Jahr und 40 % der beihilfefähigen Kosten im fünften Jahr nicht übersteigen.

(6) Die der neuen kommerziellen Verbindung zuzuordnenden Kosten können alle Betriebskosten einschließen, die unmittelbar beim Betrieb der neuen kommerziellen Verbindung anfallen, sowie einen angemessenen Anteil allgemeiner Betriebskosten, die im Zusammenhang mit der neuen kommerziellen Verbindung und anderen Tätigkeiten anfallen. Als Einnahmen sind die gesamten mit der neuen kommerziellen Verbindung erzielten Einnahmen heranzuziehen.

(7) Wird die Beihilfe im Voraus ausgezahlt, so werden die beihilfefähigen Kosten vorab auf der Grundlage realistischer Projektionen geschätzt und auf ihren Wert zum Gewährungszeitpunkt abgezinst. Die Mitgliedstaaten richten einen Monitoring- und Rückforderungsmechanismus ein, um sicherzustellen, dass die Beihilfe die zulässige Beihilfeintensität nicht übersteigt.

ABSCHNITT 2

Investitionsbeihilfen

Unterabschnitt A

Investitionsbeihilfen für unimodale und multimodale Anlagen für den Schienen- und Binnenschiffsverkehr sowie für private Gleisanschlüsse

Artikel 12

Beihilfen für den Bau, die Modernisierung und die Erneuerung unimodaler und multimodaler Anlagen für den Schienen- und Binnenschiffsverkehr

(1) Beihilfen für den Bau, die Modernisierung und die Erneuerung (einschließlich des Austauschs) von Anlagen für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr und von multimodalen Anlagen für den Schienen- und Binnenschiffsverkehr sind im Sinne des Artikels 93 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt, sofern die Voraussetzungen des vorliegenden Artikels und des Kapitels I erfüllt sind.

(2) Die Beihilfen werden Unternehmen, die Anlagen für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr oder multimodale Anlagen für den Schienen- und Binnenschiffsverkehr bauen, modernisieren und/oder erneuern, auf der Grundlage einer Regelung gewährt; eine Ausnahme bilden Beihilfen für den Bau, die Modernisierung und die Erneuerung multimodaler Güterterminals für den Schienen- und Binnenschiffsverkehr, die auch als Ad-hoc-Beihilfen gewährt werden können. Ad-hoc-Beihilfen können nur dann gewährt werden, wenn die potenzielle Kapazitätsnachfrage zumindest mittelfristig die derzeitige kombinierte Kapazität der geförderten Anlage und anderer bestehender oder bereits geplanter Anlagen übersteigt, die bei vernünftiger Betrachtung als Alternative zu der geförderten Anlage dienen könnten.

(3) Beihilfefähig sind die Investitionskosten in Bezug auf materielle (bewegliche und unbewegliche) und immaterielle Vermögenswerte, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Bau, der Modernisierung oder der Erneuerung der betreffenden Anlage stehen. Die Investition kann auf der Infrastruktur befindliche Anlagen (z. B. für die Lagerung), feste Ausrüstung (z. B. Lagerhäuser und Terminalgebäude) und mobile Terminalgeräte (z. B. Reachstacker), die sich in der Anlage befinden und für die Erbringung verkehrsbezogener Dienste bestimmt sind, umfassen. Die Kosten für Durchführbarkeitsstudien und topologische Studien sowie für Planung und Installation sind ebenfalls beihilfefähig.

- (4) Kosten im Zusammenhang mit nicht die Beförderung betreffenden Tätigkeiten sind nicht beihilfefähig.
- (5) Der Beihilfebetrags darf den niedrigeren der folgenden Schwellenwerte nicht übersteigen:
 - a) die Differenz zwischen den beihilfefähigen Kosten und der Summe aus dem Betriebsgewinn aus der Investition während ihrer wirtschaftlichen Lebensdauer und dem abgezinsten Endwert der Investition (Restwert am Ende der wirtschaftlichen Lebensdauer der Investition). Der Betriebsgewinn schließt auch die inkrementellen Nettobetriebsgewinne ein, die durch nicht die Beförderung betreffende Tätigkeiten generiert werden, die mit den in der betreffenden Anlage durchzuführenden Beförderungstätigkeiten im Zusammenhang stehen (z. B. die Vermietung von Gewerbeflächen in der Anlage). Der Abzug des Betriebsgewinns und des Endwerts von den beihilfefähigen Kosten erfolgt entweder im Voraus auf der Grundlage realistischer Projektionen oder im Nachhinein über einen Rückforderungsmechanismus;
 - b) 50 % der beihilfefähigen Kosten.
- (6) Bei Beihilfen von nicht mehr als 3 Mio. EUR pro Vorhaben kann der Beihilfehöchstbetrag alternativ zur Anwendung der in Absatz 5 genannten Methode auf höchstens 50 % der beihilfefähigen Kosten festgesetzt werden.
- (7) Im Einklang mit den sektorspezifischen Rechtsvorschriften, einschließlich der Richtlinie 2012/34/EU, muss allen interessierten Nutzern zu offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Bedingungen Zugang zu der geförderten Anlage gewährt werden.
- (8) Die Erteilung von Konzessionen oder Aufträgen an Dritte für den Bau, die Modernisierung, den Betrieb oder die Anmietung einer geförderten Anlage muss zu wettbewerblichen, transparenten, diskriminierungsfreien und auflagenfreien Bedingungen erfolgen.
- (9) Sind Eigentümer, Betreiber und voraussichtliche Endnutzer der geförderten Verkehrsanlage Teil desselben Unternehmens oder verbundene Unternehmen im Sinne des Anhangs I dieser Verordnung, so wird der Zuschlag für den Betrieb der Anlage auf der Grundlage eines offenen, wettbewerblichen, transparenten und diskriminierungsfreien Verfahrens erteilt ⁽²⁹⁾.

Artikel 13

Beihilfen für den Bau, die Modernisierung und die Erneuerung privater Gleisanschlüsse

- (1) Beihilferegeln für den Bau, die Modernisierung und die Erneuerung (einschließlich des Austauschs) privater Gleisanschlüsse sind im Sinne des Artikels 93 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt, sofern die in diesem Artikel und in Kapitel I festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind.
- (2) Die Beihilfen werden Unternehmen gewährt, die private Gleisanschlüsse bauen, modernisieren und erneuern.
- (3) Beihilfefähig sind die Investitionskosten in Bezug auf materielle (bewegliche und unbewegliche) und immaterielle Vermögenswerte, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Bau, der Modernisierung oder der Erneuerung des privaten Gleisanschlusses stehen. Die Investitionskosten können Kosten für Durchführbarkeitsstudien und topologische Studien sowie für Planung und Installation umfassen. Be- bzw. Entladeplattformen und Ausrüstungen, die für das Be- bzw. Entladen von Zügen am Standort des/der Nutzer(s) verwendet werden, sind nicht in die beihilfefähigen Kosten einzubeziehen.
- (4) Der Beihilfebetrags darf den niedrigeren der folgenden Schwellenwerte nicht übersteigen:
 - a) die Differenz zwischen den beihilfefähigen Kosten und der Summe aus dem Betriebsgewinn aus der Investition während ihrer wirtschaftlichen Lebensdauer und dem abgezinsten Endwert der Investition (Restwert am Ende der wirtschaftlichen Lebensdauer der Investition). Der Abzug des Betriebsgewinns und des Endwerts von den beihilfefähigen Kosten erfolgt entweder im Voraus auf der Grundlage realistischer Projektionen oder im Nachhinein über einen Rückforderungsmechanismus;
 - b) 50 % der beihilfefähigen Kosten.
- (5) Bei Beihilfen von nicht mehr als 500 000 Mio. EUR pro Vorhaben kann der Beihilfehöchstbetrag alternativ zur Anwendung der in Absatz 4 genannten Methode auf höchstens 50 % der beihilfefähigen Kosten festgesetzt werden.

⁽²⁹⁾ Die betreffenden verbundenen Unternehmen dürfen an dem Verfahren teilnehmen.

Unterabschnitt B

Investitionsbeihilfen für den Erwerb von Fahrzeugen für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr und von Ausrüstung für nachhaltigen multimodalen Verkehr

Artikel 14

Beihilfen für den Erwerb von Fahrzeugen für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr

- (1) Investitionsbeihilferegulungen zur Förderung des Erwerbs von Fahrzeugen für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr sind im Sinne des Artikels 93 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt, sofern die Voraussetzungen des vorliegenden Artikels und des Kapitels I erfüllt sind.
- (2) Beihilfefähig sind alle Investitionskosten im Zusammenhang mit dem Erwerb neuer oder gebrauchter Fahrzeuge für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr. Diese Kosten können insbesondere den Preis des Fahrzeugs und die Lieferkosten umfassen. Kosten für Design-Studien, Beratung oder Ingenieurleistungen können beihilfefähig sein, sofern sie mit den in diesem Artikel genannten Investitionen im Zusammenhang stehen und Teil davon sind.
- (3) Die Beihilfen werden folgenden Marktteilnehmern gewährt:
- a) neuen Marktteilnehmern im Schienenverkehrssektor,
 - b) Eisenbahnunternehmen, Binnenschiffverkehrsunternehmen oder Leasingunternehmen im Schienen- bzw. im Binnenschiffsverkehr – sofern sie als KMU gelten.
- (4) Die Beihilfen werden in Form einer Garantie zugunsten des Käufers des Fahrzeugs für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr gewährt. Die Garantien können direkt den Endempfängern oder als Finanzintermediäre handelnden Kreditinstituten oder anderen Finanzinstituten gewährt werden (sofern der Empfänger die freie Wahl des Finanzintermediärs behält). Der Finanzintermediär muss nachweisen können, dass er anhand eines Mechanismus sicherstellt, dass die Vorteile – in Form umfangreicherer Finanzierungen, riskanterer Portfolios, geringerer Besicherungsanforderungen oder niedrigerer Zinssätze, als ohne solche staatlichen Garantien möglich wären – so weit wie möglich an die Endempfänger weitergegeben werden.
- (5) Die Garantien werden für neue Einzelkredite zum Erwerb von Fahrzeugen für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr gewährt. Der Nominalbetrag des zugrunde liegenden Kredits darf die beihilfefähigen Kosten nicht übersteigen. Die Garantie darf höchstens 80 % des zugrunde liegenden Darlehens abdecken. Staatliche Garantien werden gegen eine Gebühr von mindestens 50 Basispunkten gewährt, wenn der gewährende Mitgliedstaat ein Rating von AAA-A aufweist.
- (6) Die Laufzeit der Garantien ist auf höchstens 15 Jahre begrenzt.
- (7) Beihilfen für den Erwerb von Fahrzeugen für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr können mit Beihilfen zur Förderung der Interoperabilität und/oder mit Beihilfen für die technische Anpassung und Modernisierung kumuliert werden, wenn die Nettomehrkosten für die Interoperabilität im Sinne des Artikels 16 Absatz 6 und/oder für Investitionen in die technische Anpassung und Modernisierung im Sinne des Artikels 17 Absatz 6 nicht Teil der beihilfefähigen Kosten nach Absatz 2 sind.

Artikel 15

Beihilfen für den Erwerb von intermodalen Ladeeinheiten und Krananlagen an Bord von Schiffen

- (1) Investitionsbeihilferegulungen für den Erwerb von neuen oder gebrauchten intermodalen Ladeeinheiten und/oder Krananlagen an Bord von Schiffen sind im Sinne des Artikels 93 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt, sofern die Voraussetzungen des vorliegenden Artikels und des Kapitels I erfüllt sind.
- (2) Die Beihilfen werden Unternehmen gewährt, die in den Erwerb von intermodalen Ladeeinheiten und Krananlagen an Bord von Schiffen investieren.

- (3) Die beihilfefähigen Kosten belaufen sich
 - a) bei intermodalen Ladeeinheiten auf die Differenz zwischen den Kosten für Beförderungseinheiten, die ausschließlich für den Straßentransport genutzt werden, und den Kosten für intermodale Ladeeinheiten, die für die Zwecke eines nachhaltigen multimodalen Verkehrs umgeladen werden können;
 - b) bei Krananlagen an Bord von Schiffen auf den vollen Anschaffungspreis.
- (4) Die beihilfefähigen Kosten können Kosten für Durchführbarkeitsstudien, Planung und Einführung umfassen.
- (5) Der Beihilfebetrag darf eine Beihilfeintensität von 30 % der beihilfefähigen Kosten in dem in Absatz 3 Buchstabe a beschriebenen Fall und von 20 % in dem in Absatz 3 Buchstabe b beschriebenen Fall nicht übersteigen.

Unterabschnitt C

Investitionsbeihilfen zur Förderung der Interoperabilität und Investitionsbeihilfen für die technische Anpassung und Modernisierung

Artikel 16

Beihilfen zur Förderung der Interoperabilität

- (1) Investitionsbeihilferegeln zur Förderung von Investitionen in materielle und immaterielle Vermögenswerte, die zu ununterbrochenen Verkehrsströmen zwischen Mitgliedstaaten oder Verkehrsträgern beitragen, sind im Sinne des Artikels 93 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt, sofern die Voraussetzungen des vorliegenden Artikels und des Kapitels I erfüllt sind.
- (2) Die Beihilfen werden Unternehmen gewährt, die Investitionen in die Einführung der in Absatz 3 genannten Technologien zur Förderung der Interoperabilität tätigen.
- (3) Folgende Investitionsvorhaben sind beihilfefähig:
 - a) das Europäische Zugsicherungs- und Zugsteuerungssystem (ETCS), das künftige Bahnmobilfunksystem (FRMCS) und der automatisierte Zugbetrieb (ATO) als Teil des Europäischen Eisenbahnverkehrsleitsystems (ERTMS), wie im Sekundärrecht der Union ⁽³⁰⁾ beschrieben,
 - b) die digitale automatische Kupplung (DAC) ⁽³¹⁾,
 - c) die Anpassung von Schienenfahrzeugen an verschiedene Stromsysteme,
 - d) die Anpassung von Schienenfahrzeugen an unterschiedliche Spurweiten,
 - e) die Anpassung von Binnenschiffen an das Anlaufen von Seehäfen,
 - f) die Anpassung von Binnenschiffen an veränderte Schifffarkeitsbedingungen, einschließlich Niedrigwasser,
 - g) die Automatisierung von Schienenfahrzeugen und Binnenschiffen,
 - h) die Anpassung von Fahrzeugen für den Transport von intermodalen Ladeeinheiten,
 - i) Schlüsseltechnologien, die für die Einführung von Binnenschiffahrtinformationsdiensten (River Information Services, RIS) erforderlich sind, wie z. B. die RIS-Plattform, das Elektronische Kartendarstellungs- und -Informationssystem für die Binnenschiffahrt (Inland ECDIS), Nachrichten für die Binnenschiffahrt, das automatische Identifikationssystem für Binnenschiffe und das internationale elektronische Meldewesen (Electronic Reporting International),

⁽³⁰⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2023/1695 der Kommission vom 10. August 2023 über die technische Spezifikation für die Interoperabilität der Teilsysteme „Zugsteuerung, Zugsicherung und Signalgebung“ des Eisenbahnsystems in der Europäischen Union und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2016/919 (ABl. L 222 vom 8.9.2023, S. 380).

⁽³¹⁾ DAC ist eine interoperable Komponente für das automatische Kuppeln und Entkuppeln von Güterzug-Fahrzeugen – sowohl physisch (z. B. mechanische Verbindung und Luftleitung für die Bremsen) als auch digital (z. B. Strom- und Datenverbindung). DAC ist ein Wegbereiter für einen modernen und digitalen europäischen Eisenbahngüterverkehr. Diese Komponente wird nicht nur mithilfe von Automatisierungsprozessen die Effizienz steigern, sondern auch eine ausreichende Energieversorgung für Telematikanwendungen sowie eine sichere Datenkommunikation im gesamten Zug gewährleisten. [Nach Annahme der einschlägigen sekundären Rechtsvorschriften den EU Verweis einfügen.]

- j) Telematikanwendungen für den Güterverkehr und andere Güterverkehrssoftware, soweit sie zu ununterbrochenen Verkehrsströmen beitragen, insbesondere intermodale Identifizierungs-, Verfolgungs- und Rückverfolgungssysteme und intermodale Datenaustauschplattformen. Investitionen in Anwendungen für Personenverkehrsdienste wie etwa Systeme, die den Fahrgästen vor und während der Fahrt Informationen bereitstellen, Buchungs- und Zahlungssysteme für Fahrgäste, Gepäckverwaltung und Verwaltung von Verbindungen zwischen Personenzügen und mit anderen Verkehrsträgern des Personenverkehrs sind nicht förderfähig.
- (4) Beihilfefähig sind alle Kosten, die für die Durchführung der beihilfefähigen Investitionen erforderlich sind. Diese Kosten können insbesondere Kosten für den Erwerb und die Einführung der betreffenden Technologie, Kosten für Projektmanagement und Lieferkosten umfassen. Wartungskosten sind nicht förderfähig. Kosten für Studien, Erprobung und Genehmigung sowie Pilot- und Prototypanlagen sind förderfähig. Die mit Beihilfen zur Förderung der Interoperabilität finanzierten Vermögenswerte können neu oder gebraucht sein. Bei auf die Interoperabilität abzielenden Investitionen im Zusammenhang mit dem ERTMS sind Kosten im Zusammenhang mit der Integration der Funktionen des europäischen globalen Satellitennavigationssystems (EGNSS) in das ERTMS förderfähig. Kosten im Zusammenhang mit GSM-R sind nicht förderfähig.
- (5) Die Beihilfeintensität beträgt höchstens
- a) 80 % der beihilfefähigen Kosten bei Investitionsvorhaben, die unter Absatz 3 Buchstabe a oder b fallen,
- b) 50 % der beihilfefähigen Kosten bei Investitionsvorhaben, die unter Absatz 3 Buchstaben c bis j fallen.
- (6) Bei auf die Interoperabilität abzielenden Investitionen in Fahrzeuge für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr oder in intermodale Ladeeinheiten oder Krananlagen an Bord von Schiffen, deren Erwerb geplant ist, sind die beihilfefähigen Kosten auf die Nettomehrkosten für die Interoperabilität beschränkt, sofern diese Kosten nicht bereits durch andere Formen von Beihilfen, insbesondere durch Beihilfen nach den Artikeln 14 und 15, gedeckt sind. Die Nettomehrkosten für die Interoperabilität werden berechnet als Differenz zwischen den Gesamtkosten für den Erwerb des Fahrzeugs für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr, der intermodalen Ladeeinheit oder der Krananlage an Bord von Schiffen, dessen/deren Erwerb geplant ist und das/die die auf die Interoperabilität abzielenden Investitionen aufweist, und – als kontrafaktisches Szenario – den Gesamtkosten für den Erwerb desselben oder eines ähnlichen Fahrzeugs, derselben oder einer ähnlichen intermodalen Ladeeinheit bzw. derselben oder einer ähnlichen Krananlage an Bord von Schiffen ohne auf die Interoperabilität abzielende Investitionen.
- (7) Während eines Zeitraums von mindestens fünf Jahren nach Gewährung der Beihilfe enthalten vertragliche Vereinbarungen über die entgeltliche Übertragung oder Nutzung (z. B. Leasing) von mit Beihilfen zur Förderung der Interoperabilität finanzierten Vermögenswerten eine Klausel, aus der hervorgeht, dass die Investition, die die Interoperabilität des betreffenden Vermögenswerts sicherstellt, mit einer staatlichen Beihilfe finanziert wurde. Ferner werden darin die einschlägigen Verpflichtungen nach Absatz 9 und die Höhe der Beihilfe angegeben.
- (8) Die Investition wird mindestens ein Jahr vor dem Tag durchgeführt und abgeschlossen, an dem die geförderte Investition auf EU-Ebene verbindlich wird.
- (9) Die Fahrzeuge für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr, denen die geförderte Investition zugute kommt, bleiben nach Durchführung der Investition mindestens fünf Jahre lang im einschlägigen nationalen Register eines Mitgliedstaats oder in einem einschlägigen europäischen Register eingetragen.

Artikel 17

Beihilfen für die technische Anpassung und Modernisierung von Fahrzeugen für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr und von Ausrüstung für nachhaltigen multimodalen Verkehr

- (1) Investitionsbeihilferegeln zur Förderung von Investitionen in materielle und immaterielle Vermögenswerte, die zur technischen Anpassung und Modernisierung von Fahrzeugen für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr und von Ausrüstung für nachhaltigen multimodalen Verkehr beitragen, sind im Sinne des Artikels 93 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt, sofern die Voraussetzungen des vorliegenden Artikels und des Kapitels I erfüllt sind.
- (2) Die Beihilfen werden Unternehmen gewährt, die in Absatz 3 genannte Investitionen in die technische Anpassung und Modernisierung von Fahrzeugen für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr und von Ausrüstung für nachhaltigen multimodalen Verkehr tätigen.

- (3) Beihilfefähig sind folgende Investitionen:
- a) Nachrüstung und/oder Überholung von Schienenfahrzeugen,
 - b) Nachrüstung und/oder Überholung von Binnenschiffen, z. B. zur Verbesserung von Hydrodynamik und Effizienz,
 - c) Nachrüstung und/oder Überholung von Ausrüstung für nachhaltigen multimodalen Verkehr,
 - d) technische Anpassung von Schiffen an neue Frachtarten,
 - e) Telematikanwendungen für den Güterverkehr und sonstige Güterverkehrssoftware, die nicht unter Artikel 16 fallen, wie etwa Systeme, die ausschließlich Informationen für einen Verkehrsträger liefern, oder digitale Buchungs- und Zahlungssysteme, die nicht zu ununterbrochenen Verkehrsströmen beitragen. Investitionen in Anwendungen für Personenverkehrsdienste wie Systeme, die den Fahrgästen vor und während der Fahrt Informationen bereitstellen, Buchungs- und Zahlungssysteme für Fahrgäste, Gepäckverwaltung und Verwaltung von Verbindungen zwischen Personenzügen und anderen Verkehrsträgern des Personenverkehrs sind nicht förderfähig;
 - f) Logistiksysteme, z. B. Software zur Ladungsoptimierung;
 - g) Verkehrsprognosensoftware (voraussichtliche Abfahrtszeit/voraussichtliche Ankunftszeit) und Routenoptimierungssoftware.
- (4) Beihilfefähig sind alle Kosten, die für die Durchführung der beihilfefähigen Investitionen erforderlich sind. Diese Kosten können insbesondere Kosten für den Erwerb und die Einführung der betreffenden Technologie, Kosten für Verbesserungen einer bereits eingeführten Technologie, Kosten für Projektmanagement und Lieferkosten umfassen. Kosten für Studien, Erprobung und Genehmigung sowie Pilot- und Prototypanlagen sind beihilfefähig.
- (5) Die Beihilfeintensität beträgt höchstens 20 % der beihilfefähigen Kosten.
- (6) Bei Investitionen in Fahrzeuge für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr, deren Erwerb geplant ist, sind die beihilfefähigen Kosten auf die Nettomehrkosten für die technische Anpassung und Modernisierung beschränkt, sofern diese Kosten nicht bereits durch andere Formen von Beihilfen, insbesondere durch Beihilfen nach den Artikeln 14 und 15, gedeckt sind. Die Nettomehrkosten für die technische Anpassung und Modernisierung werden berechnet als Differenz zwischen den Gesamtkosten für den geplanten Erwerb des Fahrzeugs für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr, das die auf die technische Anpassung und Modernisierung abzielenden Investitionen aufweist und – als kontrafaktisches Szenario – den Gesamtkosten für den Erwerb desselben oder eines ähnlichen Fahrzeugs, das technisch angepasst und modernisiert werden muss.
- (7) Während eines Zeitraums von mindestens fünf Jahren nach Gewährung der Beihilfe enthalten vertragliche Vereinbarungen über die entgeltliche Übertragung oder Nutzung (z. B. Leasing) von mit Beihilfen für die technische Anpassung und Modernisierung von Fahrzeugen und Ausrüstung für nachhaltigen multimodalen Verkehr eine Klausel, aus der hervorgeht, dass die Anpassung oder Modernisierung des betreffenden Vermögenswerts mit einer staatlichen Beihilfe finanziert wurde, und in der der Beihilfebetrag angegeben wird.
- (8) Die Investition wird mindestens ein Jahr vor dem Tag durchgeführt und abgeschlossen, an dem die geförderte Investition auf EU-Ebene verbindlich wird.

KAPITEL III

ÜBERWACHUNG

Artikel 18

Entzug des Rechtsvorteils der Gruppenfreistellung

Gewährt ein Mitgliedstaat angeblich nach dieser Verordnung von der Anmeldepflicht freigestellte Beihilfen, ohne dass die Voraussetzungen der Kapitel I bis II erfüllt sind, so kann die Kommission, nachdem sie dem Mitgliedstaat Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben hat, einen Beschluss erlassen, dem zufolge alle oder einige der künftigen Beihilfemaßnahmen des betreffenden Mitgliedstaats, die eigentlich die Voraussetzungen dieser Verordnung erfüllen, nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV bei der Kommission anzumelden sind. Die anzumeldenden Maßnahmen können auf Maßnahmen, mit denen bestimmte Arten von Beihilfen gewährt werden, auf Maßnahmen zugunsten bestimmter Beihilfeempfänger oder auf Beihilfemaßnahmen bestimmter Behörden des betreffenden Mitgliedstaats beschränkt werden.

*Artikel 19***Berichterstattung**

Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission

- a) über das elektronische Anmeldesystem der Kommission die Kurzbeschreibung jeder auf der Grundlage der vorliegenden Verordnung freigestellten Maßnahme innerhalb von 20 Arbeitstagen nach ihrem Inkrafttreten in dem in Anhang III festgelegten Standardformat zusammen mit einem Link, der Zugang zum vollständigen Wortlaut der Beihilfemaßnahme einschließlich Änderungen bietet;
- b) im Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 794/2004 der Kommission ⁽³²⁾ einen Jahresbericht in elektronischer Form über die Anwendung der vorliegenden Verordnung mit den nach der genannten Verordnung für jedes volle Jahr oder jeden Teil eines Jahres, in dem die vorliegende Verordnung gilt, anzugebenden Informationen.

*Artikel 20***Evaluierung**

(1) Die in Artikel 1 Absatz 2 Buchstaben i und j genannten Beihilferegelungen müssen einer Ex-post-Evaluierung unterzogen werden, wenn sie eine Mittelausstattung oder verbuchte Ausgaben von mehr als 150 Mio. EUR in einem Jahr oder von mehr als 750 Mio. EUR während ihrer Gesamtlaufzeit aufweisen. Die Gesamtlaufzeit umfasst die Laufzeit der Beihilferegelung und etwaiger Vorgängerregelungen, die sich auf ein ähnliches Ziel und ein ähnliches geografisches Gebiet beziehen, ab dem XXX. In Anbetracht der Ziele der Evaluierung und zur Vermeidung eines unverhältnismäßigen Aufwands für die Mitgliedstaaten werden Ex-post-Evaluierungen ab dem XXX nur für Beihilferegelungen mit einer Gesamtlaufzeit von mehr als drei Jahren verlangt.

(2) Bei Beihilferegelungen, die unmittelbar an eine Regelung anknüpfen, die ein ähnliches Ziel und ein ähnliches geografisches Gebiet abdeckt und Gegenstand einer Evaluierung war, braucht keine Ex-post-Evaluierung verlangt zu werden. Voraussetzung hierfür ist, dass ein abschließender Evaluierungsbericht im Einklang mit dem von der Kommission genehmigten Evaluierungsplan erstellt wurde und dieser keine negativen Feststellungen beinhaltet. Wenn der abschließende Evaluierungsbericht für eine Regelung nicht mit dem genehmigten Evaluierungsplan im Einklang steht, wird die jeweilige Regelung mit sofortiger Wirkung ausgesetzt. Eine Nachfolgeregelung einer solchen ausgesetzten Regelung, die ein ähnliches Ziel und ein ähnliches geografisches Gebiet abdeckt, kann nicht den Rechtsvorteil einer Gruppenfreistellung erhalten.

(3) Im Rahmen der Evaluierung soll festgestellt werden, ob die Annahmen und Voraussetzungen für die Vereinbarkeit der Regelung mit dem Binnenmarkt bestätigt bzw. erfüllt wurden, insbesondere die Erforderlichkeit und die Wirksamkeit der Beihilfemaßnahme in Bezug auf die allgemeinen und spezifischen Ziele. In der Evaluierung werden auch die Auswirkungen der Regelung auf Wettbewerb und Handel bewertet.

(4) Bei Beihilferegelungen, die der Evaluierungspflicht gemäß Absatz 1 unterliegen, übermitteln die Mitgliedstaaten den Entwurf des Evaluierungsplans

- a) innerhalb von 20 Arbeitstagen ab dem Inkrafttreten der Beihilferegelung, wenn die Mittelausstattung der Regelung mehr als 150 Mio. EUR in einem Jahr oder mehr als 750 Mio. EUR während ihrer Gesamtlaufzeit beträgt;
- b) innerhalb von 30 Arbeitstagen nach einer wesentlichen Änderung, mit der die Mittelausstattung der Regelung auf mehr als 150 Mio. EUR in einem Jahr oder mehr als 750 Mio. EUR während der Gesamtlaufzeit der Regelung erhöht wird;
- c) innerhalb von 30 Arbeitstagen, nachdem in der amtlichen Buchführung Ausgaben auf der Grundlage der Regelung von mehr als 150 Mio. EUR in einem Jahr verzeichnet wurden.

(5) Der Entwurf des Evaluierungsplans muss mit der von der Kommission angenommenen gemeinsamen Methodik für die Evaluierung staatlicher Beihilfen im Einklang stehen. Die Mitgliedstaaten veröffentlichen den von der Kommission genehmigten Evaluierungsplan.

⁽³²⁾ Verordnung (EG) Nr. 794/2004 der Kommission vom 21. April 2004 zur Durchführung der Verordnung (EU) 2015/1589 des Rates über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 140 vom 30.4.2004, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2004/794/2016-12-22>).

(6) Die Ex-post-Evaluierung wird von einem von der Bewilligungsbehörde unabhängigen Sachverständigen auf der Grundlage des Evaluierungsplans durchgeführt. Jede Evaluierung umfasst mindestens einen Zwischenevaluierungsbericht und einen abschließenden Evaluierungsbericht. Die Mitgliedstaaten veröffentlichen beide Berichte.

(7) Der abschließende Evaluierungsbericht wird der Kommission spätestens neun Monate vor Auslaufen der freigestellten Beihilferegelung vorgelegt. Diese Frist kann bei Regelungen, bei denen die Evaluierungspflicht in den letzten zwei Jahren ihrer Durchführung entsteht, verkürzt werden. Der genaue Umfang und die Modalitäten jeder Evaluierung werden im Beschluss zur Genehmigung des Evaluierungsplans dargelegt. Bei der Anmeldung späterer Beihilfemaßnahmen mit ähnlichem Ziel ist zu beschreiben, wie die Ergebnisse der Evaluierung berücksichtigt wurden.

Artikel 21

Überwachung

(1) Damit die Kommission die nach dieser Verordnung von der Anmeldepflicht freigestellten Beihilfen überwachen kann, führen die Mitgliedstaaten ausführliche Aufzeichnungen mit den Informationen und einschlägigen Unterlagen, die notwendig sind, um feststellen zu können, dass alle Voraussetzungen dieser Verordnung erfüllt sind. Diese Aufzeichnungen werden ab dem Tag, an dem die Ad-hoc-Beihilfe oder die letzte Einzelbeihilfe auf der Grundlage der Regelung gewährt wurde, 10 Jahre lang aufbewahrt.

(2) Im Falle von Beihilferegelungen, nach denen steuerliche Beihilfen, z. B. auf der Grundlage der Steuererklärungen der Beihilfeempfänger, automatisch gewährt werden und bei denen nicht ex ante geprüft wird, ob bei jedem Beihilfeempfänger alle Vereinbarkeitsvoraussetzungen erfüllt sind, prüfen die Mitgliedstaaten regelmäßig zumindest ex post und anhand einer Stichprobe, ob alle Vereinbarkeitsvoraussetzungen erfüllt sind, und ziehen die notwendigen Schlussfolgerungen. Die Mitgliedstaaten führen ausführliche Aufzeichnungen über die Prüfungen und bewahren sie ab dem Tag der Kontrollen mindestens 10 Jahre lang auf.

(3) Die Kommission kann jeden Mitgliedstaat um alle Informationen und einschlägigen Unterlagen ersuchen, die sie als notwendig ansieht, um die Anwendung dieser Verordnung prüfen zu können, so zum Beispiel die in den Absätzen 1 und 2 genannten Informationen. Der betreffende Mitgliedstaat übermittelt der Kommission die angeforderten Informationen und einschlägigen Unterlagen innerhalb von 20 Arbeitstagen nach Eingang des Auskunftersuchens oder ggf. innerhalb eines in dem Auskunftersuchen festgesetzten längeren Zeitraums.

KAPITEL IV

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 22

Übergangsbestimmungen

(1) Diese Verordnung gilt für Einzelbeihilfen, die vor Inkrafttreten der einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung gewährt wurden, sofern die jeweilige Beihilfe alle Voraussetzungen dieser Verordnung, ausgenommen Artikel 9, erfüllt.

(2) Beihilfen, die nicht nach dieser Verordnung von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt sind, werden von der Kommission anhand der einschlägigen Rahmen, Leitlinien, Mitteilungen und Bekanntmachungen geprüft.

(3) Nach Ablauf der Geltungsdauer dieser Verordnung bleiben nach dieser Verordnung freigestellte Beihilferegelungen noch während einer Anpassungsfrist von sechs Monaten freigestellt.

Artikel 23

- (1) Diese Verordnung tritt am XXX in Kraft.
- (2) Sie gilt bis zum XXX.

Brüssel, den

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

ANHANG I

KMU-Definition

Artikel 1

Unternehmen

Als Unternehmen gilt jede Einheit, unabhängig von ihrer Rechtsform, die eine wirtschaftliche Tätigkeit ausübt. Dazu gehören insbesondere auch jene Einheiten, die eine handwerkliche Tätigkeit oder andere Tätigkeiten als Einpersonen- oder Familienbetriebe ausüben, sowie Personengesellschaften oder Vereinigungen, die regelmäßig einer wirtschaftlichen Tätigkeit nachgehen.

Artikel 2

Mitarbeiterzahlen und finanzielle Schwellenwerte zur Definition der Unternehmenskategorien

1. Die Kategorie der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) setzt sich aus Unternehmen zusammen, die weniger als 250 Personen beschäftigen und die entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. EUR erzielen oder deren Jahresbilanzsumme sich auf höchstens 43 Mio. EUR beläuft.
2. Innerhalb der Kategorie der KMU wird ein kleines Unternehmen als ein Unternehmen definiert, das weniger als 50 Personen beschäftigt und dessen Jahresumsatz beziehungsweise Jahresbilanzsumme 10 Mio. EUR nicht übersteigt.
3. Innerhalb der Kategorie der KMU wird ein Kleinstunternehmen als ein Unternehmen definiert, das weniger als 10 Personen beschäftigt und dessen Jahresumsatz beziehungsweise Jahresbilanzsumme 2 Mio. EUR nicht übersteigt.

Artikel 3

Bei der Berechnung der Mitarbeiterzahlen und der finanziellen Schwellenwerte berücksichtigte Unternehmenstypen

1. Ein „eigenständiges Unternehmen“ ist jedes Unternehmen, das nicht als Partnerunternehmen im Sinne von Absatz 2 oder als verbundenes Unternehmen im Sinne von Absatz 3 gilt.
2. „Partnerunternehmen“ sind alle Unternehmen, die nicht als verbundene Unternehmen im Sinne von Absatz 3 gelten und zwischen denen folgende Beziehung besteht: Ein Unternehmen (das vorgeschaltete Unternehmen) hält – allein oder gemeinsam mit einem oder mehreren verbundenen Unternehmen im Sinne von Absatz 3 – 25 % oder mehr des Kapitals oder der Stimmrechte eines anderen Unternehmens (des nachgeschalteten Unternehmens).

Ein Unternehmen gilt jedoch weiterhin als eigenständig, also als Unternehmen ohne Partnerunternehmen, auch wenn der Schwellenwert von 25 % erreicht oder überschritten wird, sofern es sich um folgende Kategorien von Investoren handelt und unter der Bedingung, dass diese Investoren nicht im Sinne von Absatz 3 einzeln oder gemeinsam mit dem betroffenen Unternehmen verbunden sind:

- a) staatliche Beteiligungsgesellschaften, Risikokapitalgesellschaften, natürliche Personen beziehungsweise Gruppen natürlicher Personen, die regelmäßig im Bereich der Risikokapitalinvestition tätig sind und die Eigenkapital in nicht börsennotierte Unternehmen investieren („Business Angels“), sofern der Gesamtbetrag der Investition der genannten „Business Angels“ in ein und dasselbe Unternehmen 1 250 000 EUR nicht überschreitet,
- b) Universitäten oder Forschungszentren ohne Gewinnzweck,
- c) institutionelle Investoren einschließlich regionaler Entwicklungsfonds,
- d) autonome Gebietskörperschaften mit einem Jahreshaushalt von weniger als 10 Mio. EUR und weniger als 5 000 Einwohnern.

3. „Verbundene Unternehmen“ sind Unternehmen, die zueinander in einer der folgenden Beziehungen stehen:
- a) ein Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens;
 - b) ein Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder abzuberufen;
 - c) ein Unternehmen ist gemäß einem mit einem anderen Unternehmen geschlossenen Vertrag oder aufgrund einer Klausel in dessen Satzung berechtigt, einen beherrschenden Einfluss auf dieses Unternehmen auszuüben;
 - d) ein Unternehmen, das Aktionär oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens ist, übt gemäß einer mit anderen Aktionären oder Gesellschaftern dieses anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte von dessen Aktionären oder Gesellschaftern aus.

Es besteht die Vermutung, dass kein beherrschender Einfluss ausgeübt wird, sofern sich die in Absatz 2 Unterabsatz 2 genannten Investoren nicht direkt oder indirekt in die Verwaltung des betreffenden Unternehmens einmischen – unbeschadet der Rechte, die sie in ihrer Eigenschaft als Aktionäre oder Gesellschafter besitzen.

Unternehmen, die durch ein oder mehrere andere Unternehmen oder einen der in Absatz 2 genannten Investoren untereinander in einer der in Unterabsatz 1 genannten Beziehungen stehen, gelten ebenfalls als verbunden.

Unternehmen, die durch eine natürliche Person oder eine gemeinsam handelnde Gruppe natürlicher Personen miteinander in einer dieser Beziehungen stehen, gelten gleichermaßen als verbundene Unternehmen, sofern diese Unternehmen ganz oder teilweise in demselben relevanten Markt oder in benachbarten Märkten tätig sind.

Als „benachbarter Markt“ gilt der Markt für ein Produkt oder eine Dienstleistung, der dem betreffenden Markt unmittelbar vor- oder nachgelagert ist.

4. Außer in den in Absatz 2 Unterabsatz 2 angeführten Fällen kann ein Unternehmen nicht als KMU angesehen werden, wenn 25 % oder mehr seines Kapitals oder seiner Stimmrechte direkt oder indirekt von einer oder mehreren öffentlichen Stellen einzeln oder gemeinsam kontrolliert werden.

5. Die Unternehmen können eine Erklärung zu ihrer Eigenschaft als eigenständiges Unternehmen, Partnerunternehmen oder verbundenes Unternehmen sowie zu den Daten über die in Artikel 2 angeführten Schwellenwerte abgeben. Diese Erklärung kann selbst dann vorgelegt werden, wenn sich die Anteilseigner aufgrund der Kapitalstreuung nicht genau feststellen lassen, wobei das Unternehmen nach Treu und Glauben erklärt, es könne mit Recht davon ausgehen, dass es nicht zu 25 % oder mehr im Eigentum eines Unternehmens oder im gemeinsamen Eigentum von miteinander verbundenen Unternehmen steht. Solche Erklärungen werden unbeschadet der aufgrund einzelstaatlicher Regelungen oder Regelungen der Union vorgesehenen Kontrollen oder Überprüfungen abgegeben.

Artikel 4

Für die Mitarbeiterzahl und die finanziellen Schwellenwerte sowie für den Berichtszeitraum zugrunde zu legende Daten

1. Die Daten, die für die Berechnung der Mitarbeiterzahl und der finanziellen Schwellenwerte herangezogen werden, beziehen sich auf den letzten Rechnungsabschluss und werden auf Jahresbasis berechnet. Sie werden vom Stichtag des Rechnungsabschlusses an berücksichtigt. Die Höhe des herangezogenen Umsatzes wird abzüglich der Mehrwertsteuer (MwSt) und sonstiger indirekter Steuern oder Abgaben berechnet.

2. Stellt ein Unternehmen am Stichtag des Rechnungsabschlusses fest, dass es auf Jahresbasis die in Artikel 2 genannten Schwellenwerte für die Mitarbeiterzahl oder die Bilanzsumme über- oder unterschreitet, so verliert bzw. erwirbt es dadurch den Status eines mittleren Unternehmens, eines kleinen Unternehmens bzw. eines Kleinstunternehmens erst dann, wenn es in zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren zu einer Über- oder Unterschreitung kommt.

3. Bei einem neugegründeten Unternehmen, das noch keinen Jahresabschluss vorlegen kann, werden die entsprechenden Daten im Laufe des Geschäftsjahres nach Treu und Glauben geschätzt.

*Artikel 5***Mitarbeiterzahl**

1. Die Mitarbeiterzahl entspricht der Zahl der Jahresarbeitseinheiten (JAE), d. h. der Zahl der Personen, die in dem betreffenden Unternehmen oder auf Rechnung dieses Unternehmens während des gesamten Berichtsjahres einer Vollzeitbeschäftigung nachgegangen sind. Für die Arbeit von Personen, die nicht das ganze Jahr gearbeitet haben oder die im Rahmen einer Teilzeitregelung (unabhängig von deren Dauer) tätig waren, und für Saisonarbeit wird der jeweilige Bruchteil an JAE gezählt. In die Mitarbeiterzahl gehen ein:

- a) Lohn- und Gehaltsempfänger;
- b) für das Unternehmen tätige Personen, die in einem Untergebenenverhältnis zu diesem stehen und nach nationalem Recht Arbeitnehmern gleichgestellt sind;
- c) mitarbeitende Eigentümer;
- d) Teilhaber, die eine regelmäßige Tätigkeit in dem Unternehmen ausüben und finanzielle Vorteile aus dem Unternehmen ziehen.

2. Auszubildende oder in der beruflichen Ausbildung stehende Personen, die einen Lehr- beziehungsweise Berufsausbildungsvertrag haben, sind in der Mitarbeiterzahl nicht berücksichtigt. Die Dauer des Mutterschafts- bzw. Elternurlaubs wird nicht mitgerechnet.

*Artikel 6***Erstellung der Daten des Unternehmens**

1. Im Falle eines eigenständigen Unternehmens werden die Daten einschließlich der Mitarbeiterzahl ausschließlich auf der Grundlage der Jahresabschlüsse dieses Unternehmens erstellt.

2. Die Daten – einschließlich der Mitarbeiterzahl – eines Unternehmens, das Partnerunternehmen oder verbundene Unternehmen hat, werden auf der Grundlage der Jahresabschlüsse und sonstiger Daten des Unternehmens erstellt oder – sofern vorhanden – anhand der konsolidierten Jahresabschlüsse des Unternehmens beziehungsweise der konsolidierten Jahresabschlüsse, in die das Unternehmen durch Konsolidierung eingeht.

Zu den in Unterabsatz 1 genannten Daten werden die Daten der eventuell vorhandenen Partnerunternehmen des betreffenden Unternehmens, die diesem unmittelbar vor- oder nachgeschaltet sind, hinzugerechnet. Die Anrechnung erfolgt proportional zu dem Anteil der Beteiligung am Kapital oder an den Stimmrechten (wobei der höhere dieser beiden Anteile zugrunde gelegt wird). Bei wechselseitiger Kapitalbeteiligung wird der höhere dieser Anteile herangezogen.

Zu den in den Unterabsätzen 1 und 2 genannten Daten werden gegebenenfalls 100 % der Daten derjenigen direkt oder indirekt mit dem betreffenden Unternehmen verbundenen Unternehmen addiert, die in den konsolidierten Jahresabschlüssen noch nicht berücksichtigt wurden.

3. Bei der Anwendung von Absatz 2 sind die Daten der Partnerunternehmen des betreffenden Unternehmens aus den Jahresabschlüssen und sonstigen Daten, sofern vorhanden in konsolidierter Form, zu entnehmen. Zu diesen Daten werden die Daten der mit diesen Partnerunternehmen verbundenen Unternehmen zu 100 % hinzugerechnet, sofern die Daten in den konsolidierten Jahresabschlüssen noch nicht berücksichtigt wurden.

Bei der Anwendung von Absatz 2 sind die Daten der mit den betreffenden Unternehmen verbundenen Unternehmen aus ihren Jahresabschlüssen und sonstigen Angaben, sofern vorhanden in konsolidierter Form, zu entnehmen. Zu diesen Daten werden gegebenenfalls die Daten der Partnerunternehmen dieser verbundenen Unternehmen, die diesen unmittelbar vor- oder nachgeschaltet sind, anteilmäßig hinzugerechnet, sofern sie in den konsolidierten Jahresabschlüssen nicht bereits anteilmäßig so erfasst wurden, dass der entsprechende Wert mindestens dem in Absatz 2 Unterabsatz 2 genannten Anteil entspricht.

4. In den Fällen, in denen die Mitarbeiterzahl eines bestimmten Unternehmens in den konsolidierten Jahresabschlüssen nicht ausgewiesen ist, wird die Mitarbeiterzahl berechnet, indem die Daten der Unternehmen, die Partnerunternehmen dieses Unternehmens sind, anteilmäßig hinzugerechnet und die Daten der Unternehmen, mit denen dieses Unternehmen verbunden ist, addiert werden.

ANHANG II

Unter die Verkehrs-GVO fallende Maßnahmen und auf der Grundlage der Leitlinien für staatliche Beihilfen im Landverkehr und im multimodalen Verkehr (im Folgenden „Verkehrsleitlinien“) anzumeldende Maßnahmen

Hauptziel	Verkehrs-GVO		Verkehrsleitlinien	
	Maßnahmen	Zulässige Beihilfeintensität	Maßnahmen	Zulässige Beihilfeintensität
Betriebsbeihilfen zur Verringerung der externen Kosten des Verkehrs	Beihilferegulungen	50 % der beihilfefähigen Kosten [60] % der beihilfefähigen Kosten bei Beihilfen für Beförderungsdienste im kombinierten Verkehr	Ad-hoc-Beihilfen Beihilferegulungen mit höheren Beihilfeintensitäten als nach der Verkehrs-GVO erlaubt Beihilferegulungen, die nicht auf dem Handbuch der Kommission basieren	75 % der beihilfefähigen Kosten
Betriebsbeihilfen für die Einrichtung neuer kommerzieller Verbindungen	Beihilferegulungen Auf der Grundlage einer Regelung gewährte Einzelbeihilfe je Vorhaben < 15 Mio. EUR	80 % der beihilfefähigen Kosten im ersten Betriebsjahr, 70 % im zweiten Jahr, 60 % im dritten Jahr, 50 % im vierten Jahr und 40 % im fünften Jahr	Ad-hoc-Beihilfen Auf der Grundlage einer Regelung gewährte Einzelbeihilfe je Vorhaben ≥ 15 Mio. EUR	80 % der beihilfefähigen Kosten im ersten Betriebsjahr, 70 % im zweiten Jahr, 60 % im dritten Jahr, 50 % im vierten Jahr und 40 % im fünften Jahr
Investitionsbeihilfen für den Bau, die Modernisierung und die Erneuerung von unimodalen oder multimodalen Anlagen für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr	Beihilferegulungen Auf der Grundlage einer Regelung gewährte Einzelbeihilfe je Vorhaben < 20 Mio. EUR Ad-hoc-Beihilfen für nachhaltige multimodale Güterterminals < 10 Mio. EUR	50 % der beihilfefähigen Kosten, wenn die Beihilfe < 3 Mio. EUR je Vorhaben beträgt 50 % der beihilfefähigen Kosten, jedoch nicht mehr als die Differenz zwischen den beihilfefähigen Kosten und der Summe aus dem Betriebsgewinn der Investition während deren Lebensdauer und dem Endwert der Investition, wenn die Beihilfe ≥ 3 Mio. EUR je Vorhaben beträgt	Ad-hoc-Beihilfen Ad-hoc-Beihilfen für nachhaltige multimodale Güterterminals ≥ 10 Mio. EUR Auf der Grundlage einer Regelung gewährte Einzelbeihilfe je Vorhaben ≥ 20 Mio. EUR Beihilferegulungen mit höheren Beihilfeintensitäten als nach der Verkehrs-GVO erlaubt	Finanzierungslücke, aber höchstens 100 % der beihilfefähigen Kosten Keine Obergrenze, wenn die Ad-hoc-Beihilfe im Wege einer wettbewerblichen Ausschreibung gewährt wird
Investitionsbeihilfen für den Bau, die Modernisierung und die Erneuerung privater Gleisanschlüsse	Beihilferegulungen Auf der Grundlage einer Regelung gewährte Einzelbeihilfe je Vorhaben < 2 Mio. EUR	50 % der beihilfefähigen Kosten, wenn die Beihilfe < 500 000 Mio. EUR je Vorhaben beträgt 50 % der beihilfefähigen Kosten, jedoch nicht mehr als die Differenz zwischen den beihilfefähigen Kosten und der Summe aus dem Betriebsgewinn der Investition während deren Lebensdauer und dem Endwert der Investition, wenn die Beihilfe ≥ 500 000 EUR je Vorhaben beträgt	Ad-hoc-Beihilfen Auf der Grundlage einer Regelung gewährte Einzelbeihilfe je Vorhaben ≥ 2 Mio. EUR Beihilferegulungen mit höheren Beihilfeintensitäten als nach der Verkehrs-GVO erlaubt	Finanzierungslücke, aber höchstens 100 % der beihilfefähigen Kosten

Investitionsbeihilfen für den Erwerb von Fahrzeugen für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr	Beihilferegulungen	Nominalbetrag des zugrunde liegenden Kredits $\leq$ beihilfefähige Kosten Deckungsquote der Garantie $\leq$ 80 % des zugrunde liegenden Kredits	Ad-hoc-Beihilfen Beihilferegulungen mit höheren Beihilfeintensitäten als nach der Verkehrs-GVO erlaubt	Nominalbetrag des zugrunde liegenden Kredits $\leq$ beihilfefähige Kosten Deckungsquote der Garantie $\leq$ 90 % des zugrunde liegenden Kredits
Investitionsbeihilfen für den Erwerb von intermodalen Ladeeinheiten und Krananlagen an Bord von Schiffen	Beihilferegulungen	30 % der beihilfefähigen Kosten (bei intermodalen Ladeeinheiten) 20 % der beihilfefähigen Kosten (bei Krananlagen an Bord von Schiffen)	entfällt	
Investitionsbeihilfen zur Förderung der Interoperabilität	Beihilferegulungen	50 % der beihilfefähigen Kosten 80 % der beihilfefähigen Kosten (bei ERTMS und DAC)	Ad-hoc-Beihilfen Beihilferegulungen mit höheren Beihilfeintensitäten als nach der Verkehrs-GVO erlaubt oder für Investitionen, die nicht unter die Verkehrs-GVO fallen	50 % der beihilfefähigen Kosten 80 % der beihilfefähigen Kosten (bei ERTMS und DAC) Finanzierungslücke, aber höchstens 100 % der beihilfefähigen Kosten
Investitionsbeihilfen für technische Anpassung und Modernisierung von Fahrzeugen und Ausrüstung für nachhaltigen multimodalen Verkehr	Beihilferegulungen	20 % der beihilfefähigen Kosten	Ad-hoc-Beihilfen Beihilferegulungen mit höheren Beihilfeintensitäten als nach der Verkehrs-GVO erlaubt oder für Investitionen, die nicht unter die Verkehrs-GVO fallen	20 % der beihilfefähigen Kosten Finanzierungslücke, aber höchstens 100 % der beihilfefähigen Kosten

ANHANG III

INFORMATIONEN ÜBER NACH DIESER VERORDNUNG FREIGESTELLTE STAATLICHE BEIHILFEN

TEIL I – Übermittlung über das elektronische Anmeldesystem der Kommission nach Artikel 19

Beihilfenummer	(wird von der Kommission ausgefüllt)	
Mitgliedstaat		
Referenznummer des Mitgliedstaats		
Region	Name der Region(en) (NUTS ⁽¹⁾)	Förderstatus ⁽²⁾
Bewilligungsbehörde	Name	
	Postanschrift	
	Internetadresse	
Titel der Beihilfemaßnahme		
Nationale Rechtsgrundlage (Fundstelle der amtlichen Veröffentlichung im Mitgliedstaat)		
Weblink zum vollen Wortlaut der Beihilfemaßnahme		
Art der Maßnahme	☐ Regelung	Name des Beihilfeempfängers und der Unternehmensgruppe ⁽³⁾ , der er angehört
	☐ Ad-hoc-Beihilfe	
Änderung einer bestehenden Beihilferegelung oder Ad-hoc-Beihilfe		Beihilfenummer der Kommission
	☐ Verlängerung	
	☐ Änderung	
Laufzeit ⁽⁴⁾	☐ Regelung	TT/MM/JJJJ bis TT/MM/JJJJ
Tag der Gewährung ⁽⁵⁾	☐ Ad-hoc-Beihilfe	TT/MM/JJJJ
Betroffene Wirtschaftszweige	☐ Alle für Beihilfen in Frage kommenden Wirtschaftszweige	
	☐ Beschränkt auf bestimmte Wirtschaftszweige: Bitte auf Ebene der NACE-Gruppe angeben ⁽⁶⁾	

Art des Beihilfeempfängers	☐ KMU		
	☐ Große Unternehmen		
Mittelausstattung	Jährliche Gesamtmittelausstattung der Regelung ⁽⁷⁾	Landeswährung (in voller Höhe)	
	Gesamtbetrag der dem Unternehmen gewährten Ad-hoc-Beihilfen ⁽⁸⁾	Landeswährung (in voller Höhe)	
	☐ Bei Garantien ⁽⁹⁾	Landeswährung (in voller Höhe)	
Beihilfeinstrument	☐ Zuschuss/Zinszuschuss		
	☐ Kredite/Rückzahlbare Vorschüsse		
	☐ Garantie (ggf. Verweis auf den Beschluss der Kommission ⁽¹⁰⁾)		
	☐ Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung		
	☐ Bereitstellung einer Risikofinanzierung		
	☐ Sonstiges (bitte angeben)		
	Bitte angeben, zu welcher Hauptkategorie das Beihilfeinstrument aufgrund seiner Wirkung/Funktion am besten passt: ☐ Zuschuss ☐ Kredit ☐ Garantie ☐ Steuervergünstigung ☐ Bereitstellung einer Risikofinanzierung		
☐ Bei Kofinanzierung durch EU-Fonds	Name des/der EU-Fonds:	Höhe des Beitrags (pro EU-Fonds)	Landeswährung (in voller Höhe)
⁽¹⁾ NUTS: Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik. Die Region ist in der Regel auf Ebene 2 anzugeben. ⁽²⁾ Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe a AEUV (Förderstatus „A“), Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV (Förderstatus „C“), nicht geförderte Gebiete, d. h. nicht für Regionalbeihilfen in Frage kommende Gebiete (Förderstatus „N“). ⁽³⁾ Der Begriff des Unternehmens bezeichnet nach den Wettbewerbsvorschriften des AEUV und für die Zwecke dieser Verordnung jede eine wirtschaftliche Tätigkeit ausübende Einheit, unabhängig von ihrer Rechtsform und der Art ihrer Finanzierung. Der Gerichtshof hat festgestellt, dass Einheiten, die (de jure oder de facto) von ein und derselben Einheit kontrolliert werden, als ein einziges Unternehmen anzusehen sind. ⁽⁴⁾ Zeitraum, in dem die Bewilligungsbehörde sich zur Gewährung von Beihilfen verpflichten kann. ⁽⁵⁾ Zu bestimmen im Einklang mit Artikel 2 Nummer 27 der Verordnung. ⁽⁶⁾ NACE Rev. 2: Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft. Der Wirtschaftszweig ist in der Regel auf der Ebene der Unternehmensgruppe anzugeben. ⁽⁷⁾ Bei Beihilferegulungen bitte die nach der Regelung vorgesehene jährliche Gesamtmittelausstattung oder den voraussichtlichen jährlichen Steuerausfall für alle unter die Regelung fallenden Beihilfeinstrumente angeben. ⁽⁸⁾ Bei Ad-hoc-Beihilfen bitte den Gesamtbetrag der Beihilfe/des Steuerausfalls angeben. ⁽⁹⁾ Bei Garantien bitte den (Höchst-)Betrag der gesicherten Kredite angeben. ⁽¹⁰⁾ Gegebenenfalls Verweis auf den Beschluss der Kommission nach Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe c der Verordnung, mit dem die Methode für die Berechnung des Bruttosubventionsäquivalents genehmigt wurde.			

TEIL II – Übermittlung über das elektronische Anmeldesystem der Kommission nach Artikel 19

Geben Sie bitte an, nach welcher Bestimmung der Verkehrs-GVO die Beihilfemaßnahme durchgeführt wird.

Hauptziel	Beihilfehöchstintensität in % der beihilfefähigen Kosten	Gesamtmittelausstattung
Betriebsbeihilferegelung zur Verringerung der externen Kosten (Artikel 10)	... %	... Landeswährung (pro Regelung und Jahr)

Betriebsbeihilferegelung für die Einrichtung neuer kommerzieller Verbindungen (Artikel 11)	... %	... Landeswährung
Investitionsbeihilferegelung für Anlagen (Artikel 12)	... %	... Landeswährung
Ad-hoc-Investitionsbeihilfen für nachhaltige multimodale Güterterminals (Artikel 12)	... %	... Landeswährung (je Vorhaben)
Investitionsbeihilferegelung für private Gleisanschlüsse (Artikel 13)	... %	... Landeswährung
Investitionsbeihilferegelung für den Erwerb von Fahrzeugen für den Schienen- oder Binnenschiffsverkehr (Artikel 14)	... %	... Landeswährung
Investitionsbeihilferegelung für den Erwerb von intermodalen Ladeeinheiten und Krananlagen an Bord von Schiffen (Artikel 15)	... %	... Landeswährung
Investitionsbeihilferegelung zur Förderung der Interoperabilität (Artikel 16)	... %	... Landeswährung
Investitionsbeihilferegelung für technische Anpassung und Modernisierung (Artikel 17)	... %	... Landeswährung

ANHANG IV

Bestimmungen für die Veröffentlichung der Informationen nach Artikel 9

Die Mitgliedstaaten gestalten ihre ausführlichen Beihilfe-Websites, auf denen die in Artikel 7 festgelegten Informationen veröffentlicht werden, so, dass die Informationen leicht zugänglich sind. Die Informationen werden in einem Tabellenkalkulationsformat (z. B. CSV oder XML) veröffentlicht, das es ermöglicht, Daten zu suchen, zu extrahieren und problemlos im Internet zu veröffentlichen. Der Zugang zur Website wird jedem Interessierten ohne Einschränkungen gewährt. Die Website ist ohne vorherige Anmeldung als Nutzer zugänglich.

Nach Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe c sind folgende Informationen über Einzelbeihilfen zu veröffentlichen:

- a) Name des Empfängers
- b) Identifikator des Empfängers
- c) Art des Unternehmens (KMU/großes Unternehmen) zum Zeitpunkt der Gewährung
- d) Region, in der der Beihilfeempfänger seinen Standort hat, auf NUTS-II-Ebene ⁽³³⁾
- e) Wirtschaftszweig auf Ebene der NACE-Gruppe ⁽³⁴⁾
- f) Beihilfeelement, in voller Höhe, in Landeswährung ⁽³⁵⁾
- g) Beihilfeinstrument ⁽³⁶⁾ (Zuschuss/Zinszuschuss, Kredit/rückzahlbare Vorschüsse/rückzahlbarer Zuschuss, Garantie, Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung, Risikofinanzierung, Sonstiges (bitte nähere Angaben))
- h) Tag der Gewährung der Beihilfe
- i) Ziel der Beihilfe
- j) Bewilligungsbehörde
- k) Nummer der Beihilfemaßnahme ⁽³⁷⁾.

⁽³³⁾ NUTS – Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik. Die Region ist in der Regel auf Ebene 2 anzugeben.

⁽³⁴⁾ Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Aufstellung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Revision 2 und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates sowie einiger Verordnungen der EG über bestimmte Bereiche der Statistik (ABl. L 393 vom 30.12.2006, S. 1).

⁽³⁵⁾ Bei Betriebsbeihilfen der jährliche Beihilfebetrug pro Empfänger. Bei Investitionsbeihilfen die Höhe der Investition. Bei Maßnahmen nach Artikel 12 das Bruttosubventionsäquivalent.

⁽³⁶⁾ Falls die Beihilfe mithilfe mehrerer Beihilfeinstrumente gewährt wird, bitte den Beihilfebetrug für jedes Instrument angeben.

⁽³⁷⁾ Diese wird von der Kommission im Rahmen des in Artikel 11 genannten elektronischen Verfahrens vergeben.



C/2024/4543

19.7.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.58607

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/4543)

Datum der Annahme der Entscheidung	30.11.2023	
Nummer der Beihilfe	SA.58607	
Mitgliedstaat	Italien	
Region		
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Alleged aid by AMCO in the insolvency arrangement of Ferrarini	
Rechtsgrundlage		
Art der Beihilfe	Ad-hoc-Beihilfe	
Ziel	KMU	
Form der Beihilfe		
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 0 EUR Jährliche Mittel: 0 EUR	
Beihilfehöchstintensität	Die Maßnahme stellt keine Beihilfe dar	
Laufzeit		
Wirtschaftssektoren	Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	AMCO - Asset Management Company S.p.A. Via Santa Brigida, 39 – 80133 Napoli (Italy)	
Sonstige Angaben		

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind,
finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/4545

19.7.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.114347

(C/2024/4545)

Datum der Annahme der Entscheidung	13.6.2024
Nummer der Beihilfe	SA.114347
Mitgliedstaat	Slowakei
Region	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	TCTF: Schéma štátnej pomoci na zníženie odvodov zamestnávateľom v poľnohospodárstve a potravinárskom priemysle v zmysle Dočasného krízového rámca pre opatrenia štátnej pomoci na podporu hospodárstva v dôsledku agresie Ruska proti Ukrajine v znení dodatkov č. 1 a 2 (third amendment to case SA.109076 (2023/N))
Rechtsgrundlage	1. Zákon č. 28/2024 Z. z., ktorým sa dopĺňa zákon č. 461/2003 Z. z. o sociálnom poistení v znení neskorších predpisov s účinnosťou od 1.3.2024; https://www.slov-lex.sk/pravne-predpisy/SK/ZZ/2024/28/202403012 . Zákon č. 274/2023 Z. z., ktorým sa dopĺňa zákon č. 461/2003 Z. z. o sociálnom poistení v znení neskorších predpisov a o doplnení zákona č. 43/2004 Z. z. o starobnom dôchodkovom sporení a o zmene a doplnení niektorých zákonov v znení neskorších predpisov; https://www.slov-lex.sk/pravne-predpisy/SK/ZZ/2023/274/202308013 . Zákon č. 461/2003 Z. z. o sociálnom poistení v znení neskorších predpisov (pôvodné znenie); https://www.slov-lex.sk/pravne-predpisy/SK/ZZ/2003/461/4 . Zákon č. 358/2015 Z. z. o úprave niektorých vzťahov v oblasti štátnej pomoci a minimálnej pomoci a o zmene a doplnení niektorých zákonov (zákon o štátnej pomoci); https://www.slov-lex.sk/pravne-predpisy/SK/ZZ/2015/358/201601015 . Zákon č. 43/2004 Z. z. o starobnom dôchodkovom sporení a o zmene a doplnení niektorých zákonov v znení neskorších predpisov; https://www.slov-lex.sk/pravne-predpisy/SK/ZZ/2004/43/202308016 . Zákon č. 523/2004 Z. z. o rozpočtových pravidlách verejnej správy a o zmene a doplnení niektorých zákonov v znení neskorších predpisov; https://www.slov-lex.sk/pravne-predpisy/SK/ZZ/2004/523/202205017 . Zákon č. 35...
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben
Form der Beihilfe	Zuschuss
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 18 000 000 EUR
Beihilfemaximalintensität	
Laufzeit	bis zum 31.12.2024
Wirtschaftssektoren	Landwirtschaft, Jagd und damit verbundene Tätigkeiten, Fischerei und Aquakultur
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Sociálna poisťovňa Ul. 29 augusta č. 8 a 10, 813 63 Bratislava, e-mail: potravinari@socpoist.sk
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind,
finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/4549

19.7.2024

Zusammenfassung des Beschlusses der Kommission

vom 20. Februar 2024

**zur Feststellung der Vereinbarkeit eines Zusammenschlusses mit dem Binnenmarkt und dem EWR-
Abkommen**

(Sache M.10896 – ORANGE / MÁSMÓVIL / JV)

(bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2024) 1161)

(Nur der englische Text ist verbindlich)

(C/2024/4549)

Am 20. Februar 2024 erließ die Kommission einen Beschluss in einem Fusionskontrollverfahren nach der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽¹⁾, insbesondere nach Artikel 8 Absatz 2. Eine nichtvertrauliche Fassung des vollständigen Wortlauts dieses Beschlusses kann in englischer Sprache auf der Website der Generaldirektion Wettbewerb unter folgender Adresse eingesehen werden: <https://competition-cases.ec.europa.eu/search>

1. EINLEITUNG

- (1) Im angehängten Entwurf eines Beschlusses wird die Übernahme der gemeinsamen Kontrolle über ein neu geformtes Vollfunktionsgemeinschaftsunternehmen (im Folgenden das „GU“) von Orange S.A. (im Folgenden „Orange“, Frankreich) und Lorca JVCo Limited (im Folgenden „Lorca“, Vereinigtes Königreich) bekannt gegeben, an das die Unternehmen Orange Espagne S.A.U. (im Folgenden „OSP“, Spanien) und MásMóvil Ibercom S.A.U. (MásMóvil“, Spain) übertragen werden, unter Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt und dem EWR-Abkommen, vorbehaltlich der vollständigen Übereinstimmung mit den von Orange und MásMóvil eingereichten Verpflichtungen, gemäß Artikel 2 Absatz 2 und Artikel 8 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 (im Folgenden die „Fusionskontrollverordnung“) und Artikel 57 des EWR-Abkommens. Orange und MásMóvil werden als die „Beteiligten“ bezeichnet.

2. DIE BETEILIGTEN

- (2) Orange ist ein weltweit tätiger französischer Telekommunikationsbetreiber, der über seine Tochtergesellschaft OSP auf dem spanischen Telekommunikationsmarkt tätig ist. OSP erbringt Mobilfunk- und Festnetz-Telekommunikationsdienste für Privatkunden, Geschäftskunden und Vorleistungskunden in Spanien. Das Unternehmen ist unter drei Marken tätig: Orange, Jazztel und Simyo.
- (3) Lorca ist eine Holdinggesellschaft, die MásMóvil kontrolliert. MásMóvil erbringt Festnetz- und Mobilfunkdienste hauptsächlich für Privatkunden in Spanien. Das Unternehmen ist unter vielen Marken wie Yoigo, MásMóvil und Virgin, der auf den digitalen Sektor spezialisierten Marke Pepephone, den regionalen Marken Euskaltel, R., Guuk, Embou und Telecable sowie unter internationalen Marken wie Llamaya, Lebara und Lycamobile tätig.
- (4) In dem neu gegründeten GU wird das Mobilfunk- und Festnetz-Telekommunikationsgeschäft von OSP und MásMóvil zusammengeführt. Orange wird einige Geschäftstätigkeiten in Spanien behalten, die nicht in das GU fließen, insbesondere TOTEM TowerCo, ein Betreiber passiver Infrastruktur für den Mobilfunk ⁽²⁾.

3. VERFAHREN

- (5) Am 13. Februar 2023 ging die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Fusionskontrollverordnung bei der Europäischen Kommission (im Folgenden „Kommission“) ein, wonach die Beteiligten die gemeinsame Kontrolle über das GU im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 3 Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung übernehmen werden (im Folgenden der Zusammenschluss“) ⁽³⁾.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.

⁽²⁾ Andere von Orange zu behaltende Unternehmen üben Tätigkeiten aus, die eher untergeordneter Natur sind und u. a. Folgendes umfassen: Inversión en Telecomunicaciones (ein Fonds, der sich im Liquidationsverfahren befindet), Business & Decision España (Managementberatung und Systemintegratoren für Datenaufklärung und digitale Erfahrung), Orange Business Spain SAU (Bereitstellung von Kommunikationsprodukten und -dienstleistungen für Unternehmen), Orange Bank S.A. (Ziel der Entwicklung eines vollständigen Bankangebots, mehrheitlich für Einzelkunden, das über das Mobiltelefon nach dem Modell von Online-Banken zugänglich ist).

⁽³⁾ Veröffentlicht im ABl. C 96 vom 15.3.2023, S. 9.

- (6) Nach einer vorläufigen Prüfung der Anmeldung äußerte die Kommission auf der Grundlage einer ersten Marktuntersuchung (Phase 1) ernsthafte Zweifel an der Vereinbarkeit des Zusammenschlusses mit dem Binnenmarkt und erließ am 3. April 2023 einen Beschluss zur Einleitung eines Verfahrens nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c der Fusionskontrollverordnung (im Folgenden der „Beschluss nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c“) ⁽⁴⁾.
- (7) Am 20. April 2023 übermittelten die Beteiligten ihre schriftliche Stellungnahme zu dem Beschluss nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c.
- (8) Am 28. April 2023 wurde das Hauptprüfverfahren (Phase 2) auf Antrag der Beteiligten nach Artikel 10 Absatz 3 der Fusionskontrollverordnung um 10 Arbeitstage verlängert.
- (9) Am 26. Juni 2023 veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung der Beschwerdepunkte.
- (10) Am 10. Juli 2023 übermittelten die Beteiligten eine schriftliche Antwort auf die Mitteilung der Beschwerdepunkte der Kommission.
- (11) Am 27. Juli 2023 erließ die Kommission einen Beschluss nach Artikel 11 Absatz 3 der Fusionskontrollverordnung, in dem sie die Beteiligten um weitere Informationen ersuchte, um die erforderliche Prüfung der Abhilfemaßnahmen vornehmen zu können, nachdem sie ein von den Beteiligten und Digi Spain unterzeichnetes Schreiben erhalten hatte, in dem die laufenden Verhandlungen über mögliche Verpflichtungen dargelegt sind. Mit diesem Beschluss wurde die in Artikel 10 Absatz 3 der Fusionskontrollverordnung genannte Frist ausgesetzt. Die Beteiligten sind dem Beschluss nach Artikel 11 Absatz 3 am 11. Dezember 2023 nachgekommen. Daher endete die Aussetzung der Fristen nach Artikel 10 Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung mit Ende des 11. Dezember 2023.
- (12) Am 12. Dezember 2023 reichten die Beteiligten Verpflichtungen (im Folgenden die „Verpflichtungen“) nach Artikel 8 Absatz 2 zweiter Unterabsatz der Fusionskontrollverordnung ein, um die wettbewerbsrechtlichen Bedenken der Kommission auszuräumen. Dementsprechend wurde die gesetzliche Frist für den Beschluss der Kommission gemäß Artikel 10 Absatz 3 erster Unterabsatz der Fusionskontrollverordnung automatisch um 15 Arbeitstage verlängert.
- (13) Am 12. Dezember 2023 leitete die Kommission einen Markttest der von den Beteiligten vorgelegten Verpflichtungen ein.
- (14) Die Kommission unterrichtete die Beteiligten am 11. Januar 2024 im Detail über die Ergebnisse des Markttests.
- (15) Am 29. Januar 2024 berieten sich die Kommission und die Beteiligten über die Notwendigkeit, die gesetzliche Frist für den Erlass eines Beschlusses nach Artikel 8 der Fusionskontrollverordnung gemäß Artikel 10 Absatz 3 zweiter Unterabsatz Satz 3 der Fusionskontrollverordnung um fünf Arbeitstage zu verlängern. Am 30. Januar 2024 stimmten die Beteiligten einer Verlängerung dieses Verfahrens um fünf Arbeitstage zu, indem sie ihre Zustimmung schriftlich bestätigten.
- (16) Am 30. Januar 2024 übermittelten die Beteiligten überarbeitete Verpflichtungen (die „überarbeiteten Verpflichtungen“).
- (17) Der Beschlussentwurf wurde mit den Mitgliedstaaten am 15. Februar 2024 auf einer Sitzung des Beratenden Ausschusses für die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen besprochen, der eine befürwortende Stellungnahme abgab. Die Anhörungsbeauftragte gab in ihrem am 7. Februar 2024 vorgelegten Bericht eine befürwortende Stellungnahme zu dem Verfahren ab.

4. UNIONSWEITE BEDEUTUNG

- (18) Die beteiligten Unternehmen erzielen einen weltweiten Gesamtumsatz von insgesamt mehr als 5 000 Mio. EUR (Orange: 42 728,012 Mio. EUR; MásMóvil: 2 837 Mio. EUR; zusammen: 45 565,012 Mio. EUR). Einzeln erzielen sie jeweils einen EU-weiten Umsatz von mehr als 250 Mio. EUR (Orange: [...] EUR; Lorca: 2 837 Mio. EUR). Orange und Lorca erzielen jeweils mehr als zwei Drittel ihres EU-weiten Umsatzes innerhalb eines einzigen Mitgliedstaats, nicht aber innerhalb desselben Mitgliedstaats (Frankreich im Falle von Orange und Spanien im Falle von Lorca).

⁽⁴⁾ Veröffentlicht im ABl. C 137 vom 20.4.2023, S. 1.

- (19) Somit hat der Zusammenschluss eine unionsweite Bedeutung im Sinne von Artikel 1 Absatz 2 der Fusionskontrollverordnung.

5. SACHLICH RELEVANTE MÄRKTE

- (20) Obwohl der Zusammenschluss eine Reihe von Produktmärkten betrifft ⁽⁵⁾, hält die Kommission an ihren Bedenken in Bezug auf die folgenden Märkte (im Folgenden „relevante Märkte“) fest:
- i. Bereitstellung von Mobilfunkdiensten auf Endkundenebene;
 - ii. Bereitstellung des Festnetz-Internetzugangs auf Endkundenebene;
 - iii. hypothetischer Markt für die Bereitstellung von Multiple-Play-Paketen auf Endkundenebene; und
 - iv. hypothetischer Markt für die Bereitstellung von konvergenten Festnetz-Mobilfunkpaketen (im Folgenden „FMC“) auf Endkundenebene.

6. SACHLICH RELEVANTE MÄRKTE

- (21) Nach ihrer Untersuchung ist die Kommission zu dem Schluss gelangt, dass die räumliche Ausdehnung jedes der relevanten Märkte national ist (Spanien). Die Kommission stützte ihre Feststellungen auf die frühere Beschlusspraxis und die Ergebnisse der Marktuntersuchung.

7. WETTBEWERBSRECHTLICHE WÜRDIGUNG

- (22) Der Zusammenschluss führt zu einer Reihe horizontal und vertikal betroffener Märkte. In den folgenden Abschnitten dieser Mitteilung werden die wichtigsten Schlussfolgerungen der Kommission zusammengefasst.

7.1. Feststellung einer erheblichen Behinderung des wirksamen Wettbewerbs infolge horizontaler nicht koordinierter Effekte auf den relevanten Märkten

- (23) Im Beschlussentwurf stellt die Kommission fest, dass der Zusammenschluss zu horizontalen nicht koordinierten Effekten auf den relevanten Märkten in Spanien führen würde. Die Kommission vertrat insbesondere folgende Auffassung:
- i. Der gemeinsame Marktanteil der Beteiligten auf jedem relevanten Markt würde beinahe 40 % oder mehr betragen, mit hohen Zuwächsen zwischen [10-20] %. Darüber hinaus stellte die Kommission, indem sie sich zusätzlich auf die Marktanteile der Bruttozuschläge (Teilnehmer) und die hohen Margen der Beteiligten stützte, fest, dass im Zusammenhang mit den Marktanteilen der Beteiligten die tatsächliche Marktmacht, über die das zusammengeschlossene Unternehmen nach dem Zusammenschluss verfügen würde, erheblich unterschätzt wird.
 - ii. Der Zusammenschluss wird zu geringeren Anreizen für alternative Mobilfunknetzbetreiber (Telefónica und Vodafone) führen, nach Durchführung des Zusammenschlusses in Wettbewerb zu treten. Ferner kommt die Kommission zu dem Schluss, dass es unwahrscheinlich ist, dass Digi nach dem Zusammenschluss einzeln oder zusammen mit einem der anderen Betreiber virtueller Mobilfunknetze in der Lage wäre, den wahrscheinlichen wettbewerbswidrigen Auswirkungen des Zusammenschlusses entgegenzuwirken.
 - iii. Die Untersuchung der Kommission ergab ferner, dass die Beteiligten enge Wettbewerber sind, auf der Grundlage von internen Unterlagen der Beteiligten, Regulierungsberichten, Umlenkungsquoten und Berechnung der impliziten Marktanteile ⁽⁶⁾.
 - iv. Auf der Grundlage der Berechnungen des Herfindahl-Hirschman-Indexes, der Ergebnisse der Marktuntersuchung und der internen Unterlagen der Beteiligten stellte die Kommission ferner fest, dass der Zusammenschluss MásMóvil als wichtigen Wettbewerber oder zumindest als wichtigen Wettbewerbsdruck ausschalten würde, der den spanischen Mobilfunk- und Festnetzmarkt bisher begünstigt hatte.
 - v. Darüber hinaus stellte die Kommission fest, dass i) angesichts des verstreuten Kundenstamms der Beteiligten die tatsächliche Nachfragemacht sehr begrenzt ist, und ii) jeder Eintrag unwahrscheinlich und nicht rechtzeitig wäre.

⁽⁵⁾ Von dem Zusammenschlussvorhaben sind noch weitere sachliche Märkte betroffen. Die Kommission hat jedoch keine Bedenken in Bezug auf diese Märkte festgestellt.

⁽⁶⁾ Die impliziten Marktanteile zeigen, wie hoch die Marktanteile der Beteiligten sein müssten, um die beobachteten Umlenkungsquoten zu erreichen.

(24) Schließlich hat die Kommission eine eingehende Analyse der durch den Zusammenschluss bewirkten Effizienzgewinne in Bezug auf Kosteneinsparungen, den Wegfall des doppelten Gewinnaufschlags, die schrittweise Einführung von FTTH und den schrittweisen 5G-Ausbau vorgenommen. In diesem Zusammenhang kam die Kommission zu folgendem Schluss:

- i. Nur ein bestimmter Teil der auf Kostensynergien und dem Wegfall des doppelten Gewinnaufschlags gestützten Effizienzbehauptungen wurde als überprüfbar, fusionsspezifisch und als wahrscheinlich den Verbrauchern zugutekommend bestätigt. Die Berücksichtigung solcher Effizienzgewinne ändert jedoch nichts an der Schlussfolgerung der Kommission, dass der Zusammenschluss den wirksamen Wettbewerb auf jedem der oben erörterten relevanten Märkte erheblich behindern würde und dass solche Kostensynergien die erheblichen Preiseffekte, die nach Ansicht der Kommission wahrscheinlich aus dem Zusammenschluss resultieren werden, bei Weitem nicht ausgleichen würden.
- ii. Die geltend gemachten Effizienzgewinne auf der Grundlage des schrittweisen FTTH- und 5G-Ausbaus wurden aus den oben dargelegten Gründen nicht als überprüfbar nachgewiesen. Selbst wenn sie eintreten würden, wäre jedenfalls davon auszugehen, dass sich etwaige Vorteile in Form einer Verbesserung der Qualität oder des Wettbewerbs erst mittelfristig entfalten würden und selbst dann nur einer kleinen Gruppe von Endkunden in Spanien zugutekämen. Andererseits würden die erheblichen negativen Auswirkungen auf den Wettbewerb und insbesondere die erheblichen wahrscheinlichen Preiseffekte für Endkunden auf dem gesamten spanischen Markt unmittelbar nach dem Zusammenschluss und insbesondere in den ersten vier Jahren spürbar sein.

7.2. Keine Feststellung einer erheblichen Behinderung des wirksamen Wettbewerbs infolge vertikaler Abschottungseffekte auf Vorleistungsebene, die sich aus den vertikalen Beziehungen zwischen den Tätigkeiten der Beteiligten auf dem Vorleistungsmarkt für die Bereitstellung von Zugangs- und Verbindungsaufbaudiensten in Mobilfunknetzen (vorgelagert) und den Endkundenmärkten für die Bereitstellung von Mobilfunkdiensten, die Bereitstellung von Multiple-Play-Paketen und die Bereitstellung von FMC-Paketen (nachgelagert) ergeben

(25) Die Kommission stellte fest, dass der Zusammenschluss wahrscheinlich nicht zu einer erheblichen Beeinträchtigung des wirksamen Wettbewerbs aufgrund vertikaler Effekte zwischen den Tätigkeiten der Beteiligten auf dem vorgelagerten Markt für die Bereitstellung von Zugangs- und Verbindungsaufbaudiensten in Mobilfunknetzen auf Vorleistungsebene führen wird, der eine wichtige Vorleistung für die nachgelagerten Märkte für die Bereitstellung von Mobilfunkdiensten, Multiple-Play-Paketen und FMC-Paketen auf Endkundenebene in Spanien darstellt. Die Kommission ist zwar der Auffassung, dass die Beteiligten in der Lage sind oder einen Anreiz haben könnten, Strategien zur Abschottung von Vorleistungen zu verfolgen, doch kam die Kommission auf der Grundlage ihrer Marktuntersuchung zu dem Schluss, dass solche Abschottungsstrategien in jedem Fall keine wesentlichen Auswirkungen auf den wirksamen Wettbewerb haben würden.

(26) Erstens stellte die Kommission fest, dass die Beteiligten aus folgenden Gründen in der Lage wären, eine Abschottung von Vorleistungen vorzunehmen:

- i. der Zugang zum Mobilfunknetz ist eine wichtige Vorleistung für nicht integrierte Betreiber auf Endkundenebene;
- ii. das GU würde auf dem vorgelagerten Markt für den Mobilfunkzugang auf Vorleistungsebene über beträchtliche Marktmacht verfügen, da das GU mit einem gemeinsamen Anteil von [20-30] % nach Volumen und [20-30] % nach Wert im Jahr 2022 der zweitgrößte Akteur auf dem Vorleistungsmarkt für den Mobilfunkzugang sein wird;
- iii. es gibt mehrere Formen der Abschottung, die das GU durchführen könnte, z. B. i) keine Geschäfte mit seinen tatsächlichen oder potenziellen Wettbewerbern auf dem vertikal verbundenen Markt zu tätigen und/oder ii) zu beschließen, bei der Belieferung von Wettbewerbern den Preis anzuheben und/oder die Lieferbedingungen auf andere Weise ungünstiger zu gestalten, als dies ohne den Zusammenschluss der Fall gewesen wäre, und/oder iii) subtilere Formen der Abschottung (Verschlechterung der Qualität der gelieferten Vorleistungen oder nur unter erschwerten Bedingungen); und
- iv. Zugangsinteressenten hätten begrenzte Gegenstrategien zur Verfügung, wenn das GU eine Abschottung der Vorleistungen vornähme.

(27) Zweitens ist die Kommission der Auffassung, dass das GU den Anreiz hätte, eine Abschottung von Vorleistungen vorzunehmen, da die finanziellen Gewinne auf den nachgelagerten Endkundenmärkten durch eine solche Abschottung die Verluste im vorgelagerten Bereich unabhängig von der genauen Strategie der Abschottung von Vorleistungen deutlich überwiegen würden. Darüber hinaus sind der hohe Zuwachs und der hohe kombinierte Anteil auf Endkundenebene des GU neben den hohen Margen auf Endkundenebene weitere Indikatoren für einen Anreiz zur Abschottung.

(28) Drittens hätte, selbst wenn die Beteiligten die Möglichkeit und den Anreiz haben könnten, nach dem Zusammenschluss eine Abschottung der Vorleistungen vorzunehmen, eine Abschottung des Mobilfunkzugangs auf Vorleistungsebene für nicht vertikal integrierte Betreiber keine nennenswerten nachteiligen Auswirkungen auf den Wettbewerb in den nachgelagerten Endkundenmärkten für die Bereitstellung von Mobilfunkdiensten und FMC-Paketen. In diesem Zusammenhang ist die Kommission der Auffassung, dass die Ziele der Abschottung (d. h. Betreiber virtueller Mobilfunknetze, virtuelle Betreiber oder einfach als Zugangsinteressenten) im Wettbewerbsprozess auf den nachgelagerten Endkundenmärkten für Mobilfunkdienste und FMC-Pakete angesichts ihres geringen Anteils auf den relevanten nachgelagerten Märkten (auch wenn sie gemeinsam betrachtet werden), ihrer begrenzten Fähigkeit, Preisdruck auf Mobilfunknetzbetreiber auf den relevanten nachgelagerten Märkten auszuüben, und ihrer begrenzten Fähigkeit, sich von ihren Host-Mobilfunknetzbetreibern zu unterscheiden, und ihres typischen Schwerpunkts auf Nischen- und unteren Segmenten der relevanten nachgelagerten Märkte keine hinreichend wichtige Rolle spielen. Die Kommission ist der Auffassung, dass alle oben genannten Faktoren, die die Wettbewerbsfähigkeit von Betreibern virtueller Mobilfunknetze und Zugangsinteressenten derzeit einschränken, auch nach dem Zusammenschluss fortbestehen würden.

(29) Aus den oben dargelegten Gründen kommt die Kommission zu dem Schluss, dass die Abschottung des Netzzugangs auf Vorleistungsebene nicht vertikal integrierter Betreiber keine nennenswerten nachteiligen Auswirkungen auf den Wettbewerb auf den nachgelagerten Endkundenmärkten für die Bereitstellung von Mobilfunkdiensten und FMC-Paketen hätte.

7.3. Keine Feststellung einer erheblichen Behinderung des wirksamen Wettbewerbs infolge vertikaler Abschottungseffekte auf Vorleistungsebene, die sich aus den vertikalen Beziehungen zwischen den Tätigkeiten der Beteiligten auf dem Vorleistungsmarkt für Breitbandzugang (vorgelagert) und den Endkundenmärkten für die Bereitstellung von Internetdiensten, die Bereitstellung von Multiple-Play-Paketen und die Bereitstellung von FMC-Paketen (nachgelagert) ergeben

(30) In Bezug auf die Abschottung von Vorleistungen stellte die Kommission fest, dass der Zusammenschluss aufgrund vertikaler Effekte zwischen den Tätigkeiten der Beteiligten auf dem vorgelagerten Markt für die Bereitstellung von Breitbandzugang auf Vorleistungsebene, der eine wichtige Vorleistung für die nachgelagerten Märkte für die Bereitstellung von Festnetz-Internetdiensten, Multiple-Play-Paketen und FMC-Paketen auf Endkundenebene in Spanien darstellt, wahrscheinlich nicht zu einer erheblichen Beeinträchtigung des wirksamen Wettbewerbs führen wird. Die Kommission ist zwar der Auffassung, dass die Beteiligten in der Lage sind oder einen Anreiz haben könnten, Strategien zur Abschottung von Vorleistungen zu verfolgen, kam aber auf der Grundlage ihrer Marktuntersuchung zu dem Schluss, dass solche Abschottungsstrategien in jedem Fall keine wesentlichen Auswirkungen auf den wirksamen Wettbewerb haben würden.

(31) Erstens stellte die Kommission fest, dass die Beteiligten aus folgenden Gründen in der Lage wären, eine Abschottung von Vorleistungen vorzunehmen:

- i. der Breitbandzugang auf Vorleistungsebene ist eine wichtige Vorleistung für nicht integrierte Betreiber auf Endkundenebene;
- ii. das GU würde auf dem vorgelagerten Markt für den Mobilfunkzugang auf Vorleistungsebene über beträchtliche Marktmacht verfügen, da es mit einem gemeinsamen Anteil von [30-40] % nach Volumen im Jahr 2022 der zweitgrößte Akteur auf dem Vorleistungsmarkt für den Breitbandzugang sein wird;
- iii. es gibt mehrere Formen der Abschottung, die das GU durchführen könnte, z. B. i) keine Geschäfte mit seinen tatsächlichen oder potenziellen Wettbewerbern auf dem vertikal verbundenen Markt zu tätigen und/oder ii) bei der Belieferung von Wettbewerbern den Preis anzuheben und/oder die Lieferbedingungen auf andere Weise ungünstiger zu gestalten, als dies ohne den Zusammenschluss der Fall gewesen wäre, und/oder iii) subtilere Formen der Abschottung (Verschlechterung der Qualität der gelieferten Vorleistungen oder Vorleistung nur unter erschwerten Bedingungen); und
- iv. Zugangsinteressenten hätten begrenzte Gegenstrategien zur Verfügung, wenn das GU eine Abschottung der Vorleistungen vornähme.

(32) Zweitens ist die Kommission der Auffassung, dass das GU den Anreiz hätte, eine Abschottung von Vorleistungen vorzunehmen, da die finanziellen Gewinne auf den nachgelagerten Endkundenmärkten durch eine solche Abschottung die Verluste im vorgelagerten Bereich unabhängig von der genauen Strategie der Abschottung von Vorleistungen deutlich überwiegen würden. Darüber hinaus sind der hohe Zuwachs und der hohe kombinierte Anteil auf Endkundenebene des GU neben den hohen Margen auf Endkundenebene weitere Indikatoren für einen Anreiz zur Abschottung.

- (33) Drittens hätte, selbst wenn die Beteiligten die Möglichkeit und den Anreiz haben könnten, nach dem Zusammenschluss eine Abschottung des Vorleistungs-Breitbandzugangs vorzunehmen, eine Abschottung des Breitbandzugangs auf Vorleistungsebene für nicht vertikal integrierte Betreiber keine nennenswerten nachteiligen Auswirkungen auf den Wettbewerb auf den nachgelagerten Endkundenmärkten für die Bereitstellung von Festnetz-Internetdiensten und FMC-Paketen. In diesem Zusammenhang ist die Kommission der Auffassung, dass die Ziele der Abschottung (d. h. Betreiber virtueller Festnetze, virtuelle Betreiber oder einfach als Zugangsinteressenten) im Wettbewerbsprozess auf den nachgelagerten Endkundenmärkten für Festnetz-Internetdienste und Pakete angesichts ihres geringen Anteils an den relevanten nachgelagerten Märkten (auch wenn sie gemeinsam betrachtet werden), ihrer begrenzten Fähigkeit, Preisdruck auf Festnetzbetreiber auf den relevanten nachgelagerten Märkten auszuüben, und ihrer begrenzten Fähigkeit, sich von ihren Festnetzbetreibern zu unterscheiden, und ihres typischen Schwerpunkts auf Nischen- und unteren Segmenten der relevanten nachgelagerten Märkte keine hinreichend wichtige Rolle spielen. Die Kommission ist der Auffassung, dass alle oben genannten Faktoren, die die Wettbewerbsfähigkeit von Betreibern virtueller Festnetze und Zugangsinteressenten derzeit einschränken, auch nach dem Zusammenschluss fortbestehen würden.
- (34) Aus den oben dargelegten Gründen kommt die Kommission zu dem Schluss, dass die Abschottung des Mobilfunknetzzugangs auf Vorleistungsebene nicht vertikal integrierter Betreiber auf der Vorleistungsebene keine nennenswerten nachteiligen Auswirkungen auf den Wettbewerb auf den nachgelagerten Endkundenmärkten für die Bereitstellung von Festnetz-Internetdiensten, Multiple-Play-Paketen und FMC-Paketen in Spanien hätte.

7.4. Schlussfolgerung

- (35) In dem Beschlussentwurf wird daher der Schluss gezogen, dass der Zusammenschluss den wirksamen Wettbewerb in einem wesentlichen Teil des Binnenmarkts infolge horizontaler nicht koordinierter Effekte auf die relevanten Märkte in Spanien im Sinne von Artikel 2 Absatz 3 der Fusionskontrollverordnung erheblich behindern würde.

7.5. Verpflichtungen der Beteiligten

- (36) Am 12. Dezember 2023 übermittelten die Beteiligten, um die oben genannten Wettbewerbsbedenken in Bezug auf die relevanten Märkte in Spanien auszuräumen, Verpflichtungen, die darin bestehen, 1) Frequenzen zu veräußern (im Folgenden „Veräußerungsspektrum“), und 2) eine Verpflichtung zum Abschluss einer optionalen nationalen Roaming-Vereinbarung (im Folgenden „optionale NRV“). Schließlich haben die Beteiligten Digi als Abhilfenehmer (im Folgenden der „neue Mobilfunknetzbetreiber“) bezeichnet.
- (37) Das Veräußerungsspektrum umfasst insgesamt 60 MHz über drei (Mittel- und Hoch-)Frequenzbändern:
- (a) 40 MHz des mittleren Frequenzbands (20 MHz im 1,8-GHz-Band und 20 MHz im 2,1 GHz-Band); und
 - (b) 20 MHz im 3,5-GHz-Band.
- (38) Die Beteiligten verpflichten sich, das Eigentum an allen Rechten an dem Veräußerungsspektrum so bald wie möglich auf den neuen Mobilfunknetzbetreiber zu übertragen, sobald das für eine solche Genehmigung zuständige spanische Ministerium die Übertragung der Frequenzen genehmigt hat. Nach der Übertragung des Veräußerungsspektrums an den neuen Mobilfunknetzbetreiber wird der neue Mobilfunknetzbetreiber in der Lage sein, das Veräußerungsspektrum effektiv zu nutzen, sobald MásMóvil die technische und operative Migration der Kunden von MásMóvil aus dem Veräußerungsspektrum abgeschlossen hat.
- (39) Im Rahmen der optionalen NRV verpflichten sich die Beteiligten, dass das GU die optionale nationale Roaming-Vereinbarung mit dem neuen Mobilfunknetzbetreiber unterzeichnen wird, was dem neuen Mobilfunknetzbetreiber ein verbindliches Angebot für kapazitätsbasiertes Inlandsroaming bietet.
- (40) Die Preise im Rahmen der NRV-Option wären kapazitätsbasiert, d. h. berechnet auf der Grundlage der Netzkapazitätsnutzung des neuen Mobilfunknetzbetreibers. Die NRV würde alle Technologien (2G, EDGE, 3G, LTE, 4G, 5G NSA und 5G SA) und alle Mobilfunkfrequenzen abdecken, die von den Beteiligten genutzt werden und jederzeit jedem Kunden des GU im Mobilfunknetz des GU zur Verfügung stehen. Sie enthält auch die Verpflichtung, nach Treu und Glauben über den Zugang zu allen neuen Technologien zu verhandeln, die im Mobilfunknetz des GU eingeführt werden (z. B. 6G). Die NRV-Option wird alle Daten-, Sprach- und Nachrichtendienste abdecken.

- (41) Digi hätte das Recht, die NRV-Option mit einem „Opt-in“-Mechanismus bis spätestens zum [ein Datum in 2025-2026] auszuüben. Eine Vertragsstrafe wäre nicht zu zahlen, wenn der neue Mobilfunknetzbetreiber die Option bis zu diesem Datum nicht auslöst oder wenn Digi (das die Option bis zu diesem Datum nicht ausgelöst hat) beschließt, mit einem anderen Mobilfunknetzbetreiber eine alternative nationale Roaming-Vereinbarung zu schließen. Wird die NRV-Option in Anspruch genommen, bietet sie bis [2033-2038] nationale Roamingdienste an.

7.6. Bewertung der Verpflichtungsangebote

- (42) Die Kommission leitete am 12. Dezember 2023 einen Markttest zu den angebotenen Verpflichtungen ein.
- (43) Die Kommission ist der Auffassung, dass die vorgeschlagenen Verpflichtungen wirksam und geeignet sind, die durch den Zusammenschluss auf den relevanten Märkten in Spanien aufgeworfenen Bedenken auszuräumen.
- (44) Erstens vertritt die Kommission auf der Grundlage der Stellungnahmen der Beteiligten und von Digi sowie des Berichts des unabhängigen Beraters die Auffassung, dass Digi die in der Mitteilung über Abhilfemaßnahmen aufgeführten Standardanforderungen für Käufer hinsichtlich Unabhängigkeit, finanzieller Mittel und auf den ersten Blick fehlender wettbewerbsrechtlicher Bedenklichkeit erfüllt.
- (45) Zweitens ist die Kommission der Auffassung, dass, um Digi in die Lage zu versetzen, den von MásMóvil ausgeübten Druck zu replizieren, das Veräußerungsspektrum zumindest ausreichen sollte, um es Digi zu ermöglichen, einen vergleichbaren Prozentsatz seines gesamten Mobilfunkverkehrs in seinem eigenen Netz zu erfassen, wie ihn MásMóvil im Jahr 2021 und in den Vorjahren, d. h. in hinreichendem Maß vor Ankündigung des Zusammenschlusses, erfasste, der etwa [40-60] % oder mehr seines gesamten Mobilfunkverkehrs ausmachte.
- (46) Drittens hält es die Kommission in Bezug auf die optionale NRV für wesentlich, dass die NRV eine Option für den neuen Mobilfunknetzbetreiber bleibt, um die Wettbewerbsdynamik beim Zugang zum Mobilfunknetz und beim Verbindungsaufbau zwischen Mobilfunknetzbetreibern auf Vorleistungsebene zu gewährleisten und aufrechtzuerhalten, bei denen die Kommission festgestellt hat, dass der Zusammenschluss keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken hinsichtlich seiner Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt aufwirft. Darüber hinaus ist die optionale NRV hinreichend wettbewerbsorientiert und bietet Digi Anreize, sein eigenes Netz aufzubauen, statt sich mittel- bis langfristig auf die NRV zu verlassen. Schließlich erstreckt sich die optionale NRV auf alle Technologien sowie auf die Möglichkeit für Digi, Zugang zu künftigen Generationen neuer mobiler Technologien (z. B. 6G) zu beantragen.
- (47) Auch wenn die Kommission gewisse Zweifel aufrechterhält, ob das Veräußerungsspektrum für sich genommen ausreichen würde, um die erhebliche Behinderung wirksamen Wettbewerbs insbesondere in den mittleren Frequenzbändern dauerhaft zu beseitigen, ist die Kommission der Auffassung, dass die Verpflichtungen die auf den relevanten Märkten festgestellten Wettbewerbsbedenken vollständig und wirksam beseitigen werden, insbesondere wenn sie zusammen mit i) der NRV-Option (angesichts des hybriden Modells von MásMóvil, das die Abhilfemaßnahme nachbilden soll) und ii) dem Wachstumskurs von Digi vor dem Zusammenschluss bedacht werden.
- (48) Die Kommission ist daher in ihrem Beschlussentwurf zu dem Ergebnis gelangt, dass der angemeldete Zusammenschluss auf der Grundlage der von den Beteiligten vorgelegten Verpflichtungen nicht zu einer Beeinträchtigung des Wettbewerbs auf den relevanten Märkten in Spanien führen wird.

8. SCHLUSSFOLGERUNG

- (49) In dem Beschlussentwurf wird aus den oben genannten Gründen der Schluss gezogen, dass der geplante Zusammenschluss keine horizontalen nicht koordinierten Auswirkungen auf die relevanten Märkte in Spanien haben wird, durch die wirksamer Wettbewerb im Binnenmarkt oder in einem wesentlichen Teil desselben erheblich behindert würde.
- (50) Folglich ist der Zusammenschluss nach Artikel 2 Absatz 2 und Artikel 8 Absatz 2 der Fusionskontrollverordnung sowie nach Artikel 57 des EWR-Abkommens für mit dem Binnenmarkt und dem EWR-Abkommen vereinbar zu erklären.



**Stellungnahme des Beratenden Ausschusses für die Kontrolle von
Unternehmenszusammenschlüssen aus der Sitzung vom 15. Februar 2024 zu einem
Beschlussentwurf in der Sache M.10896 – ORANGE/MASMOVIL/JV**

Berichtersteller: Lettland

(C/2024/4552)

Zusammenschluss

1. Der Beratende Ausschuss (13 Mitgliedstaaten) stimmt mit der Kommission überein, dass das angemeldete Vorhaben einen Zusammenschluss im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 und Artikels 3 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (im Folgenden „Fusionskontrollverordnung“) ⁽¹⁾ darstellt.
2. Der Beratende Ausschuss (13 Mitgliedstaaten) teilt die Auffassung der Kommission, dass das angemeldete Vorhaben nach Artikel 1 Absatz 2 der Fusionskontrollverordnung unionsweite Bedeutung hat.

Definition des Marktes

3. Der Beratende Ausschuss (13 Mitgliedstaaten) stimmt den im Beschlussentwurf aufgeführten Schlussfolgerungen der Kommission hinsichtlich der Abgrenzung der sachlich und räumlich relevanten Märkte zu, und zwar im Einzelnen in Bezug auf:
 - a) Bereitstellung von Mobilfunkdiensten auf Endkundenebene;
 - b) Bereitstellung von M2M-Diensten auf Endkundenebene;
 - c) Bereitstellung von Festnetz-Internetzugangsdiensten auf Endkundenebene;
 - d) Bereitstellung von Festnetztelefondiensten auf Endkundenebene;
 - e) Bereitstellung von Multiple-Play-Paketen, einschließlich FMC-Paketen, auf Endkundenebene;
 - f) Bereitstellung von Zugangs- und Verbindungsaufbaudiensten in Mobilfunknetzen auf Vorleistungsebene;
 - g) Bereitstellung von Breitbandzugangsdiensten auf Vorleistungsebene;
 - h) Bereitstellung von Anrufzustellungsdiensten in Mobilfunknetzen auf Vorleistungsebene;
 - i) Bereitstellung von Anrufzustellungsdiensten in Festnetzen auf Vorleistungsebene;
 - j) Bereitstellung von internationalen Roamingdiensten auf Vorleistungsebene.

Wettbewerbsrechtliche Beurteilung

4. Der Beratende Ausschuss (13 Mitgliedstaaten) teilt die Auffassung der Kommission, dass der angemeldete Zusammenschluss aufgrund horizontaler nicht koordinierter Effekte zu einer erheblichen Beeinträchtigung des wirksamen Wettbewerbs auf folgenden Märkten führen würde:
 - a) dem Markt für die Bereitstellung von Mobilfunkdiensten auf Endkundenebene;
 - b) dem Markt für die Bereitstellung von Festnetz-Internetzugangsdiensten auf Endkundenebene;
 - c) dem hypothetischen Markt für die Bereitstellung von Multiple-Play-Paketen auf Endkundenebene (und dem hypothetischen Marktsegment für die Bereitstellung von Multiple-Play-Paketen ohne Premium-Pay-TV-Fußballinhalte auf Endkundenebene);
 - d) dem hypothetischen Markt für die Bereitstellung von FMC-Paketen auf Endkundenebene (und dem hypothetischen Marktsegment für die Bereitstellung von FMC-Paketen ohne Premium-Pay-TV-Fußballinhalte auf Endkundenebene).
5. Der Beratende Ausschuss (13 Mitgliedstaaten) teilt die Auffassung der Kommission, dass nicht damit zu rechnen ist, dass der angemeldete Zusammenschluss aufgrund nicht horizontaler Effekte zu einer erheblichen Beeinträchtigung des wirksamen Wettbewerbs führen wird.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.

Verpflichtungen

6. Der Beratende Ausschuss (11 Mitgliedstaaten) teilt die Auffassung der Kommission, dass die Verpflichtungen der anmeldenden Vertragsparteien vom 30. Januar 2024 die im Beschlussentwurf genannte erhebliche Beeinträchtigung des wirksamen Wettbewerbs beseitigen (2 Mitgliedstaaten enthalten sich).
7. Der Beratende Ausschuss (11 Mitgliedstaaten) teilt die Auffassung der Kommission, dass der angemeldete Zusammenschluss den wirksamen Wettbewerb weder im gesamten Binnenmarkt noch in einem wesentlichen Teil davon erheblich beeinträchtigen dürfte, sofern die von den anmeldenden Vertragsparteien am 30. Januar 2024 vorgelegten Verpflichtungen uneingeschränkt erfüllt werden (2 Mitgliedstaaten enthalten sich).

Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt und dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum

8. Der Beratende Ausschuss (11 Mitgliedstaaten) stimmt der Kommission zu, dass der angemeldete Zusammenschluss folglich nach Artikel 2 Absatz 2 und Artikel 8 Absatz 2 der Fusionskontrollverordnung sowie Artikel 57 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum für mit dem Binnenmarkt und dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum ⁽²⁾ vereinbar zu erklären ist (2 Mitgliedstaaten enthalten sich).

⁽²⁾ ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 3.



C/2024/4553

19.7.2024

Abschlussbericht der Anhörungsbeauftragten ⁽¹⁾

Sache M.10896 – Orange/MásMóvil/JV

(C/2024/4553)

1. Am 13. Februar 2023 ging die Anmeldung eines Zusammenschlusses bei der Kommission ein, wonach Orange S.A. (im Folgenden „Orange“) und Lorca JVCo Limited (im Folgenden „Lorca“, zusammen „die Beteiligten“) die gemeinsame Kontrolle über ein neues, durch Orange Espagne S.A.U. und MásMóvil Ibercom S.A.U. geformtes Gemeinschaftsunternehmen (im Folgenden „GU“) im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 und Artikel 3 Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung ⁽²⁾ übernehmen würden (im Folgenden der „geplante Zusammenschluss“) ⁽³⁾.
2. Am 3. April 2023 erließ die Kommission einen Beschluss zur Einleitung des Verfahrens nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c der Fusionskontrollverordnung, da ihr Vorprüfverfahren Anlass zu ernststen Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit des geplanten Zusammenschlusses mit dem Binnenmarkt gegeben hatte. Die Beteiligten übermittelten der Kommission am 20. April 2023 Stellungnahmen zu diesem Beschluss.
3. Am 27. April 2023 verlängerte die Kommission auf Antrag der Beteiligten nach Artikel 10 Absatz 3 zweiter Unterabsatz erster Satz der Fusionskontrollverordnung die vorgeschriebene Frist um 10 Arbeitstage.
4. Am 26. Juni 2023 nahm die Kommission eine an die Beteiligten gerichtete Mitteilung der Beschwerdepunkte an. Die Mitteilung der Beschwerdepunkte wurde den Beteiligten noch am selben Tag förmlich bekannt gegeben, mit einer Frist für ihre Erwiderungen bis zum 10. Juli 2023.
5. In der Mitteilung der Beschwerdepunkte gelangte die Kommission zu der vorläufigen Auffassung, dass der geplante Zusammenschluss den wirksamen Wettbewerb in einem wesentlichen Teil des Binnenmarkts im Sinne von Artikel 2 Absatz 3 der Fusionskontrollverordnung durch horizontale nicht koordinierte Effekte in folgenden Bereichen erheblich behindern würde: a) dem Markt für die Bereitstellung von Mobilfunkdiensten auf Endkundenebene in Spanien; b) dem Markt für die Bereitstellung des Festnetz-Internetzugangs auf Endkundenebene in Spanien; c) dem potenziellen Markt für die Bereitstellung von Multiple-Play-Paketen auf Endkundenebene (und dem potenziellen engeren Markt für die Bereitstellung von Multiple-Play-Paketen ohne Premium-Pay-TV-Fußballinhalte auf Endkundenebene) in Spanien; und d) dem potenziellen Markt für die Bereitstellung von FMC-Paketen (und dem potenziellen engeren Markt für die Bereitstellung von FMC-Paketen ohne Premium-Pay-TV-Fußballinhalte auf Endkundenebene) in Spanien.
6. Den Beteiligten wurde am 27. Juni 2023 durch eine Dateiübertragung unter Verwendung von One Drive Akteneinsicht gewährt. Zusätzliche Unterlagen, darunter weniger geschwärzte Fassungen der bereits übermittelten Dokumente, wurden den Beteiligten am 28. und 30. Juni sowie am 5. und 7. Juli 2023 zum Teil auf Ersuchen der Beteiligten an die Generaldirektion Wettbewerb der Kommission (im Folgenden „GD Wettbewerb“) zur Verfügung gestellt. Eine weitere Einsicht wurde am 26. Juli und 22. Dezember 2023 sowie am 12. Januar 2024 gewährt.
7. Während das Anhörungsbüro in einigen Fällen Kopien des Schriftwechsels zwischen den Beteiligten und der GD Wettbewerb erhielt, gingen keine Beschwerden oder Anträge der Beteiligten im Zusammenhang mit der Akteneinsicht ein.
8. Am 10. Juli 2023 antworteten die Beteiligten auf die Mitteilung der Beschwerdepunkte. Die Beteiligten beantragten keine förmliche mündliche Anhörung.

⁽¹⁾ Gemäß den Artikeln 16 und 17 des Beschlusses 2011/695/EU des Präsidenten der Europäischen Kommission vom 13. Oktober 2011 über Funktion und Mandat des Anhörungsbeauftragten in bestimmten Wettbewerbsverfahren (ABl. L 275 vom 20.10.2011, S. 29) (im Folgenden „Beschluss 2011/695/EU“).

⁽²⁾ Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen („EG-Fusionskontrollverordnung“) (ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1) (im Folgenden „Fusionskontrollverordnung“).

⁽³⁾ Am 2. März 2023 beantragte die spanische Wettbewerbsbehörde die Verweisung der Sache nach Artikel 9 der Fusionskontrollverordnung, wodurch die Frist für Phase I um 15 Arbeitstage verlängert wurde.

9. Am 27. Juli 2023 erließ die Kommission einen Beschluss nach Artikel 11 Absatz 3 der Fusionskontrollverordnung, in der sie die Beteiligten zur Beantwortung eines Auskunftersuchens aufforderte. Da die Beteiligten das Auskunftersuchen nicht innerhalb der in dem Beschluss gesetzten Frist beantworteten, wurden die Fristen für die Prüfung des Zusammenschlusses ausgesetzt. Die in Artikel 10 Absatz 3 der Fusionskontrollverordnung genannte Frist wurde vom 27. Juli 2023 bis zum 11. Dezember 2023 ausgesetzt.
10. Am 1. September 2023 nahm die Kommission ein Sachverhaltsschreiben an, das weitere Beweise zur Untermauerung der Feststellungen in der Mitteilung der Beschwerdepunkte enthielt. Die Beteiligten übermittelten am 22. September 2023 eine Antwort auf das Sachverhaltsschreiben.
11. Im Laufe des Verfahrens wurden nach Artikel 5 des Beschlusses 2011/695/EU sieben Unternehmen als betroffene Dritte zugelassen.
12. Die GD Wettbewerb informierte die betroffenen Dritten in dieser Sache im Allgemeinen durch eine nichtvertrauliche Zusammenfassung der Mitteilung der Beschwerdepunkte (im Folgenden „Zusammenfassung der Mitteilung der Beschwerdepunkte“) über Art und Gegenstand des Verfahrens und forderte sie auf, innerhalb einer bestimmten Frist schriftlich Stellung zu nehmen. Vier betroffene Dritte antworteten.
13. Am 22. August 2023 reichte einer der betroffenen Dritten, die die Zusammenfassung der Mitteilung der Beschwerdepunkte erhalten haben, einen Antrag nach Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe d des Beschlusses 2011/695/EU ein, in dem er beanstandete, dass die Zusammenfassung der Mitteilung der Beschwerdepunkte nicht detailliert genug sei. Er forderte entweder eine nichtvertrauliche Fassung der vollständigen Mitteilung der Beschwerdepunkte oder eine ausführlichere Zusammenfassung an. Mit Beschluss vom 26. September 2023 wurde dieser Antrag mit der Begründung, dass aus der Zusammenfassung der Mitteilung der Beschwerdepunkte hervorgeht, für welche Märkte die Kommission vorläufig festgestellt hatte, dass der geplante Zusammenschluss den wirksamen Wettbewerb erheblich beeinträchtigen würde, und einer Darlegung der wichtigsten Elemente, die diese Schlussfolgerung stützen, zurückgewiesen. Es wurde daher zu dem Ergebnis gelangt, dass sie ausreichende Informationen enthielt, um den betroffenen Dritten über Art und Gegenstand des Verfahrens im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Durchführungsverordnung zur Fusionskontrolle ^(*) zu informieren.
14. Die GD Wettbewerb hat mitgeteilt, dass ein betroffener Dritter von der GD Wettbewerb auf anderem Wege über Art und Gegenstand des Verfahrens informiert wurde, anstatt die Zusammenfassung der Mitteilung der Beschwerdepunkte zu erhalten. Es ging von diesem betroffenen Dritten kein Antrag nach Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe d des Beschlusses 2011/695/EU ein.
15. Am 12. Dezember 2023 unterbreiteten die Beteiligten nach Artikel 8 Absatz 2 der Fusionskontrollverordnung Verpflichtungen, um den geplanten Zusammenschluss mit dem Binnenmarkt und dem EWR-Abkommen vereinbar zu machen. Die Kommission leitete am 12. Dezember 2023 einen Markttest zu diesen Verpflichtungsangeboten ein.
16. Nach Eingang der Rückmeldung der Kommission zu den zuvor unterbreiteten Verpflichtungsangeboten unterbreiteten die Beteiligten am 30. Januar 2024 im Einklang mit Artikel 8 Absatz 2 der Fusionskontrollverordnung überarbeitete und endgültige Verpflichtungen, um den geplanten Zusammenschluss mit dem Binnenmarkt und dem EWR-Abkommen vereinbar zu machen (im Folgenden die „endgültigen Verpflichtungen“).
17. Am 31. Januar 2024 verlängerte die Kommission im Einvernehmen mit den Beteiligten nach Artikel 10 Absatz 3 zweiter Unterabsatz dritter Satz der Fusionskontrollverordnung die vorgeschriebene Frist um weitere fünf Arbeitstage.
18. Mit dem als Entwurf vorliegenden Beschluss wird der geplante Zusammenschluss vorbehaltlich der vollständigen Erfüllung der endgültigen Verpflichtungen für mit dem Binnenmarkt und dem EWR-Abkommen vereinbar erklärt.

^(*) Verordnung (EG) Nr. 802/2004 der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (ABl. L 133 vom 30.4.2004, S. 1) („Fusionskontrollverordnung“). Nach Artikel 25 der Durchführungsverordnung (EU) 2023/914 der Kommission (ABl. L 119 vom 5.5.2023, S. 22) wurde die Fusionskontrollverordnung mit Wirkung vom 1. September 2023 aufgehoben, gilt aber weiterhin für am oder vor dem 31. August 2023 angemeldete Zusammenschlüsse wie den geplanten Zusammenschluss.

19. Ich habe den als Entwurf vorliegenden Beschluss nach Artikel 16 Absatz 1 des Beschlusses 2011/695/EU geprüft und bin zu dem Ergebnis gelangt, dass ausschließlich Beschwerdepunkte behandelt werden, zu denen sich die Beteiligten äußern konnten.
20. Ich bin der Auffassung, dass die Verfahrensrechte in dieser Sache wirksam ausgeübt werden konnten.

Brussel, den 15. Februar 2024.

Dorothe DALHEIMER



C/2024/4554

19.7.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.112780

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/4554)

Datum der Annahme der Entscheidung	24.4.2024	
Nummer der Beihilfe	SA.112780	
Mitgliedstaat	Frankreich	
Region	Frankreich	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Régime d'aide à l'exploitation des petits et moyens aéroports	
Rechtsgrundlage	Code général des collectivités territoriales, Code de commerce, Code des transports	
Art der Beihilfe	Regelung	
Ziel	Flughafenbetrieb	
Form der Beihilfe	Zuschuss, Kredite/rückzahlbare Vorschüsse, Bürgschaft	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 55 000 000 EUR	
Beihilfemaximalintensität		
Laufzeit	4.4.2024 - 3.4.2027	
Wirtschaftssektoren	Luftfahrt	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Direction générale de l'aviation civile 50 rue Henry Farman	
Sonstige Angaben		

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind,
finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/4615

19.7.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.113265

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/4615)

Datum der Annahme der Entscheidung	2.7.2024	
Nummer der Beihilfe	SA.113265	
Mitgliedstaat	Deutschland	
Region		
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Amendments to SA.100559 (2022/N) – Compensation for indirect ETS costs in Germany until 2030	
Rechtsgrundlage	Richtlinie für Beihilfen für Unternehmen in Sektoren bzw. Teilsektoren, bei denen angenommen wird, dass angesichts der mit den EU-ETS-Zertifikaten verbundenen Kosten, die auf den Strompreis abgewälzt werden, ein erhebliches Risiko der Verlagerung von CO ₂ -Emissionen besteht (Beihilfen für indirekte CO ₂ -Kosten) für die Abrechnungsjahre 2023 bis 2030	
Art der Beihilfe	Regelung	
Ziel	Umweltschutz	
Form der Beihilfe	Zuschuss	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 5 300 000 000 EUR	
Beihilfehöchstintensität		
Laufzeit	bis zum 31.12.2030	
Wirtschaftssektoren	Herstellung von Lederbekleidung, Erzeugung und erste Bearbeitung von Aluminium, Herstellung von sonstigen anorganischen Grundstoffen und Chemikalien, Erzeugung und erste Bearbeitung von Blei, Zink und Zinn, Herstellung von Holz- und Zellstoff, Herstellung von Papier, Karton und Pappe, Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen, Mineralölverarbeitung, Erzeugung und erste Bearbeitung von Kupfer, Erzeugung und erste Bearbeitung von sonstigen NE-Metallen, Herstellung von Kunststoffen in Primärformen, Herstellung von Glasfasern und Waren daraus, Eisengießereien, Herstellung von Industriegasen	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) im Umweltbundesamt City Campus - Haus 3, Eingang 3A, Buchholzweg 8, 13627 Berlin	
Sonstige Angaben		

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 16. APRIL 2020

(C/2024/4636)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2020-2021

Sitzungen vom 16. und 17. April 2020

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	4
2. Eröffnung der Sitzung	4
3. Erklärung des Präsidenten	4
4. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	5
5. Tagungskalender	6
6. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll	6
7. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 112 GO): siehe Protokoll	6
8. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll	6
9. Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten: siehe Protokoll	6
10. Änderungen von Ausschussbefassungen (Artikel 56 GO): siehe Protokoll	6

Inhalt	Seite
11. Assoziierte Ausschüsse (Artikel 57 GO): siehe Protokoll	6
12. Beschluss über die Anwendung des gemeinsamen Ausschussverfahrens (Artikel 58 GO): siehe Protokoll . . .	6
13. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	6
14. Arbeitsplan	6
15. Abgestimmte Maßnahmen der EU zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen (Aussprache)	8
16. Erste Abstimmungsrunde	11
17. Abgestimmte Maßnahmen der EU zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen (Fortsetzung der Aussprache)	11
18. Wiederaufnahme der Sitzung	65
19. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung: siehe Protokoll	65
20. Zweite Abstimmungsrunde	66
21. Wiederaufnahme der Sitzung	66
22. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung	66
23. Dritte Abstimmungsrunde	66
24. Wiederaufnahme der Sitzung	67
25. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung	67
26. Vierte Abstimmungsrunde	68
27. Wiederaufnahme der Sitzung	68
28. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung	68
29. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	70

Inhalt	Seite
30. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	70
31. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	70
32. Schluss der Sitzung	70

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 16. APRIL 2020

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Presidente. – Dichiaro ripresa la sessione del Parlamento europeo interrotta giovedì 26 marzo 2020.

2. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 9.06)

3. Erklärung des Präsidenten

Presidente. – Cari colleghi, care colleghe, signora Presidente, signor Presidente, buongiorno a tutti i colleghi presenti, ma anche a tutti coloro che ci seguono con connessioni remote.

Vorrei, in apertura di dibattito, esprimere un pensiero, insieme a voi, alle vittime del Coronavirus, alle loro famiglie e ai loro cari. Inoltre, vorrei inviare a tutte le persone malate i nostri auguri per una pronta guarigione.

In questo momento, i nostri operatori sanitari sono in prima linea nella lotta contro questo virus e meritano tutto il nostro sostegno, ammirazione e gratitudine per il lavoro che stanno svolgendo e per la generosità che li contraddistingue operando in situazioni spesso drammatiche.

E il nostro pensiero va, naturalmente, a tutti i volontari, ai sanitari e alle persone che stanno portando il loro sostegno a chi è in difficoltà. L'ho detto e lo ripeto, l'umanità dei nostri cittadini è la più grande ricchezza che abbiamo.

E vorrei anche ringraziare tutti quei lavoratori che mantengono in funzione le nostre società, gli agricoltori, gli impiegati, tutti coloro che lavorano nelle telecomunicazioni, gli uomini della sicurezza, delle forze armate, i cassieri dei supermercati, i tecnici delle linee che ci consentono le nostre connessioni, di telefonare e di essere vicini. Tante persone, tutte attive nei loro diversi campi di competenza, che con disciplina e senso di responsabilità non hanno mollato: a tutti loro va naturalmente il nostro ringraziamento.

E non dovremmo dimenticare nemmeno tutti quei cittadini che fanno la differenza con gesti semplici, rispettando le misure preventive, comprando per un vicino anziano magari generi alimentari, chiamando amici isolati, prendendosi cura delle persone più fragili.

Piccoli gesti di solidarietà concreta, come ha voluto fare anche il nostro Parlamento aprendo le sue cucine per preparare 1 000 pasti al giorno per i senza fissa dimora e i volontari: nei nostri locali di Bruxelles saranno ospitate 100 donne vulnerabili. Ma anche a Strasburgo, anche a Lussemburgo abbiamo dato la disponibilità alle autorità di utilizzare i locali del Parlamento per attività legate all'emergenza. Sono le città che ci ospitano, a cui dobbiamo molta riconoscenza, e con voi voglio salutare i cittadini di Bruxelles, Strasburgo e Lussemburgo per dire che presto sarà bello ritrovarci e continuare insieme a lavorare per l'Unione europea.

Le iniziative del Parlamento sono state contrassegnate dall'emergenza. Confesso di essermi trovato ad assumere iniziative difficili, ma sempre sostenuto e incoraggiato da tutti i gruppi politici, nessuno escluso, e dai consigli di tanti parlamentari. Naturalmente la funzionalità del Parlamento non sarebbe stata possibile senza il supporto straordinario del nostro staff e della nostra amministrazione che, con coraggio e senso del dovere, è stata presente, e di tutti i Direttori generali. Voglio chiedere al signor Segretario generale di estendere la nostra gratitudine ai lavoratori che magari sono quelli più nascosti, le donne della pulizia, gli uomini della sicurezza, e a tutti coloro che negli staff delle nostre Direzioni generali hanno consentito di rendere operative le decisioni che abbiamo assunto.

Ogni sforzo, anche quello di tenere aperto e funzionante il Parlamento, con tutti i suoi organi, deve dimostrare che noi, le istituzioni sono capaci di prendersi cura delle persone, che vogliamo far vivere anche nell'emergenza i nostri valori, che la democrazia non si ferma.

Questi sono tempi difficili e molto ancora dovrà essere fatto, inclusa una profonda riflessione sulla società in cui dopo questa stagione difficile ci troveremo a vivere. Ma l'Unione europea è già pienamente impegnata a soddisfare le esigenze dei cittadini e degli Stati membri, nel loro interesse, nel loro interesse comune e durante questa crisi e successivamente lo saremo ancora di più, perché da questa crisi noi vogliamo uscire più forti, più robusti e più in grado di affrontare domani le sfide che il mondo globale ci presenterà.

L'Unione europea sta agendo per sostenere i sistemi sanitari, per rendere disponibili i prodotti medici e i medicinali essenziali, sostenere la ricerca, aiutare e preservare i posti di lavoro, sostenere le famiglie e i più poveri, e per fornire aiuto agli agricoltori, ai pescatori, agli imprenditori, ai lavoratori.

Solo insieme possiamo ottenere risultati per il bene dei nostri cittadini ed è anche per questo che sarà della massima importanza coordinare l'eliminazione graduale delle misure di contenimento e la via di uscita dalla crisi.

Facciamo nostro l'appello della Commissione europea – e ringrazio la Presidente per la sua presenza – perché ci sia un'uscita dall'emergenza ordinata e coordinata per evitare effetti di ritorno che potrebbero essere devastanti.

È particolarmente importante mantenere vive le nostre democrazie e ascoltare i nostri cittadini. In qualità di loro rappresentanti eletti, discuteremo e voteremo in questa sessione una risoluzione, molto importante, sull'azione coordinata dell'Unione europea per combattere la pandemia e le sue conseguenze, insieme ad altre misure urgenti.

Il nostro impegno è volto a dare indicazioni sulle migliori misure da intraprendere e indicare i fondi necessari per mettere a disposizione degli Stati membri il massimo di risorse possibili. Dobbiamo essere ambiziosi perché i nostri cittadini, i cittadini europei aspettano risposte rapide per riprendere la loro vita.

Siamo la voce dei cittadini e dobbiamo essere orgogliosi e fieri, in questo momento, di contribuire con disciplina ad essere utili per costruire per i nostri popoli un futuro migliore.

4. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

5. Tagungskalender

Presidente. – Nel corso dell'ultima riunione della Conferenza dei presidenti, giovedì 2 aprile, ho deciso, insieme ai leader dei gruppi politici, di convocare il Parlamento per la tornata straordinaria di oggi e domani, 16 e 17 aprile, al fine di votare le nuove misure della Commissione volte ad affrontare il COVID-19 e per discutere e aggiornare la posizione del Parlamento europeo su come combattere la pandemia e le sue conseguenze.

Il calendario provvisorio rivisto per il 2020 è disponibile sulla pagina web della Plenaria.

6. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll

7. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 112 GO): siehe Protokoll

8. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll

9. Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten: siehe Protokoll

10. Änderungen von Ausschussbefassungen (Artikel 56 GO): siehe Protokoll

11. Assoziierte Ausschüsse (Artikel 57 GO): siehe Protokoll

12. Beschluss über die Anwendung des gemeinsamen Ausschussverfahrens (Artikel 58 GO): siehe Protokoll

13. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

14. Arbeitsplan

Presidente. – Vorrei informarvi che ho ricevuto dieci richieste di procedure d'urgenza, a norma dell'articolo 163 del regolamento, per aggiungere i seguenti documenti legislativi e di bilancio collegati all'emergenza COVID-19 da adottare durante la plenaria in corso:

Regolamento recante modifica al quadro finanziario pluriennale 2014-2020

Progetto di bilancio rettificativo n. 1/2020

Progetto di bilancio rettificativo n. 2/2020

Mobilizzazione dello strumento di flessibilità per il 2020 — 2020/2053(BUD)

Mobilizzazione dello strumento di flessibilità per il 2020 — 2020/2056(BUD)

Mobilizzazione del margine per imprevisti nel 2020

Misure specifiche volte a fornire flessibilità eccezionale nell'impiego dei fondi strutturali e di investimento europei

Introduzione di misure specifiche volte ad affrontare l'epidemia di COVID-19

Misure specifiche per attenuare l'impatto dell'epidemia di COVID-19 nel settore della pesca e dell'acquacoltura

Dispositivi medici

Pertanto, a seguito di consultazioni con i gruppi politici, desidero sottoporre all'Aula le seguenti proposte di modifica al progetto definitivo di ordine del giorno:

Dichiarazioni del Consiglio europeo e della Commissione sull'azione coordinata dell'UE per combattere la pandemia di COVID-19 e le sue conseguenze:

La discussione si svolgerà dalle 9.00 alle 12.00

Il programma dei turni di votazione per giovedì 16 aprile e venerdì 17 aprile è il seguente:

GIOVEDÌ

Il primo turno di votazione sarà aperto dalle 09.30 alle 10.30 con le votazioni sulle suddette procedure d'urgenza e sul primo blocco di emendamenti alla proposta di risoluzione comune sull'Azione coordinata dell'UE per combattere la pandemia di COVID-19 e le sue conseguenze.

La proclamazione dei risultati del primo turno di votazione è prevista per le 13.30.

Il secondo turno di votazione sarà aperto dalle 13.30 alle 14.30 con una votazione sul Regolamento recante modifica al quadro finanziario pluriennale 2014-2020 e sul secondo blocco di emendamenti alla proposta di risoluzione comune sull'Azione coordinata dell'UE per combattere la pandemia di COVID-19 e le sue conseguenze.

La proclamazione dei risultati del secondo turno di votazione è prevista per le 17.00.

Il terzo turno di votazione sarà aperto dalle 17.00 alle 18.00 con votazioni sul terzo blocco di emendamenti alla proposta di risoluzione comune sull'Azione coordinata dell'UE per combattere la pandemia di COVID-19 e le sue conseguenze.

La proclamazione dei risultati del terzo turno di votazione è prevista per le 20.30.

Il quarto turno di votazione sarà aperto dalle 20.30 alle 21.30 con votazioni sul quarto blocco di emendamenti alla proposta di risoluzione comune sull'Azione coordinata dell'UE per combattere la pandemia di COVID-19 e le sue conseguenze.

La proclamazione dei risultati avrà luogo alle 22.50, con chiusura della seduta alle 23.00.

VENERDÌ

La seduta sarà aperta alle 09.00, con il primo turno di votazione dalle 09.00 alle 10.00 e votazioni su emendamenti a:

Progetto di bilancio rettificativo n. 1/2020 e Progetto di bilancio rettificativo n. 2/2020,

Due documenti sulla Mobilitazione dello strumento di flessibilità per il 2020,

Il documento sulla Mobilitazione del margine per imprevisti,

Tre documenti di codecisione sul «Corona Package II» e

Dispositivi medici.

La proclamazione dei risultati è prevista per le 12.30.

Il secondo turno di votazione sarà aperto dalle 12.30 alle 13.30 con votazioni finali su:

Progetto di bilancio rettificativo n. 1/2020 e Progetto di bilancio rettificativo n. 2/2020,

Due documenti sulla Mobilitazione dello strumento di flessibilità per il 2020,

Il documento sulla Mobilitazione del margine per imprevisti,

Tre documenti di codecisione sul «Corona Package II»,

Dispositivi medici,

Risoluzione comune sull'Azione coordinata dell'UE per combattere la pandemia di COVID-19 e le sue conseguenze

La proclamazione dei risultati è prevista per le 16.00.

Un terzo turno di votazione, su emendamenti o votazione finale su una successiva proposta di risoluzione sul COVID-19, potrebbe eventualmente svolgersi dalle 16.00 alle 17.00 con proclamazione dei risultati alle 19.30.

Un quarto turno di votazione, su emendamenti o votazione finale su una successiva proposta di risoluzione sulla pandemia di COVID-19 e le sue conseguenze, potrebbe eventualmente svolgersi dalle 19.30 alle 20.30 con proclamazione dei risultati alle 22.30.

La chiusura della seduta avrebbe luogo alle 23.00.

La modifica è così approvata.

*
* *

Prima di iniziare la discussione, vorrei informarvi che alle 9.30 aprirò il primo turno di votazioni.

Il turno di votazioni sarà aperto dalle 9.30 alle 10.30

Tutte le votazioni della giornata odierna saranno per appello nominale. I deputati potranno verificare la loro votazione e i risultati stessi della votazione nel documento che sarà pubblicato oggi sul sito della plenaria.

15. Abgestimmte Maßnahmen der EU zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulle dichiarazioni del Consiglio europeo e della Commissione su un'azione coordinata dell'UE per combattere la pandemia di COVID-19 e le sue conseguenze (2020/2616(RSP)).

Charles Michel, *président du Conseil européen*. – Monsieur le Président, Madame la Présidente de la Commission, Mesdames et Messieurs les parlementaires, merci de me donner l'occasion de m'exprimer lors d'un débat qui est essentiel parce qu'il fait vivre la démocratie européenne, même quand nous sommes confrontés à des circonstances dont le caractère est sans précédent, dont le caractère est exceptionnel.

Comme vous l'avez fait, je voudrais également, naturellement, adresser mes premiers mots en soutien à celles et ceux qui, directement ou indirectement, sont affectés par cette crise, par ce virus qui frappe l'Europe mais qui frappe également le monde. Et, comme vous l'avez fait, exprimer aussi nos remerciements, notre gratitude pour toutes les citoyennes, tous les citoyens, notamment sur le plan européen, qui sont mobilisés pour accepter des restrictions tellement exceptionnelles à des libertés tellement fondamentales et tellement élémentaires, qui touchent très directement l'intime de chacune et de chacun d'entre nous.

Vous dire également que, dans un moment tel que celui-là, il ne peut y avoir le moindre doute, la moindre hésitation: la seule option possible est de se serrer les coudes, se serrer les coudes entre citoyens, entre pays, avec l'ensemble des régions dans le monde. C'est cela qui fonde la détermination et l'action que nous, institutions européennes, devons mobiliser les uns avec les autres.

Alors je voudrais partager avec vous quelques-unes des informations pour montrer de quelle manière, au départ du Conseil européen, avec les États membres, nous tentons également de prendre un certain nombre de responsabilités. Trois conseils européens tenus par vidéoconférence ont été consacrés à cette crise du coronavirus et à cette ambition de tenter d'améliorer, considérablement, jour après jour, la manière de coordonner les actions, la manière de coopérer entre pays européens.

Vous avez compris que la première ambition, lorsque nous avons mesuré l'ampleur prise par cette crise, a été de travailler pour réduire la propagation du virus et donc d'encourager la prise de mesures, avec des restrictions aux frontières, qui ont un impact sur le fonctionnement de l'Union européenne, singulièrement du marché intérieur, avec aussi la mobilisation pour tenter de soutenir nos chercheurs, faire en sorte que nous puissions être mobilisés sur les vaccins, sur les thérapies.

C'est dans ce sens-là que, dans le cadre du G7 et du G20, en pleine coopération avec la Commission européenne, nous tentons de mobiliser des efforts, d'encourager – au travers, par exemple, d'une conférence des donateurs – une mobilisation pour que nous puissions, le plus vite possible, être en mesure de détenir sur le plan scientifique les solutions au travers du vaccin et des thérapies.

Pour être très concret et très direct, le dernier Conseil européen a donné un double mandat à la présidente de la Commission et au président du Conseil européen: celui de travailler sur une *Road Map* qui porte à la fois sur la formulation de recommandations, de principes de bonnes pratiques, pour encourager une coordination maximum entre pays européens lorsque nous pourrions rentrer progressivement dans la phase d'*exit*, la stratégie de sortie progressive de ces mesures restrictives qui ont dû être décidées par la plupart des pays européens avec des intensités variables, mais toujours une approche qui est en réalité similaire.

La deuxième partie du mandat porte sur l'idée de proposer aux chefs d'État et de gouvernement une stratégie conjointe commune pour être en mesure progressivement, à court, moyen et long terme, de développer une stratégie de relance économique et, j'ai envie de dire aussi, de transformation économique. Parce que je suis convaincu, comme beaucoup, qu'il faudra tirer l'ensemble des leçons de cette crise et voir de quelle manière on peut aussi faire en sorte que demain il y ait plus de force, plus d'efficacité, plus de coopération plus de capacité de travailler ensemble.

I would like to share with you what are, in my opinion, the four chapters for which it is very important to open the debate and try to take some decisions, to take steps together. The first priority, in my opinion, in order to succeed in such a recovery strategy is certainly the single market: how is it possible to repair the single market as soon as possible?

But it is not only that: it's also how is it also possible to strengthen, to deepen the single market? Because it's our first strength at the European level and it will be essential to try to consider that the European Green Deal and the digital agenda will be, no doubt – in my opinion – the first priority. It will be a very strong leverage in order to be successful in the next months, in the next years.

I think also that it will be very essential to build a very strong industrial strategy and also, at the same time, to consider the network of the European SMEs as a very strong pillar. It's important, it's essential to continue to support our SMEs and to give them the possibility to build a strong strategy for the future.

Je pense aussi que la question de l'économie circulaire va devoir être développée davantage. Il y a des propositions très fortes, je le sais, qui ont déjà été débattues au Parlement européen, qui sont annoncées par la Commission européenne. Parce que cette force du marché intérieur, cette capacité aussi à développer davantage l'économie circulaire, à se fonder sur l'agenda digital, sur cette transformation au travers du changement climatique également, elle doit nous donner l'occasion d'avoir plus de capacité d'indépendance stratégique au départ de l'Union européenne.

C'est aussi pour cette raison que, selon moi, le rôle international de l'euro doit être pris en considération: plus d'actifs européens solides participent aussi à cette capacité d'avoir cette dimension internationale pour l'euro.

The second important point is, of course, the possibility to develop a very strong strategy in order to invest, to invest massively with the current approach, with a national dimension but also with a European ambition, and it's certain that we will continue all our political efforts in order to reach an agreement on the next European budget. We had the opportunity to discuss a lot in the last two weeks, the last month, about this very difficult topic. But maybe it's a unique occasion. The next seven years: how is it possible with this European budget, to give some tools, some possibilities in order to develop this strong strategy which we need for our common future?

La Banque européenne d'investissement est aussi un instrument que l'on doit utiliser. Vous savez que, il y a quelques semaines, dans la proposition de *negobox*, avant cette crise du coronavirus, j'avais plaidé fortement pour qu'on puisse augmenter le capital de la Banque européenne d'investissement pour accroître sa capacité de levier et de se concentrer sur des investissements.

Il est certain que, tant qu'il s'agit des investissements, il y a là une dimension de solidarité essentielle, en lien avec le marché intérieur d'ailleurs, parce qu'il va être important de garantir le *level playing field* et de garantir que tous les pays européens, que tous les États membres, que tous les citoyens européens puissent être emmenés avec la même ambition de réussir à faire en sorte que l'on puisse relever ce défi auquel nous sommes confrontés.

Le 3ème point que je voudrais mentionner, essentiel à nos yeux également, est l'action extérieure de l'Union européenne. L'ambition géopolitique de l'Union européenne est, plus que jamais, nécessaire pour promouvoir les valeurs auxquelles nous croyons profondément, pour défendre les intérêts qui sont mis à l'épreuve, nous le voyons bien, singulièrement ces dernières semaines.

Sur cette question de l'action extérieure, nous sommes très convaincus qu'un focus très spécifique en lien avec la relation avec le continent africain va être important. Je me réjouis que nous ayons pu, avec plusieurs leaders européens, avec plusieurs leaders africains, ces dernières heures, exprimer ensemble des ambitions très très fortes.

À court et moyen terme, il s'agit de soutenir davantage les systèmes sanitaires sur le continent africain, d'ouvrir à nouveau ce débat sur les dettes qui pèsent lourdement sur les capacités d'action au départ du continent africain, mais de faire aussi en sorte qu'à plus moyen et long terme, on ait une ambition d'investissement intelligent dans un partenariat d'intérêt mutuel avec le continent africain, dans des infrastructures en cohérence avec l'agenda digital, en cohérence avec le *Green Deal*, avec le changement climatique.

Il y a là, j'en suis totalement convaincu, un intérêt mutuel, une alliance objective que l'on doit pouvoir totalement mobiliser dans les prochains mois et dans les prochaines années.

Enfin, le 4ème point que je voudrais mentionner, c'est cette exigence de poser la question de la gouvernance européenne, poser la question aussi de la résilience européenne. Comment peut-on, avec le recul, tirer les leçons de cette crise pour être plus forts demain, pour améliorer des processus de décision, pour améliorer les processus de coopération?

Moi j'ai l'impression que ce qui a été annoncé – vous en avez beaucoup débattu –, cette conférence sur l'avenir de l'Europe, offrira, peut-être dans les prochaines semaines dans les prochains mois – quand il y aura la capacité de véritablement démarrer cette ambition-là – l'espace politique, l'espace démocratique, pour permettre, pas seulement aux institutions européennes mais aussi aux citoyens européens d'où qu'ils viennent d'être parties prenantes à cette ambition commune: comment tirer ensemble les leçons?

Et enfin, il est certain que, dans le cadre de cette ambition de réussir une stratégie de transformation, une stratégie de redressement, les valeurs qui ont fondé ce projet européen, ces valeurs d'unité, de solidarité et de liberté doivent être des points de repère, doivent être des phares qui éclairent le chemin. En effet, nous devons aborder cette crise, nous devons aborder cette situation, nous avons aborder aussi cette capacité de relever la tête, de sortir la tête hors de l'eau, en étant totalement mobilisés sur ces valeurs que l'on doit mettre en lumière, que l'on doit effectivement considérer comme étant centrales et comme étant des forces motrices.

Donc, vous le voyez, il y a beaucoup de défis et je pense que l'histoire européenne a montré que c'est lorsque nous sommes confrontés au plus difficile, que c'est lorsque l'on pense que l'obstacle est insurmontable que, bien souvent, on trouve la ressource pour se serrer les coudes, la ressource pour se rassembler, la ressource pour être engagés sur le terrain de l'unité, la ressource pour faire preuve de créativité.

Cela va être nécessaire. Nul doute qu'il y ait en Europe des sensibilités, des opinions, des idées différentes sur ce qu'il faut faire à court et moyen et long terme. Cependant je suis totalement convaincu qu'avec de l'optimisme, de la détermination et cette farouche envie de faire vivre ce cœur démocratique de l'Union européenne, de faire en sorte que l'on puisse faire fonctionner nos institutions parce qu'elles garantissent la légitimité de cette ambition européenne, il y aura là la capacité de progresser.

Vous pourrez en tout cas compter sur moi, sur le Conseil européen pour maintenir un dialogue étroit, Monsieur le Président, avec votre Assemblée et avec la Commission européenne. Merci pour cette proposition de résolution qui, effectivement, délimite bien le périmètre du travail qui va devoir être mis en oeuvre à court, moyen et long terme. Vous pouvez compter sur le Conseil européen, compte tenu aussi de la réalité du Conseil européen et des 27 États membres qui le composent, pour être partie prenante et tenter d'avancer dans la bonne direction.

16. Erste Abstimmungsrunde

Presidente. – Dichiaro ora aperto il primo turno di votazioni. La votazione sarà aperta fino alle 10.30.

17. Abgestimmte Maßnahmen der EU zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen (Fortsetzung der Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca il seguito della discussione sulle dichiarazioni del Consiglio europeo e della Commissione su un'azione coordinata dell'UE per combattere la pandemia di COVID-19 e le sue conseguenze (2020/2616(RSP)).

Ursula von der Leyen, *présidente de la Commission.* – Monsieur le Président du Parlement, Monsieur le Président du Conseil, Mesdames et Messieurs les députés, nous n'avons pas assez de mots pour parler de la douleur de l'Europe et de la souffrance du monde. Nous pensons à toutes les victimes et nous prions pour toutes les familles en deuil. Nous nous promettons de raconter leur histoire, d'honorer leurs vies et leur mémoire. Nous nous souviendrons toujours de chacune d'entre elles.

Nous nous souviendrons de Julie, la jeune Française, avec toute sa vie devant elle, et de Yann, l'historien tchèque qui s'est toujours battu pour ses valeurs, ou encore de Gino, le médecin italien retraité qui est revenu sur le terrain pour sauver la vie des autres. Nous nous souviendrons du geste incroyable de Suzanne, en Belgique, qui a laissé son respirateur aux plus jeunes et de l'image de Francis, faisant ses adieux à son frère à travers une fenêtre d'hôpital, en Irlande. Nous nous souviendrons de la jeune maman polonaise qui ne verra pas son bébé grandir et du jeune entraîneur de football espagnol qui ne verra pas son rêve se réaliser.

Nous ne les oublierons jamais, les mères, les pères, les sœurs et les frères, les jeunes et les aînés du nord ou du sud, de l'est ou de l'ouest, les amis et les collègues, les voisins d'à côté et les étrangers de plus loin, ceux qui ont des choses à dire et des choses à voir, ceux sur l'épaule de qui on pleure et de l'amour desquels on dépend.

Chacune de ces dizaines de milliers d'histoires brise un petit morceau de notre cœur mais elle renforce aussi notre détermination pour que l'Europe fasse tout son possible pour sauver toutes les vies possibles.

You cannot overcome a pandemic of this speed and this scale without the truth. The truth about everything: the numbers, the science, the outlook – but also about our own actions.

Yes, it is true that no one was really ready for this. It is also true that too many were not there on time when Italy needed a helping hand at the very beginning. And yes, for that, it is right that Europe as a whole offers a heartfelt apology. But saying sorry only counts for something if it changes behaviour, and the truth is, too, that it did not take long before everyone realised that we must protect each other to protect ourselves.

And the truth is that Europe has now become the world's beating heart of solidarity. The true Europe is standing up: the one that is there for each other when it is needed the most. The one where paramedics from Poland and doctors from Romania save lives in Italy. Where ventilators from Germany provide a lifeline in Spain. Where hospitals in Czechia treat the sick from France. And where patients from Bergamo are flown to clinics in Bonn.

We have seen medical supplies go from Lithuania to Spain and respirators go from Denmark to Italy. In fact, we have seen every piece of equipment go in every direction across Europe, from whoever can spare it to whoever needs it. This makes me proud to be European.

Of course, there are still some who want to point fingers and deflect blame. And there are others who would rather talk like populists than tell unpopular truths. To this I say: «Stop it – stop and have the courage to tell the truth. Have the courage to stand up for Europe». Because this Union of ours will get us through. But it will only be as strong tomorrow as we make it today. And if you need inspiration, just look at the way the people of Europe are standing together – with empathy, humility and humanity.

And I pay tribute to all of them. To the delivery drivers and the food suppliers. The shopkeepers, the factory packers and the balcony clappers. The companies changing their production lines to make the supplies we urgently need. I pay tribute to the Portuguese volunteers sewing masks for their neighbours, or the seven-year-old Greek pianist who composed an «isolation waltz» to keep people going.

Above all else I thank and I pay tribute to our heroes: the medics, the nurses, the careworkers. They are the ones with bruises on their faces and tragic images in their minds. The ones holding the hands of the sick as softly and as lovingly as the families that cannot be there. They are the ones saving our lives and saving our honour. The ones we must protect so that they can protect us all.

Und genau darauf konzentrieren wir uns. Deswegen legen wir jetzt einen gemeinsamen Vorrat an medizinischer Ausrüstung an. Deswegen investieren wir gemeinsam in Forschung nach Impfstoffen. Deshalb kümmern wir uns zentral um die Beschaffung der am dringendsten benötigten Güter am Weltmarkt. Und deswegen haben wir ein Team der besten Expertinnen und Experten aus ganz Europa zusammengestellt, die regelmäßig ihr Wissen teilen, das Leben retten kann.

Aus diesem Grund verzichten wir auf Zölle und Mehrwertsteuer bei der Einfuhr von medizinischem Gerät aus Drittstaaten. Und das ist auch der Grund, warum wir Anfang dieses Monats ein einfaches, aber großes Versprechen abgegeben haben: Wir werden jeden verfügbaren Euro, den wir haben, auf jede erdenkliche Weise nutzen, um Leben zu retten und die Lebensgrundlagen der Europäerinnen und Europäer zu schützen. Deswegen haben wir vorgeschlagen, sämtliche noch verfügbaren Mittel des aktuellen Haushalts in ein Notprogramm zu lenken. Dadurch können fast 3 - Milliarden Euro direkt dorthin fließen, wo sie gebraucht werden: in neue Beatmungsgeräte und Schutzausrüstung, in mehr Tests und mehr medizinische Hilfe für die Schwächsten, einschließlich derer, die in den Flüchtlingslagern warten.

Deswegen schlagen wir vor, jeden verfügbaren Euro aus den europäischen Struktur- und Investitionsfonds zur Bewältigung der Corona-Krise einzusetzen. Das bedeutet, dass wir volle Flexibilität ermöglichen: Die Mittel können in anderen Regionen eingesetzt werden. Sie können überall eingesetzt werden, wo sie am dringendsten gebraucht werden, unabhängig von den sonst üblichen Schranken wie Kofinanzierung, Zweckbindung oder Obergrenzen. Mit diesem Paket, über das dieses Haus heute abstimmen wird, geht Europa an die Grenzen seiner Möglichkeiten.

And the same principle applies to protecting people's livelihoods. Europe has had economic crises before. But we have never had an economic shutdown like this. Nobody is to blame and everybody will need support. We need unprecedented measures to do this and to make sure our economy is ready to bounce forward as soon as possible.

And here again, the truth matters. Europe has done more in the last four weeks than it did in the first four years of the last crisis.

We have made our state aid rules more flexible than ever. In the last few days alone, we have approved schemes that will provide EUR 1 billion to Croatian businesses, EUR 1.2 billion for Greek SMEs or EUR 20 million to Portuguese fishermen. There are many more examples I could pick, from Latvia and Estonia to Belgium or Sweden.

For the first time in our history, we triggered the full flexibility in the Stability and Growth Pact. Along with bold measures taken by the European Central Bank, this provides unprecedented fiscal and financial power. And last week's decision by EU finance means a further EUR 500 billion will be available to all of those who need it.

As part of this, I urge all Member States to make the most of SURE – the new scheme proposed by the Commission to protect Europeans against the risk of unemployment. It will provide EUR 100 billion to help governments make up the difference if your employer has reduced your hours or if you are self-employed and need support.

The beauty of SURE is two-fold. First, it will help those in need to pay their rents, bills or food, and keep other businesses alive in the process. And second, it is the definition of European solidarity. The Member States that can, will put up guarantees so others can support the hardest hit in their countries.

As a result of all of this action, Europe's collective response is well above EUR 3 trillion. This is the most impressive response anywhere in the world. But we know we will need more. A lot more. Because this will be a long haul, and the world of tomorrow will look very different from that of yesterday.

I am convinced that Europe can shape this new world if it works together and rediscovers its pioneering spirit. And for this, I want to cite a sentence from the Ventotene Manifesto, written by two of Italy and Europe's greatest visionaries: Ernesto Rossi and Altiero Spinelli, one of our founding fathers.

Writing from their prison on a remote island, at the height of the war, when all hope of a united Europe seemed lost, they gave us these words of confidence: «the moment has arrived in which we must know how to discard old burdens, how to be ready for the new world that is coming, that will be so different from what we have imagined».

Dear friends, this moment has arrived once again. The moment to put behind us the old divisions, disputes and recriminations. To come out of our entrenched positions. The moment to be ready for that new world. To use all the power of our common spirit and the strength of our shared purposes.

The starting point for this must be making our economies, societies and way of life more sustainable and resilient. Finding the answers in this new world will require courage, trust and solidarity. And it will need massive investment to jump-start our economies. We need a Marshall Plan for Europe's recovery, and it needs to be put in place immediately.

There's only one instrument we have that is trusted by all Member States, which is already in place and can deliver quickly. It is transparent and it is time-tested as an instrument for cohesion, convergence and investment. And that is the European budget.

The European budget will be the mothership of our recovery. And for that reason, the next seven-year budget must be different to what we have imagined, just as Spinelli said. We will use the power of the whole European budget to leverage the huge amount of investment we need to rebuild the Single Market after corona.

We will frontload it so we can power that investment in those crucial first years of recovery. Because this crisis is different from any other one we have known. It is severely hitting completely healthy companies because public life has shutdown.

And this is why we will need innovative solutions and more headroom in the MFF so it can unlock massive public and private investment. This will kick-start our economies and drive our recovery towards a more resilient, green and digital Europe.

By that, we not only support but reshape our industries and services towards a new reality. It will mean investing in our digital technologies, infrastructure and in innovation, such as 3D printing, to help us to be more independent and make the most of new opportunities.

And it also means doubling down on our growth strategy by investing in the European Green Deal. As the global recovery picks up, global warming will not slow down. First-mover advantage will count double and finding the right projects to invest in will be key.

A more modern and circular economy will make us less dependent and boost our resilience. And this is the lesson we need to learn from this crisis.

Investing in large-scale renovation, renewables, clean transport, sustainable food and nature restoration will be even more important than before. This is not only good for our economies, it is not only good for our environment, but it will reduce dependencies by shortening and diversifying supply chains.

And we also need to keep another reality in mind. While the crisis is symmetric, recovery is not. Because not only the virus hits but also the economic shock. Some regions will bounce back and others will have a harder time. And therefore, cohesion and convergence will be more important than ever before. The single market and cohesion policy are the two sides of the same coin. You need both to ensure prosperity across the whole European Union.

This is the Europe that I believe can emerge from this crisis. One that does everything it can to protect lives and livelihoods. One that is open to the world but can take care of itself. One that is more resilient, green and digital and that invests in its future together. This is the path to recovery. It will be a long road and the whole world will be trying to find its way.

This crisis will likely redefine our politics, our geopolitics and possibly globalisation itself. And in this new world, Europe will need to stick together through thick and thin. And as I look around in our Union and I see all that humanity and that ingenuity, I know that we can and we will do just that.

They say a strong soul shines bright after every storm. If we all stand up for Europe today – with courage, trust and solidarity – I know that tomorrow Europe's soul will shine brighter than ever before.

Long live Europe. *Vive l'Europe. Lang Leben Europa.*

Presidente. – E adesso ascoltiamo i gruppi politici. Abbiamo per questa fase anche la possibilità di alcuni collegamenti con i presidenti dei gruppi, speriamo funzioni tutto e che questo ci consenta anche di sperimentare dei nuovi meccanismi che naturalmente sono tutti da sperimentare e inventare.

Esteban González Pons, en nombre del Grupo PPE. – Querido David, querido Charles, querida Ursula, gracias por estar físicamente con nosotros. Mientras dure la peste, el Parlamento no puede cerrar ni puede convertirse en una institución remota. Igual que los supermercados o los bomberos, el Parlamento es un servicio esencial durante la pandemia. En tiempos de poderes extraordinarios para los Gobiernos, el Parlamento es el hospital de la democracia.

Hoy estamos aquí, pero millones de ciudadanos se están preguntando dónde estábamos cuando todo esto empezó. Siguiendo el ejemplo de Ursula, yo se lo digo: pudimos haber actuado antes, pudimos haber actuado más rápido, pudimos incluso haber actuado juntos. Por eso hay que pedir perdón.

Los Gobiernos europeos y las instituciones europeas no tienen culpa de la peste, pero debieron haberla esperado y debieron haber reaccionado con rapidez. No hicimos ni lo uno ni lo otro. Conque estaría bien que, desde aquí, pidiéramos perdón y dejáramos de tratar a los ancianos muertos como héroes de guerra: son víctimas.

Nos equivocamos no dando importancia a un virus porque venía de China y podemos volver a equivocarnos si nos instalamos en la certeza de que esta pesadilla terminará cuando llegue el verano.

En España, supimos ayer que al menos hay 5 000 muertos que no han sido contabilizados —casi todos ancianos que murieron en casas o en residencias— y que, conforme se vayan haciendo más test, irán apareciendo más contagios.

Nos equivocamos siempre cuando creemos que este virus irá por la hipótesis mejor; este virus siempre apuesta por la hipótesis peor. Ahora estamos haciendo planes ya como si el virus no fuera a volver en otoño, pero ¿y si vuelve? Estamos dando por hecho que si regresa lo hará debilitado o tendremos una vacuna, pero ¿y si no la tenemos? La segunda oleada de la gripe de 1918 fue la peor. Suponemos que Europa ya ha pagado el tributo, pero ¿y si explota en África o explota en Oriente Próximo? No digo que nos pongamos en lo peor; pido que, como responsables políticos, jamás descartemos lo peor.

En China, donde empezó todo, se produjeron 3 300 muertos. España, con menos del 4 % de la población de China, ya lleva 18 000 —y no los estamos contando todos—, e Italia, 21 000. Si tenemos en cuenta que Italia y España cuentan con dos de los mejores sistemas sanitarios del mundo, es pertinente preguntar: ¿nos ha contado China toda la verdad? ¿A qué juego estamos jugando?

Los cuatro jinetes del Apocalipsis de hoy son: el coronavirus, el desempleo, el nacionalpopulismo y la mentira —la mentira mata tanto como el virus—.

En Europa, la peste está matando a la generación de nuestros padres y todos tenemos la sensación de que el Consejo está tratando el asunto como *business as usual*. ¿De verdad, señor presidente, el mercado único es la primera prioridad del Consejo, precisamente en este momento? Parece que unos Gobiernos vienen a Bruselas solo a ver cuánto dinero se pueden llevar, y que otros vienen a Bruselas a procurar que los demás no se lleven tanto dinero, pero que nadie viene a preocuparse por el conjunto de los europeos.

Venir a Bruselas a defender exclusivamente los intereses nacionales también es nacionalismo, aunque no lo sepan nuestros primeros ministros. Si el miedo a la muerte nos afecta a todos, si la muerte nos afecta a todos, si el virus no distingue países, ¿qué sentido tiene que los Gobiernos nacionales estén distinguiendo afectados o muertos por sus nacionalidades? Señores del Consejo, ya no estamos en el momento de «lo que haga falta» de Draghi, sino en el momento del ahora o nunca.

China construyó un hospital en menos tiempo del que el Consejo necesita para convocarse —no para reunirse, para convocarse—. ¿Quiere eso decir que la dictadura china es más efectiva que nuestra democracia? No, quiere decir que nosotros no somos eficaces, nada más.

Este es el momento de demostrar que el europeísmo también puede ser eficaz, que el europeísmo también puede ser épico, que el europeísmo también puede ser patriótico, que el europeísmo también puede ser humano. Es el momento de demostrar que las fronteras jamás serán la solución. Si la Unión Europea no sirve para afrontar una pandemia que afecta a todo el continente, ¿para qué sirve la Unión Europea?

Señor presidente del Consejo, es el momento del ahora o nunca. Dentro del PPE, y entre los Grupos que hemos firmado la Resolución, hemos hecho un gran esfuerzo de consenso. Espero que sirva de ejemplo para el Consejo. La Unión Europea representa la gran esperanza con que cuentan millones de españoles afectados o muertos o enfermos por el virus, millones de europeos afectados, muertos o enfermos por el virus.

No le demos la razón a los populistas. No le demos la razón a los nacionalistas. No le demos la razón a los mentirosos: la gripe española mató más por hambre que por fiebre. No le demos la razón al virus.

Iratxe García Pérez, en nombre del Grupo S&D. – Señor presidente, presidenta von der Leyen, presidente Michel, permítanme que las primeras palabras de este Pleno sean para las víctimas que han fallecido a causa de la COVID-19 y también para todas las personas que ahora están en los hospitales, en sus casas, tratando de vencer la enfermedad. Y un agradecimiento también a tantos y tantos profesionales que estos días están arriesgando sus vidas por los demás, empezando por el personal sanitario, pero también por las fuerzas de seguridad del Estado, los limpiadores, trabajadores de supermercados y farmacias, transportistas, agricultores, cuidadores de residencias de ancianos... A todos y a todas —porque no olvidemos que la mayoría son mujeres—, miles de gracias.

Señorías, este es un momento crucial de nuestra historia. Esta pandemia del coronavirus nos ha golpeado de una manera que no podíamos haber imaginado: nuestra seguridad, nuestra libertad de movimientos, nuestras vidas cotidianas, aún no sabemos cómo cambiarán. Algunas cosas están fuera de control, es verdad, pero otras dependen de nosotros. Seamos claros: de las decisiones que tomemos ahora depende que Europa salga reforzada o que los ciudadanos pierdan la confianza en este proyecto.

Si bien al inicio de esta crisis vimos cómo surgían espontáneamente actitudes egoístas y reacciones nacionalistas, poco a poco hemos conseguido que la Unión Europea reaccionara y pusiera en marcha medidas de solidaridad, porque para eso existe la Unión Europea. Precisamente se creó después de la Segunda Guerra Mundial, en un momento de devastación, para evitar la competencia entre los Estados y asegurar que la reconstrucción diera prosperidad a todos y a todas.

Vivimos ahora en un momento de crisis solo comparable a la Gran Depresión y necesitamos otro plan de reconstrucción equiparable al plan Marshall. No basta un aumento del presupuesto; debe de ser una verdadera estrategia de inversión y de refuerzo de sectores estratégicos para garantizar el futuro de Europa. Por eso, este es el momento en que podemos y debemos ser ambiciosos y reconstruir Europa sobre una nueva base.

Esta crisis está poniendo de manifiesto grandes desigualdades sociales, y también desigualdades entre los territorios. No podemos permitir que esta crisis abra una brecha aún mayor. Al contrario, se necesitan políticas públicas para asegurar que todos estamos igualmente protegidos para salir adelante.

Es hora de fortalecer las políticas públicas, empezando por la sanidad. Es hora de proteger a los millones de europeos y europeas que están perdiendo su empleo y que no saben cómo llegar a fin de mes o cómo van a poder pagar sus alquileres. Es hora de una economía europea fuerte y solidaria, y de dotar, por fin, a la eurozona de todos los mecanismos que necesita para hacer frente a los embates financieros internacionales. Esto incluye, por supuesto, mutualizar una parte de la deuda de nuestros países, como proponemos con la emisión de los bonos de reconstrucción.

Es el momento de renovar nuestra economía para que sea más respetuosa con el medio ambiente y con los recursos naturales, y también para digitalizarla. Esta crisis nos ha demostrado que es necesario democratizar la tecnología para que todos los ciudadanos y las empresas, estén donde estén, se puedan beneficiar de ella para el trabajo, para el estudio, para la investigación, para las relaciones entre las personas. Estamos viendo estos días cómo hay muchos niños y niñas que, por falta de recursos, no pueden acceder al seguimiento de las clases *online*, y debemos entender que es necesario actuar en este sentido.

Todas esas ideas no son nuevas, llevan ya tiempo encima de la mesa, como el Pacto Verde Europeo o los eurobonos, de los que hablábamos ya durante la crisis del 2008. Pero ahora se hace más urgente que nunca; es la hora de la verdad y no podemos fallar a la historia.

Sabemos lo que hay que hacer, lo hemos puesto negro sobre blanco en la Resolución común que hemos sido capaces de negociar entre los cuatro grandes Grupos de este Parlamento. Me hubiera gustado, por supuesto, que se unieran más Grupos y espero, en cualquier caso, que diputados y diputadas y otros Grupos se unan a esta llamada fuerte del Parlamento Europeo para que actúen la Comisión Europea y el Consejo.

Sabemos lo que hay que hacer; solo falta el coraje político para hacerlo y, en este Parlamento, estamos demostrando que hoy somos conscientes de nuestras responsabilidades históricas, que somos capaces de superar nuestras líneas ideológicas y nacionales para pensar en el interés común de todos los europeos y de todas las europeas.

En esta Resolución proponemos medidas urgentes y otras a medio y largo plazo. Todas son necesarias: las urgentes para salvar vidas, en primer lugar, pero también para crear una red de emergencia que tantas personas necesitan para poder subsistir. Cuanto más decidida sea nuestra actuación ahora, menos impacto tendrá la crisis económica y social, antes saldremos, y todos recuperaremos antes la normalidad y la actividad económica.

Por cierto, en este momento de unidad y cooperación de la comunidad internacional para luchar contra la pandemia, es lamentable ver cómo Trump, por ejemplo, plantea parar la financiación a la Organización Mundial de la Salud, y creo que también en Europa debemos plantear esta cuestión y reivindicarla.

Esta es una crisis que afecta a todos los países de la Unión Europea y debemos lograr que todos los países salgan de ella con igual fortaleza y determinación. Sería inaceptable que la COVID-19 creara nuevas desigualdades entre los Estados miembros, retrasando así la convergencia europea.

Hay muchos ciudadanos y ciudadanas desencantadas con la Unión Europea, pero eso significa que creen en nosotros: están decepcionados porque esperan más de nosotros. Esta es la oportunidad que tenemos de demostrarles que merece la pena creer en la Unión Europea, que los principios de solidaridad y justicia que enunciamos son verdad, y que ahora es cuando toca demostrarlo.

Si la Comisión y el Consejo no estuvieron a la altura al inicio de esta crisis, el Parlamento les exigirá a partir de ahora que asuman su responsabilidad. No es tarde, porque nos queda un largo camino por recorrer. A los jefes y las jefas de Gobierno en el Consejo les digo: estamos a tiempo, pero no tenemos ni un minuto que perder. Es nuestra responsabilidad.

Dacian Cioloș, *au nom du groupe Renew*. – Cher Président David Sassoli, cher Charles, chère Ursula et chers collègues, tout d'abord je veux rendre hommage à nos professionnels de santé, fatigués par des semaines de lutte contre le COVID-19. L'Europe tout entière vous remercie et, je le sais, la bataille est loin d'être terminée. Hommage aussi à tous ceux qui démontrent la force de notre démocratie et sa capacité à faire face à des décisions difficiles, qui bouleversent la vie de millions de citoyens.

L'Europe dont nous avons besoin est celle de mouvements de solidarité, de la créativité collective et de la générosité au quotidien. Nous vivons des moments difficiles, un test pour chacun d'entre nous, mais cette épreuve, ainsi que les choix que nous faisons, détermineront durablement notre mode de vie. Nous allons construire le monde d'après par les leçons que nous tirerons de cette crise.

Premièrement, nous avons la responsabilité de tirer tous les enseignements de cette crise sanitaire. Nous n'allons pas mieux affronter les choses si nous ne reconnaissons pas qu'au début de cette crise, le repli sur le choix de certains États membres et l'impuissance initiale de la Commission ont laissé un goût amer aux citoyens européens. C'est là le point de départ, si nous voulons nous guérir non seulement du virus mais aussi de nos égoïsmes qui nous rendent impuissants.

Si nous devons mettre des masques pour nous protéger contre le virus, nous devons faire tomber les masques qui nous empêchent de reconnaître nos erreurs. Nous avons vu la fragilité de nos systèmes de santé et la nécessité de construire des systèmes plus résilients. L'Europe que nous voulons n'est pas celle des murs inutiles mais celle des trains et des hélicoptères que nous voyons franchir les frontières, conduire les patients là où les lits sont encore libres. L'Europe que nous voulons, c'est celle qui va trouver le remède contre la maladie et qui est prête à le partager.

L'élan de solidarité et de coopération spontanée doit être structuré en un mécanisme européen de santé qui rende l'Europe mieux préparée et plus souveraine pour la prochaine fois. Face aux crises de demain, l'Europe doit être prête à faire face à la prochaine crise en toute indépendance. Pour cela, nous avons besoin de penser dès maintenant à ce mécanisme européen de santé qui doit être en place.

Deuxièmement, l'économie. Nous avons tous utilisé la même expression: *Whatever it takes*. Maintenant, passons à l'acte. Pas un seul de nos États membres n'est en mesure de sortir renforcé seul de cette crise, quelles que soient sa puissance et son appartenance ou non à la zone Euro. Il ne faut pas être solitaire mais solidaire, cette fois-ci.

Je l'ai dit aux États membres et à la Commission, ce n'est pas le moment de jouer les petits bras. Frappons fort avec un plan de relance massive, comme Ursula von der Leyen l'a dit, avec un nouveau plan Marshall, avec la perspective du digital et du *Green deal*. Nous avons la stratégie, il nous faut maintenant l'ambition qui va avec pour mettre en place cette stratégie. C'est pour l'investissement, c'est pour l'emploi, c'est pour les petites et moyennes entreprises et pour les industries de demain. Cette crise met à rude épreuve le marché intérieur, qu'il faudra respecter et renforcer.

Troisièmement: non, les régimes autoritaires ne sont pas mieux armés que nos sociétés ouvertes, démocratiques, fondées sur la liberté et sur le respect par chacun des règles collectives. La peur, la dissimulation et le repli sur soi ne sont pas des antidotes mais des poisons. Sous aucun prétexte, les valeurs démocratiques ou nos libertés individuelles ne doivent être remises en cause. Et cela, tout le monde doit l'entendre, y compris Viktor Orbán. Nous devons faire *whatever it takes* aussi pour soigner notre démocratie et rétablir l'état de droit par tous les moyens possibles.

Sur l'ensemble de ces sujets se pose une question: quelle sera l'Europe après cette crise? Un mammoth aux pieds d'argile ou au contraire une navette agile et robuste qui est toujours là où il faut? N'attendons pas la prochaine crise pour comprendre que notre avenir à nous, Roumains, Italiens, Polonais ou Suédois ne sera pas directement proportionnel à notre individualisme mais il sera directement proportionnel à notre capacité de travailler ensemble.

Cette crise démontre l'urgence de s'atteler au projet de conférence sur l'avenir de l'Europe, plus pertinent que jamais. Saisissons donc cette opportunité pour mettre de l'ordre dans la maison européenne avec du courage, pour construire un monde plus sûr, plus communautaire et plus démocratique. Cette crise ne doit pas être l'occasion d'une guerre de plus. Faisons d'elle une opportunité pour nous battre contre notre autosuffisance, nos hypocrisies, nos préjugés et renouveler le monde dans lequel nous vivons à partir de ce que nous avons appris de positif de cette crise.

Marco Campomenosi, a nome del gruppo ID. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Presidente von der Leyen, Presidente Michel, grazie per la vostra presenza. Spero che sia l'ultima riunione in cui i nostri colleghi non possono raggiungere Bruxelles, perché è importante, così come chiediamo che i parlamenti nazionali e regionali lavorino, che anche a Bruxelles si possa svolgere un'attività piena, perché è quello che chiedono i nostri cittadini.

Io provengo dalla Liguria, dal Nord-Ovest dell'Italia. La Lombardia è una regione vicina alla mia città, ciascuno nella mia regione è a conoscenza di amici, parenti, che o sono in una situazione di grave sofferenza o sono scomparsi.

Quello che forse alcuni non sanno e non hanno capito è quella che è la frustrazione di chi sta affrontando da solo questa emergenza, o perché è da solo a vivere la situazione di quarantena, o perché da solo, senza il conforto dei suoi cari, si è trovato ad affrontare un ricovero ospedaliero, cari e parenti che magari non possono poi neanche celebrare il funerale.

Ovviamente il dramma non è solo quello sanitario, è un dramma economico, è un dramma delle aziende, dei lavoratori autonomi e dei lavoratori che vogliono tornare a produrre e per questo sarà necessario stabilire delle procedure standard e omogenee, in modo tale che il sistema produttivo possa tornare in sicurezza, e soprattutto nella sicurezza dei lavoratori, possa tornare presto ad essere operativo al cento per cento.

Il problema è che, se in parte usciranno rapidamente da questa situazione, sarà grazie a un sistema di regole che esistevano a livello europeo e a cui dobbiamo per forza derogare ed è importantissimo che si capisca e si faccia un esame di coscienza circa il fatto che questo sistema di regole è quello che ha fatto sì che l'Europa negli ultimi anni fosse il continente dove c'era meno crescita in tutto il mondo.

Era ovvio, che alla prima causa esogena, come quella che stiamo vivendo – ma poteva essere una guerra, una crisi commerciale forte, una bolla speculativa, come quella di qualche anno fa – era ovvio che il sistema avrebbe avuto difficoltà estreme. Quindi un errore che non bisogna commettere è, passata l'emergenza sanitaria, ripristinare quel sistema di regole che hanno fallito come se niente fosse.

Perché poi parliamo di un'Unione europea che fino all'altro giorno favoriva una delocalizzazione attraverso accordi commerciali che oggi ci fanno capire che non siamo, non eravamo più in grado di produrre certe cose. Vedo alcuni Presidenti, persino quello francese che dicono: no, dobbiamo tornare ad avere un'autonomia produttiva, non solo nel settore sanitario, pensiamo al settore agricolo e a molti altri.

La ricerca: pochi giorni fa il presidente del Consiglio europeo della ricerca si è dimesso, denunciando l'impossibilità di lavorare in questo settore a livello europeo. Si fa tanto uso della parola verità, si cerca di dare una prospettiva europea, analizzando un punto di vista che, secondo me, è quasi sempre e solo quello di una comunicazione atta a difendere la Commissione europea in sé, perché questa Commissione europea è vittima di se stessa, della comunicazione che ha dato in questi anni, vendendosi ai cittadini come un sistema con un bilancio che, certo, potrà essere utile, ci lavoreremo, ma potrà spostare pochissime risorse.

Quello che serve innanzitutto è che gli Stati siano liberi di poter fare le loro politiche. Abbiamo una BCE che ha un sistema di regole che non funziona, che non è quello della Federal Reserve o della Bank of England, di questo pagheremo sicuramente le conseguenze.

Per non parlare del fatto che fra poco si svolgerà un Consiglio europeo importantissimo, in cui il Presidente del Consiglio italiano andrà senza un mandato del parlamento italiano, vittima anch'esso di una divisione e di un dibattito, quello sul MES, sul meccanismo di stabilità, che ha raggiunto un livello molto grave.

Io sono sicuro che l'Italia ce la farà. Non sono certo che l'Unione europea riuscirà a superare questa crisi. L'Europa e gli Stati membri e l'Italia ce la faranno. Ma l'Unione Europea non credo.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, mes chères concitoyennes, mes chers concitoyens, je m'adresse à vous depuis l'hémicycle bruxellois du Parlement européen, là où, en temps normal, bat le cœur de la démocratie européenne, un cœur qui, aujourd'hui, bat au ralenti, signe que nous sommes toutes et tous affectés par la pandémie.

Les jours que nous vivons sont empreints de gravité. Nos pensées vont naturellement d'abord aux dizaines de milliers de victimes du virus et à leurs proches, confrontés à une mort inattendue et à un deuil rendu plus difficile par les circonstances mêmes du confinement. Nous voulons dire aussi notre profonde reconnaissance à toutes celles et tous ceux qui entourent de leurs soins, jour après jour et au péril de leur propre santé, les malades et les victimes. Nous avons aussi à cœur toutes celles et ceux qui, bravant la pandémie, sont au poste pour assurer que nos sociétés puissent tout simplement continuer à vivre.

L'Europe fait face à la pire crise qu'elle ait connue depuis 1945. Le choc provoqué par le coronavirus révèle les failles de nos sociétés, faisant éclater au grand jour ce que de trop nombreux décideurs politiques, jusqu'ici, ne voulaient ni voir, ni entendre. Aujourd'hui, certains font mine de découvrir que l'austérité tue, alors que des années de sous-financement de nos services de soins de santé et d'aide aux personnes âgées envoient à la mort des milliers de gens.

Ils semblent découvrir combien une mondialisation guidée par le seul profit a rendu vulnérables nos sociétés. Ils se rendent compte des ravages produits par les inégalités sociales: des millions d'Européennes et d'Européens ont basculé en moins d'un mois dans la pauvreté et le chômage forcé. Beaucoup d'entre eux n'ont même plus les moyens de se nourrir à leur faim, alors que les banques alimentaires voient leur demande exploser ou pire, doivent fermer, faute d'aide suffisante de nos gouvernements.

Avec la crise, ils réalisent que celles et ceux qui, hier encore, étaient considérés par les statistiques «en risque de pauvreté» y sont aujourd'hui tombés. Qu'il s'agisse des inégalités scolaires, de la fracture numérique, de l'accès à un logement décent, à un emploi de qualité ou à une protection sociale suffisante, la situation révèle et accentue encore toutes les dimensions de la précarité subie ici, en Europe.

Aujourd'hui, les invisibles ne peuvent pas être oubliés.

C'est pourquoi, au-delà de l'impact immédiat de la pandémie, je suis profondément inquiet face aux conséquences qu'elle risque de produire au sein de nos sociétés.

Premier risque: qu'une fois encore, ce soient les plus fragiles qui paient pour une crise dans laquelle ils n'ont aucune responsabilité. Je pense à celles et ceux qui sont confinés dans des logements trop exigus ou livrés à eux-mêmes sans domicile fixe; à celles et ceux dont l'emploi ne tient qu'à un fil; à ces demandeurs d'asile enfermés dans des conditions totalement inhumaines aux frontières de l'Union; aux populations du Sud, déjà fragilisées par la guerre, la dictature, les conflits, l'épuisement des ressources et le changement climatique et qui vont prendre la pandémie de plein fouet.

Si notre réponse collective à la pandémie est à l'image de ce que nous avons fait après la crise financière, il y a dix ans, les inégalités à l'intérieur de nos sociétés et entre elles vont exploser, mettant en péril jusqu'à leur existence.

Deuxième risque: qu'au nom de l'urgence sanitaire, nos démocraties se retrouvent durablement affaiblies, malmenées comme en Pologne, voire suspendues sine die comme en Hongrie. Que les pouvoirs soient accaparés par les gouvernements aux dépens des parlements, de la justice et de la presse indépendante. Et que nous voyions avancer inexorablement nos sociétés, au nom de leur sécurité, vers un état de surveillance permanente et généralisée.

Troisième risque: que la pandémie fournisse l'alibi idéal à tous ceux qui ont construit leur fortune sur l'exploitation sans limites de notre planète pour donner un coup d'arrêt aux tentatives – mêmes tardives, même insuffisamment ambitieuses – de remettre nos sociétés en harmonie avec la nature dont nous faisons partie et dont nous dépendons. Le dérèglement climatique, l'effondrement de la biodiversité, l'épuisement des ressources ne sont pas été arrêtés par le coronavirus. Relancer la machine économique mondiale sans discernement pourrait donner un coup d'accélérateur fatal à ces dynamiques encore bien plus létales pour nos sociétés que la pandémie.

Quatrième risque: que cette crise porte un coup fatal à cette idée de démocratie transnationale qu'est le projet européen. Lorsque la pandémie a touché nos rivages, les restrictions mises par plusieurs États membres à l'exportation de matériel sanitaire et médical vers les pays les plus touchés ont envoyé un signal mortel: celui du chacun pour soi. Et aujourd'hui, certains persistent dans leur refus d'adopter et de conduire ensemble une stratégie collective non seulement pour répondre à la pandémie mais surtout pour reconstruire et redéployer ensuite nos économies.

En la matière, nous sommes convaincus que l'Union européenne a les moyens, collectivement, de reconstruire son économie, à condition évidemment que nous les mobilisions collectivement. Et si nous devons nous endetter, nous devons emprunter ensemble pour rembourser ensemble. Laisser chaque État membre seul face à ce défi, c'est condamner l'Union monétaire et, à terme, l'Union européenne.

A cet égard, je veux m'adresser directement à Wopke Hoekstra, le ministre néerlandais des finances, et à son patron, le premier ministre Mark Rutte, et à toutes celles et ceux qui se cachent derrière eux. Je voudrais d'abord leur dire que leur pays, comme l'Allemagne, comme la Finlande, comme l'Autriche et tous ces États réputés «sobres», ont été les premiers et principaux bénéficiaires économiques de la construction européenne.

Je leur dis haut et fort: la solidarité économique est le prix à payer pour ce marché unique et cette monnaie unique à laquelle ils tiennent tant. Et il est proprement scandaleux d'entendre, de la part des responsables politiques néerlandais, des leçons de discipline budgétaire, alors que leur pays s'emploie depuis des décennies à priver les autres États membres de recettes fiscales qui leur reviennent de droit.

Mes chères concitoyennes, mes chers concitoyens, à ce stade, le tableau que je vous ai dressé peut sembler assez sombre. Mais vous me connaissez, vous connaissez les Verts, les régionalistes européens, les Pirates, nous ne sommes pas de ceux qui baissent les bras lorsque la tempête fait rage. Le pire n'est jamais sûr que si l'on s'y résout. Car cette crise que nous n'avons pas voulue pourrait aussi ouvrir des horizons nouveaux à nos sociétés, en faisant des victimes aussi inattendues qu'opportunes.

La première pourrait être cette hiérarchie des métiers, à l'aune de leurs revenus, qui place au pinacle de nos sociétés les patrons de multinationales, les traders – ces spéculateurs professionnels –, les rentiers – dont si peu méritent le nom d'investisseurs – ou encore les stars du football. Nous redécouvrons aujourd'hui à quel point sont essentiels, pour nous, le travail de celles et ceux qui nous soignent, qui cultivent la terre et produisent notre alimentation, qui nous permettent de nous déplacer ou encore qui collectent nos déchets, qui, hier et demain, nous permettront d'apprendre ou qui, par leur art, nous font penser, vibrer, et élargissent nos horizons.

Une seconde victime de la pandémie est l'idée que le marché constitue le meilleur garant du bien-être général. La crise financière mondiale, il y a dix ans, avait déjà bien démenti cet a priori idéologique mais, chez certains, il a la vie dure. La réalité est que la défense de l'intérêt général, à commencer par celle de la vie, est, d'abord et avant tout, du ressort des institutions démocratiques et des services publics qu'elles organisent au profit de toutes et de tous.

Plus fondamentalement, le coronavirus pourrait porter un coup fatal au mythe qui fait de l'être humain le maître incontesté de la nature. Il nous rappelle que cette nature, nous en faisons partie et nous en dépendons pour notre vie. Pour en être des jardiniers avisés, nous devons en connaître les règles et les respecter.

Une autre victime du virus pourrait être cette obsession du «toujours plus, toujours plus vite, toujours plus grand, toujours plus loin» qui nous conduit à presser sans limites le citron de la planète et du vivant sous toutes ses formes, nous compris. Car nous découvrons que l'échelle mondiale n'est pas toujours la plus appropriée et surtout que la maximisation à outrance de l'efficacité – mesurée à la seule aune du profit – se fait toujours au détriment de notre résilience, c'est à dire de notre capacité à subir des chocs et à y répondre.

Dans la foulée, pourrait enfin succomber l'*homo economicus*, cette perversion déshumanisante qui réduit l'être humain à un ego mobilisé par la seule maximisation de son intérêt matériel à court terme. Car nous redécouvrons que la vie exige, certes, un degré de confort matériel mais aussi du temps, de l'espace, des idées qui nous permettent d'être en relation aux autres et au monde.

Mes chères concitoyennes, mes chers concitoyens, la pandémie marque un temps d'arrêt brutal et planétaire pour l'humanité. À nous de le saisir pour choisir, ensemble, le chemin que nos sociétés doivent prendre. Pour nous, il est impensable et totalement irresponsable de vouloir simplement «relancer la machine» sur le cap qui était le sien avant le coronavirus.

Pour autant, gardons-nous d'embrasser des solutions simplistes. À titre d'exemple, si la pandémie a exposé la vulnérabilité extrême de nos sociétés suite à la division internationale du travail produite par la mondialisation néolibérale, l'autarcie et le repli sur soi ne donnent pas pour autant de meilleurs gages de résilience. Entre local et global, entre efficacité et résilience, nous aurons à créer de nouveaux équilibres en misant sur les richesses diverses de nos territoires.

Ce à quoi nous sommes appelés est de repenser la manière dont nos sociétés fonctionnent, en prenant pour boussole la vie, une vie digne pour toutes et tous, plutôt que le profit. Ceci requiert intelligence et créativité collectives. Au-delà de la lutte immédiate contre la pandémie, à nous de préparer cette mobilisation, avec toutes celles et tous ceux qui, aujourd'hui déjà, invitent de nouvelles manières de vivre, de produire, de se déplacer, d'échanger, d'être en relation. Nous y sommes prêts.

Pour conclure, je veux affirmer clairement ceci, au cœur des institutions européennes et en particulier en m'adressant aux chefs d'État et de gouvernement représentés ici par le président du Conseil, et qui se réuniront à nouveau la semaine prochaine: face à la pandémie et à ses conséquences, c'est la raison d'être même de l'Union européenne qui est en jeu. Si nous ne sommes pas capables d'agir de manière totalement solidaire face à un défi d'une telle ampleur, qui nous frappe tous, quel est le sens de l'Union européenne? Pour nous, il est clair que les égoïsmes nationaux nous conduiront au naufrage; ce n'est qu'ensemble que nous trouverons le chemin de notre avenir.

Raffaele Fitto, a nome del gruppo ECR. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, un ringraziamento per questa opportunità, anch'io mi auguro che si possa tornare rapidamente a lavorare all'interno dell'Aula parlamentare delle sedi competenti.

Anch'io voglio iniziare con un pensiero da italiano, in questo contesto, alle numerosissime decine di migliaia di vittime che stanno purtroppo, ogni giorno, venendo sempre più alla nostra attenzione e alla situazione, così drammatica, qual è quella che noi stiamo vivendo, e anch'io voglio sottolineare il lavoro eccellente, encomiabile degli operatori sanitari, dei medici, di tutti coloro i quali, dal volontariato alle forze dell'ordine, stanno consentendo di affrontare questa drammatica pandemia.

Ma penso che sia indispensabile, in questo momento, non rappresentare solamente quello che ci auguriamo possa accadere, ma anche compiere qualche riflessione di chiarezza su quello che è accaduto, e dobbiamo dire, con estrema chiarezza, che l'Europa è giunta in modo assolutamente impreparato. È giunta in modo impreparato sul suo ruolo di coordinamento che avrebbe dovuto svolgere, ma quel che è più grave è che alcuni Stati hanno dimostrato e manifestato un gravissimo atteggiamento egoista, in un momento nel quale la parola solidarietà, che spesso ho ascoltato anche questa mattina, avrebbe dovuto prendere il sopravvento e rappresentare l'attenzione concreta verso quei paesi che si immaginava potessero essere gli unici o i soli vittime di questa pandemia.

Ma questo penso che sia un tema sul quale bisognerà riflettere con calma, anche per quello che accadrà nei prossimi giorni e nei prossimi mesi, e lo voglio fare, perché dopo la tragedia sanitaria, penso sia indispensabile svolgere delle riflessioni forti e soprattutto rapide su ciò che l'Europa dovrà mettere in campo dal punto di vista economico per evitare che questa tragedia diventi anche una tragedia economica e che in modo devastante porti ad una crisi irreversibile dell'Europa e degli Stati membri.

In questo senso, però, ho il dovere, anche qui, di fare alcune premesse indispensabili. La prima è quella di una brutta sensazione, quella che si continui a ragionare come si ragionava qualche mese addietro, prima di questa pandemia, sia per i tempi che stanno caratterizzando le discussioni, le trattative e i rinvii, ma anche e soprattutto per alcuni atteggiamenti che anche nella risoluzione che votiamo oggi emergono e che il nostro gruppo denuncia con forza.

Trovare tempo e spazio per le strumentalizzazioni politiche e per sollecitare l'attivazione dell'articolo 7 come procedura nei confronti dei governi polacchi e ungheresi a noi sembra fuori luogo rispetto alla situazione che viviamo e alle emergenze drammatiche che abbiamo di fronte.

E in questo contesto penso sia molto importante, però, concentrare anche i nostri sforzi sulle soluzioni di carattere economico. Le soluzioni di carattere economico dovranno emergere in modo molto chiaro dal punto di vista della concretezza e dell'efficacia per dare risposte ai cittadini, ai lavoratori e alle nostre imprese, per dare risposte ai settori maggiormente colpiti, penso al turismo, penso ai trasporti, penso all'agricoltura, al manifatturiero, tutti settori che vivono una condizione drammatica e che hanno bisogno di misure chiare, che sicuramente hanno visto nelle risposte europee – penso all'attivazione degli strumenti con la BEI, penso al programma SURE – delle prime iniziative importanti, che però hanno bisogno di superare molte pastoie burocratiche e che sicuramente devono essere inserite in una riflessione più ampia che è quella del bilancio europeo.

Ho ascoltato la difesa ancora chiara di alcuni punti fermi delle discussioni dei mesi scorsi. Se il bilancio non sarà profondamente modificato è inimmaginabile pensare di poter discutere ancora di quelli che erano i programmi che sono stati indicati in passato. Il *Green deal* all'interno di questo contesto penso debba essere un'occasione per rivedere le scelte che dovranno essere portate avanti in questa direzione.

Ritengo che al tempo stesso sia necessario cercare di dare delle risposte chiare ed efficaci con strumenti innovativi che possano esprimere un'Europa veramente solidale. Io penso che questo è quello che realmente si attendono i cittadini europei e questo sarà il contributo di chiarezza che il gruppo dei conservatori porterà a questo dibattito e a questa discussione.

Manon Aubry, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, chers collègues, au nom du groupe de la Gauche unitaire européenne, comment, évidemment, ne pas partager, d'abord, les pensées aux victimes, l'hommage aux soignants et à tous ceux qui sont en première ligne, ainsi que l'appel à la solidarité de notre Parlement devant la crise économique, sanitaire et sociale qui frappe durement les peuples européens?

Face à la tempête, les États européens se doivent une assistance collective et désintéressée. Nous le savons, une planification sanitaire commune est indispensable pour tous nous protéger. Mais disons-nous les choses tout de suite, toute incantation restaure un vœu pieux tant que notre Assemblée se bornera à contempler, presque tétanisée, la débâcle de la coordination des gouvernements européens.

Notre rôle aujourd'hui doit aller au-delà, nous devons d'abord être lucides sur les causes du désastre. Comment expliquer que, dans la résolution conjointe qui nous est aujourd'hui soumise au vote, il n'y ait pas un seul mot, une seule évocation de la responsabilité des coupes budgétaires dans nos systèmes de santé publique? Comment débattre de la crise sanitaire sans clairement acter le sombre bilan de l'austérité? 100 000 lits fermés en 20 ans en France, 14 % des lits de réanimation disparus en Europe en l'espace de 10 ans. Oui, chers collègues, l'austérité tue! Et nous, ici, au Parlement européen, nous devrions fermer les yeux?

La submersion de nos services de soins ne vient pas de nulle part. Par 63 fois entre 2011 et 2018, la Commission européenne a recommandé aux États membres de réduire leurs dépenses de santé. Les gouvernements libéraux ne demandaient pas meilleur prétexte, d'ailleurs, pour justifier la casse de nos hôpitaux. Il aurait fallu reconnaître cette évidence pour en tirer des leçons politiques.

Aujourd'hui, il était de notre devoir, en conséquence, de marquer fermement notre refus de toutes les conditions austéritaires pour bénéficier de fonds européens comme le mécanisme européen de stabilité. Le résultat, il est terrible. Alors que son peuple meurt, l'Italie ne sait si elle doit accepter ce cadeau empoisonné de l'Union et j'ai honte du silence gêné de notre Assemblée face au dilemme impossible que l'on impose aux Italiens: sombrer ou céder.

Ce tabou en cache un autre, tout aussi absent de nos débats, celui des dettes publiques, utilisées par les libéraux comme une épée de Damoclès qui pèse sur les peuples européens. Je ne peux pas croire que vous n'ayez pas vu s'installer cette petite musique, reprise en chœur par les syndicats patronaux et les gouvernements qui les servent: la crise coûte cher, il va falloir faire des efforts, il va falloir travailler plus. Honnêtement, pas besoin d'écouter la chanson jusqu'au refrain car on le connaît déjà très bien: les peuples devront payer la crise, et en particulier les plus pauvres qui la subissent déjà de plein fouet.

Vos hommages à toutes les professions en première ligne sonneront alors bien faux à l'heure où vous leur demanderez des sacrifices. Comme si le recul des droits sociaux et l'austérité étaient la seule voie possible, comme si cette dette était inexorable, insurmontable, nous condamnant à nous serrer la ceinture pendant de nouvelles décennies encore.

Plutôt que de rester prisonniers de cette logique, nous devrions nous souvenir des mots de l'illustre prisonnier d'Albert - Camus: «ce qui m'intéresse en ce moment, c'est d'échapper à la mécanique, de savoir si l'inévitable peut avoir une issue». Et cette issue, on la connaît. En affirmant d'abord que le coût de la crise doit être justement réparti, en mettant à contribution les grandes fortunes, les multinationales, les évadés fiscaux, et en revendiquant ensuite la nécessité d'utiliser la politique monétaire pour éviter le recours à l'austérité.

Pourquoi écarter d'un revers de la main toute réelle mutualisation des dettes? Pourquoi empêcher la Banque centrale européenne de financer directement les États, comme vient de l'annoncer la Banque d'Angleterre? Pourquoi refuser d'évoquer la question de l'effacement progressif des dettes de la crise, comme cela s'est déjà fait dans l'histoire de notre continent?

Il est temps, chers collègues, de briser tous ces tabous. C'est le seul moyen de desserrer l'étau face à l'épidémie aujourd'hui et face au défi climatique demain. Mais tous ces enjeux, et je le regrette, vous préférez les ignorer. Voilà ce qu'un Parlement fort aurait dû défendre pour peser dans les débats en cours, qu'il écarte malheureusement bien trop souvent. Ne soyons pas ces spectateurs abasourdis et ayons, oui, ayons le courage de renverser les vieux dogmes qui nous ont conduits à la catastrophe.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Márton Gyöngyösi (NI). – Mr President, firstly, I would like to thank Ms von der Leyen and Mr Michel for their presence and thank them for their service and leadership in tackling this extraordinary challenge that we are facing. It is in times of crises that we are realising how limited and narrow the scope of our institutions actually is. Both of you have addressed the issue of the future of the European Union and the future depends on how we manage this crisis. Unfortunately, the EU does not have a great track record in crisis management. Unfortunately, the 2008 financial crisis continues to have long-lasting effects and the EU has made a mess of that. The repercussions are unbelievable and devastating, especially in the periphery of the eurozone.

The migration issue was also mismanaged. Crisis management at the time of migration was a disaster, with lasting effects even today. We can only hope that the management of the coronavirus will be different.

Mr Michel, you referred to pressure from the citizens to reform our institutions, and you are quite right. In the wake of the crisis, reform of the institutions is necessary, because if no reforms are going to be made, European citizens will write the European Union off and they will turn to solutions that appear simpler, clearer and more efficient. So, if the EU can't learn to adapt, its adversaries will be very quick to point out the problems and to capitalise on them.

The post-COVID era must be built on cooperation, on the principle of solidarity – as we have heard so many times today – but also on subsidiarity, which entails dealing with issues at local level as much as possible. Certainly there are issues where the nation states are better positioned to act efficiently and effectively, but more and more of our challenges require broader cooperation, which require action at regional, continental and global level.

Full institutional reform is inevitable, and whatever we do now, it has to prepare us for the future.

Esther de Lange (PPE). – Mr President, the last time I spoke in this room, I talked about the real heroes of this crisis, like my sister, who is an orthopaedic operation assistant and she would normally fix your knee or your hip, but she volunteered to assist in a corona ward in a hospital in Maastricht. And she has seen with her own eyes what this horrible virus does – people who die alone, relatives who don't have access to their loved ones, and nurses and doctors trained to heal, losing their patients – sometimes all of them – on their watch.

With all due respect to the Council – who has actually left this debate now – what she needs now is no theoretical, bureaucratic debate about the Single Market. Don't get me wrong: the Single Market needs to be at the core of our economic relaunch after this crisis, as do huge investments, the SURE initiative of the European Commission, the use of our budget as a true instrument of solidarity. Don't get me wrong.

But what she needs right now are face masks, what she needs is protective equipment, and she needs a Europe with a heart that shows her that they can deliver and that we will never, ever, become as dependent as we are now on other parts of the world when it comes to the production of our core medicines and our protective equipment.

What she needs is solidarity in action, and I'm thinking about the ICU patients who have been taken from the Netherlands to Germany, for example. She doesn't need to see the images of the Russia huggers of this continent pretending that Italy gets more support from Russia than they get from the EU. That is not true and we need to speak out about that.

And, lastly, what she needs is a Europe that learns from its mistakes. There were mistakes made in the introduction of the measures against the coronavirus. One Member State doing one thing, a neighbouring country doing another thing. And the Council is going to repeat the same mistake. The Commission wanted to propose unity in an exit strategy and Member States tried to stop her.

I say to the Commission: good for you that these guidelines are there. Stay strong and show my sister and all these others that Europe can learn from its mistakes. Be better and deliver.

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, accogliamo con favore le misure prese finora per la lotta al Coronavirus, ma bisogna alzare il livello di ambizione e produrre benefici tangibili per tutti i cittadini, specialmente per le categorie più vulnerabili in questa crisi: indigenti, donne, anziani, persone con disabilità.

In queste ore ho avuto modo di lavorare sulle modifiche urgenti al FEAD, il fondo per i più bisognosi, che ricoprirà un ruolo essenziale nei prossimi mesi e che necessiterà di maggiori risorse nel prossimo bilancio. Le stime del Fondo Monetario Internazionale prevedono un crollo del PIL della zona euro di sette punti e mezzo. Sono quindi importantissimi interventi come il piano straordinario della Banca europea per gli investimenti o la cassa integrazione europea prevista dallo strumento SURE per sostenere il reddito e tutelare il lavoro.

La priorità rimane però l'elaborazione di un vasto piano economico di ripresa. Si è aperto un dibattito sull'uso del capitale di 410 miliardi del MES, dopo la proposta di creare una nuova linea di credito al suo interno, senza condizionalità. Ogni paese valuterà se usarlo, ma in ogni caso siamo convinti che esso non sia assolutamente sufficiente. Per questa ragione sono orgoglioso che oggi il Parlamento presenti una risoluzione che mette sul tavolo i *recovery bond* come strumento per finanziare la ricostruzione tramite l'emissione di obbligazioni comuni a livello comunitario. Una richiesta che non può essere ignorata dal Consiglio europeo del prossimo 23 aprile. Non si tratta di generica solidarietà verso alcuni paesi, ma di preservare per le generazioni future l'intero modello politico e sociale dell'intera Unione europea.

Non perdiamo tempo, non ne abbiamo più. La Presidentessa von der Leyen oggi ha citato Altiero Spinelli e Ventotene, ma bisogna essere all'altezza di quella storia, non citarla soltanto e non lo dico solo alla Presidente von der Leyen, ma anche a tutti i leader della nostra Unione.

Non perdiamo tempo, come ho detto, non ne abbiamo più. La grande maggioranza degli europei ci chiede di essere finalmente all'altezza della sfida. E io credo che abbiamo ragione, non deludiamoli.

Stéphane Séjourné (Renew). – Monsieur le Président, chers collègues, j'aimerais croire que le texte que nous allons voter aujourd'hui est le plus important de la mandature. Pourquoi? Parce que je crois profondément que cette résolution émane de nos peuples européens, que dans cette crise terrible, nous avons réussi à trouver – via ce texte – l'intérêt général européen. Ce texte n'est ni nordique, ni latin, ni de l'Est, ni de l'Ouest. Il n'est la propriété d'aucune de nos familles politiques.

C'est uniquement pour les soignants de Bergame, de Madrid, de Mulhouse que nous avons exigé une stratégie sanitaire européenne. C'est pour les caissiers, les chauffeurs de bus, les familles que nous voulons une Europe souveraine pour produire ses masques et ses outils de protection. C'est pour nos emplois, nos PME, nos très petites entreprises que nous demandons plus d'argent à la Banque européenne d'investissement. C'est pour les démocrates de ce continent que nous défendons l'État de droit en Hongrie. C'est, enfin, pour nos enfants français, italiens, slovaques, néerlandais aussi, ceux qui vont entrer sur le marché du travail d'ici trois ou cinq ans, notamment, que nous protégeons et que nous voulons investir ensemble. Investir ensemble en levant ensemble de la dette sans mutualisation des dettes passées. C'est aussi cela que nous disent nos peuples.

Monsieur le Président, cette salle vide est un peu trompeuse car cette institution est toujours remplie des aspirations des peuples européens. Nous représentons ici une centaine de partis politiques à travers toute l'Europe, nous sommes le peuple européen, élu par les Européens et nous avons un accord. Je ne veux pas préjuger de ce qui sera voté dans les prochaines semaines mais nous avons trouvé un accord.

Alors comment se fait-il, aujourd'hui, que l'Union européenne apparaisse autant divisée? Le Conseil européen est à contre-courant d'une opinion publique européenne qui est d'accord avec les grands principes de cette résolution que nous allons voter.

Je n'ai donc qu'un seul message, Monsieur le Président, et il est plutôt destiné aux membres du Conseil. Mesdames et Messieurs les chefs d'État et de gouvernement, vous cherchiez un accord, il ne faut pas chercher plus loin, il est là et il réunit toutes les ambitions. Il est l'expression du peuple européen, l'efficacité, la démocratie, nos valeurs. Alors écoutez le Parlement, écoutez ces citoyens, écoutez les députés européens. Nous ne nous sommes pas comportés, ici, comme des chefs de partis dans la négociation de cette résolution, nous avons pris nos responsabilités, alors c'est à votre tour d'être à la hauteur de cet engagement.

Thierry Mariani (ID). – Monsieur le Président, en matière de crise sanitaire, l'impréparation est meurtrière et l'indécision coupable. Et quand il ne s'agit plus de dénoncer les nationalismes et le populisme, l'Union européenne a montré, au début de cette crise, impréparation et indécision. Se laver les mains ne suffit pas alors que nos systèmes de santé sont crucifiés et nos économies à terre. Quand les sociétés sont confrontées à des crises de l'ampleur du coronavirus, elles disposent en réalité d'une alternative: le mythe ou le fantasme. Le mythe plonge dans un imaginaire collectif et des principes partagés. Le fantasme, lui, détourne l'attention des peuples pour des rêves dont l'histoire européenne est pleine de réveils brutaux.

Tout d'abord, je veux avoir une pensée pour les ravages des doctrines de l'Union européenne et de ses serviteurs zélés. En France, c'est ce gouvernement qui présente des budgets de sécurité sociale qui subissent une baisse continue et dont on exige encore, en 2020, une économie de 4,2 milliards d'euros, dont quasiment un milliard sur les dépenses hospitalières. Les 3 milliards d'euros que l'Union européenne propose aux États membres ne compenseront en rien les dégâts des économies budgétaires de ces dernières années.

Alors l'Autriche et le Danemark proposent leur propre stratégie de déconfinement. Eh bien, immédiatement, la Commission veut présenter un plan unifié, non pas pour combattre le coronavirus mais pour engranger de la crédibilité aux dépens des nations. L'Allemagne décide de fermer ses frontières au déclenchement de la crise, alors la Commission européenne proteste pour défendre la libre circulation de Schengen plutôt que les vies humaines. Alors que la récession ainsi que la crise financière et économique s'annoncent redoutables pour le marché du travail, la Commission est obligée de suspendre tous les règlements puisqu'ils aggraveraient la récession.

Alors que vaut vraiment une architecture financière que l'on doit abattre et supprimer à chaque crise? La Commission européenne profite du désarroi des peuples pour continuer son ordre du jour idéologique: adhésion de l'Albanie et de la Macédoine à l'Union européenne, continuation de l'élargissement de l'Union, pression pour augmenter la contribution au budget européen.

Les peuples regarderont ceux qui les ont bercés de fantasmes et en tireront les conclusions. Les TPE-PME au rayon d'action localisé se souviendront qu'elles ne peuvent bénéficier d'accès privilégié aux marchés de leur région à cause des règles européennes. Les grandes entreprises incapables d'ajuster les effectifs sans ravages sociaux se rappelleront que l'Union est l'entité économique qui protège et soutient le moins nos champions nationaux. Nos agriculteurs sans prix fixes et sans quotas maudissent un libre-échange débridé qu'on leur avait vendu comme profitable. Les pays qui pourraient bénéficier du mécanisme européen de solidarité ne peuvent le faire car ils savent que ce ne sont pas les peuples qui jugeront de son efficacité mais une administration bruxelloise.

Les diplomaties nationales doivent aujourd'hui prévenir les flots migratoires qui ne manqueront pas d'arriver comme conséquence de la crise. Pendant ce temps, le Service d'action extérieure se révèle inefficace sur les terrains libyen et turc, d'où viendront demain les futurs immigrants du coronavirus.

C'est le mythe d'Antigone, européen s'il en est, qui devrait guider notre action. Antigone, vous le savez, accepta d'être condamnée à mort plutôt que d'obéir à des lois iniques. Sophocle plaça ces mots dans sa bouche: «pour moi, je ne reconnais point pour amie celle qui n'aime qu'en paroles». Notre Commission européenne ferait bien de s'interroger sur ce qu'il advint ensuite de Créon et de sa ville.

Ангел Джамбазки (ECR). – Уважаеми г-н Председател, уважаеми г-н Комисар, уважаеми колеги, на първо място, не чуя никой в тази зала да порицава комунистически Китай. За това, че мълча, за това, че кри, за това, че както техните предшественици комунистите в Съветския съюз мълчаха за Чернобил, тези хора затриха истината, с която пожертваха хиляди човешки животи, включително и на наши съграждани в Европейския съюз. Уж всички в тази зала са демократи и никой не каза една дума за отговорността на комунистически Китай.

На второ място, уважаеми г-н Комисар, Европейската комисия закъсня и нейното закъснение е причина да се наложи националните държави да вземат мерки и да затварят своите граници.

На трето място, уважаеми, попитах почитаемия г-н Мишел, скъпия Шарл, не го ли е срам, че председателстваният от него Съвет взема точно днес решение за приемане на пакета „Мобилност“.

Ако не знаете, почитаеми колеги, в момента стотици хиляди източни шофьори, включително български, полски, румънски, чешки, спасяват животите на хората в Белгия, във Франция, в Германия, в Нидерландия. Сега те са добре дошли, сега не ги гоните, сега няма пакет „Мобилност“, сега работят по 12 часа, спят в кабините, не ги прибирате в България, а искате, като свършат работа, като спасят човешките животи, да оставите 200 000 човека без работа. Това, господа и дами, уважаеми и почитаеми, е лицемерие и е доста налудно.

Уважаеми, чета декларацията, спокойно мога да кажа от името на Европейските консерватори, че ние няма да се присъединим. Във времената, в които от вас се искат икономически разумни, смислени мерки, там се говори за Полша, за Унгария, за бежанци, за какво ли не. Това не е разумно.

Видях Ви, г-н Председателю, не чукайте, сега ще приклуча. Уважаеми, ако не се вземат смислени мерки, рискувате този вирус да се превърне в Чернобил за Европейския съюз.

Marc Botenga (GUE/NGL). – Monsieur le Président, merci à la Commission européenne, merci à M. Michel pour le Conseil. Comme d'habitude, on entend que la solution, c'est plus de marché. Pourtant, aujourd'hui, nous sommes face à une défaillance colossale du marché. Et je ne parle pas uniquement des manques, de la pénurie de masques ou de respirateurs. Je parle aussi des vaccins et des médicaments.

Velen van de 130 000 slachtoffers hadden waarschijnlijk kunnen vermeden worden, want dit is niet de eerste dodelijke corona-epidemie. We hebben SARS-1 gehad, we hebben MERS gehad. Wetenschappers stonden toen heel dicht bij de ontwikkeling van een medicijn, van een behandeling. Maar wat gebeurde er? Het geld droogde op. Het geld droogde op, en waarom?

Parce que les multinationales ont préféré investir dans autre chose, ce qui rapportait plus, une crème pour la peau, par exemple. Et alors là, le cynisme est total. Aujourd'hui que tout le monde veut un traitement, que tout le monde cherche un vaccin, *Big Pharma* est prêt à mettre le grappin dessus, à s'accaparer cela à travers des brevets, à travers l'exclusivité pour le vendre aux gens parce que l'on sait qu'il y aura du fric à se faire. Pour moi c'est très clair, il n'y aura pas de profits sur cette pandémie, nous ne pouvons pas laisser faire cela.

En daarom moeten wij vandaag de Europese geneesmiddelenwetgeving aanpassen. Die beschermt vandaag beter de octrooien, de winsten van de big pharma dan de gezondheid van de mensen, en dat kan niet langer. Daarom wil ik u vragen vandaag dwanglicenties voor te stellen op Europees vlak.

Des licences contraignantes permettent de casser les brevets et de fournir des médicaments moins chers, des médicaments génériques. Nelson Mandela les a utilisées en Afrique du Sud quand les multinationales ont refusé de faire baisser les prix des médicaments contre le VIH. Eh bien, Nelson Mandela a cassé le monopole de ces grandes multinationales. Faisons de même aujourd'hui. Parce que la question, aujourd'hui, c'est celle-ci: voulons-nous être du côté de Nelson Mandela ou du côté de *Big Pharma*, du côté de la vie ou du côté du profit?

Antoni Comín i Oliveres (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, quando ho fatto il mio ultimo intervento in questa Camera in italiano non potevo sapere che avrei avuto presto un altro e potente motivo per farlo di nuovo. Parlare oggi in italiano è un modo per esprimere solidarietà e vicinanza al paese dell'Unione europea che è il più duramente colpito da questa maledetta pandemia, ma che rappresenta il simbolo di tutti i paesi dell'Unione europea.

Come l'Italia, anche la Catalogna è duramente colpita dal Coronavirus. Oggi sarebbe un giorno per esprimere la nostra solidarietà in ogni lingua dell'Unione europea, perché questa crisi sanitaria nonché economica e sociale minaccia tutti i nostri paesi. Oggi più che mai l'Unione deve vedersi come un'unica società.

Y hoy es un día para expresar, por supuesto, nuestra solidaridad —la mía y la de mis compañeros y eurodiputados, Carles Puigdemont y Clara Ponsatí— con el conjunto de la sociedad española, y nuestra solidaridad y nuestro dolor por el rastro de muertes que en ella está dejando esta pandemia, con especial intensidad en Madrid y La Rioja.

Necesitamos instrumentos nuevos y poderosos para luchar contra las dos principales dimensiones de esta crisis: la sanitaria y la económica.

En el plano económico, total apoyo a la propuesta de crear un fondo financiado por medio de bonos de reconstrucción, emitidos como deuda conjunta europea, y respaldado por el presupuesto comunitario.

En el plano sanitario, ambición para impulsar aquellas estrategias de investigación en salud, que, entre otras cosas, nos permitan acortar drásticamente el tiempo que actualmente se requiere para encontrar una vacuna eficaz para eliminar esta o futuras pandemias. Solo lo alcanzaremos con una investigación pública o parapública más robusta y mayor cooperación científica internacional.

Siegfried Mureșan (PPE). – Mr President, the experience of the past two months has shown that no nation alone can win against this virus. Our response, the European response, has already made a difference on the ground. We have proven that solidarity can win over selfishness and we can help European people in need.

Three weeks ago we stood in this Chamber and we granted EUR 37 billion to the fight against corona. And then, in this Chamber, I asked the President of the European Commission to do more. I said that more is needed and I asked her to allocate every single euro of the EUR 4 billion in reserve – unused in the budget of the Union for 2020 – to the fight against the coronavirus. And now the Commission is proposing exactly that. It proposes allocating more than EUR 3 billion to people in need and I think we should approve this. And we should approve it quickly. It will become law and it will reach those in need – patients, doctors, hospitals. But I say more is needed. This is just the beginning and we should plan for the future.

Europe should help where there is the biggest need and this is in hospitals. We see countries, we see regions, we see cities not capable of saving the lives of their citizens. People are looking at us. They are looking for solutions and I say I have a plan, I have a proposal. Let us create a European healthcare solidarity fund to invest in hospitals in need in every corner of Europe. I propose the creation of a EUR 50 billion fund which should improve the situation in hospitals in every corner of Europe and make sure that wherever people live in the European Union, they receive good healthcare.

The question is, do we have the money? And my answer is of course we do. We should put the money where it is most needed – saving the lives of the citizens of Europe. My Group proposes this as an amendment today to the resolution and I am asking all groups to unite behind this objective. Let's make this project a project of the European Parliament. Let us have the European Parliament of 2020 be remembered for creating a European healthcare fund which brings hope to the people of Europe and which saves lives.

Javier Moreno Sánchez (S&D). – Señor presidente, ante esta crisis de máximos, la Unión no puede dar una respuesta de mínimos. Ya no valen las acciones políticas tímidas, ya no valen los dogmas económicos. Ante este reto histórico, Europa tiene que actuar con valentía política, innovación y solidaridad para salir de la hibernación social y económica sin dejar a nadie atrás. De lo contrario, nuestro proyecto, nuestro destino común, está en peligro.

El acuerdo del Eurogrupo es sin duda un primer paso en la buena dirección, pero no es suficiente. Europa necesita un plan integral de reconstrucción ambicioso a medio y largo plazo, basado en la idea de un nuevo Plan Marshall de inversión europea común, tal como ha propuesto el presidente Sánchez. Un plan que contempla instrumentos, fondos, bonos europeos de reconstrucción solidarios, solidarios.

Hoy, desde esta Cámara, debemos enviar una señal fuerte a todos nuestros ciudadanos, con la aprobación de una primera hoja de ruta, la Resolución común que apoyará toda mi delegación y una serie de medidas presupuestarias y reglamentarias que respondan a las necesidades sanitarias, económicas y sociales de nuestros ciudadanos, especialmente las de los más vulnerables.

Debemos pensar siempre en el interés general y común, haciendo uso inmediato de todos los instrumentos financieros y de las disposiciones incluidas en los Tratados. Y lo haremos defendiendo la democracia, el Estado de Derecho y los derechos fundamentales.

La recuperación debe tener como núcleo el Pacto Verde Europeo, la transformación digital y otros sectores prioritarios como el turístico, el pesquero y el agrícola y la industria cultural.

Y, para terminar, esto es importante, presidente, esta Cámara debe participar plenamente en la elaboración del plan de reconstrucción y liderar la preparación... *(el presidente retira la palabra al orador).*

Frédérique Ries (Renew). – Monsieur le Président, le COVID-19 est certes un révélateur du moins bon mais aussi du meilleur que peut être la nature humaine. Le meilleur de la nature humaine, c'est bien évidemment l'engagement sans limite de nos blouses blanches, à qui nous ne dirons jamais assez merci. Le meilleur de la nature humaine, c'est aussi tous ces élans de solidarité qui fleurissent un peu partout en Europe. Ce sont ces entrepreneurs qui modifient leurs chaînes de production, ce sont ces petites mains, un peu partout, qui s'improvisent couturières pour coudre des masques de protection en tissu et ce sont souvent ces mêmes citoyens exemplaires qui nous interpellent, nous, et qui nous demandent où se trouve l'Europe, que fait l'Europe, est-ce que l'Europe en fait assez?

Alors, sur le plan économique, cela a déjà été dit déjà, oui sans doute, mais c'est l'avenir qui nous le dira: pacte de stabilité, aides d'État, «bazooka» sans précédent, les tabous ont littéralement volé en éclats. Le Parlement, ce matin, demande plus et demande surtout que l'Europe lance un nouvel emprunt, une obligation solidaire – les *Corona Bonds* –, destinés exclusivement à circonscrire les ravages de cette crise.

Sur le plan sanitaire, en revanche, les questions sont nombreuses et nous n'allons pas éternellement nous cacher derrière les limites du traité. Aujourd'hui, c'est parfaitement inaudible. Qu'a fait exactement le CDC, en matière de prévision, d'anticipation? On ne sait pas. Pourquoi, au vu de l'ampleur de cette crise, la Commission n'a-t-elle pas activé l'aide humanitaire au cœur de notre territoire pour venir en aide aux hôpitaux débordés à Bergame, à Madrid, à Mulhouse? Où est passé le corps médical européen en matière d'humanitaire, de protection civile? Nous avons les moyens. Ce qui nous manque ici, jusqu'ici, c'est l'audace.

Et je voulais dire une chose, et je voudrais que vous me laissiez terminer parce que c'est essentiel ce matin, je voulais parler de nos aînés, nos aînés qui paient le plus lourd tribut au COVID-19: un décès sur trois en France, un décès sur deux dans mon pays, la Belgique. C'est une tragédie. Je voulais vous dire, je voulais le dire à M^{me} von der Leyen, mais elle n'est plus là, que condamner nos seniors à encore de longs mois de confinement, ce n'est pas le bon message. Que les visiteurs soient testés, qu'ils soient masqués, moi je n'ai pas la solution ici, mais ce que je sais, c'est que nos aînés meurent autant de tristesse et de solitude que de la maladie. Et si je peux conclure un rien hors du sujet, je trouve qu'ils sont les grands oubliés de nos politiques européennes. Il est urgent de leur tendre la main.

Filip De Man (ID). – Voorzitter, de Europese Unie faalt. Wanneer in januari duidelijk wordt dat er een gevaarlijk virus woedt in China, treft de EU geen maatregelen. Noch de Commissie, noch de Raad nemen doortastende besluiten inzake vliegverkeer uit China. Zij zorgen niet voor voldoende voorraden tests en beschermingsmateriaal. Zij laten de Schengengrenzen open – wijd open – tot 18 maart. Zij zorgen niet voor andere handelsverhoudingen met China, of het behoud van onze strategische sectoren. Zij slaagden er zelfs niet in om voldoende druk uit te oefenen om die schandalige dierenmarkten te doen sluiten of uitleg te vragen over het bedenkelijke viruslabo in Wuhan.

Natuurlijk, collega's, is de EU wel bezig. Jaar na jaar mogen honderdduizenden zogenaamde asielzoekers zomaar binnen. Illegalen die aan weinig of geen sanitaire voorschriften moeten voldoen. Daar bestaat dus geen *cordon sanitaire*. In de verste uithoeken van de planeet mag niet het minste epidemietje bespeurd worden of de EU springt financieel in de bres. Meningitis in Nicaragua, cholera in Mali, tbc in Afghanistan: de weldoeners in Brussel gooien er honderden miljoenen euro's tegenaan, en dat al decennia lang.

Vorige week zagen we de Commissie zelfs in overdrive: niet minder dan 15 miljard euro – miljárd euro – zal aangewend worden om de onderontwikkelde landen te helpen om COVID-19 te bestrijden, voornamelijk in de bodemloze putten van Afrika. De Commissie weet blijkbaar niet dat landen als Italië, Spanje, Frankrijk, met zware coronaproblemen zitten. Of toch, er werden wat kruimels uitgedeeld. Zo bijvoorbeeld kreeg Vlaanderen 6 miljoen euro – 6 miljón.

Dit toont aan waar de eurocratie eigenlijk voor staat. Deze van elke substantie gespeende elite speelt de planeet rond humanitaire weldoener, maar faalt wanneer de Europeanen bedreigd worden door een pandemie die aan de andere kant van de wereld ontstond. Ik heb gezegd.

Johan Van Overtveldt (ECR). – Voorzitter, de gedachte gaat nu uiteraard in de eerste plaats uit naar de overledenen en hun naasten, en zeker ook naar al diegenen die in de gezondheidszorg met tomeloze inzet dag in, dag uit tegen deze pandemie ingaan. Deze pandemie zal ook een diep economisch spoor trekken. Ik denk dat dit in vergelijking met de financiële crisis erger is, en erger zal worden. Het is dus ook logisch dat de overheden alle zeilen moeten bijzetten om de best mogelijke omstandigheden te creëren voor een economisch herstel, waarbij uiteraard – en dat zal delicaat zijn – het goede evenwicht moet behouden worden tussen consideraties inzake gezondheidszorg en aan de andere kant dat economisch herstel, jobs en welvaart.

Dit is ook het moment om de grote projecten onder de loep te blijven nemen of onder de loep te houden. Wij blijven voorstander van een duurzame transitie waarbij toekomstgerichte innovatie en competitiviteit centraal staan. Die doelstellingen moeten wel maximaal ingepast worden in een strategie van economisch herstel. Het pakket van de Eurogroep zal zeker ondersteuning bieden, maar de grote financiële bazooka blijft natuurlijk het beleid van de Europese Centrale Bank, zoals het nu is en uitgetekend is.

Ik roep op tot solidariteit, solidariteit tussen lidstaten en regio's, waarbij de middelen moeten terechtkomen waar ze het meest nodig zijn en ook op de juiste manier gebruikt worden.

Clare Daly (GUE/NGL). – Mr President, of course the European Union didn't cause the virus, but the relentless pursuit of neoliberal capitalism has actually hampered our ability to deal with it and caused the damage – stripping our health services, leaving our workers exposed without sufficient protective gear, undermining and preventing the European Centre for Disease Prevention from doing its work, and so on. All of these have caused the damage, so to respond to that crisis with a temporary suspension of some of those rules, but ultimately more of the same, is frankly not going to cut it. It is pathetic. It is the opposite of solidarity. An insufficient fund of EUR 500 billion with strict conditions, where it is clear that ordinary people are going to be sitting with a bill later, is not going to wash. Actually, it will be the end of the European Union.

We need radical change, we need debt neutralisation, we need zero-interest credit lines, we need the suspension of military expenditure, and so on. So can we please stop talking out of both sides of our mouth? If we're really interested in solidarity, why haven't we moved asylum seekers off the Greek islands? Why haven't we dealt with Orbán? Why haven't we spoken out against the sanctions damaging people? It's not the Chinese who are undermining the European Union; it's your own inaction.

Daniel Caspary (PPE). – Herr Präsident! Auch wenn es schneller mehr hätte sein können: Wir erleben seit Wochen in der Europäischen Union sehr viel Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten. Mir gibt es jedoch zu denken, wenn in einigen Mitgliedstaaten – auch durch politisch Verantwortliche – der Eindruck erweckt wird, dass Staaten wie China und Russland immer noch mehr helfen als die Europäische Union und unsere Mitgliedstaaten. Wir sollten alle mehr darauf hinweisen, wo heute schon Solidarität geleistet wird – mit Ärzten, mit Beatmungsmaschinen, mit Schutzausstattung und mit Milliardensummen an Geld –, und wir sollten gemeinsam die Führung ergreifen und diesen Falschnachrichten der angeblich so großen Hilfe von einigen Staaten von außen wirksam begegnen.

Und wir sollten hier im Parlament bitte nicht wieder den alten Streit führen: Einige fordern vollkommen unkonditioniert Geld von anderen Staaten, andere haben zu Recht Angst, dass eine Troika wie in der letzten Krise Bedingungen diktiert. Wenn wir uns aber innerhalb des europäischen Budgets, also innerhalb der europäischen Institutionen, auf einen gemeinsamen Wiederaufbauplan für Europas Mitgliedstaaten und Europas Wirtschaft einigen, dann wäre das ein gemeinsames Vorgehen, bei dem niemand überstimmt wird, bei dem niemand übergangen wird, bei dem niemandem etwas vorgegeben wird, sondern wo wir uns gemeinsam einigen könnten auf einen gemeinsamen Weg. Und dieser gemeinsame Weg wäre von daher auch sinnvoll, damit wir sicherstellen, dass nationale Maßnahmen in einem Mitgliedstaat nicht Politik in einem anderen Mitgliedstaat geradezu konterkarieren.

Und das Zweite: Ich wünsche mir, dass wir dringend den notwendigen Schutz für unsere Bürger aufrechterhalten, aber gleichzeitig so schnell so viel persönliche Freiheit wie möglich zurückgeben. Und da könnte ein wichtiger Baustein eine App sein, die wir in unserer Entschließung ja auch fordern. Und mir ist ganz wichtig, dass wir sicherstellen, dass diese App europaweit abgestimmt entwickelt wird, dass sie in allen Mitgliedstaaten kompatibel ist, dass grenzüberschreitender Verkehr dann auch wirklich möglich ist. Und wenn wir heute oder morgen beschließen, dass die Daten möglichst dezentral gespeichert werden sollen, dann darf das nicht dazu führen, dass Google und Apple dadurch das Projekt blockieren, gefährden oder übernehmen oder Zugriff auf die Daten bekommen, sondern unsere demokratisch gewählte Kommission und unsere demokratischen Mitgliedstaaten werden den Datenschutz sicher besser gewährleisten als diese Unternehmen.

Pierre Larroustourou (S&D). – Monsieur le Président, Madame von der Leyen, Pedro Sanchez a raison et vous avez raison quand vous dites qu'il faut un vrai plan Marshall si l'Europe ne veut pas tomber dans une crise plus grave que celle de 1929.

Le premier plan Marshall, c'était jusqu'à 4 % du PIB des pays concernés, 4 % du PIB pendant plusieurs années. Aujourd'hui, aucun pays tout seul ne peut financer un plan de relance vraiment massif, aucun pays tout seul ne peut trouver les ressources nécessaires. Et s'ils sont financés par la dette, les plans de relance seront trop faibles et de petite durée. Voilà pourquoi l'Europe est la solution, c'est au niveau européen que pouvons trouver des ressources nouvelles.

Il faut se souvenir de ce qu'a fait Roosevelt quand il est arrivé au pouvoir. Le pays était sinistré. Roosevelt, pour créer des millions d'emplois, décide de tripler le budget fédéral, il va tripler le budget fédéral en quelques années. Mais Roosevelt est un homme solide, il veut un budget équilibré, et pour avoir un budget équilibré, il crée de nouvelles ressources. Il crée un impôt fédéral sur les bénéfices, il crée un impôt fédéral sur les plus riches. Évidemment, la première année, cela ne donne rien et Roosevelt accepte de la dette, il fait des *bonds* pendant quelques années. Mais ensuite, comme son plan de relance est assez massif, ces impôts rapportent et le budget est équilibré.

Nous devons faire pareil, nous devons avancer très vite sur des ressources nouvelles. Quand j'étais petit, l'impôt sur les bénéfices était à 45 % en Europe. Aujourd'hui, il est tombé à 20 %. L'impôt sur les bénéfices a été divisé par deux alors que les dividendes, au contraire, ont doublé. Il faut avancer sur cet impôt, créer un impôt européen sur les bénéfices, lutter contre l'évasion fiscale, mettre une petite taxe sur les transactions financières.

Aujourd'hui, certains pays bloquent sur les ressources nouvelles, parce que c'est pour le MSF, un budget général. Mais ces mêmes pays demandent d'avancer plus vite sur le *Green Deal*. Ils ne bloqueront pas si ces ressources nouvelles vont à un plan Marshall pour le climat et l'emploi. Donc, Madame von der Leyen, n'ayez pas peur, Madame von der Leyen, soyez Roosevelt! Nous avons besoin d'un plan Marshall pour le climat et pour l'emploi.

Guy Verhofstadt (Renew). – Mr President, I wanted to give a message to the President of the Commission, Ms von der Leyen, but she's no longer here. Why? Because I think that, rightly, she has spoken about the duties that our nurses, our medical people are fulfilling. But are we politicians fulfilling our duty? I'm not so sure about that because we have already been discussing this European master plan for many weeks in a row. My question is, what is the European Commission waiting for? Why can she not come forward with this trillion-sized European reconstruction and recovery plan? What is she waiting for? Is she waiting for the European Council? Then we may be waiting eight years, as is the case of the Banking Union, because there is still no banking union after the financial crisis. The European Council is playing ping pong. In February, the Eurogroup could not agree on that plan. They sent it to the European Council. Then in March, the European Council sent it back to the Eurogroup. Then the Eurogroup, in April, a few days ago, was not in agreement with that part of the plan and sent it back to the European Council.

My message to the European Commission is that this has to stop. You have the right of initiative. Take your responsibility and come forward with what is asked by the whole Plenary here, that is a trillion-sized European recovery and reconstruction plan, not based on mutualisation of that, not guaranteed by the Member States – they have no money anymore, they will all be in deficit – but based on new own resources.

It's an historical moment for the European Commission. We need a large type of initiative. You remember Delors. There was a big crisis, an economic stagflation crisis, and he launched the single market and it lifted us out of the crisis. The same is needed now. The European Commission has to act and not wait for the outcome of a Council that will not decide next week.

(Applause)

Gunnar Beck (ID). – Herr Präsident, wertee Kollegen! Ludwig XVI. war auf der Jagd, als sein Bote ihm Kunde brachte vom Sturm auf die Bastille. „Das ist eine Revolte“, gelassen der König. „Nein, Sire: die Revolution.“ Ludwig jagte, wir debattieren: im Januar über Green Deal, Klimarettung und die Zukunft Europas und im Februar noch übers dritte Geschlecht und Menschenrechte in Madagaskar. Ein Spitzenbeamter in Madrid bemerkte gar gelassen – im Februar wohl gemerkt –, er erwarte nur eine Handvoll Corona-Infizierter.

Asyl für die Welt, Klimanotstand und Genderwahn sind kollektive Symptome eines neurotischen Ausweichens vor der Mühsal der Selbstbehauptung und der Allmachtsfantasien eines ohnmächtigen Patienten: Europas Flucht in die Krankheit.

Die Corona-Krise stellt klar: Europa ist krank und daher für Krankheiten anfälliger. Hier sterben pro rata mehr Menschen als irgendwo sonst in der Welt. Japan, Taiwan, Südkorea, obgleich nahe am Infektionsherd, handelten rasch, mit Grenzschließungen, Masken und Tests. So starben weniger Menschen, und der wirtschaftliche Schaden bleibt geringer. Weniger Tote hat auch Osteuropa, weil Viktor Orbán und andere sich um ihr Land und nicht ausschließlich um die Welt kümmern. Westeuropa hingegen hat versagt, Warnungen ausgeschlagen, Grenzen zu spät geschlossen, Schutzkleidung nicht besorgt oder gar vernichtet und Migranten und Gastarbeiter ungetestet eingeflogen.

Was nun? Minister ringen die Hände, nicht wissend, was tun. Nur eines wissen sie alle: Wir brauchen mehr Europa. Warum nur? Weil wir wie Ludwig XVI. Warnungen ausschlugen und immer mehr Schulden machen? Nun müsse harmonisiert und nivelliert werden: Arbeitslosen- und Einlagenversicherung, Gesundheitspolitik und die Steuern. Warum? Und Schulden sollen fortan alle zusammen machen, jeder nach seinen Bedürfnissen, und haften soll jeder nach seinen Möglichkeiten. Und bis das so ist, soll die EZB das Geld eben drucken.

All dies ist Irrsinn. Harmonisieren heißt nicht optimieren, Schulden sozialisieren nicht, sie reduzieren, und Geld drucken heißt nicht, reicher zu sein. Wie geht man pleite? Ernest Hemingways Antwort war: „Auf zweierlei Weise: erst ganz langsam und dann sehr plötzlich.“ Und wie wird man wieder gesund? Eben nicht durch Flucht in die Krankheit und wie Lemminge alle gemeinsam über die Klippe, sondern durch das Bestellen des eigenen Gartens, und nicht der Allmende.

Derk Jan Eppink (ECR). – Voorzitter, wij hebben in het debat over de eurobonds gezien dat de eurozone een ruziezone is geworden. Maar ik leg de schuld niet bij Italianen, Spanjaarden, Fransen, Duitsers of Nederlanders. Ik hou van hen allemaal. Ik leg de schuld eigenlijk bij de eurozone, want het probleem van de eurozone is de euro zelf, mijnheer Verhofstadt. Een eenheidsmunt brengt geen eenheid. Integendeel, het is een illusie, een illusie om met zoveel landen tegelijk een muntunie te hebben. Dat is nog nooit gezien in de geschiedenis. De verschillen zijn te groot en de euro maakt ze nog groter. En wat is het gevolg? Ruzies, overal, tussen landen, in landen, emoties, woede, verwijten, verbittering. De heer Verhofstadt die met grote passie pleit voor een Europese belasting, een EU-belasting: dan vliegt de hele zaak uit elkaar, als hij dat wil. Dan komen we bij de steile afgang van de heer Beck terecht.

Ik heb het gevoel dat we op de kloof staan, de kloof tussen noord en zuid in de eurozone die niet meer te overbruggen is. De eurozone begint een gevangenis te worden voor iedereen om andere redenen. De Portugese premier heeft geopperd, heeft gesuggereerd dat Nederland beter niet meer meedoet aan de Europese besluitvorming en de eurozone verlaat. Ik bedank de Europese premier voor die suggestie, ik ga erover nadenken. Wat ik zie, is schulden op schulden op schulden. Ik zie voor mij de toren van Babel, dames en heren, en u weet allemaal hoe dat is afgelopen.

Mick Wallace (GUE/NGL). – Mr President, COVID-19 has certainly shone a light on obvious inequalities. What do we do about it?

President von der Leyen said 'saying sorry only matters if we change our behaviour'. Nurses, care-workers, bus drivers, supermarket workers, are now described as 'key workers'. Are we going to compensate them for the years of being under-valued, under-paid and now risking their lives?

We can't go back to normal, because normal wasn't good, it was neo-liberalism. Neo-liberalism lies at the heart of the EU and at the heart of everything that's wrong with it. The pursuit of it is why we have not agreed to allow coronabonds for the likes of Italy, Ireland and others. It is why Germany and the Netherlands slammed the door in their face – they talk the talk on solidarity but they don't walk the walk.

The Bank of England can issue their own currency and debt. Can the eurozone? Or would it not suit the more powerful countries? We want the eurozone project to survive but it has to change, it has to say goodbye to neo-liberalism.

Your resolution is calling to fight the virus by calling on Russian and Chinese propaganda to stop. That's propaganda in itself! Are there any adults in the room?

Andor Deli (PPE). – Tisztelt Elnök úr! Az Európai Unió történetében példa nélküli válsággal állunk most szemben. Olyan halálos vírussal nézünk farkasszemet, amely nem kímél senkit sem. Ez a láthatatlan ellenség arra készítetett minket, hogy változtassunk a szokásainkon, lassítsunk a jól megszokott ritmusunkon és tartsuk magunkat távol a szereteteinktől, még akkor is, amikor a leginkább szükségük volna ránk.

A mai nap központi témája Covid-19-es világjárvány leküzdésére irányuló összehangolt európai fellépésnek kellene lennie. Úgy tűnik azonban, hogy még ez a tragikus kérdés sem tudta elvonni egyes képviselők figyelmét arról, hogy a nemzeti kormányokat rosszindulatú hazugságokkal és hamis hírek terjesztésével támadják. Ilyen hazugság a magyar Országgyűlés felfüggesztésének híre is. Miközben a magyar Országgyűlés folyamatosan ülésezik, és továbbra is teljes kapacitással dolgozik. Nem úgy az Európai Parlament, mert ha körbe nézünk, akkor láthatjuk, hogy a képviselőtársainak, több mint 90 százaléka nem tud az üléseken részt venni, és véleményt sem tud nyilvánítani. A magyar kormány pedig csak azt teszi, amit az alkotmány előírt, és amit a magyar emberek elvárnak tőle. Ez pedig az emberi életnek védelme és a gazdaságra nehezedő nyomás enyhítése. Mindezeket a magyar kormány, az Országgyűlés által megszavazott törvényes felhatalmazás kereteiben és az Alkotmánybíróság folyamatos felügyelete mellett teszi. Ez nem az ideológiai viták ideje.

Nem ezeknek kell napirenden lenniük. Az Európai Uniónak pedig inkább olyan irányban kell gondolkodnia és erőfeszítéseit fokozni, hogy miként nyújthat leggyorsabban és a leghatékonyabban segítséget az arra rászoruló országoknak.

Evelyn Regner (S&D). – Herr Präsident! Großen Dank an alle, die wie Esther de Langes Schwester in vorderster Linie gegen diese Pandemie ankämpfen, und ein riesengroßes Dankeschön an alle, die am Arbeitsplatz jetzt täglich, Tag für Tag, dafür Sorge leisten, dass unsere Grundversorgung gesichert ist. Denn eines zeigt uns diese Krise deutlich: Es sind zu 75 Prozent Frauen, die in den systemerhaltenden Jobs tätig sind – 75 Prozent. Diese Jobs sind systemrelevant, aber oft systemverkannt.

Und es sind auch Frauen, die gerade jetzt in einer Gesellschaft, die zu Hause bleibt, verstärkt häuslicher Gewalt ausgesetzt sind. Wir brauchen daher Maßnahmen, die pragmatisch sind, die schnell wirken und die jetzt sofort eingesetzt werden, die Frauen, aber auch Kinder, vor häuslicher Gewalt entsprechend schützen. Sehr viele Alleinerzieherinnen sind zu Hause, haben einen Job und müssen ihre Kinder dann gleichzeitig auch unterrichten. Auch hier gilt es, viel mehr dafür zu sorgen, dass diese ganz praktischen Probleme der sozialen Unsicherheit entsprechend in den Griff bekommen werden und dass wir hier entsprechende Maßnahmen setzen. Diese Krise ist also weiblich. Die Vereinten Nationen haben festgehalten: Wir laufen Gefahr, dass durch COVID-19 die zaghafte Fortschritte, die es bei der Gleichstellung der Geschlechter gegeben hat, nun verschwinden, dass sie auf einmal verpuffen. Das heißt, wir müssen hier sehr, sehr wachsam sein.

Nach der Finanzkrise haben wir Banken gerettet; jetzt gilt es, die Realwirtschaft zu retten – die Realwirtschaft und deren Beschäftigte. Deshalb sind die Eurobonds nur einmal ein Anfang. Echte Solidarität brauchen wir, echten Zusammenhalt und die großen Ideen.

Maite Pagazaurtundúa (Renew). – Señor presidente, se han entonado disculpas: está bien. Se ha hablado de los héroes y de las víctimas: es obligado. Pero este Parlamento de todos los europeos debe mantenerse en pie hoy, dando respuestas. Eso es imprescindible. Porque si no, no habrá futuro para nadie. Somos demasiado pequeños, demasiado vulnerables para salir adelante si estamos solos.

La Unión Europea surgió de las cenizas de la guerra. Nuestros padres o abuelos edificaron estas instituciones y este Parlamento.

Y hay potencias fuera que podrían aprovechar nuestras vulnerabilidades si nos desunimos, si cedemos al pequeño egoísmo, al nacionalismo, a la mentira, si escuchamos los cantos de sirena de los fanáticos de la identidad excluyente.

Debemos exigir. Este Parlamento debe exigir que se utilice cada mecanismo que ayude a resistir y a superar la crisis sanitaria y la debilidad de las economías de familias y de empresas.

No podemos escatimar ningún esfuerzo para proteger a los ciudadanos. Primero, para salvar vidas y, después, para salvar empleos, libertades y el proyecto de futuro, especialmente de los más jóvenes.

La presidenta de la Comisión ha enumerado medidas. El acuerdo del Eurogrupo está bien orientado, pero no es suficiente para hacer frente a las heridas que están surgiendo en esta crisis.

Por eso necesitamos el plan masivo de reconstrucción económica.

Un plan de naturaleza temporal, financiado en parte con instrumentos existentes. Pero también esos «bonos de reconstrucción» garantizados por el presupuesto de la Unión. Eso puede ser historia.

No podemos quedarnos cortos. Y, sin duda, es la hora de actuar de una manera que deje que Europa abandone ese modo de mero prestamista de los Estados. Tenemos que invertir de manera conjunta en el futuro.

Nuestros padres y abuelos edificaron estas instituciones sin las que hoy estaríamos a la deriva. Muchos de ellos están falleciendo. Como europeos, debemos preparar políticas para que nunca más ocurra. Para ser más fuertes y sensatos, para no necesitar héroes, para no tener que llorar víctimas.

Helmut Geuking (ECR). – Herr Präsident! Also zuerst möchte ich einmal betonen, dass meine Gedanken natürlich bei den vielen Opfern sind. Ich danke den vielen helfenden Händen in den einzelnen Ländern.

Jetzt komme ich zu dem, worüber wir heute abstimmen sollen. Leider werde ich dagegen stimmen, aus einfachen Gründen: Ich denke mir, solche Sachen wie Polen – Präsidentschaftswahlen –, wie in Ungarn, oder solche Sachen wie die Abtreibung haben nichts da drin zu suchen. Wir bedürfen hier eines Instruments, um die Corona-Krise zu bekämpfen, und nichts anderes. Das andere ist uns viel zu wichtig, und das können wir zu einem späteren Zeitpunkt aufnehmen und entsprechend abarbeiten und aufarbeiten.

Im Übrigen mahne ich an, wir sollten nicht zurückblicken, sondern wir sollten nach vorne schauen – in einer Krise muss man nach vorne schauen. Wen muss man finanzieren? Wen muss man kräftigen? Da sage ich, wir müssen die Bausteine – die Elemente – unserer Gesellschaft kräftigen: Das sind die Familien, die im Schatten stehen, und deswegen sollten wir hier das Kinderkostengeld einführen. Das ist die Kindergarantie, die Frau von der Leyen ins Spiel gebracht hat, um direkt die Kaufkraft zu stärken, den Geldkreislauf in Schwung zu bringen, direkt das Geld an die Menschen zu bringen, das heißt an die Familien Europas, die das Geld dringend benötigen. Daran appelliere ich und sage vielen herzlichen Dank. Eine Minute ist leider viel zu kurz.

Lídia Pereira (PPE). – Senhor Presidente, Senhoras e Senhores Deputados, estamos a escrever as páginas dos livros de História por onde os nossos netos irão estudar. Nesta hora de decisão, em que o velho continente parece mais frágil, entre a solidariedade e o nacionalismo, qual é o nosso legado? A união ou a divisão? A máquina burocrática ou a esperança? Queremos uma Europa do Norte ou do Sul? Um Clube dos Bálticos, uma associação dos latinos, uma federação dos eslavos? Não!

Perante problemas verdadeiramente globais, problemas partilhados, como este vírus, que não esbarra nem se detém em fronteiras, temos refugiados às nossas portas a sobreviverem em condições humilhantes, os Estados Unidos a porem em causa as relações em que tanto confiamos e, porque não dizer, a ameaça económica às nossas empresas por parte da economia chinesa. Como é que nós não nos conseguimos unir?

Num mundo em que a maior incerteza que temos é a incerteza do futuro, o melhor que temos para oferecer aos nossos cidadãos é a nossa própria divisão? Se, como nos lembrou o Papa Francisco, estamos todos no mesmo barco, então cada um a cortar uma tábua e a achar que se salva é fraca ilusão. Cada um por si somos frágeis, como um ramo de árvore quebradiço, mas, unidos, possuímos a confiança e a força para enfrentar o futuro.

A Europa é liberdade. A Europa é democracia. A Europa é o melhor sítio do mundo onde nós poderíamos viver. Apoiemos quem mais precisa neste momento difícil: os jovens, os desempregados, os idosos, quem luta para manter a sua empresa viva. Que se industrialize e que se distribua a esperança. Não permitamos que a Europa seja mais uma vítima às mãos desta pandemia.

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhor Presidente, viu-se na economia europeia uma tremenda angústia, como se tivesse soado, por toda a parte e ao mesmo tempo, um alerta de tsunami. Com as economias paralisadas, sabemos que estamos a ver apenas os primeiros sinais de uma onda gigante, que será devastadora das empresas, dos empregos, das famílias e do próprio projeto europeu, se não for dada uma resposta imediata, forte e solidária à escala europeia.

O Parlamento Europeu dá um sinal importante de unidade e responsabilidade ao apresentar hoje uma resolução conjunta e com ela dirige uma mensagem clara à Comissão e ao Conselho e, sobretudo, àquela minoria de governos que têm bloqueado uma resposta mais solidária. Precisamos de um grande plano de recuperação da economia que tenha os meios financeiros necessários.

Por isso, defendemos um acordo político urgente para um quadro financeiro plurianual, não de cortes, mas reforçado e com mais recursos próprios. E defendemos também, sem ambiguidades, a criação de *recovery bonds*, ou seja, a emissão de títulos de dívida pela própria Comissão Europeia, garantidos pelo orçamento europeu, para financiar o investimento e evitar uma nova crise das dívidas soberanas.

Hoje, este Parlamento que o povo elegeu é, mais do que nunca, a voz do povo que não aceita uma Europa bloqueada por egoísmos nacionais. Está na hora de ouvir este Parlamento, está na hora de ouvir o povo e decidir a pensar no povo.

Ondřej Knotek (Renew). – Mr President, I would like to thank Mr Šefčovič for being here with us.

In the beginning, let me express my strong respect for everyone who contributes to tackling this difficult situation. In the first part of my contribution, I would like to support the second coronavirus response package prepared by the Commission. It was prepared quickly and in line with the rigid Parliament committee recommendations, and as a result, it brings measures addressing the real needs of the citizens. Thank you for this excellent cooperation.

In the second part, I would like to draw your attention to two great occasions related to COVID. Parts of the industry and energy sector have gone into serious existential risk. Facing the need to decrease the carbon footprint and at the same time to absorb the negative effects of the COVID crisis is a deadly mixture. Imagine, for example, regions whose economy is dependent on coal and tourism. The industrial and energy sector needs to survive and recover first, in order to be robust enough to succeed in the climate transition.

Therefore, I most strongly welcome you, and encourage you to put forward a short-term suspension of the emissions trading system, for example between the years 2020-2022. With this step you would save employment and prevent an increase of energy poverty inside the EU; you would stabilise businesses and the regions most challenged with the climate transition; you would get the situation under control and you would deserve respect for it.

Also, let me draw your attention to the European spas – a unique sector combining medicine and tourism. This sector has enormous potential to improve public health, not only in general, but also specifically after the COVID disease. The spa sector has also been in serious difficulties and deserves strong and fast support. Any Commission initiative here will be most welcome.

Carlo Fidanza (ECR). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, non usciremo da questa crisi con lacrime di coccodrillo, proclami ad effetto ed elenchi di buoni propositi sulla fase due, ma con capacità di adattare le priorità e di rispondere con immediatezza, quella che è mancata nella prima fase della crisi, quando si è pensato che il COVID-19 fosse solo un problema italiano.

Ora è stata garantita flessibilità su conti pubblici, aiuti di Stato e fondi strutturali. La BCE, dopo aver vergognosamente sabotato la Borsa italiana, sta facendo il suo mestiere. Meglio tardi che mai. Poi c'è il pacchetto per il prossimo Consiglio, lo diciamo chiaramente: sì al fondo per la ricostruzione e finanziamenti della BEI, no al MES. Lo abbiamo conosciuto e non ci fidiamo. Liquidiamolo e restituiamo le quote agli Stati per affrontare la crisi.

Green deal: diremo no a nuovi oneri e divieti ideologici contro le nostre imprese, già provate dalla crisi, e sì solo a investimenti virtuosi. E infine, chiediamo di difendere i confini perché mentre chiudiamo gli europei in casa, non è accettabile che le ONG continuino a spadroneggiare nel Mediterraneo.

Kris Peeters (PPE). – Voorzitter, vandaag wordt Europa geconfronteerd met de grootste crisis sinds de Tweede Wereldoorlog. Elke dag sterven duizenden mensen in onze hospitalen, woon-zorgcentra of gewoon thuis ten gevolge van het coronavirus. De mensen verstaan niet dat sommige lidstaten niet meer solidariteit hebben getoond en dat de EU niet krachtiger heeft kunnen optreden.

Dit Parlement heeft vandaag en morgen de kans om aan de Europeanen duidelijk te maken dat we samen daadkrachtig deze crisis kunnen aanpakken. Daarom is het zo belangrijk dat de gezamenlijke resolutie met een zo groot mogelijke meerderheid wordt goedgekeurd. We staan volledig achter de krachtlijnen en de inhoud van deze resolutie. We moeten inderdaad deze crisis meer dan ooit samen aanpakken en verdere acties nemen in de gezondheidssector. We moeten inderdaad onze bedrijven, kmo's, werknemers, zelfstandigen en onze landbouwers door deze moeilijke periode loodsen. We moeten inderdaad resoluut gaan voor Europese herstelobligaties, gegarandeerd door de Europese begroting, omdat niemand schuld heeft aan deze crisis. En ten slotte moeten we inderdaad de Green Deal verder uitwerken, maar ook een nieuw industrieel beleid, circulaire economie en een ecologisch en economisch duurzame landbouw.

Ik hoop dat we na dit debat en de bespreking van de amendementen niet alleen deze resolutie goedkeuren, maar dat we ze als Parlement, als Europese Commissie en als Raad ook uitvoeren in het belang van alle Europeanen en de Europese Unie.

Sylvia Spurek (S&D). – Panie Przewodniczący! Nadal musimy przypominać, że prawa człowieka są fundamentem naszej Wspólnoty. Fundamentem, którego nie można podważać i niszczyć. Nie można tego robić szczególnie wtedy, kiedy trwa pandemia i zaczyna się poważny kryzys gospodarczy. Ludzie chorują, umierają, tracą pracę i firmy, pracownicy i pracowniczki ochrony zdrowia bohatersko walczą z pandemią przy często bardzo ograniczonych środkach, a rządy niektórych państw korzystają z okazji, by naruszać demokrację i fundamentalne prawa człowieka. Kiedy Viktor Orban na Węgrzech ogranicza prawa osób LGBTI, a Jarosław Kaczyński w Polsce prowadzi debatę o odbieraniu kobietom ich praw, musimy stanowczo reagować. Przypomnę, że kobiety w Polsce mają i tak utrudniony dostęp do aborcji, nie mają dostępu do nowoczesnej antykoncepcji, w szkołach nie ma nowoczesnej edukacji seksualnej.

To, co dzieje się i na Węgrzech, i w Polsce pokazuje, że czas najwyższy na szersze kompetencje Wspólnoty. Prawa kobiet i prawa osób LGBTI muszą stać się jednym z priorytetów Unii Europejskiej. Nie możemy dłużej uciekać od odpowiedzialności, bo równość ludzi i jednolite gwarancje ich praw są naszymi kluczowymi wartościami, a ograniczanie prawa do aborcji uderzy najbardziej w kobiety, które są i tak wykluczane i dyskryminowane, kobiety mieszkające na wsiach, mniej zamożne, bezrobotne.

Jeżeli tych spraw nie załatwimy, to Unia Europejska będzie nadal Unią różnych prędkości. Równość musi być prawem każdego Europejczyka i każdej Europejki bez względu na to, czy mieszka w Barcelonie, w Warszawie, w Budapeszcie czy Sztokholmie.

Dragoş Pîslaru (Renew). – Mr President, we are right now at a time where we are talking a lot about solidarity, but unfortunately for the principle of solidarity, we need to prove that it is more than just a rhetorical exercise. That is in this period of Easter, about really taking care of one another.

We have solidarity in our small communities back home. We need solidarity between different parts of our countries, we need solidarity between the states of the European Union. And this exercise related to solidarity is part of the fibre of the European Union. It's about the values that define us now.

The crisis affects all of us, but not all of us have equal chances and tools to respond to the social and economic challenges generated by it. I'm saying this because 22% of the population of the European Union is at risk of poverty and social exclusion, including 25% – one in four – of children in the European Union.

This current crisis may affect people throughout Europe, but it is actually affecting people that are often invisible in our society. Social distancing is not an option in overcrowded housing and poor neighbourhoods, and the loss of jobs can only further exacerbate poverty. Discrimination in terms of access to information and to basic services exposes these people to even greater risk of social exclusion and disease.

Renew Europe militates for solidarity and also for the use of existing resources and mechanisms at European level to tackle this outbreak. We will vote in Parliament the amendments proposed by the European Commissioner to regulation 223 on the fund for European aid to the most deprived.

The proposed changes would bring flexibility to the instrument, additional funding – applying the 100% co-financing rate and will cut red tape – all these measures are part of the timely response, and we need to communicate that to the European citizens.

Robert Roos (ECR). – Voorzitter, de coronacrisis maakt vele slachtoffers en sloopt de economie in de Europese Unie. Het Europees Centrum voor Ziektepreventie en —bestrijding (het ECDC) is een EU-agentschap dat tot doel heeft de afweer van Europa tegen infectieziekten te versterken. Al op 26 januari gaf het ECDC de volgende harde waarschuwing af: de potentiële impact van COVID-19-uitbraken is groot, de verdere wereldwijde verspreiding is waarschijnlijk, en de impact van een late opsporing van het virus in een EU-land zonder de toepassing van passende preventie zal groot zijn, en het risico zelfs zeer hoog.

Het ECDC heeft op meerdere niveaus en op dagelijkse basis contacten met medewerkers van de Europese Commissie. Toch is het afschuwelijk misgegaan in de preventie: geen onmiddellijke sluiting van getroffen gebieden, geen opsporing van zieke inkomende reizigers, en passende maatregelen zijn ondanks alle waarschuwingen uitgebleven. De gevolgen zijn desastreus.

Ik roep de verantwoordelijke commissaris Stella Kyriakides op om zich te verantwoorden voor dit gefaalde beleid. Als zij dit niet kan, dan zou zij onmiddellijk moeten aftreden.

Christophe Hansen (PPE). – Monsieur le Président, chers collègues, le COVID-19 est un désastre sur les plans humain, social et économique, d'une magnitude sans précédent pour beaucoup d'entre nous.

Au-delà de la souffrance causée par le virus dans le monde entier, le FMI présage la plus grande crise économique depuis la Grande Dépression. L'OMC prévoit même un effondrement du commerce en marchandises, cette année, de l'ordre de 13 à 32 %. Les agences des Nations unies mettent en garde contre de possibles pénuries alimentaires.

Partout dans le monde, des gouvernements ont mis en place des mesures restrictives pour le commerce qui menacent de bouleverser les chaînes de valeurs internationales. Certaines de ces mesures étaient nécessaires sur le court terme afin d'assurer que les médicaments et équipements de protection iraient à ceux qui en avaient le plus besoin et non à ceux qui offraient le plus. Mais sur le long terme, il serait absurde de s'armer de mesures protectionnistes pour lutter contre ce virus ou toute autre épidémie future.

Si nous souhaitons faire sortir l'économie globale des soins intensifs le plus tôt possible, le commerce fait clairement partie du remède. Si nous laissons la pandémie mettre le commerce en quarantaine, nous privons des pays entiers, leurs peuples et leurs économies d'un des plus grands moteurs de développement, au moment où ils en ont le plus besoin. La résilience des règles du commerce mondial, des stocks stratégiques et la diversification des chaînes d'approvisionnement devraient être les mots d'ordre.

C'est dans le code génétique de l'Union européenne que de défendre les solutions multilatérales de coopération. Il faut donc élargir l'accord de l'OMC sur l'élimination des tarifs douaniers dans le secteur pharmaceutique pour inclure encore plus de pays et encore plus de produits. Ce n'est qu'en travaillant ensemble que nous pourrons vraiment rebondir et vaincre ce virus.

Maria Arena (S&D). – Monsieur le Président, si cette pandémie est catastrophique pour les victimes directes du virus, elle est et elle sera aussi catastrophique pour les citoyens européens, et plus particulièrement pour les plus vulnérables.

M^{me} von der Leyen l'a dit, en effet, un effort considérable a déjà été réalisé par l'Europe, grâce à son initiative mais aussi grâce à notre soutien.

Mais, elle l'a dit aussi, il va falloir faire plus. J'ajouterai qu'il va falloir faire autrement. Faire plus avec un budget plus ambitieux, faire plus aussi avec une mutualisation de la dette, nécessaire pour faire face au choc économique et au choc social.

Mais le maître-mot, tout le monde l'a dit aujourd'hui, a été le mot de la solidarité.

Et j'opposerai le mot de la solidarité à l'austérité. Nous le savons, le plus bel outil la solidarité est notre système de sécurité sociale. Ce sont nos services publics mais aussi la concertation sociale pour la détermination des salaires qui œuvrent pour la redistribution. Tout cela a été mis à mal par l'austérité, ces dernières années. Il faudra donc en changer.

La solidarité européenne s'exprimera aussi par une fiscalité européenne, une fiscalité plus juste. Nous devons mettre fin à cette concurrence fiscale qui a vidé les caisses nationales et les caisses européennes.

Nous devons aussi mettre en place une solidarité extra-européenne car, si la pandémie est catastrophique pour nos citoyens, elle l'est aussi pour les autres continents et elle sera dramatique pour l'Afrique.

Si l'idée d'une aide et d'une annulation de la dette doit être soutenue, il faudra aller plus loin, là aussi, et œuvrer pour éviter l'évasion fiscale, c'est aussi de notre devoir de le faire.

Roberta Metsola (PPE). – Mr President, this virus knows no borders, but it does know heroes: our doctors, nurses, paramedics, pharmacists, scientists, cleaners, delivery drivers, shelf stackers. These are the global face of resilience in the toughest of circumstances.

Now, in the words of President Steinmeier, 'this is not a war, this is a test of our humanity and of our spirit'. This pandemic should not expose Europe's weaknesses, but it should shine a light on our strengths. Member States were slower than they should have been, but the face of Europe did show in the patients from Bergamo being hospitalised in Bavaria, Romanian doctors heading to Italy, equipment from Lithuania to Spain, Maltese and Italian designers now sewing surgical masks. Joint procurement meant even the smallest Member States could still get needed equipment. We must now extend that to the joint procurement of the vaccine, when this becomes available. European economic packages mean millions of jobs will be saved, but there are still far too many people who slip through the cracks and who find nowhere to turn. We must address them too, be flexible and continue to adapt.

And finally, tied to the Covid-19 pandemic is a looming humanitarian crisis in the Mediterranean. We are seeing an increased number of boats fleeing Libya only to remain stuck at sea, unable to disembark. A coherent European approach is urgent. Meaningful solidarity is crucial. Lives must be saved, and we cannot leave front-line Member States like Italy, Greece and Malta alone. These are the crises in which Europe must show its true nature, and we cannot come up short, because we are all in this together and the only way out of it is together.

Sándor Rónai (S&D). – Tisztelt Elnök úr! Egy évvel korábban azt mondtam, hogy létre kell hozni az európai egyesült államokat, hiszen Európa és a világ olyan globális kihívások elé néz, amelyeket csak közösen, egységesen tudunk orvosolni. Egy ilyen tragédiának kellett történnie ahhoz, hogy belássuk, a globális válság nem áll meg a határon, mindenkit érint. Éppen ezért közös megoldásokra, közös válságkezelésre van szükség. A járvány megmutatta, hogy milyen területeken kell még koncentráltabb együttműködést létrehozni, hogy az Európai Unió állampolgárait, minél gyorsabban, minél hatékonyabban tudjuk segíteni. De világossá vált az is, hogy milyen szolidaritásra képesek a tagállamok, és milyen óriási erőforrásokat képes megmozdítani az Európai Unió annak érdekében, hogy az egészségügyi és gazdasági károkat enyhítse.

Sajnos az is nyilvánvalóvá vált, hogy hogyan élnek vissza egyes tagállamok a teljhatalmukkal, hogyan hivatkoznak a veszélyhelyzetre. Például Orbán Viktor Magyarországon az Önök által is ismert felhatalmazási törvény hatálya alatt hoz meg olyan döntéseket, amelyeknek egész egyszerűen semmi köze a veszélyhelyzethez és a koronavírushoz. Tagadja, hogy léteznek uniós források, amelyek orvosolni kívánják a válságot, miközben magyar dolgozók százazreit hagyja az út szélén. A vírus összes tanulsága azt mutatja számunkra, hogy egy erősebb, egységesebb Európára van szükség, amely képes megvédeni polgárait a természeti, az egészségügyi, a gazdasági károktól. De képes megvédeni tagállamait még európai ellenségeitől is.

Pernille Weiss (PPE). – Hr. formand! Når lungerne bliver angrebet af en aggressiv virus i en krop, hvor hjertet ikke er stort nok eller stærkt nok, så dør mennesket. Så mister et barn sine forældre og en kæreste sin elskede. Det lærer vi af covid-19, men vi lærer også meget mere.

Vi lærer, at vi godt kan sammenligne Europas mange virksomheder med lunger. Vi taler jo i forvejen om dem som rygraden – for millioner af arbejdspladser og EU's økonomiske muligheder. Men nu i coronakrisen er de også vores lunger. Lige som vi af og til sammenligner klimaet med de lunger, der skal sikre vores børn og børnebørn en klode, vi kan være bekendt at give dem.

Disse lunger, Europas små og mellemstore virksomheder og klimaet, har brug for et stærkt hjerte, et hjerte, der holder produktion og innovation i gang ude på arbejdspladserne og skaffer brød på bordet i millioner af familier, et hjerte, som holder udvekslingen af varer i gang mellem virksomhederne og deres kunder, et hjerte, som skaffer økonomi til at forske og udvikle det, vi har brug for, eller købe de mundbind, vi står og mangler. EU har brug for et hjerte, der kan løbe den nødvendige grønne omstilling op, så der uanset coronakrisen i 2020 er et CO₂-neutralt EU i 2050.

Det hjerte, jeg beskriver, er naturligvis det indre marked. Vi skabte det som en konsekvens af, at vi aldrig mere ville i krig med hinanden. Det er derfor afgørende, at vi beskytter det indre marked, vores fælles hjerte, som skal banke – også gennem coronakrisen – regelmæssigt, utrætteligt og helt fri for barrierer. Kun på den måde kan vi realisere og udbrede især de klimainitiativer og klimaløsninger, som kloden har brug for, og som resten af verden også efter, at den akutte fase af coronakrisen er overvundet, vil se til EU for at lære af og ikke mindst købe af. Jeg beder om, at vi igennem coronakrisen passer rigtigt godt på EU's eneste hjerte, vores indre marked.

Pina Picierno (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nulla sarà come prima. Questo nella coscienza di ciascuno di noi, di tutti noi. Nulla sarà come prima e varrà per tutti in ogni angolo del mondo. E allora qui ed ora è il tempo di chiedersi se anche l'Europa, se anche questo grande sogno nato dalle macerie della Seconda guerra mondiale, sarà più la stessa.

Di solidarietà parliamo oggi, colleghi. Sarà la solidarietà il segno della nuova Europa. Io non ho dubbi che sarà questa la grande novità. Ma bisogna fare attenzione, non parliamo della solidarietà del più forte verso il più debole. Non parliamo di questo, nel prossimo futuro, nessuno sarà abbastanza forte da poter fare da solo. E allora parliamo della solidarietà che dovrà accomunare tutti, tutte le nostre istituzioni, tutti gli Stati membri per superare una crisi che rischia di travolgere tutte le nostre economie, tutte le nostre libertà, tutti i nostri diritti sociali, di questo stiamo parlando.

E allora è necessario coraggio, è necessario ogni strumento possibile, ogni strumento nuovo, inedito, che il coraggio e l'urgenza suggeriscono. Di questo abbiamo bisogno e se non abbiamo il coraggio di questo, almeno, di questo mi viene da dire, Presidente, allora per davvero, nulla sarà come prima e non possiamo permetterlo.

Andreas Schwab (PPE). – Herr Präsident! Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist schon viel gesagt worden. Deswegen möchte ich vielleicht mit dem anfangen, was meine Kollegin Pina Picierno gerade einleitend gesagt hat: Nichts wird mehr so sein wie früher – das stimmt sicher nach dieser Corona-Krise. Und deswegen sollten sich auch die Debatten in den Mitgliedstaaten und die Debatte in diesem Haus etwas ändern. Wir sollten uns stärker auf Lösungen konzentrieren und nicht allein über alte, bestehende Probleme sprechen.

Und deswegen ist es richtig, dass sich die Entschließung heute auf zwei wesentliche Punkte konzentriert: zum einen auf den Punkt der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und zum anderen auf die Frage, wie wir gemeinsam aus dieser Krise herauskommen können.

Ich möchte gerne zwei Beispiele herausgreifen: Das eine ist, dass die Präsidentin der Kommission, Ursula von der Leyen, einleitend gesagt hat, dass es ihr sehr wichtig ist, dass wir den Binnenmarkt wiederherstellen. Der Binnenmarkt kann aber nicht dadurch wiederhergestellt werden, dass die Kommission sich in den vergangenen Wochen hinstellt und bei jeder Gelegenheit sagt, die Mitgliedstaaten sollen alles machen, weil sie mehr Flexibilität im Beihilferecht bekommen haben, und wo immer ein Problem in der Wirtschaft auftaucht, die Verantwortung an die Mitgliedstaaten durchreicht.

Wir haben es genau gesehen im Bereich des Tourismus, bei der Pauschalreiserichtlinie, wo die Kommission sagt: Das ist eine Aufgabe der Mitgliedstaaten. Aber das führt genau dazu, dass möglicherweise jeder Mitgliedstaat über das Beihilferecht eine Sonderlösung wählt, die am Ende dem Verbraucher nicht die Einheitlichkeit im Binnenmarkt liefert, die er vielleicht gewünscht hat, als er im Nachbarland eine Reise gebucht hat. Und deswegen muss auch die Kommission, wenn sie den Binnenmarkt zusammenhalten möchte, hier ihre Aufgaben wahrnehmen. Bei der Medizinprodukte-Richtlinie haben wir es eindrucksvoll gezeigt.

Und ich glaube, wir brauchen auch einen gemeinsamen Start aus der Krise, und das wird nur gelingen, wenn wir auch die Öffnung gemeinsam herstellen und gemeinsam die Daten teilen von denen, die möglicherweise angesteckt sind.

Elena Yoncheva (S&D). – Mr President, we welcome the efforts of the Commission to provide a coordinated answer to the pandemic, but the crisis demands that we do much more and go even further. We need solid European leadership. We need to see concrete proposals from the Commission to rebuild our society and our economy.

I want to draw your attention to matters concerning Schengen, the rule of law and freedom of expression.

On borders, we felt again that the protection of borders has become bigger than the protection of European citizens and their rights. Closing down the borders without a coordinated strategy has not and cannot solve any problems.

The rule of law: this crisis should not take away our fundamental rights. People should not have to choose between healthcare and human rights, and my call is addressed not only to the Commission but to the Council as well. Break the silence in the Council on the rule of law. Identify the problems and let's fix them together.

Also, we cannot allow Member States to silence freedom of expression. In some European countries people have been prosecuted because of expressing their opinions publicly, like in Bulgaria. And not only there.

Europe must act now, as Member States we should survive this crisis together in order to save Europe.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, Επίτροπε Šefčovič, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, σε αυτή την κρίση υπάρχουν δύο θέματα, τα οποία μπορούν να αναδειχθούν ιστορικοί καταλύτες: το πρώτο είναι ο τρόπος με τον οποίο η Ευρώπη αντιμετωπίζει τις οικονομικές συνέπειες της κρίσης. Το «Σχέδιο Μάρσαλ», στο οποίο αναφέρθηκε και σήμερα η Πρόεδρος von der Leyen, πρέπει να πάρει αμέσως σάρκα και οστά. Τι περιμένει, άραγε, η Επιτροπή για να προχωρήσει και να πιέσει τα κράτη μέλη να πάρουν την απόφαση; Το ομόλογο της ανάκαμψης, που σήμερα ψηφίζουμε και προτείνουμε, είναι απαραίτητο να συνδυαστεί με όλα τα διαθέσιμα εργαλεία, που θα δώσουν στις οικονομίες μας τη δυνατότητα για περισσότερη ρευστότητα. Μόνο υπερβαίνοντας φόβους και στερεότυπα, μόνο ενδυναμώνοντας την παρουσία της Ευρωπαϊκής Ένωσης μπορούμε να σταθούμε δίπλα στους πολίτες σε αυτή την πιο σκοτεινή ώρα. Και σε αυτή την πιο σκοτεινή ώρα, χώρες όπως η πατρίδα μου, η Ελλάδα, έδειξαν πως τα κατάφεραν με πειθαρχία και ισχυρή κυβερνητική καθοδήγηση από τον πρωθυπουργό Κυριάκο Μητσοτάκη. Τώρα, όμως, χρειαζόμαστε την ευρωπαϊκή στήριξη, την ευρωπαϊκή στήριξη που δεν θα θυμίζει μνημόνιο, που δεν θα παραπέμπει σε τρόικα και που θα δείχνει αληθινή αλληλεγγύη.

Η δεύτερη πρόκληση είναι το νέο αναπτυξιακό μοντέλο, στο οποίο μπορούμε να προχωρήσουμε μετά την κρίση. Αυτό που θα βασίζεται στον οδικό χάρτη της Πράσινης Συμφωνίας, που θα προβλέπει βιώσιμη ανάπτυξη, που θα δίνει έμφαση στις ανανεώσιμες πηγές ενέργειας, στην κυκλική οικονομία και στον ψηφιακό μετασχηματισμό. Κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, το βλέμμα των πολιτών της Ευρώπης είναι στραμμένο εδώ. Σήμερα, οι ορθόδοξοι βιώνουμε τον Γολγοθά, την ημέρα των Παθών. Είναι χρέος μας να οδηγήσουμε τις κοινωνίες μας και τις οικονομίες μας στην ανάταξη που χρειάζονται, παίρνοντας μαθήματα από αυτή την παγκόσμια κρίση.

Javi López (S&D). – Señor presidente, vivimos una crisis sanitaria sin precedentes en esta generación. Una crisis que va a tener devastadoras consecuencias económicas y sociales. Una crisis que nos ha puesto contra las cuerdas, pero también nos ha puesto frente al espejo. Y a muchos europeos no nos ha gustado nada lo que hemos visto de nosotros mismos.

Después de unas discusiones un tanto vergonzantes hemos conseguido que el Eurogrupo dé el primer paso. Ahora, el Parlamento Europeo, en una Resolución acordada, pide un paquete completo y ambicioso al Consejo que se reúne la semana que viene. Con un mensaje inequívoco: Europa no solo se juega su futuro, sino probablemente también su supervivencia, en la gestión de esta crisis. Y dependen, su supervivencia y su futuro, de nuestra capacidad de poner en pie un verdadero plan de recuperación para la economía de este continente. Un plan de recuperación obviamente con deuda común, porque queremos un futuro en común, que así es como se construye el futuro. Un plan de recuperación verde, incluso, sostenible para una economía sostenible.

Como siempre, el mayor enemigo somos nosotros mismos. El mayor enemigo es el egoísmo nacional y la arrogancia que vemos en algunos Estados miembros en el Consejo, que siempre acaba haciendo que todos actuemos demasiado tarde y con demasiado poco. Muchos europeos se preguntan: si no es ahora, ¿cuándo?, para actuar con unidad, solidaridad y ambición. Ahora que la economía mundial colapsa, que los europeos están confinados y hay decenas de miles de muertos encima de la mesa, es el momento de actuar con ambición para uno de los mayores retos de Europa.

Isabel Wiseler-Lima (PPE). – Monsieur le Président, vaincre une pandémie telle que le COVID-19, c'est avant tout maîtriser la maladie, éviter la mort anticipée, protéger de la douleur les malades et leurs proches. Dans le cas présent, cela demande également des mesures sociétales exceptionnelles, forcément liberticides. Déclarer un état d'urgence temporaire est un instrument puissant qui permet la flexibilité nécessaire.

Toutefois, nous devons garantir que l'état de droit et les droits fondamentaux restent protégés. C'est la raison pour laquelle la Commission doit suivre de près les dispositions exceptionnelles prises par les gouvernements des États membres et intervenir si des risques de dérives sont évidents. Les parlements doivent pouvoir continuer à exercer leurs fonctions de contrôle et de législateur.

Sur le plan international, cette crise nous met cruellement face à notre dépendance pour l'approvisionnement de biens essentiels. Nous devons veiller à ce que, à l'avenir, l'Europe soit autosuffisante pour les biens de première nécessité. Ici, il s'agit de médicaments et de matériel médical mais cela doit aussi être le cas pour l'alimentation et autres.

Car quelle marge de manœuvre l'Union européenne a-t-elle, par exemple par rapport à la Chine, quand elle dépend de ses livraisons de masques? Nos reproches face à la dissimulation, au début du virus, ou face à l'opposition de la Chine à la présence de Taïwan à l'OMS restent trop discrets.

Nous devons protéger l'Europe, non pas en nous refermant sur nous-mêmes mais en créant les conditions pour être forts chez nous, protégeons nos infrastructures et nos industries, et sur la scène internationale, afin de pouvoir suivre nos convictions, montrons-nous solidaires des populations les plus exposées et vulnérables de par le monde.

Tonino Picula (S&D). – Poštovani predsjedavajući, kada ima političke volje, nađu se i odgovori i fleksibilnost. Ova nesretna situacija treba nas nadahnuti za efikasnije i solidarnije djelovanje i kada pandemija prođe. Na primjer, višegodišnji financijski okvir, kako sada nevažno izgledaju prepirke hoće li države članice ulagati 1 %, 1,17 % ili 1,3 % BDP-a u zajednički proračun. Zajednički europski izlazak iz krize, najveće od velike recesije tridesetih, traži znatno veće iznose.

Podržavam odluku o prenamjeni preostalih sredstava iz kohezijskih fondova za ublažavanje posljedica pandemije uz podizanje stope sufinanciranja na 100 % u sljedećoj godini. Kohezijska sredstva među zadnjima treba rezati u sljedećem proračunu.

Pozdravljam prijedlog da tri milijarde eura upotrijebimo za nabavku medicinskih uređaja, zaštitne opreme i podržimo medicinske radnike. Pozivam Komisiju i zemlje članice da paze na neproverene oglase po društvenim mrežama i portalima. Nude se maske i dezinficijensi sumnjive kvalitete po neprimjereno visokim cijenama.

Dobar je prijedlog da neutrošena sredstva Fonda za ribarstvo preusmjerimo za pomoć ribarima. Isto predlažem i za sredstva fondova za poljoprivredu i ruralni razvoj. Mali poljoprivredni proizvođači i vinari već sada trpe nepodnošljive štete. Podsjećam da još uvijek čekamo na adekvatne mjere za ublažavanje štete u turističkom sektoru. Posljedice pandemije bit će sanirane očito ogromnim iznosima javnog novca. Ta sredstva traže potpuno transparentno trošenje uz ozbiljnu kontrolu ulaganja i primanja novca, na europskoj i na nacionalnim razinama.

Zaključno, podržavam politički dogovor četiri najveće grupe u zajedničkom usvajanju rezolucije. Mogla je naravno obuhvatiti još elemenata, no u ovom trenutku je važnije političko zajedništvo radi donošenja mjera u korist naših građana.

David Casa (PPE). – Mr President, we are facing a common enemy, an enemy that causes harm no matter who people are and where they come from.

Europe is shaped in times of crisis. It is at times like these that we best understand the importance of coordinated and decisive EU action.

I welcome the progress that is being made to save lives but also to secure livelihoods. The social crisis this pandemic will leave behind could cause more damage than the virus itself. The SURE programme will be crucial to safeguard job retention across the European Union, and national governments must move forward on this proposal.

But we must go even further. We must do even more to support SMEs, the backbone of our economies. They must be given access to support quickly now and in the next financial period. And we must do more, of course, to strengthen the capacity of our healthcare systems. The MMF and in particular the ESF+, for which I am responsible, will be an important tool in this regard. We must make sure that funding continues to flow, and while we will do everything possible to make sure that the new fund will be operational next year, the Commission must prepare contingency measures to ensure that funds will continue to reach those in need.

Mr President, our citizens are depending on us to rise to the occasion. We must not let them down.

Lena Düpont (PPE). – Dear Commissioner, a Union that strives for more still holds true, and it is even more needed than ever before. We all face times of insecurity and anxiety, where there is no screenplay to rely on.

This can be scary. This is already painful with the virus causing tremendous harm to our citizens. We're too close to each other to not feel the pain of our fellow European citizens and our neighbours who are the most hit in Europe. As we ask a lot from our citizens – staying home, distancing from each other, facing the crisis on their own – let their efforts be our guidance and our guiding line.

As we are all working constantly on ways to soften the consequences of the crisis, the EPP Group stands ready to discuss, to negotiate and to deliver. Count on us in your fight against the virus, in your fight for European answers.

We are in this together. We could strive for more and, as it is Parliament's slogan – we will get through this better together.

Maroš Šefčovič, Vice-President of the Commission. – Mr President, when I was here the last time we paid tribute to the heroes of today, to all of them, from doctors, nurses, to shop assistants, police and volunteers helping the elderly and the most vulnerable.

Today, as Ms Düpont has rightly pointed out, we have to express our appreciation to our citizens, who are demonstrating enormous resolve and responsibility in respecting the rules for staying at home, respecting social distancing, which is sometimes very difficult, studying with their children or working from home.

And I think that today, also, this debate has clearly demonstrated that Europe is rising to the challenge. We heard many examples of how the people and the Member States are helping each other, how we learn how to deal with this crisis and how we are preparing for the economic aftershocks, which for sure will come.

And for that I really would like to thank all of you: you honourable Members of this Parliament, for your energy, for your patience and also for expressing what the citizens that you represent feel in your Member States.

The COVID-19 crisis is described by some as a dramatic accelerator – an accelerator for the good in us, and we have seen that in the civic responsibility and the heroism of many people who just make our society function despite this dramatic crisis.

We have seen how our decision-making became faster, and I agree with Mr Mureşan, who said that really, in four or five weeks we did more to tackle the economic aftershocks of this crisis than we did in four years in the previous financial crisis.

But to be honest, COVID-19 has also accelerated this negativism of fake news: dangerous populism, which is testing our democracy, our rule of law. And to all of you who are concerned with this as it was expressed by honourable Member Lamberts, I would just like to assure you that we in the European Commission remain very vigilant as to what is happening in all our Member States, and we are in intensive contact with Hungary, with Poland, and we are analysing all the fake news and all the negativism which is spread on social media and we are telling them to stop it, to minimise it, and they are cooperating with us.

Therefore, all of you – and I think it was very well expressed by Mr González Pons and Ms García Pérez and Mr Ciołoş, that the future of Europe is decided now, and that what we need is a Europe which would be different, which would be more patriotic, more democratic, and stronger.

And therefore, I would say to all of you who expressed very clear opinions on how much we need the development of massive economic investment, today I hope that you would support the package, which is aimed at immediate aid measures. But we all know that we need to invest massively in recovery, in saving our jobs, in protecting our economy from very often hostile and unfair actions.

We need a Marshall Plan for the future of Europe, which will be more solid, which will be sustainable, clean, digital and, as many of you said, more resilient. Only in that way can we develop our future European destiny. We just simply have to bounce forward and we have to use the potential, the Single Market. We have to take maximum benefit and advantage from the twin green and digital revolutions, and we also have to learn the lessons of this crisis in building a more resilient and stronger Europe.

In the past, as you would remember, we had to deal with different dependencies as well. The lessons learned from these dependencies was that we have to be strategic and decide which supplies we have to have simply here at home.

Therefore, we are opening special storage facilities where we are stockpiling the most important medical equipment and medicines. But we also have to look at how to diversify globally and not be simply dependent on one single country or company. And we also have to decide, after good reflection and good analyses, what we need to produce here in Europe, just to be sure that when we would need it most, we will simply have it.

Therefore, I think that all of you who said that we need a more ambitious, more strategic, and more united approach should be applauded. And we need also to have the means to finance this effort. We need a strong MFF, but we need it also in a different shape – simply this time if we need the multi-annual budget, which we can front-load, which we can use almost immediately. So we can focus on the areas where the help is needed immediately – where we can make sure that we would prevent future crises and that we would be bouncing forward into the new economy, that we would fight for high quality jobs, as was mentioned by many of you, by Mr Botenga and Mr de Lange.

And here I will be very open, honourable Members of the European Parliament: we would very much rely on your support to get an ambitious, modern, front-loaded Multiannual Financial Perspective, which would help us to overcome the crisis, modernise Europe, and really deal with the economic aftershocks, which we are all expecting from this crisis.

Several of you raised the issue of protective equipment, masks. I want to reassure you that we are working 24/7 — my colleagues Janez Lenarčič, Stella Kyriakides and Thierry Breton are working very hard to make sure that we would very soon see the good results of the joint procurement, which would make sure that our doctors, our nurses and our citizens have all they need for their work.

I also would like to applaud European industries, where more and more companies are converting their usual production to produce masks, disinfectant gels, or simply started the production of ventilators, which are so much in need in our hospitals. I believe that in a couple of months, with the strong power of the European industry, we will show what I believe will be very impressive results.

Ms Ries raised the issue of the elderly and the most vulnerable. My mother and my mother-in-law in Slovakia are in a similar situation. Therefore, we adapted the funds for European aid for the most deprived and most vulnerable. Let's have a look together and see if the adaptation is far-reaching enough – what can we do more to make sure that we would help also those who need it most?

To conclude, I would just quickly react to two very important remarks. One by Mr Caspary, who was raising the issue of the virus-tracing app. Here I would like to reassure all of you that what we are talking about will be a European app on which the best expertise that Europe can offer is used; that it will be tracing the virus and not tracking people; that it will fully respect protection of personal data. It would be voluntary for the people who would like to use it. It will be anonymous, and in practice it should work in a way that it would inform you by text message that you might have been exposed to the virus and you should take the necessary precautions.

Mr Verhofstadt, Ms Spyraiki, Mr Larroustourou, Mr Silva Perreira, raised, very forcefully, the issue of the MFF recovery plan, and I would add also what we are working on: adapting the Commission work programme, which we want to present to you before the end of the month.

I think that all the measures altogether, as our President, Ursula von der Leyen, highlighted, made it possible that within a short period of time we mobilised more than EUR 3 trillion coming from the Member States and from the European budget. I agree with you, we need more, and I believe that with your support we can get a good multiannual financial perspective. But we also know that to get there, a lot of diplomacy is required, because the decision on MFF is unanimous, and therefore we are working extensively, especially our President, talking to the leaders, making sure that the proposal we put on the table would be ambitious enough but at the same time will be supported by all EU Member States, because this is what we need at this point in time. We want to learn from the past. We want to use leverage. We want to use the best of our policies, which deliver good services and progress to our Member States. And I believe that all these would be properly reflected in our next proposals.

To conclude, I just really would like to thank all of you for your ideas, for your suggestions and the support you demonstrated today, during all these very difficult weeks, and I believe that with your support we will build the new Europe, which will emerge from this dramatic crisis.

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kommissar Šefčovič. Präsident Michel hat mich gebeten, ihn zu entschuldigen, da er früher gehen musste. Seine Mitarbeiter sind der Debatte aufmerksam gefolgt und werden ihm die Stellungnahmen der Abgeordneten möglichst rasch zuleiten.

Gemäß Artikel 132 Absatz 2 der Geschäftsordnung wurden sieben Entschließungsanträge eingereicht.

Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Magdalena Adamowicz (PPE), na piśmie. – Rozprzestrzenianie się COVID-19 na świecie i w Europie stanowi ogromne wyzwanie, przed którym dzisiaj stoimy. Dlatego wyrażam pełne poparcie dla uruchomienia na poziomie Unii Europejskiej dodatkowego finansowania opieki zdrowotnej zmagającej się z pandemią. Dzięki temu Komisja Europejska zakupi i przekaże wszystkim krajom sprzęt medyczny taki jak maski i respiratory. Finansowany będzie również transport pacjentów oraz budowa mobilnych szpitali polowych. To bezprecedensowy akt europejskiej solidarności, początek nowego otwarcia integracji. Wszyscy rozsądni zrozumieli, że tylko razem i tylko silnie współdziałając, damy radę takim katastrofom. A będzie ich coraz więcej, bo pandemia nie zatrzymała katastrofy klimatycznej.

Ostatnie wydarzenia uwydatniły znaczenie wspólnego europejskiego działania. Dlatego w rezolucji Parlamentu Europejskiego domagamy się niezwykle szerokich działań wszystkich unijnych instytucji na rzecz walki z wirusem, ale także szybkiej i mocnej odbudowy i unowocześnienia europejskiej gospodarki. Jednocześnie jednak nie możemy przymykać oczu na działania rządów autorytarnych, które w niektórych państwach członkowskich UE wykorzystują pandemię do ograniczania praw obywateli i zwiększania przywilejów władzy. Europa prędzej czy później z pandemii wyjdzie silniejsza i jeszcze bardziej zintegrowana. Polska musi pozostać częścią demokratycznej Unii Europejskiej.

Атидже Алиева-Вели (Renew), в писмена форма. – Пандемията от COVID-19 не признава граници. В последните седмици ЕК и всички държави членки успяха да демонстрират, че добре координираните политики на ниво ЕС и доброто сътрудничество между държавите членки са в основата на овладяването на пандемията, като следва да са и в основата на разработването на стратегия за преодоляване на икономическите и социалните последици от нея. Силно приветствам предприетите до този момент действия от страна на ЕК и държавите членки и считам, че заедно можем да постигнем още повече.

За огромно съжаление секторът на здравеопазването все още изпитва недостиг на жизненоважна апаратура, защитно облекло и консумативи, което означава, че ЕС и всички държави членки трябва да продължат да работят заедно за укрепване на националните системи за здравеопазване. Огромен брой МСП, стотици хиляди самонаети лица и огромен брой работници са поставени в ситуация на несигурност и ние трябва да мобилизираме всички налични инструменти, за да можем да ограничим загубата на работни места и да подпомогнем осигуряването на нужната ликвидност за МСП. Специални мерки следва да бъдат насочени към най-уязвимите и нуждаещите се хора и секторите, които са най-тежко засегнати, като например земеделие, транспорт и туризъм.

Christine Anderson (ID), *schriftlich*. – COVID-19 ist weit mehr als eine medizinische Krise: Es ist eine gesellschaftliche Krise mit verheerenden Auswirkungen auf unsere Infrastruktur. Nehmen wir die Situation in den Schulen: Sie haben derzeit geschlossen – wie lange, weiß keiner. Erste Überlegungen, z. B. in Niedersachsen, gehen dahin, die Schulen vorerst bis zu den Sommerferien geschlossen zu lassen.

Ich fordere deshalb in einer Entschließung dazu auf, Maßnahmen zu eruieren, um die Bildung unserer Kinder auch dann sicherstellen zu können, wenn ein geregelter Unterricht, wie in der jetzigen Situation, über längere Zeit nicht möglich ist. Wo ist hier das Krisenmanagement? Wo sind hier die Krisensitzungen? Die gibt es nicht! Während also Krethi und Plethi wieder einmal mit Steuergeldern überschüttet werden, hat man keinen Plan, wie die Beschulung unserer eigenen Kinder in dieser Krise aussehen könnte. Und das immer wieder bemühte Gebot der Nächstenliebe kann ich auch nicht mehr hören: Das Gebot der Nächstenliebe gilt in erster Linie unseren Nächsten und nicht dem Über- und Überübernächsten. Mehr noch: Das Gebot der Nächstenliebe wird ad absurdum geführt und geradezu in sein Gegenteil verkehrt, wenn dem Über- und dem Überübernächsten geholfen wird, und zwar auf Kosten unserer Nächsten!

Marc Angel (S&D), *in writing*. – I deem it important that we act against any attacks on LGBTI rights or women's rights, also when these attacks are covered by measures given to Covid-19 pandemic. Access to legal abortion and sexual education must be maintained, also during a sanitary crisis! We, Socialists have a clear line on fighting for LGBTI rights and women's rights, which we will not drop just because we are currently undergoing an exceptional sanitary crisis. In this sense, I strongly condemn the attempts by the Hungarian Government to backtrack on trans- and intersex persons' rights and the attempts of the Polish Government to further criminalise abortion care, stigmatise HIV positive people and undermine young people's access to sexual education! I also underline that Member States must always follow EU rules and therefore internal border controls must be based on the existing legal provisions and must remain exceptional, limited in time, justified, proportionate and transparent. As part of a crisis exit strategy, the restrictions must be lifted as soon as possible. However, at the meantime, cross border travel, in particular in healthcare and elderly care, as well as in the agri-food sector, must not be limited. These concerns must be mentioned in our resolution.

Andrus Ansip (Renew), *kirjalikult*. – Koroonaepideemia on tabanud kõiki riike rängalt. Inimkannatused on olnud kõige suuremad Belgias, Hispaanias, Itaalias ja Luksemburgis. Majanduskahjude ulatust me ei tea, aga eeldatavalt on need rängad kõigis liikmesriikides. Ka tingimustes, kus kõik liikmesriigid on hädas, on liikmesriikide vaheline solidaarsus endiselt oluline.

Pean ühiste eurovõlakirjade väljaandmist vajalikuks. Need tugevdaksid euro kui reservvaluuta positsiooni. Globaalselt on kõikidest reservidest 62% paigutatud USA dollarisse ja ainult 21% eurosse. Euro kui reservvaluuta positsioon tugevneks oluliselt, kui me suudaksime kokku leppida ühistes eurovõlakirjades. Sellest võidaksid madalamate intressimäärade näol nii konservatiivset eelarvepoliitikat jälginud riigid kui ka need riigid, kus valitsussektori võlakoormus on suur.

Debatid ühiste eurovõlakirjade emiteerimise võimalikkusest algasid juba enne euro sündi. Paraku pole ühistes eurovõlakirjades suudetud kokku leppida. Kuni säilib moraalarisk, et konservatiivsema eelarvepoliitikaga riigid peavad ühiste võlakirjade puhul hakkama maksma kõrgemaid intressimäärasid, ühiseid eurovõlakirju ei tule. Debatis pole otstarbekas keskenduda küsimusele, kas ollakse eurovõlakirjade poolt või vastu. Me peaksime püüdlema kogu eurotsoonile kasulike ühiste võlakirjade loomise poole.

Pablo Arias Echeverría (PPE), *por escrito*. – La propuesta de Resolución común sobre la acción coordinada de la Unión para luchar contra la pandemia de COVID-19 y sus consecuencias es una iniciativa presentada conjuntamente por seis grupos del Parlamento Europeo, entre ellos el Grupo PPE. Aborda las medidas adoptadas hasta ahora por la Comisión Europea y propone otras nuevas, incluidas vías de reforma del funcionamiento de la Unión.

Desde mi grupo, el PPE, hemos apoyado esta propuesta de Resolución común, ya que es momento de unir fuerzas. Las instituciones europeas deben estar a la altura de las circunstancias y hacer frente a la pandemia basándose en los principios de solidaridad y responsabilidad. Con esta propuesta de Resolución común pedimos a la Comisión que gestione la crisis sanitaria y social, pero también que recuerde que debemos prepararnos para la recuperación de nuestra economía. Debemos hacer todo lo posible por mantener nuestras empresas a flote, especialmente a las pymes, para proteger el empleo y a nuestros consumidores. El mercado único es una herramienta clave; la recuperación económica y social se verá agilizada si mantenemos las fronteras interiores abiertas.

Por todo ello, pedimos a la Comisión Europea que actúe en coordinación con los Estados miembros para que la Unión Europea salga reforzada de esta crisis.

Άννα-Μισέλ Ασημακοπούλου (PPE), γραπτώς. – πάντοτε ήμουν περήφανη που είμαι Ελληνίδα. Σήμερα ακόμη περισσότερο. Γιατί η Ελλάδα, χάρη στα γρήγορα αντανakλαστικά και την αποφασιστικότητα του πρωθυπουργού της, Κυριάκου Μητσοτάκη, αλλά και την αποτελεσματικότητα της ελληνικής κυβέρνησης, αντιμετωπίζει την πανδημία COVID-19 με υποδειγματικό τρόπο. Ο πρωθυπουργός έθεσε ως πρώτη προτεραιότητα την ευθύνη απέναντι στην ανθρώπινη ζωή. Ο ελληνικός λαός ανέλαβε τις δικές του ευθύνες, ηρωικά, στην πρώτη γραμμή της μάχης και σε κάθε σπίτι. Παρά την μακροχρόνια κρίση, η Ελλάδα υλοποιεί ένα φιλόδοξο πρόγραμμα αντιμετώπισης των συνεπειών του κορονοϊού με όρους αλληλεγγύης και δικαιοσύνης. Κάνει άλματα σε θέματα ψηφιακού μετασχηματισμού και στην ενίσχυση του συστήματος υγείας. Πάντα με σεβασμό στη δημοκρατία και τις θεσμικές της λειτουργίες.

Η πανδημία δεν κάνει διακρίσεις, δεν γνωρίζει σύνορα και εθνικότητες. Για να νικήσουμε τον κοινό εχθρό, πρέπει όλα τα κράτη μέλη να αναλάβουν τις ευθύνες τους. Με όρους αλληλεγγύης να μοιραστούμε τα βάρη, όχι του παρελθόντος, αλλά αυτά που προκύπτουν για όλους μας, για να ανακάμψουμε. Η Ευρώπη βρίσκεται σε ένα υπαρκτό μεταίχμιο. Θα πρέπει να κάνει τώρα «ό, τι χρειάζεται» με όρους ευθύνης, αλληλεγγύης και δημοκρατίας. Η Ελλάδα δείχνει τον δρόμο στην Ευρώπη. Και εγώ θα είμαι πάντα υπερήφανη που είμαι Ελληνίδα και θέλω να παραμείνω υπερήφανη που είμαι Ευρωπαία.

Adam Bielan (ECR), in writing. – Unfortunately, facing the COVID-19 pandemic showed that the European Commission has not reacted in due time: the measures adopted were not sufficient and its coordination role was lacking. Now more than ever we need strong, adequate and timely measures to protect our citizens, our economies including the most impacted sectors, and also the Single Common Market.

I welcome the emergency funds and the exceptional measures that allow more flexibility in the use of EU cohesion and structural funding to alleviate the effects of the coronavirus. Nevertheless, I am also calling for a more coordinated European action to protect EU citizens and support the economy during and especially after this unprecedented crisis. As many of my colleagues, I call the Commission for a common recovery plan within a new, ambitious and long-term budget to mitigate the socio-economic and financial effects of the lockdown.

This would prove essential in order to maintain EU's credibility, solidarity and unity among its Member States. This crisis affects everyone and this is crucial that all necessary measures are timely debated and adopted.

Dominique Bilde (ID), par écrit. – Alors que la crise sanitaire aurait dû être l'occasion de présenter une preuve concrète de la solidarité européenne en action, force est de constater que la générosité s'est exercée envers le monde entier, avant les nôtres. Encore ce 22 avril, la Commission dévoilait une série d'aides exceptionnelles à destination du «voisinage» de l'Union – notion qui comprend aussi bien les États des Balkans que la Tunisie ou la Jordanie – pour un montant de trois milliards d'euros. Pire, en dépit de certaines actions louables, comme l'accueil par l'Allemagne de patients français, la crise aura souligné les tensions persistantes entre les États membres, au point que même la présidente de la Commission européenne a dû s'en expliquer.

Plus avant, cette tragédie révèle les failles du modèle européen de développement économique, que le mouvement politique que je représente dénonce de longue date. À savoir l'abandon de toute souveraineté industrielle, en l'espèce en ce qui concerne la production de médicaments et de matériel médical. A l'heure où certaines voix s'élèvent aux États-Unis pour réclamer le rapatriement de ces productions vitales, combien de drames humains faudra-t-il pour que l'Union fasse, à son tour, son aggiornamento ?

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Dėl visame pasaulyje ir Europoje išplitusio viruso COVID-19 jau tragiškai mirė daugybė tūkstančių žmonių Europoje ir pasaulyje, padaryta nepataisoma žala ir per milijardą žmonių yra izoliuoti savo namuose. Ši krizė parodė, jog Europos Sąjungai ir jos valstybėms narėms, deja, nepakako solidarumo susitelkti ir bendrai koordinuoti savo atsaką į šią pandemiją. Tebesitęsianti pandemija ir izoliacija itin palietė pažeidžiamiausias visuomenės grupes, įskaitant vyresnio amžiaus žmones, neigalius žmones, asmenis, kurie jau kenčia nuo prastos sveikatos, taip pat su smurtu šeimoje susiduriančius žmones, ypač moteris ir vaikus. Šios krizės suvaldymui būtinos skubios ir nebiurokratiškos priemonės, kad galėtume sutelkti turimus finansinius pajėgumus užtikrinti reikalingos medicininės įrangos ir apsauginių priemonių prieinamumą, didelius tyrimų pajėgumus bei finansavimą vaistų ir vakcinų tyrimams. Niekas nežino, kiek ilgai tęsis ši krizė, tačiau jos ekonominiai ir socialiniai padariniai bus ilgalaikiai ir žalingi. Todėl Komisija privalo pateikti naują ir prie dabartinės situacijos pritaikytą daugiametę finansinę perspektyvą, nukreiptą į socialinės gerovės stiprinimą bei ekonomikos atgaivinimą. Privalome turėti Europinę vaiko garantiją, nedarbo išmokų

perdraudimo Europinę schemą, minimalų darbo užmokestį, tam, kad užtikrintume labiausiai pažeidžiamų žmonių saugumą.

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – A határozattal az eredeti cél az volt, hogy az Európai Parlament kifejezze: veszélyhelyzet idején kész egységesen fellépni az európaiak életének védelme érdekében, illetve hogy az európai gazdaság mielőbb magára találjon a járvány után. Sajnos a szöveghez, mivel azt a balliberális erők felvizezték és ideológiai küzdelem tárgyává tették, végül csak négy frakció adta a nevét; így a terv meghiúsult, súlyosan gyengítve a határozat legitimitását. Ráadásul olyan témákat erőszakoltak bele, amelyeknek semmi köze az eredeti célhoz, például a migránsok áthelyezése, az Európai Ügyészség vagy a többségi döntéshozatalra áttérés. A szöveg kedvezőtlen összefüggésben említi Magyarországot és Lengyelországot, amelyek pedig a koronavírus-járvány kezelésében kifejezetten jól teljesítenek. Elfogadhatatlan, hogy a magyar kormány által hozott intézkedéseket súlyos tárgyi tévedéseken keresztül mutatja be. Mindez az EP hitelességét is rombolja. Az Európai Unió polgárai nem kicsinyes pártpolitikai játszmákat várnak az Európai Parlamenttől, hanem hathatós, gyors és kézzelfogható intézkedéseket, amelyek érdemben tudnak segíteni a járvány és az annak következtében kialakuló gazdasági válság leküzdésében, illetve amelyek enyhítik az EU szerveinek téves helyzetfelismeréséből adódó késlekedését. Nem arra van szükség, hogy egyes tagállamok kritizálásával leplezze az Európai Unió a megkésett választ! Itt most emberéletekről lehet csak szó, nem pedig arról, hogy az intézmények egyes tagállamokat rossz hírbe hoznak ideológiai csatározás ürügyén.

Milan Brglez (S&D), pisno. – EU je tako v preventivni kot začetni fazi odziva na pandemijo novega koronavirusa nastopila pretežno neusklajeno, stihijsko in premalo odločno. V času od vzpostavitve popolne karantene v italijanski Lombardiji, wuhanskega scenarija na evropskih tleh, ki ga nihče ni pričakoval (ali hotel predvideti), pa do danes je prišlo do očitnega premika še zlasti držav članic iz reaktivne v bolj proaktivno vlogo celotne EU.

Tudi drugi sveženj predlogov Komisije, o katerem glasujemo v Parlamentu, potrjuje dejstvo, da je ta vloga solidarna, tako kar se tiče boja z brezposelnostjo, pomoči delavcem v malih in srednjih podjetjih, kot tudi krepitve sistemov javnega zdravstva ter skupnega mehanizma za civilno zaščito.

Če je evropska solidarnost v trenutni fazi pomembna (in kot kaže tudi učinkovita) pri nujnih kolektivnih odzivih na posledice pandemije, bo ta eksistencialna v fazi odziva na gospodarsko krizo in recesijo. Ta odziv pa ne sme v nobenem primeru potisniti na stranski tir ideje o evropskem zelenem dogovoru, kot to nepremišljeno in neodgovorno zagovarja evropska konservativna politika.

Ravno trenutna kriza kaže na določene bistvene anomalije ekonomskega sistema in negativne učinke njegovih skrajnosti. Poleg tega pa očitno izpostavlja tudi tista področja, kjer nedvomno potrebujemo „več Evrope“. EU moramo zato začeti obnavljati danes, da bomo lahko gradili njeno prihodnost – bolj poenoteno, socialno in pravično zeleno.

Joachim Stanisław Brudziński (ECR), na piśmie. – Dziękujemy tym, którzy walczą na wszystkich frontach spowodowanych pandemią. Solidaryzujemy się e wszystkimi, którzy ucierpieli z powodu pojawienia się wirusa COVID-19. Cieszymy się z każdego gestu solidarności międzyludzkiej i międzynarodowej.

Nie było po II wojnie światowej sytuacji tak trudnej i niebezpiecznej, która coraz bardziej uderza w społeczeństwa i gospodarki całego świata. Każde państwo walczy o zdrowie i życie swoich obywateli. Również Polska stawia czoło obecnej sytuacji, podejmując niezbędne działania na rzecz obrony swoich obywateli, działając zgodnie z literą prawa. Niestety nie przeszkadza to w ingerowaniu przez polityków i instytucje europejskie nawet w kwestie ideologiczne czy światopoglądowe, które to obszary są przecież poza kompetencjami Unii Europejskiej. Jestem głęboko przekonany, że mamy wiele bardziej istotnych tematów, którymi winniśmy zająć się wspólnie, jak i indywidualnie w ramach każdego państwa. Czemu ma służyć atakowanie Polski i Węgier w sposób tak tendencyjny? Przykładowo: Węgry krytykowane są za wprowadzenie stanu wyjątkowego. Polska zaś – za brak wprowadzenia takiego stanu.

Nasze działania muszą być skoordynowane na poziomie międzynarodowym. Skoncentrujmy się na konkretnych działaniach, które pomogą nam maksymalnie jak to możliwe przeciwdziałać skutkom pandemii, gdyż niestety wiele wskazuje na to, iż przed nami jeszcze długa i trudna walka. Dlatego dziwne i niezrozumiałe jest atakowanie mojego kraju również w czasie obecnym.

Cristian-Silviu Buşoi (PPE), *in writing*. – In the context of the current crisis, one of the priorities of the ITRE Committee is to protect Europe's 25 million small and medium enterprises, as well as the sectors of industries most affected, including those sectors that are suffering from disruption of supply chains. Accordingly, I reinforce the call for a European horizontal strategy for SME recovery to support them by providing continuous access to finance, reducing red tape and fostering investments in strategic value chains. I express support for the reintegration of supply chains inside the EU and for the proposal for a Health Autonomy Action in strategic areas such as Active Pharmaceutical Ingredients (API). In the same context, I highlight the importance of strengthening the competences, budget and staff of the ECDC and EMA, to enable these agencies to efficiently coordinate medical responses during crisis. I am convinced that the EU recovery package will have at its core enough financial resources. Finally, the COVID-19 crisis proved one more time the necessity to further integrate EU space programs Galileo and Copernicus. The added value of these systems along with the use of artificial intelligence play a decisive role in combating pandemics and crisis.

Jorge Buxadé Villalba (ECR), *por escrito*. – En los últimos tres meses, el Parlamento Europeo ha sido noticia por tres cosas: por aprobar la «emergencia climática», por cantar de la mano cuando se fue el Reino Unido y por invitar a Greta a dar una conferencia en plena pandemia, con el edificio cerrado incluso a las visitas de Estado. Estas eran las prioridades de este Parlamento hasta que nos azotó el coronavirus de Wuhan.

Ahora, los grupos del consenso nos piden que nos sumemos a una propuesta de Resolución común que pide dar aún más poderes y más organismos burocráticos a la Unión Europea en detrimento de las naciones. No han aprendido nada. Si algo nos ha enseñado esta emergencia es que, a la hora de la verdad, las instituciones que valen son la familia y la comunidad nacional. Son ellas las que nos sacarán de esta crisis. No podemos seguir sacrificando estas instituciones en el altar de la corrección política, la burocracia y los pactos verdes. Europa debe ayudar, no estorbar.

Votaremos sí a las ayudas económicas para paliar esta emergencia, o a que se investigue el papel de la dictadura china en la propagación de esta pandemia, pero no a los planes para avanzar en la agenda federalista.

Sara Cerdas (S&D), *por escrito*. – A UE confronta-se atualmente com uma pandemia sem precedentes. A atual conjuntura levantou problemas transversais a todos os Estados-Membros, que se traduzem em graves consequências económicas e sociais. Diariamente temos assistido às consequências provocadas por esta crise de saúde pública e percebemos que a área da saúde é transversal a todas as áreas da sociedade.

Mais do que nunca, é imperativo que a UE fale a uma só voz. É determinante unir esforços e trabalhar para criação de um Mecanismo Europeu de ameaças à Saúde Pública. Este mecanismo irá permitir não só fazer o controlo e preparar uma resposta coordenada para os eventuais surtos que possam surgir na UE, mas também para uma planificação ambiciosa em termos sociais e económicos, de modo a proteger os diferentes setores, trabalhadores e famílias.

Importa lembrar que as Regiões Ultraperiféricas da União Europeia (RUP) têm características socioeconómicas muito específicas, e mais do que nunca é preciso dar uma atenção redobrada ao artigo 349.º do TFUE. Este artigo deverá ser transversal às matérias legislativas nos diversos setores. Espero que a Comissão Europeia dê fortes sinais de solidariedade, desenvolvendo pacotes e medidas concretas de recuperação, reconstrução e de investimentos para apoiar a economia das RUP. Unidos, somos mais fortes.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – La pandemia di Covid-19 rappresenta la più grave e drammatica crisi che l'Europa si trova a dover affrontare dal secondo dopoguerra, con i suoi elevatissimi costi umani, economici e sociali.

L'Unione europea ha assunto e deve continuare ad assumere iniziative forti, immediate e concrete per assicurare un'azione coordinata ed efficace nel contrastare la pandemia e le sue conseguenze. Questo è necessario, non solo per garantire nell'immediato cure e assistenza ai cittadini, ma anche per ridurre l'impatto sul tessuto economico e sociale degli Stati membri, e per impedire che la crisi si trasformi in una questione criminale.

Come ogni crisi, anche questa rischia di rappresentare un'opportunità per le organizzazioni criminali, abilissime nello sfruttare disagio sociale e difficoltà economiche. Dobbiamo impedire che i gruppi criminali organizzati usino le loro ingenti risorse e liquidità per conquistare aziende ed attività in crisi, o che si inseriscano nel business dei dispositivi di protezione, sfruttando la scarsità di offerta.

Anche per queste ragioni è necessario che l'Unione europea sfrutti ogni margine di intervento per garantire agli Stati membri la possibilità di sostenere concretamente lavoratori ed imprese e per realizzare un sistema coordinato ed efficace di acquisto e distribuzione di beni essenziali nella lotta al Coronavirus.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Η ΕΕ και οι Ευρωπαίοι πολίτες βιώνουν μία πρωτοφανή κρίση εξαιτίας του κορωνοϊού. Δυστυχώς, μετρούμε τεράστιες ανθρώπινες απώλειες, ενώ αρχίζουν να σημειώνονται ιδιαίτερα αρνητικές οικονομικές επιπτώσεις. Η ΕΕ οφείλει να παρέμβει άμεσα και αποφασιστικά για την αντιμετώπιση της επερχόμενης οικονομικής κρίσης. Από την πρώτη στιγμή τονίσαμε τη σημασία της έκδοσης ευρωομολόγου, ως του πιο ενδεδειγμένου οικονομικού μέσου για την αντιμετώπιση της επερχόμενης ύφεσης της ευρωπαϊκής οικονομίας. Η ΕΕ οφείλει να αρθεί στο ύψος των περιστάσεων, να αποδείξει εμπράκτως ότι είμαστε μία πραγματικά Ενωμένη Ευρώπη, με αλληλεγγύη και κοινούς στόχους. Εάν σε αυτές τις κρίσιμες ώρες η ΕΕ υστερήσει και δεν ανταποκριθεί στις προσδοκίες των πολιτών δεν θα χάσει απλά μία μάχη, πιθανώς να κινδυνεύσει και το ίδιο το ευρωπαϊκό οικοδόμημα.

Josianne Cutajar (S&D), bil-miktub. – Ir-rispons spedit tal-UE għall-COVID-19 hu essenzjali. Ġibna s-sahha tan-nies fuq quddiem u bdejna nhejju biex intaffu l-piż tal-impatt soċjali u ekonomiku li diġà bdejna nhossu. Urejna flessibilità regolatorja u qed nipproteġu l-haddiema fid-diversi setturi.

Hu fatt li l-virus tella' fil-wiċċ diversi sfidi. Intant fadal deċiżjonijiet ohra fuq livell Ewropew li jheggu soluzzjonijiet sensibbli fi swieq differenti, li filwaqt li jasserixxu d-drittijiet tal-konsumatur, jaċcertaw futur għal setturi importanti u l-haddiema u l-familji li jiddependu minnhom.

Fejn tidhol il-migrazzjoni fil-Mediterran, ilna s-snin twal insejhu għal soluzzjoni fit-tul u ma wasalniex. Li pajjiż, zgħir jew kbir, jithalla jaffaċċja krizi umanitarja, f'nofs krizi ta' sahha pubblika li diġà swietlu l-hajjiet, minghajr ma jsib warajh Unjoni disposta li tikkoordina kontribut kollettiv u effettiv biex jiġu salvati l-hajjiet, iqajjem mistoqsijiet aktar milli jagħti tweġibiet; ċertament ma jirrapprezentax is-solidarjetà Ewropea kif nemmen fiha jien. L-emergenza ta' sahha pubblika qed titfa' pressjoni fuq ir-riżorsi ta' kull pajjiż. F'din is-sitwazzjoni, riskju għal membru huwa riskju għal membri kollha.

F'dan id-dawl nistenna li s-solidarjetà li l-UE qed turi fit-tqassim ta' oġġetti essenzjali u kura medika, tkun riflessa fir-responsabbiltà għal persuni li qed jaqsmu l-Mediterran lejn l-Ewropa. Din hija s-siegħa tal-prova għall-UE, li tiddetermina l-valuri tagħha bil-fatti.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – The EU must make up for its delay in responding to the COVID-19 crisis, as has been admitted by the European Commission President herself. We need a European Union that welcomes ambitious plans and adopts mature efforts that show citizens that EU growth, protection, solidarity and support are not selective. The mistakes of the 2008 financial crisis cannot be repeated. The Green Deal must be at the recovery plan's core. Developing a long-term sustainable economy plan will make the EU more resilient and will further strengthen the social pillar. We need as a matter of urgency a strong protection net to support the most vulnerable and our workers, self-employed and SMEs. The joint procurement of medical supplies at the EU level, especially for smaller Member States like Malta, is vital and it must be ensured when the COVID19 vaccine becomes available. The pandemic has accentuated the bloc's vulnerabilities. Amidst the crisis, irregular migration continues. For years we urged for a common response, and in the most time of need, this is not happening. Malta, Italy and Greece cannot be left alone. Pledges must be honoured and to be believed solidarity must not remain words on paper but be effectively implemented.

Johan Danielsson (S&D), skriftlig. – Den pågående coronakrisen visar på vikten av ett välfungerande transportsystem. Transporter behövs för att tillhandahålla viktiga mediciner och livsmedel, men även för att säkra vår ekonomi. Det gäller för alla EU-länder. Vår gemensamma inre marknad och våra gemensamma regler är en styrka i tider av kris. Därför är jag glad att Europaparlamentet nu antar en ståndpunkt gällande EU:s hantering av coronakrisen, som betonar vikten av EU:s transportsystem men också av arbetstagarnas hälsa och säkerhet. En säker arbetsmiljö ska finnas i alla sektorer. Vi måste säkerställa en god arbetsmiljö både för de arbetstagare som jobbar under pågående kris, och för de som nu ska gå tillbaka till sin arbetsplats. Om vi förväntar oss att arbetstagare steg för steg ska starta igång ekonomin igen, måste de kunna lita på att inga ekonomiska faktorer eller vinstgenvägar gör att deras säkerhet urholkas. Ingen ska behöva vara orolig för att utsätta sin hälsa för fara när man arbetar och tar ansvar. EU-kommissionen bör komma med riktlinjer för

hur vi tillförsäkrar en säker arbetsmiljö när ekonomin ska återstartas, och se till att medlemsstaterna och arbetsgivarna följer de EU-regler som finns på området.

Margarita de la Pisa Carrión (ECR), *por escrito*. – La crisis del virus de Wuhan ha puesto de manifiesto que, pese a las buenas intenciones de la UE, su pesada maquinaria le impide una actuación rápida y efectiva, desde la compra centralizada de equipos de protección a la creación de los corredores verdes. La falta de coordinación inicial y los diferentes enfoques nacionales implementados, transformaron el principio de solidaridad en una visión individualista, paralizando el mercado interior y dificultando el suministro de bienes básicos para enfrentarse a la pandemia, como guantes, test y mascarillas.

La situación sigue siendo dramática, especialmente entre nuestros mayores, abandonados por la sociedad para la que trabajaron y privándoles en muchas ocasiones de tratamientos por razones de edad, condenándoles a muerte. Tenemos que centrar los esfuerzos en el ámbito sanitario y en salvar vidas.

Hasta entonces, la actividad económica no podrá funcionar correctamente, pero tampoco podemos llegar tarde o quedarnos cortos. Es necesario reorientar las prioridades comunitarias para adaptarlas a la realidad. Es necesario garantizar liquidez a pymes y autónomos y reducirles o eliminarles impuestos para que puedan sobrevivir a la crisis, ya que han visto como su recaudación ha caído a cero. En caso contrario, desaparecerán para siempre y, con ellas, puestos de trabajo.

Klára Dobrev (S&D), *írásban*. – Köszönöm a Bizottságnak a beszámolót, és külön köszönöm az őszinte, néhol önkritikus szavakat is. Hallom a tagállamok kritikus megjegyzéseit is – most nem a magyar kormányra gondolok, amely reflexből mindig és mindenért szidalmazza az európai intézményeket – és megvallom, magam megértőbb vagyok a Bizottsággal kapcsolatban. Ez a helyzet nem csak a 460 millió európai polgár számára precedens nélküli, hanem a Bizottság számára is. Bár a tagállamok lennének néha önkritikusak, mint ahogy ma a Bizottság elnöke volt. Mindezzel együtt, a Bizottság a kezdeti bizonytalanság után hamar magára talált, és kiváló javaslatokat tett az asztalra. Nem a Bizottság felelőssége, hogy az egészségügy területén ilyen világjárvány esetén sincs komolyabb feladatköre.

Minden hatáskör a tagállamoknál van, és engem elsősorban az, hogy egyes tagállamok szembe mennek az ajánlásokkal, majd saját mulasztásaikért az Európai Uniót hibáztatják. Pedig azt már most lehet látni, hogy nem lehetséges hatékonyan legyőzni világjárványokat tagállamonként eltérő módszerekkel. Ennek a mostani drámai helyzetnek a legfőbb következtetése az legyen, hogy egyesítenünk kell erőinket. Létre kell hoznunk egy Egészségügyi Uniót, amely az egyéni és helyi betegségeken túli nagyobb járványok leküzdését az Európai Unióra bízta, és megteremti ennek anyagi és intézményi feltételeit is. Ez járvány és a válság mindennél jobban mutatja, mennyire egymásra vagyunk utalva. Egységesen sokkal erősebbek leszünk!

Laura Ferrara (NI), *per iscritto*. – Le scuse formulate all'Italia per quanti in Europa sono stati assenti e sordi alle sue richieste di solidarietà hanno fatto comprendere i ritardi dell'Unione europea nella promozione di un'azione coordinata per combattere il Covid-19 e le sue conseguenze sanitarie e socio-economiche. Alcuni Stati membri dovrebbero prendere esempio da ciò che milioni di cittadini europei, dimostrando responsabilità nel rispettare le regole di contenimento, hanno appreso da tempo: bisogna proteggersi a vicenda per proteggere meglio se stessi e chi ha più bisogno. Il benessere dell'intera UE dipende dal benessere di ciascuno Stato membro. Quegli stessi cittadini volgono lo sguardo anche alle istituzioni europee per ottenere le tutele necessarie a fronteggiare la crisi, mitigare l'impatto della pandemia e far ripartire l'economia. È il momento per l'UE di mettere da parte diffidenze e divisioni nazionali, di dimostrare di essere una Comunità in cui nessuno deve rimanere indietro. Si abbia il coraggio e l'ambizione di seguire la strada indicata dall'Italia e da altri Stati: la ripresa e la ricostruzione hanno bisogno non solo di fondi e di strumenti finanziari esistenti, ma di più ingenti risorse a cui accedere tramite un innovativo «Recovery Fund», un fondo con titoli comuni europei per finanziare i Paesi più colpiti.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Apesar da propaganda, a resolução discutida nesta sessão não destoa das posições até agora assumidas pelas demais instituições da UE, confirmando um quadro marcado pela total ausência de solidariedade e pelas insuficiências da resposta às consequências da COVID-19. A crise de que aqui se fala estava já em gestação, sendo inseparável das consequências das políticas e orientações da UE. As implicações associadas ao surto de COVID-19 detonaram-na, deram-lhe novos e inesperados contornos, agravaram-na.

A COVID-19 constitui um enorme problema de saúde pública, com enormes consequências económicas e sociais. Mas estas consequências, os impactos sobre os trabalhadores e nos povos, dependem do contexto económico e social em que se opera a resposta à pandemia. Sob o capitalismo, como se está a demonstrar, essas consequências serão sempre mais penosas, para a esmagadora maioria da população, do que aquilo que seria necessário.

A situação com que os trabalhadores e os povos estão confrontados exige significativas medidas de investimento público na proteção da saúde, na proteção social dos mais afetados e desfavorecidos, na defesa dos salários e do emprego com direitos, e no relançamento da atividade económica. A amplitude e profundidade da resposta necessária requer a libertação dos constrangimentos impostos pela UE e a recuperação de imprescindíveis esferas de soberania dos Estados.

Anna Fotyga (ECR), *na piśmie*. – Pandemia nie zmienia istniejących zagrożeń w dziedzinie bezpieczeństwa. Aktorzy tacy jak Rosja, Chiny czy Iran kontynuują cyberataki i kampanie dezinformacyjne. W Donbasie wciąż giną ukraińscy żołnierze. Na okupowanym Krymie nie ustają represje wobec Tatarów. Nikt nie ponosi odpowiedzialności za zdrowie mieszkańców okupowanych gruzińskich regionów. Reżim Asada przy wsparciu Kremla dokonuje kolejnych zbrodni, nie oszczędzając szpitali. Wymienione państwa próbują wykorzystać międzynarodowe fora do wzmocnienia swojej pozycji. Manipulując faktami, Rosja zabiega o zniesienie sankcji. Chiny, które przez długi czas kamuflowały skalę zagrożenia, prowadzą zakrojoną na szeroką skalę kampanię wizerunkową. Zamiast zabiegać o względy Pekinu, powinniśmy więcej uwagi poświęcić poznaniu dobrych praktyk i doświadczeń naszych azjatyckich demokratycznych partnerów, jak Tajwan czy Korea Południowa.

Żałuję, że ze strony Komisji nie padło dziś żadne słowo na te tematy. Zbyt mało usłyszeliśmy także o roli innych organizacji, w tym NATO, którego samoloty, sprzęt, specjaliści służą dziś naszym społeczeństwom. Brakowało mi także informacji na temat wsparcia badań nad opracowaniem szczepionek i leków – co przecież jest najważniejsze dla pokonania pandemii – w tym współpracy z USA, gdzie mieszczą się najnowocześniejsze i największe światowe laboratoria badawcze. Zgadzam się z moim włoskim kolegą Raffaelem Fitem, który przestrzegał, aby Komisja i unijne instytucje nie uciekały od odpowiedzialności za swoje błędy i zaniechania poprzez polityczne ataki na państwa członkowskie, w tym Polskę.

Εμμανουήλ Φράγκος (ECR), *γραφώς*. – ήρθε η στιγμή που η Ευρώπη πρέπει να αποδείξει την αλληλεγγύη της και να διασφαλίσει την ευημερία των πολιτών της. Άμεση πρέπει να είναι η απόκρισή μας στα προβλήματα της οικονομίας, με το βλέμμα στραμμένο στην επόμενη ημέρα. Ο πρωτογενής τομέας πρέπει να ενισχυθεί και να προστατευτεί. Οι μικρομεσαίες επιχειρήσεις κινδυνεύουν με διάλυση. Πέραν των άμεσων ενισχύσεων, τα κράτη μέλη καλούνται να εξασφαλίσουν την απαραίτητη ρευστότητα για την επόμενη ημέρα. Πολίτες που έχουν χάσει το εισόδημά τους δυσκολεύονται να καλύψουν ακόμη και βασικές τους ανάγκες. Έχουμε χρέος να φροντίσουμε, ώστε βασικά αγαθά να μη λείψουν από κανένα πολίτη της Ευρώπης λόγω της πανδημίας. Τα συστήματα υγείας των κρατών μελών δοκιμάζονται σκληρά. Το ίδιο και όλοι οι τομείς της οικονομίας, όπως ο τουρισμός, η βιομηχανία, η αλιεία, το εμπόριο.

Ως Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να διασφαλίσουμε ότι η απαραίτητη αυτή χρηματοδότηση της οικονομίας των κρατών μελών δε θα δημιουργήσει μία νέα μεγάλη κρίση χρέους. Ζητάμε μέτρα για τη διαγραφή του νέου χρέους, μέτρα που μακροπρόθεσμα θα βοηθήσουν τις οικονομίες μας να αναπτυχθούν και να μακροημερεύσουν. Είμαστε αντίθετοι στα ημίμετρα και τον δανεισμό, καθότι έτσι ξορκίζουμε το πρόβλημα, για να το βρούμε μπροστά μας αργότερα διογκωμένο και μη διαχειρίσιμο.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A koronavírus járvány elleni küzdelemre irányuló összehangolt fellépésről szóló határozatra nagy szükség lett volna ha az valóban arról szólna, amiről szólnia kellene, emberéletek mentéséről, együttműködésről és szolidaritásról. Sajnálatos módon azonban nem váltja be a hozzá fűzött reményeket, mert megint ideológiai küzdelem eszközévé teszi azt a Parlament többsége. Mantraszerűen ismételtén Magyarországot és Lengyelországot állítja igaztalanul szegénypadra, két olyan tagállamot, amelyek a koronavírus-járvány kezelésében kifejezetten jól teljesítenek más tagállamokhoz képest. Végképp elfogadhatatlan és mutatja az ideológiai orientáltságát, bizonyítja a kettős mércét, hogy a magyar kormány által hozott intézkedéseket súlyos ténybeli tévedések (hamis állítások) alapján ítéli el. Mindez az EP mint intézmény hitelességét rombolja. Az Európai Unió polgárai nem kicsinyes pártpolitikai játszmákat várnak az Európai Parlamenttől, hanem olyan hathatós, gyors és kézzelfogható intézkedéseket, amelyek érdemben tudnak segíteni a járvány és az annak következtében kialakuló gazdasági válság leküzdésében, illetve amelyek enyhítik az EU szerveinek téves helyzetfelismeréséből adódó késlekedését. Nem arra van szükség, hogy egyes tagállamok kritizálásával leplezze az Európai Unió a megkésétt választ a járvány okozta válságra! Itt most emberéletekről van szó!

Enikő Győri (PPE), írásban. – A határozattal az eredeti cél az volt, hogy az Európai Parlament kifejezze: veszélyhelyzet idején kész egységesen fellépni az európaiak életének védelme érdekében, illetve hogy az európai gazdaság mielőbb magára találjon a járvány után. Sajnos a szöveghez, mivel azt a balliberális erők felvizezték és ideológiai küzdelem tárgyává tették, végül csak négy frakció adta a nevét; így a terv meghiúsult, súlyosan gyengítve a határozat legitimitását. Ráadásul olyan témákat erőszakoltak bele, amelyeknek semmi köze az eredeti célhoz, például a migránsok áthelyezése, az Európai Ügyészség vagy a többségi döntéshozatalra áttérés. A szöveg kedvezőtlen összefüggésben említi Magyarországot és Lengyelországot, amelyek pedig a koronavírus-járvány kezelésében kifejezetten jól teljesítenek. Elfogadhatatlan, hogy a magyar kormány által hozott intézkedéseket súlyos tárgyi tévedéseken keresztül mutatja be. Mindez az EP hitelességét is rombolja. Az Európai Unió polgárai nem kicsinyes pártpolitikai játszmákat várnak az Európai Parlamenttől, hanem hathatós, gyors és kézzelfogható intézkedéseket, amelyek érdemben tudnak segíteni a járvány és az annak következtében kialakuló gazdasági válság leküzdésében, illetve amelyek enyhítik az EU szerveinek téves helyzetfelismeréséből adódó késlekedését. Nem arra van szükség, hogy egyes tagállamok kritizálásával leplezze az Európai Unió a megkésett választ! Itt most emberéletekről lehet csak szó, nem pedig arról, hogy az intézmények egyes tagállamokat rossz hírbe hoznak ideológiai csatározás ürügyén.

András Gyürk (PPE), írásban. – A koronavírus-világjárvány elleni küzdelem több mint egy hónapja tart. A pandémia alapjaiban változtatta meg az európai polgárok mindennapjait, akik felelős módon alkalmazkodtak az új helyzethez. Az Európai Uniónak is fel kell nőnie a feladathoz. Ezért számos területen a válság kezeléséhez az eddigi stratégiák újragondolására van szükség. A koronavírus rávilágított az Unió kiszolgáltatottságára. Kiderült, hogy számos kulcsfontosságú ipari és egészségügyi értéklánc esetében a tagállamok külső szereplők segítségére szorulnak. Új ipari stratégiára van szükség, amelyben az Európai Unió stratégiai autonómiájának növelése kiemelt fontossággal kell, hogy bírjon. A kkv-k, a családi gazdaságok és az egyéni vállalkozások mintegy 100 millió ember megélhetését biztosítják Európa-szerte. Ezért a fennmaradásuk az európai gazdaság túlélésének záloga. Új kkv-stratégia kell, amely a tagállami sajátosságok figyelembevételével, azon vállalkozások támogatását helyezi előtérbe, melyeket a válság leginkább fenyeget. Végül, a sikeres válságkezelés csak egymás tiszteletben tartása révén lehetséges. A politikai vitáknak és az ellentétek szításának nincs itt az ideje. Most minden erőnket a polgárok egészségéért, jólétéért és biztonságáért való küzdelemre kell fordítanunk. Ez a kulcsa annak, hogy az Unió a járvány után mielőbb magára találjon, ami mindannyiunk közös érdeke.

Robert Hajšel (S&D), písomne. – Netreba opakovať, že pandémia COVID-19 vyvolala bezprecedentnú krízu, ktorú samotná Únia prežije, iba keď bude jednotná a nápomocná štátom a občanom. Po celom rade opatrení schválených minulý mesiac pribúdajú ďalšie, ktoré rozviažu ruky vlád, aby prijímali účinné opatrenia a pomohli im prekonať ťažkosti v zdravotníctve a v ekonomike. Viaceré opatrenia mali prísť o niekoľko týždňov skôr. Riešiť musíme akútne problémy, ale už dnes sa treba pripraviť aj na deň po koronakríze a tiež na to, že táto kríza nemusí byť poslednou. Treba preto diskutovať aj o posilnení kompetencií EÚ v oblasti zdravotníctva, ktoré by umožnili rýchlejšiu reakciu a účinnejšiu koordináciu postupu jednotlivých štátov od začiatku. Verím, že vyčlenené 3 miliardy eur na zabezpečenie zdravotníckeho vybavenia, vytváranie strategických zdravotníckych zásob pocítia občania čo najskôr vo forme priamej pomoci a vďaka množstvu prijatých opatrení dôjde aj k postupnému znovunaštartovaniu ekonomík. Prioritou však musí byť nielen čo najskoršie vynájdenie vakcín, ale aj skúmanie všetkých dostupných liekov a liečebných postupov, ktorých aplikácia by možno zachránila životy viacerých z tisícov umierajúcich Európanov. Musí dochádzať k výmene informácií a zdieľaniu postupov, ktoré sa ukázali ako účinné. Koordinovaný postup musia členské štáty prejavovať aj v zamýšľanom uvoľňovaní opatrení obmedzujúcich ekonomiku a spoločenský styk.

Balázs Hidvéghi (PPE), írásban. – A koronavírus járvány elleni küzdelemre irányuló összehangolt fellépésről szóló határozat sajnálatos módon nem váltja be a hozzá fűzött reményeket. Sajnálatos, hogy a közös határozathoz csupán az EP négy frakciója csatlakozott, ez súlyosan gyengíti annak legitimitációját és hitelességét. Különösen sajnálatos, hogy a szöveg kedvezőtlen összefüggésben említi Magyarországot és Lengyelországot, két olyan tagállamot, amelyek a koronavírus-járvány kezelésében kifejezetten jól teljesítenek más tagállamokhoz képest. Önmagában az is visszatetsző, hogy általános érvényű észrevételek helyett konkrét tagállamokat nevez meg a szöveg, az pedig végképp elfogadhatatlan, hogy a magyar kormány által hozott intézkedéseket súlyos tárgyi tévedéseken keresztül mutatja be. Mindez az EP mint intézmény hitelességét rombolja, és az EP baloldali és liberális frakcióiról állít ki bizonyítványt. Az Európai Unió polgárai nem kicsinyes pártpolitikai játszmákat várnak az Európai Parlamenttől, hanem olyan hathatós, gyors és kézzelfogható intézkedéseket, amelyek érdemben tudnak segíteni a járvány és az annak következtében kialakuló gazdasági válság leküzdésében, illetve amelyek enyhítik az EU szerveinek téves helyzetfelismeréséből adódó késlekedését. Nem arra van szükség, hogy egyes tagállamok kritizálásával leplezze az Európai Unió a megkésett választ a járvány okozta válságra! Itt most emberéletekről van szó, nem pedig arról, hogy mely tagállam mely intézménye hozza meg a szükséges döntéseket!

Livia Járóka (PPE), *írásban*. – Az európai járványhelyzet új kihívások elé állította kontinensünket. Az idős embertársaink mellett a vírusos megbetegedésnek legjobban a nehéz anyagi körülmények között élő, leginkább rászoruló személyek vannak kitéve, kiemelten roma embertársaink. Rájuk nézve rendkívüliek a gazdasági és szociális nehézségek, sokuk számára a napi megélhetésük lehetetlenült el. A FEAD alapon keresztüli segítségnyújtás megvalósítása elkerülhetetlen. Az európai roma közösségek nagy része a mai napig a diszkrimináció áldozata, telepeiken az általános higiéniai feltételek sem biztosítottak, a tiszta ivóvíz és a meleg étel hiánycikk számukra. Így üdvözlöm az Európai Bizottság javaslatát, hogy a FEAD alapon keresztül közvetlenül és helyben kíván segítséget nyújtani. Az élelmiszerek, ruhaneműk és egyéb személyes használati cikkek eljuttatása kiemelt prioritást kell, hogy élvezzenek, ezért kérem a Bizottságot a megfelelő ellenőrző mechanizmusok kidolgozására és annak betartására. Külön üdvözlöm, hogy az alap a jelenlegi helyzetre tekintettel a védőfelszerelések osztására is fordítható. Az Európai Unió leginkább rászoruló személyei számára a mai napig nagy gondot jelent a megfelelő felszerelésekhez való hozzájutás. Mindezek azonban elkerülhetetlenek a sikeres járványügyi védekezéshez. Kérem tovább a Bizottságot, hogy a gyakorlati segítségnyújtásba bevont civilszervezetek számára biztosítsák a legnagyobb mértékű technikai támogatást, de ne engedjék az alappal való visszaélés lehetőségét. E nehéz percekben nem engedhetjük el bajba jutott embertársaink kezét.

Virginie Joron (ID), *par écrit*. – Plutôt que de raboter l'épargne des français, pourquoi ne pas s'intéresser aux dépenses de publicité pour sauver nos TPE? Certains commerçants, artisans, restaurateurs, hôteliers ou travailleurs indépendants souffrent dramatiquement du confinement déclenché suite à l'impréparation du gouvernement français.

Tandis que la Commission de Bruxelles évoque un plan de 3 000 milliards d'euros, les budgets rectificatifs réellement votés au Parlement européen le 17 avril sont 1000 fois plus petits. Bruxelles rêve de milliards gratuits, imprimés à Luxembourg ou Francfort mais qui paiera la facture ou les garanties en platine ? Au lieu d'augmenter les impôts des français, voire de saisir 10 % de leur épargne comme le FMI (Fonds monétaire international) pourrait le préconiser, il serait sage que les États s'intéressent aux dépenses non essentielles.

Les dépenses publicitaires, c'est 100 milliards d'euros dans les médias en Europe et 8 % du chiffre d'affaires des compagnies d'assurances. Une contribution exceptionnelle de 40 % sur les dépenses publicitaires pourrait être une piste à explorer permettant d'identifier des dizaines de milliards d'euros. Les très petites entreprises de 20 employés ou moins doivent recevoir notre soutien en priorité.

Eugen Jurzyca (ECR), *in writing*. – I welcome the roadmap presented by the Commission as I consider European coordination in lifting of containment measures desirable. I want to highlight especially the mass testing as the key priority in containing the outbreak. We have to be prepared that the coronavirus can stay with us for more than a couple of months. Therefore, mass testing, including contact tracing of infected persons, and randomized testing of population to look for new clusters, provide great value for money. South Korea is a perfect example that identifying the outbreak early enough can prevent both loss of lives and vast economic damage. Expanded testing capacity and harmonized methodology can help us identify any new local outbreaks in the real time. That could be very beneficial also later in the year, in case a new wave of spreading would come in the winter. With mass and systematic testing the Member States could identify and quarantine a smaller area of their affected territory early enough to limit the health and economic damage without the need for closing their borders. I therefore think that the concept of local quarantines is also worth analyzing.

Радан Кънев (PPE), *в писмена форма*. – Уважаеми колеги, подкрепям резолюцията на ЕП за политиката на ЕС за справяне с пандемията и нейните икономически последици. Тази резолюция е смела и навременна, особено в параграфи 17, 20 и 21, които призовават за повече средства в многогодишната финансова рамка, за пряка бюджетна програма за възстановяване на ЕС от кризата.

Така нареченият „Европейски план Маршал“ за излизане от кризата с коронавируса може да се осъществи единствено, ако държавите членки разберат, че е нужна стабилна бюджетна подкрепа, а не само извънредни мерки на ЕЦБ и други кредитни програми. Политиката на „зелено възстановяване“, която включва модернизацията на европейската енергетика и индустрия в спасителния пакет, също изисква пряка бюджетна подкрепа от ЕС.

Единственото, което липсва в тази резолюция, е ясната заявка, че ЕП няма да отстъпи от позициите си за бюджета на ЕП. Че това не са поредните празни „призови“ и „настоявания“, а категорична и твърда политическа позиция в защита на гражданите на ЕС и най-засегнатите региони, малки предприятия и семейства. Днес е времето Европейският парламент да покаже, че не е говорилния или консултативен орган, а истински представител на гражданите на Европа и гарант на единството на ЕС. Благодаря Ви!

Pierre Karleskind (Renew), *par écrit*. – L'Union européenne fait face à la crise sanitaire la plus grave de son histoire. Quotidiennement, aux quatre coins de notre Union, les soignants s'adaptent courageusement à l'évolution d'un virus meurtrier, encore inconnu en décembre. À cette crise sanitaire s'ajoute une crise économique qui s'annonce d'une ampleur absolument inédite.

Cette situation historique appelle à une réponse européenne historique. Avec cette résolution, le Parlement européen se montre à la hauteur. Par-delà nos frontières nationales et nos clivages politiques, nous sommes parvenus à un accord inédit et ambitieux.

Ambitieux de solidarité, en appelant à des obligations européennes, garanties par notre budget commun, qui permettront aux pays les plus touchés de continuer à se financer. Ambitieux climatiquement, en mettant au cœur de notre stratégie de relance le pacte vert européen et la neutralité climatique. Ambitieux, enfin sur nos valeurs, en condamnant les dérives autoritaires des gouvernements Polonais et Hongrois, qui utilisent la crise pour bafouer les principes fondamentaux de l'État de droit.

Le Parlement montre la voie. Les chefs d'État et de gouvernement doivent se montrer à la hauteur en la suivant, pour qu'à ces crises sanitaire et économique ne s'ajoute pas une crise politique. Il y va de la survie de notre Union.

Karol Karski (ECR), *na piśmie*. – Obecna sytuacja pandemii COVID-19 wywołała niespotykany w ostatnim czasie kryzys na wielu różnych płaszczyznach życia społeczno-gospodarczego w całej Europie i większości krajów na świecie. Walka ze skutkami pandemii to odpowiedzialność poszczególnych państw, ale Unia Europejska powinna włączyć się we wspieranie swoich państw członkowskich, zwłaszcza ich służb medycznych i pracowników pełniących swoje obowiązki na pierwszej linii walki z pandemią.

Potrzebne jest kompleksowe podejście i skoordynowane działanie Unii Europejskiej, mające na celu przekazanie niezbędnej pomocy tym najbardziej narażonym i potrzebującym obywatelom oraz służbom, które są niezwykle obciążone kryzysem. Konieczne jest również przeznaczenie znacznych środków przez Unię Europejską na badania naukowe w celu opracowania szczepionki i leków przeciwko COVID-19. Jest to sytuacja, która wymaga szybkiego, ale rozsądnego i zdecydowanego działania.

Sposobem na walkę z pandemią jest wstrzymanie funkcjonowania między innymi prawie całego obszaru usług. Wpływ pandemii na sytuację gospodarczą państw nią dotkniętych jest trudny do przewidzenia, ale pewne jest, że im dłużej pandemia będzie trwała, tym bardziej poważne będą szkody nią spowodowane. Unia Europejska powinna aktywnie włączyć się w podejmowanie działań na rzecz zminimalizowania nieuniknionego kryzysu gospodarczego. Jest to wyzwanie i egzamin dla Unii Europejskiej, która powinna opierać się na zasadach partnerstwa, ale i wpisanej w traktaty subsydiarności.

Izabela-Helena Kloc (ECR), *na piśmie*. – Obecnie ponad pół miliona Europejczyków jest zarażonych koronawirusem Covid-19. Oprócz ofiar śmiertelnych ten bezprecedensowy kryzys niesie poważne konsekwencje gospodarcze i społeczne, których skali nadal nie jesteśmy w stanie określić. Zwracamy się do Komisji Europejskiej o ponowne przeanalizowanie priorytetów dotyczących Europejskiego Zielonego Ładu i tymczasowe odłożenie tego projektu. Obecnie naszym najważniejszym obowiązkiem jest zapewnienie odpowiednich środków, zaplecza i warunków gwarantujących bezpieczeństwo służbom medycznym oraz pacjentom.

Ponadto musimy przygotować się na nieuchronny kryzys finansowy i znaleźć rozwiązania pozwalające złagodzić jego skutki. Na rok 2020 MFW przewiduje w gospodarkach rozwiniętych ujemną stopę wzrostu w wysokości 6,1% (-7,5% w strefie euro). Całemu procesowi łagodzenia skutków pandemii musi towarzyszyć ukierunkowana polityka fiskalna i monetarna.

Najważniejszym zadaniem UE jest teraz okazanie solidarności z państwami członkowskimi, nawet za cenę odłożenia przedkryzysowych projektów dotyczących m.in. polityki klimatycznej. Wzywamy Komisję do zachowania pragmatyzmu i potraktowania tego globalnego kryzysu z należytą powagą. Od odpowiedzi UE na pandemię zależy los każdego obywatela Europy.

Łukasz Kohut (S&D), *na piśmie*. – Tytuł dzisiejszej debaty to „Skoordynowane działania UE na rzecz zwalczania pandemii COVID-19 i jej skutków”. Mocno podkreślił jedno słowo występujące w tym tytule: „skoordynowane”.

W eurosceptycznych mediach i na ustach eurosceptycznych polityków bardzo częste są w ostatnich tygodniach oskarżenia pod adresem UE, jakoby w tym trudnym czasie robiła za mało, jakoby „nie zdała egzaminu”. Nie jest to oczywiście prawda, ale przeciwnikom Unii to nie przeszkadza – stawiają swój krótkowzroczny interes polityczny ponad fakty i długofalowy interes Europy. Chciałbym więc przypomnieć im, że Unia Europejska to nie tylko instytucje UE takie jak Parlament, Komisja czy Trybunał Sprawiedliwości. To również Rada UE czy Rada Europejska, które tworzą państwa członkowskie. I to one są odpowiedzialne za to, jak te instytucje działają.

Pandemia pokazała nam, że wszystkie instytucje Unii na wszystkich szczeblach muszą ze sobą współpracować, że muszą współpracować państwa i regiony, że działania muszą być właśnie skoordynowane, że potrzebujemy ściślejszej integracji, a „Europa ojczyzn” to przepis na nacjonalistyczne i egoistyczne zachowania rządów niechętnych Unii.

Nawiasem mówiąc, eurosceptyczne rządy, takie jak polski, formułując pod adresem UE oskarżenia o brak działań, szeroko korzystają z pomocy UE, ale nie chcą o tym informować obywateli – np. część polskiej „tarczy antykryzysowej” to bezpośrednio środki unijne.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A járvány kapcsán számos hatékony intézkedésre van szükség európai szinten. Nem szabad, hogy a leginkább rászoruló személyeknek nyújtott támogatás a fertőzés kockázata miatt megszakadjon. A válság nagyobb kockázatot jelent a legkiszolgáltatottabbak számára, ők a mindennapokban tapasztalják a nélkülözést, ha nem segítünk gyorsan, rugalmas módon, a helyzethez alkalmazkodva. A tagállamoknak a járvány idején is gondoskodniuk kell arról, hogy a legszegényebbek élelmet és más alapvető fogyasztási cikkeket (pl. lábbeli, szappan) kapjanak. Reagálni kell a mindennapi kihívásokra és nem csak elméletben, hanem életszerűen. A leginkább rászoruló személyeket támogató európai segítségnyújtási alap szabályainak sürgős eljárásban való módosítása fontos: a járvány és a távolságtartás szabályai miatt új módot kell találni az élelmiszerek kiosztására; az emberek nem gyűlhetnek össze egy ingyen konyhán, mint korábban. Változtatni kell a segítség célba juttatásán: egységcsomagok kiszállítása vagy utalványok osztása most jobb módszer. Egyes országokban (hazámban is) azonban az elektronikus utalványok osztása nem célravezető: szükség van rugalmasságra és a tagállami sajátosságokhoz igazodásra. Az ételosztáshoz jelenleg megfelelő védőfelszerelés is szükséges: üdvözlöm, hogy az alap az élelmiszer és alapvető anyagi támogatás osztásán felül a járvány elleni védőfelszerelések osztására is használható lesz, ráadásul átmenetileg 100%-os EU-finanszírozással. Szeretném kifejezni tiltakozásomat az ellen, hogy egyes képviselőtársaim az európai uniós állampolgárok életének megvédésével szemben Magyarország jogállamiságával foglalkoznak.

Elżbieta Kruk (ECR), *na piśmie*. – Za nami święta wielkanocne. Wielu z nas było zmuszonych spędzić je bez rodzin, przyjaciół, bez kościoła i sakramentów. Długa droga przed nami, jednak odniesiemy sukces i poradzimy sobie z nadchodzącym kryzysem. Choć obserwując konsekwencje gospodarcze i społeczne, bardzo obawiam się tego, co przyniesie przyszłość. Niedofinansowana i przeciążona służba zdrowia, ludzie bez zatrudnienia, upadające przedsiębiorstwa i fabryki. Czekają nas recesja gospodarcza, która będzie miała wpływ na wszystkie aspekty życia. Wykażmy się rozsądkiem, wiarygodnością i kompetencją w dobie bezprecedensowego kryzysu. Naszym zadaniem w tej chwili jest uruchomienie środków wsparcia dla obywateli Europy, którzy desperacko oczekują pomocy. Jest to jednak zaledwie pierwszy krok na naszej drodze do pokonania kryzysu, z którym przyjdzie się nam wszystkim zmierzyć. Należy mieć nadzieję, że na przyszłość zostaną wyciągnięte wnioski, pojawi się nowy sposób myślenia i zostaną wprowadzone niezbędne reformy w UE, jak i w państwach członkowskich.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR), *na piśmie*. – Kraje UE dotknęła pandemia koronawirusa, której skutki po zaledwie 2 miesiącach jej trwania to setki tysięcy zakażonych i dziesiątki tysięcy ofiar, a także najgłębszy kryzys gospodarczy. Wprawdzie ochrona zdrowia leży w kompetencjach państw członkowskich, ale w pierwszych tygodniach pandemii zawiodły instytucje europejskie, a kraje najbardziej nią dotknięte nie doczekały się unijnej pomocy.

Obrazem, który zapewne zapadł Europejczykom w pamięć, była sytuacja z marca, kiedy na lotnisku w Rzymie wylądował samolot z Chin z materiałami medycznymi, podczas gdy Włosi czekali na samoloty z Brukseli czy Berlina. Unijna nieodpowiedzialność to po pierwsze wydawane po kryzysie 2009 r. zalecenia o konieczności wprowadzania oszczędności przez kraje członkowskie poprzez likwidację łóżek szpitalnych, w wyniku czego zlikwidowano w UE aż 14 % wszystkich łóżek z respiratorami, a po drugie fakt, że w 2020 r. hołubi się kierowców ciężarówek z krajów Europy Środkowej, którzy zabezpieczają ciągłość dostaw towarów w całej UE, po to, aby po 2021 r. „wykopać” ich z europejskiego rynku pakietem mobilności.

Także w dzisiejszych wystąpieniach przeważał optymizm, że UE poradzi sobie z kryzysem, również w gospodarce, mobilizując setki miliardów euro, lecz wnioski są niepokojące. Wszystko wskazuje na to, że sposobem na problemy Unii ma być więcej Unii i więcej wojen ideologicznych, także z krajami, których rządów w Brukseli się nie lubi.

Ilhan Kyuchyuk (Renew), *in writing*. – Unfortunately, the COVID-19 pandemic continues to take lives, and even though one third of the world is in social isolation, the number of infected people is increasing every day. This human tragedy that the pandemic has brought to Europeans and their families and to citizens all over the globe has to be urgently addressed by a coordinated global action. But first and foremost, all future actions taken by Member States have to be guided by the Union's founding principle of solidarity and loyal cooperation. The COVID 19 crisis has accentuated the importance of joint European action and we must mobilise our common resources to fight the pandemic and its consequences. Therefore, I call on the Commission to strengthen all components of crisis management and disaster response, and to further strengthen instruments such as RescEU to ensure a truly common, coordinated and effective response at EU level. We immediately need to do more for SMEs, help them maintain jobs and manage their liquidity. The European Commission has to propose a massive recovery and reconstruction package for investment to support the European economy after the crisis, beyond what the European Stability Mechanism (ESM), the European Investment Bank (EIB) and the European Central Bank (ECB) are already doing.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – El alcance y la magnitud de las consecuencias de la pandemia de COVID-19 no tienen parangón en la historia de nuestras democracias. El sistema político europeo en su conjunto tiene que superarse y demostrar su valor añadido. La Comisión y el Parlamento no paran de trabajar y de buscar dentro de sus competencias todas las medidas necesarias para minimizar estos efectos. La propuesta de Resolución común que los cuatro principales grupos políticos europeos han negociado representa claramente una respuesta unida y decisiva a una crisis compartida. El Parlamento asume esta responsabilidad histórica y pide a la Comisión un paquete masivo de recuperación y reconstrucción, con inversiones para apoyar a la economía europea después de la crisis, más allá de lo que ya están haciendo el Mecanismo Europeo de Estabilidad, el BEI y el BCE. Hablamos de un nuevo gran plan de inversiones, más ambicioso y que permita el apoyo directo a las pymes y la reindustrialización de Europa.

Si hay una lección que debemos sacar de esta crisis, es que tenemos que volver a producir en Europa. Esto es claro para los ciudadanos, para los empresarios y para muchos políticos, que responderemos con determinación desbloqueando todo el apoyo económico necesario para que eso ocurra.

César Luena (S&D), *por escrito*. – La crisis provocada por la pandemia de COVID-19 va más allá de una crisis sanitaria, presenta desafíos a todos los niveles y el impacto potencial en todos los sectores de la sociedad está aún por determinar. Esta crisis afecta a todos los países y no conoce fronteras. Se ha cobrado miles de vidas en todo el mundo y millones de hogares sufrirán las consecuencias a largo plazo.

Por eso, los socialistas europeos demandamos una acción coordinada y fuerte desde la UE, que tenga en su centro a los ciudadanos y sus derechos fundamentales. Pedimos la protección de los más vulnerables para que nadie se quede atrás y una recuperación con el Pacto Verde y la transformación digital en su base. También reclamamos a la Comisión Europea y al Consejo un «paquete de recuperación y reconstrucción a gran escala» para apoyar la economía europea después de la crisis, así como «bonos de recuperación garantizados por el presupuesto de la UE». La UE tiene que estar a la altura de las circunstancias.

Beata Mazurek (ECR), *na piśmie*. – W czasie gdy pandemia koronawirusa przybiera na sile, Unia Europejska zastanawia się nad działaniami wspierającymi poszczególne sektory gospodarcze, a państwa członkowskie wprowadzają rozwiązania pomocowe, które mają za zadanie złagodzenie skutków kryzysu dla rodzimych przedsiębiorstw działających na wspólnym europejskim rynku.

Nie możemy jednak zapomnieć o konsumentach, którzy są istotną częścią funkcjonowania rynku. Co z ich prawami? Jakże kroki poczynimy, by ich chronić w tych trudnych czasach? Kryzys związany z COVID-19 to okazja do stosowania nieuczciwych praktyk handlowych. Jakże działania zamierza podjąć Komisja, by chronić europejskich konsumentów przed sprowadzanymi z Chin środkami ochrony indywidualnej i sprzętu medycznego wątpliwej jakości?

W mediach społecznościowych i na portalach internetowych pojawia się coraz więcej tzw. fake newsów, które wprowadzają zamęt informacyjny i utrudniają walkę z COVID-19. Nie możemy liczyć na dobrą wolę właścicieli portali i mediów społecznościowych. Musimy podjąć walkę z kłamstwem w sieci i chronić jej użytkowników.

Co z ochroną pasażerów linii lotniczych i klientów biur podróży, którzy wykupili swoje usługi przed światowym lockdownem? Czy Komisja ma w planie wdrożenie mechanizmów ochronnych na rzecz tych grup?

Co z kredytobiorcami, którzy z powodu COVID-19 znaleźli się w trudnej sytuacji i mają problem ze spłacaniem zobowiązań?

Jest wiele pytań, a mało odpowiedzi. Nadszedł czas na podjęcie realnych działań.

Mairead McGuinness (PPE), in writing. – It is good to see the EU's response to the COVID-19 crisis being ramped up this week, with additional funding for EU healthcare systems, flexibility for Member States to use EU funds to respond to the crisis, support for fisheries and aquaculture, and a delay in the implementation of the new medical devices regulation so the sector can focus on providing vital equipment at this time. The European Parliament has adapted its working methods, with MEPs participating remotely from across the EU. As a Parliament it is essential for us to keep working to represent our citizens' concerns and scrutinising action in response to this crisis. That means criticising the response when necessary. The EU and Member States should have been quicker to react to the situation in Italy, the first Member State severely affected by COVID-19. But it also means highlighting positives, like the EU institutions working to ensure better coordination among Member States on issues including movement of goods and medical supplies. Over the coming weeks we need to see the EU coordinating the actions of Member States as they lift some restrictions. However, we should not be complacent. The virus has not gone away.

Jörg Meuthen (ID), schriftlich. – Das Wort „Rettungspaket“ wird von den Regierungen derzeit häufig verwendet – vielleicht auch deshalb, weil es für viele Bürger einen beruhigenden Klang hat. Das Dumme ist nur: Jede „Rettung“ muss bezahlt werden, und zwar von den Steuerzahlern. Fraglos ist die derzeitige Situation so noch nicht dagewesen in der jüngeren Geschichte, und daher erfordert sie auch besondere Maßnahmen. Zu diesen gehören auch die Zuschüsse und Kredite zur kurzfristigen Hilfe, denen auch wir unsere Zustimmung gegeben haben. Deren Rückzahlung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten stemmen zu können, wird ein ungeheurer Kraftakt, insbesondere letztlich für die steuerzahlenden Bürger. Ein Kraftakt, den die Regierenden diesen Bürgern gerne verschweigen, wenn sie sich derzeit im medialen Licht als tatkräftige Retter feiern lassen. Angesichts der Riesensummen muss man den Steuerzahlern klar sagen, was sie die Rettung von Italien, Spanien und Co. kosten wird. Und dass wir uns das überhaupt nicht leisten können.

Csaba Molnár (S&D), írásban. – A COVID-19-járvány és az azt követő gazdasági és szociális válság még egyértelműbbé teszi, hogy globális kihívásokra koordinált, közös választ kell adni. Az Európai Unió cselekszik, hiszen elképesztő mértékű erőforrást összpontosít az egészségügyi és gazdasági problémák kezelésére. Jelenleg több olyan törvényjavaslat vár szavazásra, amelyek a válság különböző területeinek – beleértve a gazdaságot, az egészségügyet, egészen az akvakultúra-ágazatig – pénzügyi megsegítésére irányulnak. Bizonyos tagállamok között a szolidaritás megkérdőjelezhetetlen, mások viszont, mint Orbán Viktor is ezt a tragikus helyzetet hatalmának megszilárdítására, a magyar polgárok elnyomására használja. Megsértve az uniós szerződésekből fakadó kötelezettségeket március végén korlátlan időre elrendelte a rendkívüli állapot fenntartását és ezzel együtt a rendeleti kormányzást. Felháborító, hogy míg emberek tízezrei halnak meg, a hatalommal bíró autoriter vezetők olyan jogsértő rendelkezéseket hoznak, amik egyáltalán nem járulnak hozzá a járvány megfékezéséhez, a járványból eredő egészségügyi és gazdasági válság kezeléséhez. Ne hagyjuk, hogy az európai állampolgárok szenvedjenek a felelőtlen, hataloméhes politikai vezetők miatt, így kérem tehát tisztelt Képviselőtársaimat, hogy szavazatukkal támogassák az Orbán-kormányt elítélő javaslatot.

Andželika Anna Możdżanowska (ECR), *na piśmie*. – Kolejne tygodnie wyczerpującej walki z COVID-19 – walki o ludzkie zdrowie, ale także przetrwanie milionów przedsiębiorstw i miejsc pracy w Europie – uświadamiają nam, jak ciężko musimy pracować i jak całościowo podchodzić do walki. Przewartościowanie priorytetów musi się odbyć natychmiast. Jak dalecy jesteśmy od realnej oceny skutków naszych decyzji legislacyjnych, pokazuje pakiet mobilności. Teraz gdy liczy się każda godzina, kierowcy nie są zmuszani do odpoczynku, a wszystkie zakazy przestały mieć znaczenie. Dzięki ciężarówkom przewożącym środki ochrony, leki i żywność mamy zapewnioną ciągłość łańcuchów dostaw, których dywersyfikacja jest również niezbędna, by Europa uniezależniła się od państw trzecich.

Apeluję o rozsądek przy tworzeniu prawa. Przedsiębiorcom nie jest potrzebna biurokracja, ale realna, prosta pomoc. Nie będzie rozwoju w żadnej dziedzinie, jeśli nie obronimy pracowników przed utratą pracy, a przedsiębiorstw przed upadłością. Pandemia COVID-19 nie może pogłębić różnic między państwami członkowskimi. Pamiętajmy o zasadach równości i sprawiedliwości.

Musimy zapewnić transfery pomiędzy funduszami polityki spójności w celu wspierania działań zdrowotnych, społecznych i gospodarczych dzięki uwolnieniu wszystkich zasobów. Bez względu na to, czy dany kraj jest w strefie euro czy nie, powinien mieć sprawiedliwy i szybki dostęp do środków pomocowych. Unia Europejska potrzebuje wspólnych rozwiązań w zakresie zarządzania kryzysowego obejmującego wszystkie aspekty życia: zdrowie, pracę, przedsiębiorczość, naukę, nowe technologie. I to pilnie!

Urmas Paet (Renew), *kirjalikult*. – Euroopa koroonakriisist välja toomiseks on oluline liikmeriikide omavaheline koostöö ja koordineerimine. Möistlik oleks viirusevastaste tõkestamismetmete järkjärguline kaotamine, et seni tehtu ei osutuks asjatuks ja riigid ei peaks seisma silmitsi uue haiguslainega.

Euroopa rohelisest kokkuleppest lähtumine on parim viis kriisist väljumiseks, sest see aitab majandust turgutada ja uusi töökohti luua. Ka aitab see kliimamuutuste vastast võitlust jätkata, sest kliimasoojenemine ja keskkonnamured pole koroonakriisi ajal kuhugi kadunud.

Kriisiaeg nõuab kogu ühiskonnalt vastutustundlikkust. Valitsuste ülesanne on leida tasakaalupunkt oma otsuste alusena. Arvesse tuleb võtta nii koroonaviiruse leviku seisu ja trendi kui ka nii lühi- kui pikaajalist mõju inimeste tervisele seetõttu, et ligipääs tervishoiule on muude haiguste ja hädade puhul praegu väga piiratud. Sellel on oma hind inimeste tervisele.

Samuti tuleb palju tõsisemalt arvestada piirangutest tekkinud majanduslanguse mõju nii riigile ja ühiskonnale tervikuna kui ka inimestele. Töö ja sissetulekute kaotus hakkab mõjutama samuti inimeste tervist – nii füüsilist kui ka vaimset. Vaja on põhjendustega analüüsi, mis võtab arvesse kõiki olulisi aspekte, ja selle põhjal kujunevat otsust, mis on mõistlik ning kus peaks asuma tasakaalupunkt eri riskide vahel. Valitsused ei tohi alahinnata ühiskondliku stressi taset ning paljude inimeste muret enda ja lähedaste tervise ning majandusliku olukorra pärast.

Sandra Pereira (GUE/NGL), *por escrito*. – A ação coordenada da UE discutida nesta sessão não passa de propaganda e mantém-se alinhada com as posições até agora assumidas, confirmando a total ausência de solidariedade e as limitações da resposta às consequências da COVID-19. Falha, desde logo, no essencial, ignorando a dimensão de coesão económica e social que terá forçosamente de ser associada à resposta às consequências da COVID-19, sob pena de se continuarem a agravar desigualdades entre Estados-Membros (EM) cavadas ao longo dos anos.

A COVID-19, sendo um enorme problema de saúde pública, evidencia já enormes consequências económicas e sociais a que é preciso dar resposta tendo em conta as necessidades dos trabalhadores, dos micro, pequenos e médios empresários e do País, em especial nos planos da proteção social dos mais afetados e desfavorecidos, da defesa do emprego e dos serviços públicos, do apoio aos sectores produtivos, combatendo a dependência externa de alguns EM, e do relançamento da atividade económica.

As soluções apresentadas pela UE passam por mais endividamento dos Estados, pela legitimação do *lay-off*, sem haver uma resposta concreta a muitos dos problemas enfrentados pelos trabalhadores. Uma resposta cabal tem de passar necessariamente pela libertação dos constrangimentos impostos pela UE e pela recuperação de instrumentos de soberania dos Estados.

Sirpa Pietikäinen (PPE), *kirjallinen*. – Komissio on tehnyt hyvän exit-suunnitelman, jota jäsenmaiden täytyy nyt noudattaa. Rajoitustoimien purkamisessa tulee välttää niiden pystyttämisessä nähdyt eriaikaiset ja ilman yhteistyötä tehdyt Euroopan laajuiset virheet. Nyt jäsenmaiden on aika koordinoida yhdessä käyttäen samoja kriteereitä ja noudattaen samaa logiikkaa. Virus on globaali, joten toimintammekin tulee olla rajat ylittävää. Tieteelle tulee antaa keskeinen rooli, ja on kuunneltava Euroopan tautienhäily- ja valvontakeskuksen ECDC:n ja WHO:n suosituksia. Tiedon merkitys toimenpiteitä harkittaessa on olennainen. Kyseessä on uusi virus, mutta tietoa on saatavilla ja tilannekuva päivittyy jatkuvasti. Jos liian nopeat rajoitusten purkutoimenpiteet epäonnistuvat, saamme niskaamme toisen tautiaallon, joka on

monin kerroin huonompi vaihtoehto niin inhimillisesti kuin taloudellisestikin. Ajoitus olennaisen tärkeää, kun lähemme harkitsemaan eristystoimenpiteiden asteittaista purkamista. Purkaminen on aloitettava toimenpiteistä, joilla on paikallisia vaikutuksia ja laajennettava asteittain maantieteellisesti laajemmalle alueelle. Työpaikoille palaaminen pitää käynnistää vaiheittain, jotta organisaatiot voivat sopeutua lisääntyvään toimintaan. Tartuntojen määrään, kiihtyvyyteen ja olemassa olevaan terveydenhuollon kapasiteettiin pohjautuvan analyysin perusteella muodostuu yhteinen eurooppalainen linja. On selvää, että jos jossain maassa ei toimita huolellisesti ja liikkeelle lähdetään liian nopeasti, riski epidemian uudelleen pahentumisesta on todellinen koko Euroopassa. Olemme nähneet, miten virus ei tunne rajoja maiden tai maanosien suhteen. Arvoisa puhemies, koronakriisi on viimeistään osoittanut, että tarvitsemme eurooppalaisen tartuntatautiasetuksen ja kunnon viraston hoitamaan sitä tieteelliseltä pohjalta.

Kati Piri (S&D), schriftelijk. – Mensen moeten centraal staan in de strijd tegen het coronavirus en de gevolgen daarvan. Dat vindt de PvdA terug in deze resolutie. Mede daarom stemmen wij voor.

Maar er is meer. Het Parlement heeft vastgelegd dat het geld dat vrijkomt ten goede moet komen aan diverse sectoren, bevolkingsgroepen en regio's, inclusief de overzeese Koninkrijksdelen. De lijn van de PvdA dat steunmaatregelen niet mogen worden gebruikt voor bonussen of betaling van dividend aan aandeelhouders is overgenomen. Daarentegen komt er juist financiële steun voor werknemers die gedeeltelijk werkloos raken en blijft de Green Deal prioriteit.

Ook staan wij samen sterker bij het produceren en verspreiden van medische apparatuur, vaccins en medicijnen. Het is essentieel dat landen erkennen dat zij in deze crisis afhankelijk zijn van elkaar: daarom ondersteunen wij voorstellen, zoals de herstelobligaties. Ook hebben wij gezien dat lidstaten, zoals Hongarije deze crisis aanwenden om de democratie uit te hollen. Voor ons is dat volstrekt onacceptabel. Wij zijn verheugd dat schuldenverlichting voor ontwikkelingslanden onderdeel is van deze resolutie. Tot slot is er nadrukkelijk aandacht voor de meest kwetsbaren, zoals vrouwen en kinderen die slachtoffer zijn van geweld. Zij verdienen altijd onze steun, crisis of niet.

Manuel Pizarro (S&D), por escrito. – A pandemia de Covid-19 é um desses raros acontecimentos históricos cujo impacto se pode dizer civilizacional: congelou as relações sociais, paralisou a economia e colocou-nos perante o desconhecido. Ao mesmo tempo que nos faz redescobrir a nossa fragilidade e desfere um duro golpe na autoconfiança tecnocientífica, esta pandemia evidencia a unidade da espécie humana e a globalização da biopolítica.

Para a União Europeia, trata-se de um desafio de tal magnitude que só pode resultar ou na sua refundação ou na sua desintegração. Com efeito, a União só sairá inteira desta prova se der rapidamente passos audaciosos e norteados pela reciprocidade. A presente resolução conjunta elenca alguns desses passos, exortando a UE a superar preconceitos e resistências para, como prioridade, salvar o maior número possível de vidas, e, depois, salvar a economia e evitar uma calamidade social.

Tal só será possível com base na solidariedade e na partilha, no curto prazo, e, no médio e longo prazo, por via de um plano de recuperação à altura das circunstâncias, assente no investimento público massivo, seja através do reforço drástico de recursos e mecanismos já existentes, seja através da criação de novos recursos e de novos mecanismos.

Elżbieta Rafalska (ECR), na piśmie. – W swoim wystąpieniu przewodnicząca KE apelowała do państw członkowskich o jak najefektywniejsze wykorzystywanie SURE, nowego instrumentu opracowanego przez Komisję z myślą o ochronie Europejczyków przed ryzykiem bezrobocia. W jaki sposób byłby finansowany ten nowy mechanizm? Ze specjalnego podatku od wynagrodzeń albo podatku od osób prawnych czy ze składek płaconych przez państwa członkowskie? Oczekujemy odpowiedzi na pytanie, czy KE proponuje stały program reasekuracji bezrobocia w UE, aby pomóc państwom w fazie odbudowy po epidemii COVID-19. Jakie rozwiązanie prawne KE zamierza proponować: dyrektywę czy rozporządzenie?

Poważne wątpliwości budzi zasadność wprowadzenia pakietu na rzecz mobilności, którego negatywne skutki odczuwają właściciele firm transportowych w każdym europejskim kraju. Zastosowanie przepisów może doprowadzić do zatorów w przepływie towarów i bankructw firm. Mówiąc o planach, nie sposób pominąć Zielonego Ładu. Wiemy, że dla wielu regionów skupionych wokół przemysłu będzie się on wiązał z licznymi zwolnieniami pracowników. Czy w dobie kryzysu i prognozowanego wzrostu bezrobocia Komisja nie obawia się kumulacji bezrobocia regionalnego? Pandemia dotyka wszystkich, ale widzimy, że to osoby starsze i niepełnosprawne są najbardziej zagrożone zakażeniem, a nie zawsze mogą uzyskać pomoc. To także osoby starsze są dziś najbardziej zagrożone wykluczeniem cyfrowym i pozbawione prawa dostępu do podstawowych usług opiekuńczych. Czy strategia działań na rzecz osób starszych zostanie zredefiniowana, a jeśli tak, to kiedy zostanie przedstawiona?

Bronis Ropė (Verts/ALE), raštu. – Pirmiausia noriu padėkoti visiems, kurie rizikuodami savo sveikata padeda kovoti su virusu ir užtikrinti būtiniausių paslaugų tiekimą gyventojams. Jūsų pasiaukojantis darbas yra labai svarbus norint išsaugoti gyvybes ir įveikti šią krizę. Susidūrėme su tokia situacija, kokios iki šiol dabartiniai sprendimų priėmėjai nebuvo patyrę. Tačiau pasaulis nesustojo, tiek Lietuvos valdžia, tiek Europos Sąjunga daro maksimaliai viską, kas dabartinėmis aplinkybėmis įmanoma. Europos Sąjungos vienybė ir valstybių solidarumas yra labai reikšmingi veiksniai, didinantys sprendimų efektyvumą ir švelninantys pandemijos pasekmes visoje Europoje. Ši pandemija parodė, kad mums reikia vieningo Europos reagavimo į sveikatos krizes mechanizmo, kuris padėtų greitai ir efektyviai apsaugoti piliečių sveikatą. Mums taip pat reikia gerokai labiau atsparios krizėms, darnios ekonomikos, kuri būtų pajėgi lanksčiau prisitaikyti kylant iššūkiams ir užtikrinti būtiniausių prekių gamybą bei paslaugų tiekimą. Šiuo metu Europa yra per daug priklausoma nuo importo, net ir tuomet, kai didžioji dalis atvežamų prekių galėtų būti pagaminta ar užauginta mūsų šalyse. Patiriami sunkumai yra mažesni ten, kur vietos gamyba, įskaitant žemės ūkį ir maisto gamybą, yra stiprūs ir išvystyti. Krizė paveikė kiekvieną žmogų, todėl tik bendri veiksmai gali padėti ekonomikai atsikurti. Nei viena šalis negali būti palikta, nes šis solidarumas taps esminiu matu vertinant pasitikėjimą Europos Sąjunga ateityje.

Alfred Sant (S&D), in writing. – I have voted in favour of this resolution, fine-tuning the Parliament's responses to the crisis. However I put on record the following reservations: –We might be grossly underestimating the medium term impact of the pandemic, health wise; as they now stand, there is little to no safety margin in resource measures on line that could compensate eventually for this; –We are likely underestimating the ripple effects resulting from the economic downturn as well as possibly its actual extent, even if the public health situation improves overall according to the available best case scenarios; –The financial 'bazooka' being used on a European level is not (big) impressive enough, even if added to the national efforts by member state governments, especially when compared with that of the US. Moreover the way it was negotiated and agreed betrays the lack of a common vision regarding the objectives that are being set; –The so-called north-south controversy is obscuring the probability that contrary to the 2008 financial crisis, knock-on and knockdown effects will this time swing from south to north, vice versa, and back, since both production and demand have been hit deeply within our single market which over the last ten years, has become increasingly services oriented.

Isabel Santos (S&D), por escrito. – Com esta resolução conjunta, damos uma primeira resposta à pergunta: que UE queremos, ou somos capazes de construir, depois da crise gerada pelo Covid19? Ultrapassamos diferenças políticas e interesses nacionais e, honrando o poder democrático que nos foi conferido pelo voto popular, afirmamos a opção por uma Europa assente nos valores da solidariedade e da democracia, onde nenhum país, região, ou cidadão serão deixados para trás.

Se a pandemia é igualitária, os seus efeitos não o são. Por isso, importa travar desequilíbrios geradores de divisões. Necessitamos de uma resposta resoluta capaz de gerar esperança nos cidadãos e relançar a economia europeia com base num Plano de Recuperação Económica ancorado na sustentabilidade, na digitalização e no combate às desigualdades.

Para tal, impõe-se a mobilização dos meios necessários através da mutualização da emissão de dívida sob a forma de Eurobonds, Coronabonds ou Recoverybonds – importa é a eficácia – e de um novo Quadro Financeiro Plurianual robusto e flexível. Mas não é só a economia que necessita de ser revitalizada. A democracia também disso necessita. Por isso, sublinhamos rejeitar qualquer tentativa de aproveitamento da pandemia para restringir direitos, liberdades e garantias – conquistas do projeto europeu, verdadeiramente definidoras do pacto social das nossas sociedades.

Christel Schaldemose (S&D), skriftlig. – EU spiller en vigtig rolle i bekæmpelsen af covid-19 og dens konsekvenser. De danske socialdemokrater er derfor meget tilfredse med, at det er lykkedes at nå til enighed om ambitiøse økonomiske hjælpepakker til medlemsstaterne. Og det er glædeligt, når danske trepartsforhandlinger om lønkomensation inspirerer til lanceringen af SURE. Samtidig er vi glade for, at EU har sat sig i spidsen for at koordinere indkøb af værnemidler og medicinsk udstyr, at der bliver opbygget fælleseuropæiske lagre for at ruste os til fremtidige sundhedskriser, og at der er blevet oprettet »grønne korridorer« ved grænseovergangene, så de europæiske borgere ikke oplever varemangel, og så vores sundhedspersonale fortsat modtager livsvigtigt udstyr.

Selv om sundhedspolitik i vid udstrækning er et nationalt anliggende og skal forblive det, kan EU-samarbejdet understøtte medlemslandenes håndtering af pandemien og gennem fornuftige beslutninger afbøde de langsigtede økonomiske konsekvenser. Derfor støtter vi det fælles beslutningsforslag.

Beslutningsforslaget er imidlertid ikke uden problemer. Det er meget bekymrende, når den nuværende krise bliver udnyttet til at skubbe på for en dybere EU-integration. Det er tiden ikke til. Vi tager ligeledes forbehold for den utvetydige opbakning til at øge den samlede ramme for FFR'en samt forslaget om fælleseuropæiske obligationer.

Андрей Слабаков (ECR), в писмена форма. – Уважаеми г-н Председател, уважаеми г-н Комисар, уважаеми колеги, силно съм разочарован от хаотичната реакция на Европейския парламент по време на кризата. В момента стотици хиляди се борят за живота и за хляба си и трябва да обсъждаме конкретни и разумни мерки, за да им се помогне. Приветствам освобождаването на над 3 трилиона евро за борба с пандемията и за възстановяване на икономиката. Това е разумно. Най-вероятно няма да стигнат, но поне е начало. Не мога да разбера обаче тази мания по „Зеления пакт“ и неговото осъществяване. Събудете се! Вече живеем в нейния свят – нямаме полети, улиците са празни и животът е спрял. Много от вас, драги колеги, предложиха да положим „Зеления пакт“ като гръбнака на новата ни икономика и да концентрираме финансите си в нея, но никой не спомена културата и творците, които в момента страдат най-много. Искам да напомня, че културата е областта, която пострада първа от пандемията и ще започне да се възстановява последна. Предложението до момента мерки далеч не са достатъчни. Културата и творците са сърцето и душата на Европа, не ги оставайте да загинат докато преследвате „зелени“ мечти.

Ramona Strugariu (Renew), în scris. – Nicio țară europeană nu este imună față de consecințele devastatoare ale virusului COVID-19, iar răspunsul la pandemie cere o abordare cu adevărat europeană. Una din lecțiile cele mai importante este că avem foarte mult de lucru pentru a asigura coordonarea sistemelor sanitare ale statelor membre. Trebuie să acționăm, ca Uniune, pentru a ne asigura că în viitor o astfel de criză să nu afecteze niciodată atât de puternic niciunul dintre statele membre.

Asta înseamnă să monitorizăm constant performanța sistemelor de sănătate din statele membre, să ameliorăm capacitatea de a gestiona riscurile și să optimizăm răspunsul la crize. E nevoie totodată urgent de un Mecanism European de Răspuns în Domeniul Sănătății, care să poată interveni rapid atunci când materiale și echipamente vitale lipsesc într-una din regiunile Europei. Sprijinul reciproc la nivel european e singura soluție, așa cum o arată și crearea primei rezerve strategice de echipamente medicale în cadrul rescEU.

A doua lecție majoră a acestei crize este că nu putem răspunde eficient decât păstrându-ne identitatea europeană. Chiar și în stare de urgență, trebuie să rămânem fideli valorilor ce fac parte din ADN-ul european. Statul de drept, libertatea de informare, libertatea presei și transparența deciziilor nu pot fi sacrificate.

József Szájer (PPE), írásban. – A mai napon sorra kerülő plenáris vita a koronavírus járvány okozta válsághelyzetről és az annak kezelése érdekében tett európai válaszlépésekről szól. Egy ilyen kritikus helyzetben, amikor kiemelt fontosságú kérdésekről vitázunk és döntünk, különösen szem előtt kellene tartani a törvényes és jogállami működést. Nem adhatunk alapot a támadásoknak azzal, hogy működésünk nem kiszámítható vagy nem áll összhangban a vonatkozó jogszabályokkal. Mint minden intézménynek, úgy az Európai Unió intézményeinek is az előre rögzített szabályok szerint és törvényesen kell működniük. Ezt az Alapszerződés 2. cikke mondja ki, amely a jogállamiságot mind az Unió, mind a tagállamok működésének alapjául nevezi meg. Ez a követelmény az Európai Parlamentre is vonatkozik. Véleményem szerint az a jelenlegi ülésezési és szavazási mód, amelyet az EP Elnöksége (Bureau) választott, nem elégíti ki a törvényesség szempontjait, mivel ellentétben áll a Szerződésekkel és a Házzsabállyal. A törvénytelen működés a meghozott döntések érvénytelenségét vonhatja maga után, ami súlyos jogbizonytalanságot okoz. Az Unió – különösen a mai, legitimációhiányos helyzetben – nem engedheti meg magának, hogy bárki kétségbe vonhassa döntéseinek jogi érvényességét. Bízom abban, hogy a korábban erre vonatkozóan tett javaslataimat is figyelembe véve, az Európai Parlament mielőbb megteszi a szükséges intézkedéseket a törvényes működés helyreállítására, annak érdekében, hogy az esetleges későbbi jogviták elkerülhetőek legyenek.

Edina Tóth (PPE), írásban. – Minden megváltozott. Itt már nemcsak a GDP-ről vagy a gazdasági növekedésről van szó: ez az életünkről és életvitelünkről szól. Hatalmas energiát áldozunk arra, hogy legyőzzük a vírust. Ezen oknál fogva is nagyon sajnálom, hogy az Európai Parlament közös állásfoglalási indítványába végül nem került be a Covid-19 különbizottság felállításáról szóló kezdeményezésem, melyet a magyar néppárti delegáció javasolt és az Európai Néppárt támogatott. Továbbra is úgy gondolom, hogy fontos lenne, hogy a gazdasági szereplők és az EP között hatékonyabb legyen a párbeszéd. Alapvetően fontos, hogy hosszú távon ösztönözni tudjuk a befektetéseket és a munkahelyteremtést. Az erről szóló vitákat pedig egy specifikus platformon keresztül kellene lefolytatni! Annak érdekében, hogy elkerüljük a marandó károsodást az életvitelünkben, meg kell tanulnunk együtt dolgozni a jelenlegi helyzetben, és azon gondolkodni,

hogyan tudjuk legyőzni a koronavírust, és megrövidíteni a gazdasági visszaesés időtartamát. Bár a károk mértékét még nem látjuk pontosan, az már most bizonyos, hogy a negatív hatások hosszan tartóak lesznek, s az ideológiai viták, amelyet az elmúlt hetekben egyes képviselőtársaim folytattak, sajnos nem vitték előbbre a közös ügyet: a hatékony és gyors védekezés fontosságát. Az Európai Uniónak arra irányulóan kellene erőfeszítéseit fokoznia, hogy miként nyújthat leggyorsabban és leghatékonyabban segítséget az arra rászoruló országoknak.

István Ujhelyi (S&D), in writing. – The current epidemic situation has also proofed that future action is needed, regardless of the ‘sacredness’ of Member State competences. It is intolerable that the health and quality of life of European citizens depends in particular on the given Member State of the Union they live in. National governments and the European Commission have to strength their resolve and collaboration at EU level to combat the COVID-19 outbreak. They have to adequately plan the recovery phases and better anticipate and manage future health emergencies. We need to develop a coherent set of guidelines and evidence-based strategies on the clinical management of COVID-19 during the emergency and recovery phases. And we have to ensure a future European health response mechanism which will encompass an EU coordinated intensive care strategy that will oversee the timely and consistent supply of treatments, diagnostic tests, medical and technological equipment and at the same time involving doctors, experts and healthcare professionals and healthcare organisations in advisory panels and coordination groups at European level. We need the same standards, and we need the European Minimum Health Service in every Member State.

Monika Vana (Verts/ALE), schriftlich. – In seiner Antwort zur Coronakrise muss das Europäische Parlament als Teil des europäischen Friedensprojekts jenes Organ sein, das während der Krisenbewältigung darauf achtet, dass die Mitgliedstaaten die Menschenrechte wahren und autoritäre Auswüchse verhindern. Angriffe auf die Justiz und Menschenrechte stehen mittlerweile an der Tagesordnung. Das Europäische Parlament muss diesen Angriffen entgegentreten und sicherstellen, dass die Mitgliedstaaten die hart erkämpfte Europäische Menschenrechtskonvention ernstnehmen und Verantwortung übernehmen und Rechtsstaatlichkeit sicherstellen. Die Lage in Polen, Ungarn und Griechenland ist besorgniserregend. Keine Regierung darf die Coronakrise nutzen, um die Menschenrechte und Demokratie zu untermauern. Es ist unsere Aufgabe sicherzustellen, dass Europa solidarisch handelt und allen Menschen Schutz bietet, die sich in diesen schwierigen Zeiten in Europa befinden. Die Hetze gegen Minderheiten und zunehmende Homophobie muss im solidarischen Europa ein Ende nehmen. Frauen müssen das Recht haben, sicher und legal abtreiben zu können. Flüchtlinge müssen versorgt werden und Griechenland darf in der Flüchtlingsfrage nicht schon wieder alleine gelassen werden. Die EU muss der von Victor Orban vollzogenen Demontage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Ungarn Einhalt gebieten. Die Coronakrise darf kein Räderwerk für einen Backlash sein.

Kathleen Van Brempt (S&D), schriftelijk. – De gevolgen van de coronacrisis kunnen enkel Europees worden aangepakt. Dat is, na de wilde grenssluitingen en exportverboden, glashelder geworden. Even helder is dat het makkelijker is een lockdown uit te vaardigen, dan eruit te treden. De fundamentele interdependentie van onze samenlevingen en economie zorgt ervoor dat de ene maatregel onbedoelde effecten kan hebben op andere domeinen van de samenleving. Niet alleen is daarom een gecoördineerde aanpak noodzakelijk, ook de aard van de maatregelen zal cruciaal zijn.

De gezamenlijke resolutie maakt twee dingen duidelijk. Vooreerst zijn de meeste voorstellen niet nieuw, maar behandelen ze gekende problemen die uit gebrek aan politieke moed of nationaal egoïsme nooit genomen werden: het dichten van de digitale kloof, bescherming van werknemers in preciaire beroepen, stevige sociale vangnetten, de invoering van eurobonds. Nu moeten oude vooroordelen sneuvelen en stappen gezet worden naar een Europa dat zijn burgers beschermt. Ten tweede is ook de discussie van de baan dat er geen geld zou zijn om de Green Deal uit te voeren. Het is nu zaak om die middelen slim in te zetten in de transitie naar een circulaire, duurzame en eerlijke economie. De Green Deal is een duurzame groeistrategie. Precies wat we nodig hebben.

Loránt Vincze (PPE), írásban. – A koronavírus-járvánnyal szembeni hatékony küzdelem alapfeltétele a széleskörű európai összefogás, valamint az egyes tagállami intézkedések EU-s összehangolása. A koronavírus-járvány elleni fellépésről szóló európai parlamenti határozat számos olyan közös cselekvésre tesz konkrét javaslatot, amelyek megvalósítása érdemi előrelépést jelentene a jelenlegi súlyos helyzetből való kilábalás érdekében. Sajnálatos módon, a határozat ugyanakkor több ideológiai eredetű és valótlan állítást is tartalmaz a magyarországi válságkezelési intézkedésekről. A valóság azonban az, hogy Magyarország az új koronavírus-járvány elleni védekezés során eddig nem fogadott el olyan törvényt, amely ellenkezne akár saját Alkotmányával vagy az európai uniós joggal, amit utólagosan ugyan, de egy nyilatkozatában az Európai Bizottság alelnöke is aláíratott.

Ellentétben számos más uniós tagállammal, a magyar parlamentnek rendkívül erős ellenőrzési jogkörei vannak a veszélyhelyzetben a válságkezelési intézkedések határideje pedig konkrétan véget ér a krízishelyzet megszűnésével. Példátlan méretű válsághelyzetben vagyunk, amikor minden erőfeszítésünket a járvány elleni védekezésre kellene összpontosítanunk nem pedig ideológiai alapú, meg nem alapozott és kettős mércét alkalmazó vádaskodásokra. A határozatot éppen ezért nem tudom szavazatommal támogatni.

Marianne Vind (S&D), skriftlig. – EU spiller en vigtig rolle i bekæmpelsen af covid-19 og dens konsekvenser. De danske socialdemokrater er derfor meget tilfredse med, at det er lykkedes at nå til enighed om ambitiøse økonomiske hjælpepakker til medlemsstaterne. Og det er glædeligt, når danske trepartsforhandlinger om lønkomensation inspirerer til lanceringen af SURE. Samtidig er vi glade for, at EU har sat sig i spidsen for at koordinere indkøb af værnemidler og medicinsk udstyr, at der bliver opbygget fælleseuropæiske lagre for at ruste os til fremtidige sundhedskriser, og at der er blevet oprettet »grønne korridorer« ved grænseovergangene, så de europæiske borgere ikke oplever varemangel, og så vores sundhedspersonale fortsat modtager livsvigtigt udstyr.

Selv om sundhedspolitik i vid udstrækning er et nationalt anliggende og skal forblive det, kan EU-samarbejdet understøtte medlemslandenes håndtering af pandemien og gennem fornuftige beslutninger afbøde de langsigtede økonomiske konsekvenser. Derfor støtter vi det fælles beslutningsforslag.

Beslutningsforslaget er imidlertid ikke uden problemer. Det er meget bekymrende, når den nuværende krise bliver udnyttet til at skubbe på for en dybere EU-integration. Det er tiden ikke til. Vi tager ligeledes forbehold for den utvetydige opbakning til at øge den samlede ramme for FFR'en samt forslaget om fælleseuropæiske obligationer.

Henna Virkkunen (PPE), kirjallinen. – Arvoisa puhemies, koronakriisi on nostanut uudella tavalla keskiöön omavaraisuuden ja huoltovarmuuden merkityksen. Kaikkein äärimmillään se näkyy tällä hetkellä koko maailman riippuvuudessa Kiinan kapasiteetista valmistaa kriittisen tärkeitä suojarusteita ja hengityslaitteita. Kriisin seurauksena Eurooppa joutuu uudelleen arvioimaan omaa huoltovarmuuttaan ja globaaleja tuotantoketjuja. Teollisuudessa on useita aloja, joissa Eurooppa on erittäin riippuvainen tuontimateriaaleista ja komponenteista. Globaalit tuotantoketjut ovat nykyisin pitkiä eivätkä usein yrityksille itselleenkin läpinäkyviä. Euroopassa moni teollisuusyritys on kriisin seurauksena joutunut katkaisemaan toimintansa komponenttipulan vuoksi, kun ympäri maailmaa asetetut liikkuvuusrajoitukset ovat laittaneet pitkät tuotanto- ja logistiikkaketjut jäihin. Täyteen omavaraisuuteen ei ole järkeä pyrkiä, mutta Euroopan pitäisi pystyä varmistamaan kriittisen tuotannon jatkuvuus myös erilaisissa poikkeusoloissa. Siitä koronakriisi on iso opetus. Vaikka EU:ssa on viime vuosina otettu huomioon energiariippuvuuden ja elektroniikkariippuvuuden riskit, ruuan tuotantoa, lääketeollisuutta tai nyt kriittisten suojarusteiden saantia ei ole riittävästi arvioitu huoltovarmuuden näkökulmasta. On varmaa, että koronakriisin seurauksena globaalit tuotantoketjut tulevat muuttumaan. EU:n on pyrittävä vahvemmin eurooppalaiseen tuotantoon, joka pystyy toimimaan myös poikkeusoloissa. Osaltaan tämä voi olla vauhdittamassa myös siirtymistä kiertotalouteen. Komission maaliskuussa esittelemä uuden kiertotalouden toimintasuunnitelma, jossa tavoitteena on siirtyä lineaarisista tuotantoketjuista materiaalien ja raaka-aineiden kiertoon, vähentäisi riippuvuutta juuri kriittisistä tuontiraaka-aineista. Se olisi tehokasta sekä talouden että ympäristön kannalta.

Bettina Vollath (S&D), schriftlich. – Die Europäische Union steht vor der größten Wirtschaftskrise ihrer Geschichte. Um diese abzufedern, stimme ich heute im Europäischen Parlament für Soforthilfen in Milliardenhöhe. Diese finanzielle Unterstützung unserer europäischen Wirtschaft ist richtig und notwendig. Dennoch müssen wir uns bereits jetzt die Frage stellen, wie wir diese Hilfspakete langfristig finanzieren können, ohne die Kosten auf die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft abzuwälzen. Damit nach der Krise nicht die Ärmsten die Rechnung für die Corona-Krise zahlen, brauchen wir endlich europäische Steuergerechtigkeit. 825 Milliarden Euro an Steuergeldern entgehen der EU jährlich durch Steuermeidung großer internationaler Konzerne und durch Steuerbetrug durch kriminelle Machenschaften Einzelner – das muss ein Ende haben. Mit diesem Geld könnten über die nächsten Jahre nicht nur die dringend erforderlichen Corona-Soforthilfen finanziert werden, sondern auch notwendige Investitionen etwa in das Gesundheitswesen

oder den Klimaschutz ermöglicht werden. Dafür müssen wir endlich auf europäischer Ebene konkrete Maßnahmen zur Schließung von europäischen Steuerschlupflöchern ergreifen und gemeinsam daran arbeiten, die Methoden der BetrügerInnen zu unterbinden. Deshalb fordere ich die Kommission auf, zu handeln und konkrete Schritte zu setzen, um Steuervermeidung in der EU zu unterbinden. Der Weg aus der Krise darf nicht ein Weg zurück in die Steuervermeidung sein!

Alexandr Vondra (ECR), písemně. – Nemůže být pochyb o tom, že se Evropa nachází uprostřed největší poválečné krize. Předložená rezoluce však přináší jen ideologii a nereflexuje skutečný vývoj situace. Výrazně odlišné přístupy členských států k pandemii odhalily, že rozhodování na nižší, lidem srozumitelné úrovni poskytuje možnost reagovat pružněji a rychleji. A národní hranice nabyly na významu proto, že některé státy okamžitě zahájily *lockdown*, zatímco jiné se dlouho přidržovaly teorie o *herd immunity*. Není proto vhodné požadovat další přesun kompetencí a finančních zdrojů na unijní instituce ani kritizovat členské státy, že jednaly po svém a v zájmu svých občanů a při přijímání nezbytných opatření a zajišťování zdravotního materiálu nečekaly na pokyny z centra. Víceletý finanční rámec si zaslouží zásadní přepracování tak, aby odpovídal potřebám EU po pandemii, cílem by však nemělo být nekonečné navyšování nákladů jen proto, aby se vyhovělo předkrizovým ambicím v oblasti uhlíkové neutrality. *Green Deal* je programem nákladné restrukturalizace ekonomiky a opuštění celých průmyslových odvětví. A v době globálního ekonomického propadu povede k dalšímu úpadku už tak zdecimovaných národních ekonomik a dalšímu posílení globálního postavení Číny. Podpoříme společné úsilí, ale omezme ambice EU vše řídit.

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυωνίδη (PPE), γραπτώς. – Η φονική πανδημία που βιώνουμε απέδειξε ότι είμαστε όλοι το ίδιο αδύναμοι μπροστά στον εχθρό. Η ελληνική κυβέρνηση έδειξε αποφασιστικότητα και γρήγορα αντανakλαστικά στη διαχείριση της κρίσεως, γεγονός που αναγνωρίστηκε διεθνώς. Παρά τη δεκαετή κρίση χρέους που ταλάνισε τη χώρα μου και τη σταθερά επιθετική πολιτική της Τουρκίας στο μεταναστευτικό, η Ελλάδα στάθηκε γενναία και λειτούργησε αποτελεσματικά απέναντι σε ένα διεθνές πρόβλημα, δείχνοντας τον δρόμο σε μεγάλες και ισχυρές χώρες. Η υγειονομική κρίση χτύπησε την πόρτα όλων και εξάντλησε ακόμα και τις πιο εύρωστες οικονομίες.

Καλωσορίζουμε τα οικονομικά μέτρα που λαμβάνει η Ένωση για τη στήριξη των ευρωπαϊκών χωρών, αλλά χρειαζόμαστε περισσότερο από ποτέ μια ακόμα πιο σθεναρή αλληλεγγύη στην πράξη. Τώρα είναι η κατάλληλη στιγμή για αποφασιστικές πολιτικές, που δεν θα διχάσουν τον ευρωπαϊκό Βορρά και τον Νότο, αλλά θα οδηγήσουν σε μαζική ανάκαμψη και από κοινού ανάληψη ευθυνών. Η έκδοση ενός ευρωπαϊκού ομολόγου θα προσφέρει την απαιτούμενη ενίσχυση για την αντιμετώπιση της πανδημίας και των συνεπειών της.

Σε αυτούς τους δύσκολους καιρούς το μυαλό όλων μας βρίσκεται σε όσους παλεύουν στην πρώτη γραμμή και δίνουν μια άνιση μάχη με τον αόρατο εχθρό. Οφείλουμε βαθιά ευγνωμοσύνη σε αυτούς τους ανθρώπους και εκφράζουμε τα θερμά μας συλλυπητήρια στις οικογένειες των θυμάτων.

Veronika Vrecionová (ECR), písemně. – Návrh společné rezoluce o boji s koronavirem podpořit nemůžu. Namísto skutečně potřebných kroků, které by pomohly zastavit šíření viru a zároveň pomohly ekonomice, byla tato rezoluce zneužitá k výzvám o dalším přenášení pravomocí z národních států na úroveň EU. Byly to přitom národní státy, které s koronavirem bojují. V mnoha případech úspěšně, v mnoha neúspěšně. Problém těchto neúspěšných zemí nelze vyřešit tím, že se zbaví odpovědnosti a přesunou ji na úroveň EU. Přestaňme nabízet vždy jako jeden jediný zázračný lék na jakoukoli krizi posilováním pravomocí EU. Tudy cesta nevede. Paradoxně některé výroky představitelů Evropské komise naopak ještě více odrazují občany České republiky od členství v EU. A to není v našem zájmu.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), na piśmie. – COVID-19 obnażył słabość unijnych instytucji, które nie podjęły szybkich i skoordynowanych działań, by chronić zdrowie publiczne obywateli. Obnażył jak nieodpowiedzialne jest forsowanie liberalnego podejścia do zarządzania służbą zdrowia oraz jak bolesne są skutki wyprowadzenia firm farmaceutycznych i produkcji sprzętu medycznego poza UE. W efekcie tego w szpitalach brakuje dziś respiratorów i sprzętu medycznego ratującego życie, a także niezbędnych środków ochrony osobistej.

Symbolem bezradności Wspólnoty jest dramatyczny apel włoskiego społeczeństwa, które od tygodni zwraca się o pomoc do UE. Pierwsze reakcje KE na pandemię były spóźnione, a proponowane działania niewystarczające w obliczu skali wyzwań, przed jakimi stoi dziś pogrążona w pandemii Europa. Ciężar walki z koronawirusem spadł na barki państw członkowskich. Jedne radzą sobie w tej sytuacji lepiej, tak jak Polska, inne gorzej.

W obliczu rosnącej lawinowo liczby zarażonych i ofiar, a także ekonomicznych skutków wywołanych kryzysem, nie potrzebujemy słów o solidarności, potrzebujemy konkretnych, pilnych działań. Nie jest to też czas na polityczne ataki. Nikczemnie postępują ci, którzy nawet w czasie pandemii nie rezygnują z ciągłego atakowania Polski i Węgier. Jesteśmy na froncie walki, ale nie może to być walka polityczna. Przyszedł czas, żebyśmy z tego kryzysu wyciągnęli wnioski, żeby UE w przyszłości była w stanie zadbać o bezpieczeństwo zdrowotne obywateli.

Jan Zahradil (ECR), *písemně*. – Nacházíme se v době jedné z největších krizí, zdravotní, sociální i ekonomické. Tato krize zasáhla všechny země EU a vyžádala si opatření, která si nikdo z nás ještě nedávno ani nedokázal představit.

Jednotlivé země a jejich vlády jednaly rychle a podle aktuálních potřeb. Jsem rád, že o svých krocích se navzájem informovaly a koordinovaly je. Ať už to bylo na schůzích Evropské rady nebo bilaterálně. Dokázaly projevit značnou dávku solidarity, posílaly si ochranné pomůcky, zdravotnický materiál, pomáhaly si v repatriaci svých občanů a přebíraly pacienty.

O to více mne mrzí předložená rezoluce. Nereflektuje realitu a utápí se v tradičním eurofederalistickém snění o integrovanější a centralističtější EU. Místo aby se zabývala možnostmi, jak může EU skutečně pomoci členským státům a občanům, řešíme v ní více pravomocí pro Evropskou komisi, které nepotřebuje, a větší rozpočet, který stejně nakonec musí zaplatit členské země. A samozřejmě lpí nadále na politice nové *Green Deal*, nákladné restrukturalizace ekonomiky a celé společnosti.

Není potřeba, aby Brusel byl středem světa a EU za každou cenu vždy musela hrát první housle. Naopak, síla naší spolupráce je právě v tom, že členské státy umí rychleji, pružněji a lépe reagovat na konkrétní situace a problémy. Musíme spolupracovat a některé věci řešit společně, ale není důvod vše centralizovat a sjednocovat.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – A resolução conjunta em debate no Parlamento Europeu demonstra o amplo consenso registado entre os representantes dos povos da União em relação a uma resposta forte, coordenada e solidária à pandemia, no plano sanitário, económico, social e ambiental. Destaco as medidas de cooperação reforçada propostas no domínio da saúde, designadamente o reforço de competências das agências europeias e a criação de um mecanismo europeu de resposta para as emergências sanitárias. Destaco também o apelo ao reforço de todos os mecanismos de coordenação na gestão da crise.

A criação de um fundo adicional para investigação e desenvolvimento no domínio dos medicamentos inovadores e das vacinas para fazer face ao COVID19 é também uma proposta muito meritória. Na mitigação do impacto económico e social é fundamental a proposta de que os fundos disponibilizados pelas linhas de financiamento aprovadas pelo Eurogrupo não tenham condicionalidades negativas e se apliquem também às consequências económicas e sociais da pandemia.

A emissão conjunta de obrigações para financiar o plano de recuperação é determinante, assim como a proposta de reforçar e adequar o Quadro Plurianual de Financiamento às novas circunstâncias. Sublinho finalmente a aposta no pacto ecológico europeu e na transição digital como alavancas de recuperação.

(Die Sitzung wird um 12.25 Uhr unterbrochen.)

18. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 13.41 Uhr wieder aufgenommen.)

19. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung: siehe Protokoll

20. Zweite Abstimmungsrunde

Wir kommen nun zur zweiten Abstimmungsrunde über die Verordnung zur Änderung des mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 und den zweiten Teil der Änderungsanträge zu dem gemeinsamen Entschließungsantrag zu abgestimmten Maßnahmen der EU zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen. Die Abstimmung erfolgt nach dem selben Verfahren wie heute Vormittag. Die zweite Abstimmungsrunde ist ab jetzt bis 14.30 Uhr geöffnet.

Die Abstimmung ist eröffnet. Sie haben bis 14.30 Uhr Zeit. Die Ergebnisse werden um 17.00 Uhr bekannt gegeben.

(Die Sitzung wird um 13.49 Uhr unterbrochen.)

PRESIDÊNCIA: PEDRO SILVA PEREIRA

Vice-Presidente

21. Wiederaufnahme der Sitzung

(A sessão é reiniciada às 17h05)

22. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung

Presidente. – Muito boa tarde a todos. Está reaberta a sessão e vou passar a anunciar os resultados da votação do primeiro pacote de alterações à proposta de resolução comum sobre a ação coordenada da União Europeia para combater a pandemia da Covid-19 e as suas consequências. Os resultados são os seguintes: a alteração 2 foi adotada. O resultado aparecerá no ecrã e podem consultar. A alteração 2 foi, portanto, adotada; alteração 55, rejeitada; alteração 43, rejeitada; alteração 56, rejeitada; alteração 57, rejeitada; alteração 44, rejeitada; alteração 29, rejeitada; alteração 80, rejeitada; alteração 58, adotada; alteração 13, rejeitada; alteração 49, adotada; alteração 59, rejeitada; alteração 60, rejeitada; alteração 15, rejeitada; alteração 17, primeira parte, adotada; alteração 17, segunda parte, adotada; alteração 3, rejeitada; alteração 32, rejeitada; e alteração 61, rejeitada. Estes, portanto, os resultados da votação do primeiro pacote de alterações à proposta de resolução comum.

Informo que os resultados da votação sobre o segundo pacote de alterações a esta proposta de resolução comum serão anunciados apenas às 20h30, porque o processo de escrutínio ainda decorre. Portanto, às 20h30 procederemos ao anúncio dos resultados da votação desse segundo pacote de alterações.

23. Dritte Abstimmungsrunde

Presidente. – Informo que a votação do terceiro conjunto de alterações seguirá o mesmo procedimento adotado no primeiro e no segundo períodos de votação.

Este terceiro período de votação decorrerá até às 18 horas. Podem, então, votar até às 18 horas.

Os resultados da votação deste terceiro pacote de alterações serão anunciados às 22h50.

(A sessão é suspensa às 17h12)

VORSITZ: RAINER WIELAND*Vizepräsident***24. Wiederaufnahme der Sitzung***(Die Sitzung wird um 20.35 Uhr wieder aufgenommen.)***25. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung**

Der Präsident. – Einen schönen guten Abend allerseits. Ich eröffne die Sitzung erneut für die Bekanntgabe der Ergebnisse der zweiten Abstimmungsrunde und zur Eröffnung der vierten Abstimmungsrunde am heutigen Tag.

Die Ergebnisse der zweiten Abstimmungsrunde sind wie folgt: Die Verordnung zur Änderung des mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 ist angenommen.

Wir kommen dann zu den Ergebnissen der Abstimmung über den zweiten Teil der Änderungsanträge zum gemeinsamen Entschließungsantrag zu abgestimmten Maßnahmen der EU zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen. Ich schlage Ihnen vor, dass wir das so handhaben, wie das heute Nachmittag der Kollege Silva Pereira gemacht hat, dass die Abstimmungen hier am Bildschirm erscheinen, dass ich sie nicht verlese. Sie werden unmittelbar nach der Verlesung hier – nach der Bekanntgabe – auf der Homepage des Parlaments veröffentlicht und können auch eingesehen werden.

Änderungsantrag 19 ist abgelehnt.

Änderungsantrag 62 ist abgelehnt.

Absatz 18 Teil 1 Originaltext ist angenommen.

Teil 2 Originaltext ist angenommen.

Teil 3 ist ebenfalls angenommen.

Änderungsantrag 63 ist abgelehnt.

Änderungsantrag 64 ist abgelehnt.

Änderungsantrag 65 ist abgelehnt.

Änderungsantrag 66 ist abgelehnt.

Änderungsantrag 33 ist abgelehnt.

Änderungsantrag 34 ist abgelehnt.

Änderungsantrag 35 ist abgelehnt.

Änderungsantrag 36 ist abgelehnt.

Änderungsantrag 45 ist abgelehnt.

Änderungsantrag 46 ist abgelehnt.

Änderungsantrag 67 ist abgelehnt.

Absatz 20 Originaltext, in drei Teilen:

Teil 1 ist angenommen.

Teil 2 ist angenommen.

Teil 3 ist angenommen.

Änderungsantrag 37 ist abgelehnt.

Änderungsantrag 68 ist abgelehnt.

Änderungsantrag 38 ist abgelehnt.

Änderungsantrag 39 ist abgelehnt.

Änderungsantrag 40 ist abgelehnt.

Änderungsantrag 41 ist abgelehnt.

Änderungsantrag 10 ist abgelehnt.

Absatz 23 Originaltext ist angenommen.

So weit die vorliegenden Ergebnisse der bis jetzt durchgeführten Abstimmungen. Die Ergebnisse der Abstimmung über den dritten Teil der Änderungsanträge zu dem gemeinsamen Entschließungsantrag zu abgestimmten Maßnahmen der EU zur Bekämpfung der COVID 19 Pandemie und ihrer Folgen werden um 22.50 Uhr bekanntgegeben.

26. Vierte Abstimmungsrunde

Der Präsident. – Wir kommen nun zur vierten Abstimmungsrunde. Wir stimmen über den vierten Teil der Änderungsanträge zu dem gemeinsamen Entschließungsantrag zu abgestimmten Maßnahmen der EU zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen ab.

Die Abstimmung erfolgt nach demselben Verfahren wie in den vorhergegangenen Abstimmungsrunden. Die vierte Abstimmungsrunde ist ab jetzt bis 21.30 Uhr offen. Die Abstimmung ist also ab jetzt eröffnet, und Sie haben bis 21.30 Uhr Zeit zu wählen. Die Ergebnisse der Abstimmung über diesen vierten Teil der Änderungsanträge werden morgen, Freitag, 17. April, um 9.00 Uhr bekanntgegeben. Ich sehe keine Fragen.

(Die Sitzung wird um 20.40 Uhr unterbrochen.)

27. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 22.54 Uhr wieder aufgenommen.)

28. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung

Der Präsident. – Wir kommen zur Bekanntgabe der Ergebnisse der dritten Abstimmungsrunde. Die Ergebnisse der Abstimmung über den dritten Teil der Änderungsanträge zu dem gemeinsamen Entschließungsantrag zu abgestimmten Maßnahmen der EU zur Bekämpfung der COVID 19-Pandemie und ihrer Folgen lauten wie folgt:

Änderungsantrag 42: abgelehnt.

Änderungsantrag 11: angenommen.

Änderungsantrag 21: abgelehnt.

Änderungsantrag 69: abgelehnt.

Änderungsantrag 70: abgelehnt.

Änderungsantrag 47: angenommen.

Änderungsantrag 4: angenommen.

Änderungsantrag 71: abgelehnt.

Änderungsantrag 12: abgelehnt.

Änderungsantrag 5: angenommen.

Änderungsantrag 26: angenommen.

Änderungsantrag 72: abgelehnt.

Änderungsantrag 27: angenommen.

Änderungsantrag 6: angenommen.

Änderungsantrag 73: abgelehnt.

Änderungsantrag 23: angenommen.

Änderungsantrag 74: angenommen.

Änderungsantrag 75: abgelehnt.

Änderungsantrag 79: abgelehnt.

Änderungsantrag 7, 14 und 28 identisch: angenommen.

Änderungsantrag 20: angenommen.

Absatz 36 Originaltext, in drei Teilen:

erster Teil: angenommen,

zweiter Teil: angenommen,

dritter Teil: angenommen.

Absatz 37 Originaltext, in zwei Teilen:

erster Teil: angenommen,

zweiter Teil: ebenfalls angenommen.

Änderungsantrag 50: angenommen.

Änderungsantrag 16: angenommen.

Änderungsantrag 51: abgelehnt.

Änderungsantrag 52: ebenfalls abgelehnt.

Die Ergebnisse der Abstimmung über den vierten Teil der Änderungsanträge zu dem gemeinsamen Entschließungsantrag zu abgestimmten Maßnahmen der EU zur Bekämpfung der COVID 19-Pandemie und ihrer Folgen werden morgen, Freitag, den 17. April, um 9.00 Uhr bekannt gegeben.

Die nächste Sitzung findet morgen um 9.00 Uhr statt. Die Tagesordnung wurde veröffentlicht und ist auf der Website des Europäischen Parlaments verfügbar.

29. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

30. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

31. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

32. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 22.58 Uhr geschlossen.)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
GUE/NGL	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
NI	Fraktionslos



C/2024/4637

19.7.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 17. APRIL 2020

(C/2024/4637)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2020-2021

Sitzungen vom 16. und 17. April 2020

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung	3
3. Erste Abstimmungsrunde	4
4. Wiederaufnahme der Sitzung	5
5. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung	5
6. Zweite Abstimmungsrunde	6
7. Wiederaufnahme der Sitzung	6
8. Standpunkte des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll	6
9. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung: siehe Protokoll	6
10. Unterzeichnung angenommener Rechtsakte	6

Inhalt	Seite
11. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	7
12. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	7
13. Petitionen: siehe Protokoll	7
14. Änderung von Titeln von Initiativberichten: siehe Protokoll	7
15. Rückzug von Verfahren auf der Grundlage eines Initiativberichts: siehe Protokoll	7
16. Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte	7
17. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	7
18. Schluss der Sitzung	7
19. Unterbrechung der Sitzungsperiode	7

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 17. APRIL 2020

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

1. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 9.05)

2. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung

Presidente. – Cominciamo con l'annuncio dei risultati del quarto blocco di emendamenti alla proposta di risoluzione comune sull'azione coordinata dell'UE per lottare contro la pandemia di COVID-19 e le sue conseguenze.

I risultati dovrebbero apparire sullo schermo:

Emendamento 53: respinto.

Emendamento 54: respinto.

Emendamento 76: respinto.

Paragrafo 43, prima parte: approvato.

Paragrafo 43, seconda parte: approvato.

Emendamento 48: approvato.

Emendamento 77: respinto.

Emendamento: 24 approvato.

Paragrafo 45: approvato.

Emendamento 18: respinto.

Emendamento 17: respinto.

Emendamento 25: approvato.

Emendamento 8: approvato.

Emendamento 9: approvato.

Emendamento 78: respinto.

Paragrafo 51, prima parte: approvato.

Paragrafo 51, seconda parte: approvato.

Paragrafo 51, terza parte: approvato.

Emendamento 30: approvato.

Emendamento 1: respinto.

Paragrafo 52, prima parte: approvato.

Paragrafo 52, seconda parte: approvato.

Paragrafo 52, terza parte: approvato.

Paragrafo 52, quarta parte: approvato.

Paragrafo 53, prima parte: approvato.

Paragrafo 53, seconda parte: approvato.

Paragrafo 55, prima parte: approvato.

Paragrafo 55, seconda parte: approvato.

Emendamento 22: approvato.

Considerando B: approvato.

Emendamento 31: respinto.

3. Erste Abstimmungsrunde

Presidente. – Adesso passiamo al primo turno di votazioni.

Procederemo alle votazioni sugli emendamenti ai seguenti fascicoli:

Misure specifiche volte a fornire flessibilità straordinaria per l'utilizzo dei Fondi strutturali e d'investimento europei in risposta alla pandemia di COVID-19.

Introduzione di misure specifiche per rispondere alla crisi della Covid-19.

Misure specifiche per attenuare l'impatto della pandemia di Covid-19 nel settore della pesca e dell'acquacoltura.

Dispositivi medici.

Le votazioni si svolgeranno secondo la stessa procedura utilizzata ieri. Il primo turno di votazioni sarà aperto dalle 9.00 alle 10.00

La votazione è aperta. Si può votare fino alle ore 10.

I risultati saranno comunicati alle 12.30.

Tutte le votazioni della giornata odierna si svolgeranno per appello nominale. I deputati potranno verificare i risultati della loro votazione consultando il documento che sarà pubblicato sul sito web della plenaria. Quindi il prossimo appuntamento in plenaria è alle 12.30 per il risultato del primo turno di votazioni.

(La seduta è sospesa alle 9.09)

4. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 12.33)

5. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung

Presidente. – I risultati del primo turno di votazioni sono i seguenti:

Voto sugli emendamenti C9-0095/2020:

Emendamento 1: respinto.

Emendamento 2: respinto.

Emendamento 3 respinto.

Voto sugli emendamenti C9-0094/2020:

Emendamento 3: respinto.

Emendamento 2: approvato.

Emendamento 4: respinto.

Emendamento 1: approvato.

Voto sugli emendamenti C9-0093/2020 (acquacoltura):

Emendamento 1: respinto.

Emendamento 9: approvato.

Emendamento 2: respinto.

Emendamento 10: approvato.

Emendamento 11: approvato.

Emendamento 3: respinto.

Emendamento 12: approvato.

Emendamento 13: approvato.

Emendamento 14: approvato.

Emendamento 4: respinto.

Emendamento 15: approvato.

Emendamento 5: approvato.

Emendamento 6: approvato.

Emendamento: 7 approvato.

Emendamento 8: approvato.

Emendamento 16: respinto.

Voto sugli emendamenti C9-0098/2020 (Dispositivi medici):

Emendamento 1: approvato.

Emendamento 2: approvato.

Emendamento 3: approvato.

Emendamento 4d: approvato.

E questi erano i risultati.

6. Zweite Abstimmungsrunde

Presidente. – Possiamo ora al secondo turno di votazioni della giornata con le votazioni finali su:

Progetto di bilancio rettificativo n. 1/2020

Progetto di bilancio rettificativo n. 2/2020

Mobilizzazione dello strumento di flessibilità per il 2020

Mobilizzazione dello strumento di flessibilità per il 2020

Mobilizzazione del margine per imprevisti nel 2020

Misure specifiche volte a fornire flessibilità straordinaria per l'utilizzo dei Fondi strutturali e d'investimento europei in risposta alla pandemia di COVID-19

Introduzione di misure specifiche per rispondere alla crisi della Covid-19

Misure specifiche per attenuare l'impatto della pandemia di Covid-19 nel settore della pesca e dell'acquacoltura

Dispositivi medici

Per ultimo votiamo la risoluzione comune sull'azione coordinata dell'UE per lottare contro la pandemia di COVID-19 e le sue conseguenze.

Il secondo turno di votazioni sarà aperto dalle 12.30 fino alle 13.30. La votazione è aperta. I risultati saranno comunicati alle ore 16.00.

(La seduta è sospesa alle 12.36)

7. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 16.01)

8. Standpunkte des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll

9. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung: siehe Protokoll

10. Unterzeichnung angenommener Rechtsakte

11. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

12. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

13. Petitionen: siehe Protokoll

14. Änderung von Titeln von Initiativberichten: siehe Protokoll

15. Rückzug von Verfahren auf der Grundlage eines Initiativberichts: siehe Protokoll

16. Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte

Presidente. – Il processo verbale delle sedute del 16 e 17 aprile sarà sottoposto all'approvazione del Parlamento all'inizio della prossima seduta. Se non vi sono obiezioni procedo alla trasmissione immediata delle risoluzioni approvate nella seduta odierna ai loro destinatari.

*

* * *

Vorrei ringraziare tutto il personale e tutti i colleghi che hanno partecipato, che hanno avuto la pazienza di utilizzare queste metodologie, che però ci consentono di tenere aperto e funzionante il nostro Parlamento. Ormai siamo abituati, ci abbiamo fatto anche un po' l'abitudine a lavorare a distanza e credo che questo sia molto importante anche per i risultati e la partecipazione che è stata molto ampia ai nostri lavori.

Naturalmente, voglio rivolgere un incoraggiamento a tutti a continuare ad essere attivi in questo momento di grande emergenza.

Qualche giorno fa è morto un grande scrittore che aveva scelto l'Europa come sua patria e con le sue parole voglio salutarci oggi. «Ammiro chi resiste, chi ha fatto del verbo resistere carne, sudore e sangue, e ha dimostrato senza grandi gesti che è possibile vivere e vivere in piedi, anche nei momenti difficili». Luis Sepúlveda. Credo sia un autore che ci ha accompagnato in tante belle letture. Grazie e buon lavoro.

17. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

18. Schluss der Sitzung

(La seduta è tolta alle 16.09)

19. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Presidente. – Dichiaro interrotta la sessione del Parlamento europeo.

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
GUE/NGL	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 13. MAI 2020

(C/2024/4640)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2020-2021

Sitzungen vom 13. bis 15. Mai 2020

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Eröffnung der Sitzung	3
3. Erklärungen des Präsidenten	3
4. Mitteilung des Präsidenten	4
5. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen	4
6. Tagungskalender	5
7. Berichtigung (Artikel 241 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll	6
8. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO): siehe Protokoll	6
9. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 79 GO): siehe Protokoll	6
10. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	6

Inhalt	Seite
11. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll	6
12. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll	6
13. Petitionen: siehe Protokoll	6
14. Arbeitsplan: siehe Protokoll	6
15. Erste Abstimmungsrunde	6
16. Wiederaufnahme der Sitzung	8
17. Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 23. April 2020 — Neuer MFR, Eigenmittel und Aufbauplan (Aussprache)	8
18. Wiederaufnahme der Sitzung	49
19. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll	49
20. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung	49
21. Zweite Abstimmungsrunde	51
22. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	51
23. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	51
24. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	52
25. Schluss der Sitzung	52

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 13. MAI 2020

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Presidente. – Dichiaro ripresa la sessione del Parlamento europeo interrotta venerdì 17 aprile 2020.

2. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 15.03)

3. Erklärungen des Präsidenten

Presidente. – Care colleghe e cari colleghi, ieri abbiamo celebrato la Giornata internazionale degli infermieri e l'OMS, l'Organizzazione mondiale della sanità, ha dichiarato il 2020 l'anno degli infermieri e degli ostetrici.

Vorrei quindi iniziare questa nostra plenaria con una parola di elogio e di ringraziamento alle donne e agli uomini in camice bianco che hanno fornito servizi sanitari essenziali con dedizione, coraggio e umanità in tempi così difficili. È nostro dovere comune consentire loro di svolgere il proprio lavoro in sicurezza ed efficienza.

Abbiamo già messo a disposizione da un paese all'altro ospedali, risorse umane, macchinari e materiale sanitario, grazie anche al lavoro della Protezione civile: uno sforzo di solidarietà che rappresenta una ricchezza per tutti i nostri paesi.

Oggi sentiamo la necessità di rafforzare i poteri dell'Unione europea in ambito sanitario: è un impegno che dobbiamo prendere davanti ai nostri cittadini.

Il Parlamento ha chiesto un meccanismo europeo di risposta sanitaria per prepararsi e rispondere in modo comune e coordinato a qualsiasi tipo di crisi sanitaria.

La pandemia di Covid-19 ha mostrato la necessità di una politica di salute pubblica più proattiva e di una maggiore e migliore cooperazione per costruire sistemi di assistenza sanitaria resilienti e accessibili, nonché, soprattutto, la necessità di una maggiore solidarietà in Europa.

Settant'anni fa, il 9 maggio 1950, la solidarietà tra 6 paesi europei spingeva per arrivare a un'Europa di pace e sicurezza. Un'Europa che, come sosteneva Robert Schuman, «sorgerà da realizzazioni concrete che creino una solidarietà di fatto». Questa visione era l'unico modo per garantire una pace duratura e migliorare la vita delle persone.

È stata una visione ambiziosa ma anche molto pragmatica, basandosi sugli orrori della guerra e sui sacrifici fatti per mettervi fine.

Settantacinque anni di pace, un progetto comune, con tante sfide future da affrontare. Il lavoro è soltanto all'inizio e con le donne, gli uomini e i nostri giovani, capaci di sviluppare solidarietà, come hanno dimostrato in questo periodo di grave emergenza, il nostro compito sarà più facile.

Abbiamo una grande responsabilità davanti a noi: dobbiamo essere all'altezza delle aspettative dei cittadini europei e rilanciare una grande riflessione sul futuro dell'Europa, insieme a risposte immediate ai problemi che affrontiamo.

Questa crisi ci sta insegnando tante cose, ma soprattutto che solo insieme possiamo ripartire.

4. Mitteilung des Präsidenten

Presidente. – Vorrei innanzitutto ricordarvi una serie di misure precauzionali che sono state prese per rispettare il distanziamento sociale.

I deputati il cui nome è negli elenchi degli oratori sono invitati a prendere posto nell'Emiciclo, dove troverete un cartellino col vostro nome al posto che vi è stato attribuito.

I deputati che non sono nell'elenco degli oratori saranno guidati dagli uscieri verso gli altri posti disponibili nell'Emiciclo.

I deputati che non possono prendere posto nell'Emiciclo per ragioni di spazio potranno utilizzare la sala riunioni SPAAK 3C050, che è stata collegata e attrezzata efficientemente a questo scopo.

Vi informo che un registro delle presenze è collocato in entrambe le sale.

Vorrei ricordarvi che a partire da oggi, quando si entra negli edifici del Parlamento, l'uso di maschere che coprono la bocca e il naso è obbligatorio in tutte le aree diverse dall'ufficio e quindi anche nell'Emiciclo e nella sala riunioni 3C050.

Gli oratori che preferiscono intervenire nel dibattito senza la mascherina saranno autorizzati a farlo per la sola durata del loro discorso.

5. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen

Presidente. – I processi verbali delle sedute del 16 e 17 aprile 2020 e i testi approvati sono stati distribuiti.

Vi sono osservazioni?

I processi verbali delle sedute del 16 aprile 2020 e 17 aprile 2020 sono approvati.

Thomas Waitz (Verts/ALE). – Mr President, I want to make a point of order. Based on Article 22, the President has to ensure the proceedings of the European Parliament are followed correctly. And, relating to Article 167, all Members in this House have the right to use their language as it is an official language of the European Parliament.

There are Members that are exempted from their participation rights and from their right to contribute to the debates because they cannot understand, contribute, or relate in the language that is served by the interpreting service. I urge you, President, to urgently now, two months after the crisis has started, to urgently secure that all elected Members can participate in the debates and in the committees.

Presidente. – Onorevole Waitz, le traduzioni sono assicurate in tutte le riunioni ufficiali del Parlamento. Non capisco il senso del Suo intervento.

Thomas Waitz (Verts/ALE). – Mr President, we have the case of Mr Bronis Ropė, a fellow Member of this House, who only speaks Lithuanian and is not able to understand or contribute in any of the languages provided. This is just one of the examples, there are a few more.

Presidente. – Mi informo, ma credo che tutte le lingue siano assicurate. Sarà mia cura informarmi sul caso che Lei ha indicato.

C'è un richiamo al regolamento da parte dell'onorevole Meuthen.

Jörg Meuthen (ID). – Herr Präsident! Bei aller Anerkennung, dass wir in besonderen Zeiten leben, die durchaus einige besondere Maßnahmen erforderlich machen, kann das aber nicht heißen, dass hier die Demokratie ausgehebelt werden darf.

Aber genau das geschieht in diesem Parlament. Bei jeder erkennbaren Rechtfertigung haben Sie unsere diesbezüglichen Änderungsanträge schlicht abgelehnt. Es ist aber nicht hinnehmbar, dass die Redezeiten sowohl im Plenum als auch in einigen Ausschüssen reduziert werden.

Wir können es ferner nicht akzeptieren, dass Änderungsanträge in den meisten Ausschüssen nur noch in englischer Sprache und nicht mehr für einzelne Abgeordnete zulässig sein sollen, sondern ausschließlich für Fraktionen. Im Übrigen erachten wir Ihre Gängelungsversuche, Abgeordnete in den Ausschüssen bereits eine Stunde vor Beginn zur Anwesenheit zu zwingen, als eine inakzeptable Untergrabung der Freiheit des Mandats.

Die Art und Weise, wie hier im Moment gearbeitet wird, genügt nicht dem gebotenen demokratischen Standard. Wir mahnen daher dringend zu einer schnellen Rückkehr zu demokratischer und parlamentarischer Normalität, von der wir im Moment in diesem Haus meilenweit entfernt sind.

Andernfalls kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Sie daran nicht nur kein Interesse zu haben scheinen, sondern ganz im Gegenteil die Krise sogar dazu nutzen, die Demokratie in diesem Hause auszuhebeln. Das, Herr Präsident, muss ein Ende haben. Wir werden hier den Finger, verlassen Sie sich darauf, konsequent in die Wunde legen.

Presidente. – La ringrazio per le Sue osservazioni, onorevole Meuthen.

Le ricordo che noi siamo uno dei pochi parlamenti che hanno mantenuto aperta la loro attività, siamo un esempio anche per i parlamenti di altre zone e quindi credo che in questo momento fare questa critica non sia accettabile.

A proposito di quello che Lei indicava per quanto riguarda gli emendamenti, gli emendamenti sono stati accettati in linea con il nostro regolamento.

Naturalmente viviamo tutti un momento molto difficile, dove tutti devono avere comprensione, perché l'emergenza ancora non è finita, l'emergenza è ancora tra noi e noi dobbiamo assicurare naturalmente sicurezza e salute, e credo che questo Parlamento si sia attrezzato velocemente per questi scopi.

La ringrazio comunque del Suo intervento.

6. Tagungskalender

Presidente. – Un annuncio relativo al prolungamento della tornata: in occasione all'ultima riunione della Conferenza dei presidenti, che si è tenuta il 5 maggio, ho deciso, insieme ai leader dei gruppi politici, di prolungare la tornata che ha inizio oggi fino a venerdì 15 maggio. Nonostante la pandemia il Parlamento europeo ha continuato a esercitare le sue funzioni fondamentali.

Con questo prolungamento e un sistema adeguato per la votazione a distanza, confido nella capacità del Parlamento di continuare a svolgere pienamente il suo ruolo, in particolare per quanto riguarda il discarico, e di esprimere un voto su una serie di questioni importanti, tra cui le procedure d'urgenza legate alla pandemia Covid-19, la sua posizione in merito al futuro piano di ripresa e al nuovo quadro finanziario pluriennale.

7. **Berichtigung (Artikel 241 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll**
8. **Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO): siehe Protokoll**
9. **Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 79 GO): siehe Protokoll**
10. **Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**
11. **Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll**
12. **Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll**
13. **Petitionen: siehe Protokoll**
14. **Arbeitsplan: siehe Protokoll**
15. **Erste Abstimmungsrunde**

Presidente. – Possiamo ora al primo turno di votazioni.

Clare Daly (GUE/NGL). – Mr President, I would like to oppose the urgency proceeding for relief measures for air services on behalf of the GUE/NGL Group. Obviously, we were all very happy to agree to this procedure last time round regarding ghost flights, as they had an immediate impact. But now here we go again with the proposed relaxation of a whole number of important regulations in this industry without any scrutiny from the European Parliament. We believe this is an incredibly dangerous procedure.

In essence, we are allowing the important relaxation of regulations in the case of ground handling up to the year 2023 without any input from the Committee on Transport and Tourism (TRAN) and without any discussion in this plenary. It's not good enough. There's nothing so urgent that it couldn't wait another month.

Meanwhile, the industry that's benefiting from these measures has announced thousands of job losses and is flagrantly refusing to honour passengers' legal rights to a cash refund. Why are we allowing concessions to this industry without demanding in return the protection of workers' and passengers' rights?

Our point is: if we accept this urgent procedure, in essence, we're saying we're happy to shed crocodile tears about these concerns while at the same time giving away the very leverage we have to force a change in behaviour. To do that, we need time to discuss it and, therefore, we're opposing this procedure.

Adrián Vázquez Lázara, presidente de la Comisión JURI. – Señor presidente, antes de iniciar mi intervención, quisiera dar las gracias, en nombre de la Comisión de Asuntos Jurídicos, y enviar mi máxima solidaridad a todos aquellos sectores que han estado trabajando incansablemente para superar esta crisis: el sector sanitario, las fuerzas y cuerpos de seguridad del Estado, que tanto han ayudado para que estemos sanos y salvos.

Queridos colegas, la crisis del coronavirus ha supuesto un antes y un después en el devenir de nuestra sociedad. El combate contra el virus nos ha obligado a hacer cosas que nunca nos habríamos imaginado: el confinamiento en nuestras propias casas —a menudo lejos de nuestros seres queridos—, la paralización de una gran parte de la actividad económica y la pérdida de numerosos empleos.

La suspensión de la forma en que todos conducíamos nuestra vida da la medida del esfuerzo que se le ha exigido a la ciudadanía, y nosotros tenemos que estar a la altura de nuestros representados.

Las empresas, los autónomos, también llevan meses intentando mostrar lo mejor de sí mismos para poder sobrevivir a esta crisis y seguir y continuar con sus negocios una vez que todo pase.

Las instituciones, para estar a la altura, tenemos que dar voz y defender esos intereses de nuestras empresas. Y la cuestión que aquí nos ocupa es una excelente oportunidad para hacer eso.

Las empresas constituidas bajo la forma de sociedades anónimas europeas no podrán cumplir con la actual obligación legal de celebrar sus juntas de accionistas en los seis primeros meses del año. Las restricciones que nos ha impuesto la pandemia lo impiden.

Por eso, la propuesta de la Comisión Europea es de puro sentido común.

Se trata, en esencia, de reformar la legislación en la materia para permitir que, en este año 2020, se establezca una excepción a esa regla para las juntas de accionistas, de tal forma que el plazo para celebrarlas se extienda seis meses más, hasta el 31 de diciembre de este año. También que se fomente el uso de medios digitales para que también se puedan celebrar a distancia.

Es, como digo, una reforma ineludible y necesaria. Y también lo es que se tramite por el procedimiento de urgencia y quede aprobada de forma inmediata. No es admisible que hoy esas empresas no sepan con certeza si deberán celebrar sus juntas de accionistas el mes que viene, con todos los riesgos para la salud que ello conlleva, o si tendrán que esperar y podrán realizarlas en los próximos seis meses. Necesitamos mandar un mensaje que deje claro que nuestro compromiso es el de ayudar y proteger.

Europa se juega su futuro y su credibilidad en cada crisis, y cada respuesta que damos a los problemas de cada sector, a cada colectivo y a cada ciudadano representa lo que esta Cámara tiene que representar.

Sé que sabremos estar a la altura y, por todo ello, les pido su voto a favor.

Presidente. – Procederemo alle votazioni su sei richieste di applicazione della procedura d'urgenza a norma dell'articolo 163 del regolamento sui documenti che sono stati menzionati.

Per quanto concerne le due posizioni del Consiglio su «Etichettatura dei pneumatici: consumo di carburante e altri parametri essenziali» e su «Prescrizioni minime per il riutilizzo dell'acqua» vi comunico che non sono state presentate proposte di reiezione o modifica delle posizioni del Consiglio a norma degli articoli 67 e 68 del regolamento.

Gli atti proposti si considerano pertanto approvati.

Prima di aprire le votazioni, vorrei ringraziare per il pregevole lavoro svolto la Direzione generale della Presidenza, che ha migliorato ulteriormente il sistema di voto con un lavoro molto continuo ed efficiente in queste settimane di emergenza.

Le informazioni sullo svolgimento delle votazioni sono state inviate via e-mail a tutti i deputati. Sono state effettuate due votazioni di prova per consentire a tutti di acquisire familiarità con la procedura.

Il turno di votazioni sarà aperto adesso, alle 15.30, fino alle 16.45.

Tutte le votazioni di oggi si svolgeranno per appello nominale. I deputati potranno verificare i propri voti e i risultati delle votazioni consultando il sito web della plenaria.

Le dichiarazioni di voto possono essere presentate per iscritto. Eccezionalmente saranno accettate solo le dichiarazioni di voto della lunghezza massima di 400 parole.

Dichiaro aperto il primo turno di votazioni. Avete tempo fino alle 16.45 per votare.

I risultati delle votazioni saranno comunicati alle 19.45.

(La seduta è sospesa alle 15.31).

16. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 16.02)

17. Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 23. April 2020 — Neuer MFR, Eigenmittel und Aufbauplan (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione congiunta sulle dichiarazioni del Consiglio europeo e della Commissione sulle conclusioni della riunione straordinaria del Consiglio europeo del 23 aprile 2020 (2020/2625(RSP)) e sulle dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sul nuovo QFP, le risorse proprie e il piano di ripresa (2020/2631(RSP)).

Ricordo agli onorevoli deputati che per questa discussione non è prevista la procedura «catch-the-eye», né saranno accettate domande «cartellino blu».

Charles Michel, President of the European Council. – Mr President, first of all, I would like to thank the House for giving me again this opportunity to take the floor here.

This crisis is unprecedented and it means that we need to take unprecedented decisions. And that's why I am convinced that a very strong cooperation between the democratic and legitimate European institutions will be vital in the next weeks, in the next months. It's an occasion for me today to share with you some comments after the fourth video conference after the last European Council.

As you probably know, we have taken some very strong orientations. The first goal was to endorse the proposals made by the ministers of finance in order to mobilise more than EUR 540 billion in order to support the workers, the companies, but also the Member States. We have asked the ministers of finance to implement this decision by June 1st.

Of course, we all know here, but also in the European Council, that it's not enough. And I would say that this European Council was the occasion to shift from crisis management in the short-term to more and more the mid-term and long-term vision about what we need to do, especially in order to have a strong debate about the orientations for the recovery strategy and, I would add, for the transformation strategy of our economic and social model.

Cette quatrième vidéoconférence a été l'occasion de débattre également sur la base de la feuille de route pour la relance et la transformation économique préparée ensemble avec la présidente de la Commission. J'ai eu l'occasion précédemment à ce Conseil européen de présenter les quatre chapitres que nous mettions sur la table et je voudrais ici me concentrer plus particulièrement sur deux aspects qui ont fait l'objet des débats et qui doivent continuer à nous mobiliser dans les prochaines semaines et les prochains mois.

Le premier point reste l'importance d'être tout entier mobilisés sur la question du marché intérieur. Comment peut-on renforcer le marché intérieur et comment, surtout, peut-on considérer que les défis qui existaient avant cette pandémie n'ont pas disparu avec cette pandémie: l'agenda climatique et l'agenda digital.

Je vous rappelle que, quelques mois à peine avant le début de cette pandémie, des décisions très fortes et, j'ai envie de dire même, de portée historique, avaient été prises notamment par le Conseil européen, avec le soutien d'ailleurs très engagé du Parlement européen, pour considérer que la neutralité climatique de l'Union européenne devait être un objectif mobilisateur pour soutenir nos entreprises, pour soutenir notre transformation économique et sociale. Il en va de même pour cette ambition digitale. Continuer à agir plus que jamais va être nécessaire dans cette direction-là en considérant que climat et agenda digital doivent être au centre du projet commun que nous voulons mettre en œuvre.

Le marché intérieur, c'est aussi le débat sur l'autonomie stratégique de l'Union européenne, et nous sentons dans ce Conseil européen une orientation de plus en plus partagée pour considérer que l'on doit tirer les leçons du passé, tirer les enseignements et ramener en Europe des capacités de production, certainement dans le domaine stratégique. J'ai envie de dire, pour paraphraser ce qui a été évoqué au Conseil européen, ramenons du *made in Europe*. Il y a là une question qui est tout à fait centrale: la crise a démontré l'importance d'être mobilisés sur ce sujet et d'avoir une stratégie qui intègre ce raisonnement-là.

À côté de cet important engagement sur le marché intérieur et en ayant formulé la demande à la Commission européenne de présenter prochainement un rapport sur la manière dont les différents écosystèmes européens sont affectés d'ores et déjà et comment ils le seront peut-être probablement dans les prochaines semaines, afin que l'on puisse disposer d'une information qui soit la plus utile possible.

The second point, the single market, but also the second important point, is of course the financing and the essential importance to develop a very strong and ambitious strategy, to mobilise more means based on two very strong tools.

The first one is the European budget and we had in the last weeks, the last month, many debates together about this orientation for the next European budget. More than ever, we need to take decisions.

We need to adapt also our strategy in order to take into consideration the consequences, the huge consequences, of this crisis. But it's not enough – the next European budget, and that's why we have taken this very strong commitment to work together in order to launch a recovery fund, in order to be able to mobilise more means, more money, to identify what are the priorities in the near future.

Et dans ce cadre, de ces deux instruments qui doivent être mobilisés, certains, j'en étais d'ailleurs, avaient appelé à l'idée de mobiliser une stratégie de type plan Marshall. J'ai proposé, je veux le faire ici encore, Monsieur le président, qu'on puisse travailler sur ce que j'appelle, pour ce qui me concerne, un plan De Gasperi, du nom d'un des pères fondateurs italiens, afin de travailler ensemble sur les modalités en termes de financement, qui doivent faire l'objet du débat. Comment va-t-on financer? Comment va-t-on identifier la hauteur des moyens qui sont nécessaires? Et comment va-t-on identifier l'interaction entre ce fonds de relance et de transformation d'un côté, et le prochain budget européen? Et surtout, comment va-t-on s'accorder sur la manière de mobiliser les moyens? Comment avec bon sens, avec efficacité, va-t-on mobiliser les moyens qui sont nécessaires pour réussir cette relance économique?

Enfin, à côté de ce débat sur la relance, sur la transformation qui va devoir se poursuivre au départ des propositions que la Commission européenne fera en prenant en considération cette pandémie, qui amènera la Commission à mettre de nouvelles propositions sur la table, à côté de ces dispositions-là, il est un autre point que je voudrais mettre en évidence à l'occasion de ce moment qu'il m'est donné de partager avec vous. C'est l'importance de ne pas perdre de vue que l'objectif fondamental du projet européen depuis son lancement après la Deuxième Guerre mondiale a été non seulement la paix et la prospérité, mais cette idée que c'est ensemble, en coopérant ensemble, en travaillant ensemble pour plus de solidarité et d'unité, que l'on peut relever les défis auxquels nous faisons face.

Et le moteur de ce projet européen a été, tout au long des dernières décennies aussi, cette question de la convergence européenne: faire reculer les disparités, faire reculer les différences. Et, plus que jamais, face à cette crise, nous ressentons à quel point il va être essentiel de convaincre l'ensemble des États membres que cette crise ne doit pas être une raison, un prétexte, une excuse pour aggraver des divergences sur le plan européen, pour aggraver des différences et des disparités sur le plan européen, mais au contraire, doit nous renforcer dans cette volonté commune de travail pour plus de convergence, pour plus de cohésion et pour plus d'intégration européenne.

Plus que jamais, je partage la conviction que cette crise révèle à quel point la solution c'est plus de coopération, plus de convergence, plus d'intégration et pas l'inverse. Parce que l'on sait que l'inverse, ça voudra dire beaucoup plus de fragilité et beaucoup plus d'incapacité. On le voit quand on est confronté à un impact de manière globale qui nécessite des réponses qui doivent être globales naturellement.

Enfin, je voudrais vous dire qu'il y a un autre point extrêmement important. On voit des premiers impacts déjà très durs sur le plan économique, par exemple dans le secteur du tourisme, par exemple dans le secteur du transport aérien et dans beaucoup d'autres secteurs également. Nous voyons bien qu'il y a, pour les prochains jours, les prochaines semaines, la nécessité de travailler activement sur la base des propositions qui sont émises par la Commission, de recommandations, même si les États membres ont des capacités de décision sur la question des frontières, sur la question du tourisme, il est important que très rapidement, sur base de ces propositions qui sont émises, les États membres soient assis ensemble autour d'une même table, les manches retroussées, pour essayer d'avoir de la cohérence, pour avoir aussi la capacité de relever ce défi-là.

J'en appelle à la réouverture des frontières européennes dès qu'il sera possible, en prenant bien sûr les mesures de précaution qui doivent être prises, mais la question de la libre circulation des personnes, une question extrêmement importante, la capacité de progressivement rouvrir nos capacités de développement économique est aussi extrêmement essentielle sur le plan social. Et j'espère que l'on pourra, dans les prochains jours, réellement faire des progrès, en permettant que les États membres soient autour d'une même table pour prendre des décisions de concert, de manière cohérente, de manière synchronisée et pour montrer là aussi notre capacité de résilience européenne.

Enfin, je voudrais vous dire, même si ce n'est pas directement lié aux débats du dernier Conseil européen, qu'il me paraît central, au moment où je m'adresse au Parlement européen, de dire avec solennité, comme président du Conseil européen, que la primauté du droit européen est effectivement un sujet central quand il s'agit de faire progresser les idées européennes, faire progresser la coopération européenne et, en cela, le rôle de la Cour européenne de justice est un rôle central pour garantir une interprétation uniforme du droit européen.

Il y a 70 ans, Robert Schuman exprimait, au travers d'une déclaration qui, aujourd'hui encore, constitue un socle, constitue une fondation pour ce projet européen, des valeurs qui, pour l'époque, étaient extrêmement innovantes dans un moment où, quelques années encore auparavant, des nations se faisaient la guerre, des générations se méfiaient les unes des autres, avaient fait le choix du repli qui avait amené la tragédie.

Je ne m'exprimerai pas sur la question de savoir si ce à quoi nous faisons face se situe dans le champ de la guerre. Chacun trouve la capacité de développer la motivation pour faire face aux défis auxquels nous sommes confrontés, mais je vois en tout cas un point commun en cette situation il y a plus de soixante-dix ans et la situation aujourd'hui. Nous faisons face à une crise globale, à une crise grave, à une crise sans précédent.

Et, de la même manière qu'à l'époque, il a fallu de la ressource, de la créativité, de l'innovation, de l'audace, du courage, sortir des œillères qui avaient, pendant des décennies, tiré le monde vers le bas, de la même manière, plus que jamais, la question est de savoir si cette génération politique, cette génération citoyenne aura la capacité d'audace, d'innovation, de créativité et de courage pour faire en sorte que l'on puise, dans le drame de cette crise, dans la peine et dans le malheur auquel sont confrontées tant et tant de familles exposées très directement, que l'on trouve la ressource et l'énergie formatrice pour faire de ce projet européen qui, de mon point de vue, est probablement une des plus belles idées politiques de l'histoire des femmes et des hommes, pour que l'on puisse faire de ce projet européen une capacité de relever ce défi et d'amener ce qui est au cœur de ce projet, finalement, la dignité des personnes d'amener des sociétés bienveillantes, des sociétés qui soient rassemblées afin de pouvoir regarder l'avenir avec davantage d'optimisme.

Ursula von der Leyen, *présidente de la Commission*. – Monsieur le Président, cher Charles Michel, Mesdames et Messieurs les députés, dans les soixante-dix ans qui ont suivi la déclaration Schuman, les crises et les défis ne sont pas inconnus à l'Europe. Comme vous l'avez tout justement dit, à bien des égards, la devise de l'Europe a toujours été non seulement «Unie dans la diversité», mais aussi «Unie dans l'adversité».

Et aujourd'hui, dans cette période d'adversité et en réponse à cette crise, l'Europe a plus que jamais besoin d'unité, de détermination et d'ambition. Et c'est dans cet esprit que la Commission travaille sur un plan de relance ambitieux pour l'Europe, comme vous le demandez dans votre résolution aujourd'hui.

Mesdames et Messieurs les députés, nous savons tous pour quoi il est nécessaire d'agir et, au cours de ces dernières semaines, vous m'avez souvent entendue parler de ce que l'Europe doit faire. Aujourd'hui, je veux vous parler du comment. Je veux vous présenter l'architecture et les principales caractéristiques du plan de relance ambitieux pour l'Europe sur lequel nous travaillons. Mais, pour faire cela, nous devons d'abord bien comprendre l'anatomie de cette crise très particulière.

Allow me three remarks ahead of the analysis. We have had economic slowdowns before, but we've never had an economic shutdown like the last three months. Our economies have been on hold. Supply chains have been disrupted severely. Demand has collapsed. The truth is that we will not just go back to «business as usual» soon. Our economies and societies will open slowly, cautiously, gradually. While schools stay shut we all know that most parents will have to continue with «home-office», and while social distancing measures rightly stay in place, businesses will have to rethink their workplaces and the way they work. In other words, we will recover but it will take time.

My second remark. The virus is the same in every Member State, yes, but the capacity to respond and absorb the shock is very different. For instance, we all know countries and regions with economies that are built on client-facing services like, for example, tourism or culture, have suffered way more. We should not forget that those who were hit first by the virus were often hit the hardest, because it was the painful experience and the full transparency of Italy and Spain in dealing with a pandemic that helped others to brace themselves for the impact.

My third point. Every Member State has supported workers and companies as best as possible. Also, thanks to the European level being fast and forceful, we triggered the general escape clause, we gave full flexibility on all the structural funds and full flexibility on state aid. But it is also true that each Member State has a different fiscal space, so the use of state aid is also very different from Member State to Member State. What we are starting to observe now is an unleveling of the playing field in the Single Market.

To all that, we need a European response, and because it is a real European recovery focusing on European priorities, it is essential that the European Parliament plays its full role. For me, it goes without saying that this Parliament must provide democratic accountability and have its say on the entire recovery package, just as it does on the European budget. That is what we're going to discuss today.

So let me plunge into the recovery package, which consists of two parts. First of all there will be the European budget, the so-called MFF, that is very well known to you. Secondly, and on top of the budget, will be a recovery instrument funded through a larger headroom. This headroom fixes the maximum amount of money that the Commission can borrow on the capital markets with the guarantees of the Member States, so backed by the Member States. Just as important, the entirety of the money of the recovery instrument will be channelled through the European budget, that is, through European programmes. This is why – and I repeat it – the European Parliament will have the same say on how the recovery money is spent as it does on how the MFF is spent.

Now, where does the recovery money go to? It will be spent across three pillars. The first pillar will focus on supporting Member States to recover, to repair, and to come out stronger from this crisis. The bulk of the money will be spent within this first pillar on the new recovery and resilience instrument that is created to fund, in the Member States, key public investment and reforms, but they have to be aligned with our European policy. In other words, thus we are paving the way to a climate-neutral, digitalised and resilient Europe.

This will be done through the European Semester. It will be available to all Member States, whether they are in the euro area or not. And it will be focused on those parts of the Union that have been most affected and where resilience needs are the greatest. This is one part of the first pillar, and the bulk of the money goes there. Within this first pillar there is also a second part, and that is the proposal by the Commission to top up the cohesion funds. This will be above the usual cohesion envelope within the MFF. This top up will be allocated based on the severity of the economic and social impact of the crisis.

The second pillar. The second pillar is about kick-starting the economy and helping private investment to get moving again. We already knew before the crisis that we also need major private investment in key sectors and key technologies – 5G, artificial intelligence, clean hydrogen, off-shore renewable energies, you name it. The only thing this crisis changed is that it has made this need greater than it was before. This is why we will strengthen InvestEU. We will also create for the first time a new Strategic Investment Facility. This facility will help invest in the key value chains that are crucial for our future resilience and strategic autonomy. We've seen during the crisis how dependent we were on global supply chains, for example in the pharmaceutical sector, so Europe must be able to produce critical medicine itself.

But for all this, we also need healthy companies in Europe to invest in. This is why we'll also propose, in this second pillar, a new Solvency Instrument. This will help match the recapitalisation needs of healthy companies which have been put at risk as a result of the lockdown, wherever they are located in the European Union.

Now the third and last pillar. The third pillar is about learning the most immediate lessons of the crisis. Over the last month we've seen what is important, what has worked well and what needs to be improved. So we will strengthen programmes that have proven their value in the crisis, such as RescEU or such as Horizon Europe. We will also create a new dedicated health programme, and we will make sure that we can support our partners by strengthening our instruments for neighbourhood development and international cooperation and for pre-accession assistance.

Honourable Members, in a nutshell, this is what the recovery instrument looks like. It will be focused on where there is the greatest needs and the greatest potential. The recovery instrument is short-term and concentrated on the first years of recovery. It will include grants. It will include the possibility to frontload part of the investment, still this year, using proven financing models based on national guarantees. We should not forget that we're not starting from scratch. The recovery instrument will complement the three important safety nets that were mentioned and agreed by the leaders in April – the SURE programme, the finance availability from the European Investment Bank and the European Stability Mechanism. Together with our MFF, this will be the ambitious answer Europe needs: an answer that includes the new own resources that we need in our budget, just as the Commission proposed in 2018; an answer that reflects our common values with a mechanism to protect the rule of law; an answer that is built on necessity but is designed for the future.

Das heißt: eine Antwort, die aus der Krise geboren ist, die aber in die Zukunft investieren und dienen muss. Das stärkt nicht nur die Solidarität zwischen den Ländern und den Menschen, sondern das stärkt auch die Solidarität zwischen den Generationen. Denn, meine Damen und Herren, früher oder später werden Wissenschaftler und Forscherinnen einen Impfstoff gegen das Coronavirus finden.

Aber gegen den Klimawandel gibt es keinen Impfstoff, und deswegen muss Europa jetzt in eine saubere Zukunft investieren. Unsere Investitionen in den Wiederaufbau haben ihren Preis, und dieser Preis ist eine steigende Schuldenlast. Wenn wir aber die Schulden erhöhen müssen, für die unsere Kinder in Zukunft aufkommen müssen, dann ist es das Mindeste, dass wir mit dem Geld in ihre Zukunft investieren, dass wir den Klimawandel angehen und dass wir die Klimabelastung senken und eben nicht noch etwas draufpacken.

Deshalb: Im Ausgang der Krise dürfen wir nicht in die alten Muster zurückfallen. Wir dürfen nicht den Wiederaufbau in eine Wirtschaft von gestern stecken, sondern wir sollten jetzt mutig die Chance nutzen, um eine moderne, eine saubere, eine gesunde Wirtschaft aufzubauen, die die Lebensgrundlage unserer nächsten Generation, unserer Kinder sichert.

Meine Damen und Herren, die europäische Ebene allein kann nicht alle Wunden heilen, die diese Krise hinterlässt. Aber wir nehmen unseren Teil der Verantwortung wahr, indem wir heute die Lasten zwischen den Mitgliedstaaten ausgleichen und gleichzeitig sicherstellen, dass diese gewaltige Anstrengung auch auf das Konto der jüngeren Generation einzahlt. Das ist unsere Aufgabe heute. Und ich bin fest davon überzeugt, dass ein einiges Europa der Aufgabe gewachsen ist.

Lang lebe Europa! Long live Europe! Vive l'Europe!

Manfred Weber, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, normally we are used to immediately start in our political contributions with technical details and political battles. Today, I want to speak first about people, their hearts, their courage, their efforts, their fears, and probably also their pain: the nurse in Madrid who was infected while helping a patient, the doctor in Bergamo who had to decide about life and death in the past weeks, and probably the young researcher in Tübingen, who worked day and night trying to find a possible cure to stop this pandemic.

I mention these examples to show that the heroes of this crisis are not politicians, managers or media stars. The stars have been the millions of Europeans who helped, engaged and took care of all of us. Thank you very much, from the bottom of our heart, all of you. No words can ever be enough to thank you for your engagement.

Now we have to do our job as politicians. Now it is our turn. In the EPP Group, we strongly support the general architecture which is now on the table: to have an ambitious, future-orientated MFF – and we add a recovery plan, a recovery fund, which really delivers on the demands of today's European Union. Speaking about the architecture of this new mechanism, for us, as the EPP, the key element is to fight for a democratic budget, a budget decided by the people represented here in this Chamber, a budget based on solidarity among people and nations in the European Union, a budget that is honest with the people and a budget that cares for the people.

'We want to have our sovereignty back' was one of the main messages in the Brexit campaign. I tell you that this successful message reflected on the problem that people don't feel involved in the European decision-making process. And that's why it is so important that it is not Brussels that decides about the recovery fund, a kind of external power deciding. No: my MEP decides about the future of the European Union and about the recovery programme.

It must be in the hands of those who are elected for this. No budget without democratic legitimacy. That is one of the principles in the European way of life. This promise was given by the European Commission and I would say that now is the time to deliver. To the Council I want to say that now is not the time for institutional battles in this field. I think it is the time to guarantee, also from a Council point of view, a democratic Europe as a principle for the future.

A second consideration for us, the EPP Group, is that people don't care about procedure. They only care about concrete projects and concrete support. In this spirit of the past weeks, a spirit of solidarity among Europeans, we also have to focus on the ones who really need our help the most, the most affected regions, and especially the young generation.

I want to put this at the centre of my second point, namely that we have already faced, in the last 12 years, a kind of lost generation in the European Union, where millions of young people – well-educated, well-prepared people – had no chance to really succeed in the labour market. And I want to underline that Europe cannot again allow us to have a lost generation facing the future of the European Union. That's why the investments are needed. Europe has to give the young generation hope.

The third aspect I want to underline is to be honest regarding the MFF. We have to keep the promises that we gave to the voters last year. There is one aspect, which Ursula von der Leyen has already rightly underlined, that is about future investments – climate change, the question of stronger investments in research, the digital world, education, the fight against cancer or today against corona – and to do it together as common activities.

And we must not forget our regions and farmers. I want to underline this. We must be fair with everybody. Today cohesion and agriculture policy is one of the tools where we already show solidarity in today's European Union. That's why it must be properly financed as well.

As a final point, I want to underline that we have to take care of the preparation for future emergency situations we will face in the European Union. We cannot promise that we will be able to avoid another pandemic in the future. Nobody can do so. But we can make sure that Europe is much better prepared for the next pandemic or the next crisis. We need flexibility. We need own resources. We have to create tools for a quick and decisive response if there is an unexpected situation in front of us.

After the crisis, we want to see a united Europe where all parts of our Union will economically recover. After the crisis, we want to see a united Europe which invests in future projects and which creates an economic future for our young generation. And, after the crisis, we want to see at a global level a Europe that is the first out of the crisis.

That is what we want to achieve, and probably this is the Schuman moment of our generation, also having your words in mind. We have to be clear on this and we have to be motivated by the courage we saw from the nurses, from the doctors, and from all those who delivered in the last weeks. That is what we should use as an example. Let's act now.

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, señorías, queridos colegas, en primer lugar, quería expresar mi gratitud de poder estar hoy aquí debatiendo en persona con ustedes. Hemos pasado semanas muy difíciles en todos los países. Muchos de nuestros conciudadanos han perdido la vida, muchos de ellos a familiares y a seres queridos; y hoy millones de personas se enfrentan con un gran miedo e incertidumbre al futuro.

Por eso, es de agradecer que, a pesar de las circunstancias complicadas, este Parlamento haya podido continuar haciendo su trabajo con responsabilidad. Gracias al presidente Sassoli, que ha hecho que este Parlamento sea un ejemplo de solidaridad, y gracias también a todos los funcionarios y funcionarias de la casa.

Creo que a estas alturas somos conscientes de la responsabilidad histórica que tenemos. Porque cuando la ciudadanía se siente desamparada y dejada a su suerte en los peores momentos, ganan terreno las recetas fáciles, los populismos, los nacionalismos, y quien realmente pierde es la democracia. Por eso es importante la decisión que tenemos que tomar en los próximos días.

A pesar de la reacción inicial del Consejo en que parecía que los ministros y los jefes de Gobierno se pasaban la pelota los unos a los otros para no tener que decidir, finalmente el 23 de abril se dio una señal positiva que toda la ciudadanía europea entendió: un plan europeo de reconstrucción con un plan financiero para poder estar ligado al marco financiero plurianual.

Ahora le toca a la Comisión y, es más, exigimos que la Comisión sea ambiciosa. Mañana vamos a votar una Resolución conjunta que manda dos mensajes muy claros. El primero es un mensaje de unidad. Este Parlamento es capaz de superar las diferencias ideológicas y nacionales para trabajar por un interés común. Por eso es tan importante que el Fondo de Recuperación y Transformación esté dentro del marco financiero, es decir, sometido al escrutinio de esta Cámara; y por eso es imprescindible que el Parlamento decida en igualdad con el Consejo.

Y el segundo mensaje es el de la ambición. La convergencia y la sostenibilidad deben ser los objetivos que marquen el rumbo del plan de reconstrucción y el recurso sobre cómo usar ese dinero. Nos lo está pidiendo la sociedad; nos lo están pidiendo los jóvenes cuando nos dicen que no sacrifiquemos su futuro renunciando al Pacto Verde Europeo y a un modelo de sociedad más sostenible; nos lo piden en las redes sociales desde la iniciativa WeMoveEU. Escuchemos a quienes desde la sociedad civil quieren trabajar con nosotros por una Europa mejor. Porque Europa, señorías, no es nuestra. Europa no es de nuestra propiedad y, por lo tanto, necesitamos hoy más que nunca de todas las energías.

También nos piden que no abandonemos a los más débiles. Por eso el otro gran eje debe ser el pilar social: una red que proteja a los más vulnerables y garantice el empleo. No podemos renunciar a iniciativas importantes en este sentido y debemos también invertir en una transformación digital justa.

Para financiar todas estas políticas que son urgentes, pedimos que se dote al menos de dos billones de euros. Comprendo que este es un momento difícil de pedir dinero a los Estados miembros y por eso es el momento de elevar al menos hasta el 2 % el techo de recursos propios. Es el momento de sacar adelante la emisión de bonos de reconstrucción. El plan debe basarse sobre todo en subvenciones, y los préstamos tienen que permitir vencimientos a largo plazo y reembolso vinculado a la recuperación económica.

He escuchado a la señora Van der Leyen hablar del Semestre Europeo, y quiero recordar que nuestro grupo político no va a admitir que el Semestre Europeo no esté vinculado a cuestiones tan importantes como la sostenibilidad medioambiental, como los derechos sociales y como los objetivos de desarrollo sostenible.

Señorías, está muy bien recordar el pasado para sacar lecciones, pero también es importante mirar al futuro. Por eso quiero dirigirme a la Comisión Europea y al Consejo: tienen en estos momentos una responsabilidad importante, y el Parlamento está dispuesto a apoyarles, a trabajar codo con codo, a armar el hombro, pero siempre que ustedes quieran ser ambiciosos y antepongan el interés común a los discursos nacionales. Ambición, valentía y coraje: es lo que hoy necesita Europa.

Dacian Cioloș, *în numele grupului Renew*. – Doamnă președintă, domnule președinte Michel, domnule Președinte, dragi colegi, Robert Schuman spunea acum 70 de ani că Europa se construiește etapă cu etapă prin solidaritate în fapt, nu doar în declarații.

Odată cu criza sanitară cauzată de pandemia de COVID-19, intrăm într-o criză economică majoră. Experiența ultimilor 70 de ani ne arată că Europa a avansat mai ales când a fost nevoită să găsească soluții în fața crizelor cărora a trebuit să le facă față. După această criză nu va fi suficient să redresăm economia, în multe locuri va fi nevoie de o transformare profundă a modului în care ne raportăm la resurse, dar și la tehnologie. Nu vom putea să ne întoarcem la economia secolului XX, ci, dimpotrivă, va trebui să construim relansarea pe o temelie nouă. Atenția față de mediu, digitalizarea, sectoarele strategice precum cel sanitar vor fi nucleul reconstrucției și transformării economice de care avem nevoie.

Avem datoria să propunem un plan de salvare pentru milioanele de cetățeni care și-au pierdut și își pierd locurile de muncă, pentru sutele de mii de companii aflate în dificultate, pentru antreprenori, pentru sistemele noastre de sănătate supraîncărcate, pentru sectoarele lovite de criză precum turismul, transporturile sau agricultura. Un plan de relansare și transformare economică cu adevărat european, care trebuie să depășească diviziunile tradiționale est-vest, nord-sud, contribuitor net sau beneficiar net, euro-non-euro și așa mai departe.

Noul buget european, dar și planul de redresare și transformare, trebuie să fie rezultatul unui act democratic, în care Parlamentul European ales direct de cetățeni trebuie să joace rolul său. Uniunea nu trebuie doar să împartă bani, ci să aducă și viziune comună, iar Parlamentul este garanția coerenței acestei viziuni.

Trebuie să revenim rapid la o economie funcțională care va lucra însă pe noi parametri, într-o societate europeană care trebuie să se reinventeze după criza aceasta. Acest lucru se va întâmpla doar cu investiții ale căror beneficii să se vadă în economia reală, acolo unde oamenii rămân fără locuri de muncă, acolo unde companiile intră acum în faliment fără vina lor. Grupul nostru se va opune oricărei încercări de a pune în pericol finanțarea adecvată și conectarea la valori a următorului buget multianual.

În primul rând, vrem un buget european care să nu depindă doar de capacitatea de finanțare a bugetelor naționale. Dacă e așa, atunci a venit vremea să ne asumăm resurse proprii pentru bugetul multianual, care să dea stabilitate bugetului european fără să mai punem presiune pe bugetele naționale.

În al doilea rând, democrația, drepturile individuale și statul de drept nu sunt negociabile pentru noi. Aceasta este o linie roșie pentru grupul Renew când vom adopta bugetul multianual. Europa nu va fi construită cu populisme și extremisme, ci cu resurse reale investite sub protecția valorilor, a statului de drept și a unei justiții funcționale. Ne vom reveni împreună sau vom pierde separat. Aceasta este alegerea pe care trebuie să o facem, alegerea care sper că are un singur răspuns. Pentru mine răspunsul este: împreună.

Haideți să avem curaj, în numele cetățenilor noștri, care acum un an ieșeau la vot într-un număr-record pentru a fi reprezentați decent, demn și cu competență în Parlamentul European. Acum este momentul să arătăm că avem curaj și că ceea ce am promis în campanie, când am cerut cetățenilor să vină să aibă încredere în Uniunea Europeană, putem să punem în practică, pentru că, încă o dată – și cu asta închei – Europa se construiește prin solidaritate în fapt și nu doar prin declarații.

Tom Vandendriessche, *namens de ID-Fractie*. – Voorzitter, collega's, net zoals in Tsjernobyl probeerde een communistisch regime eerst de waarheid over het coronavirus te verbergen, dan zijn verantwoordelijkheid te ontkennen en ten slotte zijn aansprakelijkheid te ontlopen. Bovendien is gebleken hoe afhankelijk we geworden zijn van China. Europese landen moesten haast bedelen om de noodzakelijke beschermingsmiddelen.

Dertig jaar globalisering heeft van China ondertussen al de tweede wereldeconomie gemaakt. Daar is het land geraakt door oneerlijke concurrentie, dumpingpraktijken, marktmanipulaties en vooral de naïviteit van westerse politici. Het handelstekort met de Europese Unie bedraagt nu al 164 miljard euro.

Naast afhankelijk dreigen we economisch gekoloniseerd en op den duur politiek gedomineerd te worden door een communistische dictatuur. Daarom moeten we de relatie met China herbekijken. We moeten strategische sectoren en infrastructuur beschermen tegen vijandige Chinese overnames en infiltraties. We moeten afscheid nemen van de naïviteit tegenover China en Europa herindustrialiseren. Vooral na de immigratiecrisis en de financiële crisis mogen het niet opnieuw de gewone mensen zijn die de prijs hiervan moeten betalen. Bescherm daarom onze jobs en onze bedrijven voor coronataksen op Chinese import.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Chers collègues, depuis trois mois, infirmières, médecins, aides-soignantes, caissières, balayeurs, éboueurs, livreurs et, depuis peu, enseignantes mettent leur vie en jeu pour assurer la continuité des nôtres.

Depuis trois mois, les citoyens européens font preuve d'un énorme élan de solidarité: aide aux personnes âgées isolées, dons alimentaires, confection de masques, gardes d'enfants partagées. On ne compte plus les initiatives. Depuis trois mois, nos concitoyens prennent leurs responsabilités, mais ils s'impatientent – et à raison; car pendant ce temps-là, que font les leaders européens?

Je vous ai bien entendu, M. Michel, et je me réjouis de vos déclarations en faveur d'une réponse solidaire et d'une réduction des divergences au sein de l'Union européenne. Mais la réalité, c'est que, lorsqu'on regarde l'action des chefs d'État et de gouvernement, lorsqu'il s'agit de mettre en œuvre cette solidarité sur le plan financier, ils renâclent. Ils procrastinent. Ils s'enferment dans la logique du chacun pour soi.

Depuis plus de dix ans, certains posent la question de la solidarité en termes moralisateurs, comme si l'Union européenne était divisée en deux camps: le camp des États membres réputés vertueux et, en face, le camp des États membres réputés pécheurs. Bien sûr, la gestion publique des gouvernements grecs, italiens ou espagnols n'a pas toujours été sans reproche. Mais ce sont les gouvernements néerlandais successifs qui se sont employés à mener une véritable guerre fiscale contre le reste de l'Europe. C'est le gouvernement allemand qui a défendu bec et ongles une industrie automobile qui trichait tous azimuts. Ce sont les autorités de supervision bancaire scandinaves qui ont laissé se développer les plus gros réseaux de blanchiment d'argent de cette dernière décennie.

En même temps, la Grèce, l'Italie et l'Espagne prenaient beaucoup plus que leur part de l'accueil des réfugiés, sauvant ainsi l'honneur de l'Europe.

Incontestablement, au sein de l'Union, tous les États membres ont des choses à se reprocher et tous les États membres apportent quelque chose à notre prospérité commune. Alors laissons derrière nous ces arguments moralisants. Ce qui est en jeu est la raison d'être même de l'Union européenne, un projet lancé voici septante ans avec pour pierre angulaire la solidarité. Cette solidarité est motivée par notre intérêt commun: celui d'assurer une prospérité durable à nos concitoyens, celui de retrouver la capacité de faire face ensemble aux défis existentiels de notre temps.

Aussi, il est de notre intérêt commun de concevoir, financer et exécuter ensemble notre stratégie de redéploiement économique. Et cela, en suivant un principe très simple: de chacun selon ses capacités à chacun selon ses besoins. C'est par un emprunt commun que nous pourrions financer ce grand chantier et c'est par une justice fiscale européenne commune que nous allons le rembourser.

Le Parlement l'a bien compris: le redémarrage et la transition écologique de nos économies exigent un véritable sursaut communautaire. Si nous échouons à cette épreuve du feu, c'en sera fait de l'Union monétaire et, à terme, de l'Union européenne. Les citoyennes et citoyens européens ont largement fait leur part. À vous, leaders européens, de faire la vôtre! Si vous ne vous montrez pas à la hauteur de ce défi historique, qui donc pourrait vous pardonner?

Johan Van Overtveldt, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, voorzitters van Raad en Commissie, collega's, als we terugkijken op de voorbije weken, kunnen we volgens mij niet zeggen dat Europa uitgeblonken heeft door tijdige en coherente reactie op de pandemie. Maar dat kunnen we de komende weken goedmaken met de discussie over het meerjarig financieel kader en het herstelplan.

Wat dat herstelplan betreft, zullen wij morgen in het Parlement stemmen over een tekst die duidelijke indicaties bevat voor wat er nodig is. Die tekst zal trouwens ook door mijn fractie worden gesteund. Daarbij zal het om veel geld gaan. Dat is ook normaal. De omvang en ernst van deze crisis vereisen een substantiële budgettaire poot. Maar daarbij gaat nogal vaak de aandacht verloren voor zaken die niet direct geld kosten maar toch een substantiële bijdrage kunnen leveren aan de bestrijding van de pandemie en zeker ook aan het economisch herstel.

Onder meer Commissievoorzitter von der Leyen heeft al gewezen op het belang van de interne markt. Dat belang kan niet genoeg benadrukt worden. De interne markt speelt een cruciale rol voor het herstel van de economische activiteit en de werkgelegenheid.

Tweede punt, investeringen. Uiteraard zijn die belangrijk. Privé-investeringen, maar ook publieke investeringen. Het is volgens mij hoog tijd dat we afscheid nemen van een zeer rigide Eurostat-regel inzake de boeking van overheidsinvesteringen. Die remt echt een goede werking van de economie.

Een derde punt dat elke dag aan belang wint, is wat ik zou noemen de noodzaak aan geopolitieke bescherming. We zien internationale groepen en investeringsfondsen dagelijks miljarden ophalen op de internationale kapitaalmarkten. Zij doen dat uiteraard om hun liquiditeit te versterken, maar het is duidelijk dat ze ook een oorlogskas aan het maken zijn. Ik denk dat we vrij sterke maatregelen moeten nemen om vijandige overnames te beletten. Tijdelijke maatregelen, maar toch.

Tot slot moeten we vooral vastberadenheid tonen om de spiraal van angst en onzekerheid te breken, want vooral dat zal de komende weken en maanden op het herstel wegen.

Martin Schirdewan, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! Die Europäische Union steht an einem Scheideweg. Setzt sie ihren selbstzerstörerischen Kurs der Spar- und Kürzungspolitik fort und scheitert als Projekt? Oder wird sie zu einer wirklichen Solidargemeinschaft, 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und 70 Jahre nach der Schuman-Erklärung? Doch während die unter dem Virus leidende europäische Bevölkerung darauf gewartet hat, dass ein klares politisches Signal der Einigkeit und der Solidarität gezeigt wird, streiten sich die Mitgliedstaaten untereinander, Herr Michel, wochenlang. Und in dieser Zeit halten diejenigen die Gesellschaft am Laufen, die in den zurückliegenden Jahren die Ersten waren, die den Preis dafür zahlen mussten, dass in der öffentlichen Daseinsvorsorge gekürzt wurde – mit schlechten Löhnen und miserablen Arbeitsbedingungen, mit nicht ausreichender Infrastruktur. Und diesen Arbeiterinnen und Angestellten, Herr Weber, denen gebührt nicht nur unser Dank, denen gebühren bessere Arbeits- und Lebensbedingungen.

Als Ergebnis des EU-Gipfels vergibt zwar der Europäische Stabilitätsmechanismus jetzt 240 Milliarden Euro – erst einmal ohne Auflagen – an die Mitgliedstaaten, aber doch als Kredite. Ich frage mich, Frau von der Leyen: Was passiert, wenn die Schuldenregeln wieder greifen? Steuern die Mitgliedstaaten, die den Europäischen Stabilitätsmechanismus in Anspruch nehmen, wieder auf eine neue Schuldenkrise zu? Und was wird die Kommission dann machen? Wird sie dann wieder empfehlen, in den Gesundheitssystemen zu kürzen, in den sozialen Sicherungssystemen zu kürzen, in der Infrastruktur zu kürzen, bei den Renten zu kürzen? Wird dann wieder öffentliches Eigentum privatisiert? Und droht denjenigen, die jetzt schon die größte Last in der Corona-Krise zu tragen haben, dann jahrzehntelange Austerität, weil Sie sich in ja Ihrer Rede explizit auf den europäischen Semesterprozess bezogen haben? Und der bedeutet nichts anderes als Kürzungen und Privatisierung in der öffentlichen Daseinsvorsorge, einen Stopp für ausländische Investitionen in die benötigte Infrastruktur und auch einen Stopp, die Aufgabe, vor der die große Europäische Union eigentlich steht, nämlich die digitale Wende und den *Green New Deal* zu meistern.

Anstelle dessen ist es also an der Zeit, jetzt den Stabilitäts- und Wachstumspakt endgültig außer Kraft zu setzen. Wir brauchen eine soziale Investitionsoffensive, und die Privatisierung und der Kahlschlag in der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen rückgängig gemacht werden. Wir stehen vor der großen Frage – die stellen wir uns alle –, wie die wirtschaftliche und soziale Wiederbelebung in der Europäischen Union gelingen kann. Der Kommission ist dabei vom Rat die undankbare Aufgabe zugewiesen worden, irgendwie die Quadratur des Kreises zu erfinden. Es handelt sich allerdings an dieser Stelle nicht um eine geometrische Aufgabe, sondern um eine politische.

Es braucht einen mutigen EU-Haushalt, der sich sowohl aus wesentlich höheren Beiträgen der Mitgliedstaaten einerseits speist als auch durch wirkliche Eigenmittel andererseits, also z. B. eingenommen durch eine europäische Digitalsteuer, eingenommen durch eine umfassende Finanztransaktionssteuer und, ja, auch eingenommen durch – ich wiederhole das, eine Vermögensabgabe des reichsten 1 % der europäischen Bevölkerung. Die Reichen und die Unternehmen müssen ihren Anteil an dem europäischen Wiederaufbau leisten.

Anstelle dessen soll es also jetzt der Aufbaufonds richten – Höhe und Finanzierungsmodalitäten trotz ihrer Rede bislang noch eher unklar. Die Mittel sollen dann als Zuwendungen oder als Kredit – das habe ich in Ihrer Rede nicht ganz verstanden – an die Mitgliedstaaten fließen.

Wenn es Kredite gibt, dann steigert das wiederum die Wahrscheinlichkeit einer Schuldenkrise in der Zukunft. Corona-Bonds hingegen wären ein richtiger erster Schritt gewesen, um dann im nächsten Schritt einen Weg zu finden zu einer EZB, die die Staatsfinanzen in der Eurozone direkt stützt. Dafür fehlt es allerseits in diesem Haus an Mut.

Die EU muss sich entscheiden, welchen Weg sie gehen wird: den fortgesetzter Austerität oder den der Solidarität. Meine Fraktion hat sich klar, ohne Wenn und Aber, entschieden: Wir wollen mit der europäischen Bevölkerung den Weg der Solidarität beschreiten.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signori Presidenti, il tempo è gratis ma è senza prezzo, non puoi possederlo ma puoi usarlo, non puoi conservarlo ma puoi spenderlo. Una volta che lo hai perso, però, non puoi averlo indietro.

Tempo: perché tra i quattro strumenti concordati solo uno sarà decisivo, il *recovery fund*, ma senza risorse adeguate e senza una rapida attivazione sarà solo un guscio vuoto. Condivido la scelta democratica di ancorarlo al bilancio pluriennale ma serve chiarire – e Le chiedo di chiarirlo con precisione, Presidente von der Leyen – come anticiparlo. Le chiedo di ribadire ancora che, chi ancora beneficia del privilegio degli sconti, ha il dovere morale di rinunciarvi, mentre sarebbe iniquo chiedere agli Stati più colpiti di aumentare i propri contributi netti.

L'alternativa esiste e questo Parlamento ve la ribadisce: nuove risorse proprie dai colossi del digitale, dalle emissioni inquinanti e dalle transazioni finanziarie, per lanciare un grande piano di ricostruzione basato su trasferimenti a fondo perduto, pronto entro l'estate.

Tempismo e coraggio: come i nostri medici ogni giorno in corsia, anche le vostre scelte e le vostre non-scelte salveranno o toglieranno vite. Non c'è più spazio per tatticismi ed egoismi se vogliamo davvero uscire insieme da questa crisi epocale. Questo è il tempo della verità.

Charles Michel, président du Conseil européen. – Monsieur le Président, je voudrais très brièvement remercier pour les messages qui ont été délivrés. Juste quelques points très rapidement.

Premier point: quoi qu'en disent les détracteurs extrémistes, populistes, démagogiques quand ils s'expriment sur l'Europe, l'histoire de l'Union européenne est une histoire qui a révélé une valeur ajoutée sans précédent dans l'histoire de l'humanité, en termes de prospérité, de droits et de libertés. Il ne faut pas cesser de rappeler cet acquis européen, quels que soient les démagogues et les populismes.

Deuxième élément. Nous l'avons tous dit, chacune et chacun avec nos mots, nos sensibilités, nos approches: nous sommes confrontés – nous le ressentons bien – à nouveau à un moment clé. C'est la responsabilité d'une génération d'être à la hauteur. Et effectivement, M. Weber, je partage votre point de vue: ce n'est pas le moment de faire la concurrence des légitimités. Les institutions européennes sont démocratiques: le Parlement européen, qui représente directement les citoyens européens, et les États membres représentés par des gouvernements qui, chaque semaine, sont confrontés à la responsabilité politique devant leur Assemblée nationale. Cette légitimité-là doit pouvoir aussi être respectée, me semble-t-il, et bien sûr, la Commission doit être un moteur, une force motrice politique pour alimenter la dynamique de ce débat européen.

Soyez convaincus en tout cas que, pour ma part, je mettrai tout en œuvre avec les collègues au Conseil européen pour que non seulement nous ne menions pas une bataille stérile sur le plan institutionnel, mais que nous soyons mobilisés, les manches retroussées, les mains dans le cambouis, sur ces sujets qui sont maintenant sur la table: quel est le montant nécessaire pour le CFP et pour le *Recovery Fund*, quelle est la manière de le financer, quelle est la manière de répartir les emprunts, les subsides afin de garantir qu'il y ait cette capacité de forger un compromis politique utile pour les citoyens européens, comment va-t-on réussir l'agenda digital, comment va-t-on réussir cet agenda climatique? Parce que ces problèmes d'avant n'ont pas disparu après. Ils doivent au contraire être des leviers d'espérance, d'espoir, parce que l'Europe l'a démontré: nous avons les talents, l'intelligence, la ressource. Notre principale ressource, ce sont les citoyennes et

les citoyens européens. C'est notre responsabilité d'être à la hauteur, et soyez convaincus que je saisis la main qui est tendue au Conseil européen par ce Parlement et je me réjouis d'être très engagé, très mobilisé pour travailler avec vous et faire en sorte que nous puissions relever ce défi avec succès.

Siegfried Mureşan (PPE). – Mr President, since the beginning of this crisis, the European Union helped where it was needed. We enabled medical personnel, doctors, to help where their support was most needed – medical equipment, treatments to be allocated to those countries and those regions where they were most needed – and for EU funds to be allocated in the most flexible of ways to tackle this crisis wherever they are needed. The European Commission proposed good measures and Parliament agreed.

Now we need to prepare for the future. And in order to make the best decisions, all institutions of the European Union have to be involved. Members of the European Parliament come from all regions of Europe. They are close to the citizens and they know best the situation on the ground.

This is why today we say we want the European Parliament to be involved in the creation of the recovery fund. We want the European Parliament to be involved in the planning, in the adoption and the implementation of this fund, because we believe this will make the recovery fund a better fund. Everywhere in the world, the government proposes budgets and the parliament adopts those budgets.

We are presenting today a resolution on behalf of five political groups, which represents a large majority in Parliament, where we say we demand an ambitious recovery fund, which is composed of loans and grants, which help on the ground, which make a real difference on the ground. And we want this, not to increase the burden on Member States, on countries, we want a serious repayment plan. And in order not to increase the burden, this should be based on own resources.

We are ready to work on this basis and we are ready to work also for a future-oriented Multiannual Financial Framework that does not forget the priorities which we had before the crisis.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Ismail Ertug (S&D). – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auch zuerst einmal beginnen mit einem Dank an die vielen, vielen Ärztinnen und Ärzte, an die Pflegerinnen und Pfleger und, nicht zu vergessen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, an die Eltern da draußen.

Ja, die Eltern, die seit Monaten ihre Kinder zu Hause pflegen müssen, unterrichten müssen, die nicht alle einen 500-m²-Garten hinterm Haus haben, denen gilt heute unser besonderer Dank auch. Ich glaube in Zeiten des *social distancing* ist es wichtiger denn je, dass wir zusammenrücken.

Ich danke Ihnen, Frau Präsidentin, für Ihre Ziele, die Sie beschrieben haben. Ich denke, dass es unumkehrbar sein wird, dass die Mitgliedstaaten hier deutlich mehr Geld in den Pott legen, weil die Herausforderungen einfach viel größer sind. Schade, dass Herr Michel früh hat gehen müssen. Deswegen sind die mindestens 2 % der Eigenmittelobergrenze wichtig.

Ich meine, auch in der heutigen Zeit ist es entscheidend, dass wir die Ziele, die Sie beschrieben haben, auch mit den richtigen Mechanismen, mit den richtigen Tools bedienen. Sie haben die Digitalisierung angesprochen – absolut richtig. Wir brauchen eine neue Mobilität. Wir brauchen die Investitionen dort, wo sie Sinn machen, in der künstlichen Intelligenz.

Und ich glaube, nicht zu vergessen – und da noch mal ein Dank an die Europäische Kommission heute – der Weg, den Sie heute begangen haben mit Ihren Leitlinien, die Grenzen nach und nach zu öffnen und den Tourismus in besonderer Weise zu stärken, wird dazu beitragen, dass wir einen Hochlauf hinbekommen. Dahin gehend noch mal an uns alle: Viel Erfolg in der Zukunft.

Luis Garicano (Renew). – Mr President, as we fight to eradicate this pandemic, we are facing the largest economic crisis, probably, in 100 years. Coming out of this crisis requires us to mobilise large amounts of public investment. Sadly, our Member States coming out of a large euro crisis are too burdened with debt to undertake this investment. That's why the solution is that Europe rises to the challenge and Europe puts together this plan, this Schuman plan, if you allow me to call it this way.

This Parliament proposes that the European Commission raises a two trillion recovery package that is financed by recovery bonds, which allows us to invest in medical, in Green Deal, in digitalisation, in all the priorities of our European citizens. Now, the big question is: how do we finance such a plan?

Five groups in this parliament are offering a grand bargain to our Member States. We are offering them a deal. We are saying: 'we understand you're really constrained, we understand it's hard for you to raise your contributions'. That's why we think these interests and this principle from these long-term loans that we need to pay for the plan have to be paid with new own resources that make those who cheat on their taxes, the digital companies that are not contributing as much as they should, the big polluters, pay what they should be paying.

This plan, Madam President of the Commission, is economically sound because we need this investment, is politically feasible, as you will see tomorrow when you count the votes. It's feasible to be ambitious, it's feasible to have an ambitious plan, and it's financially possible because our citizens are looking for good investment vehicles into the future. There is demand for such an investment vehicle.

Seventy years ago, Mr Robert Schuman said 'we need to make Europe in the concrete'. This is the moment to give the concrete steps, but ambitious steps, to build Europe forward.

Francesca Donato (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, le risorse proprie dell'Unione europea, che compongono il bilancio, in realtà sono fornite dagli Stati membri tramite il prelievo sull'IVA o sul reddito nazionale lordo. Le nuove risorse evocate qui si scontreranno con i veti delle potenti lobby in Europa.

La BCE inoltre, a differenza di altre banche centrali estere, non può finanziare direttamente il bilancio europeo, né vi sono in ipotesi altre forme di risorse proprie che non si traducano in ulteriori tasse per i cittadini europei.

Il prossimo QFP, lo strumento su cui si dovrebbe basare la solidarietà europea, consentirà dunque solo una partita di giro per qualcuno e una perdita netta di risorse per altri.

I paesi che hanno margini di spesa molto ampi stanno già finanziando autonomamente la propria economia, negando spazio a ogni ipotesi di mutualizzazione dei debiti sovrani o di eurobond.

Gli strumenti messi in campo, incluso il *recovery fund*, potranno dunque solo erogare prestiti costringendo i paesi con debito già alto a indebitarsi ancora di più e caricando il peso di questa crisi sui cittadini incolpevoli, unici prestatori di ultima istanza, visto che i trattati proibiscono alle banche centrali europee di svolgere questo ruolo. Ma se a quegli stessi cittadini oggi è impedito di lavorare a causa della pandemia, chi produrrà il reddito necessario a ripagare quel debito?

Cari colleghi e cara Presidente, l'Unione non può continuare a sfornare slogan senza dare risultati. Se non si vorrà mettere mano ai trattati con riforme radicali, anche in relazione al mandato della BCE e al bilancio, parole come «traguardi ambiziosi» o «nessuno sarà lasciato indietro» resteranno solo slogan e l'Unione non raggiungerà alcun obiettivo, nemmeno modesto, perché molti suoi cittadini sono già rimasti indietro.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Mr President, we heard again that unprecedented action is needed, that we are in a deep crisis that we've never seen before. But now we need the solutions. And too often, Europe has been over-promising and underperforming when it is about solidarity and help to each other.

And this time, we can't do that again. Certainly not because action is postponed – the plans are postponed week after week. Well, only the expectations are rising with that. So we expect a plan, and we as a Parliament are guiding the way.

We are showing, that with five political groups from the different sectors of the political spectrum that we are offering solutions. And this is already co-signed by Members from Romania to Germany, from Italy to the Netherlands, from Spain to Belgium. This shows that we can overcome our differences and that we can find solutions that make sense, that make political sense, that make economic sense.

What we are proposing are bonds. And with these bonds, you can finance a recovery and transformation fund. And that is very important. We don't want to go back to business as usual. We want that these are being covered by own resources and these own resources are not only covering the interest, but are also covering the entire repayment. That is what we call real mutualisation, and that is what we are looking for. And the investment should go into digital, in the Green New Deal.

And if you look at all the programmes that need to be democratically checked, we make very clear that it should go to alignment with the Paris Agreement. It should deliver on our biodiversity targets. It should deliver on gender equality. And it should go to those people that are being hit hard by the crisis, being people in poverty, being women and being also workers, consumers and families.

And last part: we also say that the state aid rules need to be in the same line. And there already, I say to the Commission: last Friday, you prolonged state aid without any conditionalities until the end of the year. That's a bad signal. Let's make sure that we put all the money together and work in the same direction and really recover and strengthen a new economy.

Carlo Fidanza (ECR). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, abbiamo il dovere di dire la verità. Troppe aziende rischiano di chiudere, rischiamo una catastrofe sociale, e l'Unione europea è in colpevole ritardo. Mentre nella vostra torre d'avorio vi diletate alla calcolatrice con trilioni che non esisteranno, la costruzione europea vacilla non per colpa degli eurocritici ma di chi nel Suo paese, Presidente von der Leyen, vuole azzoppare persino la BCE.

Il pacchetto di misure approvate dal Consiglio all'Eurogruppo è poca cosa: troppo poco, troppo tardi e con ancora troppe ombre sulle condizionalità future del MES. Serve il *recovery fund*, serve subito, serve che sia cospicuo e il più possibile a fondo perduto. Basta con i prestiti sui prestiti, che hanno trasformato l'Europa in un banco dei pegni. Basta con gli eccessi di surplus commerciale, la fiscalità aggressiva e i rimborsi sui contributi nazionali.

Si alle risorse proprie, se servono a chiedere di più ai colossi del web e della finanza, a chi fuori dall'Europa non rispetta i nostri standard sociali e ambientali.

Ma no, e ancora no, a nuove tasse sulle piccole e medie imprese, che già pagheranno il prezzo più alto.

Per superare questa crisi serve un'Europa totalmente nuova. Non ostinatevi a difendere quella di ieri!

Younous Omarjee (GUE/NGL). – Monsieur le Président, nous ne pouvons, pour notre débat, faire l'impasse sur la décision de la Cour constitutionnelle allemande qui s'arroge, ni plus ni moins, le droit de se substituer à la Cour de justice de l'Union européenne. Cette décision est d'une gravité extrême.

Aucun peuple européen ne peut accepter de se voir dicter le droit européen par la Cour constitutionnelle d'un autre État membre. Est-ce que demain, pour chaque acte de l'Union, il nous faudra attendre 27 arrêts de 27 cours nationales? Accepter cela, je vous le dis, mes chers collègues, c'est acter le début de la fin de l'Union.

L'Europe a besoin d'un grand plan de relance et de solidarité tourné vers la cohésion. Elle a aussi besoin d'une banque centrale européenne, véritablement européenne, et non d'une banque qu'on veut soumettre à l'*Ordnungspolitik* pensée à Berlin.

Cette pression mise par cet arrêt, avant le Conseil européen, pour en réalité limiter le champ du plan de relance, est insupportable. Elle ne peut être acceptée par personne – pas même d'ailleurs par Angela Merkel qui doit sortir des ambiguïtés actuelles.

Et c'est pourquoi nous appelons le Conseil européen à balayer d'un revers de main cet arrêt et à faire prévaloir la solidarité et la cohésion, comme le demande la résolution commune que je soutiendrai.

Carles Puigdemont i Casamajó (NI). – Mr President, the European Union risks being seriously weakened as a project useful to citizens if it is not able to offer solutions. The solutions must be economic and social. When the economy weakens, resources are mobilised and debt is collected.

Nevertheless, when human rights weaken and shrink, who pays the bill? Human rights are more threatened in the EU today than yesterday, and there are still political prisoners who should be released immediately: from Julian Assange to Catalan pro-independence leaders.

Today, Amnesty International is once again calling for the release of Jordi Cuixart and Jordi Sànchez. Does the European Union also have a plan to save democracy where it has been badly damaged?

Markus Ferber (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn man ein Haus baut, dann fängt man nicht damit an zu entscheiden, welche Farbe die Dachziegel haben sollen, sondern man muss mit einem Architekten mal besprechen, wie das Haus ausschauen soll, und man muss ordentlich fundamentieren. Was ich zurzeit in der Debatte vermisste, ist genau eine Antwort auf die Frage: Was ist der europäische Mehrwert, den wir liefern können – zusätzlich zu dem, was die Mitgliedstaaten ja zu Recht schon begonnen haben –, damit sich die Dinge am Ende nicht widersprechen, sondern wirklich zusammenpassen. Das muss das Thema 1 sein.

Dann muss das Thema 2 sein: Wir müssen uns mit der Frage beschäftigen: Was sind die richtigen Instrumente dafür? Ich sage mal ganz offen: Ich höre da nichts Neues. Wir reden seit vielen Jahren über diese Dinge. Ich kann mir nicht vorstellen, dass mit dem Einstellen von ein paar Steuerbeamten plötzlich die Finanzierung der Europäischen Union gesichert ist. Da müssen wir auch ein bisschen ehrlich miteinander sein. Eine FTT, wo immer weniger Mitgliedstaaten mitmachen wollen, kann keine solide Finanzierungsgrundlage sein. Und so werde ich das für viele weitere Themen ansprechen. Wir müssen realistisch mit den Dingen umgehen.

Und drittens, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ich habe schon das Gefühl, hier, auch in der Entschließung, geht es darum: Wie kann man möglichst schnell möglichst viel Geld in Mitgliedstaaten unkonditioniert zur Verfügung stellen? Das ist keine Antwort, denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir machen damit ein Fass auf, das wir nie mehr zubekommen werden. Zeitlich begrenzt, thematisch klar ausgerichtet ist der richtige Weg. Das sollten wir morgen beschließen und nichts anderes.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D). – Señor presidente, la verdad es que negociar esta Resolución ha sido todo un reto, porque la posibilidad de fracasar era alta. Pero tenemos acuerdo.

Y, por eso, quiero empezar agradeciendo el espíritu constructivo de todos los que han estado negociando, porque nos ha movido un objetivo común: salvar la dignidad del proyecto europeo y salvar a las personas.

Esta Resolución es especialmente corta -y eso también es todo un reto, conociendo esta casa-, pero manda mensajes muy claros.

El primero al Consejo. Si este Parlamento ha logrado poner a cinco grupos políticos de acuerdo, el Consejo lo tiene que conseguir.

El segundo mensaje para la Comisión. Hemos escuchado la propuesta; no tengan miedo a proponer una movilización masiva de dinero público, porque van a tener el apoyo de este Parlamento: un marco financiero potente, que invierta en las políticas de futuro y un plan de recuperación con inversiones masivas financiadas por deuda europea. Hablamos de dos billones de euros para reactivar la demanda y también para transformar nuestro modelo de sociedad.

Y transformar significa también hacer la revolución fiscal, porque ese es el único camino posible. ¿Es urgente tenerlo cuanto antes? Sí, pero es más importante todavía hacerlo bien, porque solo tenemos una oportunidad.

Y por eso insistimos tanto en el plan de contingencia, porque no podemos permitir que lo urgente nos desvíe de lo importante.

Y, por último, un mensaje a la ciudadanía. Somos conscientes de la gravedad de la crisis. Sabemos lo mal que se hicieron las cosas en la anterior crisis y no se va a repetir. Estamos decididos a hacer lo que haga falta para rescatar a las personas, porque, al final, de eso se trata, de las personas.

Stéphane Séjourné (Renew). – Monsieur le Président, chers collègues, je reste un peu sur ma faim par rapport à la présentation de la présidente de la Commission et aux propositions qu'elle nous a formulées.

Le mois dernier, chers collègues, le Parlement européen adoptait largement une résolution pour répondre à la COVID. Nous avons pris nos responsabilités. Nous avons fait de la solidarité une condition, d'ailleurs essentielle, pour que l'Union européenne soit à la hauteur des enjeux et puisse venir en aide à tous les Européens.

Cette solidarité est une exigence. Dans ce même hémicycle, je m'étais d'ailleurs félicité de la qualité de cette résolution, parce que le Parlement européen avait écouté le peuple européen, parce que nous offrions des solutions clés en main au Conseil. Je n'ai pas retrouvé dans le discours de la présidente les dispositions que nous avons déjà proposées lors de la dernière résolution. C'est sous le principe de la solidarité que nous avons placé cette résolution, et que nous plaçons d'ailleurs celle-là aussi. Le Conseil s'est accordé là-dessus. Mais je voulais rappeler une phrase de Robert Schuman, que tout le monde cite ici: l'Europe est une affaire de solidarité, certes, mais c'est une affaire de solidarité de fait.

La solidarité de fait, chers amis, c'est soutenir aussi les États membres les plus touchés par le coronavirus, quoi qu'en disent d'ailleurs les juges nationaux. Ce sont des prêts, ce sont des transferts. Je n'ai pas totalement compris aujourd'hui le discours de la présidente.

La solidarité de fait, c'est un plan de relance et de transition qui soit à la hauteur des attentes, avec des *recovery bonds*, un pacte vert européen, la souveraineté européenne également.

La solidarité de fait, ce sont des nouvelles ressources propres. Je n'ai pas non plus beaucoup d'explications sur ce qui va être fait autour de ces nouvelles ressources propres.

Je voudrais dire au Conseil et à la Commission: n'ayez pas la main qui tremble. Il ne faut pas avoir la main qui tremble maintenant. Nous sommes observés par nos collègues nationaux, nos parlementaires nationaux, mais aussi notre population nationale. Ce Parlement a conscience que les choses ne sont pas faciles, qu'il va falloir travailler à des solutions. Mais dans cet hémicycle, nous savons aussi que l'Histoire est un juge implacable et que souvent, elle retient les faiblesses et la trahison, et j'espère... (*Le Président retire la parole à l'orateur*)

Joachim Kuhs (ID). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn die Krise etwas gezeigt hat, dann das, dass die EU nicht zum Krisenmanager taugt. Denn allen ist klar geworden, dass die Risikogebiete lokal begrenzt waren, und da waren ja die Länder und die Landkreise gefordert. Letztendlich haben die auch die Krise mit großer solidarischer Hilfe – über die Grenzen hinweg – auch gut gemanagt.

Aber jetzt wollen Sie hier die umfassenden Folgen der Krise auf EU-Ebene mit gigantischen Hilfgeldern beseitigen. Da wachsen die Wünsche in den Himmel. So wollen einige Kollegen hier die Zahlungsverpflichtungen der Länder nicht nur um 30 %, sondern sogar um 100 % des GNI erhöhen. Aber das kann niemals die Lösung sein, denn das würde automatisch zwingend zu mehr Schulden führen. Und das belastet das Konto unserer Kinder viel, viel mehr. Das ist ein Problem. Davon hat Frau von der Leyen gesprochen.

Wenn Sie wirklich auf das Konto unserer Kinder einzahlen wollen, dann vermeiden Sie Euro-Bonds und tun alles dafür, damit unsere Kinder wieder in die Schule gehen können.

Rasmus Andresen (Verts/ALE). – Herr Präsident! Wir stehen am Beginn der größten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Millionen Europäerinnen fürchten um ihre Existenz. Sie verlieren ihre Jobs, rutschen in Armut oder werden krank. Corona trifft nicht alle gleich. Die Schwächsten sind härter betroffen als die Starken und Südeuropa härter als Nordeuropa.

Aber wenn die EU sich an dieser Krise spaltet, dann werden wir alle verlieren und alle schwächer werden. Deshalb müssen wir jetzt mutig handeln, und es ist gut, dass wir das hier im Parlament zeigen und dass wir mit breiter Mehrheit eine starke Entschließung verabschieden werden.

Wir fordern einen 2-Billionen-Plan. Wir dürfen die Fehler der Euro-Krise nämlich nicht wiederholen. Wir brauchen mehr Investitionen und keine Sparprogramme. Statt Privatisierung müssen wir in unser Gesundheitssystem investieren, und statt Geld für Klimaverschmutzer brauchen wir eine klimagerechte Infrastruktur. Und wir brauchen einen EU-Haushalt, der strukturell stärker wird.

Deshalb auch mein Appell an Frau von der Leyen: Finden Sie keine Lösung, bei der für zwei Jahre mehr Geld zur Verfügung steht und danach alles wieder zusammengekürzt wird. So werden wir die Krise nicht bekämpfen. Jetzt liegt es an Ihnen.

Bogdan Rzońca (ECR). – Panie Przewodniczący! Paradoksalnie dramat związany z pandemią może naprawdę pomóc pomyśleć o tym, jak naprawić Unię Europejską. Mamy świetną okazję, by zwalczać oszustwa podatkowe wewnątrz Unii Europejskiej. Polska robi to świetnie i stąd ma nowe pieniądze. Powinniśmy zlikwidować dysproporcje w krajowej pomocy publicznej. Tu jest też bardzo wiele do zrobienia, bo ta nierówność po prostu psuje rynek wewnętrzny. Musimy odejść od niepotrzebnych rabatów i rajów podatkowych. Tam jest potencjał, nowe pieniądze, nowe możliwości, na które czeka cała Europa.

Możemy też poprzez odpowiednie działania dostarczyć granty i pożyczki Unii Europejskiej, ale musimy pamiętać, że spójność Unii, wspólna polityka rolna, pomoc dla transportowców, pomoc dla małych i średnich przedsiębiorstw będą podstawą sukcesu i odnowy gospodarczej UE.

Έλενα Κουντουρά (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, ο Schuman πριν από εβδομήντα χρόνια είπε ότι η Ευρώπη δεν θα δημιουργηθεί με τη μία ούτε σε ένα συνολικό οικοδόμημα. Θα διαμορφωθεί μέσα από συγκεκριμένα επιτεύγματα που θα δημιουργήσουν πρώτα μια πραγματική αλληλεγγύη. Τα λόγια του, λοιπόν, είναι πιο επίκαιρα από ποτέ σήμερα. Είμαστε σε ένα κρίσιμο σταυροδρόμι και επιβάλλεται να διαλέξουμε το δρόμο της αλληλεγγύης, γιατί κινδυνεύουμε να χάσουμε ό,τι χτίσαμε τα τελευταία εβδομήντα χρόνια. Αυτό που βιώνουμε σήμερα στην Ευρώπη είναι εθνικά συμφέροντα, εθνική επιβολή, όχι με πόλεμο αλλά μέσω οικονομικής δύναμης, ο νόμος της απόλυτης υπερίσχυσης του πιο δυνατού. Πρέπει να μπει ένα τέλος και η απάντησή μας σε αυτήν την κρίση πρέπει να είναι ένα γενναίο σχέδιο ανάκαμψης. Πραγματική στήριξη αυτών που το έχουν ανάγκη με επιδοτήσεις και όχι με νέα χρέη. Νέα εργαλεία για ιδίους πόρους της ευρωπαϊκής ένωσης, ώστε να μην αποφασίζει ο πιο πλούσιος για όλους τους υπόλοιπους. Τέλος, πραγματική δημοκρατία με ισότιμη συμμετοχή του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στη λήψη αποφάσεων για το σχέδιο της ανάκαμψης.

Tiziana Beghin (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il *recovery fund* sarà essenziale per la ripresa. Questo fondo deve essere capace di emettere titoli, finanziarsi sui mercati e contare su almeno 1 500 o 2 000 miliardi di euro, ma soprattutto deve funzionare aiutando a fondo perduto le imprese europee, non solo emettendo prestiti.

Il bilancio europeo deve essere usato a garanzia e supporto del fondo, così come le tasse europee sulla finanza e sulle grandi *corporation*, ma bisogna trovare un accordo affinché il fondo sia attivabile subito, senza aspettare lunghi negoziati.

E anche il bilancio settennale dell'Unione andrebbe modificato per riflettere la nuova situazione. Noi proponiamo di aggiungere un «indice di impatto Covid» ai criteri di assegnazione dei fondi europei, uno strumento da utilizzare per aumentare temporaneamente i fondi europei alle aree più colpite. Sempre utilizzando questo indicatore, vorremmo che le percentuali di cofinanziamento europeo potessero aumentare fino al 90-95 %, dove necessario.

Signori Presidenti, colleghi, la storia d'Europa ci insegna che ogni crisi può diventare un'opportunità, se gestita correttamente. Oggi, a settant'anni dalla dichiarazione Schuman, abbiamo l'opportunità, l'onere e, soprattutto, l'onore di formulare una risposta senza precedenti per tutti i nostri cittadini, in una parola di unire l'Europa.

Dimostriamo al mondo che cosa possiamo fare tutti insieme!

Angelika Niebler (PPE). – Herr Präsident, Herr Vizepräsident der Kommission, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Corona und die Folgen von Corona sind eine historische Herausforderung, auf die auch der mehrjährige neue Haushalt und der Wiederaufbau ausgerichtet sein müssen.

Ich möchte dazu drei Anmerkungen machen. Zum Ersten: Wir dürfen aufgrund der Krise die Zukunft nach Corona nicht aus den Augen verlieren. Prioritäten wie Investitionen in die Forschung, in die Digitalisierung, in eine innovationsgestützte Umsetzung des Grünen Deals müssen im neuen Haushalt trotz oder gerade wegen Corona eine ganz besondere Rolle spielen.

Zweitens: Es muss sichergestellt sein, dass ein Wiederaufbaufonds, der eng mit dem neuen Budget verwoben sein wird, nicht von den Mitgliedstaaten dazu verwendet wird, Haushaltslöcher zu stopfen. Die Mittel müssen in eine Belebung der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens gehen, und dafür muss Sorge getragen werden.

Drittens: Damit all das gewährleistet ist, brauchen wir zum einen Transparenz, und wir brauchen ein demokratisches Mitspracherecht dieses Plenums bei der Mittelverwendung.

Ich verstehe den Impuls, in einer Krisensituation schnell handeln und Entscheidungen so flexibel wie möglich treffen zu wollen. Aber ich denke, gerade in der Situation ist es besonders wichtig, dass bei den Summen, die hier im Raume stehen, eine parlamentarische, eine demokratische Mitentscheidung erfolgt und auch entsprechende Begleitung im Anschluss bei der Frage, wie die Mittel verwendet werden.

Deshalb mein Appell an die Kommission und den Rat, die Mitsprachemöglichkeiten und die Einflussnahme des Europäischen Parlaments zu berücksichtigen.

Jonás Fernández (S&D). – Señor presidente, la Comisión Europea tenía que haber presentado el 6 de mayo una propuesta para renovar el marco financiero plurianual y ofrecer a esta Cámara un Fondo de Recuperación potente. La Comisión no lo hizo y se presenta hoy con unos apuntes, mientras algunos dicen que no tendremos una propuesta formal hasta final de mes.

Quiero transmitir a la Comisión que esto es claramente inaceptable. Y como es inaceptable, este Parlamento se ha unido en una Resolución que contará con un apoyo casi unánime, exigiendo una respuesta rápida, una respuesta solidaria y una respuesta europeísta ante esta crisis. Que disponga, que diseñe una estrategia de recuperación de, al menos, dos billones de euros, con un fondo financiado con deuda comunitaria, y que se canalice a la economía real a través, fundamentalmente, de transferencias directas.

Y dice también este Parlamento —y quiero apuntarlo— que la Comisión debería abstenerse de presentarnos una propuesta llena de multiplicadores fantasma, porque esto resta mucha credibilidad no solo a la Comisión, sino al conjunto del proyecto europeísta.

Y quiero pedir por último a la Comisión que no espere al Consejo para ofrecer una propuesta ante esta Cámara, y que el Parlamento unido tiende la mano a la Comisión para negociar juntos después con el Consejo. Recuperemos las mejores maneras de trabajar de la legislatura pasada.

Guy Verhofstadt (Renew). – Mr President, I have to tell you that after the intervention of Ms von der Leyen, I see only business as usual, and I hope that I'm wrong. But I have also seen the first documents circulating in the Commission – and it's business as usual: it's old tricks, it's repackaging, massive frontloading, and then a multiplier – I have seen that the Commission will use a multiplier of 45! Even Jesus in the New Testament was not capable of doing that: a multiplier of 45 when he multiplied the fishes and the bread. But the Commission is on that track, and that's not, I think, even the opinion just of the Commissioners. That's typical, in bureaucracy, of how it works.

Ms von der Leyen explained today how they are going to do it: they are going to increase the headroom a little bit and ask more guarantees of the Member States. Well they should not think about doing that. All our Member States will be in deficit. All our Member States will be in debt. You cannot increase the national contributions of the Member States by asking for more guarantees in the future. What we need to do is create a new headroom, and a new headroom that is new own resources. That is not an invention. The financing of the European Union was always based on own resources, on VAT, on customs duties, and what we propose now is a digital tax and other taxes against pollution. It is because of the rebate we gave to Margaret Thatcher that in the 1980s we started to stop with these normal democratic finances and that we started to ask for contributions from Member States. Well it's a good moment to stop that, definitely, and to create real financing for this Union.

So the problem is not so much, Mr President, where we are going to spend this – in politics that's easy. The most important problem is how we are going to fund it. I ask the Commission – Mr Šefčovič, tomorrow in your meeting – to ask for new solutions as we have described here in this resolution.

Antonio Maria Rinaldi (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, del formidabile volume di fuoco proclamato a parole dall'Unione europea per contrastare gli effetti economici dovuti alla pandemia, l'unico topolino che fino ad ora è riuscito a partorire l'elefante è stato il MES: estremamente insufficiente per dimensioni (il 2 % del PIL del richiedente), limitato per la sola destinazione sanitaria di utilizzo e comunque penalizzante per il permanere dell'*early warning system* nel memorandum dell'Eurogruppo dell'8 maggio scorso.

E il tanto decantato *recovery fund*? A tutt'oggi non si sa ancora nulla, si tratta solo di finanziamenti o anche di quote a fondo perduto? Le garanzie provverranno dal bilancio dell'Unione europea bloccato all'1,07 % del PIL oppure da cospicui ulteriori contributi percentuali dei paesi membri?

Il 29 aprile scorso la vicepresidente della Commissione, la signora Jourová, ha dichiarato che il 1° gennaio 2021 è una data molto ambiziosa per vederlo operativo. Anche per il *recovery fund* si adotterà il metodo della leva finanziaria proposto da Juncker nel 2014 per il suo famoso piano da 300 miliardi di euro e mai venuto alla luce? Il *recovery fund* sarà alla fine una brutta copia del MES nei tecnicismi e nelle condizionalità.

Mentre si discute sugli strumenti finanziari da adottare e si perde tempo prezioso rimandando le decisioni, le aziende e soprattutto i cittadini europei sono in ginocchio. Siamo in una situazione paragonabile a una guerra, ma ci si ostina a cercare ancora gli strumenti idonei nei trattati e nei regolamenti concepiti in tempo di pace.

Prima di camminare fra le macerie di un'economia al collasso, si abbiano il coraggio e la forza di adottare strumenti eccezionali e risolutori, come l'intervento diretto della BCE.

È l'ora di agire, non di rimandare!

David Cormand (Verts/ALE). – Chers amis, vous le savez, nous le savons, la question budgétaire n'est jamais une question purement comptable. Elle est avant tout politique. Mais en temps de crise, la question budgétaire devient davantage encore la question qui détermine toutes les autres. Face à la pandémie, l'impuissance politique de l'Europe a un nom. C'est l'absence de ressources propres qui nous lie les mains. N'étant pas maîtres de nos recettes, nous ne sommes pas maîtres de nos actions.

Aucun parlementaire de notre assemblée ne devrait consentir à une telle dépossession démocratique. L'Europe ne peut pas demeurer un nain budgétaire et fiscal. Nous devons impérativement nous doter de ressources propres, c'est-à-dire en réalité nous armer politiquement pour faire face aux défis de la période que sont l'urgence climatique, la crise sociale et la nécessaire transformation de notre économie. Nous avons besoin de ressources propres pour financer un plan de reconstruction, comme pour rétablir la justice fiscale, en taxant notamment les transactions financières et les émissions de carbone.

L'Union européenne a-t-elle vocation à exister sur la scène mondiale en se dotant des moyens de financer une transition juste et solidaire? Sans ressources propres, la réponse restera non.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-н Председател, уважаеми г-н Комисар, уважаеми колеги, за всички е ясно, че кризата с китайския вирус ще трябва да реструктурира Многогодишната финансова рамка, но моето мнение и мнението на моята група е, че това реструктуриране не трябва да бъде за сметка на данъкоплатеца.

Виждам много неразумни идеи – вдигане на данъци, нови данъци, нови облагания, нова бюрокрация. Не, отговорът трябва да бъде точно обратният, уважаеми господин комисар, и именно отговорът трябва да бъде в съкращаването на бюрокрацията и на европейското, и на националното ниво.

Виждаме много неразумни предложения, продължават исканията за зелени сделки, за пакета за мобилност, все инициативи, които ще унищожат стотици хиляди работни места в Централна и Източна Европа. Всъщност със Зелената сделка директно се работи за китайски интерес, деиндустриализация на Европа и преместване на производството в Китай, а това трябва да бъде точно обратният процес, който трябва да преследваме в момента. Максимално трябва да се облекчат гражданите и да се работи за подкрепа на дребния и на средния бизнес, а не за неразумни и безумни идеи като Зелената сделка.

В заключение, не виждам защо се срамувате да потърсите отговорност и сметка от Китай и неговата отговорност за разпространението на тази пандемия.

Marc Botenga (GUE/NGL). – Voorzitter, er gaat geld komen, er gaan investeringen komen, er gaan regelingen komen. Maar op het einde van de rit zal iemand moeten betalen. Daar moeten we wat meer aandacht aan besteden. Maar ik heb goed nieuws. Ik heb geld gevonden in Europa en we zullen de Duitse werknemer niet eens moeten vragen om te betalen voor de Italiaanse miljardair, die dan zijn geld gaat verstoppen in belastingparadijs Nederland. Nee, ik ben gaan kijken in de Forbes-lijst van superrijken. Bernard Arnault van Louis Vuitton is goed voor 70 miljard euro. Hij weet niet meer wat hij ermee moet doen. Amancio Ortega van de Zara-winkels is goed voor 50 miljard euro. Geen idee, wat zouden we ermee kunnen doen? Of Heinz Hermann Thiele, de miljardair en aandeelhouder van Lufthansa die vandaag in België ontelbare mensen mee op straat wil zetten, die zit op 10 miljard euro.

Collega's, het geld is er. Laten we die mensen doen betalen met een coronataks op het vermogen van de superrijken. De miljardairs zullen het niet voelen en voor de werknemers in Europa zal dat een groot verschil maken. Waar wachten we op?

Antoni Comín i Oliveres (NI). – Señor presidente, la crisis ha hecho saltar por los aires el debate sobre las perspectivas financieras plurianuales, tal y como lo estábamos haciendo apenas hace unos meses. El presupuesto de la Comisión Europea ya no será a partir de ahora solo el presupuesto de la Comisión Europea, serán también los recursos en los que, en última instancia, se apoyará el fondo de reconstrucción y los bonos europeos que tienen que financiar este fondo.

En consecuencia, este presupuesto deberá hacer un salto de gigante hasta el 2 % del PIB europeo, como mínimo. Los típicos y extenuantes debates sobre si el presupuesto de la Comisión tenía que estar un poco por encima o un poco por debajo del 1 % han quedado ridículamente pulverizados por las circunstancias, y esto nos lleva a un debate todavía mayor. ¿Cómo podría la Comisión disponer de un presupuesto de esta magnitud sin nuevos recursos propios, distintos de los actuales?

Lo han repetido muchos diputados hoy en el hemiciclo. ¿No ha llegado ya la hora de impulsar impuestos propios? No solo impuestos propios en el marco de los recursos propios, más allá de los derechos de aduana y de la tasa sobre el IVA; impuestos coherentes con el nuevo Pacto Verde Europeo, impuestos que nos ayuden a reducir las desigualdades, efectivamente, o quizá elevando a escala europea algunos impuestos que ya funcionan hoy a escala estatal en algunos países.

La crisis del coronavirus, por tanto, ha abierto de par en par la puerta a un debate hasta ahora demasiado silenciado: la necesidad de construir un verdadero sistema tributario europeo.

Este Parlamento debe liderar este debate. No lo hará el Consejo Europeo. Es ahora o nunca.

Andor Deli (PPE). – Tisztelt Elnök úr! A következő többéves pénzügyi keret kulcsfontosságú szerepet játszik gazdaságaink válság utáni fellendítésében, ezért szükséges, hogy ambiciózus és megfelelő méretű legyen. A krízis súlyosságára való tekintettel ugyanakkor szükség van a Bizottság által tervezett helyreállítási alapra is, de az nem történhet a hagyományos uniós politikák rovására, amelyek már többszörösen bizonyították hasznosságukat. Így a kohéziós politikát és az agrárpolitikát is meg kell erősíteni. A kohéziós politika az EU legfontosabb befektetési eszköze, amelynek minden állam, tagállam nyertese. Őrizzük meg a közelmúltban bevezetett rugalmasságot a kohéziós támogatások felhasználásában, legalább az új MFF első éveiben.

Magyar képviselőként különösen oda fogok figyelni a pénzeszközök igazságos elosztására. Magyarország a gazdasági felzárkózás terén az elmúlt években kiemelkedő teljesítményt ért el, 5 százalékos körüli növekedéssel. Most a járvány kezelésében is élen járunk, arányosan a harmadik legtöbb forrást mozgósítjuk, minden elveszett munkahely helyére újat hozunk létre. Abban bízom, hogy ezt a nagy munkát nem éri hátrány uniós szinten. Kérem, hogy a források elosztásánál ne legyen majd erkölcsi kockázat, se az MFF, se a helyreállítási alap ne jutalmazza a felelőtlen gazdálkodást vagy a járvány félrekezelését. A cél az kell hogy legyen, hogy minden tagállam szükségletei és érdemei szerint kapjon segítséget.

Paul Tang (S&D). – Voorzitter, na de lockdown weer naar buiten. En wat is de beste weg naar buiten? Daarvoor zijn drie keuzes te maken.

Ten eerste een herstel voor iedereen. De eurocrisis leert dat een probleem voor één land een probleem is voor alle landen. Dus schuif problemen niet vooruit. Het is nu tijd voor gezamenlijke leningen en onderlinge steun, zodat ieder land goed uit de crisis komt. Daarom is de resolutie van het Parlement ook zo goed.

Ten tweede een duurzaam herstel waarin niet winsten, maar mens en milieu vooropstaan. Dus laten we in wetgeving vastleggen dat geen enkele investering uit het herstelfonds mens of milieu mag schaden.

En ten derde de sterkste schouders, de zwaarste lasten. Dit vraagt een einde aan de belastingontwijking, ook binnen de Europese Unie. Dit vraagt ook een internemarktbijdrage van de grootste bedrijven, een bijdrage aan de eigen middelen van de Europese Unie. Dat zijn drie keuzes voor de beste weg naar buiten.

Moritz Körner (Renew). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist wichtig, dass wir in dieser Krise eine gemeinsame europäische Antwort senden. Deswegen ist es wichtig, dass wir einen starken MFR und einen Wiederaufbaufonds bekommen – und übrigens dass wir darauf achten, dass auch der MFR wirklich gestärkt wird und die Programme mit europäischem Mehrwert tatsächlich auch gestärkt bleiben und nicht alles nur in den Wiederaufbaufonds fließt.

Aber wir müssen auch darüber sprechen: Wie wird dieses Geld eigentlich ausgegeben? Wir haben jetzt riesige Summen. Aber wo soll das eigentlich hin? Ich finde, wir sehen in dieser Krise, wie sehr uns Digitalisierung hilft, wie sehr sie uns jetzt auch stärker macht, und deswegen sollte ein riesiger Impuls in die Digitalisierung gehen, damit wir tatsächlich wettbewerbsfähiger aus dieser Krise herauskommen.

Ich glaube aber nicht, dass uns neue Steuern helfen werden. Gerade in dieser Krise ist das für die europäische Wirtschaft Gift. Auch eine Digitalsteuer wird nur dazu führen, dass die Amerikaner, dass der zollwütige Trump antworten wird, auch anfangen wird, den Welthandel an der Stelle wieder kaputt zu machen. Das wird uns nicht aus der Krise führen, meine Damen und Herren.

Es muss klar sein: Wir brauchen einen Haushalt, der klar in die Zukunft investiert. Wir brauchen einen Haushalt, der tatsächlich Geld nur an diejenigen in Europa gibt, die auf den Rechtsstaat achten.

Thierry Mariani (ID). –Monsieur le Président, ce mois d'avril 2020 fut le mois des larmes: l'Europe était unie par la mort. En Lombardie comme en Belgique, en Espagne comme en Alsace, les Européens parlaient d'une seule voix: en effet, ils pleuraient tous. Et pendant ce temps, ils attendaient la voix de l'Europe.

Le 24 avril, le Conseil concluait par la bouche de Charles Michel, je cite: «nous nous sommes félicités de la feuille de route commune pour la relance». Une déclaration qui peut paraître indécente alors que, partout, le chômage, la misère, l'extrême pauvreté sont à l'ordre du jour, sans plan de relance sérieux. 500 milliards d'euros pour la relance, c'est quatre fois moins qu'aux États-Unis mais c'est surtout, à cette heure-ci, aucune précision, comme l'ont développé les orateurs avant moi: on attend toujours le programme clair de la Commission.

Cette feuille de route, qu'est-ce que c'est? Des fonds spéciaux avec leur administration et leur bureaucratie. Nous ne doutons pas que certains auront leur utilité mais la méthode péchera toujours. Elle péchera car elle maquille des fonds redirigés en fonds nouveaux. Elle péchera, car elle n'aura jamais la flexibilité nécessaire. Elle péchera car elle aura été pensée par les mêmes esprits qui ont enfermé l'Union européenne dans cette technocratie.

Henrike Hahn (Verts/ALE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim Wiederaufbau nach der Corona-Krise geht es jetzt nicht darum, Gelder ängstlich in alte Strukturen zu schaufeln – weder in der Corona-Krise noch in der Klimakrise.

Es geht darum, klug und umsichtig zu gestalten. Wir brauchen einen starken MFR und einen starken Wiederaufbauplan, der uns zeigt, wie das gehen kann. Wir brauchen den *Green Deal* als Fundament. Wir sehen gerade, wie angreifbar unsere Art zu wirtschaften ist.

Jetzt geht es nicht nur um große Automobilkonzerne und Fluggesellschaften, sondern eben auch um die vielen kleinen und mittleren Unternehmen. Jetzt heißt es, diesen Moment zu nutzen und auf Kreislaufwirtschaft zu setzen, auf Energie und Ressourceneffizienz. Wir brauchen eine Industriestrategie, die Dekarbonisierung und klimaneutrales Wirtschaften umsetzt, die sozial mitdenkt, wie es den Menschen vor Ort damit geht, so wie beim Fonds für einen gerechten Übergang.

Wir haben jetzt die große Chance, Bedingungen und Anreize richtig zu setzen für eine starke, nachhaltige, wettbewerbsfähige Wirtschaft in Europa. Und dann machen wir aus der Krise das Beste.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Panie Przewodniczący! W swoim wystąpieniu chciałbym poruszyć cztery kwestie. Po pierwsze pragnę bardzo mocno podkreślić, że konieczne jest kontynuowanie w dotychczasowym wymiarze polityki spójności, bo to najbardziej efektywny sposób wyrównywania poziomu rozwoju pomiędzy poszczególnymi krajami i regionami.

Po drugie wspólna polityka rolna i rolnicy zapewniłi bezpieczeństwo żywnościowe Europejczykom w czasie pandemii. Potrzebne jest nie tylko kontynuowanie tej polityki, ale i jej wzmocnienie, także finansowe, zwłaszcza że na rolników mają być nakładane dodatkowe obowiązki.

Po trzecie fundusz odbudowy unijnej gospodarki musi mieć charakter dotacyjny, a nie pożyczkowy, bo już w tej chwili część krajów, szczególnie południa Europy, nie jest w stanie się dalej zadłużać.

Wreszcie po czwarte należy pochwalić Komisję za szybkie podejmowanie decyzji dotyczących pomocy publicznej w poszczególnych krajach, ale chciałbym zwrócić uwagę, że ta pomoc jest tak bardzo zróżnicowana, że grozi to wspólnemu rynkowi Unii.

Dolors Montserrat (PPE). – Señor presidente, estimados colegas, hace setenta años Schuman impulsó la Unión después de una cruel guerra que nos dividió. Hoy el enemigo es un virus. Inicialmente reaccionamos tarde y de forma individual, pero hoy lo importante es que hemos aprendido. Estamos aquí todos unidos, haciendo desaparecer fronteras físicas e ideológicas, aprobando una Resolución que satisface lo que la ciudadanía espera de nosotros: la unión y no la división. Este es el mensaje que enviamos a la Comisión y al Consejo.

La pandemia nos deja el dolor por la pérdida de miles de seres queridos. Deja millones de desempleados, la destrucción de las pymes, claves todos ellos en el desarrollo de Europa. Por ello debemos tener muy presente que nuestra Resolución beneficia y recae sobre todos y cada uno de los europeos. Esto nos obliga a ser responsables en el uso de los recursos. Su destino es sacar adelante a los europeos y no dejar a nadie atrás. No debemos permitir implementar agendas políticas particulares. El plan de recuperación debe servir para levantar la Europa de la nueva realidad, la Unión del siglo XXI.

El COVID-19 se ha convertido en un acelerador de transformación. Afrontemos la reindustrialización de Europa. Lideremos la transición digital. Defendamos la agricultura, el turismo, la economía verde y la fortaleza de nuestros sistemas sanitarios y a nuestros sanitarios, sin renunciar jamás a la libertad, la igualdad y la solidaridad. Logremos que los ciudadanos recuperen el orgullo de pertenecer a la Europa que les protege y les garantiza su desarrollo. Si hace setenta años Schuman lo hizo, hoy nosotros también debemos hacerlo.

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, questa volta l'Unione europea non è stata ferma per mesi e anni in discussioni estenuanti: si è agito rapidamente per aiutare gli Stati membri a spendere tutto quanto necessario per sconfiggere il virus.

Ora dobbiamo però fare un passo in più. Con il piano di ripresa europeo finanziato con i *recovery bond* e con nuove risorse proprie possiamo dare un messaggio chiaro al mondo intero. L'Europa c'è. L'Europa vuole restare libera e coesa, vuole essere unita dai suoi valori di libertà politica e di un modello sociale unico.

Perciò se il piano arrivasse troppo tardi, senza l'anticipo già nei prossimi mesi, se non fosse in grado di muovere molte centinaia di miliardi a fondo perduto per i paesi che ne hanno bisogno, allora non avremmo perso solo la solidarietà ma avremmo perso anche il nostro futuro comune, perché nessuno, nessuno, può prosperare se crolla il mercato comune, se si spezzano le catene del valore, se solo alcuni paesi hanno la forza di inondare le loro economie con aiuti di Stato e altri rimangono bloccati.

È quindi il momento di agire, perché solo uniti possiamo trovare una strada senza tradire i principi fondamentali su cui si fonda la nostra Unione.

Olivier Chastel (Renew). – Monsieur le Président, chers collègues, le Parlement européen doit être un acteur du processus de relance socio-économique et des négociations du cadre financier pluriannuel, que nous voulons solides, dans un contexte de crise économique majeure.

Le budget pluriannuel de l'Union doit être ambitieux, crédible et solidaire. Pour cela, il doit comprendre nos nouvelles ressources propres et être doté d'une forte capacité d'investissement commun.

Quant au plan de relance, il doit être financé avec de l'argent frais, par le biais notamment de *recovery bonds* garantis par le budget de l'Union européenne. Il doit refléter un juste équilibre entre les prêts et les subventions.

Chers collègues, cette crise nous impose de tracer une nouvelle trajectoire économique tournée vers une économie durable, garantissant l'indépendance européenne et assurant nos intérêts stratégiques. Nous devons nous concentrer sur des dépenses d'avenir, en lien avec le défi climatique et la réindustrialisation stratégique. Plus que jamais, il est capital pour l'Union de créer les conditions d'une Europe durable, résiliente et solidaire.

Isabella Tovaglieri (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, da italiana sono molto delusa dalle misure messe in campo dall'Europa per fronteggiare l'emergenza economica a seguito della Covid-19: misure insufficienti, tardive, ma soprattutto rischiose per il nostro paese che, non dimentichiamolo, è contributore netto dell'Unione e non ha mai fatto mancare risorse e solidarietà agli altri Stati membri.

Solo il *recovery plan* fa eccezione, ma sulle modalità e le condizioni di attuazione non ci sono certezze o meglio, basandosi sul bilancio europeo, sappiamo soltanto che questi fondi non arriveranno prima dell'anno prossimo. Ebbene, è troppo tardi: per risollevarsi servono risorse immediate e non certo sotto forma di prestiti, perché prestare soldi a chi già si sa che non potrà restituirli non è un atto d'amore, né un gesto di solidarietà, ma solo opportunismo che cela secondi fini. Mi riferisco ovviamente al MES: ci avete garantito assenza di condizionalità ma per chiarirlo è stato necessario metterlo nero su bianco dopo due settimane dall'accordo all'Eurogruppo.

La realtà è che, finita l'emergenza, l'Italia dovrà restituire al MES rate da 4 miliardi di euro all'anno, costringendoci a tagliare il *welfare* e a imporre nuove tasse. Ci dite di fidarci, che non è così, ma gli italiani non si fidano più di quest'Unione europea.

Dimostrateci voi il contrario, perché non vorremmo ritrovarci qui tra qualche anno con un Presidente della Commissione che verrà in plenaria a scusarsi per aver applicato un'austerità avventata, proprio come è già successo per i nostri amici greci.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señor presidente, Europa se encuentra en una encrucijada histórica: o resolvemos juntos la pandemia o nuestras instituciones pueden, muy peligrosamente, ir por el camino de la irrelevancia, y no tenemos derecho a echar por la borda el proyecto europeo de integración que hemos heredado de generaciones anteriores. No es el momento tampoco de azuzar las bajas pasiones en nuestros distintos países, dibujando una Europa del pecado y otra de la virtud, sobre todo cuando lo hacen aquellos que hacen prácticas de elusión fiscal todos los años.

Este Parlamento va a hablar claro. Esta vez sí. Pedimos un Fondo de Recuperación de por lo menos dos billones de euros, que sean mayoritariamente con transferencias, que no recaigan más cargas sobre los tesoros de los Estados miembros y con un sistema de recursos propios que permita repago, tanto del principal como del interés. Este es el instrumento que necesitamos.

Y estoy muy preocupado por las palabras de la presidenta de la Comisión hoy, que no nos ha explicado absolutamente nada. Tengo la sensación de que van a volver con un plan de movilización de recursos privados, con multiplicadores mágicos que sabemos que no van a ninguna parte. Señores de la Comisión, por favor, estén a la altura del momento histórico, escuchen y lean lo que vamos a votar esta semana.

Bert-Jan Ruissen (ECR). – Voorzitter, met wat de meesten hier zeggen over het MFK en het herstelplan kan ik eerlijk gezegd onmogelijk instemmen. Zeker, de coronacrisis vraagt om solidariteit. De cohesiefondsen zullen we daarom anders en gericht moeten inzetten. Maar wat nu wordt voorgesteld, gaat veel verder dan dat. Een enorme stijging van de begroting, nieuwe Europese belastingen, staatsschulden die de EU van de lidstaten gaat overnemen. Dat is één grote beweging in de richting van een transferunie, waarbij de verdeling van de baten en de lasten over de lidstaten volstrekt uit balans raakt.

Ondertussen zijn we door de euro het belangrijkste instrument om economisch herstel te bevorderen kwijtgeraakt, namelijk het devalueren van de nationale munt. In sommige situaties is het waarschijnlijk zelfs beter om terug te keren naar de eigen nationale munt, maar dan moeten daar wel draaiboeken voor klaarliggen. Ik roep de Commissie er daarom toe op dit onder ogen te zien en zich hierop te beraden. Dat lijkt me in ieder geval een zinvollere denkrichting dan de voorstellen die nu op tafel liggen.

François-Xavier Bellamy (PPE). – Monsieur le Président, toute crise agit toujours comme un révélateur, et celle-ci n'aura pas échappé à la règle. L'Union européenne ressort de cette expérience avec l'évidence de ses fragilités.

Aujourd'hui, il nous faut réagir. Et pour cela, mettre en œuvre les moyens d'une authentique solidarité. Mais cela suppose, je le crois, dans ce débat sur le budget et sur le plan de relance, de commencer par s'interroger sur les fins avant de considérer les moyens.

Nous agissons beaucoup de grands mots et beaucoup de grands chiffres. Mais à quoi peut servir l'argent déployé par l'Union européenne? Où est-il vraiment attendu? Comment pouvons-nous être utiles? C'est la question que, je crois, nous devons commencer par nous poser dans le débat qui nous attend.

Il faut aussi que nous puissions réagir vite et, de ce point de vue-là, je m'étonne que nous consacrons tant de temps à parler du MFF alors que nous sommes attendus sur un plan de relance urgent.

Quel chef d'entreprise, aujourd'hui, prétend pouvoir construire un plan de stratégie sur sept ans, alors que nous sommes encore dans la confusion totale que crée cette crise sur l'économie européenne?

Enfin, chers collègues, nous serons attendus demain pour construire une Union européenne qui repense son rapport à la mondialisation. Et c'est cela l'enjeu de long terme sur lequel nous devons travailler: construire une Europe dans laquelle nous pourrions de nouveau produire ce dont nous avons besoin, construire une Europe dans laquelle il sera possible pour les pays européens de donner des masques à leurs infirmières et des remèdes à leurs malades.

Voilà, chers collègues, ce sur quoi nous sommes attendus. C'est un défi majeur pour l'avenir de l'Europe tout entière et j'espère que nous serons à la hauteur de ce défi.

Kathleen Van Brempt (S&D). – Voorzitter, wat me erg is opgevallen in deze ongeziene sanitaire, maar ook sociale en economische crisis, is de immens grote solidariteit onder onze Europese bevolking. Laten we duidelijk zijn dat diezelfde solidariteit moet weerklinken in het beleid van de Europese Unie en het herstelplan dat op komst is.

Solidariteit betekent kijken naar ecologische en sociale rechtvaardigheid. In het Europese jargon betekent dat: gebaseerd op de Europese Green Deal en op de pijler van sociale rechten. Dat is heel belangrijk. Daarnaast is er voor solidariteit een groot investeringsplan nodig, gebaseerd op euro-obligaties, zoals we hier kamerbreed vragen, beste vriend Maroš Šefcovič. Maar ook, dat wil ik heel sterk benadrukken, op een eerlijke en solidaire fiscaliteit binnen de Europese Unie, want ook dat is essentieel.

Nils Torvalds (Renew). – Herr talman! Under de senaste veckorna och månaderna har vi haft en ganska haltande diskussion om europeisk solidaritet. Jag tror att vi i det långa loppet måste överens om hur vi sköter den här sakens frågor, så att vi inte varje gång vi drabbas av en liten kris eller en större kris på något sätt börjar om från scratch, från noll, och försöker bygga upp någonting som vi aldrig har sett tidigare.

Den mall vi egentligen har i bakgrunden är budgetens mall. Den fördelar nämligen bördan på ett någorlunda rättvist sätt. Om ni tittar på den tyska andelen så är den 30 gånger större än den bulgariska andelen och det tror jag att man kan beteckna som ett solidariskt drag. Den finska andelen är dubbelt så stor som den bulgariska andelen, även om vi också är ett ganska litet land. Så att om vi i framtiden klarar av att bygga de nödvändiga bromsarna, de nödvändiga resurserna, på samma principer som vi har skött det i frågan om budgeten, så tror jag att vi klarar det här bättre än vad vi har klarat det den här gången.

Philippe Olivier (ID). – Monsieur le Président, je voudrais évoquer un sujet tabou dans cette grande maison qu'est le Parlement: la décision de la Cour constitutionnelle allemande du 5 mai d'exiger de la BCE de justifier ses décisions au regard des traités européens.

Je ne veux pas entrer ici dans un débat financier, ni même juridique. Je voudrais m'en tenir aux principes que soulève cette décision, que dis-je, cet ultimatum.

Avec cette tradition spécifique qui consacre en Allemagne le pouvoir des juges, les magistrats de Karlsruhe ont agi comme des lanceurs d'alerte souverainistes. Ils sont venus réaffirmer que l'UE n'est pas un État fédéral et que les États restent maîtres des traités et de leurs intérêts nationaux.

Comme si de rien n'était, la Commission a mécaniquement réaffirmé la prééminence du droit européen sur le droit national. «Comme si de rien n'était»: c'est comme cela que pourrait se résumer le comportement de l'UE, qui s'affaire à l'adhésion du Kosovo ou de la Macédoine lorsque la crise sanitaire tourne au drame en Italie. Vous êtes comme le chauffeur à contresens sur l'autoroute, qui continue à toute allure en ignorant les appels de phares qui viennent d'en face.

Alexandra Geese (Verts/ALE). – Mr President, I strongly welcome the fact that the European institutions will make unprecedented efforts to turn this crisis into an opportunity and to make sure that harder-hit Member States will get the same chances to restart their economy. But I'm afraid we are not giving the same chances to the half of the population that is hit hardest – women – because they work in the sectors that suffer most. And when unemployment is skyrocketing, when we speak of a stimulus package for our economy, most consider investments in hard infrastructure and digitalisation, and rightly so, but that's exactly where the share of female labour is very, very low. On top of that, women have stepped up their endless hours of unpaid work to compensate for closed schools and childcare services and this is intolerable. For this, President von der Leyen, I'm counting on you. Women are looking at you. Women are organising. Make sure that the recovery fund offers a bright future and allows for investments that give a proper income to women as well as to men.

Anna Zalewska (ECR). – Panie Przewodniczący! Ktoś tutaj powiedział, że jesteśmy w historycznym momencie. Ja dodałabym, że jesteśmy w ostatnim momencie, aby udowodnić, że projekt Schumana jest prawdziwy i sprawiedliwy. To ostatni moment, aby tu i teraz powiedzieć, że jesteśmy razem z obywatelami, że tu i teraz jest pandemia, tu i teraz jest kryzys, i nie możemy mówić, że za rok, za dwa czy za piętnaście.

Ciekawa jestem, ilu z Was odważyłoby się z tymi oświadczeniami pójść na przedmieścia Paryża do tych, którzy głodują, i wygłosić swoje wystąpienia, ilu z Was odważyłoby się pójść do tych, którzy mają umowy śmieciowe i z dnia na dzień stracili dochody, do kierowców, transportowców, małych i średnich przedsiębiorstw.

Mamy jedną odpowiedzialność: musimy przewartościować wieloletnie ramy finansowe i budżet, by zacząć od zabezpieczenia obywateli. Tak ma się przejawiać nasza solidarność. Wszystkie inne koncepcje i plany muszą być temu podporządkowane. I nie żądamy od państw członkowskich dodatkowych pieniędzy, znajźmy je w swoich własnych zasobach.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, Αντιπρόεδρε Šefčovič, το γεγονός ότι η κυρία von der Leyen παρουσίασε εδώ στο Σώμα το νέο ταμείο ανάκαμψης μας γεμίζει ελπίδα. Είναι ένα ταμείο εμπροσθοβαρές. Ένα ταμείο επενδυτικό με βάση τις προτεραιότητες του Green Deal. Ένα ταμείο αναλογικό για τις ανάγκες των κρατών μελών. Ωστόσο, αυτό το νέο υπερόπλο, που έχει καθυστερήσει αρκετά, οφείλει να μην επιβαρύνει υποχρεωτικά με επιπλέον χρέος χώρες όπως η πατρίδα μου η Ελλάδα που ήδη χτυπήθηκαν από την κρίση χρέους και την προηγούμενη δεκαετία έχασαν το 25% του ΑΕΠ τους. Να δίνει τη δυνατότητα να υποστηρίζονται οι οικονομίες κυρίως με επιχορηγήσεις, «mostly grants» όπως ακριβώς λέμε στο κείμενό μας, το οποίο θα ψηφίσουμε αύριο με ευρύτατη πλειοψηφία εδώ στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο. Να συνδυάζεται με όλα τα άλλα διαθέσιμα χρηματοδοτικά εργαλεία, την ποσοτική χαλάρωση της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας, το επενδυτικό πρόγραμμα της Ευρωπαϊκής Τράπεζας Επενδύσεων και τα πολύ χαμηλού επιτοκίου δάνεια του Μηχανισμού Στήριξης καθώς και με έμμεσες ανάγκες των εθνικών συστημάτων υγείας που πρέπει οπωσδήποτε να χρηματοδοτηθούν. Το βέβαιο είναι ότι η πρόκληση που αντιμετωπίζουμε αυτήν την περίοδο είναι μια πρόκληση υπαρξιακή για την Ευρωπαϊκή Ένωση. Και θα ήθελα να καταλήξω ως

εξής: είμαστε όλοι ξέρετε στο ίδιο καράβι. Εάν δεν λειτουργήσει η ενιαία αγορά, εάν δεν ενισχυθούν με ρευστότητα οι επιχειρήσεις μας, εάν δεν διατηρήσουμε τη συνοχή των κοινωνιών μας και δεν αντιμετωπίσουμε το κύμα της ανεργίας που έρχεται, κανένας μας δεν θα διασωθεί, ούτε θα ταξιδεύει, ούτε θα αγοράζει, ούτε τεχνολογικό εξοπλισμό θα έχει, ούτε αυτοκίνητα, ούτε τουλίπες.

Pierre Larrourou (S&D). – Monsieur le Président, Madame von der Leyen, en trois jours seulement, près d'un million de citoyens ont déjà signé la lettre d'Avaaz qui dit qu'ils comptent sur vous pour réussir ce budget «climat et emploi».

Comme rapporteur du budget, je pense que l'une des solutions pour avoir un budget très ambitieux, c'est de créer une taxe sur les transactions financières. Quand j'ai acheté ce téléphone, j'ai payé une TVA à 19 %. Dix-neuf. Pour les produits alimentaires fondamentaux, la TVA est à seulement 5,5 %. Mais même les familles les plus pauvres doivent payer 5,5 % pour contribuer à l'effort collectif. Par contre, ceux qui achètent des actions sur les marchés financiers payent 0,0 %. Zéro virgule zéro. Parce qu'ils sont plus pauvres que les plus pauvres? Non, évidemment.

Il est urgent de créer une taxe sur les transactions financières. Déjà en 2011, la Commission Barroso avait proposé ce projet, qui peut aujourd'hui créer 57 milliards d'euros. Le texte est rédigé, il n'y a plus qu'à avancer politiquement. Malgré le Brexit, malgré la crise, une taxe sur les transactions financières peut rapporter 57 milliards d'euros. Alors, qu'attendons-nous? Ce serait dix fois plus que la taxe numérique. Madame von der Leyen, il est temps de mettre la finance au service de la vie. Il est temps que les marchés financiers contribuent à un pacte «climat et emploi».

(Applaudissements)

Ondřej Kovařík (Renew). – Pane předsedající, globální pandemie se rychle mění v ekonomickou krizi, na kterou musíme rázně reagovat, čas běží. V Evropě právě jednáme o novém rozpočtu a ten by měl být naší hlavní odpovědí. Musíme se v něm opřít o programy, o kterých víme, že fungují, jako například robustní kohezní politiku. A měli bychom se také zaměřit na investice a v tom vítám návrh Komise ještě více posílit investiční nástroje.

Zaměříme se ale také na pomoc, která bude směřovat přímo občanům a podnikům, především malým a středním firmám či podnikatelům v cestovním ruchu, kteří se obávají o svoji budoucnost. Podpořme zaměstnanost, mysleme na regiony, zaměříme se také na inovace a digitální technologie. Využijme a posilujme možnosti, které skýtá společný vnitřní trh. Dohoda na rozpočtu Evropské unie a další podpoře obnovy ekonomiky musí přijít co nejdříve. Tak nepropásněme tuto šanci!

Paolo Borchia (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, i burocrati di Bruxelles sono maestri dell'illusionismo finanziario, vera arte di spacciare piccole somme come se si trattasse di miliardi di euro.

Sono parole dure, magari non vi piaceranno, ma non sono farina del mio sacco. Rappresentano invece l'opinione del *Financial Times* sul *recovery fund*, al momento una scatola vuota nonostante le speranze di cittadini e imprese, che invocavano interventi rapidi ed incisivi.

Mi rendo portavoce della delusione che deriva dal fatto che i primi timidi segnali di superamento della crisi sanitaria hanno preceduto i miliardi annunciati in pompa magna dalle istituzioni europee.

Si è perso tempo, se n'è perso troppo, addirittura qualcuno ha provato in maniera grottesca ad addossare le colpe a quanti nemmeno partecipano alle riunioni dell'Eurogruppo e del Consiglio europeo, quando invece sarebbe stato il caso, per una volta, di fare un bagno di umiltà, riconoscendo che molti insostenibili principi dogmatici dell'Unione, dalla normativa sugli aiuti di Stato al patto di stabilità e crescita, sono stati rinnegati in quanto inapplicabili in uno stato di crisi.

Una nota positiva, però, si trova nelle conclusioni del Presidente Charles Michel, che rivendica l'importanza di aumentare l'autonomia strategica dell'Unione e di produrre beni essenziali in Europa: in pratica, una marcia indietro rispetto all'overdose di neoliberalismo che da anni, inascoltati, continuiamo a denunciare.

PRESIDÊNCIA: PEDRO SILVA PEREIRA*Vice-Presidente*

Thomas Waitz (Verts/ALE). – Herr Präsident! Wir befinden uns hier europaweit alle miteinander in einer kollektiven Krisenerfahrung, und das gibt uns eine Vorahnung darauf, was auf uns zukommt, wenn wir weiterhin mit Vollgas in die Klimakrise steuern.

Und allen hier im Haus und in den nationalen Regierungen, die versuchen, diese Situation zu nutzen, um die Klimapolitik der Union und der Nationalstaaten zu untergraben, denen sage ich: Sie werden sich vor der nächsten Generation zu verantworten haben.

Und eines wird sichtbar in dieser Krise: der Zusammenhang zwischen gut finanzierten öffentlichen Gesundheitssystemen und der Menge an Menschen, die an diesem Virus sterben. Wer heute noch Privatisierungen im Gesundheits- und Pflegebereich fordert und nicht versteht, dass wir eine ordentlich finanzierte öffentliche Gesundheitsversorgung überall in Europa brauchen, der hat die Lektion von COVID-19 nicht gelernt.

Charlie Weimers (ECR). – Mr President, many Europeans are probably not familiar with the traditional Chinese ritual of prostrating yourself: kowtow. Today, this means showing too much respect to someone in authority.

The Commission erased criticism of China from its Corona disinformation report. The EU representation in Beijing accepted Chinese censorship of an op-ed by EU ambassadors. The EU Council discussed the Wuhan virus during its last meeting, but carefully avoided any reference to China, the Communist Party and the need for an international inquiry. This despite our knowledge that the Chinese Communist Party covered up the outbreak while vacuuming the world of personal protective equipment. They sealed Wuhan from the rest of China while allowing super-spreaders to board flights to Milan and New York.

Stop this kowtowing!

Андрей Ковачев (PPE). – Г-н Председател, Европейският съюз е солидарен съюз в добри и в лоши времена. Моят апел е към държавните ръководители да проявят сега солидарност и единство. Изходът от кризата е в масивно инвестиране и подпомагане на най-засегнатите отрасли туризъм, услуги, транспорт, но не за сметка на други политики, като например политиката за развитие на регионите, която има нужда от предвидимост и устойчивост.

Имаме нужда от инвестиране чрез амбициозна Многогодишна финансова рамка с повече собствени ресурси и фонд за възстановяване със сериозна част като безвъзмездна помощ, но не Многогодишна финансова рамка за сметка на фонда или обратно. Нека не решаваме неотложните проблеми в настоящето, като подкопаваме бъдещето и рискуваме да задълбочим регионалните различия в Европейския съюз.

Г-н комисар Шефчович, чрез Вас искам да се обърна отново към председателката, госпожа Урсула фон дер Лайен, с апел директно да се обърне към европейските граждани чрез обществените телевизии на всяка страна членка, за да сподели с тях, както своята човешка съпричастност, така и мерките, които Европейският съюз предприема. Никой не трябва да бъде оставен сам, но не трябва да оставяме и дезинформацията и конспиративните теории да бъдат водещи и да разединяват гражданите.

Nils Ušakovs (S&D). – Mr President, it is absolutely true: spending billions of European taxpayers' money, we should use the momentum and support modern economy, digital economy, Green Deal first. And probably sometimes we should stick to the principle: do not resuscitate.

But my point is – I come from the Baltics, from Latvia – our country went through enormous, dramatic, economic transition back in the nineties, going from planned to market. And we've seen new sectors emerging from scratch. We have seen traditional old sectors collapsing, basically, instantly. And the price for this inevitable transition was tens of thousands of Latvians losing their jobs and not being able to get back to the labour market anymore. They were talented, they were educated, but their skills were not demanded anymore. Each Eastern European nation in the European Union has experience like this. The new ambitious MFF, paralleled by the even more ambitious recovery fund, must, on the one hand, help us in modernising the economy; on the other hand, help us in modernising skills for those workers who come from sectors which are not that modern.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Nicola Danti (Renew). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il Consiglio europeo ha finalmente deciso un programma serio di interventi per far fronte alla crisi del coronavirus. Certo, avrebbe potuto e dovuto farlo prima.

Ora ci aspettiamo che la Commissione presenti una proposta operativa per il *recovery plan* adeguata per qualità e per quantità: la posta in gioco non è solo sconfiggere la Covid-19 ma rendere l'Europa resiliente al virus della disgregazione che, questo sì, è fortemente alimentato da paesi stranieri.

Signor Presidente, cari colleghi, a noi non è chiesto solo un intervento economico per sostenere i paesi e le popolazioni in difficoltà, a noi è chiesto di restituire un sogno, una visione e un'anima a questa Europa. Tutti sono chiamati a scelte complesse e anche controverse. Non domandiamoci solo cosa dobbiamo fare, ma perché dobbiamo farlo!

Nella risposta a questa domanda troveremo il coraggio, l'ambizione e la visione di futuro di cui abbiamo bisogno per affrontare il tempo difficile che ci è dato di vivere.

Lars Patrick Berg (ID). – Herr Präsident! Ich möchte mich auf die Diskussion im Europäischen Rat vom 23. April über die rechtswidrigen türkischen Erdgasbohrungen in zyprischen Gewässern konzentrieren. Wir erleben derzeit viel Rhetorik über die europäische Solidarität. Aber jetzt ist es sicherlich an der Zeit, unsere Entschlossenheit tatsächlich unter Beweis zu stellen, indem wir echte Solidarität mit einem EU-Mitgliedstaat zeigen.

Die türkische Regierung hat deutlich gemacht, dass sie nicht daran interessiert ist, sich an akzeptiertes internationales Recht zu halten. Zu den versuchten rechtswidrigen Bohraktivitäten kommen noch Versuche hinzu, unter Missachtung des Waffenembargos der Vereinten Nationen Waffen nach Libyen zu schmuggeln, wodurch der gesamte östliche Mittelmeerraum destabilisiert wird.

Sie werden zweifellos die gemeinsame Erklärung von Zypern, Griechenland, Frankreich, Ägypten und den Vereinigten Arabischen Emiraten gesehen haben, in der die türkischen Aktivitäten verurteilt werden. Dies ist ein guter und wichtiger Schritt, aber wir brauchen sicherlich stärkere Unterstützungsbekundungen für Syrien.

Lassen Sie uns eines klarstellen: Die Türkei greift die Europäische Union an, und dies ist etwas, was wir nicht mehr tolerieren können.

Andżelika Anna Możdżanowska (ECR). – Panie Przewodniczący! Dziś wszystkie państwa członkowskie, nasi obywatele, nasze rodziny i przedsiębiorcy oczekują aktywnej roli Unii Europejskiej w walce z kryzysem społecznym i gospodarczym. Przed nami wieloletnie ramy finansowe na bardzo trudne czasy. Dziś to przede wszystkim elastyczność wykorzystania środków europejskich oraz gwarancja nowych funduszy dla Unii. Wieloletnie ramy finansowe stanowią fundament pobudzenia europejskiej gospodarki i walki z kryzysem, a przypomnijmy, że prognoza gospodarcza Komisji Europejskiej na dziś to ogromny spadek PKB Unii o ponad 7%.

Przedsiębiorcy walczą z kryzysem, wielu firmom grozi upadek, a europejska gospodarka jest w martwym punkcie. Firmy to koło zamachowe naszego rozwoju i bezpieczeństwa społecznego naszych obywateli. Nie zapominajmy o tym. Nie zgrabiamy środków z polityki spójności, które są podstawą i istotnym elementem wsparcia naszych inwestycji. Nie zgrabiamy środków z polityki rolnej, która obywatelom Europy zapewnia samowystarczalność żywnościową.

Dziś gospodarka europejska zdecydowanie potrzebuje dopływu nowych pieniędzy. Musimy poważnie podejść do walki z oszustwami podatkowymi, wzmocnić współpracę podatkową państw Unii, by wyeliminować nadużycia i raje podatkowe. Źródłem dochodów mogą być nowe podatki: cyfrowy podatek od transakcji finansowych, śladu węglowego czy produkcji z państw trzecich.

Herbert Dorfmann (PPE). – Herr Präsident! Mit großer Sorge verfolge ich die Debatte, die wir derzeit über den MFR und um den Aufbaufonds führen.

Es ist allen gut gegangen, als wir den Aufbaufonds auf den MFR geschoben haben. Den Mitgliedstaaten, die das ja wollten, ist erst nachher eingefallen, dass sie eigentlich nicht mehr bezahlen wollten. Dieses Spiel war eigentlich sehr vorhersehbar. Es ist klar, dass unter dieser Politik jene Haushaltskapitel leiden werden, die bisher im MFR wichtig sind.

Ich nenne das Beispiel der Landwirtschaft: In COVID-Zeiten, wo die Bäuerinnen und Bauern uns sicher durchernährt haben, haben wir für die Landwirtschaft als Krisenmaßnahme gerade mal 80 Millionen Euro für 27 Mitgliedstaaten übriggehabt – die Vereinigten Staaten z. B. haben 19 Milliarden Euro übrig –, und das für eine Politik, die unsere Politik ist, die wir verantworten und für die wir geradestehen müssen. Da müssen wir als Parlament agieren. Die Landwirtschaft braucht weiterhin das Geld, das sie bisher hatte. Auch im neuen MFR, auch im nächsten Jahr, und einem Vorschlag, der etwas anderes besagt, sollten wir hier in diesem Parlament nicht zustimmen.

Javier Moreno Sánchez (S&D). – Señor presidente, señorías, Europa se enfrenta al reto más difícil desde el final de la Segunda Guerra Mundial y, por ello, debemos actuar más que nunca unidos, teniendo la misma ambición y valentía política que demostraron los padres fundadores de la Unión.

Tenemos que abandonar los viejos dogmas políticos, económicos y jurídicos, y tener la valentía de reconstruir desde la solidaridad una nueva Europa más integrada y resistente. Y, para ello, esta casa debe desempeñar un papel central de orientación política y de decisión presupuestaria en la creación del plan de recuperación y transformación y en la negociación de un ambicioso MFP.

Tenemos que poner sobre la mesa los dos billones de euros frescos, sin falsos debates o engaños financieros. El dinero tiene que circular y llegar cuanto antes a los ciudadanos, empresas, regiones y países que más lo necesitan. Porque, como dijo Adenauer, todos vivimos bajo el mismo cielo, pero ninguno tiene el mismo horizonte.

Trabajemos unidos para alcanzar todos el mismo horizonte y compartir un destino común que no deje a nadie atrás. Demostremos la fuerza de este Parlamento votando, todos y todas, la Resolución común.

Lídia Pereira (PPE). – Senhor Presidente, há poucos dias, no meio desta pandemia, celebrámos a Europa. 70 anos de um projeto de paz e união entre os europeus, a cumprir o desígnio que «a Europa não se faria de uma só vez, nem de acordo nem com um plano único».

Perante a dificuldade, estamos todos no mesmo barco e, da minha parte, não estarei ao lado daqueles que pretendem que a Europa se afunde.

A estratégia para a recuperação económica desta pandemia tem de estar centrada nas pessoas, nos europeus, nos jovens que enfrentam já a segunda grande crise das suas vidas, nos empresários que lutam todos os dias para pagar salários, nos desempregados que vivem grandes momentos de dificuldade. É para todos estes que precisamos de um plano e de um fundo de recuperação que transforme e modernize as nossas economias. E que todos saibam que não é o Parlamento, mas o Conselho, quem está a bloquear as respostas tão urgentes.

Aqui, façamos o que nos compete: garantir que a Europa tem mais futuro do que passado.

Giuseppe Ferrandino (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, egregia Presidente von der Leyen, Le chiediamo di avviare un piano ambizioso che risponda alle esigenze dei cittadini e delle imprese colpite dalla Covid-19, perché siamo alle soglie di un disastro economico senza precedenti.

La risoluzione che presentiamo oggi è una dimostrazione di responsabilità e compattezza in un momento così difficile, ma anche la rivendicazione della centralità del Parlamento: non possiamo continuare a tenere l'Unione ostaggio dei governi, dobbiamo investire molto e farlo velocemente e il centro dell'intervento questa volta devono essere i cittadini e le imprese, non come nel 2008 quando ai primi si preferirono le banche.

2 000 miliardi di euro sono appena sufficienti a supportare le economie degli Stati membri. Ci attendiamo che il *recovery plan* non sia una scatola vuota ma sia composto da obbligazioni e prestiti anche a fondo perduto e sia vincolato alla transizione verde e alla resilienza economica.

I cittadini hanno bisogno di risposte immediate. Il settore turistico, quello dei trasporti, quello manifatturiero e tutte le piccole e medie imprese non possono più attendere: il timer per una catastrofe finanziaria sta per scadere e, comunque, le misure economiche non vanno sottratte ai fondi strutturali. Qui oggi decidiamo ... (*alcune parole mancanti*) oppure no!

Tomas Tobé (PPE). – Herr talman! Samtidigt som vi bekämpar covid-19 så befinner sig Europa i den värsta ekonomiska krisen sedan den stora depressionen. Europa behöver nu ett kraftfullt räddningspaket och en modern budget som bygger Europas konkurrenskraft. Men vi behöver samtidigt föra en ansvarsfull ekonomisk politik, och därför bör inte räddningspaketet bestå av en majoritet bidrag och direkta utbetalningar. Det borde snarare handla om lån; och lån som också ska betalas tillbaka.

Den framtida ekonomiska politiken borde handla mer om nya reformer, och mindre om nya skatter. Herr talman, vi står upp för europeiskt samarbete och solidaritet, men de svenska Moderaterna och Kristdemokraterna kan inte ställa sig bakom denna resolution.

Agnes Jongerius (S&D). – Voorzitter, bijna één op de tien Europeanen raakt dit jaar werkloos vanwege de coronacrisis, voorspelt de Europese Commissie. Achter die statistieken zitten mensen die hun dromen en verlangens zien vervliegen en die onzeker zijn over de toekomst. Ik denk dat het nu het moment is om te investeren in mensen, om ze aan het werk te houden of weer aan het werk te krijgen.

De sociale pijler verwezenlijken is niet gratis. Duurzame banen creëren is niet gratis. Armoedebestrijding is niet gratis en met wat handgeklap vanaf de balkons en enkel onze waardering uitspreken komen we er niet. We moeten in het MFK meer inzetten op de sociale fondsen zoals het Europees Globaliseringsfonds en het jongerenwerkgelegenheidsinitiatief. Kiezen we er nu voor om te investeren in mensen, dan voorkomen we een ergere crisis en plukken we daar straks de vruchten van.

Benoît Lutgen (PPE). – Monsieur le Président, je remercie la présidente von der Leyen et le président Michel d'avoir réaffirmé, notamment, l'importance du pacte vert européen dans le plan de relance.

Cela étant, le plan de relance doit aussi viser la convergence vers une stratégie de souveraineté de l'Europe dans des domaines aussi stratégiques que la santé – cela a été évoqué par plusieurs personnes –, mais aussi dans d'autres domaines. Dans l'alimentation, pour soutenir les producteurs et les agriculteurs, qui ont cette stratégie d'autonomie et d'indépendance, extrêmement importante à mes yeux. Dans l'énergie aussi: il faut un plan de relance qui tienne compte de cet aspect pour être les plus indépendants possible en matière énergétique. Il y va de la souveraineté européenne et de la confiance des Européens. Certainement aussi dans le numérique, qui doit être relancé grâce à ce plan de relance de l'économie et apporter cette indépendance au niveau de l'Europe. Et enfin, dans la défense et la sécurité.

Pour tout cela, il faut aussi avoir des moyens propres au niveau européen. Je plaide bien sûr pour que l'Europe puisse enfin avoir des recettes fiscales propres, notamment grâce à une taxation sur le kérosène et à une taxation des GAFA, pour qu'il y ait cette coordination au niveau européen et que la Commission dispose de ces moyens propres pour le plan de relance, pour l'avenir et pour la souveraineté européenne.

Pedro Marques (S&D). – Senhor Presidente, Colegas, deste Parlamento saudamos o passo importante que foi dado no último Conselho e que permite que a União passe a emitir dívida conjuntamente, sem que isso tenha que ser acompanhado de um castigo aos países membros. Mas a crise que enfrentamos não tem precedentes no período posterior à Segunda Grande Guerra. Por isso precisamos de todo o nosso poder de fogo e já!

O plano de recuperação que a Comissão está a elaborar tem que ser muito ambicioso. Não basta levantar algum dinheiro no mercado, muitos multiplicadores e muito marketing para recuperar a economia europeia. Precisamos de investimento, de transferências para as famílias, para estimular a procura e a confiança dos empresários, porque queremos e podemos salvar muito emprego na Europa.

Precisamos também, por isso, de outro papel do Banco Central Europeu. Estes não são tempos normais. A política monetária também tem que mudar e muito! Os europeus estão a ser uns heróis no combate ao vírus. As instituições europeias têm que mostrar agora solidariedade com os mais afetados.

Evelyn Regner (S&D). – Herr Präsident! Europas Fundament, das sind die Menschen, und die brauchen unsere Hilfe jetzt und nicht irgendwann. Daher ist die Antwort auf diese Krise auf der Hand liegend: Wir brauchen mehr Mut, mehr Solidarität und vor allem viel mehr Europa.

Seien wir mutig und holen wir uns das Geld für den notwendigen Wiederaufbau nach der Krise von jenen, die bisher herzlich wenig Steuern gezahlt haben oder gar keine: von den internationalen Großkonzernen. Agieren wir europäisch und unterstützen wir vor allem jene Mitgliedstaaten besonders, die ganz besonders heftig unter dieser Krise gelitten haben und leiden. Und dazu gehören auch Corona-Bonds.

Schließlich: Seien wir solidarisch mit den Frauen. Das ist jetzt kein Minderheitenprogramm, da geht es um die Hälfte der Bevölkerung. Häusliche Gewalt ist dramatisch angestiegen, und die ökonomischen Auswirkungen bei Frauen sind besonders drastisch spürbar und sichtbar. Insbesondere Alleinerziehende leiden sehr stark darunter, den Haushalt zu schupfen, vielleicht Kinder noch nebenbei unterrichten zu müssen und natürlich auch arbeiten zu müssen – sei es vor dem Bildschirm, sei es natürlich auch in den Supermärkten oder wo sie sonst beschäftigt sind. Wir brauchen daher einen Frauenfonds, und den sollten wir ebenfalls anstreben.

Riho Terras (PPE). – Mr President, President von der Leyen has expressed her goal to strengthen and unite Europe, and yet I hear from rumours that military mobility, the flagship programme to strengthen and unite Europe, has suffered severe cuts or even been thrown out of the Multiannual Financial Framework (MFF). That is not good. We must not compromise on our security. Military mobility is the most practical cooperation programme between NATO and the EU. We should not waste it.

Secondly, on the Green Deal. The Green Deal, as important as it is, is a very expensive programme. We need to make sure that the MFF allocates sufficient resources in order to enable farmers and businesses to achieve these very difficult goals. If we don't do so, then we will contribute to their downfall by adding more restrictions on them at a time when farmers are suffering the most.

Łukasz Kohut (S&D). – Mr President, there is a group of people in Europe who embody the idea of the single market every single day: frontier workers. The pandemic has shown that they do not have sufficient legal protection, that for them the single market does not work well in difficult times. So when we talk about recovery, the question is: to what?

My answer: to a truly functioning single market where people and goods really move in a free way. I saw the result of closed borders in Silesia on the Polish, German and Czech borders. So many people there lost their jobs simply because Member States acted selfishly.

We need to handle the situation. The European recovery plan needs to regulate the rights of frontier workers. The EU economic integration model needs to be much deeper. We must make the European project a federal project. It is time now or never.

Europa braucht keine Grenzen. Evropa nepotrebuje žádné hranice. Europa nie potrzebuje żadnych granic.

David Casa (PPE). – Sur President, settur iehor ta' haddiema li ntlaqat hazin hafna b'din il-pandemija huwa dak tal-midja.

Il-ġurnalisti wkoll komplew jirriskjaw hajjithom f'xogholhom. Izda, naturalment, kif nafu, ir-reklami, u b'hekk, l-introjtu tal-kumpaniji, naqas.

Ghalhekk, jiena, flimkien ma' kollegi ohra minn din il-Kamra, qed ninsistu mal-Kummissjoni biex ma nhallux lis-settur tal-media houses wahedhom, u naraw x'ghajnuna finanzjarja dawn ghandhom bzonn, fosthom, pereżempju hemm min issuggerixxa fond permanenti għall-ġurnalizmu.

Irridu niftakru li l-midja ghandha rwol kruċjali f'demokrazija. U ebda Stat Membru ma jaffordja li jkollu lill-midja f'pajjiżu dghajfa.

Wisq nibza' li l-kriżi finanzjarja li gabet magħha din il-pandemija qiegħda thalli effett hażin hafna fuq il-midja, u allura anke fuq id-demokraziji ta' pajjiżi differenti. Jien se nkompli nahdem flimkien mal-kollegi tiegħi ta' din il-Kamra biex din l-ghajnuna tingħata malajr kemm jista' jkun halli jkollna demokrazija aktar b'saħħitha.

Elena Yoncheva (S&D). – Mr President, life and health have no price. We should spare no resources for the recovery. But the most vulnerable cannot recover as fast as the strongest. Europe on different speeds, Europe at 27 speeds, is not acceptable.

Let me highlight three questions. First, the recovery plan should not be agreed by government behind closed doors. The plan must be subject to strong democratic oversight by the Parliament. Second, it's very important that the resources, the funds, reach those in need and not some oligarchs. The Commission needs to monitor for real how Member States are using those funds.

My last point is on the rule of law. If we allow any further deterioration on the rule of law, we risk reaching the point of no return. I urge the Commission to provide dedicated financial support to free and independent media.

Pernille Weiss (PPE). – Hr. formand! Covid-19 gør ondt – på dem der mister deres kære, deres livsværk eller deres arbejde. Gør det ondt på andre, er det en helt naturlig næstekærlig handling at række ud for at hjælpe. Det kan gøres på mange måder, men aldrig, så der udvikles afhængighed uden krav om eget ansvar og plads til at indrette sig, som det er bedst for den enkelte – mennesket såvel som nationen. Derfor er det en farlig beslutning, der er på vej gennem Europa-Parlamentet. Ikke på grund af intentionen, den er god nok, men fordi indholdet er mere Union, skatteskruer i Bruxelles og en uddeling af næsten uendelig mange milliarder uden betingelser – helt og aldeles usundt for det, der har gjort EU til det, vi kender i dag og gerne skal bevare gennem coronakrisen. EU er en global rollemodel for demokrati, grøn omstilling og innovation. Det er vi, fordi vi indtil nu har hyldet nationalstaternes suveræne ansvar og samarbejdsevne, udtrykt i mådeholden fællesøkonomi, fokus på de grænseoverskridende udfordringer og værdien af at lære og løfte hinanden i sund og fair konkurrence om at være den bedste. Derfor stemmer jeg ikke for beslutningen.

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhor Presidente, o plano de recuperação da economia que a Comissão Europeia vai apresentar tem de ser capaz de passar dois testes fundamentais: o teste da credibilidade e o teste da solidariedade. O teste da credibilidade, porque não pode assentar apenas em ilusionismo financeiro. Tem que ter os recursos suficientes para poder enfrentar esta crise sem precedente.

Depois, o teste da solidariedade, porque precisa de mobilizar o investimento onde ele é necessário sem precipitar os Estados-Membros numa nova crise das dívidas soberanas. E isso só com títulos de dívida emitidos pela Comissão, garantidos pelo orçamento europeu e transferidos para os Estados mais por subvenções do que por empréstimos.

Um plano credível e solidário. É isto que é preciso. O Parlamento Europeu não pede mais do que aquilo que é preciso. Não pede mais, mas também não exige menos.

David McAllister (PPE). – Mr President, I would like to just make one additional remark after having listened to this debate for nearly two hours with great interest. This pandemic knows no borders; neither should the EU's response. That is why the chairs of the committees in this Parliament who deal with external policies have issued a joint statement. We have called for close cooperation with our neighbours and partners, both in the fight against the pandemic as an imminent health issue and against its serious future consequences.

In the past few weeks, we have seen remarkable efforts of cooperation and acts of goodwill, but we have also had to witness increased isolationism, harsh competition between nations for medicines and equipment, intense propaganda and disinformation by third countries, and a sharp rise in cyber-attacks. This shows this pandemic has a global meaning. It's a global challenge.

The Multiannual Financial Framework (MFF) will be the main instrument to tackle this challenge we face within the European Union, but also to support our partners not only, but foremost, in our immediate neighbourhood. This has to be covered in the future MFF.

Maroš Šefčovič, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, first I would like to thank everyone for this debate. There was a lot of passion. There was a lot of ambition in your statements. What I think I saw most across all the interventions today is that there is a clear push for making sure that the EU, our Union, our Europe, will emerge from this crisis stronger, more modern, more sustainable and more resilient. I think these have been the calls presented by the leaders – Ms García Pérez, Mr Ciolos and Mr Lamberts. I cannot tell you how much we in the Commission appreciate the close cooperation with this House, especially over the last few weeks, where your quick decision-making helped us to be able to deliver to our citizens what was needed the most. We all had to focus on how to save as many lives as possible at the beginning, then on how to preserve as many jobs as possible, and now we are discussing together how we are going to relaunch the European economy and how we are going to recover from this dramatic crisis.

I would really like to thank you for that because, with that cooperation, we have already been able to deliver, over the last few weeks, more than 200 measures, some of the very important legislative proposals adopted by you, which really went in the direction of how to help people on the ground concretely to overcome this unprecedented crisis. Thanks to the heroic efforts of our health professionals and thanks to the discipline of our citizens, we are finally seeing that the terrible numbers of corona crisis victims are slowly going down. We all know that this was a very difficult period, but the biggest test is still ahead of us: how to recover from this crisis, how to relaunch and restart our economy, and how to get back to normal. This could indeed be, as Mr Weber described, the Schuman moment of our generation.

Therefore, I very much appreciate this debate because, as Mr Silva Pereira said, we need to be ambitious and bold to meet this challenge, this test, of European solidarity and credibility. How do we want to achieve that? Just let me quickly recap some of the major features of the proposals we are currently working on. We want to base our response on a powerful future long-term budget, a multiannual framework with a strong recovery instrument which would dramatically boost the financial firepower of the EU. I would definitely call this an unprecedented ambition. So here I would beg to differ with Mr Verhofstadt that this is 'business as usual'. I was personally involved in the negotiations on the last three financial perspectives and what we are proposing right now has never been done before. It's very bold and very ambitious. I believe that, with your support, we can deliver on this challenge which is ahead of all of us.

I would like to reassure you that we want to reinforce all the policies which work and which are, I would say, battle-tested. We would like to make sure that we will top up the cohesion funds and focus the top-up especially on those who have suffered the most during the crisis. We want to use and improve the work of InvestEU and of Horizon, which is so important for supporting our scientists. And we would never forget the very important social aspect of our work for the European Union. We need to tackle poverty, we need to make sure that the Just Transition Fund works efficiently, and of course we cannot forget about women, parents and all the issues related to gender balance, which will be so important for our recovery. On top of that, we are bringing to the table a new solvency instrument to prevent bankruptcies caused by this crisis, and we also want to develop a new health programme that would prepare us better for the future. So, once again, I repeat, this is definitely not 'business as usual'. This is a very ambitious response to the current crisis.

I would like also to respond to the calls of Mr Lamberts, Mr Eickhout and Mr Ertug by saying we definitely want to use this new financial firepower to bounce our economy forward. We want to make it greener and more sustainable. I think that this crisis has taught us the lesson that we have to be more resilient through strategic autonomy and technological sovereignty. These are the areas where we need to be much more active than before, and this is our goal.

To all those colleagues who have been highlighting the importance of own resources, I would like to reassure you that we are very actively working with all options. Most of these have already been mentioned here in this debate. We are going to present proposals which we believe will be acceptable to all and which could be approved by your votes and by the Member States. It's very clear that, if we have to deliver on this challenge, we can deliver only with your full involvement and with clear oversight and scrutiny from the European Parliament.

If you allow me, Mr President, before concluding, I will make just two quick remarks on issues which are not related to the main theme, but have been raised in this House. As they are so important, I just want briefly to react to them, these being the questions from Mr Olivier and Mr Omarjee concerning the German Constitutional Court's recent ruling. Here I would like to say that, despite the fact that we are studying the ruling of the German Constitutional Court in great detail, I think our President has made it very clear. She clearly said that, when it comes to the primacy in Europe of EU law and the independence of the European Central Bank, these are basic principles which we are ready to safeguard and defend if necessary, even using the option of infringement proceedings. So we are clearly working on it.

To Ms Yoncheva, I would like to reassure her that we are working on the report on the rule of law, where we will study all the known issues, but also on how our governments have been using special powers during this difficult period and how to make sure that we will, as quickly as possible, bounce back to normally-functioning democratic systems. All this will be brought to your attention and to your table at the latest in September.

Once again, Mr President, thank you very much to everyone for this debate, for the ideas, for the encouragement and for the ambition I have felt in this House.

Nikolina Brnjac, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, honourable Members, ladies and gentlemen, I'm happy to address you again in person. Let me also thank you for this very useful debate. We will convey your views to my colleagues and to the President of the European Council and his team.

We face extraordinary circumstances, but the situation only strengthens our resolve to work harder for the benefit of our citizens and our economies. As President Michel told you, our shared objective is to build at EU level a long-term response to the dramatic consequences of the COVID-19 crisis. This will complement the rapid and wide EU support already deployed with your help these last weeks.

Today, the President of the Commission gave us an outline of the modified MFF and an ambitious recovery instrument. We are yet to receive details of the Commission's proposal, and you will understand, therefore, that I am not in a position to comment on the substance today. The proposals will have to be analysed in the appropriate fora, and guidance from the European Council will be needed for the Council to form its position on the text.

Our next MFF should be the cornerstone of the recovery of the European economy, of the rebuilding and the re-establishment of the functioning of the single market in the post-COVID period to ensure the massive public and private investments needed. It should have greater investment potential, especially in the initial years of the new financial perspective.

The post-crisis European Union economy should become resilient and more self-sufficient, and for the recovery to be swift and successful, cohesion, convergence as well as solidarity will be of utmost importance. Continuous cooperation between our institutions will be an essential part of all of this process. The Presidency is firmly committed to maintaining the existing good working relations that we have established in our response to the crisis. We will therefore continue to be attentive to Parliament's views on these very important files.

In this spirit, I have taken good note of the legislative initiative report and of the resolution you are preparing. These are useful reminders of where the European Parliament stands in the context of crisis. Good interinstitutional cooperation will also be essential for our sectorial work. We will need to work together to ensure a timely adoption of sectorial programmes and we will look forward to working with you on them. I look forward to the continued cooperation between our two institutions to prepare the ground for an ambitious, forward-looking MFF and to provide a strong response to our current and future challenges.

Der Präsident. – Die gemeinsame Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung über die Entschließung zum Thema „Neuer MFR, Eigenmittel und Plan für den Wiederaufbau der Wirtschaft“ findet am Donnerstag, 14. Mai 2020, und Freitag, 15. Mai 2020, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Атидже Алиева-Вели (Renew), в писмена форма. – Един от основните принципи, върху които е изграден Съюзът, е принципът на солидарност и считам, че това следва да бъде ясно демонстрирано в отговора на ЕС на пандемията от COVID-19, незабавните мерки за овладяване на кризата и изработването на дългосрочен план за възстановяване и подпомагане на най-засегнатите държави и региони. Здравната криза постави много граждани в изключително тежко социално и финансово положение, оказва натиск върху предприятията и сериозни затруднения за здравните, социалните и икономическите системи на държавите.

Настоявам Комисията да предложи амбициозна, но същевременно с това и реалистична МФР и план за възстановяване, които да отговарят и на поетите от Съюза ангажименти за преминаване към устойчива, кръгова икономика. Считам, че това може да стане, като в МФР се включи бюджетът за новия фонд за възстановяване. Бюджетът на МФР трябва да се увеличи и към него да се добавят нови собствени ресурси за да се избегне поставянето на допълнителна финансова тежест към бюджета на държавите членки.

Изработването на мерките и тяхното финансиране трябва да са основани на стремежа за предотвратяване на задълбочаването на социалното неравенство и безработицата, породени от кризата, връщане към стабилен икономически растеж, засилване на социалното и икономическо сближаване на регионите и държавите и пълно възстановяване на конкурентоспособността на Съюза.

Christine Anderson (ID), schriftlich. – Im Rahmen des MFR werden auch finanzielle Mittel für den „Green Deal“ bereitgestellt – schlappe 1 Billion Euro. Der *European Green Deal* ist ein von der Europäischen Kommission vorgestelltes Konzept mit dem Ziel, bis 2050 in der Europäischen Union die Nettoemissionen von Treibhausgasen auf null zu reduzieren und somit als erster Kontinent klimaneutral zu werden. Die Volkswirtschaften sind aufgrund des „Shutdown“ auf Talfahrt. Woher sollen 1 Billion Euro kommen, um eine völlig faktenbefreite und irrsinnige Klima-Wahn-Ideologie zu finanzieren? Trotzdem will die Kommission stur an ihrem „Green Deal“ festhalten. Dabei hat die „Corona-Krise“ den Wahnsinn zutage gefördert: Obwohl in der in den letzten Wochen kaum Autos unterwegs und die Emissionen deutlich reduziert waren, sind die Stickoxidwerte nicht gesunken. Im Lichte dieser Erkenntnis werden die Forderung nach einem Dieselfahrverbot – was im Übrigen eine Enteignung der Autobesitzer darstellt – und ein Wechsel zu einer sündhaft teuren und ökologisch fragwürdigen Elektrifizierung des Straßenverkehrs als das entlarvt, was sie sind: völliger Schwachsinn! Anstatt 1 Billion Euro in grünen Schwachsinn zu „investieren“, sollte lieber darüber nachgedacht werden, wie man Familien unterstützt, die durch die Auswirkungen der Corona-Krise erhebliche wirtschaftliche Probleme haben. Was wir brauchen ist kein „Green Deal“ – nein, wir brauchen einen „Familien-Deal“.

Andrus Ansip (Renew), kirjalikult. – Mulle tundub, et Euroopa Liidu uue seitsmeaastase eelarve läbirääkimised on liialt keskendunud eelarve mahule. Me räägime liialt palju massiivsetest pakettidest ja omavahenditest. Euroopa Liidu eelarvesse koondatav 1% rahvuslikust kogutulust ei suuda mehaaniliselt korvata käesolevaks aastaks prognoositud 7,4%-list majanduslangust. Seetõttu peaksime eelarve mahu asemel pigem keskenduma sellele, kuidas napp eelarvevahendeid kõige efektiivsemalt kasutada. Me peaksime pöörama rohkem tähelepanu Euroopa roheleppele, digitaalarengu tegevuskavale ning sellele, kuidas tagada Euroopa suveräänsus strateegilistes sektorites.

Kriisis kasutame laialdaselt kaugtööd ja distantsõpet ning e-valitsuse võimalusi. Need võimalused on liikmesriigiti väga erinevad. Kaughääletus (remote voting) on kuum teema kõigis liikmesriikides. Tõeliselt usaldusväärse kaughääletussüsteemi aluseks on tugev digitaalne identiteet. Paraku kasutavad eurooplased ka ühtse autentimise (single sign on) teenuste puhul identifitseerimiseks Google'i, Facebooki või Apple'i lahendusi. Kus on Euroopa lahendus? Ka Euroopa Parlamendis kasutatav hääletussüsteem põhineb faksimasina loogikal. See on nii eilne päev! Me peame tagama kõigi Euroopa Liidu liikmesriikide kodanikele tugeva, valitsuse poolt garanteeritava digitaalse identiteedi. Järgmine mitmeaastane eelarve peab olema märksa enam fokusseeritud digitaalsetele arengutele.

Άννα-Μισέλ Ασημακοπούλου (PPE), γραπτώς. – Η χαμηλή απορρόφηση των πόρων των Ευρωπαϊκών Διαρθρωτικών και Επενδυτικών Ταμείων (ΕΔΕΤ) αποτελούσε διαχρονικά ένα αδύναμο σημείο όσον αφορά στην επίτευξη των στόχων της πολιτικής της ΕΕ. Πολλές μελέτες υπογραμμίζουν ότι για τη μεγιστοποίηση του αντίκτυπου της χρηματοδότησης στην οικονομία απαιτούνται σημαντικές βελτιώσεις αναφορικά με την απλοποίηση των διαδικασιών και τη χρηστή δημοσιονομική διαχείριση προκειμένου να διευρυνθεί η δυνατότητα πρόσβασης των ενδιαφερομένων στα ευρωπαϊκά κονδύλια και να διασφαλιστεί η ορθή χρήση τους. Η πρόταση κανονισμού περί κοινών διατάξεων των Ταμείων της Ευρωπαϊκής Επιτροπής για το επόμενο ΠΑΠ 2021-2027 κάνει ένα βήμα προς αυτήν την κατεύθυνση. Όμως, ο μεγάλος κοινωνικοοικονομικός αντίκτυπος της πανδημίας απαιτεί τη λήψη

δραστικότερων μέτρων. Το ΠΔΠ 2021-2027 πρέπει να διασφαλίζει ότι υπάρχουν αρκετά χρήματα αλλά και ότι φτάνουν γρήγορα σε εκείνους που τα χρειάζονται περισσότερο. Η εκταμίευση των χρημάτων πρέπει να συμβαδίζει με τη μεταβαλλόμενη πραγματικότητα ώστε να δίνεται η δυνατότητα στις μικρές επιχειρήσεις, τα πανεπιστήμια και την τοπική αυτοδιοίκησης μας να υλοποιήσουν τα σχέδια τους με αποτελεσματικό τρόπο. Εν κατακλείδι, η «νέα κανονικότητα» στην εποχή της πανδημίας απαιτεί αυξημένη ευελιξία, προσαρμοστικότητα και μείωση της γραφειοκρατίας στη διαχείριση των κοινοτικών κονδυλίων στη νέα προγραμματική περίοδο για να ανταποκριθεί η Ευρώπη στις προσδοκίες των πολιτών της.

Adam Bielan (ECR), in writing. – I would like to welcome the joint resolution, which calls for a strong recovery package with an adjusted MFF at its core. This massive recovery package should provide an investment impulse to transform our economies and strengthen their resilience through the pooling of strategic investments to support SMEs. It should also increase job opportunities to mitigate the impact of the crisis on workers and consumers. Furthermore, SMEs, which are the backbone of our economy, need reduced bureaucracy and more fit-for-purpose regulations. The issue of new and increasing state aid disparities between Member States should be addressed, as this creates damage to our Single Market.

I welcome the statement of the European Commission President that the European Parliament will be involved in the scrutiny process of the overall Recovery Plan. Even if urgent, it should indeed still follow the democratic process.

Let us not forget about people. European citizens must be at the heart of the longer-term vision of our recovery strategy, as crises go together with increasing poverty and socio-economic instability.

For all these reasons, I urge that the Recovery Package become operational this year to address social and economic inequalities as soon as possible.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – COVID 19 krizė didžiausią poveikį turi pažeidžiamoms grupėms, todėl didėja nelygybė, skurdas, nedarbas ir socialiniai skirtumai, taip pat kyla pavojus socialiniams ir užimtumo standartams Europoje. Tam turime parengti tinkamą atsaką ir priemones. Ši krizė parodė, jog būtina persvarstyti daugiametę finansinę perspektyvą ir ją pritaikyti iškilusiems iššūkiams. Mums reikalinga plataus užmojo DFP, atitinkanti ES piliečių lūkesčius, kurioje numatytiems politiniams ES įsipareigojimams ir užmojams būtų skirtas reikiamas finansavimas, kuris turėtų stiprų socialinį aspektą ir būtų suderintas su Europos socialinių teisių ramsčio tikslais, Jungtinių Tautų darnaus vystymosi tikslais (JT DVT) ir lyčių lygybės tikslu, siekiant užtikrinti, kad ekonomikos gaivinimas sustiprintų teritorinę sanglaudą ir konkurencingumą ir kad būtų atsižvelgiama į socialinę ir ekonominę nelygybę ir labiausiai nuo krizės nukentėjusių asmenų, pvz., moterų, mažumų ir asmenų, esančių ties skurdo riba arba žemiau jos, poreikius. DFP privalo sutelkti lėšas tvariai socialinei politikai, kurios tikslas būtų mažinti skurdą ir socialinę atskirtį, ypač kalbant apie vaikų skurdą ir jo mažinimui skirtą Europinę vaiko garantiją bei kitas priemones.

Milan Brglez (S&D), pisno. – Evropska unija prehaja v fazo priprav na odpravo gospodarskih in socialnih posledic, ki jo je povzročila pandemija bolezni Covid-19.

Temelj evropskega okrevanja bosta predstavljala novi večletni finančni okvir EU in načrt za vnovičen zagon evropskega gospodarstva, pri njunem sprejemanju pa je nujno zagotoviti, da Evropska komisija, predvsem pa Svet, ne bi skušala zaobiti Parlamenta. Covid-19 predstavlja dodaten razlog za to, da se višina in prioritete večletnega finančnega okvira ponovno premislijo, ter da se uskladijo z načrtom za okrevanje, pri čemer pa se ne sme ogroziti izvajanja obstoječih programov in prioritet. Za obnovo bo potreben dodaten, svež denar, ki ga je možno zagotoviti, npr. z evropskimi obveznicami za obnovo, inovativnimi lastnimi viri (npr. dohodki iz EU sistema za trgovanje z emisijami, dajatve na nerekicirano plastiko, dajatve na ogljik za uvoz nekaterih izdelkov iz tretjih držav) in ukinitvijo korekcijskih mehanizmov za Nemčijo, Avstrijo, Nizozemsko, Švedsko in Dansko.

Kompromisno besedilo resolucije daje vtis, da so v ospredju (ponovno) finance, medtem ko je v tej krizi nujno, da se naš fokus ohrani na ljudeh, predvsem najranljivejših skupinah, kot so starejši, invalidi, brezdomci, migranti in begunci, socialnih zadevah, okolju in vztrajanju na vladavini prava.

Sara Cerdas (S&D), *por escrito*. – Face aos atrasos constantes com a aprovação do Quadro Financeiro Plurianual (QFP) 2021-2027, é essencial a realização de um plano de contingência para o caso de não se chegar a um acordo para a entrada em vigor do novo QFP a 1 de janeiro de 2021. O novo plano de contingência é uma resposta do Parlamento Europeu de maneira a transmitir segurança aos cidadãos europeus, mas é também um mecanismo para dar resposta imediata às consequências sociais e económicas provocadas pelo surto de Covid-19.

Este plano de contingência revela-se um instrumento essencial que vem também contribuir para a recuperação económica dos Estados-Membros e das suas regiões. No prazo intermédio até à apresentação do QFP, reitero a importância do pacote de 21-27 ter em atenção as políticas de desenvolvimento regional, salvaguardando os princípios defendidos pela Política de Coesão e tendo em atenção de igual forma o regime de exceção previsto para a salvaguarda dos interesses das Regiões Ultraperiféricas, que desempenham um papel fundamental para a União Europeia.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. – Η Ευρώπη βιώνει σήμερα μια πρωτοφανή κρίση εξαιτίας της έξαρσης του COVID-19. Οι Ευρωπαίοι πολίτες και η ευημερία τους πρέπει να μουν στην καρδιά της στρατηγικής για την ανάκαμψη. Τονίζουμε τη θέση μας για ένα ισχυρό πακέτο ανάκαμψης, εστιασμένο στις ανάγκες των πολιτών και σε περαιτέρω ανάπτυξη του προϋπολογισμού. Απαιτείται ένα ισχυρό σχέδιο στήριξης των οικονομιών των χωρών της ΕΕ, της κοινωνίας και των πολιτών που δοκιμάζονται από την πανδημία, ύψους 2 τρισεκατομμυρίων ευρώ. Είναι πολύ σημαντικό να τονίσουμε πως το σχέδιο ανάκαμψης πρέπει να συνοδεύει το επόμενο Πολυετές Δημοσιονομικό Πλαίσιο, χωρίς να επηρεάσει αρνητικά τα υφιστάμενα και επερχόμενα ευρωπαϊκά προγράμματα.

Josianne Cutajar (S&D), *bil-miktub*. – Dan il-Parlament ghandu bilfors jitlob lill-Kummissjoni Ewropea f'qasir żmien tipproponi pjan ta' kontingenza dwar il-qafas finanzjarju 2021-2027, għax minkejja li t-taħdit jista' jissokta, hemm programmi ta' finanzjament ta' edukazzjoni u riċerka, ta' sostenn lill-intrapriżi ż-żgħira u l-fondi ta' koeżjoni fost oħrajn, li l-ebda reġjun, kbir jew żgħir, ma jiflah li jehlu mqar għal ftit. Nemmen li lkoll nifhmu l-htieġa, li filwaqt li dak li kien neċessarju qabel, jibqa' neċessarju issa, il-qafas finanzjarju Ewropew irid bl-aktar mod effikaċi jtaffi l-impatt ekonomiku fuq il-haddiema u l-familji, u jnaqqas il-konsegwenzi soċjali ta' pandemija bla preċedent, billi jagħti aktar flessibilità u billi jsahha is-sostenn finanzjarju. Lil hinn mill-baġit regolari, l-Ewropa tehtieġ Pjan ta' Rkupru ekonomiku qawwi li jagħti prijorità lill-oqsma li ntaqtu l-agħar mill-effetti tal-pandemija, bħat-turiżmu u s-setturi diversi dipendenti fuqu; l-ivjaġġar bl-ajru u l-baħar. Pjan ta' Rkupru serju għandu juża għotjiet biex daww is-setturi l-aktar milquta jiffaċċjaw in-nuqqas ta' likwidità. Illum li nifhmu li s-suċċess ekonomiku jitejjel bil-livell tal-għajxien tal-familji, nafu tajjeb li l-istimolu ekonomiku jrid ikompli jipprovi riżorsi biżżejjed biex niproteġu x-xogħol u nmantnu s-servizzi pubbliċi inkluz fis-sahha, fl-edukazzjoni u fis-sigurtà tal-komunitajiet tagħna.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O quadro de exigências associado à resposta às consequências da COVID-19 passa pela proteção da saúde, em especial dos grupos mais vulneráveis, pela defesa dos rendimentos dos trabalhadores e suas famílias, pela defesa do emprego com direitos e pelo relançamento da atividade económica, o que, no caso de países como Portugal, com elevada dependência e subordinação externa, deve pressupor um especial enfoque nos sectores produtivos, diminuindo a dependência e assegurando a solvência das micro, pequenas e médias empresas, que enfrentam uma concorrência desleal e destrutiva no mercado único. Estas exigências reclamam medidas que a UE não parece disposta a adotar. Reclamam também que se enfrentem e rejeitem constrangimentos impostos pela UE, em especial os associados ao euro.

O significativo reforço do orçamento da UE que seria necessário, com garantia da sua função redistributiva e do objetivo de uma efetiva coesão económica e social, não parece realisticamente concretizável no atual contexto. O Plano de Recuperação sugerido pela Comissão Europeia, ainda por concretizar, corre o risco de ver os seus recursos primordialmente concentrados nas principais potências europeias, que são já hoje as maiores beneficiárias da integração, e nos grandes grupos económicos dessas potências. Neste contexto, a recuperação de instrumentos de soberania, designadamente no plano económico e monetário, constitui-se como uma necessidade estrutural.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Cittadini e imprese ci chiedono ormai da settimane risposte per affrontare la più grande crisi economica e sociale che il nostro continente si trova ad affrontare dal dopoguerra ad oggi.

Abbiamo bisogno di risorse e strumenti innovativi per un QFP e un *recovery fund* che preservino e rilanciano il tessuto economico, produttivo e sociale europeo: risorse a fondo perduto e non prestati, più semplificazione e meno burocrazia per le nostre imprese, tutela e rilancio del mercato interno, ed è senza dubbio positivo che questo Parlamento riconosca ciò.

Mi rammarico però che, al tempo stesso, si continui a essere intransigenti su molte proposte, come ad esempio il *green deal*, o si discuta di nuove tasse sulle imprese per racimolare risorse per il nuovo bilancio comunitario.

Le sfide che dobbiamo affrontare nei prossimi mesi sono senza appello, la situazione che viviamo è straordinaria, è il momento di idee e proposte concrete e reali, non di perseverare in battaglie ideologiche che porteranno l'UE sempre più lontana dai propri cittadini e più vicina al baratro.

Enikő Győri (PPE), írásban. – A következő többéves pénzügyi keret kulcsfontosságú szerepet fog játszani gazdaságaink válság utáni fellendítésében. Azt kérem a Bizottságtól, hogy mind a Helyreállítási Alapból, mind a hétéves költségvetésből korrekt módon lehessen majd forráshoz jutni. A válságkezelésnek törekednie kell a földrajzi kiegyensúlyozottság elvére. Mindkét eszköznek erősítenie kell az uniós konvergenciát, megfelelő lehetőségeket kell teremteniük minden tagállamnak, akár az eurózóna, akár a nem eurózóna tagjai. A komoly gazdasági visszaesés leküzdése érdekében létrehívott eszközöket úgy kell kialakítani és végrehajtani, hogy azok ne csak a nyugati és déli, hanem a keleti tagállamok számára is valódi segítséget nyújtsanak. Bár a vírus később érte el a kohéziós országokat, utóbbiak sérülékenyebbek, ezért semmilyen új eszköz nem áthatja alá a kohéziós politikát. A Helyreállítási Alap elosztási kulcsának tisztességesnek és méltányosnak kell lennie, semmilyen erkölcsi kockázatot nem tartalmazhat.

Azt kérem a Bizottságtól, hogy ne forduljon az elő, hogy a felelőtlenséget, vagy a rossz teljesítményt jutalmazza. Elkerülendő, hogy az eddig felelőtlenül gazdálkodók, így a magasabb adósságállománnyal vagy hiánnyal rendelkező tagállamok jutalomban részesüljenek azért, mert felkészületlenebbül érte őket a válság, esetleg rosszul kezelték azt. A Helyreállítási Alap forrásainak elosztásánál a korábbi jó gazdasági vagy válságkezelési teljesítmény nem járhat anyagi hátránnyal. Arra kell törekedni, hogy minden tagállam szükségletei érdemei szerint kapjon segítséget.

Robert Hajšel (S&D), písomne. – Z tohto zasadnutia Európarlamentu musíme vyslať inštitúciám EÚ, ako aj všetkým členským štátom jasnú výzvu k rýchlemu prijatiu ambiciózneho Plánu obnovy európskej ekonomiky, potápajúcej sa v dôsledku niekoľkomesačnej koronakrízy. Iba ak všetky inštitúcie EÚ a všetky členské štáty budú konať rýchlo a odvážne, dokážeme naplniť očakávaná občanov, sklamaných prvotnou pomalou reakciou EÚ na začiatku krízy. Odvtedy sa síce situácia zlepšila a úsilie Únie pomáhať v boji s koronakrízou nemôže poprieť už nikto, stále je čo naprávať a aj pri príležitosti 70. výročia Schumanovej deklarácie treba ukázať, že EÚ dokáže reagovať efektívne aj pri rozbiehaní ekonomiky. Európska komisia by ešte do konca mája mala predložiť ambiciózny plán obnovy, ktorý vo forme grantov, ale aj pôžičiek bude schopný v potrebnom čase pomôcť tým štátom a regiónom, ktoré boli krízou najviac postihnuté, a tým sektorom, ktoré sa na začiatku krízy ukázali ako najzraniteľnejšie. V tomto pláne nemôže zostať žiadny postihnutý región bokom a pomoc sa musí dostať tým, čo ju najviac potrebujú, zamestnancom, ktorí prišli o prácu, a tým aj o príjmy, ale aj podnikateľom a živnostníkom, ktorí sa kvôli kríze dostali do dlhov. Obnovu ekonomiky musíme prioritne využiť na finančnú podporu ekonomických činností prispievajúcich k plneniu našich klimatických cieľov.

Mairead McGuinness (PPE), in writing. – I welcome the European Council meeting of 23 April 2020 that endorsed the roadmap towards lifting COVID-19 containment measures and a joint Roadmap for Recovery. The meeting also discussed important safety nets for workers and businesses. The European Commission has announced it will table a revised proposal for a Multiannual Financial Framework (MFF) for the years 2021-2027, together with a recovery instrument targeted at the effects of the COVID-19 crisis. I support the European Parliament's call for a strong recovery plan commensurate with the size of the challenge we face, financed by recovery bonds guaranteed by the EU budget, and for an ambitious new MFF that both reflects the measures needed to address the crisis and the political priorities of the new Commission. As the resolution notes, the recovery plan and the new MFF must be aligned in structure and objectives. However, I do not support the resolution's suggestions for EU own resources that would infringe on Irish tax sovereignty.

Margarida Marques (S&D), *por escrito*. – O modelo de funcionamento a distância do PE não permite intervir em plenário; terei de o fazer por escrito. O PE tem agido unido desde o início do debate do QFP: queremos um QFP robusto e atempado. Queríamos antes, e agora é a única forma de construir uma resposta europeia à crise. É isso que esperam os europeus; só podemos dizer que a UE protege os cidadãos se em momentos como os que atravessamos tivermos respostas aos desafios das pessoas, das empresas e do emprego, dos Estados-Membros.

O novo QFP, no qual se apoiará, adicionando-se, o Fundo de Recuperação, terá de: aumentar o apoio à coesão e à PAC, à investigação, à inovação, ao investimento; repor o Mercado Interno com investimento estratégico em indústrias-chave, cadeias de valor estratégico da UE, que compense os Estados-Membros pela despesa em salvar vidas, empregos e proteger o nível de vida das famílias; tornar a UE mais resiliente no contexto global, num compromisso de «solidariedade de facto», ou seja, de mutualização de responsabilidades e compromissos. Com aumento dos recursos próprios. Finalmente, em circunstâncias nenhuma, quaisquer que venham a ser os mecanismos a ser propostos, aceitaremos uma redução dos poderes democráticos do PE nem o reforço da deriva intergovernamental.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Numa resolução comum, os Grupos Políticos PPE, S&D, Renew, Verdes e ECR reclamam, por uma questão de legitimidade democrática, o envolvimento pleno do PE na conceção, adoção e implementação do plano de recuperação da UE. Salientam ainda que este plano de recuperação, a apresentar pela CE, não deve ser financiado em detrimento do Quadro Financeiro Plurianual, nem comprometidas as suas prioridades a longo prazo.

O QFP deve ser consistente e em nada deve ficar comprometido pela necessidade de um plano de recuperação. O consentimento do PE pode estar em risco caso não exista um acordo relativamente aos recursos próprios da UE e este não seja tido em consideração na arquitetura do novo Fundo de Recuperação. Este fundo deve ser gerido pela CE e financiado por obrigações de longo prazo, garantidas pelo orçamento da UE que, para tal, deve ser reforçado.

É ainda importante que não imponha encargos adicionais aos Estados-Membros, e chegue aos Estados-Membros mais afetados pelo surto de COVID-19 e sob a forma de subvenções ou apoios diretos, sendo este a componente principal de um pacote geral de recuperação. Só assim poderemos ter uma Europa solidária, disposta a ajudar os países em maiores dificuldades, tendo por base o princípio que nenhum Estados-Membros poderá sair desta crise de forma isolada.

Porque defendo a emissão de dívida conjunta, neste caso da CE, e o apoio direto aos Estados-Membros, que deve ser preferencialmente sob a forma de subvenções e que não representem dívida pública adicional, votei a favor desta resolução.

Dan-Ștefan Motreanu (PPE), *in writing*. – Seventy years after the Schuman Declaration, the European Union faces its most serious socio-economic challenge, provoked by COVID-19. The EU's GDP is expected to contract by 7.4%, our companies are facing risks of bankruptcy, while our citizens express fears for their future. Our collective response to this crisis will determine our people's trust in the future of our common project. Accordingly, I underline the importance of reaching an institutional agreement in due time on the next Multiannual Financial Framework and Recovery Plan, in order to send a clear and firm message that the European Union is capable of delivering in these critical moments and of respecting its political commitments. I find it essential that the European Parliament, as the sole EU institution with members directly and democratically elected by EU citizens, play an active role in the shaping, adoption and implementation of the Recovery Fund, and I express my full disapproval of any European recovery strategy set outside the Community procedure. At the same time, allow me to reiterate Parliament's resolutions to reform EU own resources system through the introduction of common consolidated corporate tax base, digital services taxation, a financial transaction tax, emissions trading scheme contributions, a tax on plastics and a carbon border adjustment mechanism.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The future MFF has to offer Europe a strong perspective for its recovery but also important commitments in terms of the type of economy and society we want to build for the future. The upcoming changes presumed to happen have been accelerated by the current COVID-19 crisis, and we need more than ever to try to make Europe a leading force of what will be the next technological revolutions. In this regard, we need an ambitious European budget and we need it now. We need the Member States to allocate more in order to do more things together in everyone's interest. We need also fresh and fair own resources at EU level that protect our standards but also generate new funds for our objectives. Allocating EUR 2 trillion for the recovery plan can be a strong starting point. We need to allocate grants to those that most need it in order to create jobs and ensure the protection of our social standards. But what we have to make sure is that all these opportunities will be available to all Member States. The next budget can be a blueprint for the future we want to build. The new MFF must change Europe, or the EU may no more survive it.

Janina Ochojska (PPE), na piśmie. – Unia Europejska potrzebuje solidnego planu odbudowy gospodarczej w odpowiedzi na kryzys wywołany pandemią COVID-19. Kryzys spowodował poważne obciążenie systemów opieki społecznej i zdrowotnej w państwach członkowskich. Dotyczy on w szczególności słabszych grup społecznych, co powoduje pogłębienie nierówności oraz wzrost ubóstwa i bezrobocia. Prognozuje się, iż w kolejnych miesiącach PKB UE zmniejszy się o 7,4%. Dlatego zgadzam się, że zreformowane WRF i europejska strategia naprawcza powinny opierać się na zasadach spójności gospodarczej, dialogu społecznym i transformacji w kierunku odpornej, zrównoważonej, sprawiedliwej społecznie i konkurencyjnej gospodarki.

Ważne jest dla mnie to, aby instrument odbudowy zapowiadany przez KE nie stanowił dodatkowego obciążenia dla budżetów krajowych i służył wsparciu działań natychmiastowych. Wsparcie udzielane miałyby być w formie grantów, pożyczek i gwarancji finansowych. Inwestycje miałyby być skierowane tam, gdzie są największe potrzeby, i skoncentrowane na obszarach najbardziej dotkniętych kryzysem oraz mniej zamożnych. W krótkim okresie celem miałyby być zapewnienie ciągłości polityki spójności oraz wsparcie płynności MŚP, a długoterminowo uwzględnienie Zielonego Ładu oraz strategii cyfrowej.

Uważam, że jest to dobra propozycja, która pozwoli utrzymać miejsca pracy i odbudować turystykę, infrastrukturę, rolnictwo, transport, służbę zdrowia. Mam nadzieję, że w konsekwencji zbudujemy UE odporną na przyszłe kryzysy.

Bronis Ropė (Verts/ALE), raštu. – Ekonomikos gaivinimo ir pertvarkos fondas neturėtų būti susijęs su papildoma našta nacionaliniams išdams. Akivaizdu, kad ne visos šalys vienodai yra paveiktos krizės, be to, jų finansinės galimybės taip pat nėra lygiavertės. Numatoma parama turi pasiekti kiekvieną žmogų. Todėl mums reikia padėti prisitaikyti prie naujų sąlygų, pertvarkyti veiklą, užsitikrinti atsparumą ateities iššūkiams, sukurti pajėgias, greitai reaguoti sugebančias sveikatos apsaugos sistemas. Mums būtina pertvarkyti savo ekonomiką ir nekartoti praeities klaidų. Krizė parodė, kad žemės ūkis galėjo užtikrinti maisto tiekimą gyventojams tik dėl to, kad, priešingai nei kituose sektoriuose, mes dar nesame išskėlę žemės ūkio pramonės į Kiniją ar Indiją. Todėl mūsų ūkininkų stiprinimas turi tapti prioritetu ir tam būtina pasitelkti šį fondą. Trumposios maisto tiekimo grandinės turi tapti ne deklaracijomis, o realybe, leidžiančia vietinei produkcijai pasiekti vartotojų namus. Kartu turime peržiūrėti savo strategijas ir užtikrinti, kad importuojami maisto produktai iš trečiųjų šalių atitiktų mūsų saugos ir gamybos standartus visose produkto gamybos stadijose – nuo auginimo iki galutinio rinkai patiekto produkto. Taip sudarysime sąžiningas sąlygas ūkininkams konkuruoti.

Evžen Tošenovský (ECR), písemně. – Do pomoci evropským ekonomikám se musí zapojit i finanční prostředky EU, což přináší velkou výzvu pro aktualizovaný víceletý finanční rámec Unie. Bohužel většina Parlamentu prosazuje některé problematické body, proti kterým dlouhodobě vystupuji. Jde zejména o nové vlastní finanční zdroje, včetně nových daní. Fond pro obnovu má být financován nad rámec stávajících programů MFF, aniž by se nejdříve hledaly úspory. Potřebujeme reformu výdajů v rámci MFF s důrazem na větší efektivitu a prioritizaci skutečně prorůstových programů s přidanou hodnotou do budoucna, jako je Horizont nebo kosmický program. Obnova by pak měla být zaměřena především na digitalizaci, mou skepsi ohledně pokračování podle Zeleného plánu jsem vyjádřil opakovaně.

László Trócsányi (PPE), írásban. – Ezekben a napokban emlékeztünk meg az idén 70 éves Schuman-nyilatkozatról, és az európai egységesülés első lépéseiről. Eközben azonban nem szabad megfeledkeznünk arról sem, hogy a nyilatkozat nemcsak egységesítőleg hatott, hanem már a kezdeti időktől fogva törezt idézett elő az Európa-eszmében. Elvetette a konfliktus magját a transznacionális ihlettségű, nemzeteket összeolvasztó Európa, valamint az erős és független nemzeteket felemelő Európa eszméi között.

A föderatív eszme térnyerésének korát élő 70 éves európai egységesülést válságok sorozata sújtja. A terrortámadások elszaporodását és a bevándorlási krízist követően először veszített el egy tagállamot. A jelenlegi járványvész alatt pedig történetének legnagyobb megrázkódtatásával néz szembe.

A válságok felismerésében és előrejelzésében az uniós intézmények kudarcot vallottak. Felkészületlenek voltak és a tagállamok védtelenül hagyásával létezésük értelmét kérdőjelezi meg. Éppen úgy, mint 70 évvel ezelőtt, Európának most is megújulásra és friss lendületre, de mindenekelőtt lélekre van szüksége.

Ha az Európa-eszme továbbra is ideológiák fogságában reked, akkor az európai nemzetek politikai és gazdasági súlya az új évszázadban csökkenni fog. Az ezeréves európai nemzetek nem szorulnak arra, hogy újrateremtsék őket. Ezért az öncélúvá vált „egyre szorosabb egység” helyett olyan szövetségre van szükségünk, amelynek révén nemzeteink erősebbekké és versenyképesebbekké válnak a világban. Az évforduló és az Európa jövőjéről induló konferencia alkalmat kínál a szellemi megújuláshoz.

Alexandr Vondra (ECR), írásban. – Podobá víceletého finančního rámce vždy rozdělovala – nejen Parlament, ale i národní vlády v Radě. Koronavirová krize v tomto ohledu alespoň vytyčila společný cíl, když smetla mnoho dřívějších výzev a nastolila nové, větší a vážnější. V mnoha hospodářských odvětvích se již projevují důsledky shutdownu – a může být hůř, říkají ekonomové. Vše záleží na tom, jak rychle se nám podaří obnovit evropské hospodářství. Je nezbytné učinit z fondu obnovy hlavní prioritu a restaurovat důvěru v evropský projekt, která byla v některých členských zemích během krize vážně pošramocena. EU musí být členským státům po ruce jako ochotný pomocník v restartu ekonomik, rozvolnit jim ruce v dodržování regulací a umožnit, aby se soustředily na nejvíce poškozené sektory. Na druhé straně, abychom se vyhnuli rozpočtové nezodpovědnosti, je nutno z předkrizových ambicí upřednostnit řešení bezprostředně palčivých a neodkladných problémů. Na poli Green Dealu je to například boj s katastrofálním suchem, nikoliv závody ve snižování CO₂, pro něž teď EU nebude mít ve světě partnery. Věřím, že se nám povede postavit Evropu znovu na nohy a s tím se nám vrátí i luxus odlišných priorit.

Jan Zahradil (ECR), írásban. – Jednání o novém víceletém finančním rámci, velkém rozpočtu EU, pro roky 2021 až 2027 jsou nyní v úplně jiné situaci v porovnání před pár měsíci. Je samozřejmě správné, že nový rozpočtový rámec musí zohlednit dopady a důsledky koronavirové pandemie. Potřebujeme rozpočet, který pomůže členským státům, bude flexibilní a umožní využití peněz bez zbytečné byrokracie. Nicméně potřebujeme rozpočet, který nebude financován na dluh a nebude zatěžovat členské státy nadměrným přerozdělováním bez velkého užitku. A bohužel projednávaný návrh Evropského parlamentu tyto podmínky nesplňuje. Především je zde snaha vytvořit nové eurodluhy, za které bude ručit Unie jako celek a trestat tak státy, které hospodařily odpovědně a vytvořily si rezervy na horší časy, a odměňovat státy, které bez rozmyslu utrácely. Návrhy na vytvoření nových eurodaní, ať už jde o finanční transakce, digitální služby, plastové výrobky nebo emise, povedou k menšímu výběru daní na národní úrovni, a zhorší pozici národních států k financování služeb a investic pro své občany. A konečně tvrdohlavé trvání na astronomických výdajích na politiku tzv. *New Green Deal* nás poškodí rozpočtově a ekonomicky ještě mnohem víc než současná pandemie. Musím proto tento návrh Evropského parlamentu odmítnout, protože občanům nepomůže a do budoucna povede jen k problémům.

Carlos Zorrinho (S&D), por escrito. – O Parlamento Europeu aprovou no seu plenário anterior uma resolução que abriu caminho a que a União Europeia tivesse iniciado um processo mais coordenado e solidário de resposta à crise pandémica e aos seus impactos sanitários, económicos e sociais. Chegou a altura de passar a uma concretização robusta.

A resolução apresentada neste plenário pela maioria dos grupos políticos define linhas prioritárias que devem ser tidas em conta pela Comissão Europeia na formulação da sua proposta de Plano Plurianual de Financiamento 2021/2027, de reforço dos recursos próprios no seu financiamento e de definição de um plano de recuperação e transformação robusto. Devem também ser tidas em conta na apreciação da proposta, quando apresentada, pelo Conselho Europeu.

A prioridade da resposta europeia tem que ser salvar as pessoas. Esse é o passo decisivo para manter sustentável o tecido social e recuperar as empresas e a economia. A proposta do Parlamento Europeu é equilibrada, viável e dela poderão beneficiar todos os Estados membros e os seus cidadãos. Espero que a votação da resolução seja expressivamente favorável e que a ação induzida esteja à altura da urgência e da necessidade.

(Die Sitzung wird um 18.57 Uhr unterbrochen.)

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

18. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 19.45)

19. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll

20. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung

Presidente. – I risultati del primo turno di votazioni:

INTA approvato.

JURI approvato.

TRAN approvato.

TRAN approvato.

TRAN approvato.

UE-Montenegro approvato.

UE-Serbia approvato.

UE-India approvato.

UE-Ucraina approvato.

UE-Bielorussia approvato.

UE-Bielorussia approvato.

Convenzione ICCAT approvato

Mauritania approvato.

QFP approvato.

Cabotaggio Germania-Svizzera approvato.

Cabotaggio Italia-Svizzera approvato.

Scambio dati Regno Unito respinto.

Obiezione soia:

Emendamento 1: prima parte, approvato.

Emendamento 1, seconda parte, approvato.

Decisioni sul discarico:

FCH approvato.

Clean Sky approvato.
BBI approvato.
EIOPA approvato.
ECSEL approvato.
IMI 2 approvato.
Shift2Rail approvato.
AEA approvato.
ERA approvato.
EMSA approvato.
GNSS approvato.
OEDT approvato.
EASA approvato.
EASO approvato.
Parlamento approvato.
CGUE approvato.
Mediatore approvato.
GEPD approvato.
Corte dei conti approvato
CdT approvato.
Consiglio approvato.
ENISA approvato.
Cedefop approvato.
EFCA approvato.
SEAE approvato.
SESAR approvato.
ETF approvato.
Eurojust approvato.
ITER approvato.
BEREC approvato.
Eurofound approvato.
ACER approvato.
eu-LISA approvato.
EIT approvato.
ESA approvato.

FES approvato.

EIGE approvato

ESMA approvato.

ABE approvato.

CEPOL approvato

EU-OSHA approvato.

ECHA approvato

ECDC approvato.

EFSA approvato.

Commissione approvato.

FRA approvato.

CdR approvato.

Frontex approvato.

Europol approvato.

EMA approvato.

CESE approvato.

Questi sono i voti di oggi pomeriggio.

21. Zweite Abstimmungsrunde

Presidente. – Passiamo ora al secondo turno di votazioni.

Procederemo alle votazioni sul primo blocco di emendamenti alle risoluzioni di scarico e anche alla votazione finale sull'obiezione a norma dell'articolo 112 sulla soia geneticamente modificata.

Le votazioni si svolgeranno utilizzando la stessa procedura del primo turno di votazioni.

Il secondo turno di votazioni sarà aperto dalle ore 20.00 alle 21.15

La votazione fra poco sarà aperta.

Avete tempo fino alle 21.15 per votare.

I risultati di questo secondo turno saranno comunicati domani all'apertura della plenaria alle ore 9.00.

22. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

23. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

24. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll**25. Schluss der Sitzung**

(La seduta è tolta alle 19.51)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
GUE/NGL	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
NI	Fraktionslos



C/2024/4641

19.7.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 14. MAI 2020

(C/2024/4641)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2020-2021

Sitzungen vom 13. bis 15. Mai 2020

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Änderung der Tagesordnung: siehe Protokoll	3
3. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung	3
4. Notstandsgesetze in Ungarn und ihre Auswirkungen auf Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte (Aussprache)	6
5. Erste Abstimmungsrunde	10
6. Notstandsgesetze in Ungarn und ihre Auswirkungen auf Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte (Fortsetzung der Aussprache)	10
7. 70. Jahrestag der Schuman-Erklärung (Aussprache)	24
8. Verwendung von Apps zur Ermittlung von Kontaktpersonen im Kampf gegen das Coronavirus (Aussprache)	39
9. Wiederaufnahme der Sitzung	53
10. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung	53

Inhalt	Seite
11. Zweite Abstimmungsrunde	54
12. Wiederaufnahme der Sitzung	55
13. Impfstoffe und Medikamente im Zusammenhang mit COVID-19 (Aussprache)	55
14. Wiederaufnahme der Sitzung	70
15. Berichtigung (Artikel 241 der Geschäftsordnung) (Weiterbehandlung): siehe Protokoll	70
16. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	70
17. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung	70
18. Dritte Abstimmungsrunde	72
19. Wiederaufnahme der Sitzung	72
20. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung	73
21. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	73
22. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	73
23. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	73
24. Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll	73
25. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	73
26. Schluss der Sitzung	73

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 14. MAI 2020

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.01 Uhr eröffnet.)

2. Änderung der Tagesordnung: siehe Protokoll

3. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung

Der Präsident. – Wir beginnen mit der Bekanntgabe der Ergebnisse der zweiten Abstimmungsrunde des gestrigen Tages. Zunächst betreffend den Einwand gemäß Artikel 112: Genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87708 × MON 89788 × A5547-127. Die Schlussabstimmung ist angenommen.

Wir haben dann die Entlastung 2018: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäisches Parlament.

Änderungsantrag 1: abgelehnt.

Änderungsantrag 13: angenommen.

Änderungsantrag 32: angenommen.

Änderungsantrag 33: angenommen.

Änderungsantrag 42: abgelehnt.

Änderungsantrag 43: abgelehnt.

Änderungsantrag 44: angenommen.

Änderungsantrag 34: angenommen.

Änderungsantrag 14 – identisch mit Änderungsantrag 35: angenommen.

Änderungsantrag 45: angenommen.

Änderungsantrag 36: angenommen.

Änderungsantrag 46: abgelehnt.

Änderungsantrag 10: angenommen.

Änderungsantrag 11 d: abgelehnt.

Änderungsantrag 2: abgelehnt.

Änderungsantrag 15: angenommen.

Ziffer 48 Originaltext: angenommen.

Ziffer 49 Originaltext: angenommen.

Ziffer 50 Originaltext: angenommen.

Ziffer 51 Teil 1 Originaltext: angenommen.

Teil 2 Originaltext: angenommen.

Ziffer 55 Teil 1 Originaltext: angenommen.

Teil 2 Originaltext: angenommen.

Ziffer 57 Teil 1 Originaltext: angenommen.

Teil 2 Originaltext: angenommen.

Ziffer 68 Originaltext: angenommen.

Ziffer 69 Originaltext: angenommen.

Ziffer 70 Teil 1 Originaltext: angenommen.

Teil 2 Originaltext: angenommen.

Ziffer 71 Teil 1 Originaltext: angenommen.

Teil 2 Originaltext: angenommen.

Teil 3 Originaltext: angenommen.

Teil 4 Originaltext: angenommen.

Ziffer 72 Originaltext Teil 1: angenommen.

Teil 2 Originaltext: angenommen.

Änderungsantrag 3: abgelehnt.

Ziffer 79 Originaltext Teil 1: angenommen.

Teil 2: angenommen.

Teil 3: angenommen.

Änderungsantrag 4: abgelehnt.

Änderungsantrag 5: abgelehnt.

Änderungsantrag 16: abgelehnt.

Änderungsantrag 7: abgelehnt.

Änderungsantrag 37: angenommen.

Änderungsantrag 38: angenommen.

Änderungsantrag 39: angenommen.

Änderungsantrag 40: angenommen.

Änderungsantrag 8: abgelehnt.

Änderungsantrag 12: abgelehnt.

Änderungsantrag 29: angenommen.

Änderungsantrag 17 und 49 identisch ist damit erledigt.

Änderungsantrag 41: angenommen.

Änderungsantrag 25: angenommen.

Änderungsantrag 26: angenommen.

Änderungsantrag 9: abgelehnt.

Änderungsantrag 18: abgelehnt.

Änderungsantrag 21: angenommen.

Änderungsantrag 53: abgelehnt.

Änderungsantrag 54: angenommen.

Änderungsantrag 55: angenommen.

Änderungsantrag 56: angenommen.

Änderungsantrag 57: abgelehnt.

Änderungsantrag 28: angenommen.

Änderungsantrag 20: abgelehnt.

Dann kommen wir zur Entlastung 2018: Gesamthaushaltsplan der EU – Kommission und Exekutivagenturen.

Änderungsantrag 20 d: abgelehnt.

Änderungsantrag 38 Teil 1: abgelehnt.

Teil 2: angenommen.

Änderungsantrag 1: abgelehnt.

Änderungsantrag 39: abgelehnt.

Änderungsantrag 21: abgelehnt.

Änderungsantrag 24: angenommen.

Änderungsantrag 17: angenommen.

Änderungsantrag 40: angenommen.

Änderungsantrag 41: angenommen.

Änderungsantrag 42: abgelehnt.

Änderungsantrag 46: angenommen.

Änderungsantrag 25: angenommen.

Änderungsantrag 26: angenommen.

Ziffer 293 Originaltext: angenommen.

Änderungsantrag 2: abgelehnt.

Änderungsantrag 3: abgelehnt.

Änderungsantrag 4 d, 27 d und 43 d: abgelehnt.

Änderungsantrag 5: abgelehnt.

Änderungsantrag 6: angenommen.

Änderungsantrag 28: angenommen.

Änderungsantrag 44 Teil 1: angenommen.

Teil 2: abgelehnt.

Änderungsantrag 7 d: abgelehnt.

Änderungsantrag 8: abgelehnt.

Änderungsantrag 9: abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Wir haben es jetzt 9.09 Uhr. Für 9.30 Uhr ist angekündigt, die Abstimmung zu eröffnen. Ich werde mir erlauben, mit der Aussprache bereits zu beginnen, wenn Sie keine Einwände haben. Und zwischen zwei Rednern, zwischen denen dann 9.30 Uhr liegt, werde ich mir erlauben, sie kurz zu unterbrechen, um die Abstimmungsrunde dann wie angekündigt zu eröffnen.

Gibt es Einwände?

Das ist nicht der Fall.

4. Notstandsgesetze in Ungarn und ihre Auswirkungen auf Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zu Notstandsgesetzen in Ungarn und ihre Auswirkungen auf Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte (2020/2620(RSP)).

Ich weise die Mitglieder darauf hin, dass es bei dieser Aussprache keine spontanen Wortmeldungen gibt und dass keine blauen Karten akzeptiert werden.

Nikolina Brnjac, President-in-Office of the Council. – Mr President, I would like to begin by underlining that the rule of law plays a crucial role in all our democracies.

As recalled by the European Union's strategic agenda for 2019-2024, rule of law is a key guarantee that our common values are well protected and complied with. Croatia's Presidency programme also puts the focus on further establishing the Union as an area of freedom, security and justice, founded on common values, democracy and rule of law.

This is even more essential in the wake of the COVID-19 pandemic. Unprecedented circumstances have led many Member States to adopt far-reaching measures, which have been key to acting rapidly and effectively to protect the public health of citizens.

However, some of the measures do have a significant impact on fundamental rights, democracy and the rule of law. It is therefore essential that they are necessary, that they are proportionate to the objective, limited in time, subject to regular scrutiny and respects fundamental rights and the rule of law.

The European Commission President reaffirmed these principles in a statement on 31 March, and they were subsequently supported in statements by a significant number of states.

The Article 7 procedure, concerning Hungary, was on the agenda of the General Affairs Council of 25 March 2020. However, due to the COVID-19 emergency, that meeting had to be cancelled. Unfortunately, this is not over for the time being, and it is not possible to hold formal Council meetings. Instead, informal meetings of ministers are arranged through videoconference calls to allow the exchange of information and to discuss urgent information.

The Croatian Presidency believes it is important to facilitate the dialogue and exchange of best practices. In that regard, we organised an informal videoconference of ministers of justice on 6 April 2020, which addressed the impact of extraordinary measures on our justice system. Support was expressed by the Commission's initiative to monitor the extraordinary measures and their application across the Union on an equal basis for all Member States.

We are well aware of the European Parliament's resolution of 17 April 2020, which also echoed these essential elements. On 22 April, emergency measures adopted during the COVID-19 crisis were discussed at an informal meeting through a videoconference of European Affairs Ministers. Once more, a broad majority of Member States supported that approach that I've just highlighted.

The European Commission is closely monitoring the measures adopted by the Member States, including Hungary, and their compatibility with all the mentioned principles. We welcome the Commission's extensive and continued monitoring of the application of emergency measures adopted by all Member States.

We are also confident that all governments will withdraw emergency measures as soon as positive developments in the COVID-19 pandemic makes this possible.

We trust that all Hungarian institutions will fully and rapidly cooperate with the EU institutions, and we all have a joint responsibility to ensure that the rule of law and fundamental rights remain the cornerstones of our common project. This is even more true during these difficult times if the Union is to emerge from the COVID-19 crisis even stronger.

Věra Jourová, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, in these challenging times, the Commission stands in solidarity with all the citizens of Europe and fully supports all the Member States in their fight against the pandemic. As President von der Leyen said, we need to ensure that Europe does everything it can to save every life it can.

At the same time, the Commission has made clear from the outset that the response to this crisis must fully respect our fundamental principles and values as set out in our treaties. The commitment of all EU institutions and Member States to upholding the rule of law and fundamental rights is essential.

Emergency measures adopted and implemented by Member States must be limited to what is necessary and strictly proportionate. They must not last indefinitely. Moreover, governments must make sure that such measures are subject to regular scrutiny, fully respecting democratic checks and balances. The emergency measures cannot mean switching off constitutions or EU law.

This is why the Commission is proactively monitoring the emergency measures for all Member States, including Hungary. We are looking in particular at how the emergency measures are being used in practice and what their impact is, in particular on the rule of law, on fundamental rights and on EU law.

Firstly, as regards the impact on the rule of law, situations which require close attention are those where the state of emergency does not have a predefined duration, where its duration is considerably long, where parliaments do not have the possibility to terminate such state of emergency, where the powers granted to the government are open-ended or where judicial review or other national checks and balances are restricted.

Secondly, the impact on fundamental rights. The angle here is to closely scrutinise the impact of limitations in practice, whether the standards imposed by international obligations and relevant guidance are being maintained, and what limitations might go beyond what is strictly proportionate.

And thirdly, the impact on EU law. We are checking whether the measures adopted under the emergency arrangements comply with EU law or whether they lead to possible disapplication of national laws implementing EU law.

As stressed by Commission President von der Leyen in her letter of 7 April to President Sassoli in this context, the case of Hungary raises particular concerns. In the case of Hungary, the emergency powers granted appear more extensive than in other Member States, considering the combined effect of broadly defined powers and the absence of a clear time limit.

The criminalisation of stating or spreading false information related to the crisis is not clearly defined and is accompanied by strict sanctions. This raises potential concerns as regards legal certainty and may have a chilling effect on freedom of expression. These particular concerns come in a well-known context in Hungary as regards rule of law and respect for EU values. The Commission is, therefore, monitoring very closely the use of emergency powers in Hungary.

Allow me to be more specific as regards the situation of media. Now it is more important than ever to pursue measures that are effective in curbing the spread of disinformation but do not limit free speech. The fight against disinformation should not and may not reduce our democratic values, including the possibility to have a fair democratic debate where different voices can be heard.

In Hungary, the environment in which media and journalists operate has been deteriorating for a number of years. Organisations and associations representing civil society and journalists have been sounding warnings about the situation. These warnings grew louder following the adoption by Hungary of the provision criminalising the spreading of disinformation relating to COVID-19.

Especially in moments like this, we need reliable journalism, employing professional standards to provide accurate information and to scrutinise the measures taken in response to the global health threat. Journalists should be able to work freely, have access to information, ask questions. Their job is to hold us politicians to account for our actions.

In the EU, we are now entering a new phase where certain measures taken to protect public health will be gradually relaxed. This new phase means that the general states of emergency, with exceptional powers granted to governments, should gradually be removed or replaced by more targeted and less intrusive measures. For that reason, the Commission will be very vigilant on how emergency measures, which affect the rule of law, fundamental rights and democratic values, are phased out in the Member States.

This is even more important for Hungary, given the lack of a clear time limit for the state of danger. I expect, first of all, that the Hungarian people will be the ones who will want to return to enjoying their rights in full. I also expect the Hungarian national parliament to exercise its scrutiny role. Civil society, free and independent media, regular scrutiny and national checks and balances are essential for overseeing the government's exercise of power. We can only face up to the challenges stemming from this crisis by bringing our societies and democracies together in a spirit of understanding and good cooperation.

The Commission is considering how to reflect as relevant the situation of the emergency measures in Member States in upcoming policy documents such as the rule of law report, the European democracy action plan and the renewed fundamental rights strategy, all due for adoption by the end of this year. Honourable Members, I look forward to hearing your views on this matter.

Der Präsident. – Ich möchte den Hinweis des Präsidenten von gestern wiederholen, dass auch hier im Plenum eine Maskenpflicht gilt und dass Sie die Maske für Ihre Redezeit abnehmen können. Dann ersparen Sie den Saaldienern, jeden Einzelnen aufzusuchen.

Andor Deli, *a PPE képviselőcsoport nevében.* – Tisztelt Elnök úr! Tisztelt alelnök asszony, kedves kollégák! A koronavírusos helyzet végéhez közelítve egyértelmű: most kell igazán egységesen kiállnunk az emberek egészségének megőrzése és a gazdaság fellendítésének ügyében. Ebben van szükség tényleges európai összefogásra annak érdekében, hogy Európa releváns tudjon maradni a globális szintén. Az Európai Parlamentnek elsősorban ebben kellene segédkeznie. De úgy látszik, vannak frakciók a balliberális oldalon, amelyek egyszerűen nem engedhetik meg maguknak, hogy ne támadják újra meg újra immár havi rendszerességgel Magyarországot. Sokkal könnyebb üres ideológiai vitákat szervezni, mint a lényegről és a tényekről beszélni és azzal foglalkozni, ami ténylegesen érinti és érdekli az embereket a tagállamokban.

Ezért van ma újra Magyarország a napirenden egy olyan vitában, amelynél a szervezők előre tudták, hogy az európai parlamenti képviselők kilencven százaléka nem tud részt venni és nem tudja elmondani a véleményét. A magyar kormány részvételét az Európai Parlament elnöke nem segítette annak ellenére, hogy az ügyrendi szabályok ebben nem akadályozták, az online részvételt pedig teljesen kizárták, miközben az áprilisi plenáris ülésen a szocialista és liberális frakciók vezetői a kivetítőkön szólalhattak fel. Most ez miért nem lehetséges a magyar kormány számára? A Bizottság pedig nem állapított meg semmilyen jogsértést a felhatalmazási törvény kapcsán, ezért ez a vita számomra egyszerűen az európai értékek és az alapvető jogi elvek megcsúfolása és a régi koncepciók perek idejét idézi. Sajnos itt az érvek és a tények senkit sem érdekelnek.

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, la semana pasada la ONG Freedom House concluyó que Hungría no puede ser calificada como una democracia. Señorías, esto es un hecho sin precedente: que un país de la Unión Europea haya dejado de ser una democracia completa. Tristemente, en 2005, esta misma ONG colocaba a Hungría como una de las nuevas democracias más prometedoras de Europa.

Y, a pesar de la gravedad, la Unión no ha tomado medidas concretas que sancionen al Gobierno de Orbán por sus acciones. Y así, él, pues se va creciendo en una escalada sin fin para centralizar el poder, interferir en el sistema electoral, controlar los medios de comunicación, la educación, la cultura, acosar a la sociedad civil organizada. Señorías, esto es vergonzante: un ataque a los valores fundamentales de nuestra Unión y un ataque demoledor a nuestra reputación internacional.

Además, durante la pandemia, los casos de violencia de género han aumentado de forma alarmante en Hungría y, lejos de ayudar, Fidesz presenta una declaración en el Parlamento para no ratificar el Convenio de Estambul, para que los acosadores, para que los que están ejerciendo esa violencia no se vean castigados. Esto no puede seguir así. ¿A qué espera el Consejo? ¿A qué espera la Comisión? Es hora de despertar y de reaccionar contra lo que está pasando.

Hemos construido esta Unión para preservar la democracia, para preservar los valores fundamentales, y es totalmente inaceptable que esto esté ocurriendo. Señorías, el silencio es complicidad y, por eso, insto al Consejo a iniciar inmediatamente las conversaciones para activar el artículo 7 del TUE.

Y, por último, insto también a nuestros colegas del Partido Popular Europeo a que dejen de proteger a Orbán y a que expulsen a Fidesz de su familia política. ¿Cuántas cartas, cuántas excusas más necesitan recibir de Orbán para ver que se está burlando de ustedes? ¡Se está burlando de ustedes! Y no se confundan: no atacamos a Hungría, atacamos a quienes están haciendo desaparecer la democracia en un país europeo. Tengan en cuenta que estas amistades no les convienen para nada. Denles la espalda.

Ramona Strugariu, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, what is happening right now in Hungary and what Orbán is doing is not only grounds, dear Commissioner, for concern; it is a reason for starting infringement procedures. It is literally about Hungary's exit, in law, from the European Union and from European values. It is happening right now. This is not only my opinion, it is the opinion of 57% of Hungarian citizens, who in a recent poll said that what Orbán is doing is finishing off basically what he started. Mr Orbán should have been here in the room to answer some questions today, but he said he was busy fighting the pandemic.

Well, may I ask him, what is the connection between pandemics and rejection of the Istanbul Convention? Does violence against women help him fight pandemics? Are there any special fighting tactics that we have to learn? What is the connection between this and the indefinite state of emergency and fully silencing civil society and the independent media and criminalising independent journalists. And how about arresting people? How is he fighting the pandemic by arresting people who criticise the Hungarian Government?

I'm really sorry, Commissioner and dear colleagues, but this government should not receive one single cent, not one penny, from the EU, any longer – not today, not in the future MFF, not ever – until they follow rules and values. Yes, the Hungarian people should receive this money – civil society, businesses, communities – but directly from the Commission and directly managed by the Commission, not this government and not Orbán, until they leave and until they let Hungary breathe.

Nicolas Bay, au nom du groupe ID. – Monsieur le Président, imaginez le gouvernement d'un État membre de l'Union européenne qui restreindrait les libertés fondamentales avec une nouvelle loi d'état d'urgence sanitaire aux contours très nébuleux. Imaginez un gouvernement qui essaierait de contrôler l'information par une plateforme officielle qui traquerait les prétendues *fake news*. Imaginez que, dans ce pays, les juges constitutionnels seraient désignés unilatéralement par le pouvoir politique, sans voie de recours possible. Imaginez que, dans cet État membre, pas plus tard qu'hier, une nouvelle loi aurait restreint dramatiquement la liberté d'expression en instaurant une censure sur Internet, sans possibilité de faire appel.

Un tel gouvernement, il existe, mais pas en Hongrie. C'est celui de la France d'Emmanuel Macron. Et il n'y a personne ici pour s'en émouvoir. Alors, certains, dans les institutions européennes, enragent et trépignent quand ils voient Viktor Orban disposer de la plus forte légitimité électorale lors des dernières élections européennes. Ils enragent et ils trépignent parce qu'un pays ne plie pas face aux injonctions de la gauche morale. Ils enragent et ils trépignent, alors ils nous imposent, une fois de plus, un énième débat en pleine crise sanitaire, un énième débat sur la Hongrie, qui sera tout aussi stérile, tout aussi inutile, tout aussi inopérant que les précédents.

L'État de danger prévu par la Constitution est mis en œuvre, sous une forme analogue d'ailleurs, dans les autres pays européens, il a été approuvé par le parlement hongrois, aucun abus n'a été constaté. Les raisons réelles de cet acharnement, nous le savons, c'est le refus de la Hongrie de la folle politique migratoire de l'Union européenne. Cet état de droit, il est aujourd'hui instrumentalisé, il est utilisé pour imposer le gouvernement des juges contre la volonté des peuples.

(Die Aussprache wird unterbrochen.)

5. Erste Abstimmungsrunde

Der Präsident. – Wie bereits angekündigt, möchte ich, bevor ich Frau Kollegin Delbos-Corfield das Wort gebe, die erste Abstimmungsrunde eröffnen. Wir werden über das zweite Paket der Änderungsanträge zu Entlastungsentschlüsselungen abstimmen. Die Abstimmung erfolgt nach demselben Verfahren wie gestern. Die erste Abstimmungsrunde wird von 9.30 Uhr, also jetzt, bis 10.45 Uhr geöffnet sein. Alle Abstimmungen heute sind namentlich. Die Mitglieder können ihre Stimmabgabe und die Ergebnisse der Abstimmungen in dem Dokument einsehen, das heute auf der Website der Plenartagung veröffentlicht wird. Die Ergebnisse werden um 13.15 Uhr bekanntgegeben. Die Abstimmung ist eröffnet.

6. Notstandsgesetze in Ungarn und ihre Auswirkungen auf Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte (Fortsetzung der Aussprache)

Der Präsident. – Wir setzen nun unsere Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zu Notstandsgesetzen in Ungarn und ihren Auswirkungen auf Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte (2020/2620(RSP)) fort.

Gwendoline Delbos-Corfield, on behalf of the Verts/ALE Group. – Ms Jourová, the Commission, the Parliament has been scrutinising the different exceptional rules put in place by many Member States during this crisis, and they all have in common that they have frozen, for a short period, some of our fundamental rights and liberties – one of them being the essence of this European Union, freedom of movement. But one government, and only one, in Hungary, has framed its state of urgency with no 'sunset' clause.

Today, in Hungary, the government has extensive powers with no clear definition and for an indefinite time. Let us not be mistaken. This has no necessity efficiency-wise. This has no sanitary basis. And this is turning its back on democracy.

We all know what has happened in Hungary for 10 years. Even more this last year and even more these last weeks. We are fully documented. Files are piling up on your desk, on my desk, as a rapporteur, on the desks of many people in this Parliament, of civil servants, in each of our institutions, in permanent representations. They are all aware; time of awareness has gone. We have our eyes wide open. We know about the attacks against freedom of the media. We know about the continuous judicial reform. We know about the discriminatory measures.

We know that today in Hungary you can have five years of imprisonment because the government considers you have spread fake news. We all know that yesterday one man was taken into custody for an opinion he posted on Facebook. Freedom of thinking is under threat now in Hungary. We know that it is easier to live in Hungary if you are male, if you're white and if you don't question the government.

Why, then, do your legal services in the Commission feel, guess, that there is no legal ground for infringement? Why then do Member States make a very clear statement without spelling out loudly the name we are talking about. There are gradual, very clear rules that can help us for a resolution under Article 7. These tools exist. Why are we not using them enough?

We want Hungarian citizens to stay European citizens, but we do not want them to be second-rate citizens with not exactly the same rights as the other European citizens.

Nicola Procaccini, *a nome del gruppo ECR*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, i decreti emessi dal governo sono frutto di poteri illegittimi. I decreti del premier senza termini di durata sono incostituzionali. Limitare le libertà con un decreto governativo è un atto in tutto contrario alla Costituzione. Sono le parole di Sabino Cassese, Annibale Marini e Antonio Baldassarre, tre dei tanti giudici costituzionali – alcuni anche presidenti della Corte costituzionale – che in Italia hanno condannato pubblicamente la violazione dello Stato di diritto.

In Ungheria un parlamento democraticamente eletto ha attribuito, con una votazione nel parlamento, poteri straordinari al suo governo per fronteggiare l'emergenza sanitaria.

Ora io vi chiedo, colleghi, in quale delle due nazioni si sta violando lo Stato di diritto? La verità la conoscete meglio di me: volete sottomettere due popoli, l'Ungheria e la Polonia, perché dovete, dopo aver provato a sopprimerli con l'oppressione....

(Il Presidente toglie la parola all'oratore)

Malin Björk, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Mr President, this is not the first time we are debating the situation in Hungary, but the thing is that the Fidesz regime, they happen to go all the time a little bit further. When you think that now it will stop, they manage to trample on democracy and rule of law and fundamental rights just a little bit more. And I think they also deliberately do this to get other countries and other governments to follow suit. And that's why we have to react in this House. And we have, this time, using the COVID-19 crisis as an excuse, ruling by decree without a sunset clause, threatening journalists and whistle-blowers, passing laws and policies that have nothing to do with the public health crisis, such as rejecting the Istanbul Convention or attacking trans people's rights.

So, some say it's not our business, let them dismantle democracy in Hungary if that's what they want to do. Well, no, because we stand in solidarity, as was said here before, with all those Hungarians that fight for democracy, for rights every day. They are not alone. And secondly, we make laws together here. And the authoritarian regime in Hungary will make laws that all of us will have to respect. And that's not acceptable. So standing up for law and democracy and fundamental rights in Hungary is standing up for rule of law and democracy for all of us. Luckily in this House, there are many of us that will not let Hungary dismantle democracy. And it's all about our business.

So the question is then, what is the Commission doing? What is the Council doing? When will the EPP expel and actually break up with Fidesz? It's a shame on you to have them there. The Commission, the infringement procedures, we are waiting for them and the Council, you are so weak in your statement, it is not enough. We need you to come up with a conditionality clause in the new MFF, you have to be extremely strict on that. And no recovery funds to Member States that don't respect the rule of law and democracy. It is time for the Commission and the Council to get into the game. This House will stand up for democracy and human rights.

Márton Gyöngyösi (NI). – Mr President, Orbán did not avail of the opportunity to speak up in this House, but I am equally disappointed that Judit Varga, Minister for Justice, was not given a chance to explain a law that is truly exceptional and a law one of a kind. No other law has been adopted without a time limit and by restricting freedom of expression.

The fears of the Hungarian opposition and of international critics were justified, as in the past two months Viktor Orbán has abused his powers in Hungary. By decree, private businesses have been placed under state control, while Orbán's family and circle of friends received billions of state funding. Opposition-led municipalities were deprived of their revenues, namely local business tax. Opposition political parties, including opposition parties, have been stripped of their state finances and funding, and citizens have been recently arrested for expressing their opinion.

Orbán is not only a coward for not having come here to defend his law, but he is also an opportunist. He tramples on European values and builds his autocratic regime from European funds and from EU money, and will continue to do so while German business and other Western investors find themselves comfortable in Hungary and get preferential business treatment in Hungary, and thereby I mean low wages, a flexible labour law, state benefits and low taxes.

Values versus profits, this is the dilemma. I think it is time for the European institutions to get their priorities right.

Christophe Hansen (PPE). – Mr President, I've only been a Member of this House for less than two years, but I have to say, ladies and gentlemen, that I have lost track on the countless times we discussed the democratic backslide in Hungary and in Poland. Our respective positions, including mine, are therefore well known. So, I will spare you my usual alarm about the power grab the Orbán government is operating in Hungary.

Today, I would rather wish to address the Commission and the Council. Where were you when democracy in Hungary was put on lockdown? Why is the Commission, Guardian of the Treaties, so reluctant to act on defence of European values? I have to say that I expect more than blunt and critical statements by Commissioner Jourová.

And why is the Council so much afraid of its own shadow to act on Member States that are persistently corrupting treaties and our EU values? Those are the real questions that need to be addressed today. It is time for action. We have enough of those words.

Birgit Sippel (S&D). – Mr President, COVID-19 in Hungary: introducing special economic zones to take over companies of strategic importance and transfer local taxes to Fidesz controlled county councils; changing legislation so that further big parts of revenues of municipal governments are taken over by the central government; rejecting the Istanbul Convention and respect for trans people; amending the Criminal Code to punish so-called 'misrepresented facts' with up to five years. I could easily go on and would only refer to developments over the last two months. Everything to combat the virus looks more like combating opposition parties, municipalities, journalists, civil society. And how can the EPP, calling itself the 'people's party', still continue with flimsy debates about a potential expulsion of Fidesz, leading to nothing? And how can you, Commissioner Jourová, say we still see no reason for infringement procedures?

Looking back over the past 10 years, what still needs to happen? And the Council and the Member States, we all know the Article 7 procedure is completely deadlocked. Will you now finally protect democracy and fundamental rights also for Hungarian citizens, and are you ready to suspend EU payments to Orbán? It's high time to act.

Maite Pagazaurtundúa (Renew). – Señor presidente; escuchen: este Parlamento Europeo defiende el núcleo de las libertades de cada ciudadano y de cada ciudadana de toda la Unión, incluyendo Hungría, lógicamente.

Los poderes extraordinarios de un Gobierno deben ir acompañados también de un escrutinio extraordinario de lo que hace, de una libertad de expresión extraordinaria y de una capacidad de crítica política efectiva y de reglas de juego que lo permitan.

Representamos a 450 millones de ciudadanos. No nos sentimos vasallos de ningún Gobierno; nos sentimos libres e iguales.

Y debe escucharlo el presidente Orbán y deben escucharlo todos los presidentes. Bajo el estado de alarma, bajo la pandemia no se suspende la democracia.

Y, desde luego, no habrá ningún resquicio de arbitrariedad de los poderes públicos que la Comisión de Libertades Civiles de este Parlamento no mire, no critique y no enumere, y sobre el que no actuemos en este Parlamento.

He de decirles que no puede haber impunidad y que escuchen: no vamos a parar en este Parlamento.

Annalisa Tardino (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, questo Parlamento purtroppo non perde occasione per dimostrare di essere alla mercé delle sinistre.

Siamo ancora nel pieno dell'emergenza mondiale più grave dal secondo dopoguerra: dovremmo concentrare gli sforzi su come superare la crisi e trovare gli strumenti utili ad aiutare i nostri cittadini. Invece il Parlamento europeo ritiene prioritario tenere un dibattito su come il governo ungherese avrebbe violato lo Stato di diritto, attaccandolo ancora una volta solo perché non va a genio alle sinistre.

Si tratta del solito atteggiamento di «due pesi e due misure» che, invece, non vede muovere critiche al governo Conte, che in Italia non solo ha agito dimostrando tutta la sua incompetenza ma ha, di fatto, abolito per mezzo di decreti la democrazia, quella stessa democrazia che invece Orbán ha rispettato, ottenendo il voto del Parlamento eletto.

Ebbene, mentre migliaia di europei sono confinati a casa, altri muoiono, altri ancora aspettano di tornare al lavoro, assistiamo a meri attacchi ideologici che non fanno altro che svilire questa Istituzione.

Noi ci dissociamo in pieno, guardiamo negli occhi i nostri cittadini e vi vediamo lo sdegno...

(Il Presidente toglie la parola all'oratrice)

Terry Reintke (Verts/ALE). – Mr President, despite arresting people for sharing the numbers of free hospital beds on Facebook, the Hungarian Government is still saying that the debate on the rule of law in Hungary is just an evil conspiracy by the European Union against Hungary. Look, you have attacked journalists, you have attacked independent NGOs, you have attacked the freedom of academia, you have led smear campaigns against minorities, against the European Union, against Jean-Claude Juncker himself, and now it's the trans community. This is not about equal gender recognition. This is a message. It is a message to everybody who is different. Either you assimilate with what we think is right or we will make you do it.

But I can tell you — and this goes to the Hungarian Government — you will not win with this. This continent thrives with freedom and diversity and we will fight for that. You will not break this community. Trans people will not cease to exist just because you want them to, and we in this Parliament and in the European Union will stand with this community and defend their rights.

(Applause)

Elżbieta Rafalska (ECR). – Panie Przewodniczący! Węgry podobnie jak mój kraj, Polska stały się ofiarą nadzwyczajnych ataków politycznych w Parlamencie Europejskim. Każda okazja jest dobra, by atakować Węgry i Polskę. Nie zmienia tego nawet pandemia.

Większość krajów podejmuje wyjątkowe i konieczne środki w walce z COVID-19, ale szczególnym nadzorem obejmuje się jednak Węgry, zarzucając im, że rozwiązania prawne przyjęte w ramach zwalczania pandemii, w tym również przeciwdziałanie gospodarczym skutkom kryzysu, to atakowanie i osłabianie demokracji. A przecież przyjmowane ustawy są zgodne z konstytucją, działa Trybunał Konstytucyjny, działa parlament, który zadecyduje o terminie zniesienia stanu zagrożenia. Funkcjonują krajowe mechanizmy kontroli i równowagi, a rząd ma silny mandat wyborczy, który jest przedmiotem zazdrości wielu państw członkowskich.

Proszę powiedzieć, dlaczego podczas tej debaty nie może być przedstawione stanowisko rządu węgierskiego. Wiemy, że z takim wnioskiem występował węgierski minister sprawiedliwości.

Clare Daly (GUE/NGL). – Mr President, there's no doubt about it. Democracy has been attacked in Poland. Democracy has been attacked in France. There is vicious racism, similar to Hungary, in other states, but Hungary has taken it a step further. There has been a blatant and clear-cut authoritarian takeover, and it's not an accident. It's the product of a 10-year assault on judicial independence, on media freedom, on civil society and the right to organise. A 10-year assault in which the Council and the Commission did nothing.

We've had more of the same here today. There needs to be an immediate getting behind Article 7 infringements proceedings. There needs to be an immediate mechanism to cease funding those who would trample on democracy. There needs to be a political ostracisation of those who undertake the types of actions that everybody knows are being engaged in in Hungary today.

Because if we don't do that, then all of the other States who have the same tendencies will go the same way. And we are betraying the citizens of Hungary and all of those across the Union.

Clara Ponsatí Obiols (NI). – Mr President, Mr Orbán's violations of human rights and freedoms are not a new thing. The EU has looked the other way for too long. What we see in Hungary is alarming, yes, and action is urgent, but please do look beyond Hungary.

In Spain, Mr Sánchez' government is also using COVID-19 to enact new authoritarian policies. The police are instructed to search for negative messages that may also be punished with five years of prison, exactly like in Hungary. They are wiretapping without judicial controls and Mr Sánchez is still ignoring the advice of the United Nations and Amnesty International and political prisoners have not been released in spite of instructions by these bodies. Double standards must end in the EU. Both Hungary and Spain need to be accountable for their violations of Article 2.

Loránt Vincze (PPE). – Tisztelt Elnök úr! Szögezzük le, hogy a magyarországi jogállamiságról rendezett mai vitát egyetlenegy új fejlemény sem indokolja. Azok a hamis hírek, amelyek a magyar helyzettel kapcsolatban Európát elárasztották, sorra cáfolatra leltek. Például hogy a magyar parlament nem ülésezik, pedig ülésezik, törvényeket fogad el. Tudjuk, hogy a 2010-es megválasztása óta az európai baloldal folyamatosan támadja Orbán Viktort. A magyar polgárok azóta hét országos választáson szavaztak bizalmat neki és a Fidesznek. Egyértelmű tehát, hogy brüsszeli boszorkányüldözéssel nem lehet választásokat nyerni.

A hamisnak bizonyuló támadásoknak helyet adó vitákkal az Európai Parlament viszont a saját hitelét veszíti el a polgárok előtt. Vagy rendezzünk egyórás vitát a jogállamiságról minden tagállam esetében. Kezdhethénk mindjárt Romániával, ahol Johannes elnök múlt héten gyakorlatilag azt állította, hogy a kisebbségi jogok bővítése nemzetárulás. Szavai a román alkotmány szellemét és a jogállamiságot is sértik. Ebben a kérdésben miért nem szólnak meg az aggódó hangok?

Sylwia Spurek (S&D). – Mr President, today, we need to deal with the situation in Hungary again. Why?

While the pandemic overwhelms Europe, on the one hand, we can see people losing their jobs, getting sick and dying, while at the same time, in the centre of Europe, there are governments that take this opportunity to violate democracy and fundamental human rights. When Viktor Orbán's ruling party restricts the rights of LGBTI people or blocks the ratification of the Convention on Violence Against Women, we cannot turn a blind eye. Refusing cries for dignity, a private life, to live free from discrimination and violence is refusing fundamental human rights and another backward step in democracy in Hungary.

This also sets a dangerous precedent for the future of the whole European Union. Equality among people and uniform guarantees of rights are among our key values. We can no longer tolerate the breaches of fundamental human rights, especially in our own backyard.

The European Union can no longer avoid the responsibility. We cannot say that these are not the EU's competences. The Commission's measures are insufficient. It's not enough to analyse, monitor, appeal. Human rights are the competences of the European Union. The Commission must act here and now.

Sophia in 't Veld (Renew). – Mr President, it's a pity that Mr Orbán didn't have the guts to appear here for our debate. He of course realises that it's easier to silence his Hungarian critics than Members of the European Parliament because, let's face it, under the rules of Mr Orbán and his cronies, democracy has been killed in Hungary. It's dead. But the Council keeps shamefully protecting him and talking about values and democracy, but they refuse to even put it on the agenda.

I would also wish to be critical of my own government for once and wish that the Dutch Prime Minister and Minister of Finance would be as critical of the destruction of the rule of law in the European Union as they are of violating budget discipline. And I wonder why the EPP continues to protect Mr Orbán. There are many good people in the EPP, true Democrats and defenders of the rule of law, but, as long as Fidesz is a member of the EPP, the EPP is complicit in the destruction of democracy and the rule of law. Kick him out. Kick him out. Don't wait any longer.

Finally, killing democracy should not be funded with European taxpayers' money. So not a penny more to Mr Orbán to line the pockets of his oligarchs.

(The President cut off the speaker)

Gunnar Beck (ID). – *(Beginn des Redebeitrags bei ausgeschaltetem Mikro)* ... Regierung, so der Vorwurf, nutze die Krise, unbefristet den Notstand auszurufen und den Rechtsstaat abzuschaffen.

Wahr ist: Das ungarische Parlament hat den Notstand gebilligt und kann ihn jederzeit beenden. Hier hingegen sind viele Abgeordnete in Corona-Ferien, und von daheim per E-Mail werden schuldenfinanzierte Billionen-Hilfen beschlossen – auf fehlerhafter Rechtsgrundlage und wider das Eigenmittelgebot von Artikel 311.

Das Deutsche Verfassungsgericht rügt die EU-Gefälligkeitsjustiz, indes die deutsche Regierung Verunglimpfung der EU und ihrer Symbolik mit drei Jahren Gefängnis bestrafen will. Der französische Moralist La Rochefoucauld nannte Heuchelei den Tribut, den das Laster der Tugend zollt. Das Rechtsstaats- und Heuchelei-Problem aber hat nicht Ungarn, sondern die EU.

Beata Kempa (ECR). – Panie Przewodniczący! Zdrowie, praca i bezpieczeństwo: te trzy obszary w życiu każdego obywatela są najważniejsze. Reszty może nie być. Szczególnie w dobie zagrożenia tak potężnego, jakim jest pandemia koronawirusa.

Historia nas oceni. O czym dzisiaj dyskutuje Parlament Europejski? Czym my się zajmujemy? Tym, że są kraje, które chcą walczyć i zabić nie demokrację, pani in't Veld, tylko koronawirusa. Każdy kraj ma prawo podjąć decyzję, jak chronić własnych obywateli. Miały do tego prawo Węgry, Polska, Hiszpania, Włochy. Każdy na swój sposób, bo każdy zna swoje społeczeństwo, swoje mechanizmy, a także swoją konstytucję. Węgrzy postąpili zgodnie ze swoją konstytucją, zgodnie z demokracją i nam nie wolno się mieszać do tego, że chcą chronić swoich obywateli przed śmiercią.

Historia nas oceni i warto, żebyśmy zajęli się tu i teraz walką z kryzysem gospodarczym, który będzie po pandemii, a nie... *(Przewodniczący odebrał mówczyni głos)*

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, Επίτροπε Jourovά, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι ευρωβουλευτές, με αφορμή την πανδημία η κυβέρνηση της Ουγγαρίας περιθωριοποιεί το Κοινοβούλιο και το κάνει χωρίς ορατό όριο αναστολής αυτών των μέτρων. Υπονομεύει την ελευθερία του λόγου και επιβάλλει δυσανάλογες ποινές όχι μόνο σε εκείνους που διασπείρουν ψευδείς ειδήσεις αλλά σε εκείνους που ασκούν κριτική στον Orbán, όπως ο 64χρονος ο οποίος βρέθηκε να απολογείται γιατί ανέβασε στο Facebook κριτική κατά του Orbán και τον αποκάλεσε τύραννο. Κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, η ιστορία είναι γεμάτη παραδείγματα όπου η κατ' επίφαση προσωρινή αναστολή ατομικών ελευθεριών και η υπονόμηση των δημοκρατικών θεσμών οδηγεί σε μια πορεία χωρίς επιστροφή στον αυταρχισμό. Γι' αυτόν τον λόγο η Επιτροπή οφείλει να δράσει άμεσα και να ζητήσει την επιβολή κυρώσεων κατά της κυβέρνησης της Ουγγαρίας μέχρι να συμμορφωθεί. Ξέρετε δεν πρόκειται για μια διαμάχη μεταξύ Ευρωπαϊκής Ένωσης και Ουγγαρίας. Πρόκειται για την απαραίτητη συμμόρφωση μιας κυβέρνησης ενός κράτους μέλους στις αρχές και τις αξίες που μας κρατάνε μαζί. Αν ξεκινήσουμε τις εκπώσεις τώρα, κανένας δεν μπορεί να εγγυηθεί το μέλλον μας.

Lena Düpont (PPE). – Mr President, we are facing exceptional times these days, a time when fast action and clear messages were needed, when bold steps had to be taken. And so, we the Member States, the European Union, did – fast, flexible and with a clear head.

Entering the next phase, at least in some countries, it is time to evaluate the measures that have been taken. Were they appropriate? Are they efficient? Did they serve the purpose without harming democracy?

We fought the virus, not our core values, the founding principles of the Union. But what rule of law also means is being accountable on every side, setting clear rules that are the same for everyone under review, developing reliable procedures, incorporating the right to defend those being criticised, if needed, by a representative of government.

And here we are at the heart of the current reform where we urgently need a strong and objective rule about a reliable and permanent rule of law mechanism that sets clear rules on every side. If we want to avoid ongoing but fruitless debates, this should be in everyone's and every state's interest.

Věra Jourová, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, I would like to thank you for this very important discussion. We are speaking here about the emergency regime in Hungary and I think that it's very important that the Commission is monitoring the emergency measures taken in Hungary, but also in all the other Member States.

We live in very challenging times, we live in an extraordinary situation which requires extraordinary and special measures to be taken. When we look at the extraordinary measures and the emergency regimes, we have to – and I've also repeated what I said at the beginning – look into how the regime is applied, and here there are very clear requirements that measures must be – only to the extent necessary – relevant for the solution or tackling the Corona crisis, proportionate measures and also time a limit. And the time limit is something where we have the biggest concerns regarding the Hungarian regime.

The Commission is monitoring the situation in all states, but in the case of Hungary I can reveal to you today that I have daily reports. I have weekly reports from our permanent representations, but I am following very closely the Hungarian situation daily reports. I am very well informed about the cases now of two people who were detained in relation to the spread of so-called fake news. I am informed about the actions taken by the government in relation to self-government and so on.

On a daily basis we are assessing whether we can take legal action. And I said before, and I will repeat it here: we are not opening infringement proceedings on Hungary yet. We are closely monitoring all the measures, and we also have to take into consideration that in our toolbox is also Article 7 and that the debate in the Council is ongoing and I am sure we will come back to it when the Council holds the General Affairs Council session.

But on concrete measures, because we said that we are monitoring all the concrete measures taken under the emergency regime, I would like to be more concrete here to give you some examples. The Commission's attention has been drawn to certain degrees which allow employers and employees to agree bilaterally to derogate from almost all provisions of the Hungarian labour code.

As the labour code transposes several EU directives the Commission is currently analysing these measures as regards their compatibility with EU labour and social law. Also, the Commission is examining several decrees as regards their compatibility with the General Data Protection Regulation.

Just these two examples of the concrete focus of the Commission in these days. And indeed, many of you mentioned here that there should be EU money should be provisional on the distribution conditioned by the basic principles of the rule of law in the countries. Well, when I came with this idea in 2017, it created a lot of noise, people said 'we cannot go that far'. I think now, with the situation developing in a wrong direction in a couple of states, we see that making money conditional on compliance with the basic principles set out in Article 2 of the Treaty is the proper thing to do.

Today, the Commission will have the debate about the Multiannual Financial Framework, about the budget for the next seven years. I will emphasise again and again in every fora at which I have a chance to speak about the new budget, that the conditionality has to be maintained and that the system of voting about the concrete cases must not be voted down.

And I am happy that this is still in the negotiating box of the budget and it has to remain there and it has to keep its teeth because the Commission proposed something which might really create or bring about some real difference.

We have now the joint European roadmap towards lifting COVID-19 containment measures after 15 April and we underlined that the general state of emergency is exceptional emergency powers for governments should be progressively replaced by more targeted interventions in line with constitutional arrangements of each country.

So this is what we expect Hungary to do, to go along with the rest of the other Member States and to release the confinement measures and to come back to what I already called before 'old normal', or at least the old normal. And again, the context relating to Hungary is that this is the country which is under the Article 7 procedure.

So we must build our new steps and next steps on the basis of common values. We must come back to normal checks and balances and the citizens must benefit fully from their rights.

If I can have a little bit longer I would like to add something a little bit personal and I will speak Czech. I remember very well the time – I said I would speak Czech ... you see, after six years of being here it's deformation...

Velmi dobře si pamatuju dobu, kdy bylo Československo okupovanou zemí od roku devatenáct set šedesát osm. Okupace a totalitní režim nás všechny velice ovlivnil. Žili jsme ve strachu a snili jsme o tom, že jednoho dne budeme žít ve svobodné společnosti, že jednoho dne přijde ke slovu a bude uskutečněna naše touha po svobodě, touha po aktivním občanství, že budeme mít možnost svobody slova, že budeme mít fungující samosprávy, které budou dostatečně finančně vybaveny, aby dělaly kvalitní veřejnou službu, že budeme mít svobodné volby, které zajistí střídání lidí u moci, že budeme mít mocné, ale ne všemocné, že nikdo nebude v té naší krásné zemi nad zákonem, že budeme mít otevřené hranice, že si budeme užívat otevřenosti, svobody a občanského sebevědomí.

Dámy a pánové, dnes jsme okupováni koronavirem a mnoho státníků Evropské unie řeklo, že v této době je nezbytné omezení některých svobod a že se budeme muset smířit s tím, že po velice krátkou limitovanou dobu, po dobu nezbytnou, budeme muset tato omezení snést. Zároveň státníci řekli jasně lidem, že mohou očekávat návrat ke všem těm úžasným věcem, které jsem tady před chvílí vyjmenovala, těm věcem, o kterých jsme snili v totalitním Československu. Já tomu věřím, že se to stane. Věřím tomu, že v zemích, kde jsou pochybnosti – a dnes se bavíme o Maďarsku –, že i občané Maďarska budou toužit po tom, aby se Maďarsko vrátilo k demokratickým principům a že se toho dočkáme minimálně teď, po skončení té koronavirové okupace, ale že budeme muset dál s Maďarskem vést dialog, že bude muset Komise dělat svou práci a reagovat právním způsobem podle pravidel, pokud k tomu budou všechny právní podmínky, že bude muset i mezinárodní společenství vyvíjet tlak na Maďarsko, aby se vrátilo do klubu bezpochybně demokratických zemí. Pála bych si to, protože tady není v sázce jenom situace v Maďarsku, ale je to vlastně velká výzva pro celou Evropskou unii.

Děkuji Vám i za tu možnost, že jsem mohla tady říct trošku ze svých osobních vzpomínek. Mám dlouhý životopis a teď bych řekla, že je dobře, že si toto pamatuju, protože mi to taky dává sílu pracovat na této agendě.

Der Präsident. – Frau Kommissarin Jourová! Ich möchte Ihnen persönlich für Ihre persönlichen Worte danken.

Ich glaube, die Diktaturen, die wir auf diesem Kontinent gesehen haben, machen uns verantwortlich dafür, dass diese Dinge nicht wieder passieren. Und weil wir Diktaturen unterschiedlicher Farbe auf dem Kontinent haben, sind wir das auch allen Menschen schuldig, unabhängig davon, von welcher Farbe sie von Unfreiheit bedroht werden.

Ich habe eine andere Vergangenheit als Sie, aber ich erinnere mich noch sehr genau: Vor einigen Jahren in Straßburg kam eine Fahrradgruppe, die das Grüne Band entlanggeradelt war und dann quer ab nach Straßburg, und einige, auch aus Ihrer Heimat, sind mit Tränen in den Augen in den Innenhof des Europäischen Parlaments gefahren. Vielen Dank für ihre persönlichen Bemerkungen!

Nikolina Brnjac, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, honourable Members, the Presidency of the Council as a whole attaches great importance to upholding the rule of law and the protection of fundamental rights. In the aftermath of the crisis, the Union as a whole, will need to be very vigilant in respect of the values set out in Article 2 of the Treaty of the European Union.

The Croatian Presidency recognises the crucial role that rule of law plays in all our democracies. It is a key guarantee that our common values are protected and a joint responsibility of Member States and all EU institutions. This is no less important when facing the challenges of the COVID-19 pandemic where unprecedented circumstances led many Member States to adopt far-reaching measures in order to rapidly and effectively curb the spread of the virus.

Member States have already given broad support to the Commission's initiative to monitor the extraordinary measures and their application across the Union on an equal basis for all Member States. Similar efforts, based on equality of approach and monitoring developments across the Union, are underway by different European institutions, the Fundamental Rights Agency, but also the Council of Europe.

Furthermore, the Commission is in the process of preparing the first annual report on the rule of law in the Union, to be published later this year, focusing on several rule of law areas. During the Croatian Presidency, this process remains in the preparatory phase. The Commission is leading the work and the Member States are involved in all the process.

I mentioned earlier that Article 7 procedures concerning Poland and Hungary were on the agenda of the General Affairs Council on 25 March. However, due to the COVID-19 emergency, that meeting had to be cancelled. Unfortunately, the emergency is not over and for the time being, it is not possible to hold a formal Council meeting.

As we already mentioned, on 6 and 22 April, emergency measures adopted in response to the COVID-19 crisis were discussed at informal video meetings by ministers of justice and European affairs. The ministers exchanged views on national and EU measures taken so far in response to the COVID-19 outbreak, including their duration, scope and effectiveness, as well as the impact of emergency measures on fundamental rights and the rule of law. Ministers shared their experience and best practices in the overall context of a collective EU response.

The Council remains seized of the Article 7 procedures and the Croatian Presidency is ready to continue proceeding at the General Affairs Council as soon as the situation allows us to convene formal Council meetings.

We continue to follow all developments closely. At the same time, we hope that the ongoing dialogue at the political level between the Commission and the Member States concerned will bring some tangible results.

The Presidency will pay particular attention to the views expressed here today during this debate.

PRESIDÊNCIA: PEDRO SILVA PEREIRA

Vice-Presidente

Presidente. – Bom dia a todos. Eu queria agradecer o contributo do Conselho para este nosso debate e, com esta intervenção do Conselho, encerramos o ponto da ordem do dia sobre a questão da Hungria e do Estado de Direito e dos Direitos Fundamentais.

Está, então, encerrado este debate.

Declarações escritas (artigo 171.º)

Dominique Bilde (ID), *par écrit*. – Comment l'Union européenne pourrait-elle conserver la moindre crédibilité au regard de son acharnement purement idéologique contre la Hongrie de Viktor Orban? La raison sous-jacente en est, bien entendu, son opposition à la politique migratoire déraisonnée que Bruxelles n'a de cesse d'imposer aux peuples européens.

Le deux poids deux mesures ne cesse de sidérer. Prenons le cas de l'Albanie, avec qui on a ouvert en catimini les négociations d'adhésion à la faveur de la crise sanitaire. Les mesures d'urgence ainsi que les lois sur la liberté de la presse ne conduisaient-elles pas récemment son président lui-même à la qualifier de potentielle «Corée du Nord de l'Europe»? Quant au Monténégro, toujours en proie aux dissensions relatives aux droits de l'Église orthodoxe serbe, n'a-t-il pas su habilement tirer parti de la crise pour inquiéter les prêtres et fidèles de cette confession?

Le point commun de ces deux États candidats est qu'ils ne dérogent pas à la ligne idéologique imposée par Bruxelles. Reste que les citoyens des États membres ne sont pas dupes de ces manigances et que, par ce parti pris systématique, l'Union aura tôt fait de perdre dans l'opinion ce qui lui restait de légitimité.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Magyaroként, európai néppárti, fideszes kollégáimmal közösen szeretném elősegíteni tájékozódásukat a koronavírus elleni védekezésről szóló magyarországi törvénnyel kapcsolatban. Írásbeli hozzászólásainkban a törvény teljes szövegét elérhetővé tesszük az Önök számára. Kérem, olvassák el, győződjenek meg arról, hogy a szövege mindenben megfelel a demokratikus alapelveknek. 7. § Ez a törvény a kihirdetését követő napon lép hatályba. 8. § E törvény hatályvesztéséről a veszélyhelyzet megszűnésével az Országgyűlés dönt. 9. § E törvény a) 2. §-a az Alaptörvény 54. cikk (4) bekezdése alapján, b) 5. §-a az Alaptörvény 24. cikk (9) bekezdése alapján, c) 6. § (1) bekezdése az Alaptörvény XXIX. cikk (3) bekezdése és 31. cikk (3) bekezdése alapján, d) 6. § (2) bekezdése az Alaptörvény XXIX. cikk (3) bekezdése, 2. cikk (1) bekezdése és 35. cikk (1) bekezdése alapján sarkalatosnak minősül.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Свидетели сме на кулминацията на безпрецедентен за историята на ЕС процес, чиито бюрократи на най-високо ниво водят открита война с неудобни страни членки и правителства.

Войната срещу Унгария и Виктор Орбан протичаше под всякакви възможни претексти – от уж отстояване на свободата на словото, до критики защо Унгария си позволява да не приема масово мигранти на територията си. Даваше се ясна заявка, в продължение на години, че консервативната и национална линия на правителството в Будапеща е нежелана от Брюксел и либералното крило, което управлява този Съюз на уж суверенни страни членки. Тази кампания достига своята грозна кулминация.

За удобен претекст на поредната атака се използва момент, в който светът страда от глобална пандемия, погубваща хиляди човешки животи. Правителствата се борят да намерят спасение за гражданите си. Това прави и правителството в Будапеща, справяйки се, изглежда умело, съдейки по данните до момента. Докато ЕС си позволява поредната атака срещу Орбан тъкмо заради мерките, които Будапеща прилага за справяне с вируса. Това е цинизъм, безочие и пылна липса на елементарен човешки морал.

Призовавам европейските граждани от всички политически семейства и партии да се обединят в този тежък за континента ни момент, вместо да се принизяват до сцени на грозни и бескрупулни политически атаки.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Magyaroként, európai néppárti, fideszes kollégáimmal közösen szeretném elősegíteni tájékozódásukat a koronavírus elleni védekezésről szóló magyarországi törvénnyel kapcsolatban. Írásbeli hozzászólásainkban a törvény teljes szövegét elérhetővé tesszük az Önök számára. Kérem, olvassák el, győződjenek meg arról, hogy a szövege mindenben megfelel a demokratikus alapelveknek. 6. § (1) A helyi önkormányzat vagy a nemzetiségi önkormányzat képviselő-testülete felhasználásának kimondása esetén e döntés hatálya a veszélyhelyzet megszűnését követő napon áll be. (2) A veszélyhelyzet megszűnését követő napig időközi választás nem tűzhető ki, a már kitűzött választások elmaradnak. A kiadott ajánlóíveket a törvény hatálybalépését követő tizenöt napon belül le kell adni a választási irodában, amely azokat megsemmisíti. A ki nem tűzött és az elmaradt választást a veszélyhelyzet megszűnését követő tizenöt napon belül ki kell tűzni. (3) A veszélyhelyzet megszűnését követő napig országos és helyi népszavazás nem kezdeményezhető, a már kitűzött országos és helyi népszavazások elmaradnak. A népszavazás kezdeményezéséről, az európai polgári kezdeményezésről, valamint a népszavazási eljárásról szóló 2013. évi CCXXXVIII. törvény II–IV. Fejezetében meghatározott valamennyi határidő megszakad. A határidők a veszélyhelyzet megszűnését követő napon újra kezdődnek. A ki nem tűzött és az elmaradt országos és helyi népszavazást a veszélyhelyzet megszűnését követő tizenöt napon belül ki kell tűzni.

Elisabetta Gualmini (S&D), *per iscritto*. – Nelle ultime settimane si sta verificando un ulteriore grave peggioramento per quanto riguarda il rispetto delle norme di Stato di diritto e di pieno funzionamento della democrazia in Ungheria. Prima la decisione di Orbán di approvare delle misure di emergenza che annullano del tutto il ruolo del Parlamento per un periodo indefinito di tempo e consentono al suo governo di governare attraverso decreti. Poi, la limitazione alla libertà di stampa, dato che il governo che ha imposto pene severe e assolutamente sproporzionate – come la reclusione – a chi è accusato di diffondere disinformazione, come denunciato da vari esponenti della stampa e delle opposizioni. Quindi, la decisione da parte dei due partiti della maggioranza al governo, di non ratificare la Convenzione di Istanbul "Sulla prevenzione e la lotta contro la violenza nei confronti delle donne e la violenza domestica", che rappresenta il trattato internazionale di più ampia portata per affrontare questa grave forma di violazione dei diritti umani. Non possiamo più tollerare che un Paese membro violi costantemente i principi fondanti dell'Unione (articolo 4 TUE) e continui a ricevere miliardi di euro in finanziamenti europei. Nel nuovo bilancio pluriennale ci devono essere condizionalità durissime nell'erogazione dei fondi per quei Paesi che non rispettano le regole dello Stato di diritto.

Balázs Hidvéghi (PPE), *írásban*. – Magyaroként, európai néppárti, fideszes kollégáimmal közösen szeretném elősegíteni tájékozódásukat a koronavírus elleni védekezésről szóló magyarországi törvénnyel kapcsolatban. Írásbeli hozzászólásainkban a törvény teljes szövegét elérhetővé tesszük az Önök számára. Kérem, olvassák el, győződjenek meg arról, hogy a szövege mindenben megfelel a demokratikus alapelveknek. 1. § Ez a törvény az Alaptörvény 53. cikk (1) bekezdése alapján a Kormány által kihirdetett, a veszélyhelyzet kihirdetéséről szóló 40/2020. (III. 11.) Korm. rendelet (a továbbiakban: Rendelet) szerinti, az élet- és vagyonbiztonságot veszélyeztető tömeges megbetegedést okozó humánjárvány megelőzése, illetve következményeinek elhárítása, a magyar állampolgárok egészségének és életének megóvása érdekében elrendelt veszélyhelyzettel (a továbbiakban: veszélyhelyzet) összefüggő sajátos szabályokat állapítja meg. 2. § (1) A Kormány a veszélyhelyzetben – a katasztrófavédelemről és a hozzá kapcsolódó egyes törvények módosításáról szóló 2011. évi CXXXVIII. törvényben meghatározott rendkívüli intézkedéseken és szabályokon túl – az állampolgárok élet-, egészség-, személyi-, vagyon- és jogbiztonságának, valamint a nemzetgazdaság stabilitásának garantálása érdekében rendeletével egyes törvények alkalmazását felfüggesztheti, törvényi rendelkezésektől eltérhet, és egyéb rendkívüli intézkedéseket hozhat. (2) A Kormány az (1) bekezdés szerinti jogkörét – a szükséges mértékben, az elérni kívánt céllal arányosan – a Rendelet szerinti humánjárvány megelőzése, kezelése, felszámolása, továbbá káros hatásainak megelőzése, illetve elhárítása céljából gyakorolhatja.

Livia Járóka (PPE), *írásban*. – Magyaroként, európai néppárti, fideszes kollégáimmal közösen szeretném elősegíteni tájékozódásukat a koronavírus elleni védekezésről szóló magyarországi törvénnyel kapcsolatban. Írásbeli hozzászólásainkban a törvény teljes szövegét elérhetővé tesszük az Önök számára. Kérem, olvassák el, győződjenek meg arról, hogy a szövege mindenben megfelel a demokratikus alapelveknek. 2020. évi XII. törvény a koronavírus elleni védekezésről. Az Országgyűlés annak érdekében, hogy a Kormány a COVID-19 fertőzés okozta tömeges megbetegedést okozó, 2020. évben bekövetkezett humánjárvány megelőzésére, illetve következményeinek elhárítására valamennyi szükséges rendkívüli intézkedést megtehesse, szem előtt tartva különösen annak lehetőségét, hogy az Országgyűlés ülésezése a humánjárvány következtében szünetelhet, annak tudatában, hogy vészes időkben felelős döntéseket kell hozni, és hogy az eddig megtett – és a potenciálisan előttünk álló – intézkedések szokatlan és idegen korlátozásnak tűnnek, de ezek betartása, az összefogás és a fegyelmeztség a magyarság legfontosabb erőforrása lehet, a közös cselekvés, a nemzeti összefogás, az egészségügyben és a rendfenntartásban dolgozók, illetve valamennyi érintett áldozatos munkája elismerésével, a Kormány veszélyhelyzetben alkotott rendeletei hatályának meghosszabbítására vonatkozó felhatalmazás megadására és kereteinek meghatározására a következő törvényt alkotja.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Magyaroként, európai néppárti, fideszes kollégáimmal közösen szeretném elősegíteni tájékozódásukat a koronavírus elleni védekezésről szóló magyarországi törvénnyel kapcsolatban. Írásbeli hozzászólásainkban a törvény teljes szövegét elérhetővé tesszük az Önök számára. Kérem, olvassák el, győződjenek meg arról, hogy a szövege mindenben megfelel a demokratikus alapelveknek. 3. § (1) Az Országgyűlés az Alaptörvény 53. cikk (3) bekezdése alapján felhatalmazza a Kormányt, hogy a veszélyhelyzetben az Alaptörvény 53. cikk (1) és (2) bekezdése szerinti kormányrendeletek hatályát a veszélyhelyzet megszűnéséig meghosszabbítsa. (2) Az Országgyűlés a veszélyhelyzet megszűnését megelőzően az (1) bekezdés szerinti felhatalmazását visszavonhatja. (3) Az Országgyűlés a Rendelet hatálybalépését követően e törvény hatálybalépéséig megalkotott, (1) bekezdés szerinti kormányrendeleteket megerősíti. 4. § A Kormány a veszélyhelyzet elhárítása érdekében az intézkedések hatályának fenntartásáig megtett intézkedésekről rendszeresen az Országgyűlés ülésén – annak hiányában az Országgyűlés elnöke és az országgyűlési képviselőcsoportok vezetői részére – ad tájékoztatást. 5. § (1) Az Alkotmánybíróság elnöke (a továbbiakban: elnök) és az Alkotmánybíróság főtitkára gondoskodik az Alkotmánybíróság veszélyhelyzetben történő folyamatos működéséről, és megteszi az ehhez szükséges szervezeti működtetési, ügyviteli és döntés-előkészítési intézkedéseket. (2) Az Alkotmánybíróság teljes ülése,

valamint a tanács ülése a veszélyhelyzet megszüntéséig az elnök döntése alapján elektronikus kommunikációs eszköz igénybevétele is megtartható. (3) Az elnök a veszélyhelyzetben engedélyezheti az Alkotmánybíróság ügyrendjétől való eltérést.

Beata Mazurek (ECR), na piśmie. – Czy możemy winić Węgrów za to, że jako jedno z pierwszych państw w Europie podjęły zdecydowane kroki w walce z koronawirusem? Już od 10 kwietnia rząd Węgier rozpoczął wprowadzanie przepisów, których celem było ograniczenie wpływu pandemii koronawirusa na krajową gospodarkę i rynek pracy. I tak np. specjalne strefy gospodarcze, gdzie znajdują się inwestycje najważniejsze dla gospodarki narodowej, zostały wyłączone spod zarządu samorządów i podporządkowane administracji państwowej wraz z przejściem opłacanych podatków. Te decyzje poprzedziło wprowadzenie 30 marca dekrétów zawieszających niektóre akty prawne, zakazujących przeprowadzania wyborów uzupełniających i referendum, podnoszących wymiar kar za złamanie nakazu kwarantanny czy rozpowszechnianie fałszywych informacji na temat pandemii.

Działania węgierskiego rządu umożliwiły wznowienie już w kwietniu produkcji przez największe zakłady produkcyjne, m.in. przez fabryki Audi, Mercedesa, Opla i Suzuki. Dzięki szybkim i stanowczym działaniom rządu nie tylko ograniczono rozmiar strat w gospodarce i powstrzymano jej wygaszanie, ale także liczba zakażonych na Węgrzech pozostaje mniejsza niż np. w Czechach czy Austrii (pięciokrotnie mniejsza).

Powyższe dane wskazują na słuszność decyzji podjętych przez rząd Victora Orbana, który skutecznie chroni swój kraj i swoich obywateli przed szalejącą pandemią.

Csaba Molnár (S&D), írásban. – Ugye már senkit nem kell arról meggyőzni, hogy Orbánt udvariaskodással nem lehet megállítani. A magyar miniszterelnök számtalanszor eljátszotta már, hogy Európában kulturált politikusi módjára viselkedik, majd otthon, az Önök háta mögött szidja az Európai Uniót, az európai értékeket, és mindent megtesz azért, hogy diktatúrát csináljon Magyarországból. Orbán csak az erőből ért. Politikáját a pénz motiválja, hogy minél többet lopjon, és ezt most a járvány alatt, a felhatalmazási törvény hatálya alatt is minden nap bebizonyítja. Sorra hozza az olyan rendeleteket, melyeknek semmi köze a járványhoz, de alkalmasak arra, hogy haverjai gazdagodjanak, és hogy a demokratikus értékeket még tovább rombolja.

Be kell fejeznünk egymás győzködését, hogy egy-egy ilyen vita során siránkozunk, hogy Orbán mindennel szembe megy, amit mi értéknek tartunk. Egész egyszerűen meg kell állítani. Nem hónapok múlva, nem mindenféle ultimátumot adva, hanem azonnal.

A magyar miniszterelnök lopásra épülő politikáját egyszerűen meg lehetne állítani. Ki kell zárni az uniós pénzek elosztásából. Ebből értene Orbán. Semmi másból. Ha Önöknek valóban fontosak a közös értékeink, akkor ne halogassuk tovább: kössük jogállamisághoz a kifizetéseket. Ezt várják a magyarok, mert ez az érdekünk, minden európai érdeke.

Kati Piri (S&D), in writing. – Arresting people for giving their opinion. Blocking the Istanbul Convention for ‘promoting gender ideology’. Banning legal gender recognition for transgender people. These are some examples of measures taken since Hungary declared an indefinite state of emergency under the guise of combatting the Covid-19 pandemic. None of these decisions prevent the virus from spreading. All they prevent is people from being themselves, being protected and speaking their minds. Hungary is not a democracy anymore. In the past ten years, we saw how an EU member state put an end to its rule of law. We just stood by and watched. Even after the latest developments, the EU is not able to take action. In a statement calling for proportionate crisis measures, the Commission President managed not to mention the country it was all about: Hungary. Still, there is no infringement procedure and no progress in the Article 7 procedure. How many more warnings, letters and expressed concerns do we need? Let this ‘state of emergency’ finally be the reason to take real action. The longer we wait, the higher the chance we miss our last opportunity to make a difference for the Hungarian people.

Sándor Rónai (S&D), írásban. – Nem ez az első alkalom, hogy a magyar kormány tevékenységét ebben a házban kell megvitatnunk. Tíz év alatt sok alkalom adódott már. Most a felhatalmazási törvény kapcsán kell beszélnünk róla. Egy törvény, amellyel teljhatalmat adott magának a kormány a járványhelyzetre hivatkozva. Mindenki látja Orbánék ámkfutását, hiába próbálják mindenhol elhíttetni, hogy semmi baj a magyar jogállamisággal. De van, engedjék meg, hogy néhány példát felsoroljak az ún. járványintézkedésekből. A kormány az önkormányzatokat bevételektől fosztotta meg, ami miatt sok helyen komoly gondba kerültek. Sok önkormányzatnál készülnek elbocsátásokra, mert egyszerűen nem tudják kigazdálkodni a béreket. Ott vannak például a sporttámogatások. Képtelenség megérteni, hogy miközben a munkájukat elvesztő embereknek juttatnak valamit, milliárdokat költöttek el stadionokra, uszodák építésére. A járvány alatt sikerült több ezer embernek közalkalmazotti státuszát is megszüntetni. És persze, hogy a veszélyhelyzet alatt volt fontos megfűzni a kormánykoalíciónak az Isztambuli Egyezményt is. Mondják meg, hogy mi köze van ezeknek az intézkedéseknek?

seknek a járványkezeléséhez? Semmi. Annál inkább van köze a kormányzati hatalom kiterjesztéséhez, a jogállamiság tovább tiprásához.

Isabel Santos (S&D), *por escrito*. – O debate sobre as violações do estado de direito na Hungria tornou-se algo recorrente no seio do Parlamento Europeu ao longo dos últimos quase 10 anos. O surto de Covid19 apenas veio exacerbar a crise da democracia na Hungria. Temos vindo a assistir à mais pura e descarada deriva autocrática. A coberto da declaração do estado de emergência, o Senhor Orbán passou a governar por decreto, sem escrutínio parlamentar, por tempo indeterminado e a liberdade de imprensa vê-se cada vez mais restringida a pretexto da necessidade de combater desinformação.

A discriminação dos transsexuais é levada ao extremo ultrajante, aproveitando o silêncio do tempo de quarentena. Uma longa lista de episódios que vai crescendo diante das palavras ocas e da inação da Comissão, do Conselho e do PPE - a família política do FIDEZ. Não podemos continuar a ser complacentes com autocratas. É tempo de atuar com coragem e determinação. A falta de efetividade na defesa dos seus valores fundamentais ameaça arruinar a credibilidade da UE. É imperioso que se adote um mecanismo de proteção da democracia e do estado de direito fundado na condicionalidade do respeito pelos mesmos para o acesso a transferências financeiras do Orçamento UE.

Андрей Слабаков (ECR), *в писмена форма*. – Отново се занимаваме с дебат лишен от смисъл. Сера е времето за бързи и смислени действия. Трябва да обсъждаме конкретни мерки, които да спасят човешки животи и да възстановят икономиката. Вместо това, вие сте решили да си разчистите старите сметки с Унгария и Орбан. Обявявате се против така наречената тирания, но всъщност използвате позицията си, за да накажете тези държави членки, които отказват да се присъединят към вашата мечта за Империя Европа и нейните „нови ценности и морал“.

Защо иначе слушаме днес за Истанбулската конвенция? Тя няма нищо общо с настоящата криза или с извънредните мерки в Унгария. Колеги, отново използвате истински проблеми, за да прокарате насилнически идеи. Не ви интересуват гражданските права и свободи, а само политическите ви цели. Къде са обвиненията срещу социалистическото правителство в Испания и тяхната кампания за дезинформация? Защо скачате само срещу унгарските мерки за борба с фалшивите новини? Та нали целият ЕС е против дезинформацията?

Лицемерно е, колеги, да се криете зад фалшива загриженост за конституционните права на унгарците, но да не обръщате внимание на опитите на Конте да заобиколи италианската Конституция. Занимавайте се с истинските проблеми в ЕС. Нека се върнем към смислена и обществено полезна дейност.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Opatrenia vlád a ich zväčšené právomoci, v čase boja s koronakrízou, nesmú byť vládami zneužívané. A to v žiadnom štáte EÚ vrátane Maďarska. Je nevyhnutné, aby EÚ monitorovala každý pokus členského štátu o obmedzenie slobody občanov a ich základných práv. Zvlášť pri krajinách, z ktorých dlhodobo zaznievajú varovné signály o nedodržívaní demokratických pravidiel. Parlament musí mať právomoc ukončiť núdzový stav. Medzinárodné dohody naďalej platia. Právomoci majú mať jasné mantinely a nebyť úmyselne definované na čo najširší manévrovací priestor použitia moci. Za obzvlášť nebezpečnú považujem benevolentnú a samovoľnú kriminalizáciu občanov, či novinárskej obce, bez možnosti adekvátne sa brániť v konkrétnom čase.

József Szájer (PPE), *in writing*. – While the Parliament has still failed to restore its legitimate functioning, it is now arbitrarily extending the scope of the procedures for which it is supposed to have a mandate. The current functioning of the European Parliament is based on a Bureau decision with limited scope to urgency procedures. Deviation from the order of ordinary plenary sessions is also only possible on the grounds of urgency, ensuring the possibility for the President to convene extraordinary sessions of the Parliament. Commission proposals on the pandemic, discharge and other decisions related to the budgetary power of the Parliament do require an urgency procedure. It should be noted however that the extension of the scope of the urgency procedures beyond these is strictly unlawful and would be even if, provided, but not allowed, the Bureau decision on the current functioning and the electronic voting system gave a legitimate mandate for the Parliament to operate. Fisheries Partnership Agreement, dactyloscopic data exchange in the United Kingdom, just to name a few examples, do not meet the criteria of the urgency procedure hence does not fall within the scope of the operation allegedly provided for by the Bureau decision allowing the electronic voting system.

Hermann Tertsch (ECR), *por escrito*. – Ha sido lamentable escuchar hoy a eurodiputados lanzar acusaciones y difamaciones contra Hungría. Viktor Orbán cuenta con un respaldo parlamentario de más de dos tercios —137 sobre 190—, que le ha otorgado poderes especiales para una eficaz lucha contra la pandemia, que está siendo un éxito.

Añadido sarcasmo es oír esas acusaciones por boca de una socialista española. Un miembro del PSOE de Pedro Sánchez, aliado con los comunistas de Podemos, que pisotean toda garantía democrática, vigilan, amenazan y persiguen opiniones críticas y utilizan a la policía para la intimidación política. Con una raquítica minoría lograda con engaños, tiene que gobernar con separatistas, golpistas y filoterroristas. Mientras España sufre la peor mortandad por habitante del mundo, con 40 000 muertos ya, en parte ocultados por el Gobierno. Y 50 000 sanitarios contagiados, fruto de fracaso e incompetencia. El Gobierno socialcomunista, con nexos con dictaduras en Venezuela y Cuba y vínculos con la organización terrorista narcotraficante colombiana FARC, está desmantelando la democracia en España y construyendo una jaula.

Comparen Hungría y España hoy, tanto en libertades democráticas como en lucha contra el coronavirus, y verán que donde tiene que alarmarse la Comisión no es en Budapest, es en Madrid.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Magyar képviselőként és hazafiként végtelenül szomorú vagyok, hogy ismét a magyar kormány politikája van napirenden. Magyarország ennél többet érdemel. Nézzük a valóságot! Az MSZP online felületén elindította a „Diktatúra-figyelő” alkalmazást, amely sorra veszi azokat a túlkapasokat, amelyeket a Fidesz végez a koronavírus elleni védekezés mögé bújva. Van belőle számtalan. Az elmúlt napokban például „rémhírtérjesztés” miatt több embert előállítottak a rendőrök, mert közösségi oldalaikon kritizálták a kormány járványkezelését.

A Fidesz erkölcstelenségét bizonyítja az is, ahogy a járványt az ellenzéki polgármesterekkel való leszámolásra használja: a napokban nyújtották be azt – a veszélyhelyzetre hivatkozó – javaslatot, amely adóbevételket és jogosítványokat vesz el a kormány által kiválasztott (ellenzéki) önkormányzatoktól és adja oda azt a fideszes vezetésű megyei önkormányzatoknak. Végtelenül gyalázatos, hogy a magyar kormány még ezt a járványhelyzetet is politikai bosszúra és zsákmányszerzésre használja fel.

Most, amikor a következő hétéves költségvetésről is döntünk majd, fel kell merülnie a kérdésnek: hogyan lehet szankcionálni egy EU-ellenes tagállami kormányt anélkül, hogy az országot, vagy a polgárait bármilyen kár érje. Javaslom, hogy kössük az uniós források kifizetését az Európai Ügyészséghez való csatlakozáshoz! Amíg Orbán erre nem hajlandó, ne dönthessen az európai források elosztásáról! Bírálják el független brüsszeli döntéshozók a pályázatokat! Ne hizlalhassa tovább EU-forrásokból oligarcháit és a lopakodó diktatúráját!

Henna Virkkunen (PPE), *kirjallinen*. – Koronaviruspandemia asettaa kaikki eurooppalaiset yhteiskunnat tilanteeseen, jossa riskit oikeusvaltio- ja demokration periaatteiden rikkoautumisesta ovat tavanomaista suurempia. Yhteiskunnat, joissa kyseisillä periaatteilla on jo aiemmin pyyhitty lattiaa, ovat vaarassa ajautua yhä syvemmälle autoritäärisyyden kierteeseen. Kun tällaisessa kiertäessä ajautuu riittävästi syvälle, on sieltä erittäin vaikea enää nousta. Unkari on nyt todella lähellä tätä rajaa ja sen demokratia lähellä hajoamista. Unkarin kohdalla huoleni ei liity vain poikkeustilalainsäädäntöön vaan maan demopään kehitykseen. Orbánin hallitus on Unkarissa järjestelmällisesti kaventanut median, kansalaisyhteiskunnan ja tieteen liikkumattilaa sekä keskittänyt valtaa itselleen tavalla, joka ei ole demokraattisen yhteiskunnan pelisääntöjen mukainen. Unkarin tilanteeseen on herätty Euroopassa aivan liian myöhään. Eri maiden oikeusvaltiokehitystä seuraavat tahot ovat varoittaneet Unkarin kehityksestä jo 2010-luvun alusta lähtien, jolloin Fidesz suunnitteli ensimmäisiä merkittäviä muutoksia maansa institutionaaliseen rakenteeseen. Tilanne on otettu vakavasti vasta, kun suurta vahinkoa on jo tapahtunut. On selvää, että viimeistään nyt kaikki ne toimenpiteet, joita aiemmin on pidetty liian hankalina, on otettava täysimääräisesti käyttöön. Artikla 7:n mukaista menettelyä on nopeutettava ja Unkari on vietävä tilanteeseen, jossa sen äänioikeus neuvostossa on uhattuna. Vielä tärkeämpää on se, että EU:n rahahanat katkaistaan. Ne ovat Viktor Orbánin elämänlanka, jolla hän rakentaa omaa keskusjohtoista kapitalismiaan, jossa voittajia ovat valtaapitävät ja heidän lähipiirinsä.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), *na piśmie*. – To naprawdę niezrozumiałe, dlaczego w czasie pandemii zajmujemy się kwestią praworządności na Węgrzech, a konkretnie rzekomym jej łamaniem przez nadzwyczajne środki wprowadzone, tak jak w wielu innych państwach członkowskich, w celu skutecznej walki z pandemią. Dodatkowo forma, w jakiej prowadzona jest ta debata, nie pozwala rządowi węgierskiemu na zaprezentowanie argumentów w swojej obronie. To jest niezgodne z zasadą rzetelnego procesu, która też stanowi podstawową zasadę praworządności. Gdyby przewodniczący PE dopuścił przedstawiciela rządu węgierskiego do głosu, dowiedzielibyśmy się, że ustawa o stanie nadzwyczajnym nie daje rządowi nieograniczonych uprawnień. Kończąc się one bowiem wraz z końcem pandemii lub nawet wcześniej, jeśli parlament tak postanowi. Komisja Europejska zdaje sobie z tego sprawę, dlatego nie wszczyną postępowania w sprawie uchybienia zobowiązaniom państwa członkowskiego. Dzisiejsza debata jest kolejnym dowodem na stosowanie

w UE podwójnych standardów.

7. 70. Jahrestag der Schuman-Erklärung (Aussprache)

Presidente. – Tenho a honra de introduzir o ponto seguinte da ordem do dia, nada mais nada menos do que as declarações do Conselho e da Comissão sobre o 70.º aniversário da Declaração Schuman (2020/2642(RSP)). Como todos sabem, não estão previstos para este debate os tradicionais procedimentos «catch the eye» nem «cartão azul».

Nikolina Brnjac, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, we are celebrating the 70th anniversary of the Schuman Declaration in truly unprecedented and challenging circumstances. Today, we are faced with heart-breaking numbers: more than 100 000 people have died in the European Union.

Let me from the outset express my sympathy with those who have lost their loved ones and my gratitude to the essential workers in hospitals and care homes, but also in shops, transportation and public services.

Moreover, millions of citizens have faced unprecedented restrictions aimed at containing the spread of the virus. The pandemic is putting our societies under serious strain. But the crisis has shown that, with the right synergy and close cooperation between Member States and EU institutions in the spirit of the Schuman Declaration, we can provide efficient and effective solutions.

The Commission and the ECB took exceptional steps. The Parliament and the Council adopted, without delay, emergency packages of legislation. The European Council has given overall direction. I will not go into details on the EU response. Let me just say that work continues with a sense of urgency and a determination.

As Prime Minister Plenković said on Saturday, from the start of our Presidency, we have been dealing with complex and important issues for the future of Europe: from ensuring an orderly Brexit and agreeing on a mandate for negotiation with the United Kingdom to negotiation of the Multiannual Financial Framework (MFF) package, discussions about the Green Deal and with a strong emphasis on enlargement policy and our strategic relations with the Western Balkans.

The negotiations on the MFF for the period 2021-2027 will now intensify with a new approach in the changed circumstances. Of course, the COVID-19 pandemic poses an unprecedented and unexpected challenge for all of us, as well as unprecedented administrative and logistical challenges for our Presidency. We've had to react quickly and find solutions to be able to ensure continuity of decision-making and make sure that the Union can act.

Within the Council, we have ensured effective discussions and rapid agreements on a number of European regulations and guidelines for more flexible use of European funds, easier procurement and production of medical equipment, and assuring the flow of goods across borders as well as the transport corridors.

In addition, we have facilitated the repatriation of all European citizens from third countries, enabled coordinated monitoring of the development of the epidemiological situation and facilitated the decisions on reducing restrictions at a national level, which should also lead to a revival of tourism and business activities.

Our response to the crisis is comprehensive and strong in order to preserve jobs, entrepreneurship and ensure a rapid and effective recovery while strengthening the solidarity and resilience of all Member States and our neighbours.

Furthermore, I would like to highlight our work on enlargement; first with the new methodology, then with the Council decision to open negotiations with Albania and North Macedonia. I would also like to highlight the recent EU-Western Balkans Zagreb Summit and the adoption of the Zagreb Declaration, which reaffirms and consolidates a clear European perspective and future of our Western Balkan partners.

It is a situation where the European Union is facing the greatest challenges since the World War 2. The Conference on the Future of Europe can serve as an important framework for reflection, open debate and a vision of our common European future in a dialogue between all Member States, European institutions and with full involvement of our citizens and other stakeholders.

The Presidency will spare no efforts in working to reach a consensus in the Council as soon as possible and in securing an agreement with the other European institutions on the timing and manner of launching this conference, which is important for the long-term future of Europe.

'World peace cannot be safeguarded without the making of creative efforts proportionate to the dangers which threaten it', said Robert Schuman in the opening words of his Declaration 70 years ago. Today, the context is obviously different, but the dangers are no less real and deserve creative efforts proportionate to them.

The motto of the Croatian Presidency: 'a strong Europe in a world of challenges' applies today even more than on the first day of our Presidency. I have travelled from Zagreb to this plenary for almost 10 hours to underline our Presidency's determination to continue working closely with the European Parliament. Indeed, it is my firm belief and we remain united in solidarity, we can emerge from this crisis together.

Maroš Šefčovič, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, 75 years ago, the guns of the Second World War in Europe fell silent. The Nazi regime was defeated, but Europe lay in ruins. Just five years later, on 9 May 1950, Robert Schuman made a declaration that would profoundly change this continent and would put it on a path that no one could have anticipated. For me, this is a very special moment. Seventy years ago, Robert Schuman started a journey, step by step. He showed us the way and the direction. And today, here we are. Just seven days ago, at the EU-Western Balkans Summit, we laid the ground for reuniting the Western Balkans with our union, reuniting Europe's history with its geography.

Yes, today, our union faces its greatest challenge yet: a pandemic that knows no borders, a pandemic that threatens our lives and our way of life, a pandemic that has tested our union to its core. But, as so often in history, this crisis has also shown Europe's greatest strengths: our commitment to unity, born of common values and shared history, and our solidarity with those in need. Schuman's words resonate today more strongly than ever before: 'it is no longer a time for vain words, but for a bold, constructive act'. The Schuman Declaration embodied the perfect balance, the delicate dance between idealism and pragmatism, without which there would be No European Union and No European solidarity as we know it today. He famously said, 'Europe will not be made all at once according to a single plan. It will be built through concrete achievements which first create a *de facto* solidarity.'

This crisis has put that solidarity to the hardest of tests. In March, some even said that we would not pass these tests. But, if you look around the world today, Europe has become the beating heart of solidarity: French patients treated in German hospitals, Polish doctors and Romanian nurses working in Italy, and a huge recovery plan is in the making. The world is watching. Our European model will only mean something to the world if we show solidarity within our union's borders, to each other, and beyond, with our partners globally.

Since the pandemic began, the European Union has been working on all fronts to contain the spread of the coronavirus, support health systems, protect and save lives, and counter the socioeconomic impacts of the pandemic, with historically unprecedented measures at both national and EU level. The Commission will directly support the healthcare systems of EU countries with EUR 3 billion from the EU budget, matched with EUR 3 billion from the Member States to fund the Emergency Support Instrument and the rescEU common stockpile of equipment. The rescEU initiative helps secure vital equipment, from ventilators to personal protective equipment, and to mobilise medical teams for assistance to the most vulnerable, including in refugee camps. The first hosting state of this stockpile is Romania.

The production of the first ventilators has started, and some 330 000 protective masks were delivered to Spain, Italy and Croatia in the past weeks. Since the beginning of the outbreak, thanks to the EU Civil Protection Mechanism and consular protection coordination, the European Union has brought home over half a million citizens stranded all over the world. Thanks to the Emergency Support Instrument, the European Union has procured another 10 million masks, the first 1.5 million of which have already been delivered to 17 Member States.

I want to thank this House for having launched the 'Europeans Against COVID-19' campaign. This Europe Day, the Commission and the Council joined forces with you, and we all pay tribute to those who are making history today, the everyday heroes fighting the coronavirus in our hospitals, in research labs, or by delivering personal protective equipment to those in need, because we know that coronavirus knows no borders.

Tackling this pandemic is a global challenge and the EU is leading the global effort to develop and deploy effective diagnostics, treatments and a vaccine. Without this tool, every country in the world remains vulnerable. Countries and international organisations are joining forces to develop these tools and put the structures in place that ensure they are universally available and affordable. How wealthy a country is should not determine whether its people get to live without this virus.

That is why President von der Leyen launched an international pledging marathon on 4 May. So far, we have raised EUR 7.4 billion, and this includes a pledge of EUR 1.4 billion from the Commission. But we know that more is needed and I am confident it will come. The crisis gives us an opportunity to lead by example and to reach for our highest aspirations, even when, in the short term, it might be easier to give in to our lowest instincts.

We will be remembered tomorrow for how we act today. Therefore, this crisis forces us to reflect. The pandemic will have a lasting effect, not just on the global system, but also on our daily lives. It is vital that on our path to recovery, we reach out, engage and listen to citizens, at European, national, regional and local level.

The Conference on the Future of Europe is an ideal forum for that and should commence as soon as conditions allow it. The Conference, as a pan-European democratic exercise, can reinforce the link between European citizens and the institutions. It can help rebuild trust and solidarity, even in the new coronavirus reality. The context might have changed, but our determination has not. We want the Conference on the Future of Europe to give citizens a greater say in shaping future EU policies, and we want this to be a joint exercise, involving the European Parliament, the Council and the Commission on an equal footing. That is also why any decision on when to launch the Conference must be a joint one taken by all three institutions. Given the circumstances, my colleague and friend, Vice-President Šuica, who is leading the Commission's efforts on the Conference, is following this debate remotely from Croatia. She is very much looking forward to joining the debates in this House in a physical mode as soon as possible.

In order to be ready for the launch of the Conference under the containment measures scenario, the Commission is exploring digital solutions to enable us to host virtual debates and dialogues. We are working on a multilingual digital platform, allowing citizens to share their results and promote interactive ways for public engagement as part of the Conference. Such a digital platform would be open to all EU institutions. But a digital solution alone cannot reach everyone and cannot compensate for the real deal: face-to-face town hall discussions and workshops across the continent, reaching people from all walks of life. To protect the health of our citizens, we need to be patient and plan accordingly, step by step. Once the Council has adopted its mandate, we will get there. I am confident that the next step, the joint declaration by the Parliament, the Commission and the Council, which is necessary to launch the Conference, is within reach.

A little more than 30 years ago, I was looking through the barbed wire of the infamous Iron Curtain to Austria. This fence was just two kilometres from our apartment and I passed it every single day. I could see the people, the houses and the lights on the other side of the Danube, but I was told by my father that I would never be able to cross the border. Therefore, for me, the Schuman Declaration celebration is also a celebration of the European dream and freedom. I am sure that Robert Schuman would be proud today of how much we have accomplished. But I am also convinced that he would push us higher and further. Therefore, let's respond to his inspiration by building an even fairer, greener, freer and stronger Europe.

(Applause)

Esteban González Pons, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, la Unión Europea es la herencia política que nos deja la generación de nuestros padres. Nuestros padres entendieron que, o se construía Europa, o volverían la dictadura y la guerra. Europa o guerra. La idea es tan sencilla que Robert Schuman solo necesitó 868 palabras para explicarla. Y conviene recordarlo hoy porque, igual que hace cien años, el nacionalismo ha vuelto a arraigar en el corazón de los europeos. El nacionalismo es el coronavirus que infecta nuestra política.

Es nacionalista dar veintisiete respuestas nacionales diferentes a una única pandemia. Es nacionalista no homologar los criterios por los que se cuentan infectados, muertos o curados para tener una mejor posición nacional en el *ranking* de países. Es nacionalista cerrar fronteras sin coordinación. Es nacionalista la insolidaridad con las mascarillas, las medicinas, las plazas hospitalarias o la ayuda económica,

Es nacionalista llegar al Consejo Europeo con la intención de llevarse el máximo dinero poniendo el mínimo posible. Es nacionalista valorar los éxitos nacionales por cuánto me llevo para mi país y no por cuánto conseguimos todos los países juntos. Es nacionalista que para el plan de recuperación ningún primer ministro esté contemplando la economía europea en su conjunto.

¿Es que ya no quedan líderes europeístas en Europa? Dejemos de enfrentar al norte y al sur y al este y al oeste solo para obtener votos en nuestros respectivos países. Si sembramos cizaña entre europeos, recolectaremos discordia entre europeos. Ser europeísta es explicar al norte y al sur, al este y al oeste. Los europeístas nos entendemos, no nos enfrentamos.

Aparquemos de una vez nuestros egoísmos nacionales, nuestras filias y nuestras fobias. Abandonemos el «yo» y el «mío» para pensar en el «nosotros» y en «lo nuestro». La historia ha demostrado que podemos avanzar juntos sin renunciar a nuestras identidades nacionales. Frente al discurso egoísta del nacionalismo, defendamos la generosidad del patriotismo europeo y el valor de la paz.

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, antes de tomar la palabra sobre este punto me gustaría poder contestar -ya que no lo he podido hacer, al no haber tarjeta azul- al señor Gunnar Beck, del anterior debate, que ha dicho que los diputados que no estaban aquí están de vacaciones.

Señor Beck, no se equivoque. Creo hablar en nombre de todos ellos: si no están aquí, no es por capricho. Están salvando vidas, están cumpliendo las normas que establecen los distintos Gobiernos nacionales.

Yo entiendo que la extrema derecha no está muy acostumbrada a esto, pero realmente los diputados y diputadas que no están aquí lo hacen de forma responsable, porque tienen en cuenta que es necesario parar este virus entre todos.

Este 9 de mayo se cumplieron setenta años de la Declaración de Schuman. Con esta declaración y de las cenizas de la Segunda Guerra Mundial se inició el camino de la paz, la libertad y la solidaridad de la Unión Europea que conocemos hoy.

En estos setenta años, Europa ha dado paz y prosperidad a su ciudadanía y ha crecido hasta veintisiete países. A pesar de los escollos que han aparecido en esta travesía, la Unión siempre ha salido reforzada, y hoy podemos reivindicar orgullosamente nuestro lema de «Unida en la diversidad».

En la construcción del proyecto común europeo, los socialistas y demócratas estamos orgullosos de nuestra contribución para que la Unión no fuera solo un mercado común. Fue con Jacques Delors, en 1989, cuando se introdujo la dimensión social con la adopción de la Carta de los Derechos Sociales Fundamentales de los Trabajadores, y ha sido nuestro objetivo, desde entonces, construir una comunidad y no solo un mercado. Y lo seguirá siendo.

Desafortunadamente, este año celebramos un 9 de mayo distinto, con el duelo por los que han fallecido por esta crisis y saliendo de nuestros encierros ante un porvenir lleno de incertidumbres.

Como presidenta del Grupo de la Alianza Progresista de Socialistas y Demócratas, pero también como ciudadana europea, tengo el convencimiento de que de esta crisis saldremos más fuertes. En este aniversario, nuestra familia política quiere reivindicar una salida valiente frente a esta crisis, y necesitamos realmente la unidad de todos los demócratas europeos.

Ya antes de la crisis, la Unión había planteado una conferencia europea para replantearnos su futuro, y ahora debemos incluir también la recuperación.

Que sea la conferencia para la recuperación y el futuro de Europa, porque será visible. Y será importante que esta discusión establezca las prioridades políticas escuchando a la ciudadanía, a la sociedad civil; que esta conferencia no se quede exclusivamente en la burbuja de Bruselas, que nos podamos abrir y escuchar a quienes tienen cosas que decirnos.

Estimados colegas, el proyecto europeo ha sido siempre un proyecto de futuro y no ha sucumbido al pesimismo. Como pensaba Jean Monnet, cada crisis es una oportunidad para dar un paso adelante. En este setenta aniversario, transformemos esta crisis en oportunidad -con el recuerdo de los que no están- para renovar la Unión Europea haciéndola más fuerte, más justa y más solidaria.

Pascal Durand, *au nom du groupe Renew*. – Monsieur le Président, tout le monde aujourd'hui applaudit le génie visionnaire des pères de l'Europe, des Schuman, Monnet, Adenauer, Spinelli. Au risque de décevoir, je préférerais relever leur intelligence et leur pragmatisme. Ils ont compris, à l'époque, que nous n'arriverions pas à reconstruire l'Europe nécessaire sans l'inscrire dans la coopération, la paix, la démocratie et la solidarité. Sans solidarité entre les peuples et entre les États, disaient-ils, il n'y aura pas d'avenir durable pour l'Europe.

Alors, soixante-dix ans plus tard, où en sommes-nous? Nous ne partons pas de rien, nous avons réussi à construire une économie extrêmement puissante, un marché, une libre circulation pour les personnes et pour les biens. Nous avons réussi à asseoir la démocratie et à intégrer les pays qui étaient de l'autre côté du mur. Cela est une avancée que nous ne pouvons pas nier.

Mais cela ne suffit pas, cela ne suffit plus. Nous avons besoin de devenir une grande puissance politique. Nous avons besoin de consolider notre démocratie. Pour cela, nous avons besoin – vous l'avez rappelé, Monsieur Šefčovič –, bien sûr, nous avons besoin de réussir cette conférence pour le futur de l'Europe. Nous avons besoin de faire bouger notre démocratie avec les citoyens. Nous avons aussi besoin d'en finir avec la stupide règle de l'unanimité qui bloque toute évolution. Nous avons besoin de parler d'une seule voix. Nous avons besoin de modèles qui dépassent les intérêts de chacun des pays membres pour porter un intérêt général européen.

Oui, nous devons être à la hauteur des défis du vingt et unième siècle, définir les nouvelles règles d'une communauté basée sur la coopération, sur un commerce et des nouvelles règles, sur du juste échange, sur la paix, l'environnement et le social. Je dois dire que sans cette capacité à construire, sans cette capacité à coopérer, sans sortir de cette compétition fiscale qui enrichit les uns et appauvrit les autres, nous n'y arriverons pas.

Je voudrais juste terminer en rappelant une phrase d'un poète français. Jacques Prévert disait que l'on reconnaît le bonheur au bruit qu'il fait en nous quittant. J'exprime aujourd'hui le souhait que nous n'ayons pas, demain, à entendre le bruit de la démocratie, de la paix, de la justice qui nous quittent.

Jörg Meuthen, *im Namen der ID-Fraktion*. – Herr Präsident! Wir sprechen heute über den Schuman-Plan, der sich zum 70. Mal jährt. Dieser Plan bildete den Grundstein für das Gebilde, das wir heute die Europäische Union nennen. Es war ein guter Plan mit historischen Auswirkungen. Er markierte den Auftakt zur deutsch-französischen Aussöhnung, den Beginn des europäischen Friedensprojekts, das bis heute Bestand hat. Er sah Frieden und Prosperität durch wirtschaftliche Kooperation vor. Das war klug, und es hat geklappt – bis heute. Über Jahrzehnte wurde das zum heutigen EU-Binnenmarkt ausgebaut.

So weit, so gut, so erfolgreich. Nicht vorgesehen war damals die Abschaffung der nationalen Souveränitäten. Nicht vorgesehen war die Auflösung Frankreichs, Deutschlands und weiterer Staaten in einem Kunstgebilde namens Vereinigte Staaten von Europa. Das wäre auch nicht klug gewesen, und das ist es auch heute nicht. Trotzdem betreiben Heerscharen heutiger Politiker auch in diesem Haus dieses Projekt und produzieren damit das krasse Gegenteil des von Schuman Intendierten: Divergenz statt Konvergenz, Aggression statt Friedfertigkeit, Zerfall statt Kooperation. Sie verstecken nur das Chaos nicht, das sie damit anrichten, weil sie viel mehr wollen, als der Schuman-Plan in kluger Beschränkung auf wirtschaftliche Kooperation vorsah, werden wir am Ende alles verlieren. Das ist von historischer Tragik für die Nationen Europas.

Ska Keller, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, the success of the Schuman Declaration is certainly undoubtable. Lasting peace on a warring continent is a paramount achievement. But still, our Union has come even further, has been even more successful by working together. We expanded to overcome big parts of the Iron Curtain division and integrated in an ever closer Union to the benefit of the people living within. Crises, like the one we are crossing today, prove how much we have come to take for granted all the achievements of our Union. Just think about the freedom of movement.

However, it is hardly the time to pat ourselves on the back. The world today is very different from that of Schuman. We have digitalisation, globalisation, a growing nationalism, climate change. All those have fundamentally affected our realities, and the COVID-19 crisis today leaves millions without jobs, a stable income or future perspectives.

Today, our Union needs an immense leap forward. Europe needs again a Schuman-type future-proof solution oriented action. So what can this leap forward be? First of all, it should be a people and planet centred recovery from the multiple crises that Europe is currently facing – the social inequalities, the climate and biodiversity crises, the public health crisis. It is high time we used all the instruments at our disposal to create the most ambitious social, economic and environmental transformation the world has ever seen, and this must ensure that no one is left behind.

Secondly, this leap forward must re-anchor our European Union in the respect of citizens' rights, democracy and fundamental rights, because these have too often been sidelined in recent years.

Thirdly, a strong and future-proofed Union must also look beyond its immediate borders. Our Union must always offer shelter to those seeking protection. It must be open to countries that want to join and meet our rules.

We are living through challenging times for our Union. We must now prove that we can live up to those challenges. Seventy years from now, history will judge whether we have passed the test.

Derk Jan Eppink, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, 70 jaar na de verklaring van Schuman staat Europa weer op een kruispunt. Welke kant gaan wij op? Er zijn eigenlijk twee kanten. Eén kant is de vorming van een soort EU-staat, waar het grootste deel van dit Parlement voor is, met een Europese regering, Europese belastingen, een Europees leger en Europese schulden. De grote pleitbezorger van dit idee is de heer Verhofstadt, die hier helaas nu niet is, maar we vonden een boekje van hem van vroeger, zeker tien jaar geleden, waarin hij pleit voor een Europees rijk. Hij spreekt over een "New Age of Empires". Je hebt een Russisch rijk, een Chinees rijk, een Amerikaans rijk en nu moet er ook nog een Europees rijk, een European Empire, bijkomen.

Nou, wij, de Europese Conservatieven en Hervormers, willen een andere kant op, namelijk een gemeenschap van soevereine Europese staten, met een gemeenschappelijke markt voor handel en nijverheid bijvoorbeeld. Geen centralisatie zoals nu, ook geen bureaucratie. Wij willen wel flexibiliteit en laat elk land zelf bepalen welke munt het wil hebben. Wij willen ook respect voor de grondwetten van de verschillende landen en een bescheiden begroting voor noodhulp.

Daarom zeg ik in mijn laatste seconden spreektijd: laat de burgers bepalen wat ze willen. Laat ze dat bepalen in een referendum. Wat willen zij? Het Europees rijk van de heer Verhofstadt of onze gemeenschap van Europese staten?

Manon Aubry, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, chers collègues, l'Union européenne est toujours prête à romancer sa propre histoire, mais rarement à en tirer des leçons. Prendre au sérieux l'exercice de mémoire qui nous est proposé aujourd'hui nous permettrait pourtant d'apprendre des politiques menées par le passé face à des circonstances exceptionnelles.

Pour faire face aux crises, les États ont souvent taxé les plus fortunés: une taxation sur les entreprises profiteuses de guerre en France en 1916, une contribution exceptionnelle des grandes fortunes en 1945 en Allemagne.

Le niveau actuel des inégalités et de l'injustice fiscale n'est pas le cours naturel des choses. Alors que nous faisons désormais face à une des pires crises de notre histoire, comment ne pas mettre de nouveau à contribution ceux qui continuent de s'enrichir démesurément? Aujourd'hui, ceux qui profitent du coronavirus s'appellent Amazon, Netflix, Carrefour ou Sanofi. Taxons leurs bénéfices exceptionnels plutôt que de faire payer la crise aux peuples européens.

L'histoire nous démontre également que rembourser une dette insoutenable ne peut être l'horizon d'un peuple. C'est pour cela que plus de la moitié de la dette de guerre de la République fédérale d'Allemagne a été effacée en 1953. La Grèce aurait dû d'ailleurs bénéficier du même traitement de la part de l'Union européenne. La corona-dette n'est ni légitime ni remboursable. Organiser sa mise en commun et son annulation via la Banque centrale européenne est la seule solution viable, sauf à vouloir imposer à l'ensemble des peuples européens une austérité sans précédent.

Face au coronavirus et au défi climatique, chefs d'États et institutions européennes ont une responsabilité unique: ne pas passer à côté de l'Histoire et redonner enfin un sens au mot solidarité.

Jeroen Lenaers (PPE). – Voorzitter, 70 jaar geleden gaf Robert Schuman in Parijs het startschot voor de bouw van een verenigd Europa op basis van concrete verwezenlijkingen in onderlinge solidariteit. En concrete verwezenlijkingen kwamen er. We kregen de kans om over de grens te gaan en er te werken, te wonen, te ondernemen. Vrijheden die wij een aantal maanden geleden nog als vanzelfsprekend ervoeren, maar die vandaag de dag ineens weer onder druk staan. Overal in Europa gingen grenzen op slot. In mijn eigen dorp wordt ineens de doorgang versperd door metershoge hekken en containers tussen Nederland en België. Dat is onnodig en het zet de bijl aan de wortel van onze samenwerking en daarmee van onze welvaart.

Meer coördinatie is nodig, zeker in deze fase. Het is ondenkbaar dat we doeltreffende exitstrategieën kunnen ontwikkelen als we niet intensiever met elkaar samenwerken. Dus: oogkleppen af en weer over grenzen heen kijken. Ook voor onze grensondernemers, want zij worden net als veel andere ondernemers hard geraakt in deze crisis. Een ondernemer die bijvoorbeeld in Nederland een onderneming heeft maar in België of Duitsland woont, krijgt van geen enkel land ondersteuning. Ze dragen jarenlang belastingen en sociale premies af, maar als het erop aankomt kunnen ze nergens terecht. Deze mensen voelen zich in de steek gelaten. Ze vragen zich af waar dat ene Europa gebleven is.

Ik kan me dat gevoel heel goed voorstellen. 9 mei zou een Europese feestdag moeten zijn, maar zolang er containers op de grens staan en er grensondernemers tussen wal en schip vallen, valt er niet zoveel te vieren. Mocht Robert Schuman vandaag geleefd hebben, dan zou hij volgens mij eerder een traantje gelaten hebben.

Domènec Ruiz Devesa (S&D). – Señor presidente en este setenta aniversario de la fundación de la Unión —de nuestro proyecto—, Europa se enfrenta a la situación más difícil desde el año 1950. La pandemia del coronavirus es solamente el último reto de una larga lista a la que nos venimos enfrentando en los últimos diez años. Desde el cambio climático a la nueva geopolítica, pasando por la digitalización, el Brexit y la elección de Trump en la presidencia de los Estados Unidos.

Es verdad que Schuman dijo en su Declaración —y se ha recordado mucho—, que Europa no se haría de una sola vez, sino a través de la creación de solidaridades de hecho. Pero también dijo —y hay que decirlo a la vez— que la CECA era el primer paso para una federación europea. Recogía así el espíritu del manifiesto de Ventotene, una misión histórica que nosotros debemos culminar.

Por eso, este momento no es la ocasión de los pequeños pasos, sino la de un gran paso adelante. Es el momento de responder a la triple crisis de salud pública, económica e institucional con tres uniones: la sanitaria, la financiera y la política.

Gerolf Annemans (ID). – Voorzitter, een van de belangrijkste voordelen van founding fathers is dat ze meestal nooit tegenspreken. Dus wordt Schuman er in dit Parlement ook nu vandaag weer veelvuldig bij gesleurd om de uitbreiding van de gecentraliseerde eenheidsstaat te propageren. Nochtans is de COVID-19-crisis een historisch moment, want het is het momentum van de eigen lidstaat geworden. De lidstaat is het enige forum met voldoende democratie. Alleen aan democratie en in vertrouwen kunnen we levensbelangrijke zaken overlaten, zoals het beheer van onze nationale grenzen, de gezondheidszorg en de op vrijwillige solidariteit gebaseerde sociale zekerheid.

Waarde collega's, als u de toekomst van Europa enkel ziet als een steeds hechtere Unie en niets anders, zoals in de conferentie daarover nu reeds teksten voorliggen, dan mist u dat momentum. Europa zal nooit zoiets kunnen of mogen zijn. Europese samenwerking zal de verscheidenheid moeten respecteren. Anders, voorspel ik u, zal u uw Unie doen uiteenspatten.

Peter Lundgren (ECR). – Herr talman! När vi nu firar 70-årsjubileet av Schumandeklarationen befinner vi oss samtidigt i en av de absolut värsta kriserna unionen någonsin upplevt. Till ett mycket högt pris visar det sig nu också att EU är ett projekt som vid varje kris är handlingsförlamat och inte klarar att reagera snabbt och solidariskt.

Redan från början har ju EU-projektet handlat om byggandet av en politisk och ekonomisk union. Det visar sig dock klart nu att unionen har växt till en gigantisk koloss på lerbettor som suger åt sig mer och mer makt från medlemsstaterna.

Det är dags att reformera detta projekt till vad det borde vara. Det borde vara ett samarbete för att främja handel och därmed också i en förlängning fred. En 70 år gammal deklaration behöver uppdateras. Den behöver uppdateras till nutid och den behöver uppdateras till den värld vi ser framför oss nu.

Leila Chaïbi (GUE/NGL). – Monsieur le Président, s'il est vrai que nous fêtons un anniversaire, alors c'est peut-être le moment de partager le gâteau. Nous fêtons aujourd'hui les soixante-dix ans de la déclaration Schuman et cela fait soixante-dix ans qu'en Europe, il y a les discours et les actes. Dans les discours, c'est solidarité et dans les actes, c'est concurrence et chacun pour soi.

Cela a commencé avec Robert Schuman, en 1950, qui nous expliquait que la solidarité allait être au cœur de la construction européenne et qui, en même temps, mettait en place les bases de l'Europe des marchés. Plus récemment, en France, le président Macron, à peine élu, nous a fait un discours grandiloquent, à la Sorbonne, sur l'Europe, dans lequel il a répété treize fois le mot solidarité et, en même temps, sur les recommandations de la Commission européenne, il s'est mis à casser, casser les services publics et casser notamment le service public de la santé, dont nous voyons aujourd'hui à quel point il est essentiel à la solidarité.

Partout en Europe, c'est la même histoire et il est grand temps d'écouter les citoyens, leur colère, la colère des citoyens qui n'en peuvent plus de ce jeu de dupes et qui, partout, réclament, à juste titre, leur part du gâteau.

Herbert Dorfmann (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In welcher Hälfte des vergangenen Jahrhunderts hätten Sie lieber gelebt, in der ersten Hälfte oder in der zweiten Hälfte? Ich für mich bin froh, dass ich in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts geboren und aufgewachsen bin, in einer Zeit der Hoffnung und nicht des Hasses und der Zerstörung.

Ich denke, der politische Geist Robert Schumans und der Politiker seiner Zeit hat ganz maßgeblich Anteil an diesem, meinem Glück. Aber ich will auch, dass meine Kinder, die in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts geboren sind, und ich selber und meine Generation weiter an diesem Glück teilhaben können und dass wir es weiter genießen können.

Unser Segelschiff „Europäische Union“ ist an einer ganz entscheidenden Boje angekommen. Wir können weitersegeln in Richtung Wohlstand und in Richtung Zukunft. Dann brauchen wir aber eine Route, wir brauchen eine Vision, und wir brauchen den Glauben, dass wir die Zukunft gemeinsam gestalten können. Oder wir können kehrtmachen an dieser Boje, und wir können zurücksegeln in dieses Europa des Gegeneinanders, der Nationalismen und der Opportunismen.

Ich bin überzeugt: Wir brauchen Courage. Wenn ich mir diese Tage und Wochen der Krise anschau, dann habe ich den Eindruck, diese Courage und dieser Wille sind uns manchmal abhandengekommen. Jede Krise – und in einer solchen befinden wir uns ganz ohne Zweifel – ist auch eine Chance, auch eine politische Chance. Die Menschen erwarten, dass wir in diesen schweren Tagen und Wochen der Corona-Krise konkrete Antworten geben. Und mit der Zeit, mit dem Geist Robert Schumans und seiner politischen Zeitgenossen können wir diese Antwort geben. 70 Jahre Schuman-Erklärung sind daher ein Anlass zum Feiern, aber auch ein Anlass, darüber nachzudenken, wie wir mit dem Erbe dieser Politiker umgehen.

Gabriele Bischoff (S&D). – Herr Präsident! Niemand hätte sich doch vor 70 Jahren vorstellen können, welche Fahrt dieses großartige Projekt Europas aufnehmen würde, dessen Grundstein mit dieser Schuman-Erklärung gelegt worden ist – weil es mutige Europäer wie Schuman, Monet und Spinelli gab.

Und wir stehen jetzt hier an einem Wendepunkt Europas. Was wir dringend brauchen, ist genau dieser Schuman-Moment wie vor 70 Jahren, der uns hilft, aus dieser Krise herauszukommen und die Weichen für eine handlungsfähige, starke und krisenfeste Union zu legen. Und im Geiste der Schuman-Erklärung müssen wir jetzt dafür sorgen, dass wir diese Krise auch wirklich als Chance nutzen.

Stellen wir uns doch nur einmal vor, wir hätten vor zehn oder 15 Jahren den Mut gehabt, Europa tatsächlich zu reformieren. Wir hätten keine Grenzschießungen und neuen Nationalismus, keine Kleinstaaterei und nationale Alleingänge und keinen krisenanfälligen Euro. Deshalb ist es wichtig, dass wir jetzt diese Zukunftskonferenz als neuen Startpunkt für diesen Schuman-Moment sehen. Denn Europa wird nicht durch schöne Phrasen, sondern die Solidarität der Tat gebaut.

Mara Bizzotto (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, settant'anni non sono bastati per fare l'Europa.

Prendiamo l'emergenza coronavirus: dov'è finita la tanto sbandierata solidarietà europea? Prima avete trattato gli italiani come appestati, poi avete fatto finta di chiedere scusa e adesso, che è tempo di tirare fuori i soldi, cosa fate? Ci volete fregare quei soldi a prestito e con il MES: e voi questa la chiamate solidarietà? Ma non provate un minimo di vergogna?

Gli italiani hanno bisogno di soldi veri, come i miliardi che il nostro paese paga ogni anno a questa Europa schiava delle banche e delle multinazionali. Noi non vogliamo la vostra elemosina, noi vogliamo indietro i nostri soldi, tutti e subito, perché dobbiamo salvare la vita di milioni di italiani e la vita di milioni di imprese.

Cari burocrati europei, Schuman, De Gasperi e Adenauer si stanno rivoltando nella tomba di fronte alle vostre azioni. Voi avete tradito il sogno europeo, voi state uccidendo l'Europa perché, se non l'avete ancora capito, o questa Europa cambia subito oppure è destinata a morire.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Panie Przewodniczący! Cieszę się, że widzę tak dużo posłów na tej sali. Pani minister reprezentująca prezydencję Chorwacji powiedziała, że jechała tu prawie 10 godzin samochodem. Ja jechałem prawie 12 właśnie po to, żeby powiedzieć podczas tej sesji o wielkim człowieku Robercie Schumanie, który wraz z Alcidem de Gasperim i innymi ojcami założycielami Europy postanowił stworzyć konstrukcję, która byłaby zaporą dla dwóch totalitaryzmów XX wieku, z jednej strony komunizmu, a z drugiej strony narodowego socjalizmu w Niemczech. W moim przekonaniu należą mu się słowa wielkiego uznania.

Przypomnijmy, że wyobrażał on sobie wspólną Europę jako strukturę gospodarczą, lecz odwoływał się także do chrześcijańskich korzeni, do dziedzictwa, do tradycji. Powinniśmy o tym pamiętać i nie amputować tego dziedzictwa, które jest częścią naszej europejskiej historii.

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la dichiarazione Schuman, che ha dato avvio all'integrazione europea, colpisce ancora per la sua ambizione e il suo pragmatismo.

La stessa ambizione e lo stesso pragmatismo, commissario vicepresidente Šefčovič, dobbiamo averli oggi: non possiamo perderci in discussioni infinite. Va benissimo far ripartire presto la conferenza sul futuro dell'Europa, ma non deve essere una passerella per chiacchiere inconcludenti, serve arrivare all'obiettivo.

Orgogliosi della nostra storia e dei tanti obiettivi raggiunti, dobbiamo rimettere mano profondamente alla nostra Unione per superare i ritardi, gli errori e le incapacità dell'Unione quale è oggi. Questo vuol dire basta con i veti incrociati degli Stati membri, basta con estenuanti negoziati sul bilancio, dando finalmente maggiori risorse proprie all'Unione tramite una *web tax* e una tassa sulle transazioni finanziarie speculative. Basta con la troppa timidezza di fronte alle violazioni dello Stato di diritto e dei diritti sociali.

Spero che questo Parlamento possa essere unito nel lottare per questi obiettivi, perché io credo che oggi serva la federazione europea. Se non ora, quando?

Jordan Bardella (ID). – Monsieur le Président, à l'occasion des soixante-dix ans de la déclaration de Schuman, vous vous vantez de fêter l'Europe en grande pompe, mais de quelle Europe exactement parlez-vous?

Parlez-vous de cette Europe qui bafoue, en 2005, le non de la France et des Pays-Bas à la fumeuse Constitution européenne? Parlez-vous de cette Europe des accords de libre-échange, le dernier en date avec le Mexique, qui imposa à nos agriculteurs la concurrence internationale déloyale? Parlez-vous de cette Europe qui s'est couchée face au chantage d'Erdogan, arrosant la Turquie de milliards d'euros sortis de la poche des contribuables européens? Parlez-vous de cette Europe qui a laissé la Grèce seule assurer la protection de notre continent face à l'invasion migratoire? Parlez-vous de cette Europe dont le premier réflexe face au virus a consisté à mettre en garde les pays européens qui ont rétabli les frontières et dont l'impuissance a jeté l'Italie dans les bras de la Chine?

L'Europe que vous célébrez est le cheval de Troie d'un front populicide qui préférera toujours la misère du bout du monde plutôt que celle du coin de sa rue, comme en témoigne votre obsession d'intégrer l'Albanie et la Macédoine du Nord, en pleine crise sanitaire.

La véritable Europe, nous la construirons sans vous et vos chimères, mais avec les peuples, les nations et leur souveraineté qui en sont le cœur battant.

Nicola Beer (Renew). – Herr Präsident! „Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.“ Dieser Satz von Robert Schuman zur Geburtsstunde Europas hat nichts an Aktualität verloren.

In den Trümmern des Krieges waren es gemeinsame Ressourcen, Kohle und Stahl, die das Vertrauen zwischen den Erzfeinden schufen, die die Grundlage für einen gemeinsamen Raum des Rechts legten.

Schuman war Jurist, Rechtsanwalt, Justizminister. Kein Wunder, dass seine Idee Europas eine Rechtsgemeinschaft war – in der nicht die Macht über dem Recht, sondern das Recht über der Macht steht, in der nicht Sieger und Besiegte einander gegenüberstehen, sondern Staaten sich versammeln hinter der verbindenden, aber auch für alle verbindlichen Richtschnur des Rechts.

So wurde aus Konflikt kein Krieg, aus Streit kein Blutvergießen, sondern die Suche nach einem gemeinsamen Interesse.

Diese Gemeinschaft des Rechts ist unsere wertvollste Ressource. Diese Ressource gilt es über alle politischen Lager, alle unterschiedlichen Auffassungen zu bewahren und weiter auszubauen für ein besseres Europa.

Maroš Šefčovič, Vice-President of the Commission. – Mr President, I would like to thank you for this very important debate. Your statements have been very clear. On one side, most of us acknowledge that we have accomplished a lot together since the Schuman Declaration and there is a lot of which we are rightly so proud of. But, at the same time, you called for more solidarity, more action and, what I would call, result-oriented policies from our Union, which, as Ms Keller has said, must be more planet- and people-centred.

All of you called for the big debate with our European citizens under the Conference on the Future of Europe to take place as soon as possible. Because at a time like this we all feel that we need to listen more to the people – I would say even more than before – to include them in our decision-making and then, of course, to draw lessons about how we can fulfil their proposals, wishes and dreams in the best possible way.

I think we have to remind ourselves that, when Robert Schuman made his declaration for this bold and constructive action in 1950, his words did not fall on deaf ears. There was immediate follow-up. Less than one year later, the founding six countries would go on to sign the Treaty of Paris, establishing what would later become the European Union. This is how they materialised his call for peace in Europe and for legal protection against the different views of those who were more powerful at that moment, as Ms Beer has just reminded us. It was done in a big rush and what is often overlooked is the fact that, with the negotiations being done so quickly, the piece of paper that ministers signed was, in fact, left blank.

I like this because it is both a symbol of Europe's unwritten potential and that of integration being quite difficult and uncertain, but also the trust among those who were signing this blank sheet of paper that what they were doing together would be good for the future. They trusted each other because they wanted the best for our people and for our countries.

Many of you referred to Robert Schuman's famous statement that we would not build a common Europe, this important common project, all at once and in one go, but through consecutive victories on a long and hard path, and that this would be the moment when we would forge European solidarity.

I think that, if the founding fathers were with us today, on one side they would be very much impressed at how we have filled that piece of paper with successes. But I am confident that they would also have a lot of inspiration about how to proceed further.

I think that very soon they would realise, as Mr González Pons has pointed out, that it should be absolutely normal and natural to be a strong patriot and a strong European at the same time. We just want the best for our people, the best for our country and the best for our Europe. Sometimes I'm puzzled by how much proof we need to realise that, even in such a crisis as this, we do not have a single European country that can do a better job than if we do it all together as Europeans.

Ms García Pérez, Mr Durand and Mr Benifei have underlined the importance of making the debate on the Conference on the Future of Europe as relevant as possible. I would like to thank you very much for the proposals which I heard that we should include the topics of recovery and the renewed need for solidarity, and that we should debate honestly about all subjects which matter to our citizens, even such pertinent questions as fair taxation and how we can improve our common fight against tax fraud and tax evasion, which was put Mr Durand and Ms Aubry.

I agree with Ms García Pérez that the holidays look very different from what we are going through this spring. I think that we should thank all those who are working very hard, including you, honourable Members of the European Parliament, because, without your quick action, we wouldn't have been able to adopt so many measures, which I believe saved many lives and will save millions of jobs.

So now I think that the major lessons learned from the Schuman Declaration in our debate today are that we need to focus on immediate steps. We have to have an ambitious multiannual financial perspective. We have to have a recovery fund with strong firepower. We need to tackle the crisis, relaunch the economy and give a new boost to our European project through this intimate and in-depth debate with our citizens. I believe that this would be something that Robert Schuman would suggest to us and I think that this will be the best way to respect his legacy.

(Applause)

Nikolina Brnjac, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, seventy years after the Schuman Declaration is a good moment to reflect about Europe, the challenges that face us and how we can continue to make sure the Union is effective in addressing them and delivering solutions.

As I said, in these challenging circumstances, the Presidency will do its utmost to steer our work in preparing and reaching the decision needed to address the COVID-19 crisis, as well as the impact on so many aspects of our lives. Active and effective cooperation between our institutions will be crucial in that regard.

In all these very difficult circumstances, as you know, my capital city, Zagreb, was hit by a strong earthquake on 22 March, leaving many of our citizens homeless and further traumatised on top of the COVID-19 pandemic.

I thank everyone warmly for all the help and support we received. I hope that we will all learn from the experience of this crisis and work towards making Europe more resilient to similar or any other potential future crises, especially in protecting our supply chains, diversifying and bringing back to Europe end production of essential strategic goods and food in order to ensure Europe's self-sustainability.

Regarding the Conference of the Future of Europe that indeed we planned launching on 9 May. As you will understand, in the last period, our work in the Council had focussed on the immediate priority of the response to the pandemic.

However, we are determined to come back to it – first to reach a consensus on a Council position and then by negotiating among our institutions. A new target date for a launch of the conference should be agreed, and recent developments certainly need to be taken into consideration.

To that effect, the Presidency had the first exchange with Member States already this week.

Presidente. – Muito obrigado. Com esta intervenção encerramos a discussão sobre o 70.º aniversário da Declaração Schuman.

Declarações escritas (artigo 171.º)

Clara Aguilera (S&D), por escrito. – En el 70.º aniversario de la fundación de la UE, nos enfrentamos a la situación más difícil desde el año 1950. La pandemia del coronavirus nos deja miles de personas fallecidas y una depresión económica que no se recuerda desde 1929, sumándose a los retos que afrontamos en la última década: cambio climático, una geopolítica agresiva, crisis migratorias, desafío digital, *Brexit* y la elección de Trump en los EE. UU., entre otros.

En estas siete décadas Europa ha vivido el período más prolongado de paz y prosperidad, dotándose del mercado interior más grande e integrado del mundo, del euro y de una serie de políticas de inversión colectivas que han garantizado la libertad política, el progreso económico y el bienestar social.

El 9 de mayo de 1950 Robert Schuman afirmó que Europa «no se haría de una vez, sino creando solidaridades de hecho» pero también dijo que la CECA era la primera etapa «para una federación europea», misión histórica que debemos culminar. Por ello, Europa debe dotarse de nuevos instrumentos para abordar las tres crisis que vivimos en este momento: crisis de salud pública, económica y política que solo podremos abordar a través de una unión sanitaria, financiera y política europeas.

Joachim Stanisław Brudziński (ECR), na piśmie. – Jesteśmy w trakcie kolejnej sesji Parlamentu Europejskiego, która odbywa się w Brukseli, nie zaś w Strasburgu, w gronie kilkunastu, a nie kilkuset posłów na sali plenarnej. Głosujemy korespondencyjnie, w biurach, a nie na sali plenarnej. Dlaczego? Bo to nie jest zwykły czas i nie są to zwykłe okoliczności. Dlatego niezbędne są szczególne środki zaradcze nie tylko w Brukseli, ale i w całej Europie i na świecie. I takie też środki i działania podjął rząd w Budapeszcie. Niestety ta debata pokazuje, jak bardzo działania instytucji europejskich potrafią być oderwane od rzeczywistości. Instytucje potrafią jednak być konsekwentne: każda okazja, by uderzyć w rząd Węgier, jest wykorzystywana. Szuka się na wszelkie możliwe i niemożliwe sposoby „istnienia wyraźnego ryzyka poważnego naruszenia przez państwo członkowskie wartości, o których mowa w artykule 2 [Traktatu o funkcjonowaniu Unii Europejskiej]”.

Apeluję do Parlamentu Europejskiego, Rady, a szczególnie do Komisji Europejskiej, by w tym szczególnym czasie skoncentrować się na współpracy i współdziałaniu w walce z samą epidemią, jak i jej skutkami (skoro nie udało się naleźć lub chociaż lepiej przygotować do tej sytuacji), nie zaś wracać ze szczególnym upodobaniem do doszukiwania się zagrożeń dla demokracji w państwie węgierskim, które walczy o swoich obywateli.

Caterina Chinnici (S&D), per iscritto. – Il settantesimo anniversario della dichiarazione Schuman, primo passo della costruzione europea, cade nel momento più difficile per l'Europa dalla fine della seconda guerra mondiale, in cui però ancor più emerge tutta l'importanza della dichiarazione e dell'ideale in essa implicito di «un'unione sempre più stretta».

La crisi sanitaria, economica e sociale senza precedenti che la pandemia di Covid-19 ha generato dimostra come sia sempre attuale la consapevolezza, contenuta nella dichiarazione, che l'Europa deve sorgere «da realizzazioni concrete che creino anzitutto una solidarietà di fatto», e che solo «un'Europa organizzata e vitale» può davvero contribuire, oltre che «alla civiltà» e al «mantenimento di relazioni pacifiche», alla tutela dei suoi cittadini e alla promozione dei valori di libertà, uguaglianza, giustizia, legalità, tutela dei diritti fondamentali e rispetto per lo Stato di diritto.

L'esigenza di solidarietà, coordinamento e azioni congiunte, alla base della dichiarazione, non è mai stata così evidente: in particolare, nell'immediato come nel medio e lungo periodo, la solidarietà europea è e sarà fondamentale perché nessuno sia lasciato indietro.

È quindi indispensabile rafforzare le Istituzioni e le politiche europee, la loro efficacia e democraticità: solo perseverando nello spirito della dichiarazione, l'Unione potrà affrontare le difficili sfide che l'attuale momento storico pone.

Johan Danielsson (S&D), *skriftlig*. – EU grundades för att säkra fred, stärka handel, skapa jobb och ge framtidstro. I år är det 70 år sedan Schumandeklarationen. EU har förändrats drastiskt sedan dess. EU har lyckats bevara freden i Europa och samarbetet har fördjupats. Men utvecklingen har inte alltid varit till fördel för arbetstagare och fackliga organisationer. Det är viktigt med ett EU som löser medlemsländernas gemensamma problem. Samtidigt måste EU respektera fackliga fri- och rättigheter, och ge länderna politiskt och rättsligt handlingsutrymme att skapa ordning och reda på arbetsmarknaden. Oseriösa företags intressen av att röra sig över gränserna kan inte överordnas fackliga rättigheter.

Vi behöver ett EU som bidrar i kampen mot växande ojämlikhet, osund konkurrens och social dumpning. Ett EU som skapar ett golv av skydd och rättigheter för arbetstagarna på den inre marknaden, och som sätter gränser för globala företagsjättars ensidiga vinstintressen och stänger dörrarna till skatteflykt. Det är avgörande för EU:s framtid att vi lyckas föra en politik som levererar åt vanligt folk. Det är grunden för oss socialdemokrater. Och det är med den insikten som jag arbetar för en ambitiösare europeisk arbetsmiljöstrategi, för ökade möjligheter att organisera sig fackligt och träffa kollektivavtal, och för bättre förutsättningar för medlemsländerna att garantera likabehandling av arbetstagarna.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Robert Schuman francia kereszténydemokrata külügyminiszter nyilatkozatának 70. évfordulóján megállapíthatjuk: az Európai Unió éppen feléli az ő örökségét, mindazt a szellemi és erkölcsi tőkét, amelyből az integráció évtizedeken át példátlan sikerrel táplálkozott. Sürgető feladataink megoldása, a 21. századi közös európai útkeresés helyett a balliberális politikai mainstream pártpolitikai játszótérként használja az uniós intézményeket, messze túlterjeszkedve azok eredeti funkcióján, nevezetesen az európai jogalkotáson. Világosan látjuk, hogy ez az „elit” a szemünk előtt hagyja veszendőbe menni a Robert Schuman-i örökséget. Sőt, ezt a hagyományt bizonyos politikai csoportok egyszerűen megtagadják. Miközben a soha nem látott szoros együttműködésről beszélnek, összehárva rohamoznak mindenkit, aki nem az ő oldalukon áll, mindenekelőtt a nem balliberális kormányokat. Mindez egy hosszú folyamat, amely egyre szélsőséesebb példákat mutat. Része ennek hazám ismételt megtámadása is, amelynek tanúi lehettünk a ma reggeli plenáris vitán is – a megszokott koncepciók keretében.

A másik oldal folytonos, mindazonáltal alaptalan célkeresztbe állítása Schuman hagyatékának megcsúfolása, de mindez őket egyáltalán nem érdekli. Mára tehát ennek a „játéknak” a részévé, elősegítőjévé vált az Európai Parlament is. Legfontosabb feladatunk, hogy megtaláljuk a módját, miként tudunk ezen változtatni. Meggyőződésem szerint a Robert Schuman-i örökség ezt is jelenti: nem hagyni. Hagyatéka továbbra is kulcsa jelenlegi válságunk legyőzésének, egyben az európai egység megmaradásának.

Alicia Homs Ginel (S&D), *por escrito*. – En el 70.º aniversario de la fundación de la UE, nos enfrentamos a la situación más difícil desde el año 1950. La pandemia del coronavirus nos deja miles de personas fallecidas y una depresión económica que no se recuerda desde 1929, sumándose a los retos que afrontamos en la última década: cambio climático, una geopolítica agresiva, crisis migratorias, desafío digital, Brexit y la elección de Trump en los EE. UU., entre otros.

En estas siete décadas Europa ha vivido el período más prolongado de paz y prosperidad, dotándose del mercado interior más grande e integrado del mundo, del euro y de una serie de políticas de inversión colectivas que han garantizado la libertad política, el progreso económico y el bienestar social.

El 9 de mayo de 1950 Robert Schuman afirmó que Europa «no se haría de una vez, sino creando solidaridades de hecho» pero también dijo que la CECA era la primera etapa «para una federación europea», misión histórica que debemos culminar. Por ello, Europa debe dotarse de nuevos instrumentos para abordar las tres crisis que vivimos en este momento: crisis de salud pública, económica y política que solo podremos abordar a través de una unión sanitaria, financiera y política europeas.

Virginie Joron (ID), *par écrit*. – Non à la construction d'un bar de 400 places et d'un deuxième Parlement européen à Bruxelles, utilisons les bâtiments de Strasbourg, siège officiel du Parlement européen. Depuis 1958, Strasbourg est le siège du Parlement européen parce qu'il symbolise la réconciliation franco-allemande initiée par Schuman. Pour Strasbourg, le Parlement c'est 11 000 emplois et 637 millions d'euros par an. Pourtant, en 1993, un deuxième parlement a été (mal) construit à Bruxelles. Les cathédrales durent 1 000 ans mais ce bâtiment sera prochainement détruit. La démolition a été repoussée après les élections européennes pour éviter tout scandale. La reconstruction coûtera au moins 0,5 milliard d'euros. Le projet prévoit 900 places de députés, soit 200 en trop (est-ce pour les 96 députés turcs) et 940 places de bars pour les députés et leurs collaborateurs contre 1 260 places en salles de réunions. Tous les anti-Strasbourg cachent ces dépenses pharaoniques à venir, promettent moins de CO₂ et 616 millions d'euros en vendant le Parlement de Strasbourg et en licenciant son personnel. La stratégie inverse, qui serait de concentrer les activités à Strasbourg, n'a jamais été étudiée. Rien que pour l'épidémie de COVID-19, l'UE a donné 775 millions au Maghreb. La démocratie n'est pas à vendre.

Karol Karski (ECR), *na piśmie*. – 70 lat temu Robert Schuman wygłosił deklarację, która stała się fundamentem Unii Europejskiej, jaką dzisiaj znamy. Tym gestem zapoczątkowano niezwykle projekt polityczny, który zapewnił 70 lat pokoju i dobrobytu.

Jestem dumny, że przez te wszystkie lata udało nam się stworzyć wspólną gospodarczą i polityczną w oparciu o chrześcijańskie korzenie i europejskie wartości takie jak solidarność, wolność, tolerancja, równość w różnorodności i poszanowanie praworządności.

Ubolewam, że obchody tak ważnej rocznicy mają miejsce w chwili, gdy Unia Europejska stoi przed jednym z najtrudniejszych wyzwań od początków jej historii: kryzysem zdrowotnym, gospodarczym i społecznym wywołanym pandemią COVID-19. Każdy kryzys pozwala jednak wyciągnąć wnioski i może być doskonałą okazją do dalszego rozwoju, gdyż wskazuje na nasze słabości i niedociągnięcia. Wykorzystajmy to.

Jestem pewien, że ojcowie założyciele Unii Europejskiej byłiby zaskoczeni, jak bardzo rozwinął się ich projekt. Z drugiej strony 70. rocznica utworzenia Wspólnoty Europejskiej może być dobrym momentem do zatrzymania się i zastanowienia, czy nie powinniśmy przemyśleć kierunku, w którym zmierzamy, przypomnieć sobie o zasadzie pomocniczości, europejskiej solidarności oraz równości wszystkich państw członkowskich. Wydaje się bowiem, że w Brukseli, a zwłaszcza w Parlamencie Europejskim zbyt często się o tych wartościach zapomina.

Илхан Ключук (Renew), *в писмена форма*. – Днес ние знаем, че обединението на Европа е сложен процес. То ще бъде изградено с постиженията, които създават чувството на солидарност и доверие. Доверие, което съгражда основите на една нова, работеща и единна Европа.

70 години след декларацията на Шуман и благодарение на усилията на визионерите и поколения европейци, днес мирът и просперитета са основни идеали на нашия общ континент. Реализирана е мечтата на милиони граждани, но и осъзнаваме, че различията са богатството. От разпокъсани и разрушени от опустошителни войни страни, днес Европа задава световните стандарти за демокрация, човешки права и свободи и върховенство на закона. За тези 70 години Европа е била изправена на кръстопът неведнъж. Кръстопът на тежки избори и надежди.

И днес, Европа е изправена пред подобен избор. Нуждаем се от смелост, амбиция и солидарност, за да оформим бъдещето. Само тогава ще сме способни да отговорим на очакванията на нашите граждани, но вярвам, че заедно ще успеем да съградим Европа на всички европейци!

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – En el 70.º aniversario de la fundación de la UE, nos enfrentamos a la situación más difícil desde el año 1950. La pandemia del coronavirus nos deja miles de personas fallecidas y una depresión económica que no se recuerda desde 1929, sumándose a los retos que afrontamos en la última década: cambio climático, una geopolítica agresiva, crisis migratorias, desafío digital, Brexit y la elección de Trump en los EE. UU., entre otros.

En estas siete décadas Europa ha vivido el período más prolongado de paz y prosperidad, dotándose del mercado interior más grande e integrado del mundo, del euro y de una serie de políticas de inversión colectivas que han garantizado la libertad política, el progreso económico y el bienestar social.

El 9 de mayo de 1950 Robert Schuman afirmó que Europa «no se haría de una vez, sino creando solidaridades de hecho» pero también dijo que la CEEA era la primera etapa «para una federación europea», misión histórica que debemos culminar. Por ello, Europa debe dotarse de nuevos instrumentos para abordar las tres crisis que vivimos en este momento: crisis de salud pública, económica y política que solo podremos abordar a través de una Unión Sanitaria, Financiera y Política europeas.

Dace Melbārde (ECR), rakstiski. – “Ideja par vienotu Eiropu turpmāk vairs nebūs dzejnieku tēma vai utopiska vīzija; tā būs dzīva realitāte, jo Eiropas cilvēku sirdsapziņa būs sapratusi, ka šī ideja ir viņu izglābšanās iespēja.” Šie 1953. gadā vēlamības formā Robēra Šūmaņa izteiktie vārdi Covid-19 pandēmijas laikā iekļaujas tagadnes formā, jo glābiņš ir rodams pārnacionālā sadarbībā, atkāpjoties no agrākās valstu “egoistiskās domāšanas”. Tagad, kritiski analizējot dalībvalstu un arī Eiropas Savienības institūciju sākotnējo reakciju uz pandēmiju, redzam, ka spējam ātri rast kopīgo vērtību pamatu efektīvai sadarbībai. Tostarp līdz tādai pakāpei daloties ar resursiem, ka pacientus no vienas valsts pandēmijas smagāk skartajiem reģioniem pieņem kaimiņvalsts slimnīcas. Mēs esam ieausti kopīgā ekonomiskā, politiskā un kultūras tīklojumā, ko īpaši skaidri sajūtam, kad pēkšņi aizslēgtās robežas daudziem atgādina vēl nesenu pagātni, kura vienlaicīgi jau šķiet tik tāla, taču citiem tas ir kas nepieredzēts. Eiropas brīvības ir kļuvušas tik pašsaprotamas. Covid-19 ir iespēja nolikt malā pēdējo gadu nesaskaņas, kas sējušas šaubas par ES politisko identitāti, un ar konkrētiem darbiem apliecināt savstarpējo palāvību un uzticēšanos. Tostarp arī vienojoties par atveseļošanās plānu, kurā īpaša uzmanība jāpievērš sociālās nevienlīdzības novēršanai, un kopīgu nākotnes redzējumu konferencē par Eiropas nākotni, turklāt — kā uzsverts, — neatstājot nevienu iepakāļ. Arī mūsu nākotnes pamatā liekamas Eiropu veidojošās pamatvērtības: miers un solidaritāte.

Leszek Miller (S&D), na piśmie. – Deklaracja Schumana to kamień węgielny Wspólnot Europejskich i dzisiejszej Unii. Świątując 70. rocznicę jej podpisania, warto jednak przypomnieć, że deklaracja ta, zwana też planem Schumana, dotyczyła nie tylko sektorowej koordynacji wydobycia węgla i produkcji stali w państwach EWWiS, lecz przede wszystkim koncepcji utworzenia federacji europejskiej opartej na wspólnych wartościach wywodzonych z filozofii greckiej, prawa rzymskiego i chrześcijańskiego humanizmu. Ten nadrzędny cel deklaracji Schumana został przeniesiony w 1957 roku na grunt traktatu rzymskiego i widnieje tam do dziś zakodowany jako proces tworzenia coraz ściślejszego związku pomiędzy narodami Europy.

Obecnie znajdujemy się w szczególnym momencie integracji. Z jednej strony obchodzimy 70. rocznicę podpisania deklaracji Schumana i dziesięciolecie obowiązywania Traktatu z Lizbony, z drugiej doświadczamy bezprecedensowego kryzysu związanego z pandemią o wielowymiarowych skutkach zdrowotnych, gospodarczych i instytucjonalnych. Unia Europejska i państwa członkowskie powinny wykorzystać ten moment, by zrobić krok naprzód i wyjść z tego kryzysu wzmocnione. Nie tylko w oparciu o mechanizmy prointegracyjne zawarte w Traktacie z Lizbony (klauzule pomostowe), lecz także poprzez wypracowanie bardziej dalekosiężnych propozycji, m.in. w zakresie wzmocnienia pozycji Parlamentu Europejskiego, wprowadzenia ogólnej zasady głosowania w Radzie większością kwalifikowaną czy konstytucjonalizacji Europejskiego filaru praw socjalnych. Z pewnością doskonałą okazją ku temu będzie konferencja w sprawie przyszłości Europy.

Urmas Paet (Renew), kirjalikult. – Ühendatud Euroopa mõte oli vältida veel ühte sõda. Ja seni on nii ka läinud. Euroopa Liit on rahuprojekt ning ühendatud Euroopa on elanud rahu ja sõdadeta. Euroopa tugevus on ka Eesti tugevus. Selleks on meil aga eriti vaja tugevat ja üksmeelset Euroopat, mis teab, mida tähendavad vabadused, ning ka seda, kui lihtne on neist ilma jääda.

Tänases ja homses maailmas on oluline, et Eesti välispoliitika tegutseks iga päev kahe peamise eesmärgi nimel. Need on Eesti julgeoleku kindlustamine ning heaolu kasv. On tähtis, et Eesti geopolitilise asendiga ning ajalooga riik hoiaks ja panustaks liitlassuhetesse meiega samu väärtusi jagavate riikidega. Eesti liitlased on ennekõike Euroopas ja muus demokraatlikus maailmas. Seetõttu tuleb suurte välispoliitiliste eesmärkide nimel aidata Eestil oma igapäevase tegevusega kaasa sellele, et Euroopa Liit ja NATO oleksid tugevad ja toimivad. Paremat keskkonda, mis tagaks Eesti julgeoleku ja heaolu, ei ole kuskilt mujalt võtta. Kõigest, mis Euroopa koostegutsemist nõrgestab, tuleks nüüd ja järgnevatel aastatel hoiduda. Selle eest hoolitsevad paraku teised meist hoopis erinevas väärtusruumis olevad jõud.

Guido Reil (ID), schriftlich. – Vor 70 Jahren gab der damalige französische Außenminister Robert Schuman seine Erklärung, die als Anfang des Prozesses der europäischen Integration und Geburt der heutigen Europäischen Union gefeiert wird. Im Grunde genommen wurden die deutsche und die französische Kohle- und Stahlindustrie der nationalen Kontrolle entzogen und einer gemeinsamen europäischen Behörde unterstellt. Damit wurde der Frieden in Europa gesichert. Was heute unbekannt ist, ist dass Robert Schuman wie Jean Monnet und andere Vorfechter der europäischen Integration auch die Idee eines Eurafrikas umarmten. Der Zugang zu den afrikanischen Rohstoffen würde Europa ermöglichen, sich als starken Kontinent zu halten. Als 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet

wurde, besaß Frankreich noch immer ein umfassendes Kolonialreich. Das System der Präferenzzölle und Finanzhilfen war für die französische Regierung eine Voraussetzung für den Beitritt zur EWG. Frankreich betrachtete die euroafrikanische Freihandelszone als ein Mittel, um seine Hegemonie in und über Westafrika zu behalten. Interessant ist, dass in der Nachfolge des Zivilisationsauftrages der Berliner Konferenz (1884-1885) – die Afrika formell aufteilte – sowohl die Schuman-Erklärung als auch die EWG die Assoziation der überseeischen afrikanischen Territorien als ein Instrument zur Verbesserung der Entwicklung Afrikas umschrieben. In verschiedenen späteren Übersetzungen der Erklärung wurden die einschlägigen Sätze dieser Erklärung gestrichen.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – On 9 May 1950, the Schuman declaration launched the political and economic construction of Europe. Its central genial premise was that Europe could be peacefully united by concentrating on concrete step by step measures to enable convergence between its national economies via the establishment of a single common market. National and regional interests would be taken into account in a detailed give-and-take, creating a shared European acquis. Though very successful, this approach was fundamentally rejigged in the 1990's, following the collapse of the USSR. Rapid deepening and enlargement became the order of the day, sometimes run in a hegemonic manner. The deepening such as with the eurozone but also Schengen was left half done. Fast enlargement has led to spreading political and economic divergences within the Union. Now, Union members find themselves increasingly unable to agree on concrete sectoral policies, for which the Union has at least partial competence. Among them: migration; long term Union budgeting; eurozone financial management; dealings with Russia and the US; a containment and recovery strategy vis-à-vis the corona virus pandemic; and soon possibly a final solution with the UK post-Brexit. Robert Schumann would not have been amused. We have gotten far away from the strategy he set.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Sukanka 70-osios Schumano deklaracijos metinės. Jis kalbėjo apie bendruomenės kūrimą Europoje, bet ne apie tokią, kokią matome šiandien. Šiuolaikinė ES turi mažai ką bendro su politiko idėjomis, kuris remiasi krikščionybe ir laiko tautų egzistavimą kažkuo akivaizdžiu ir būtinu. Visi politikai, kurie tylėdami apeina tikrąsias politiko idėjas, ne tik perbraukia jo viziją, bet naikina vaisius, kurie atsirado po susitarimo pagal jo koncepciją. Prisiminkime per šią sukaktį tikruosius Europos bendrijos įkūrėjo tėvo žodžius, galbūt jie dar kartą palies Europos politikų sąžinę. R. Schumanas ne kartą perspėjo dėl pavojingų padarinių nukrypstant nuo krikščioniškųjų vertybių, tautų bendruomenių šalinimo, institucijų ir ekonomikos dominavimo virš tikrų santykių tarp žmonių. Tarp daugelio įspėjimų jis pasakė: „Saugokitės tų, kurių žavesys mus veda į pasyvumą. Tų, kurie nori užmigdyti mus apgaulingame saugumo jausme. Saugokitės tuščių garantijų teikėjų, kurie žada apgaulingas saugumo užtikrinimo priemones. Etapais ir žingsniais po žingsnio jie bando įvesti tai, ką sveika tautos dvasia atmeta. Galutinis jų tikslas yra aiškus. Jie bando užgesinti religinį gyvenimą šalyse ir žmonėse. Dėl meilės savo vaikams norime užkirsti kelią šioms pasekmėms. Tokia mūsų laikysena, kurią mes priimame, neturėtų kilti tik dėl pasipriešinimo, bet daugiausia todėl, kad negalime išduoti savo tautos dvasios“. Ginč dėl būsimos Europos Sąjungos formato verta prisiminti dar vieną R. Schumano mintį – „Demokratija bus krikščioniška arba jos visai nebus“.

8. Verwendung von Apps zur Ermittlung von Kontaktpersonen im Kampf gegen das Coronavirus (Aussprache)

Presidente. – Passamos ao ponto seguinte da nossa ordem de trabalhos, e o que está inscrito na ordem do dia é, como sabem, as declarações do Conselho e da Comissão sobre a utilização de aplicações informáticas de localização e rastreio de contactos na luta contra o coronavírus (2020/2634(RSP)).

Gostaria de recordar que, neste debate, como nos anteriores, não haverá procedimentos «catch the eye» nem perguntas na forma de «cartão azul».

Nikolina Brnjac, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, thank you for this opportunity to address the European Parliament on an issue so closely related to the COVID-19 pandemic. The work on COVID-19 contact tracing applications fits within the more general work to ensure a safe return to our normal social and economic activity as quickly as the circumstances allow. Contact tracing applications can help restore life in the European Union as we used to know and appreciate it – the unrestricted movement of people, goods and services – while upholding the highest health and safety standards. They would support the revival of our tourism, aviation and shipping industries.

We have followed with interest the statements and declarations coming from the European Parliament, especially the resolution on EU coordinated action to combat the COVID-19 pandemic and its consequences. As you are aware, the Commission presented its recommendation on 8 April 2020 on a common Union toolbox for the use of technology and data to combat and exit from the COVID-19 crisis. All Member States welcomed the initiative and there was overall agreement that this technology is a key element in the mix of measures for the exit strategy.

On 9 April, the European Data Protection Board also issued its guidance on this subject. When the Ministers responsible for telecommunications and digital issues held an informal videoconference on 5 May, they reached consensus on the need to ensure the interoperability of national applications. At this point in time, we have national solutions – some already working, some under development. To save time and effort, work on interoperability should take into account the progress already made at the national level.

We must also make sure that, irrespective of the technical solutions adopted, these apps are trusted enough to be used by our citizens in large enough numbers. This will not happen unless the apps can be used on a voluntary basis, ensure adequate protection of personal data and privacy and avoid the stigmatisation or any potential misuse of the collected and stored data. There is a need for a joint shared approach and common standards in developing such apps. These apps should do nothing more than trace contacts. Malfunctioning of the app could potentially change the life of our users, so the efficiency of the application should always be checked.

It is also important to mention that there are sizeable regional differences between digital services across and between the different Member States. We must ensure digital inclusion in every part of Europe. Bridging this gap will not happen without investments, interconnectivity, technological and human digital skills. In this respect, the Croatian Presidency is working on the Council conclusions as our answer to the Commission communication on shaping Europe's digital future. The issues include the resilience of our digital infrastructure, the importance of reliable data availability at the European level, the urgency of implementing our e-health initiatives, the importance of improving the digital aspects of our education, our security, of our networks and data. All these aspects will be covered in the Council conclusions.

Didier Reynders, *membre de la Commission*. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les membres du Parlement européen, je voudrais vous remercier également d'avoir inclus ce débat dans la plénière d'aujourd'hui.

La pandémie qui sévit actuellement ne connaît pas de frontières. Les données et la technologie peuvent nous aider dans la lutte contre le coronavirus et dans la levée progressive des restrictions et le rétablissement de la libre circulation des personnes. Les applications de traçage des contacts peuvent jouer un rôle dans cette entreprise.

The Commission adopted the recommendation on 8 April setting out the principles and showing the respect of fundamental rights and, in particular, the right to privacy and personal data protection and the prevention of mass surveillance and stigmatisation.

It was followed by a common EU toolbox developed by the Member States with the support of the Commission and complemented by Commission guidance on the respect of privacy and data protection.

Our guidance sets key principles. National health authorities or authorities responsible for the crisis management should be the controller. The installation of an app on a user's device should be voluntary. If proximity data is used, it should be stored on an individual's device and only shared at the initiative of the user.

For contact tracing there is no use of geo-localisation data, only proximity data based on Bluetooth. Only the personal data that is necessary to meet the purpose of the app can be processed. The identity of the user of the app will not be disclosed to other users. The personal data should not be kept for longer than necessary. Timelines should be based on medical relevance. In addition, the app should be only used during the crisis and be deactivated, at the latest, when the pandemic is over.

The deactivation should not depend on de-installation by the user. The data and the entire application should be protected through state-of-the-art security techniques, including encryption.

And finally, data protection authorities should be fully involved and consulted in the development of an app and should keep its deployment under review.

Le but des applications de traçage des contacts est d'aider à briser les chaînes d'infection et à sauver des vies. Cependant, cela ne fonctionnera que si les citoyens savent qu'ils sont en sécurité et que leurs données et leur vie privée sont entièrement protégées. Les citoyens doivent avoir la certitude que les applications seront utilisées exclusivement pour lutter contre la pandémie. Ce sont là les conditions préalables au développement, à la reconnaissance et à l'utilisation de telles applications.

J'insiste sur ce point: il ne doit pas y avoir de doute. Ces applications ne peuvent pas être utilisées pour une surveillance de masse. Les individus garderont et devront garder le contrôle de leurs données. C'est le fondement de la précision et de l'efficacité de ces applications pour contenir la propagation du virus.

Il est donc essentiel d'identifier les solutions les moins intrusives et qui respectent pleinement les exigences de protection des données personnelles et de confidentialité telles que définies dans le droit de l'Union européenne.

It is also essential that we have a coordinated European approach. This European approach is clear. These apps must be voluntary, transparent, temporary, cyber-secure, using temporary and arbitrary identifiers, rely on proximity data, Bluetooth technology and not on geo-localisation. That means no tracking. And they must be interoperable across borders, but also across operating systems.

As regards the two different approaches referred to as centralised and decentralised, both can be compatible with privacy and data-protection rules, and both need to follow high standards of data security. From a data-minimisation perspective, the decentralised approach is preferable since less data would be stored on the back-end server than under the centralised one.

Regardless of the approach chosen, we should strive to have a common approach to ensure interoperability of the apps. The Commission is working with Member States on this issue as a top priority, and I am glad that guidelines on interoperability for approved contact tracing mobile applications in the EU were adopted yesterday by the e-Health networks of Member States and published on the Commission website.

I cannot emphasise enough how important interoperability will be for the cross-border circulation of people in the Union and for many sectors, including tourism.

We should also make sure that national health authorities are able to adjust the epidemiologic barometers of the apps and to obtain the necessary aggregated information to monitor the efficiency of the measures taken.

The Commission also firmly believes that the process regarding the selection of the apps as well as their functioning, should be transparent. The technical specifications and the source code of the apps should therefore be published.

Some Member States are using manual tracing together or instead of tracing apps. Their tracing modalities need to be in line with personal data protection rules as well. We will also be attentive to this.

Mesdames et Messieurs les députés, comme nous le savons tous, les États membres ont commencé à introduire les premières étapes des mesures de déconfinement. C'est pourquoi nous avons besoin d'une approche européenne coordonnée. Nous devons agir ensemble avec responsabilité et solidarité pour arrêter ce virus.

Monsieur le Président, je vous remercie de cette occasion de préciser les lignes de force annoncées par la Commission en collaboration avec les États membres. Je suis évidemment à l'écoute des remarques, des observations des membres de votre Assemblée.

Andreas Schwab, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist zweifellos eine gute Nachricht, dass die Grenzkontrollen in Zentraleuropa nun ab dem Wochenende weitgehend und bis Mitte Juni vollständig aufgehoben werden.

Das einige und freie Europa darf durch diese Pandemie nicht 100 Jahre zurückgeworfen werden. Wichtig ist aber jetzt, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre langsam wieder entstehende Freiheit verantwortungsvoll nutzen. Und wie uns ein Hygieneprofessor aus Dänemark diese Woche gesagt hat, ist es eben so, dass Hygiene und Abstand nicht alles sind im Leben. Aber ohne Hygiene und ohne Abstand ist alles, was wir jetzt machen, nichts. Deswegen geht es vor allem darum: Abstand halten und Hände waschen.

Europa kann, in dem Falle können die Mitgliedstaaten den Bürgern aber natürlich ihre Freiheit und deren Nutzung dadurch erleichtern, dass sie auch digital unterstützt werden, wenn sie einem Ansteckungsrisiko ausgesetzt waren. Und deswegen, lieber Herr Kommissar, haben Sie vollkommen zu Recht auf die Bedingungen hingewiesen, die auch meiner Fraktion von besonderer Bedeutung sind.

Wir glauben, dass diese App dann viele Bürgerinnen und Bürger überzeugen wird, wenn sie ihnen etwas bietet – wenn sie ihnen Sicherheit bietet, wenn sie ihnen Informationen bietet und wenn sie für sie nützlich ist. Sie muss überall in Europa funktionieren. Sie muss also operabel sein. Dafür sind die Mitgliedstaaten gefordert, weil die Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten eben noch immer unterschiedlich organisiert sind. Und sie muss einige weitere Dinge bringen, nämlich keine Geolokalisierung, Anonymität, die Nutzung muss freiwillig sein. Sie muss gegen jede Art von Cyberangriffen geschützt sein. Und sie muss gelöscht werden, sobald sie nicht mehr gebraucht wird.

Gesundheitsschutz ist eine hoheitliche Aufgabe. Aber in diesem Fall ist es gerade auch die Eigenverantwortung der Bürger, die wir in Betracht ziehen müssen. Deswegen hoffe ich, dass diese App bald zur Verfügung steht.

Birgit Sippel, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, are contact tracing apps a silver bullet against the virus? Today, there is no evidence that apps can contain a disease, but there are serious fundamental rights concerns, and therefore the app must be truly voluntary, with no incentives to use them and no discrimination against people not willing to use them or who cannot use them. Entry into a country should not depend on using the app. Freedom of movement is a fundamental right, not a prize for downloading an app.

Apps must only be used for contact tracing with no access for commercial players or law enforcement, and data should be stored in a decentralised way. This is important because, especially in exceptional times, interference with fundamental rights must remain proportionate, necessary and limited in time. Governments now have a chance to show that Europe can lead the way in countering this pandemic without compromising on fundamental rights.

So why is it that only a few Member States fully involved their data protection authorities? What are they afraid of? We can't accept any ideas to install systems of surveillance via contact tracing apps or by using location data, drones, or by openly debating to discriminate on the basis of so-called immunity passes?

Let's be honest: there is nothing like a silver bullet. Even a fundamental rights-friendly app can only be an addition to physical distancing, masks and more tests. Technologies and the crisis should never be used to destroy our common values and democratic principles, but let us explore how technology can help to better protect people.

Karen Melchior, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, I say to the House: without knowing, you could be infected right now. I, too, could be infected. Without showing a single sign of infection, I could be infecting the people I stand next to. Digital technology is a tool in the fight against the spread of COVID-19, and it can be both beneficial and effective to trace contacts in order to notify people at risk.

The use of the applications must be strictly and exclusively limited to the purpose of COVID-19 tracing. Tracing applications should assist manual tracing used for centuries to combat epidemics. Applications are not a panacea to combat the virus, but a complementary tool. We have to trace the virus, not the European citizens. We unite against the coronavirus while we safeguard our fundamental rights.

We must insist on mandatory standards and strong guarantees for their preservation, especially the right to privacy and data protection. We do not have to choose between our rights and our health. We must ensure ethical, transparent and secure use of these applications. Therefore, we need a European coordinated approach also ensuring European-wide interoperability.

Firstly, we must agree at a European level on privacy by design and data minimisation. Secondly, using such applications must be based on the explicit, freely given and informed consent. It should never be mandatory. We do not want immunity passports. We want to stop the virus from travelling.

Thirdly, technology will not be effective without the trust of people. Citizens need to receive adequate and objective information on tracing contact policies, their content, their purpose and expected outcomes.

Finally, the use and deployment of contact tracing applications must be subject to continuous and strict monitoring, technical evaluation and scientific scrutiny. We must ensure that these applications are safe for our citizens and have their trust, and that the applications serve the purpose of tracing COVID-19.

Jean-Lin Lacapelle, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, bien que nous puissions comprendre l'objectif de sécurité sanitaire qui motive la mise en place d'un certain nombre d'applications de traçage, je souhaiterais en revanche évoquer un certain nombre de zones de flou qui persistent autour, à la fois de l'exploitation de ces données personnelles qui seront recueillies, et de leur destruction.

Tout d'abord, concernant leur exploitation, comment pouvez-vous nous garantir la totale confidentialité des données qui seront recueillies? Qui les exploitera? Tout à l'heure vous avez parlé d'autorités sanitaires, mais quelle est leur composition? Est-ce qu'elles sont médicales? Si c'est le cas, très bien. Est-ce que ce sont des autorités politiques? Si c'est le cas, cela pose un vrai problème.

Enfin, concernant la destruction de ces données recueillies, qui ordonnera les opérations de destruction? C'est la première question que je pose. Deuxièmement, dans quel délai? Quelles sanctions, également, sont prévues? Concernant le délai, nous souhaitons que ce soit effectué immédiatement après la fin, l'extinction de l'épidémie. Et puis, qui contrôlera ces opérations de destruction, afin de préserver les libertés individuelles de nos compatriotes, ainsi que bien sûr toute la confidentialité de ces données recueillies?

Alexandra Geese, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nur mit dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger könnten Tracing-Apps ein hilfreiches Instrument im Kampf gegen das Corona-Virus sein und auch ein Vorzeigeprojekt wertebasierter europäischer Digitaltechnologie. Denn ein Konsortium europäischer Hochschulen hat einen Standard entwickelt, der eben die hohen Datenschutzanforderungen erfüllt, den unsere Bürgerinnen und Bürger zu Recht fordern.

Im Gegenzug sind viele bereit, diese App auch zu installieren, aber dafür braucht es Vertrauen. Deswegen ist es eben so brandgefährlich, wenn Regierungen dieses Vertrauen gefährden, indem sie auf zentraler Speicherung bestehen oder Politiker besondere Rechte oder gar Pflichten an diese App knüpfen.

Wer also will, dass Bürgerinnen und Bürger Vertrauen haben können, der muss auch Vertrauen in sie haben und jede Kontroll- und Überwachungsfantasie aufgeben. Hier haben wir nämlich die Chance zu beweisen, dass freie Demokratien das Virus erfolgreich bekämpfen können. Denn bei dieser App gehen Vertrauen, Datenschutz und Gesundheit Hand in Hand.

Beata Mazurek, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Walka z pandemią koronawirusa może mieć różne oblicza. Z jednej strony mamy medyków, którzy narażają swoje zdrowie i życie, stojąc na pierwszej linii zmagania z niewidzialnym wrogiem, z drugiej zaś postęp technologiczny umożliwia wprowadzanie rozwiązań, które będą ograniczały rozprzestrzenianie się zarazy.

Zgadzamy się na metody proponowane przez Komisję, mogą nam w tym pomóc, jednakże do końca nie jest jasne, jak to narzędzie będzie funkcjonować. Priorytetem dla Komisji powinna być ochrona prywatności użytkowników, a informacje wrażliwe powinny być przechowywane zgodnie z obowiązującymi przepisami o ochronie danych osobowych. Trzeba działać wspólnie i wykorzystać potencjał państw członkowskich mających doświadczenie w tworzeniu podobnych aplikacji, choćby takich jak Polska, gdzie mamy aplikację do kontrolowania osób na kwarantannie, a od niedawna aplikację ProteGO, która informuje o potencjalnym zagrożeniu zakażeniem koronawirusem.

Musimy wykorzystać nowe technologie do walki z koronawirusem. Pamiętajmy jednak o tym, że rozwiązania te muszą być dostosowane do warunków poszczególnych państw członkowskich, aby skutecznie chronić ich obywateli.

Anne-Sophie Pelletier, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, cette crise montre encore une fois les défaillances de votre système. Parmi elles, le manque de moyens dans les hôpitaux, de matériel médical, dépendance vis-à-vis de la Chine, destruction du tissu industriel.

Ceux qui nous disaient qu'il n'y a pas d'argent magique sont les mêmes qui ont sacrifié nos services publics de santé sur l'autel de l'austérité, en suivant les 63 recommandations de la Commission, qui visaient à privatiser et à réduire les dépenses. 63 recommandations plus tard, les soignants et les hôpitaux craquent. 63 recommandations plus tard, nous comptons les morts.

Alors, les Harpagon modernes, au lieu de réparer ce qu'ils ont cassé, présentent un remède miracle: les applications de suivi des contacts. Aux peuples solidaires qui ont accepté et respecté le confinement, on demande encore de sacrifier leur liberté. Les garanties que vous donnez, que donne la Commission sur la protection de la vie privée ne sont pas convaincantes. Aucune crédibilité, alors qu'en Hongrie et en Lettonie, on suspend ces droits.

Et pendant que nos PME se meurent, les GAFAM outre-Atlantique se goinfrent. Devons-nous en plus leur concéder nos données par l'intermédiaire de ces applications?

Vous voulez, Monsieur Reynders, sauver des vies. Eh bien testez massivement les citoyens, donnez des moyens supplémentaires, apprenez de vos erreurs, investissez dans l'hôpital public plutôt que de jouer aux apprentis sorciers avec nos libertés. Et cela, j'aimerais ne pas le répéter 63 fois.

Laura Ferrara (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, gli Stati membri si apprestano a revocare gradualmente le misure di confinamento e in questa fase, che chiaramente non è esente da preoccupazioni, l'uso di tecnologie e di applicazioni di allerta, prevenzione e tracciamento dei contatti darà un contributo importante alla lotta al coronavirus.

I cittadini europei che volontariamente decideranno di usarle si aspettano il pieno rispetto di norme e principi in materia di protezione dei dati personali, nonché il rispetto della vita privata e familiare, il rispetto del principio di non discriminazione e la libertà di circolazione.

Saranno indispensabili dunque campagne informative chiare e trasparenti sul loro funzionamento, sull'uso e sulla conservazione dei dati, affinché sia comprensibile la finalità di aiutare a combattere la pandemia e allertare in caso di potenziali rischi di contagio.

In Italia il governo italiano ha annunciato il lancio di *Immuni*, un'app che consentirà il tracciamento di prossimità senza raccogliere dati personali in grado di svelare identità, dove si va o chi si incontra, dunque un valido strumento finalizzato solo all'uso responsabile di dati per la tutela della salute pubblica, senza minare i diritti fondamentali e le libertà individuali.

Axel Voss (PPE). – Herr Präsident! Die extreme Krise erfordert es, letztlich so schnell wie möglich in den Alltag zurückzukehren, und hierbei helfen Tests, Schutzmasken und eben auch Tracing-Apps, also eine digitale Lösung.

Es ist dabei auch offensichtlich, dass man hier europäisch zusammenarbeiten muss, und das heißt eben auch, dass man in Zukunft schnell die benötigten Standards vorlegen muss. Die Empfehlungen der Kommission waren hier sehr lobenswert in puncto Datenschutz, Interoperabilität, bloß fehlten am Anfang eben bei dieser Entwicklung die interoperablen Apps mit den technischen Vorgaben, und das führt letztlich zu Fragmentierungen.

Dabei muss ich mir auch die Frage stellen, warum eigentlich nicht der Rat selber mal auf die Idee kommt zu sagen: Wir müssen in dieser Krise auch zusammenarbeiten und hier vielleicht auch mal ein leuchtendes Beispiel in dieser Zusammenarbeit geben, und deshalb muss hier auch mehr an der Einstellung des Rates gearbeitet werden. Die EU muss hier Führung übernehmen, gerade bei einer solchen extremen Krise. Wir müssen gemeinsam handeln, auch im Digitalen, und die Effizienz dieser ganzen Tracing-Apps auch unter den Gesichtspunkten betrachten, was wirklich effizient ist und nach vorne führt.

Paul Tang (S&D). – Voorzitter, misschien kunnen apps voor het traceren van contacten in combinatie met tests ons helpen om te leven met het coronavirus. Vanuit fundamentele vrijheden zijn er wel vier voorwaarden. Het moet tijdelijk zijn, transparant en dus opensource, decentraal met opslag op de telefoon, en vrijwillig. Iemand die de app niet kan of niet wil gebruiken, mag de toegang niet worden geweigerd. De apps mogen geen immunitetspaspoorten worden. Bovendien moeten de apps Europees grensoverschrijdend werken. Dat is noodzakelijk voor Europa. Daarover zijn gisteren afspraken gemaakt. Die moeten strikt worden nageleefd.

Laten we ten slotte niet vergeten waarom het voor minister De Jonge en de andere landen zo lastig is om de app te ontwikkelen. We zijn voor de ontwikkeling van de apps afhankelijk van Silicon Valley. Google en Apple zijn de poortwachters van onze telefoons en daarmee essentieel voor onze gezondheid. Laten we daarom ook kijken hoe we een vaccin kunnen ontwikkelen tegen de afhankelijkheid van grote technologiebedrijven.

Sophia in 't Veld (Renew). – Mr President, I've heard some people refer to this app as a so-called 'deconfinement app', as if the app is going to reopen the borders. Well, let me tell you something. It will not. We need a range of other measures. What will open the borders is a common European approach and interoperability. That is what will open the borders. What we are seeing is Member States going in all directions again, with not just 27 national apps, but even a range of regional apps. Now that is a barrier to free movement.

National governments are presenting the app as a silver bullet against the pandemic, but not only is it not a silver bullet, it's also not going to solve the problem of politicians that they have to reconcile health concerns and economic concerns and are just hoping for this app to be the answer to that dilemma when it's not.

But we do need full transparency on the decision-making – and not just on the technical aspects, but also on why governments choose a particular model, why they choose particular providers. Where are the political and commercial interests?

Finally, I agree with everyone who said it must be strictly voluntary. Not only does that mean that it should not be mandatory, but there has to be a legal ban on making downloading the app a precondition for entering public spaces like public transport or schools or gyms, or indeed crossing the borders, because freedom of movement in Europe is a fundamental right.

David Cormand (Verts/ALE). – Monsieur le Président, chers collègues, les applications de suivi des contacts nous sont présentées comme une nécessité absolue pour faire face à la COVID. Mais rien n'est moins sûr. Le Bluetooth, par exemple, n'est pas efficace pour détecter qui a fait l'objet d'un contact à risque. Sa portée de détection est largement supérieure à un mètre cinquante et il ne détecte ni les murs ni les étages. Mais, surtout, ce système avalise l'idée, démocratiquement mortifère, qu'au nom de l'intérêt général supérieur, on peut accoutumer les populations à une incursion supplémentaire dans leur vie privée.

Alors, disons les choses clairement: non seulement la surveillance de masse n'est pas une solution mais elle constitue de surcroît un danger avéré pour nos libertés fondamentales. Certains disent que ce procédé serait provisoire. Mais l'histoire récente prouve que nos démocraties ne parviennent pas à rendre les libertés qu'elles suspendent en temps de crise. Chaque recul est définitif. Notre responsabilité est donc de ne céder ni à la peur, ni à l'émotion, et de tenir bon face aux sirènes trompeuses d'une plus grande sécurité offerte par cette technologie.

Dino Giarrusso (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è un bene che la Commissione europea abbia fornito linee guida per le app che garantiranno la tracciabilità dei contagi, ed è fondamentale fra queste l'attenzione alla privacy dei cittadini, ma altrettanto lo è assicurare la trasparenza delle società che sviluppano le app, affinché non ci siano conflitti di interesse che minerebbero proprio la protezione dei dati degli utenti e la credibilità di questi strumenti.

Questi strumenti devono portarci presto alla riapertura di Schengen, devono portarci a una mobilità garantita in piena sicurezza proprio alle porte della stagione turistica in Europa, mostrando così un'Europa unita nelle difficoltà e non solo nelle diversità.

Avrei anzi visto bene un'unica app per tutti gli Stati membri onde evitare possibili disparità, e a tal proposito ribadisco la totale contrarietà dell'Italia ad accordi come quelli ipotizzati in questi giorni da alcuni paesi su fantomatici «corridoi del turismo» fra Stati membri, che creerebbero pratiche commerciali sleali penalizzando proprio chi si è mosso prima, e meglio di altri, nel combattere il coronavirus.

Isabel Wiseler-Lima (PPE). – Monsieur le Président, nous avons la chance, en Europe, d'avoir une protection exceptionnelle des données personnelles. Nos données ne sont stockées qu'avec notre consentement. Pourtant, nous pouvons parfois être bien généreux de nos données et les mettre à disposition d'entreprises commerciales, de réseaux sociaux où nous étalons nos déplacements, d'applications qui enregistrent nos pas, le rythme même de notre cœur. C'est assez particulier mais c'est le libre choix de chacun. Nous arrogerions-nous le droit de l'interdire? Bien sûr que non.

Alors, j'ai quelques difficultés à comprendre la peur que l'on peut instiller aux gens disposés à utiliser une application de traçage afin de mieux maîtriser la propagation de la COVID-19. Une application qui n'est pas utilisée à des fins commerciales, mais pour le bien commun, par des institutions publiques. Une application installée et utilisée sur base volontaire, qui requiert le consentement de l'utilisateur à chaque étape et respecte la législation européenne.

Où et quand la liberté de l'individu est-elle menacée? Une telle application, comme un élément entre autres me permettant d'apporter une certaine sécurité supplémentaire à ma famille, à mon entourage et à d'autres, c'est presque un devoir pour les pouvoirs publics de la mettre à disposition des citoyens et de les informer au mieux.

Patrick Breyer (Verts/ALE). – Herr Präsident! Nicht nur Edward Snowden warnt, dass im Windschatten der Corona-Pandemie dauerhafte Kontroll- und Überwachungsstrukturen aufgebaut werden.

Obwohl die Pandemie in Europa inzwischen unter Kontrolle ist, wollen Regierungen die Rückkehr zu unserem normalen Leben davon abhängig machen, dass wir in ein Gesellschaftsexperiment zur digitalen Verhaltenserfassung einsteigen. Bisher sind es Menschen, die Kontaktpersonen Infizierter erfragen und benachrichtigen. Das schützt uns Studien zufolge deutlich besser als jede App und vermeidet massenhafte Fehlalarme. Wer von Ihnen glaubt wirklich, dass eine einmal eingeführte Kontakterfassungstechnik überall in Europa dauerhaft freiwillig bleiben wird? Das ist doch eine Illusion.

Liebe Regierungen, sorgen Sie endlich für ausreichende Schutzausrüstung und Gesundheitsversorgung, für Testangebote, für Impfstoffversorgung, sorgen Sie für zukünftige Pandemien vor. Das sind Sie uns schuldig, nicht Überwachungstechnik und Datensammlung!

Clara Ponsatí Obiols (NI). – Mr President, COVID-19 is also testing us digitally. Health systems can look after their citizens without geolocation and undue control of their privacy. With or without COVID-19, governments do not need to know where citizens are at all times. There are technologies aligned with these principles and it is not acceptable that EU governments use invasive software. We do not need to go to China to see alarming practices. Spain is routinely censoring websites and apps. GitHub has been pressured by the Spanish Government to censor codes, and the Government of Pedro Sánchez recently hinted at plans to use an app that would track citizens to see if they change regions. This is happening within the EU and should not be tolerated. Europe must lead by example, safeguarding civil rights and individual freedom, including in the digital world.

Massimiliano Salini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, noi, come paesi dell'Unione europea, abbiamo individuato il punto problematico tra le tante sfide che stiamo affrontando: il punto problematico è, ancora una volta, una posizione unitaria all'interno della quale i paesi membri dimostrino di avere una coscienza della dimensione comunitaria.

Anche su questa partita delle applicazioni ci siamo mossi con una certa imbarazzata e parziale capacità di condivisione.

Abbiamo due problemi: il primo è l'individuazione della tecnologia corretta, Lei è stato molto chiaro, una tecnologia compatibile con la tutela della privacy.

Il secondo è l'individuazione di un modello comune per affrontare queste problematiche, perché l'applicazione non è sufficiente per risolvere il problema: è un'integrazione di ciò che, come strumento per la protezione delle persone in termini sanitari e in termini sociali, avremo saputo condividere.

Didier Reynders, membre de la Commission. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, je crois qu'il était opportun que nous ayons l'occasion de débattre à nouveau de cette problématique ici en séance plénière. Et ce débat démontre clairement le rôle central du travail commun que l'on peut réaliser entre institutions pendant cette crise.

Je soulignerai tout d'abord que les mesures extraordinaires que nous devons prendre pour lutter contre la pandémie ne doivent pas compromettre le fondement de notre projet européen, nos valeurs et les droits fondamentaux. L'utilisation d'une application n'est jamais, comme l'ont rappelé M. Schwab ou M^{me} Sippel, qu'un élément complémentaire qui vient s'ajouter à toute une série d'autres: les règles d'hygiène, les règles de distanciation sociale ou les tests à réaliser en grand nombre. Tous ces éléments font partie d'un tout.

Je voudrais insister sur un élément très particulier qui a été évoqué à plusieurs reprises: l'interopérabilité. Si nous voulons un projet communautaire efficace, il nous faut une véritable interopérabilité et ce, quel que soit le nombre d'applications dans les États ou dans les régions. C'est ce à quoi nous travaillons avec les différents États. Je crois qu'il est d'ailleurs préférable de laisser se développer des applications différentes que de vouloir à tout prix une application unique à l'échelon européen, ce qui aurait d'ailleurs probablement freiné l'innovation dans le cadre de ce projet.

Je voudrais également insister sur la sécurité. Nous sommes très axés sur la cybersécurité et quels que soient les opérateurs qui souhaitent développer des applications (Apple, Google ou d'autres), ils devront respecter les règles européennes en matière de protection des données, de sécurité et d'interopérabilité. Ce n'est pas devant ce Parlement d'ailleurs que j'aurais besoin de rappeler l'importance du règlement général de protection des données. Nous avons des outils, de contrôle et de mise en œuvre.

Des autorités nationales de protection des données existent, elles sont regroupées au sein d'un conseil à l'échelon européen, le Comité européen de la protection des données et je peux vous dire que déjà aujourd'hui, certaines dispositions prises notamment dans les mesures d'urgence pendant la pandémie sont examinées par ce réseau européen pour vérifier leur compatibilité avec les dispositions du règlement général, c'est le cas notamment pour un certain nombre de décrets adoptés en Hongrie.

Je tiens à souligner que tout ce que nous annonçons dans nos lignes directrices pourra être contrôlé non seulement par les autorités nationales, mais aussi par un réseau européen qui échange et qui cherchera la meilleure façon d'appliquer concrètement les règles que nous rappelons d'ailleurs plutôt que nous les fixons car ces règles se trouvent dans le règlement général. Et nous resterons particulièrement vigilants sur l'utilisation qui sera faite des applications de traçage. Elles peuvent contribuer de manière importante à la lutte contre la pandémie de COVID-19, mais nous devons faire en sorte, que nos valeurs et nos règles de protection des données soient pleinement respectées par l'ensemble des opérateurs.

Je voudrais également préciser que la transparence et la communication sont des éléments essentiels pour une utilisation efficace des applications. C'est pourquoi nous sommes intervenus très tôt, avec une recommandation sur la boîte à outils et des lignes directrices sur l'application de nos règles de protection des données. Je voudrais dire à M. Lacapelle que si nous entendons remettre la gestion de ces applications aux autorités de santé, c'est qu'elles sont particulièrement sensibilisées à la confidentialité des données médicales et au secret professionnel et qu'elles ont aussi la capacité de définir pleinement les paramètres épidémiologiques pertinents de ces applications. Dans la perspective d'une réouverture des frontières, et d'un soutien au marché intérieur, il faut avant tout être attentif à l'interopérabilité et observer une démarche commune.

Enfin, nous nous attacherons au caractère volontaire de ces applications et veillerons à ce que l'on ne tente pas de les rendre, de manière indirecte, plus ou moins obligatoires, notamment lorsqu'il s'agit de franchir les frontières. C'est un aspect auquel je serai très attentif et sensibiliserai les autorités nationales de protection des données.

Je vous remercie encore une fois pour ce débat, Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, parce qu'il est important que nous agissions suffisamment tôt pour faire en sorte que cet outil, parmi d'autres, nous aide à lutter contre la pandémie et à sortir de la crise dans des conditions pleinement respectueuses de nos valeurs et de la protection des données. L'Europe a été pionnière en matière de protection des données personnelles, elle doit le rester pendant la crise et à la sortie de la crise.

Nikolina Brnjac, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, this is an important subject, and I would therefore like to underline once more the main points of the telecommunications ministers' videoconference from the beginning of May.

First, the contact tracing apps will have high importance for the gradual relaxation of various national measures, including opening of borders. Second, the coordinated approach and interoperability at EU level is needed. And third, adequate protection of personal data and privacy should be provided.

Whatever technological solutions the Member States choose, the use of their apps should be based on consent, and storage should be ensured at the highest level of privacy and the protection of personal data. Interoperability will be the key to the success of these applications across borders and operative systems. Additionally, it should be encouraged that all the data collected through the tracing app is stored in a clearly defined time-limited manner.

I am grateful for the opportunity to discuss this important subject with all of you, and thank you for your remarks and suggestions, I took good note of them. And I am sure that our institutions' common aim is to find the most effective solutions for tackling this epidemic and to make sure that our people and our economies can return to normality as quickly as possible.

Presidente. – Está encerrado o debate.

Declarações escritas (artigo 171.º)

Magdalena Adamowicz (PPE), *na piśmie*. – Dzisiejsza dyskusja o wykorzystaniu aplikacji na smartfony w zarządzaniu rozprzestrzenianiem się pandemii ma nie tylko kluczowe znaczenie w kontekście stopniowego znoszenia restrykcji związanych ze swobodą poruszania się w Unii, ale także w kontekście ochrony prywatności obywateli UE.

Aplikacje mobilne są opracowywane i już używane w niektórych państwach członkowskich w celu śledzenia osób zakażonych lub zagrożonych zarażeniem wirusem. Aplikacje tego typu mogą odegrać ważną i pozytywną rolę w procesie rozluźniania restrykcji związanych z pandemią i stopniowego powrotu do normalności. Mają jednak także niewspółmierny wpływ na nasze prawa podstawowe, takie jak ochrona danych i prywatności. Podczas gdy ochrona życia ludzkiego i zdrowia publicznego jest dla nas wszystkich sprawą najwyższej wagi, zarówno na szczeblu unijnym, jak i krajowym, to należy z całą mocą podkreślić, że rządy i sektor prywatny nie mogą promować wykorzystywania niesprawdzonych technologii o potencjale naruszania naszych praw.

Długa historia wprowadzania środków nadzwyczajnych w sytuacjach kryzysowych pokazuje, że często gdy wprowadzany jest nadzór, idzie on za daleko, nie osiąga swoich celów i niejednokrotnie pomimo zażegnania sytuacji kryzysowej jego funkcjonowanie przedłużane jest bez uzasadnienia. Mobilne programy śledzące, które bez wątpienia mogą być tymczasowymi środkami opanowania pandemii do czasu upowszechnienia oczekiwanej szczepionki, nie mogą pod żadnym pozorem stać się trwałym elementem rozszerzonego systemu nadzoru.

Marc Angel (S&D), in writing. – The European Union and the EU Member States must find coordinated common approach to support the gradual lifting of confinement measures. The Group of Socialists and Democrats in the European Parliament (S&D) supports joint approaches, but also underlines the importance of privacy and data protection aspects of every possible digital solutions. I believe that every contact tracing app must comply with EU data protection and privacy rules and should be based on anonymised data. They can complement existing manual contact tracing and according to some Member States these applications can help interrupt the transmission chain of the virus, but the use of them must strictly remain voluntary-based and cannot be linked as condition to other rights, such as border crossings, employment or to entering to public institutions.

Markus Buchheit (ID), schriftlich. – Die Krise, welche wir erleben, lag bis vor Kurzem außerhalb unserer Vorstellungskraft. Die Menschen in Europa leben in Angst um ihre Familien, ihre Sicherheit und ihre Zukunft. Und eben diese lähmende Angst wird nun selbst zur Bedrohung. Für unsere Freiheit. Denn wer in Angst lebt, der stellt keine unangenehmen Fragen. Die „Corona-App“, das neueste faule Heilsversprechen, ist der heilige Gral für all jene, die den perversen Traum vom „gläsernen Bürger“ träumen. Sie wird uns verkauft als besondere Maßnahme für besondere Zeiten. Doch wer das behauptet, ist entweder naiv oder lügt, ohne rot zu werden. Denn einmal eingeführt wird sie bleiben, und man wird sicher neue Einsatzzwecke für sie finden. Blicken wir ins Jahr 2001. Nach den Terroranschlägen vom 11. September nutzte die US-Regierung die Gunst der Stunde und verkaufte ihren Bürgern die Einschränkungen ihrer Rechte in Form des Patriot Act als Allheilmittel gegen den Terrorismus. Heute, fast 20 Jahre später, sind diese Maßnahmen größtenteils nach wie vor in Kraft. Jede staatliche Überwachung, die wir zulassen, ist eine Büchse der Pandora. Es wird diesmal nicht anders sein. Ich schließe mit den Worten von Benjamin Franklin: „Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.“

Miriam Dalli (S&D), in writing. – Digital solutions such as contact tracing applications are essential in the fight against COVID-19, particularly as countries ease lockdown measures. However, strong privacy safeguards must be essential. Thus far the Commission has maintained that contact tracing apps should guarantee privacy, should not store unnecessary personal information including location tracking, should be installed voluntarily, and dismantled post-pandemic. Although these safeguards are essential, they must also be enforced on a Member State level and there must be interoperability between different contact tracing applications. Additionally, the Commission must enforce independent app reviews and audits on a Member State level. These apps must be frequently checked for privacy, transparency, and functional usability concerns, especially as the COVID-19 is still evolving. The Commission should help the Member States assemble a team of cross-sector experts for these reviews. Medical experts should determine that these apps can be effectively integrated into different phases of virus containment. Technical and data experts should consistently guarantee privacy and functionality. Legal experts must continuously develop and provide regulatory framework and legislation updates on data collection and data destruction. Further, this entire process must be extremely transparent so that the public feels comfortable using the apps.

Łukasz Kohut (S&D), na piśmie. – Prawo do prywatności jest jednym z podstawowych praw człowieka. Jest gwarantowane międzynarodowymi aktami prawnymi, prawem europejskim i polską konstytucją – mówi o tym wprost art. 47 ustawy zasadniczej.

Prawo do prywatności nie jest jednak prawem absolutnym, gdyż nawet w najbardziej demokratycznych państwach może być ograniczane z uwagi na ważny interes publiczny. Te ograniczenia muszą być jednak wprowadzane na podstawie prawa powszechnie obowiązującego, muszą też być niezbędne i proporcjonalne. To bardzo ważne, bo każda ingerencja w prywatność jednostki to ingerencja w jej wolność.

Pandemia koronawirusa postawiła rządy wielu państw przed dylematem, czy w imię kontrolowania rozszerzania się pandemii kontrolować przemieszczanie się obywateli czy też nie ryzykować ingerowania w ich wolność. Bo dobrze wiemy, że taka ingerencja to zawsze szansa na dokonywanie nadużyć. Tym bardziej że obecne technologie umożliwiają inwigilację na szeroką skalę. Większość rządów państw UE wybrała opcję pierwszą: w Polsce używana jest np. aplikacja Kwarantanna domowa.

Nie jestem przeciwny rozwiązaniom mającym na celu monitorowanie ruchu pandemii. W końcu chodzi o ochronę zdrowia i życia mieszkańców Unii. Chciałbym jednak mocno podkreślić, że takie rozwiązania muszą być proporcjonalne i służyć właśnie monitoringowi, a nie inwigilacji. Muszą być również spójne na poziomie UE: ochrona prawa do prywatności nie powinna być dla jednych mniejsza, a dla innych większa.

Έλενα Κουντουρά (GUE/NGL), γραπτώς. – Δεν υπάρχει αμφιβολία ότι για την αποτελεσματική αντιμετώπιση του COVID-19 είναι απαραίτητη η χρήση της ψηφιακής τεχνολογίας. Όλοι θα θέλαμε να είμαστε ασφαλείς, γνωρίζοντας ότι έχουμε μία εφαρμογή που θα μας ενημερώνει ανώνυμα για πιθανούς φορείς του ιού. Πρώτα, όμως, θα πρέπει να έχουμε διασφαλίσει ότι οι πρακτικές συλλογής δεδομένων που αναπτύσσονται πρέπει να είναι ασφαλείς, αποτελεσματικές, διαφανείς, και ότι καλύπτουν πλήρως τα κριτήρια της καταλληλότητας και αναγκαιότητας που επιτάσσει η αρχή της αναλογικότητας. Όμως, πόσο αποτελεσματικές είναι σήμερα αυτές οι εφαρμογές; Μέχρι σήμερα παραμένουν αρκετές τεχνικές αδυναμίες που πρέπει να ξεπεραστούν άμεσα για να εξασφαλιστεί η εγκυρότητα τους. Αλλά, ακόμη και έτσι, τα στοιχεία δείχνουν ότι για να έχουν στοιχειώδη αποτελεσματικότητα θα πρέπει να τις χρησιμοποιεί το 60-75% του πληθυσμού μιας χώρας. Στην Ελλάδα, ο ευπαθής πληθυσμός, με ηλικία άνω των 50 ετών, αποτελεί την πλειοψηφία και δεν χρησιμοποιεί smartphones, σε ποσοστό 71%. Αν συνυπολογίσουμε ότι η χρήση των εφαρμογών πραγματοποιείται σε εθελοντική βάση, γίνεται ακόμα πιο φανερός ο σοβαρός κίνδυνος της αποτυχίας του εγχειρήματος. Όμως, τομείς όπως ο τουρισμός χρειάζονται πρακτικές λύσεις τώρα. Πώς θα πραγματοποιηθεί αυτό όταν κάθε κράτος της ΕΕ χρησιμοποιεί δική του εφαρμογή; Αν δεν απαντηθούν άμεσα αυτά τα ερωτήματα, φοβάμαι ότι η χρήση των εφαρμογών ιχνηλάτησης επαφών και προειδοποίησης γίνεται «too little too late»!

Elżbieta Kruk (ECR), na piśmie. – Nowe technologie i usługi cyfrowe niosą ze sobą nie tylko korzyści, ale również zagrożenia. Korzyści, kiedy służą obywatelom, zagrożenia, kiedy są używane do masowej inwigilacji obywateli, naruszania prywatności i łamania podstawowych praw człowieka pod pretekstem ochrony obywateli w dobie kryzysów. Istnieją dowody, że kryzysy są wykorzystywane do wprowadzania narzędzi obserwacyjnych, które są utrzymywane po ich zakończeniu i używane również do innych celów, czyli np. nie tylko do kontrolowania dystansu między ludźmi, ale też do kontroli tłumów czy inwigilacji obywateli. Prowadzić to może do tworzenia państw totalitarnych. Ponadto bazy danych mogą stać się celem hackerów.

Nasza prywatność i wolność z jednej strony, a bezpieczeństwo z drugiej wzajemnie się nie wykluczają, wręcz przeciwnie, możemy czuć się bezpieczni tylko wtedy, gdy nasza prywatność i wolność jest utrzymana, a nie żyjąc w państwie, które w nieograniczony sposób może ingerować w naszą prywatność. Uprawnienie państwa do obserwacji całego społeczeństwa jest niebezpieczne dla demokracji, wolności i praw obywatelskich. Istnieje wszak domniemanie niewinności. Dlatego prokuratura i sądy muszą rozpatrywać każdą ze spraw indywidualnie. Sposobem na zapewnianie prawdziwego bezpieczeństwa jest efektywne ściganie indywidualnych przypadków łamania prawa i konsekwentne karanie sprawców przestępstw. Jeśli nie będziemy o tych zagrożeniach pamiętać, nowe technologie i usługi cyfrowe mogą doprowadzić do końca wolności człowieka.

Eva Maydell (PPE), in writing. – With many countries phasing out of lockdowns, we need a comprehensive and effective strategy to decrease and mitigate the continued threat posed by COVID-19 to our societies. One component of an effective COVID-19 exit strategy is contact tracing apps, as discussed in our plenary debate today. In order for these contact tracing apps to be effective, we need high levels of trust, protection of citizens' privacy, and cross-border interoperability.

How can we ensure trust, privacy, and interoperability? First, contact tracing apps should only be used by public health authorities and be limited to the emergency response to COVID-19. These apps must be consent-based and have the utmost regard for citizens' privacy.

It is worth stressing that contact tracing apps must go hand in hand with other measures, such as social distancing, masks and testing. However, when utilised effectively, and per the above criteria, contact tracing apps can be very beneficial in helping us to learn how to live alongside the virus, until a vaccine or treatment is found.

Andżelika Anna Możdżanowska (ECR), *na piśmie*. – Skuteczna walka z COVID-19 na wszystkich frontach jest najważniejsza, by zapewnić nam powrót do normalnego życia i zapobiec dalszej zapaści gospodarczej. Aplikacja do śledzenia kontaktów w walce z koronawirusem powinna zapewnić bezpieczeństwo, jeśli chodzi o zdrowie i informacje o obywatelach UE. Maksymalny poziom zabezpieczeń danych wrażliwych, decentralizacja, interoperacyjność systemów, konkretny czas wykorzystywania aplikacji, współpraca wszystkich państw członkowskich przy tworzeniu rozwiązania to elementy, dzięki którym wszyscy zaufamy nowym technologiom. Niezwykle istotne są konsultacje ze środowiskiem medycznym oraz organizacjami pozarządowymi, branżowymi i biznesowymi, jak również całkowita dobrowolność użytkowania.

Doskonałym przykładem szybkiej reakcji, dobrej współpracy i zabezpieczeń na światowym poziomie jest aplikacja ProteGo Safe wdrażana przez Polskę. Jest to w pełni zdecentralizowane rozwiązanie niepowiązane np. z aplikacją „Kwarantanna domowa”, przeznaczone dla innej grupy użytkowników i realizujące inne cele. Jest ono na bieżąco testowane pod kątem cyberbezpieczeństwa, nie korzysta z danych lokalizacyjnych, w przeciwieństwie do rozwiązań w niektórych krajach UE nie wymaga podania własnego imienia i nazwiska, numeru PESEL, numeru telefonu ani innych danych identyfikujących i będzie stosowane jedynie w celu zapobiegania zakażeniu COVID-19. Wykorzystujmy dobre praktyki państw członkowskich, by zminimalizować ingerencję w prywatność obywateli EU.

Takich rozwiązań, zgodnych z RODO, oczekujemy dla wszystkich obywateli UE, tak by czuli się bezpiecznie, chętnie korzystali z innowacyjnych rozwiązań i chronili siebie, chroniąc innych.

Sandra Pereira (GUE/NGL), *por escrito*. – A UE assumiu recentemente que está em curso o desenvolvimento de uma tecnologia que visa recolher dados dos cidadãos, através dos seus telemóveis, com o pretexto de analisar os padrões de mobilidade, incluindo o impacto das medidas de confinamento na intensidade dos contactos e os riscos de propagação da Covid-19.

Há alguns detalhes que para nós não estão claros, para além do âmbito de aplicabilidade e dos objetivos concretos. Assim, preocupam-nos questões como: a responsabilidade de compilação e tratamento dos dados; que dados serão usados e recolhidos; a disponibilização e o acesso aos mesmos; por que período de tempo serão guardados; se todos os Estados-Membros acordaram com o uso de tecnologia desta natureza; e, finalmente como se prevê garantir a salvaguarda dos dados pessoais, assegurando o total respeito pela proteção de dados dos cidadãos, pela sua privacidade, intimidade e confidencialidade.

Em última instância, a preocupação genuína de quem instala a aplicação não se pode transformar num mecanismo de vigilância e controlo dos cidadãos e de restrição de liberdades. Independentemente de a instalação destas aplicações ser voluntária, ninguém deve ser discriminado por não o fazer. Reafirmamos que o que é fundamental é o investimento num serviço público de saúde, de qualidade, universal e gratuito.

Christine Schneider (PPE), *schriftlich*. – Ich befürworte den Einsatz von „Corona-Apps“ um einen Ausstieg aus den gegenwärtigen Beschränkungen zu unterstützen. Soziale Distanzierungsmaßnahmen können die Infektionskurve zwar abflachen, aber wir benötigen den flächendeckenden Einsatz von Tracing-Apps, damit im Kampf gegen COVID-19-Infektionsketten über Tracingdaten nachverfolgt werden können. Wichtig ist, dass diese Apps über europäische Grenzen hinweg funktionieren und miteinander kompatibel sind. Und ganz besonders wichtig ist, dass der Datenschutz beim Einsatz von Tracing-Apps jederzeit sichergestellt ist.

Edina Tóth (PPE), *in writing*. – In response to the COVID-19 pandemic, contact tracing and warning apps can be essential tools to support the gradual lifting of confinement measures. To that end, I warmly welcome the digital initiative of the European Parliament, aiming to develop a common coordinated approach. Whether the contact tracing app is a pan-European system or a decentralised approach, it should, in all circumstances, be reliable, safe and effective. Before launching an app for broadcasting the ‘digital handshake’ of nearby phones, there should be clear guidelines on the protection of personal data and privacy. In particular, I firmly believe COVID19-related health data should be encrypted, i.e. anonymised and solely shared with public health authorities; both are cornerstone for strengthening citizens’ trust in using EU-wide digital tools. Furthermore, whereas ‘digital handshake’ remains decentralised, there should be one app per country – all of which are interoperable – to boost the effectiveness of tracing the circulation of the virus. In addition, the app should be dismantled as soon as they are no longer needed. Finally, in my opinion, an unreasonably complex solution may hinder reaching our common aim, thus we should come up with a solution as simple as possible.

Adrián Vázquez Lázara (Renew), *por escrito*. – El coronavirus nos ha devuelto a todos a una Europa que creíamos olvidada: la Europa de las fronteras. Recuperar cuanto antes la libertad de circulación debe ser una prioridad, y no podemos permitirnos desaprovechar ni una sola de las herramientas a nuestro alcance para lograrlo.

Las aplicaciones móviles para trazar contagios de COVID-19 son algunas de estas herramientas. Con la regulación adecuada, y respetando la anonimidad y privacidad de nuestros datos, esta tecnología permite que nuestros móviles intercambien un código encriptado con las personas con las que nos vamos cruzando y, en caso de haber estado en contacto con un foco de contagio, hacernos las pruebas y aislarnos con rapidez. Sin embargo, la existencia de distintos modelos de *software* para el desarrollo de estas aplicaciones ha puesto en duda su interoperabilidad entre países europeos, con el consiguiente riesgo para la libertad de circulación y, con ella, para sectores económicos clave, como lo es, por ejemplo, el turismo en España.

Exigimos a la Comisión y a los Gobiernos nacionales que, independientemente del modelo técnico que elijan para desarrollar estas aplicaciones, garanticen su interoperabilidad en toda Europa.

Loránt Vincze (PPE), *in writing*. – Contact tracing apps are one of the novel digital techniques we can deploy to manage the spread of the pandemic. We should, however, keep in mind that smartphone contact-tracing is just one element of the measures such as social distancing, masks and testing that we must put in place to slow the spread of the virus. There are several preconditions for such apps to be effective. Most importantly, they must be able to rely upon a robust testing and diagnosing infrastructure, otherwise we would not have the data to feed in the network. The second question is how to reach the 60% participation of the local populations in the contact-tracing network that is needed for the app to be effective. While we should strive to reach this figure, the approach we should take is not to make the use of apps mandatory, but to build the trust of people to use the app through solid data-protection. Third, in order to be effective in the whole of the EU, national apps should be inter-operable across borders. Interoperable national systems could be extremely important for relaxing confinement measures, the gradual lifting of border controls and the restoration of freedom of movement.

Bettina Vollath (S&D), *schriftlich*. – Die Nutzung von Tracing-Anwendungen zur Eindämmung der Pandemie kann durchaus von Nutzen sein. Solche Apps können uns dabei helfen, schneller festzustellen, wer infiziert ist und mit wem diese Person in Kontakt war. Dadurch können wir effizienter handeln und Infektionsketten schneller unterbrechen. Eines muss im Zusammenhang mit solchen Tracing-Apps jedoch absolut klar sein: Der Schutz der Privatsphäre und der Grundrechte steht über jedem Nutzen, den solche Anwendungen bringen können. Wenn ich höre, wie Politiker*innen in Europa laut über eine verpflichtende Nutzung dieser Anwendungen nachdenken, frage ich mich, ob manche Kolleg*innen die eigenen Datenschutzbestimmungen vergessen haben. Der Schutz der Privatsphäre und der eigenen Daten ist ein Grundrecht und darf – besonders in Hinblick auf die sensible Natur der Informationen – nicht dieser Krise zum Opfer fallen. Jede Tracing-App sollte sich an den von der Kommission herausgegebenen Leitlinien orientieren und an die geltenden Datenschutzbestimmungen halten – so wie es dieses Haus bereits im April in einer Entschließung nochmals betont hat. Dass dies auch wirklich der Fall ist, muss von den zuständigen Datenschutzbehörden sichergestellt werden. Denn nur wenn die Bürger*innen sich darauf verlassen können, dass ihre Rechte geschützt sind, werden sie auch Vertrauen in solche Anwendungen setzen und diese nutzen.

(A sessão é suspensa às 12.03)

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

9. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 13.17)

10. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung

Presidente. – I risultati del primo turno di votazioni di oggi sono i seguenti:

Emendamento 29: approvato.

Emendamento 30: approvato.

Emendamento 31: approvato.

Emendamento 32: approvato.

Emendamento 33: approvato.

Emendamento 34D: respinto.

Emendamento 10D: respinto.

Emendamento 11D: respinto.

Emendamento 12: respinto.

Emendamento 13: approvato.

Emendamento 14D: respinto.

Emendamento 15: respinto.

Emendamento 16: respinto.

Emendamento 45: respinto.

Emendamento 18: respinto.

Emendamento 1 - Discarico 2018 — Corte di giustizia: respinto.

Discarico 2018: Mediatore europeo – emendamento 1 respinto; emendamento 2 approvato.

Discarico 2018: Garante europeo della protezione dei dati – emendamento 1 respinto; emendamento 2 respinto; emendamento 3D respinto.

Discarico 2018: Corte dei conti – emendamento 2 respinto.

Discarico 2018: Consiglio europeo e Consiglio – emendamento 1 respinto; emendamento 2 respinto; emendamenti 8 e 9D approvato; emendamento 3 approvato.

Discarico 2018: Agenzia dell'Unione europea per la sicurezza delle reti e dell'informazione – emendamento 1D respinto.

Discarico 2018: Centro europeo per lo sviluppo della formazione professionale – emendamento 2D approvato; emendamento 3D respinto; emendamento 1 approvato; emendamento 4 approvato.

Discarico 2018: Fondazione europea per il miglioramento delle condizioni di vita e di lavoro – emendamento 1 respinto; emendamento 2D respinto; emendamento 3D respinto.

Discarico 2018: 8°, 9°, 10° e 11° Fondo europeo di sviluppo – emendamento 1 respinto; paragrafo 48 approvato; paragrafo 61 approvato; paragrafo 61, seconda parte, approvato; paragrafo 65 approvato; paragrafo 66, prima parte, approvato; paragrafo 66, seconda parte, approvato; paragrafo 67, prima parte, approvato; paragrafo 67, seconda parte, approvato; paragrafo 69, prima parte, approvato; paragrafo 69, seconda parte, approvato; emendamento 2, prima parte, approvato; emendamento 2, seconda parte, respinto.

Discarico 2018: Istituto europeo per l'uguaglianza di genere: emendamento 1D respinto.

Discarico 2018: Agenzia dell'Unione europea per la formazione delle autorità di contrasto – emendamento 1D approvato; emendamento 2D respinto.

Discarico 2018: Agenzia per le sostanze chimiche – emendamento 1 approvato.

Discarico 2018: Agenzia dell'Unione europea per i diritti fondamentali – emendamento 2D respinto; emendamento 1 respinto.

Discarico 2018: bilancio generale dell'Unione europea – Comitato delle regioni – emendamento 1 respinto; emendamento 2 approvato; emendamento 3 approvato; emendamento 4D respinto, emendamento 5D respinto; emendamento 6D respinto, emendamento 7D respinto.

Discarico 2018: Agenzia dell'Unione europea per la cooperazione nelle attività di contrasto (Europol) – emendamento 1D respinto, emendamento 2D approvato.

Discarico 2018: bilancio generale dell'Unione europea – Comitato economico e sociale europeo – emendamento 2 approvato; emendamento 1 respinto; emendamento 4 approvato; emendamento 5 approvato; emendamento 6 respinto; emendamento 7 approvato.

Discarico 2018: prestazioni, gestione finanziaria e controllo delle agenzie dell'Unione europea – emendamento 2 approvato.

Questi sono i risultati della votazione.

11. Zweite Abstimmungsrunde

Presidente. – Passiamo ora al secondo turno di votazioni della giornata.

Procederemo alle seguenti votazioni:

- votazione finale sulle risoluzioni di discarico;
- votazione sugli emendamenti alla relazione sullo stato di previsione delle entrate e delle spese per l'esercizio 2021 — Sezione I – Parlamento europeo;
- votazione sulle misure temporanee riguardanti le assemblee generali delle società europee (SE) e delle società cooperative europee (SCE).

Le modalità di voto sono le stesse: le votazioni si svolgeranno utilizzando la procedura che abbiamo usato anche questa mattina.

Il secondo turno di votazioni sarà aperto dalle 13.30 alle 14.45 I risultati del secondo turno di votazioni saranno comunicati alle 17.15.

Vi ricordo che alle 14.30 comincerà la discussione sulle dichiarazioni del Consiglio e della Commissione su vaccini e terapie nel contesto della Covid-19.

(La seduta è sospesa alle 13.23)

VORSITZ: NICOLA BEER*Vizepräsidentin***12. Wiederaufnahme der Sitzung***(Die Sitzung wird um 14.31 Uhr wieder aufgenommen)***13. Impfstoffe und Medikamente im Zusammenhang mit COVID-19 (Aussprache)**

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zu Impfstoffen und Medikamenten im Zusammenhang mit COVID-19 (2020/2643(RSP)).

Ich weise die Mitglieder darauf hin, dass es bei dieser Aussprache keine spontanen Wortmeldungen gibt und dass keine blauen Karten akzeptiert werden.

Nikolina Brnjac, President-in-Office of the Council. – Madam President, on behalf of the Croatian Presidency of the Council, it is my honour to contribute to Parliament's discussion today on vaccines and therapeutics in the context of the COVID-19 pandemic.

This pandemic constitutes an unprecedented challenge for Europe and the world. It has brought huge human losses and suffering, as well as social and economic damage to millions of people. It has put our healthcare systems under exceptional pressure. It has wide-ranging implications for all of us in every part of the European Union.

As we gradually start lifting confinement measures, we will have to learn to live with the coronavirus under strict conditions and constant monitoring. Only the development, production and deployment of effective and safe vaccines and treatments will hopefully provide us with a lasting solution to this global health crisis.

Vaccines and treatments will be crucial for Europe, but they will be even more critical for our most vulnerable partners with fragile health systems such as Africa.

Our ultimate and common goal, therefore, is to accelerate the development, manufacture and delivery of vaccines and treatments for everyone, everywhere at an affordable price in the shortest possible time.

The EU and its Member States have embarked on a worldwide race to find a safe and effective vaccine and treatments to counter the spread of the coronavirus.

Regarding activities at EU level, already on 10 March at their first meeting after the COVID-19 pandemic reached Europe, EU leaders committed to supporting research as part of our common response to the outbreak. The European Parliament has also raised issues relating to the development of vaccines and treatments in its resolution on EU coordinated action to combat the COVID-19 pandemic adopted on 17 April.

On April 7, the Croatian Presidency organised an informal videoconference where ministers responsible for research and innovation showed their determination to coordinate their actions and welcomed ten actions for immediate response to the crisis.

On 7 May, in an informal videoconference organised by the Commission, many Member States supported the idea of preparing a COVID-19 vaccination immunisation plan. To accelerate the coronavirus vaccine, the Commission has launched a dedicated COVID-19 data portal that enables researchers to upload, access and analyse research data. Currently, there are more than 90 vaccines in development around the globe, but only eight are so far subject to clinical trials.

Three candidates for vaccines are receiving support from EU funding through the research programme Horizon 2020. Member States are also investing in several candidates.

Moving to treatments, it is encouraging to note that there are so far more than 40 developers of potential treatments for COVID-19 who have contacted the European Medicines Agency and the Member States for scientific advice. Most of the treatments proposed are medicines currently authorised for other diseases. Clinical trials are currently ongoing to determine their efficiency for the treatment of COVID-19 patients. The EU has allocated resources via Horizon 2020 to Discovery, an EU-wide clinical trial to test treatments involving more than 3 000 European patients. The EU has already committed over EUR 500 million to different research and innovation initiatives, including approximately EUR 48 million to 18 projects on vaccines and treatments via Horizon 2020 research programmes, and EUR 72 million in public funds for a therapeutics and diagnostics innovative medicine initiative with an additional EUR 45 million in expected contributions from the industry.

Additionally, the EU has redirected EUR 150 million from SMEs and start-ups for innovative solutions to tackle the outbreak via the European Innovation Council (EIC) Accelerator programme and up to EUR 80 million to CureVac, a European vaccine developer, by a common Commission aid initiative.

In order to respond to the urgency, the European Medicines Agency will speed up its regulatory procedures so that marketing authorisation of safe, effective and high-quality COVID-19 related medicines and vaccines can be guaranteed without unnecessary delay.

Turning now to activities at international level, on 24 April, the WHO launched global cooperation for the accelerated development, production and equitable access to diagnostics, therapeutics and vaccines.

In response to this call, on 4 May, the European Union, several Member States and other G20 countries co-hosted the International Coronavirus Global Response Pledging Conference. The initiative has raised EUR 7.4 billion, including EUR 4 billion from the EU and its Member States. This is a very promising and important first step.

There are a number of key challenges. Once new therapies are identified, the challenge will be to scale up production and distribution to make them available to patients throughout the world at an affordable price.

As regards vaccines, the first challenge is the patient's safety and to produce a vaccine in extremely high quantities, since demand is global.

At the European level, already in December 2018 the Council adopted a recommendation on strengthened cooperation against vaccine-preventable diseases, which has the double aim of reducing inequalities between Member States and increasing security of vaccine supply. EU instruments such as joint procurement could be used in that spirit to help ensure fair distribution and solidarity among all Member States.

In order to tackle other important issues, such as securing sufficient and autonomous production capacity in the European Union, fair licensing and fair intellectual property rights conditions, it is necessary to involve all concerned actors, including industry and the public sector.

In this context, I find it very encouraging to see that several manufacturers have agreed to pool their resources. Public authorities, pharmaceutical companies and multilateral organisations must work together to reach the common goal of making vaccines and treatments available to as many as possible.

We will defeat the COVID-19 crisis and we will do it with a shared spirit of European and global solidarity and responsibility.

Margaritis Schinas, *Member of the Commission*. – Madam President, from the very first day of this crisis for us in the Commission, one consideration was evident: no country in the European Union or worldwide can battle this pandemic alone. We need to take bold steps and we need to take them together.

Containment measures have proved efficient so far and have allowed us to diminish the spread of the virus. But they will not eradicate it. For this, we need further action on three areas: first, early diagnosis; second, targeted treatments for the ill; and, third, a vaccine that will ensure immunisation. We will also need all three to be widely accessible and affordable because, as long as the virus exists in the world, no one can be safe.

This is why the European Union is taking the lead in organising a coronavirus global response pledging initiative, which took place on 4 May. The aim was precisely to lead the world effort to develop diagnostics, vaccines and therapeutics against the virus as soon as possible, not only to make it possible to get to these objectives, but also to ensure that they are accessible on a fair and equitable basis once they are discovered. I am delighted to have this opportunity, on behalf of the Commission, to discuss these issues with you in a bit more detail this afternoon.

First, vaccines. On vaccines, there is no doubt that this is the best way to truly exit the pandemic and avoid a resurgence of the disease. However, developing a vaccine is a complicated process that depends on close coordination, financial support and unity. Each of these considerations was evident during the pledging event of 4 May that the European Union led at global level.

First, we managed to attain our overall objective with an ambitious level of funding raised. We mobilised EUR 7.4 billion (USD 8 billion) in pledges, of which EUR 5 billion came from Team Europe. The second – and equally important – aspect of this pledging conference was that we sent, as the European Union, a resounding message of unity and solidarity across the world, and we also proved that, in today's turbulent times, the European Union remains a force for good for the planet.

This was only the beginning. The pledging marathon remains open until 23 May, so I take this opportunity to encourage all of you to engage in helping to find new donors, public or private, and to join forces in this unique worldwide effort.

Here comes the big question: where are we on the vaccines? As the Croatian Presidency has just indicated, the WHO has identified 8 vaccine candidates in clinical evaluation and 94 candidates in pre-clinical evaluation. Three candidates are receiving support from the Commission through our Horizon 2020 programme, and Member States are also investing in several candidates. We need to focus efforts on finding the most promising solutions. That's why the Commission has proposed that an EU-wide network for clinical trials be set up. Such a network will ensure a critical mass of data from patients, help to identify the most promising vaccine candidates or therapeutics, and swiftly move them into the most appropriate clinical trials. Once developed, of course, a vaccine would need to pass a rigorous approval process, and we in the Commission will work very closely with the European Medicines Agency to ensure that this process moves as swiftly and as quickly as possible without, however, compromising on safety and efficacy.

Producing the vaccine is only half of the battle ahead of us. We should also ensure fair, widespread and equitable access to the vaccine as early as possible, not only to all Europeans, but also to the rest of the world. There are many tools that we could use to achieve this – from public-private partnerships to increased manufacturing capacity, to advance purchase agreements to ensure production. The Commission is currently in intensive discussions with both our Member States and vaccine producers to identify clearly how we can best support Member States in the purchase and deployment of vaccines. All options are on the table and we are not excluding any of them. Last week, health ministers discussed the possibility of a uniform COVID-19 immunisation strategy throughout the European Union. This would also help us to maximise access to the vaccine when it becomes available and I look forward to hearing your thoughts on these approaches this afternoon.

Let me now turn to therapeutics. The Commission has reacted efficiently to support Member States in this regard. I don't want to beautify the situation. We all know that the early stage of the crisis was not an example of optimal coordination. Many measures were taken rapidly under pressure at national level without the necessary coordination. But, once this first stage went through and our Member States saw the added value of cooperation and the interdependence that binds them together as the European Union, with the help of the Commission, we reacted efficiently to support them. Let me recall some of these actions.

Since day one, we have coordinated closely with all important actors – the European Medicines Agency, the European Centre for Disease Prevention and Control (ECDC), the national agencies, industry – to avoid or tackle bottlenecks, to better anticipate future shortages and to assist in the adaptation of production. In parallel, we have issued concrete guidance on the rational supply of medicines, regulatory flexibility and clinical trials to avoid unavailability of treatments. We have activated the rescEU stockpile of medical equipment, including therapeutics and vaccines, and we have established a COVID clearing house mechanism that facilitates the matching of the needs for medical equipment with available supplies.

Thankfully, the situation is now beginning to stabilise in the EU, but we must also continue working on the supply side. With this in mind, we are supporting a dedicated industry cooperation project to increase the supply of critical intensive care unit medicines. Parallel to that, the European Medicines Agency and the Commission have put in place a mechanism to support the rapid development and authorisation of new COVID-19 medicines and vaccines and, as we speak, we are currently preparing a joint procurement for such intensive care unit (ICU) medicines.

Let me conclude by saying that today we are, of course, discussing the short term, which is saving lives and winning the battle with the virus on the medical side, but I would like to finish with a few words about the medium and long term. The pandemic has revealed and amplified important issues with our supply chain for medicinal products. I'm very aware of how dependent we are on important pharmaceutical products or ingredients. So we need to come together quickly and identify solutions to the three emerging weaknesses from the crisis: how to strengthen our coordination mechanisms and supply chains, how to boost our preparedness, and how to improve our society's overall strategic resilience.

The Commission is preparing a new pharmaceutical strategy that will take account of the lessons learned during the pandemic and make the EU's pharmaceutical system future proof and crisis resistant. Yesterday, President von der Leyen had the opportunity to give you a bit more detail about our very intensive work on the recovery initiative, which is to be expected in the next few days. I would say that part of building this resilience for cohesive and resistant European societies passed from a very rigorous health programme that would bridge this asymmetry between what Europeans expect from Europe in the area of public health and what Europe has in terms of legal competence to face up to this challenge.

Commissioner Kyriakides and I will look forward to working very closely with this House on this endeavour. But first, I am keen to hear your thoughts on the challenges and solutions and I am very willing to take them on board and report back to you at my earliest convenience.

(Applause)

Peter Liese, im Namen der PPE-Fraktion. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle sehnen uns nach Normalität. Nicht nur die Wirtschaft leidet unter dem Lockdown, sondern auch viele Menschen ganz persönlich. Aber das Coronavirus ist weiter unter uns, und es ist sehr gefährlich. Deswegen müssen wir vorsichtig sein, aufpassen, damit es nicht zu einer zweiten Welle kommt. Und wir müssen dabei auch digitale Lösungen nutzen.

Ich war ein bisschen ärgerlich und enttäuscht, dass Kommissar Reynders heute Vormittag eigentlich nur die Bedenken aufgezählt hat. Wir müssen da offensiv sein. Und wir müssen nach Italien, Spanien, Frankreich und Belgien schauen, in die Länder, die am meisten unter der Krise gelitten haben. Dort beschwert sich merkwürdigerweise kaum jemand über den Lockdown. In meinem Land, in Deutschland, hat man den Eindruck, es gebe viel Anlass, sich zu beschweren, obwohl wir wesentlich besser durchgekommen sind. Ich rufe meinen Mitbürgern zu: „Hör mir auf zu lamentieren, und sei mir solidarisch mit denen, die es viel härter getroffen hat!“

Die endgültige Lösung bringt natürlich nur ein Medikament oder ein Impfstoff. Hier bin ich persönlich nach vielen Gesprächen mit Experten optimistisch, dass wir sehr viel schneller ein Medikament und/oder einen Impfstoff bekommen als unter normalen Umständen. Die Konferenz, die die Europäische Kommission am vergangenen Montag durchgeführt hat, war ein klares Zeichen der Kooperation und des Dialogs.

Aber wir brauchen leider auch einen Plan B. Denn die Vereinigten Staaten haben auf Regierungsebene nicht an der Konferenz teilgenommen, und deswegen sollten wir zwar weiter auf Dialog setzen, aber auch bereit sein, zum Beispiel koordiniert in Europa Zwangslizenzen zu erteilen oder auch handelspolitische Instrumente zu nutzen. Als Donald Trump mit Zöllen gegen europäische Autos gedroht hat, ist Jean-Claude Juncker ins Weiße Haus gefahren und hat eine Gegendrohung ausgesprochen. Und die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger muss uns mindestens so wichtig sein wie die Autoindustrie. Ursula von der Leyen sagt: „Wir müssen die Sprache der Macht sprechen.“ Das gilt auch für dieses Thema.

Tiemo Wölken, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kommissar! Wenn schon die EVP von Zwangslizenzen spricht, dann ist aber wirklich ein großes Problem zu lösen – nein, Peter hat mit vielen Dingen sehr recht.

Auf der gesamten Welt wird gerade sehr intensiv nach einem Impfstoff zur Behandlung und zur Bekämpfung dieser Pandemie gesucht. Kommissar Šefčovič hat heute Morgen von Solidarität gesprochen. Er sagte: Der Wohlstand eines Landes sollte nicht festlegen, ob die Menschen dort ohne dieses Virus leben können. Recht hat er damit.

Und doch lesen wir heute in den Medien, dass der Vorstandschef eines französischen Gesundheitskonzerns sagt: Wenn wir einen Impfstoff entwickelt haben, dann geht er als Erstes an die Amerikaner. Da frage ich mich schon, ob die Gelder, die wir als Europäerinnen und Europäer in Forschung und Entwicklung stecken, eher als ein Geschenk, als etwas, auf das ein Unternehmen Anrecht hat, angesehen werden. Das ist keine Solidarität, das ist Kapitalismus mit dem Leben von Menschen. Das können wir nicht hinnehmen.

Deswegen brauchen wir ganz klar in der Europäischen Union und weltweit gleichberechtigten Zugang zu einem Impfstoff. Ich bin froh, dass meine Fraktion einen Plan für eine europäische Gesundheitsunion entwickelt hat, aus dem hervorgeht, dass wir als Europäerinnen und Europäer erkannt haben, dass wir eine zu große Abhängigkeit vom nicht-europäischen Ausland im Bereich der Gesundheitsvorsorge haben – und die nächste Krise wird kommen. Wir sprechen im Moment gar nicht über antimikrobielle Resistenz (AMR). Insofern müssen wir da sehr viel mehr tun, und insofern freue ich mich auf die Zusammenarbeit.

Véronique Trillet-Lenoir, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, la santé est un bien commun, un bien public, un bien mondial, un bien européen. Nous nous défendons collectivement, au cours de cette épidémie, par nos comportements raisonnables et respectueux, comme au sein de cet hémicycle. Nous saluons les efforts de financement de la recherche menés par la Commission européenne pour développer les traitements, les vaccins et les tests. Le Parlement européen a voté massivement, lors de sa résolution d'avril, un mécanisme européen de réponse sanitaire et nous avons collectivement demandé le renforcement des agences sanitaires, une coopération plus étroite entre les chercheurs et la restauration de notre souveraineté européenne.

Ne laissons pas les pays tiers nous rendre dépendants de leur recherche et de leur production de médicaments. Ne laissons pas les GAFAM s'emparer des données médicales de nos patients. Ne laissons pas les industriels de la santé, Sanofi ou autres, faire des enchères avec les vies humaines et confisquer des chances de guérison au nom du profit. Négocions, ensemble, avec eux les prix des médicaments.

Je suis d'accord avec vous, Monsieur le Commissaire, faisons de l'Agence européenne du médicament le pivot d'études cliniques coordonnées. Nous leur éviterons ainsi de se mettre en compétition les unes avec les autres. Faisons de l'Agence de contrôle et de prévention des maladies le cœur d'un réseau de laboratoires européens d'excellence en partenariat public-privé. Nous pouvons y arriver si nous sommes des Européens déterminés, unis et solidaires, et si nous inscrivons, dans le contrat financier pluriannuel, un programme spécifique dédié à la santé.

Silvia Sardone, *a nome del gruppo ID*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, sull'emergenza sanitaria coronavirus l'Europa sta compiendo gravi errori.

È mancata la solidarietà tra i paesi europei (vi ricorderete tutti del mancato invio di respiratori e mascherine nei confronti dei paesi più colpiti, come per esempio l'Italia), ogni paese ha agito in maniera diversa sui tamponi e sul conteggio dei decessi e poi anche sulle cure, sui farmaci e sui vaccini: l'Europa è stata totalmente assente.

Ma oggi voglio parlarvi della cura con il plasma iperimmune, una cura semplice che esiste in medicina da quasi un secolo, ora sperimentata sulla Covid-19 a Mantova e a Pavia, in Italia, con ottimi risultati. Vi do un po' di dati: nei pazienti gravissimi in terapia intensiva la mortalità passa dal 15 al 6 % e a Mantova su quelli gravi ma non gravissimi la mortalità è addirittura ridotta a zero. Pensate che negli Stati Uniti già 116 università fanno la sperimentazione. Parliamo dei costi: i farmaci antivirali arrivano a costare 4, 5 o 6 volte di più di una semplice sacca di plasma.

Eppure sia il governo italiano sia voi in Europa non sembrate particolarmente interessati alla cosa. Come mai? Beh non ha dietro le multinazionali del farmaco, non ci sono grandi investimenti e i poteri forti del settore, non ci sono grandi appalti e guadagni milionari. Forse allora per alcuni è meglio puntare su altro. È un errore.

Noi chiediamo che in attesa di un vaccino l'Europa supporti economicamente questa terapia e incentivi la creazione di banche del plasma dedicate nei diversi paesi europei.

Petra De Sutter, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, I first want to congratulate the Commission on the successful pledging conference of last week. A lot of public money indeed has been pledged now to secure funding for the development of vaccines, diagnostics and therapeutics. This money, however, should not come as a blank cheque to the pharmaceutical industry. Policymakers should take the necessary measures to make sure that vaccines and therapeutics will be accessible to all.

First, I believe that the EU should support the W8 in setting up a transparent and inclusive governance structure that will decide on the development, production and equitable distribution of future vaccines and therapeutics globally. All relevant stakeholders, including civil society and the global south, should be represented in this governance structure.

Second, the health of our citizens should not only depend on the goodwill, as we understood it, of the pharmaceutical sector – we cannot rely on voluntary measures only. If needed, EU Member States should be able to make use of compulsory licensing.

While we Greens have always been supporting this, I was happy to hear that colleagues of other political groups like Mr Liese just now are also aboard for this idea. But to facilitate the use of compulsory licensing, it's also crucial that the EU urgently makes its legislation on data and market exclusivity more flexible. I invite us all to collaborate on this. Colleagues, let us use this health crisis to fundamentally improve our pharmaceutical system in safeguarding public health over profit maximisation. If not now, then when?

Joanna Kopcińska, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! W pełni popieram zorganizowane przez Komisję wydarzenie poświęcone globalnej odpowiedzi na koronawirusa, które zarejestrowało 7,4 miliarda euro w formie datków od darczyńców z całego świata. Grupa Wyszehradzka, której częścią jest Polska, w ramach tej inicjatywy przeznaczyła 3 miliony euro na szczepionki i leki przeciwko wirusowi.

Gdy nowe metody leczenia i szczepionka będą gotowe do wprowadzenia na rynek, europejskie fundusze strukturalne i inwestycyjne powinny odegrać kluczową rolę w zwiększeniu zdolności produkcyjnych przy szczególnym zachowaniu ostrożności i zapewnieniu sprawiedliwego i właściwego przydziału środków dla każdego państwa członkowskiego. Niemniej jednak opracowanie szczepionki wiąże się ze znacznymi kosztami i wysokim ryzykiem niepowodzenia. Opracowanie bezpiecznych i skutecznych szczepionek, które zostaną dopuszczone do obrotu, zajmie dużo czasu i musimy być świadomi, że w tym procesie nie ma łatwych i szybkich rozwiązań. Szybkie znalezienie szczepionki jest istotne, ale ważniejsze jest, by była skuteczna i bezpieczna dla pacjentów. W przypadku szybkiego stworzenia szczepionki mogą nie być znane wszystkie efekty uboczne, zatem rozstrzygnięcia wymaga kwestia odpowiedzialności.

Podsumowując, chciałabym zapytać Komisję o działania, jakie planuje, by zapewnić powszechny dostęp do wyników badań naukowych nad szczepionką, znaleźć sposób na przyspieszenie badań klinicznych, a także rozwiązać kwestię odpowiedzialności, gdy szczepionki będą już zakupione i stosowane.

Marc Botenga, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Madam President, I've got a question that I don't want you to answer. That question is, how much are you willing to pay to save your life? And yet, unfortunately, that question is still very much used by many pharmaceutical companies to decide on the price of a treatment or a vaccine. That is what explains why a Belgian family had to pay EUR 1.9 million euros for a life-saving treatment to Novartis. That also explains why the CEO of Sanofi dares to threaten to give the vaccine first to the United States. And that explains why today, Belgian health authorities fear that the vaccine will not be available to all.

So that is why it is so, so important for us to make sure that no pharmaceutical company gets an exclusive right on the coming treatment or vaccine. And granted, the European Union has, by and large, talked the talk, and that is important. We've spoken about a common public good that will not belong to anybody. However, when we talk the talk, you should also walk the walk, because otherwise it's just hypocrisy. And that is why I was so surprised and, indeed, disappointed to read on the website of the Commission that you were not going to touch the intellectual property rights. Now for me, it's very, very clear. We raised 7.4 billion. That 7.4 billion should not serve the private profits of pharmaceutical companies. Let me be clear: in a pandemic, patents have no place. We have a right to a cure and we have a right to a people's vaccine.

Piernicola Pedicini (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io credo che valga la pena ricordare che i vaccini sono una soluzione sanitaria che serve per una politica di prevenzione, sono farmaci che vengono utilizzati per le persone sane, non per i malati, e quindi per la maggior parte della popolazione. Quindi non basta che siano efficaci ma devono essere assolutamente sicuri, privi di effetti collaterali e creati e distribuiti in grande quantità per tutta la popolazione.

Il loro sviluppo richiede quindi dei tempi molto lunghi per la ricerca, per la produzione e per la distribuzione e, dunque, non sono una soluzione per l'urgenza immediata che abbiamo in questo momento. In questo momento siamo in piena crisi pandemica e ci sono migliaia di persone che stanno morendo nell'Unione europea.

Sono stati raccolti 7,4 miliardi di dollari? Benissimo, allora la maggior parte di questo denaro deve essere impiegato per le terapie che hanno dimostrato la loro efficacia, e mi riferisco in particolare al plasma iperimmune che è stato citato poc'anzi e che negli ospedali di Pavia e di Mantova ha dimostrato di poter curare il 100 % dei malati.

Purtroppo questo avviene con l'ostacolo, con la resistenza dell'industria farmaceutica, che evidentemente non trova interesse in questa soluzione terapeutica.

Presidente, è uno scandalo! Abbiamo la soluzione a portata di mano, possiamo curare le persone che stanno per morire e possiamo salvare la nostra economia con questa soluzione, ma dobbiamo assolutamente evitare che le case farmaceutiche facciano il loro interesse privato. Dobbiamo salvaguardare invece l'interesse generale.

Dolors Montserrat (PPE). – Señora presidenta, apreciados colegas, este mes de mayo, hace cuarenta años, el mundo se liberó de la viruela gracias a otro esfuerzo global de diez años y más de 500 millones de vacunas.

El COVID es la primera crisis de la globalización, ha dado la vuelta al mundo en tan solo 115 días y este virus nos ha mostrado nuestra fragilidad. Por ello, necesitamos una vacuna y un tratamiento para dar una solución definitiva a esta pandemia.

Quiero aplaudir el liderazgo de la Comisión al lograr más de 7 000 millones de euros para financiar el desarrollo de la vacuna contra el COVID. Es el mayor proyecto de colaboración público-privado, global y sanitario.

Es el momento de ser valientes, pero también generosos. No podemos permitir ni guerras de precios ni de países, ni guerra entre lo público y lo privado. Lo tenemos que hacer juntos y debemos eliminar cualquier barrera en el acceso a las vacunas, que deben estar disponibles para todos en todos los rincones del mundo.

La deslocalización de la producción de un sector estratégico como el sanitario la hemos pagado muy cara, también en España. Debemos apostar por la reindustrialización sanitaria y la investigación en Europa, y Europa se diferencia de Estados Unidos y de China por tener los mejores sistemas nacionales de salud públicos y universales del mundo. Este es nuestro gran valor añadido.

Por ello, esta crisis nos da la oportunidad de revisar y reforzar el sistema sanitario europeo, para que sea más resiliente; y la Unión Europea debe tener más competencias sanitarias para coordinar con rapidez y eficiencia un único sistema europeo de salud.

Tenemos que trabajar para la unión sanitaria europea.

Javi López (S&D). – Señora presidenta, hoy el Parlamento Europeo hace desde aquí un llamamiento a los Estados miembros y a las instituciones de la Unión Europea a coordinarse, a trabajar conjuntamente para buscar una vacuna y un tratamiento eficaz para hacer frente al coronavirus. Y queremos aunar esfuerzos no solo entre Estados e instituciones europeas, queremos aunar esfuerzos entre el sector privado y el sector público.

El Parlamento también pone como ejemplo la iniciativa de la Comisión Europea de la Conferencia Internacional de Donantes —más de 7 400 millones de euros recaudados de forma conjunta—. Pero hoy el Parlamento no solo hace esto. Hoy el Parlamento también envía un mensaje fuerte sobre la necesidad de tener una futura vacuna con un acceso universal, gratuito, justo, igualitario y que sea rápido para todos los rincones de Europa. Esto también puede ser posible gracias al mecanismo de adquisición conjunta.

Y, en tercer lugar, el Parlamento Europeo hoy también quiere que la Unión Europea en el futuro lidere a nivel global ese acceso universal y gratuito a una futura vacuna. También es un momento para hacer advertencias sobre esta lógica —que vemos en algunos casos— de competición geopolítica para encontrar la vacuna o sobre cómo puede ser la vacuna fuente también de desigualdades. Nosotros queremos cooperar en un mundo en el que algunos quieren competir. Porque frente al coronavirus no hay competición posible por algo que afecta al conjunto de la humanidad y que ha puesto en riesgo la forma de vida de todos los rincones de nuestro planeta.

Frédérique Ries (Renew). – Madame la Présidente, beaucoup de choses ont été dites, déjà, cruciales, notamment notre souveraineté retrouvée en matière de médicaments en Europe, notre certaine impréparation et manque de vision, aussi j'en viens donc directement au thème de notre débat: les traitements et les vaccins.

Pour commencer, *Discovery*, on n'en a pas encore beaucoup parlé jusqu'ici. *Discovery*, cet essai qui devait tester quatre pistes, quatre bras de médicaments, lancé le 22 mars à cor et à cri, en principe pour 3 200 patients européens et qui se retrouve aujourd'hui de facto rétréci à, je crois, 700 patients français et un seul patient luxembourgeois, selon mes informations. Je voudrais connaître les raisons de cette désaffection et j'use d'un euphémisme. Certains chercheurs à qui j'ai parlé m'ont parlé de critères européens trop rigoureux pour les tests, notamment de prix trop élevés. Je trouve assez navrant de voir des États membres de chez nous se tourner plutôt vers *Solidarity*, l'étude parallèle lancée par l'OMS.

Pour ce qui est des vaccins, 157 projets selon la *London School of Hygiene and Tropical Medicine*, dont 11 déjà au stade des essais cliniques. Une question se pose, elle est cruciale: qu'est-ce qu'on fait s'il est découvert aux États-Unis, en Chine ou ailleurs?

J'ai écouté vos explications, Monsieur le Commissaire, je lis la presse aussi, il y a des démentis, mais il y a des grandes manœuvres entre les grands labos et les grandes puissances, pouvez-vous rassurer les Européens sur l'accès et la disponibilité?

Herve Juvin (ID). – Madame la Présidente, nous approuvons l'allocation de moyens étendus à la recherche pharmaceutique et médicale. Cependant, nous nous inquiétons de la privatisation accélérée de la santé et de la vie en cours de constitution par un certain nombre de grands oligopoles mondiaux.

C'est pourquoi nous attirons l'attention de la Commission sur le fait qu'il est nécessaire de financer une recherche indépendante, universitaire ou publique, face à la concentration de la recherche dans les mains de grands industriels de la pharmacie.

Nous attirons l'attention de la Commission sur la nécessité d'assurer un modèle de prix à même de favoriser relocalisation et l'autonomie de nos industries pharmaceutiques et médicales et d'assurer l'accès de tous à ce bien commun qu'est la santé.

Enfin, nous mettons en garde la Commission contre les dérives de la brevetabilité du vivant qui est en train d'assurer des rentes indues à des industriels capables de stériliser la recherche, capables d'exclure du champ des prescriptions des médicaments reconnus, utilisés depuis des décennies, et qui, enfin, sont en train, à la faveur de la pandémie, d'assurer des bénéfices manifestement indus à l'oligopole pharmaceutique mondial.

Anna Cavazzini (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Der Zugang zur Medizin rettet Leben. Wollen wir, dass nur diejenigen Zugang zu Corona-Impfstoff und Medizin haben, die es sich leisten können – hier in Europa und der ganzen Welt? Wollen wir, dass afrikanische Staaten keine eigenen Beatmungsgeräte herstellen können, weil sie gegen Patentrecht verstoßen? Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, das können wir doch nicht wollen! Die EU muss sicherstellen, dass alle Menschen überall Zugang zu lebenswichtiger Technologie, Medizin und einem zukünftigen Impfstoff haben.

Damit das nicht nur eine leere Wunschformel bleibt, sind ganz konkrete Schritte notwendig. Die EU-Mitgliedstaaten müssen über Zwangslizenzen einen öffentlichen Zugang zu Medizin und Impfstoffen für alle garantieren. Das haben heute schon wirklich viele Kolleginnen und Kollegen angesprochen. Die EU muss die Flexibilitäten im Handelsrecht nutzen und möglich machen, dass unter Zwangslizenzen produzierte Medizin importiert und weltweit gehandelt werden kann. Dazu brauchen wir ein klares und deutliches Statement von der Kommission, Herr Schinas.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, *we are in this together*. Lassen Sie uns heute ein starkes Signal vom Plenum aussenden, dass wir die gesamte Gesellschaft und die ganze Welt im Blick haben – und nicht nur die, die es sich leisten können!

Helmut Geuking (ECR). – Frau Präsidentin! Ich möchte als Erstes einmal betonen: Auch wenn die Kommission sagt, wir müssen krisenresistent werden, wird es eine Krisenresistenz nie geben. Es ist nicht die erste Pandemie, die wir erleben, und es wird auch nicht die letzte Pandemie sein, die wir erleben.

Ich möchte allerdings betonen, dass ich sehr wohl zufrieden bin und es sehr positiv finde, dass wir mittlerweile weltweit 123 Impfprojekte haben, die bereits in einer Erprobungsphase sind, wo man sonst erst in zehn, elf Jahren wäre. Das heißt, diese Verfahren sind enorm verkürzt worden, und das lässt hoffen, dass wir im nächsten Jahr dann wahrscheinlich den ersten Impfstoff weltweit zur Verfügung haben werden, um den Menschen direkt zu helfen.

Ja, es muss unsere Aufgabe hier im Europäischen Parlament sein, diesbezüglich auch Rahmenbedingungen festzulegen: Wer bekommt den Impfstoff, wann, zu welcher Zeit, zu welchem Preis? Es ist selbstverständlich, dass jeder Mensch – das gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge – dass jeder Mensch Europas und – da hat die Vorrednerin vollkommen recht – natürlich weltweit dazu Zugang haben muss. Wir müssen einen Rahmen gestalten: Wo fangen wir an, wo hören wir auf und wie schnell kann man produzieren? Hinzu kommt, wir müssen Produktionsstätten nach Europa holen, gerade auf dem Medikamentensektor.

Gesundheitspolitik ist keine Europapolitik, und es wird Zeit, dass wir das zur Europapolitik machen. Dafür haben jetzt 21 Abgeordnete ein Manifest quasi unterschrieben, die jetzt im Interesse der Bürger und der Menschen Europas fraktionsübergreifend zusammenarbeiten wollen, um die Gesundheitspolitik europaweit voranzubringen. Darüber bin ich sehr glücklich und sehr stolz und sage den Abgeordneten: Vielen Dank, dass Sie hier mitmachen, und das werden wir noch mit Leben füllen. Ich bitte die Kommission, hier in Europa eine Institution zu schaffen, die dem auch gerecht wird.

Mick Wallace (GUE/NGL). – Madam President, we're talking about addressing symptoms and not causes. The way we produce meat today, with thousands of genetically identical chickens and pigs stuck in massive factories – natural selection, an ecosystem service that provides real-time disease protection, is more, now, effectively a thing of the past. If we do not address industrialised livestock production, we are sure to have bigger and more lethal epidemics than this one. And we cannot win the fight against COVID-19 and future infectious diseases unless we properly fund a public sector that values public health over profit.

A health service should not be a business opportunity for big pharma in a health crisis. The chief executive of the French pharmaceutical giant Sanofi said yesterday that they can deliver a vaccine to the Americans, who want to get it first, because they get more funding. This is a company that's subsidised by the French people. This is a company that distributed EUR 4 billion to its shareholders during the pandemic. The COVID-19 global response framework was announced on 4 May. What conditions will be attached to the fund? At the very least, public investment in a COVID-19 vaccine and the therapeutic development should come with hard conditionalities attached, including real equitable public access, non-exclusive licensing, and an affordable pricing model. But even attaching these conditionalities would not deal with the root of the problem. We need to de-commodify vaccines and therapeutics. We should nationalise pharmaceutical companies, and we should do it now.

Antoni Comín i Oliveres (NI). – Madame la Présidente, gouvernements, entreprises, comités scientifiques, tout le monde est en course pour développer le plus vite possible un vaccin contre la COVID-19.

Mais l'important n'est pas seulement de mettre tout en oeuvre maintenant pour accélérer ce développement, il est aussi de se demander si certaines choses n'ont pas été qui nous auraient permis de raccourcir considérablement le temps de recherche. Un exemple: les recherches précédentes pour les vaccins contre le SRAS et le MERS ont été arrêtées durant la première phase. Si les phases 2 et 3 avaient été menées à leur terme, une partie du travail pour découvrir le vaccin de la COVID-19 aurait déjà été effectué aujourd'hui et nous aurions gagné un temps vital.

Existe-t-il des recherches utiles sur les futures menaces pour la santé qui ne sont pas menées aujourd'hui par manque d'intérêt commercial, parce que dans ce cas, le devoir des institutions publiques est de fournir les moyens et les ressources pour que ces recherches puissent être menées à bien. Apprenons de cette crise sanitaire, anticipons, faisons tout ce qui est possible pour protéger la santé des citoyens que nous représentons.

Roberta Metsola (PPE). – Sinjura President, kull deċiżjoni li tittiehed fl-Unjoni Ewropea għandu jkollha bħala l-qofol tagħha s-solidarjetà. Ahna nafu li meta nkunu flimkien, spalla ma' spalla, inkunu aktar b'saħħitna biex nirbhu din l-isfida. Diġà hdimna u qbilna biex f'dawn iż-żminijiet ta' kriżi jkun hemm xiri flimkien – *joint procurement* – tal-ventilators u htigijiet oħra. Eżempju ċar tas-solidarjetà fil-prattika. Dan kien biss l-ewwel pass. Il-*joint procurement* għandu jsir ukoll għal meta l-vaċċin kontra l-COVID-19 ikun fis-suq. Ejjew nuru l-impenn politiku tagħna li se naghmlu dan minn issa.

U għalhekk irridu nissigillaw il-ftehim fl-Unjoni Ewropea issa biex ix-xiri tal-vaċċin isir flimkien. Biex nikkontrollaw it-tixrid tal-virus u nsalvaw il-hajjiet m'għandux ikun hemm kompetizzjoni. Hu biss meta dan ikun disponibbli għal kulhadd, f'kull Pajjiż Membru, li nkunu nistgħu nibdew nitkellmu bis-serjetà dwar kif se nirritornaw għan-normalità fil-hin, b'mod tangibbli u b'hila.

Naf li l-Ministru tas-Saħħa Malti qed jahdem ukoll favur dan fil-Kunsill. Din hi pożizzjoni li qed nahdmu ahna wkoll favur tagħha u għandha ssib qbil minn kulhadd.

Biex nikkonkludi, in-nies jistennew li l-istituzzjonijiet Ewropej jagħtu direzzjoni; joffru sens ta' tmexxija li tagħtihom serhan il-mohh. Flimkien nistgħu nipprovdha u nagħtuha bid-deċiżjonijiet u bl-azzjonijiet tagħna.

Ismail Ertug (S&D). – Madam President, Commissioner, yesterday we thanked the heroes – the doctors and nurses, the truck drivers and the parents – but colleagues, I just want to ask us all: to what extent do we protect the healthcare workers in the European Union? Is the level of health care enough? This is an issue I want to raise with the Member States as well. We have to raise this issue, and I urge the Commission to come up with a directive where we deal with the level of the healthcare workers as well. And I want to say, I prefer to bite the bullet of social distancing on the beach rather than see people suffering from this crisis.

Andreas Glück (Renew). – Sehr geehrte Frau Präsidentin, Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Europäische Union nimmt eine führende Rolle bei der Erforschung von Impfstoffen und Therapeutika wahr.

Erstens: Diese Anstrengungen müssen auch in Zukunft fortgesetzt werden.

Zweitens: Die Zulassung von Medikamenten muss schneller passieren können. Wir wollen hier keine Kompromisse bei der Patientensicherheit, aber wir müssen dafür sorgen, dass Medikamente schneller beim Patienten ankommen.

Drittens: Selbst bei gängigen Medikamenten ist es so, dass wir weltweit nur zwei, vielleicht drei Produktionslinien haben. Hier ist es unrealistisch, dass wir die ganze Produktion wieder nach Europa bekommen, aber wir brauchen zumindest eine Diversifizierung in der Produktion.

Die Tatsache übrigens – und jetzt möchte ich noch kurz auf den Kollegen der PPE, Herrn Liese, eingehen –, dass unsere Grundfreiheiten eingeschränkt werden, zeigt, dass das Gute, das die Europäische Union mit sich bringt, nicht für selbstverständlich gelten kann. Wir müssen jeden Tag dafür arbeiten. Wichtig ist mir dabei nur, dass diejenigen argumentieren müssen, die Grundfreiheiten einschränken, und die Beweislast nicht bei denen liegt, die Grundfreiheiten leben möchten.

Jeder Mitgliedstaat der EU ist zu klein, um eine wirtschaftlich wichtige Rolle in der Welt zu spielen. Und jeder EU-Mitgliedsstaat ist zu klein, um auch einen richtigen Beitrag zur Lösung des Corona-Problems leisten zu können.

Nicolaus Fest (ID). – Frau Präsidentin! Kommissar Schinas hat ausgeführt, wie effizient und – natürlich in toto – großartig die EU auf die Corona-Krise reagiert habe. Wie alle seine Äußerungen liegt diese Behauptung irgendwo zwischen Selbstbetrug, Selbstüberschätzung und Fake News. Ein richtiges Parlament würde ihm dies auch nicht durchgehen lassen. Es würde reden über den völligen Mangel der medizinischen Vorbereitung innerhalb der EU auf die Corona-Krise, es würde reden über die komplett fehlende Koordinierung der EU-Länder bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie, und vor allem würde ein richtiges Parlament über das Totalversagen von Leuten wie Herrn Schinas und Frau von der Leyen und der gesamten Kommission reden. Und ein richtiger Parlamentspräsident würde diese Themen auch auf die Tagesordnung setzen und nicht über Polen, Ungarn oder – hier jetzt eben – Impfstoffe reden. Aber wir

haben eben kein richtiges Parlament, und wir haben leider auch keinen richtigen Parlamentspräsidenten.

Pär Holmgren (Verts/ALE). – Fru talman! Det är givetvis otroligt viktigt nu att vi får fram ett säkert vaccin. Vi vet att det kommer ta tid, antagligen många år, och också att det blir stora kostnader för forskning, tillverkning och även spridning. Det mesta av de här kostnaderna förväntas täckas av statlig finansiering som ska gå till att finansiera forskning hos stora multinationella företag. De här pengarna kommer utan tillräckligt tydliga villkor och krav, när det gäller till exempel immateriella rättigheter.

EU har lovat att bidra med tio miljarder kronor. Det är bra. Men för det första så kan vi inte mer eller mindre ge bort tio miljarder kronor utan att säkra en rättvis tillgång till både patent och vaccin. Om världen nu gemensamt ska finansiera framtagandet av ett vaccin, så ska världen också ha fri tillgång till patent för licenstillverkning av vaccin. Och för det andra så gäller försiktighetsprincipen – vi får inte göra om samma misstag som när vi stressade fram ett vaccin mot svininfluensan, och bara i Sverige fick 500 personer lida av det.

Fulvio Martusciello (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, tutto il mondo aspetta il vaccino: ma pensiamo a quello che è accaduto per l'AIDS, ai tempi che ci sono voluti per tentare di averlo, e ancora non l'abbiamo. E allora dobbiamo imparare dagli errori, dobbiamo imparare da quello che è accaduto.

L'Europa si è trovata totalmente impreparata ad affrontare questa pandemia. Mentre avanzava in Cina, l'Europa ha scoperto di non avere fabbriche che producevano mascherine, perché il lavoro attorno a quelle mascherine non era remunerativo e conveniva produrle in Cina, e poi ha scoperto di non avere i guanti, che si producono solo a Taiwan o in Malesia. E ancora ha scoperto che la produzione dell'alcol era contingentata. Una serie di errori che ci ha fatto trovare totalmente scoperti.

Questo virus è stato terribile, ha squarciato completamente le nostre vite. Vedete, per chi è cristiano e cattolico, come me, è un'esperienza terribile non poter dire addio a un proprio caro personalmente, ma doverlo dire in videoconferenza.

E allora ci rendiamo conto che questo virus va combattuto, e va combattuto con la solidarietà che l'Europa deve ritrovare e soprattutto capendo che non ci può essere né nord né sud, ma l'Europa deve essere unita e solidale.

Christel Schaldemose (S&D). – Fru formand! Tak for det, og også tak for denne diskussion og fremlæggelse fra Kommissionen af de tiltag, der har været foretaget på nuværende tidspunkt. Jeg synes allerede nu, vi har lært en hel masse af coronakrisen. Først og fremmest er det utrolig vigtigt, at vi i samarbejde lærer mere om den her sygdom, og også i samarbejde gør en indsats for at finde ud af, hvordan vi kurerer, og hvordan vi vaccinerer. Det har vi fået en masse at vide om, og det er rigtig godt. Men derudover tror jeg også, at det er vigtigt, at det næste skridt håndteres på den måde, at vi lærer af, at vi ikke må være afhængige af verden uden for EU. Vi har simpelthen brug for at sikre, at vi også på europæisk plan får produceret værnemidler, får produceret vigtig medicin og selvfølgelig også får produceret vaccinen, når den på et tidspunkt er klar. Vi skal gøre det ved, at vi samarbejder, at vi finansierer det sammen og koordinerer det meget bedre på tværs af medlemslandene, end vi har gjort op til coronakrisen. Så signalet er, at vi kun løser det her sammen, hvis vi samarbejder, men også beskytter os i Europa sammen.

Margaritis Schinas, Member of the Commission. – Madam President, thank you for this very useful debate. I identified two families of issues from your statements. One – let's call it the quest for resilience – and the other one is what happens once we have the vaccine? How do we make sure that we avoid the problems that we saw in the early stage about access to the distribution of personal protective equipment?

Let me start on the quest for resilience. There is no doubt whatsoever that Europe has to draw the lessons of this pandemic. It's evident, it's written on the wall. This is something that society will impose on all policy-making at all levels.

As far as the quest for resilience at the EU level is concerned, let me repeat what I said earlier. We have to bridge this asymmetry of expectations between what Europeans want from Europe in areas where Europe has nothing in terms of legal competence. This is a major issue. This contaminates public opinion and projects Europe in a negative light. I really hope that this will be, together with my colleagues, one of our main lines of action in the months and years to come.

Also on the quest for resilience, we have to make sure that the recovery initiative sheds light and reinforces a self-standing health problem that is able to perform not only under regular, normal circumstances, but is also designed to face up to major sanitary crises and pandemics. This is also a major challenge in front of us.

Finally, many of you also raised the issues of production, back to the EU, pricing, strategical autonomy, the place of Europe in the world and geopolitics. When it comes to pharmaceuticals and all these questions, I want to assure that they will be addressed in our pharmaceutical strategy communication, which I will be presenting to you, together with Commissioner Kyriakides, later this year.

Let me now come to – and finish – the other cluster of issues of concern to you, which is what happens once we have the vaccine, how we make sure that access is fair, equitable and widespread distribution is available to all Europeans and the rest of the world. I think there are three options for us, a three-point strategy that will allow us to act effectively in this respect.

First, we need to ensure immediate access to vaccine supplies. For this, we do have instruments to be deployed, namely we can create an EU stockpile of vaccines, serving as an immediate response through the European Union Civil Protection Mechanism, we can organise an EU joint procurement scheme, which will be secure purchase commitments in a stable framework, and the Commission could also procure directly, on behalf of Member States, vaccines making use of the Emergency Support Instrument. This was about immediate actions.

Second, regarding secure production, we are already in close contact with industry and we are exploring together with them concrete measures such as public-private partnerships to increase manufacturing capacity or to advance purchase agreements to ensure production.

Thirdly, delivery. In the beginning we might need some prioritisation. This is precisely the objective of the European immunisation strategy that I was referring to in my opening statement. Such an immunisation strategy could set priority strands for certain segments of the population, but we will also need to ensure access worldwide because, as long as the virus exists, no one is safe.

This is again precisely the purpose of our global leadership in the framework of the pledging conference that should not end on 23 May, when we have this critical mass of financing to speed up the production of vaccines. But we will also have a role, after 23 May, to make sure that the rest of the world and especially those parts of the world that have more vulnerable health systems, like Africa or Latin America, will not be left out of this development.

Nikolina Brnjac, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, honourable Members, I wish to thank you for this important debate. We have one common goal around the world and that is to defeat the virus. As the Commissioner said, no country is able to defeat the COVID-19 pandemic alone.

There is only one way to defeat it, namely with a combination of prevention through vaccination and treatment of people who have fallen ill. Unfortunately, we still have to wait for treatments and vaccines to be found. The European Union has mobilised important resources and it is fully involved in a coordinated global effort to develop, produce and employ vaccines and treatments for all.

A positive dynamic has developed with the launching of the Coronavirus Global Response Pledging effort. The European Union is fully committed to support Member States' efforts within and outside the Union. We know that we can now count on the cooperation of all EU institutions in this endeavour. In particular, we hope we can coordinate with the European Parliament.

Until an efficient, accessible, affordable vaccine is developed, it is important that we continue respecting the epidemiological measures to protect all our loved ones.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *in writing*. – COVID-19 has proven one more time that vaccination represents one of the most powerful and cost-effective public health measure. The entire world is currently waiting for the development and deployment of a vaccine anti COVID-19, in order to return to the daily routine before the pandemic. We have at the moment more than 100 COVID19 vaccine development projects worldwide, 8 of them are already in clinical trial phase, of which 3 are supported by Horizon 2020. Once developed, it is important to ensure swift authorisation by our trusted partner, the European Medicine Agency and work in close collaboration with European pharma sector to provide the necessary production capacity. With great concern, I want to remind you that EU is the region of the world with the lowest confidence in the safety and effectiveness of vaccines. One of the strongest drivers for vaccine hesitancy are misunderstandings about the benefits and risks of vaccines, the severity of vaccine preventable infectious diseases and the fear of potential side effects derived from misleading information. Consequently, I stress the ongoing need to reinforce our actions, together with the Commission, Member States, EMA and ECDC to tackle vaccine hesitancy, improve vaccination coverage, promote sustainable vaccination policies, and contribute eventually to European and global health.

Margarita de la Pisa Carrión (ECR), *por escrito*. – No es la primera vez que nos enfrentamos a escasez de bienes a nivel internacional: hoy son los medicamentos, mañana lo será la vacuna. Sabemos que una justa distribución de los mismos no solo garantizará la salud, también puede evitar una dramática fricción entre países. Algo que, desgraciadamente, ya ha ocurrido dentro de la UE, poniendo en entredicho esta institución.

Es momento de aunar esfuerzos, de acuerdos entre países. Pedimos a la Comisión que asuma su rol de coordinar a los Estados miembros, priorizando lo imprescindible y olvidándose de proclamas ideológicas que solo materializan rencores y acentúan la división. Debemos anticiparnos a los problemas sanitarios, necesitamos una distribución justa basada en las necesidades de los pacientes, en la demanda real, no en previsiones de almacenaje. Ante la escasez, dar prioridad a los más necesitados. Cuando llegue la vacuna, será imprescindible claridad en este sentido.

Solicitamos al ECDC que comparta información sobre la situación de cada país: resultados de test, protocolos de tratamientos, conclusiones... Información imprescindible para poder planificar la producción, orientar a la industria de cara a un posible rebrote, y que la improvisación no permita una distribución injusta de los medicamentos más eficaces o de la muy esperada vacuna.

Cindy Franssen (PPE), *schriftelijk*. – Ondanks het feit dat steeds meer lidstaten gelukkig een geleidelijke versoepeling van de coronamaatregelen kunnen doorvoeren, wordt het ook steeds duidelijker dat een behandeling of een vaccin tegen het virus onontbeerlijk blijft. De Europese Unie speelt terecht een voortrekkersrol in de internationale samenwerking in de zoektocht naar dit vaccin. Getuige daarvan onder meer de succesvolle donorconferentie van 4 mei, waar wereldwijd 7,4 miljard euro werd opgehaald. Verdere samenwerking over de grenzen heen zal nodig zijn.

Wanneer er echter een vaccin of een behandeling gevonden wordt, zal het eveneens essentieel zijn om ook een gelijke toegang voor alle burgers te verzekeren. We mogen niet toelaten dat de grote privébedrijven door middel van patenten woekerwinsten boeken met een vaccin waar de hele wereld naar snakt, en waarvoor miljarden euro's aan publieke onderzoeksfondsen zijn ingezet. Onderzoek dat met publieke middelen gefinancierd werd, moet ook in het publieke domein beschikbaar blijven. Het vaccin moet veilig, betaalbaar en universeel toegankelijk zijn. Voor mij is dit klaar en duidelijk, het is onze sociale plicht. Elke burger, in de EU en daarbuiten, heeft recht op een gelijke toegang. Dit kan enkel door internationale samenwerking, met landen, bedrijven, ngo's, universiteiten en andere onderzoeksinstituten.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A koronavírus-járvány terjedése az európai polgárok áldozatvállalásának és a tagállami kormányok megfelelő intézkedéseinek köszönhetően lassulni látszik. A pandémia végleges legyőzéséhez azonban tudományos áttörésre is szükség van a célzott védőoltás és terápia kidolgozásában. Fontos, hogy a vakcina és a kezelések egyetemesen hozzáférhetővé váljanak, hiszen ezt a válságot csak közös erővel tudjuk legyőzni. A megfelelő oltóanyag megtalálásához együttműködésre van szükség mind uniós, mind globális szinten. Fontos lépésnek tartom a Bizottság által kezdeményezett „Globális fellépés a koronavírus ellen” donorrendezvényt, amin az összegyűlt 7,4 milliárd euró értékű adomány szilárd alapot jelent a vonatkozó kutatások finanszírozásához.

Azonban további és nagyobb mértékű támogatásra van szükség az uniós kutatás-fejlesztés eredményeinek javításához. Hasonló együttgondolkodás és cselekvés kell a célzott terápia kidolgozásához is. Üdvözlöm, hogy az innovatív gyógyszerek kutatására irányuló kezdeményezés első pályázati fordulója eredményesen zárult. További pénzügyi eszközök biztosításával kell támogatni a köz- és a magánszféra szakértelmét és erőforrásait a vírus elleni küzdelemben. Végül érdemes számba venni a tagállami jó gyakorlatokat is. Egy ilyen jó példa Magyarország, mely egy nemzeti tudományos konzorcium által kidolgozott, innovatív vérplazma-kezeléssel és gyógyszerterápiával emberéleteket tud megmenteni. Az oltóanyag általános hozzáféréseinek biztosítása érdekében pedig Magyarország a Nemzeti Oltóanyaggyár létrehozását kezdeményezte.

César Luena (S&D), por escrito. – El desarrollo de nuevas vacunas y terapias para la enfermedad COVID-19 es crítico para Europa y también para sus socios más vulnerables como África, ya que ningún país puede superar esta pandemia individualmente. La cooperación internacional presenta un valor añadido y permite atajar bloqueos y anticiparse a posible escasez de medicamentos y productos. Globalmente se está acelerando su desarrollo y se está apoyando la investigación e innovación. Necesitamos una acción coordinada global para conseguir acciones innovativas y lanzar un mensaje de unidad y solidaridad.

Actualmente hay ocho vacunas en ensayos clínicos en humanos, de las cuales tres reciben financiación europea a través de Horizonte 2020. La Agencia Europea del Medicamento también ha escalado sus acciones frente a esta pandemia, coordinando una red europea para ensayos clínicos, proporcionando asesoramiento científico gratuito y aunando datos sobre tratamientos que, aunque requieren más ensayos, han recibido mucha publicidad como la hidroxiclороquina y el remdesivir.

Además, una vez se desarrollen nuevos tratamientos y vacunas, necesitamos un acceso rápido, igualitario, con precios justos, y que estén accesibles en todo el mundo, para lo que el mecanismo de adquisición conjunta puesto en marcha por la UE cobrará especial relevancia y debe reforzarse, involucrando a todas las partes responsables.

Cristina Maestre Martín De Almagro (S&D), por escrito. – Desde el inicio de la crisis sanitaria, ha quedado claro que ningún país puede combatir la pandemia solo. Las medidas de contención han demostrado ser efectivas hasta el momento para disminuir la propagación del virus, pero no lo erradicarán. Para esto se necesita acción coordinada adicional en tres áreas: diagnóstico temprano; tratamientos específicos para los enfermos; y una vacuna que asegure la inmunización.

Es necesario que el trabajo de los Estados y las instituciones de la UE esté coordinado para buscar una vacuna y tratamiento eficaz para hacer frente al coronavirus. Debemos implicar también al sector privado y al sector público. La Conferencia Internacional de Donantes organizada por la Comisión fue un buen ejemplo, con más de 7 400 millones de euros recaudados.

Es necesario enviar un mensaje fuerte sobre la necesidad de tener una futura vacuna con un acceso universal, gratuito, justo, igualitario y que sea rápido. A nivel europeo, el mecanismo de adquisición conjunta es la herramienta para asegurarlo.

Por último, la UE debe liderar a nivel global ese acceso universal y gratuito a la futura vacuna y tratamientos. La vacuna no puede ser una nueva fuente de desigualdad, tampoco debe utilizarse como instrumento de competición geopolítica. Es necesario cooperar, donde algunos quieren competir.

Adriana Maldonado López (S&D), por escrito. – Desde el inicio de la crisis sanitaria, ha quedado claro que ningún país puede combatir la pandemia solo. Las medidas de contención han demostrado ser efectivas hasta el momento para disminuir la propagación del virus, pero no lo erradicarán. Para esto se necesita acción coordinada adicional en tres áreas: diagnóstico temprano; tratamientos específicos para los enfermos y una vacuna que asegure la inmunización.

Es necesario que el trabajo de los Estados miembros y las instituciones de la UE esté coordinado para buscar una vacuna y tratamiento eficaz para hacer frente al coronavirus. No solo debemos aunar esfuerzos entre Estados e instituciones europeas, sino también entre el sector privado y el sector público.

Es necesario enviar un mensaje fuerte sobre la necesidad de tener una futura vacuna con un acceso universal, gratuito, justo, igualitario y que sea rápido. A nivel europeo, el mecanismo de adquisición conjunta es la herramienta para asegurar que así sea.

Por último, la UE debe liderar a nivel global ese acceso universal y gratuito a la futura vacuna y tratamientos. La vacuna no puede ser una nueva fuente de desigualdad, tampoco debe utilizarse como instrumento de competición geopolítica. Es necesario cooperar, donde algunos quieren competir.

Inma Rodríguez-Piñero (S&D), por escrito. – Desde el inicio de la crisis sanitaria, ha quedado claro que ningún país puede combatir la pandemia solo. Las medidas de contención han demostrado ser efectivas hasta el momento para disminuir la propagación del virus, pero no lo erradicarán. Para esto se necesita acción coordinada adicional en tres áreas: diagnóstico temprano; tratamientos específicos para los enfermos; y una vacuna que asegure la inmunización.

Es necesario que el trabajo de los Estados y las instituciones de la UE esté coordinado para buscar una vacuna y tratamiento eficaz para hacer frente al coronavirus. Además, no solo debemos aunar esfuerzos entre Estados e instituciones europeas, sino también al sector privado y al sector público. La Conferencia Internacional de Donantes organizada por la Comisión fue un buen ejemplo, con más de 7 400 millones de euros recaudados.

Es necesario enviar un mensaje fuerte sobre la necesidad de tener una futura vacuna con un acceso universal, gratuito, justo, igualitario y que sea rápido. A nivel europeo, el mecanismo de adquisición conjunta es la herramienta para asegurarlo.

Por último, la UE debe liderar a nivel global ese acceso universal y gratuito a la futura vacuna y tratamientos. La vacuna no puede ser una nueva fuente de desigualdad.

Domènec Ruiz Devesa (S&D), por escrito. – Desde el inicio de la crisis sanitaria, ha quedado claro que ningún país puede combatir la pandemia solo. Las medidas de contención han demostrado ser efectivas para disminuir la propagación del virus, pero no lo erradicarán. Para ello se necesita acción coordinada de la Unión y los Estados miembros en tres áreas: diagnóstico temprano; tratamientos específicos y una vacuna que garantice la inmunización.

Además, no solo debemos aunar esfuerzos entre Estados e instituciones europeas, sino también desde el sector privado y el sector público. La Conferencia Internacional de Donantes organizada por la Comisión Europea fue un buen ejemplo y consiguió recaudar más de 7 400 millones EUR de forma conjunta.

Pero es necesario enviar un mensaje sobre la necesidad de tener una futura vacuna con un acceso universal, gratuito, justo, igualitario y que sea rápido. A nivel europeo, el mecanismo de adquisición conjunta es la herramienta para asegurar que sea así.

Por último, la UE debe liderar a nivel global ese acceso universal y gratuito a la futura vacuna y a los tratamientos que se consigan. La vacuna no puede ser una nueva fuente de desigualdad y tampoco debe utilizarse como instrumento de competición geopolítica. Es necesario cooperar, donde algunos quieren competir.

Nacho Sánchez Amor (S&D), por escrito. – Desde el inicio de la crisis sanitaria, ha quedado claro que ningún país puede combatir la pandemia solo. Las medidas de contención han demostrado ser efectivas para disminuir la propagación del virus, pero no lo erradicarán. Para esto se necesita acción coordinada adicional en tres áreas: diagnóstico temprano, tratamientos específicos para los enfermos y una vacuna que asegure la inmunización.

En este sentido, es necesario que el trabajo de los Estados miembros y las instituciones de la UE esté coordinado para buscar una vacuna y tratamiento eficaz para hacer frente al coronavirus. También el sector privado y el sector público. La Conferencia Internacional de Donantes organizada por la Comisión Europea fue un buen ejemplo del camino a seguir, con más de 7 400 millones de euros recaudados de forma conjunta.

Pero es necesario enviar un mensaje fuerte sobre la necesidad de tener una futura vacuna con un acceso universal, gratuito, justo, igualitario y que sea rápido.

Por último, la UE debe liderar a nivel global ese acceso universal y gratuito a la futura vacuna y tratamientos. La vacuna no puede ser una nueva fuente de desigualdad, tampoco debe utilizarse como instrumento de competición geopolítica.

(Die Sitzung wird um 15.37 Uhr unterbrochen)

PRESIDENZA DELL'ON. FABIO MASSIMO CASTALDO*Vicepresidente***14. Wiederaufnahme der Sitzung***(La seduta è ripresa alle 17.18)***15. Berichtigung (Artikel 241 der Geschäftsordnung) (Weiterbehandlung): siehe Protokoll****16. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll****17. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung**

Presidente. – Annuncio quindi, onorevoli colleghi, anche i risultati del secondo turno di votazioni, che sono i seguenti:

Risoluzioni sul disarcico 2018 — Votazioni finali:

Impresa comune Celle a combustibile e a idrogeno 2 - approvata.

Impresa comune Clean Sky 2 - approvata.

Impresa comune Bioindustrie – approvata.

Autorità europea delle assicurazioni e delle pensioni aziendali e professionali – approvata.

Impresa comune ECSEL – approvata.

Impresa comune Iniziativa in materia di medicinali innovativi 2 - approvata.

Impresa comune Shift2Rail – approvata.

Agenzia europea dell'ambiente – approvata.

Agenzia dell'Unione europea per le ferrovie – approvata.

Agenzia europea per la sicurezza marittima – approvata.

Agenzia del GNSS europeo – approvata.

Osservatorio europeo delle droghe e delle tossicodipendenze – approvata.

Agenzia europea per la sicurezza aerea – approvata.

Ufficio europeo di sostegno per l'asilo – approvata.

Parlamento europeo – approvata.

Corte di giustizia – approvata.

Mediatore europeo – approvata.

Garante europeo della protezione dei dati – approvata.

Corte dei conti – approvata.

Centro di traduzione degli organismi dell'Unione europea – approvata.

Consiglio europeo e Consiglio – approvata.

Agenzia dell'Unione europea per la sicurezza delle reti e dell'informazione (ENISA) - approvata.

Centro europeo per lo sviluppo della formazione professionale – approvata.

Agenzia europea di controllo della pesca – approvata.

Servizio europeo per l'azione esterna – approvata.

Impresa comune SESAR – approvata.

Fondazione europea per la formazione – approvata.

Eurojust – approvata.

Impresa comune europea per il progetto ITER e lo sviluppo dell'energia da fusione – approvata.

Agenzia di sostegno al BERIC – approvata.

Fondazione europea per il miglioramento delle condizioni di vita e di lavoro – approvata.

Agenzia per la cooperazione fra i regolatori nazionali dell'energia – approvata.

Agenzia dell'Unione europea per la gestione operativa dei sistemi IT su larga scala nello spazio di libertà, sicurezza e giustizia (eu-LISA) - approvata.

Istituto europeo di innovazione e tecnologia – approvata.

Agenzia di approvvigionamento dell'Euratom – approvata.

Ottavo, nono, decimo e undicesimo Fondo europeo di sviluppo – approvata.

Istituto europeo per l'uguaglianza di genere – approvata.

Autorità europea degli strumenti finanziari e dei mercati – approvata.

Autorità bancaria europea – approvata.

Agenzia dell'Unione europea per la formazione delle autorità di contrasto – approvata.

Agenzia europea per la sicurezza e la salute sul lavoro – approvata.

Agenzia europea per le sostanze chimiche – approvata.

Centro europeo per la prevenzione e il controllo delle malattie – approvata.

Autorità europea per la sicurezza alimentare – approvata.

Commissione e agenzie esecutive – approvata.

Agenzia dell'Unione europea per i diritti fondamentali – approvata.

Comitato delle regioni – approvata.

Agenzia europea della guardia di frontiera e costiera – approvata.

Agenzia dell'Unione europea per la cooperazione nell'attività di contrasto (Europol) - approvata.

Agenzia europea per i medicinali – approvata.

Comitato economico e sociale europeo – approvata.

Prestazioni, gestione finanziaria e controllo delle agenzie dell'UE – approvata.

Passiamo ora ai risultati sullo stato di previsione delle entrate e delle spese del Parlamento per l'esercizio 2021:

emendamento 11: respinto

emendamento 2: respinto

emendamento 3: respinto

paragrafo 10: approvato

paragrafo 11, testo originale: approvato

emendamento 4: respinto

emendamento 5: respinto

emendamento 6: respinto

emendamento 7: respinto

emendamento 8: respinto

paragrafo 30, testo originale: approvato

emendamento 9: respinto

emendamento 1: respinto

paragrafo 40, testo originale: approvato

emendamento 10: respinto

emendamento 12: approvato.

Da ultimo, misure temporanee riguardanti le assemblee generali delle società europee (SE) e delle società cooperative europee (SCE): la procedura di approvazione è approvata.

18. Dritte Abstimmungsrunde

Presidente. – Passiamo ora al terzo turno di votazioni.

Procederemo alle votazioni su emendamenti alla proposta di risoluzione confermata sul nuovo QFP, le risorse proprie e il piano di ripresa e alla votazione finale sullo stato di previsione delle entrate e delle spese per l'esercizio 2021 — sezione I – Parlamento europeo.

Il terzo turno di votazioni sarà aperto dalle ore 17.30 fino alle ore 18.45. Avete tempo quindi fino alle 18.45 per effettuare l'operazione di voto.

I risultati del terzo turno di votazioni saranno comunicati alle ore 21.00.

(La seduta è sospesa alle 17.24)

19. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 21.00)

20. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung

Presidente. – I risultati del terzo turno di votazioni per oggi sono i seguenti:

Stato di previsione delle entrate e delle spese del Parlamento per l'esercizio 2021, votazione finale: approvato.

Emendamenti alla proposta di risoluzione confermata sul nuovo QFP, le risorse proprie e il piano di ripresa:

emendamento 1: respinto

emendamento 2: respinto

emendamento 3: respinto

paragrafo 9, testo originale: approvato

paragrafo 10, testo originale: approvato

paragrafo 11, testo originale: approvato

paragrafo 12 in due parti: prima parte: approvata; seconda parte: approvata

paragrafo 16 in due parti: prima parte: approvata; seconda parte: approvata

paragrafo 22 in due parti: prima parte: approvata; seconda parte: approvata

emendamento 4: respinto.

21. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

22. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

23. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

24. Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll

25. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

26. Schluss der Sitzung

(La seduta è tolta alle 21.02)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
GUE/NGL	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 15. MAI 2020

(C/2024/4642)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2020-2021

Sitzungen vom 13. bis 15. Mai 2020

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Standpunkt des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll	3
3. Erste Abstimmungsrunde	3
4. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO) (Weiterbehandlung)	4
5. Wiederaufnahme der Sitzung	5
6. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung	5
7. Wiederaufnahme der Sitzung	6
8. Zweite Abstimmungsrunde	6
9. Wiederaufnahme der Sitzung	8
10. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	8

Inhalt	Seite
11. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung	8
12. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	8
13. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	8
14. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	9
15. Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten: siehe Protokoll	9
16. Änderungen von Ausschussbefassungen (Artikel 56 GO): siehe Protokoll	9
17. Assoziierte Ausschüsse (Artikel 57 GO): siehe Protokoll	9
18. Beschlüsse zur Anwendung des gemeinsamen Ausschussverfahrens (Artikel 58 GO): siehe Protokoll	9
19. Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte: siehe Protokoll	9
20. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	9
21. Schluss der Sitzung	9
22. Unterbrechung der Sitzungsperiode	9

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 15. MAI 2020

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.32 Uhr eröffnet)

2. Standpunkt des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll

3. Erste Abstimmungsrunde

Der Präsident. – Wir kommen nun zur ersten Abstimmungsrunde. Wir stimmen in Schlussabstimmung ab über den gemeinsamen Entschließungsantrag: Neuer MFR, Eigenmittel und Aufbauplan (B9-0158/2020). Wir stimmen zudem über die Änderungsanträge zu folgenden Themen ab:

Finanzhilfe für Partner in den Erweiterungs- und Nachbarschaftsländern aufgrund der COVID-19-Pandemie [COM(2020)0163 - C9-0119/2020— 2020/0065(COD)],

Befristete Maßnahmen in Bezug auf die Durchführung von Luftverkehrsdiensten [COM(2020)0178 - C9-0124/2020— 2020/0069(COD)],

Vorübergehende Maßnahmen hinsichtlich der Gültigkeit von Bescheinigungen und Lizenzen – das betrifft mehrere Maßnahmen –[COM(2020)0176 - C9-0126/2020— 2020/0068(COD)],

Erhebung von Hafengebühren [COM(2020)0177 - C9-0123/2020— 2020/0067(COD)] sowie

das 4. Eisenbahnpaket: Verlängerung der Umsetzungsfrist [COM(2020)0179 - C9-0125/2020— 2020/0071(COD)].

Die Abstimmung erfolgt nach demselben Verfahren wie an den vergangenen beiden Tagen. Die erste Abstimmungsrunde ist von 9.30 Uhr bis 10.45 Uhrgeöffnet. Alle Abstimmungen heute sind namentlich. Die Mitglieder können ihre Stimmgabe und die Ergebnisse der Abstimmungen in dem Dokument einsehen, das heute auf der Website der Plenartagung veröffentlicht wird.

Die Abstimmung ist eröffnet. Sie können bis 10.45 Uhr abstimmen.

Die Ergebnisse werden um 13.15 Uhr bekannt gegeben. Die Sitzung ist unterbrochen.

4. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO) (Weiterbehandlung)

Der Präsident. – Ich muss die Sitzung leider nochmals eröffnen.

Ich habe hier zu schnell umgeblättert und habe ein Blatt überblättert.

Ich will Ihnen zu den Beschlüssen der Ausschüsse AGRI und PECH über die Aufnahme interinstitutioneller Verhandlungen gemäß Artikel 71 Absatz 1, die bei der Eröffnung der Sitzung am Mittwoch, dem 13. Mai 2020, bekannt gegeben wurden, bekannt geben:

Ich habe von der Verts/ALE-Fraktion sowie mehreren Mitgliedern einen Antrag gemäß Artikel 71 Absatz 2 erhalten, über den Beschluss des AGRI-Ausschusses zur Aufnahme von Verhandlungen im Parlament abzustimmen.

Die Abstimmung findet heute um 14.15 Uhr statt.

Bezüglich des Beschlusses des PECH-Ausschusses zur Aufnahme von Verhandlungen habe ich keinen Antrag auf Abstimmung im Parlament erhalten. Der Ausschuss kann daher Verhandlungen aufnehmen.

Ich bitte um Nachsicht.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Mr President, I just want to explain why we are objecting to the mandate for direct negotiations for CAP reform. We do understand very well that the CAP does of course need to be prolonged and that we need to assure certainty for farmers. However, the Committee on Agriculture and Rural Development (AGRI) has decided that they are prolonging it, instead of for one year, for two years. That makes this a decision about a value in money of EUR 100 billion. That decision has been taken in the AGRI Committee.

We as Greens think that deserves a plenary discussion, so that's what we're voting on. We're not voting against the extension. We are voting against the mandate for direct negotiations. We want to negotiate the mandate here in this plenary because a decision on EUR 100 billion should be a debate here in plenary.

That's what we're voting on and that's why we are asking all our colleagues to vote against the mandate so that we can have a plenary debate on this issue. That will take place in June, well in time before the decisions will be taken, and I hope on the understanding of my colleagues that they will support this objection so we can vote for a full plenary mandate.

The rapporteur said in an email that we need a strong and clear mandate. Well, I can assure you that the strongest mandate you can get is by a plenary mandate. Let's ensure a plenary mandate in June and, for that, we need to vote against a direct mandate for only the AGRI Committee.

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Eickhout, für die Erläuterungen! Ich hoffe, dass Sie mindestens Verständnis für mein Versehen aufbringen, dass ich das überblättert habe und Sie deshalb Ihr wichtiges Anliegen nicht gleich anbringen konnten. Ich nehme aber an, dass das kein gravierender Verfahrensfehler war.

(Die Sitzung wird um 9.38 Uhr unterbrochen.)

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

5. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 13.22)

6. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung

Presidente. – Ecco i risultati del primo turno di votazioni di oggi.

Proposta di risoluzione – Nuovo QFP, risorse proprie e piano di ripresa (B9-0158/2020), votazione finale: votanti: 693; a favore: 505; contrari: 119; astenuti: 69. Approvata.

Assistenza macrofinanziaria ai paesi partner dell'allargamento e del vicinato nel contesto della crisi della pandemia di Covid-19 [COM(2020)0178 - C9-0124/2020— 2020/0069(COD)]:

emendamento 1 respinto;

emendamento 2 respinto;

emendamento 3 respinto.

Misure temporanee riguardanti la prestazione di servizi aerei [COM(2020)0178 - C9-0124/2020— 2020/0069(COD)]:

emendamento 28 respinto;

emendamento 7 respinto;

emendamenti 1, 9, 15, 21 approvati;

emendamenti 2, 10, 16, 22 approvati;

emendamenti 3, 17, 23 approvati;

emendamento 29 respinto;

emendamenti 4, 12, 18, 24 approvati;

emendamenti 5, 13, 19, 25 approvati;

emendamenti 6, 14, 20, 26 approvati;

emendamenti 8, 27 approvati.

Misure temporanee per quanto concerne la validità di taluni certificati e di alcune licenze (omnibus) [COM(2020)0176 - C9-0126/2020— 2020/0068(COD)]:

emendamenti 4, 5, 6, 9, 10, 11 approvati;

emendamenti 1, 7 respinti;

emendamento 3 respinto;

emendamenti 4, 5, 6, 9, 10, 11 approvati;

emendamenti 2, 8 respinti.

Diritti d'uso dell'infrastruttura portuale [COM(2020)0177 - C9-0123/2020— 2020/0067(COD)]:

emendamento 1 respinto;

emendamento 16 respinto;

emendamenti 3, 5, 9, 11 approvati;

emendamento 12 respinto;

emendamenti 6, 13 respinti;

emendamenti 7, 14 respinti;

emendamento 17 respinto;

emendamenti 2, 4, 8, 10, 15 approvati.

Quarto pacchetto ferroviario: proroga dei periodi di recepimento [COM(2020)0179 - C9-0125/2020—2020/0071(COD)]:

emendamenti 4, 14, 25 approvati;

emendamenti 5, 15, 26 approvati;

emendamenti 6, 16, 27 approvati;

emendamenti 7, 17, 28 approvati;

emendamenti 18, 29 approvati;

emendamenti 8, 19, 30 approvati;

emendamenti 9, 20, 31 approvati;

emendamenti 10, 21, 32 approvati;

emendamenti 1, 11, 22 approvati;

emendamenti 2, 12, 23 approvati;

emendamenti 3, 13, 24 approvati.

Questi erano i risultati delle votazioni.

(La seduta è sospesa alle 13.26)

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

7. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 14.15 Uhr wieder aufgenommen.)

8. Zweite Abstimmungsrunde

Der Präsident. – Wir kommen zur zweiten Abstimmungsrunde des heutigen Tages. Wir stimmen ab über den Beschluss des AGRI-Ausschusses über die Aufnahme interinstitutioneller Verhandlungen über Übergangsvorschriften für die Unterstützung aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) im Jahre 2021 (COM(2019)0581 – C9-0162/2019 – 2019/0254(COD)). Berichterstatterin: Elsi Katainen (A9-0101/2020).

Wir stimmen auf Antrag der Verts/ALE-Fraktion ab. Deren Vertreter hat das heute Vormittag schon begründet. Vor der Abstimmung kann nämlich nur ein Redner zugunsten des Beschlusses des Ausschusses über die Aufnahme von Verhandlungen und ein Redner gegen diesen Beschluss das Wort ergreifen.

Norbert Lins (PPE). – Herr Präsident! Ich darf diese Rede auch im Namen der Kollegin Katainen, der Berichterstatterin zu diesem Dossier, halten. Ich bin schon leicht angesäuert, wie man hier auf dem Rücken der Bäuerinnen und Bauern seine politischen Spielchen austrägt. Die gleichen Abgeordneten, die vor knapp zwei Wochen einstimmig und ohne Gegenstimme oder Enthaltung diesen Vorschlag im Ausschuss angenommen haben, versuchen nun, dieses Dossier zu verschleppen, das mit großer Dringlichkeit angegangen werden muss.

Aber es scheint hier, Gott sei Dank, eine Koalition der Vernünftigen und Anständigen zu geben, die erkannt hat, was in dieser schwierigen Zeit zu tun ist, und es gibt jene, die trotz Corona beharrlich an ihren Ideologien festhalten. Wir reden hier über den Sektor, der momentan in der Krise sicherstellt, dass wir alle genug zum Essen auf dem Tisch haben, und das, obwohl wir uns momentan in der schwersten Gesundheits- und Wirtschaftskrise seit dem zweiten Weltkrieg befinden.

Die Landwirtschaft ist von heftigen Verwerfungen auf den Märkten betroffen. Es sind einerseits mutige Markteingriffe notwendig, andererseits brauchen unsere Landwirte Verlässlichkeit – was wir mit dem heute abzustimmenden Text erreichen können. Hier eine Mini-GAP-Reform zu fordern, um dann in voraussichtlich zwei Jahren den Landwirten die nächsten Änderungen vorzustellen, halte ich für einen bürokratischen Irrsinn. Lassen Sie es gut sein!

Wir befinden uns schon längst in den Verhandlungen zur neuen Agrarpolitik. Bringen Sie Ihre Argumente dort ein! Was wir jetzt brauchen, ist Rechtssicherheit, ist Planungssicherheit für unsere Landwirtschaft für die nächsten ein bis zwei Jahre. Ich appelliere daher: Lassen Sie uns für den hier vorgeschlagenen Text und für die Verlängerung des derzeitigen Rechtsrahmens stimmen! Was in der neuen GAP stehen wird, können wir dann in den laufenden Verhandlungen diskutieren.

Lassen Sie uns die Landwirtschaft hier nicht hängen lassen! Unsere Bäuerinnen und Bauern werden es uns danken.

Der Präsident. – Wir werden darüber dann gleich abstimmen. Zudem werden wir in der Schlussabstimmung abstimmen über die Finanzhilfe für Partner in den Erweiterungs- und Nachbarschaftsländern aufgrund der COVID-19-Pandemie [COM(2020)0163 - C9-0119/2020— 2020/0065(COD)], über befristete Maßnahmen in Bezug auf die Durchführung von Luftverkehrsdiensten [COM(2020)0178 - C9-0124/2020— 2020/0069(COD)], über vorübergehende Maßnahmen hinsichtlich der Gültigkeit von Bescheinigungen und Lizenzen (mehrere Maßnahmen) [COM(2020)0176 - C9-0126/2020— 2020/0068(COD)], über Hafeninfrastrukturentgelte [COM(2020)0177 - C9-0123/2020— 2020/0067(COD)] sowie über das 4. Eisenbahnpaket: Verlängerung des Umsetzungszeitraums [COM(2020)0179 - C9-0125/2020— 2020/0071(COD)].

Die Abstimmung findet nach demselben Verfahren statt wie heute Vormittag. Die zweite Abstimmungsrunde ist von 14.15 bis 15.30 Uhr offen. Die Abstimmung ist nun eröffnet. Sie können bis 15.30 Uhr abstimmen. Die Ergebnisse der zweiten Abstimmungsrunde werden um 17.30 Uhr bekannt gegeben.

(Die Sitzung wird um 14.19 Uhr unterbrochen.)

9. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 17.30 Uhr wieder aufgenommen.)

10. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

11. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung

Der Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Renew-Europe-Fraktion hat dem Präsidenten Beschlüsse über die Änderung von Benennungen für einen Ausschuss übermittelt. Die Beschlüsse werden im Protokoll der heutigen Sitzung veröffentlicht und treten am Tag dieser Ankündigung den Kraft.

Die Ergebnisse der zweiten Abstimmungsrunde von heute sind:

Finanzhilfe für Partner in den Erweiterungs- und Nachbarschaftsländern aufgrund der COVID-19-Pandemie [COM(2020)0163 - C9-0119/2020— 2020/0065(COD)]: Der Vorschlag der Kommission ist angenommen;

Befristete Maßnahmen in Bezug auf die Durchführung von Luftverkehrsdiensten [COM(2020)0178 - C9-0124/2020— 2020/0069(COD)]: Da ist der Vorschlag der Kommission ebenfalls angenommen;

Vorübergehende Maßnahmen hinsichtlich der Gültigkeit von Bescheinigungen und Lizenzen (mehrere Maßnahmen) [COM(2020)0176 - C9-0126/2020— 2020/0068(COD)]: Auch da ist der Vorschlag der Kommission angenommen;

Erhebung von Hafengebühren [COM(2020)0177 - C9-0123/2020— 2020/0067(COD)]: Auch hier ist der Vorschlag der Kommission angenommen, und

das 4. Eisenbahnpaket: Verlängerung des Umsetzungszeitraumes [COM(2020)0179 - C9-0125/2020— 2020/0071(COD)]:- Auch hier ist der Vorschlag der Kommission angenommen; und schließlich

die Übergangsvorschriften für die Unterstützung aus dem europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) und dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) im Jahr 2021 (COM(2019)0581 - C9-0162/2019 - 2019/0254(COD)). Rapporteur: Elsi Katainen (A9-0101/2020): Hier wurde der Beschluss des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung über die Aufnahme interinstitutioneller Verhandlungen angenommen, das heißt, der Beschluss auf Nachfrage einer Fraktion bestätigt, und damit können die Verhandler in die Verhandlungen für den Ausschuss oder für das ganze Haus eintreten.

Aufgrund der Ergebnisse der bisherigen Abstimmungsrunden gibt es heute keine dritte Abstimmungsrunde mehr. Die Protokolle der Sitzungen vom 13., 14. und 15. Mai werden dem Parlament zu Beginn der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorgelegt. Wenn es keine Einwände gibt, werde ich die in der dieswöchigen Tagung des Parlaments angenommenen Entschlüsse den in diesen Entschlüssen genannten Personen und Gremien übermitteln.

12. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

13. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

14. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

15. Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten: siehe Protokoll

16. Änderungen von Ausschussbefassungen (Artikel 56 GO): siehe Protokoll

17. Assoziierte Ausschüsse (Artikel 57 GO): siehe Protokoll

**18. Beschlüsse zur Anwendung des gemeinsamen Ausschussverfahrens (Artikel 58 GO):
siehe Protokoll**

19. Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte: siehe Protokoll

20. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

21. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 17.34 Uhr geschlossen.)

22. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für unterbrochen.

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
GUE/NGL	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
NI	Fraktionslos



C/2024/4647

19.7.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11611 – PAI PARTNERS / HFO GROUP)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/4647)

1. Am 11. Juli 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- PAI Partners S.à.r.l. („PAI Partners“, Luxemburg), hundertprozentige Tochtergesellschaft von PAI Partners SAS (Frankreich),
- Geschäftsbereich Health Facilities Operations („HFO Group“, Deutschland) der Vamed AG, letztlich kontrolliert von Fresenius SE & Co. GaA (Deutschland).

PAI Partners erwirbt im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung die alleinige Kontrolle über die Gesamtheit von HFO Group.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen und Vermögenswerten.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- PAI Partners ist eine Private-Equity-Gesellschaft und verwaltet eine Reihe von Fonds, die den Bereichen Unternehmensdienstleistungen, Lebensmittel, Konsumgüter, Industrie und Gesundheitswesen investieren.
- HFO Group bietet vor allem Leistungen der stationären und ambulanten Rehabilitation in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Tschechien und dem Vereinigten Königreich an, neben weiteren Gesundheitsleistungen in den Bereichen Präventivmedizin und Pflege.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11611 – PAI PARTNERS / HFO GROUP

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



C/2024/4648

19.7.2024

BESCHLUSS DES RATES

vom 15. Juli 2024

zur Ernennung von drei Vertretern der Mitgliedstaaten zu Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit

(C/2024/4648)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 25 Absatz 1,

in Anbetracht der dem Rat von Polen, der Slowakei und Spanien unterbreiteten Kandidaturen,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Unabhängigkeit und die hohen wissenschaftlichen Standards, Transparenz und Effizienz der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) sind unbedingt zu gewährleisten. Auch muss unbedingt sichergestellt sein, dass die EFSA mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeitet.
- (2) Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 benennt jeder Mitgliedstaat ein Mitglied und ein stellvertretendes Mitglied als Vertreter im Verwaltungsrat der EFSA. Die so benannten Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder werden vom Rat für einen Zeitraum von vier Jahren ernannt, der verlängert werden kann, und sind stimmberechtigt.
- (3) Der Rat hat mit seinem Beschluss vom 7. April 2022 ⁽²⁾ Vertreter der Mitgliedstaaten für den Zeitraum vom 1. Juli 2022 bis zum 30. Juni 2026 zu Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats der EFSA ernannt.
- (4) Mit Schreiben vom 4. Dezember 2023 wurde die EFSA davon in Kenntnis gesetzt, dass Frau Zuzana NOUZOVSKÁ, Mitglied (Slowakei), ausgeschieden ist.
- (5) Mit Schreiben vom 11. März 2024 wurde die EFSA davon in Kenntnis gesetzt, dass Frau Ana RODRÍGUEZ CASTAÑO, stellvertretendes Mitglied (Spanien), ausgeschieden ist.
- (6) Mit Schreiben vom 4. Juni 2024 wurde die EFSA davon in Kenntnis gesetzt, dass Frau Katarzyna STOŚ, Mitglied (Polen), ausgeschieden ist.
- (7) Daher sollten drei neue Vertreter für die verbleibende Amtszeit ihrer entsprechenden Vorgänger ernannt werden.
- (8) Die von Polen, der Slowakei und Spanien benannten Vertreter verfügen über einschlägige und umfangreiche Erfahrung und einschlägiges und umfangreiches Fachwissen auf dem Gebiet der Gesetzgebung zur Lebensmittelsicherheit und der diesbezüglichen politischen Maßnahmen, einschließlich der Risikobewertung, sowie in den Bereichen Management, Verwaltung, Finanzen und Recht. Ihre Ernennung gewährleistet daher die höchste Kompetenz sowie ein möglichst breites Spektrum an einschlägiger Erfahrung im Verwaltungsrat der EFSA —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Die folgenden Personen werden für die Zeit bis zum 30. Juni 2026 zu Mitgliedern des Verwaltungsrats der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit ernannt:

— Herr Janusz CIOK (Polen),

— Herr Martin CHUDÝ (Slowakei).

⁽¹⁾ ABl. L 31 vom 1.2.2002, S. 1.

⁽²⁾ Beschluss des Rates vom 7. April 2022 zur Ernennung von Vertretern der Mitgliedstaaten zu Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (ABl. C 159 vom 12.4.2022, S. 6).

Artikel 2

Die folgende Person wird für die Zeit bis zum 30. Juni 2026 zum stellvertretenden Mitglied des Verwaltungsrats der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit ernannt:

— Herr Pedro GULLÓN (Spanien).

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am 15. Juli 2024.

Im Namen des Rates

Der Präsident

NAGY I.



C/2024/4651

19.7.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11371 - ERAMET / SUEZ RV / TFIN / JV)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/4651)

1. Am 12. Juli 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- Eramet S.A. („Eramet“, Frankreich),
- Suez RV France S.A. („Suez RV“, Frankreich), indirekt kontrolliert von Suez Holding S.A.S. (Frankreich),
- The Future Is Neutral S.A.S. („TFIN“, Frankreich), kontrolliert von Renault S.A. (Frankreich).

Eramet, Suez RV und TFIN werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über Vosges Three (vorgelagertes JV, Frankreich) und Relieve (nachgelagertes JV, Frankreich) erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen an zwei neu gegründeten Unternehmen, die ein Gemeinschaftsunternehmen (JV) bilden.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Eramet ist weltweit im Bereich der Metallgewinnung und -verwertung tätig,
- Suez RV ist weltweit im Bereich der Wasser- und Abfallbewirtschaftung tätig,
- TFIN bietet für alle Fahrzeug-Lebensphasen Lösungen für geschlossenes Recycling an.

3. Die Tätigkeiten des vor- bzw. des nachgelagerten JV umfassen das Auseinanderbauen und die Umwandlung von Ausschussteilen und Altbatterien in Schwarzmasse (vorgelagertes JV) bzw. die Verwertung von Metallsalzen (Nickel, Kobalt, Lithium) aus Schwarzmasse (nachgelagertes JV). Die beiden JV werden zusammen ein geschlossenes Recycling für Lithium-Ionen-Altbatterien von Elektrofahrzeugen und Ausschussteile anbieten.

4. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

5. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11371 - ERAMET / SUEZ RV / TFIN / JV

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



C/2024/4652

19.7.2024

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache M.11576 — KKR / NEXEYE)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/4652)

Am 11. Juli 2024 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32024M11576 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



C/2024/4654

19.7.2024

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache M.11579 — CVC / PON / URUS)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/4654)

Am 12. Juli 2024 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32024M11579 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



C/2024/4675

19.7.2024

BEKANNTMACHUNG DER KOMMISSION

Anwendung der Verordnung (EU) 2024/1849 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/852 über Quecksilber im Hinblick auf Dentalamalgam und andere mit Quecksilber versetzte Produkte, die Ausfuhr-, Einfuhr- und Herstellungsbeschränkungen unterliegen, für das Vereinigte Königreich und im Vereinigten Königreich in Bezug auf Nordirland

(C/2024/4675)

HAFTUNGSAUSSCHLUSS

Diese Leitlinien sollen die Anwendung der Verordnung (EU) 2024/1849 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/852 über Quecksilber im Hinblick auf Dentalamalgam und andere mit Quecksilber versetzte Produkte, die Ausfuhr-, Einfuhr- und Herstellungsbeschränkungen unterliegen ⁽¹⁾, für das Vereinigte Königreich und im Vereinigten Königreich in Bezug auf Nordirland erleichtern. Diese Bekanntmachung ist als Hilfestellung für Behörden und Wirtschaftsteilnehmer gedacht; zur verbindlichen Auslegung des Unionsrechts ist jedoch nur der Gerichtshof der Europäischen Union befugt.

1. Rechtlicher Rahmen und andere maßgebliche Gesichtspunkte

Am 1. Februar 2020 ist das Vereinigte Königreich aus der Europäischen Union ausgetreten. Die Europäische Union und die Europäische Atomgemeinschaft einerseits und das Vereinigte Königreich andererseits haben ein Austrittsabkommen ⁽²⁾ geschlossen. Es wurde mit dem Beschluss (EU) 2020/135 des Rates ⁽³⁾ vom 30. Januar 2020 angenommen und trat am 1. Februar 2020 in Kraft. Im Austrittsabkommen war ein Übergangszeitraum vorgesehen, der am 31. Dezember 2020 endete.

Seit dem Ende des Übergangszeitraums gilt das Unionsrecht nicht mehr für das Vereinigte Königreich, und das Protokoll zu Irland/Nordirland – inzwischen als Windsor-Rahmen ⁽⁴⁾ bezeichnet –, das Bestandteil des Austrittsabkommens ist, erlangte Geltung.

Gemäß Artikel 5 Absatz 4 und Anhang 2 Nummer 23 des Windsor-Rahmens gelten für das Vereinigte Königreich und im Vereinigten Königreich in Bezug auf Nordirland die Verordnung (EU) 2017/852 über Quecksilber ⁽⁵⁾ sowie die Rechtsakte der Union zur Durchführung, Änderung oder Ersetzung dieser Rechtsakte.

Am 13. Juni 2024 haben das Europäische Parlament und der Rat die Verordnung (EU) 2024/1849 verabschiedet. Im Einklang mit Artikel 13 Absatz 3 des Windsor-Rahmens ist die Bezugnahme in Anhang 2 Nummer 23 des Windsor-Rahmens auf die Verordnung (EU) 2017/852 als Bezugnahme auf die Verordnung (EU) 2017/852 in ihrer durch die Verordnung (EU) 2024/1849 geänderten Fassung zu verstehen.

Mit der Verordnung (EU) 2024/1849 wird die Verordnung (EU) 2017/852 geändert, um aus der Verwendung von Dentalamalgam schrittweise auszusteigen und die Herstellung, Einfuhr und Ausfuhr einer Reihe von mit Quecksilber versetzten Produkten zu verbieten. Die Verordnung (EU) 2024/1849 regelt die verbleibenden Verwendungen von Quecksilber in Produkten in der EU mit dem Ziel, ein quecksilberfreies Europa zu schaffen.

⁽¹⁾ Verordnung (EU) 2024/1849 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/852 über Quecksilber im Hinblick auf Dentalamalgam und andere mit Quecksilber versetzte Produkte, die Ausfuhr-, Einfuhr- und Herstellungsbeschränkungen unterliegen (ABl. L, 2024/1849, 10.7.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1849/oj>).

⁽²⁾ Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft (ABl. L 29 vom 31.1.2020, S. 7) („Austrittsabkommen“).

⁽³⁾ ABl. L 29 vom 31.1.2020, S. 1.

⁽⁴⁾ Im Einklang mit der Gemeinsamen Erklärung Nr. 1/2023 der Union und des Vereinigten Königreichs (ABl. L 102 vom 17.4.2023, S. 87) ist „Windsor-Rahmen“ die neue Bezeichnung des Protokolls zu Irland/Nordirland in der durch den Beschluss Nr. 1/2023 des Gemeinsamen Ausschusses zum Austrittsabkommen geänderten Fassung.

⁽⁵⁾ Verordnung (EU) 2017/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 über Quecksilber und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1102/2008 (ABl. L 137 vom 24.5.2017, S. 1).

Speziell für Dentalamalgam werden mit Artikel 1 Nummer 1 der Verordnung (EU) 2024/1849 folgende Änderungen in die Verordnung (EU) 2017/852 eingefügt:

- Ab dem 1. Januar 2025 darf Dentalamalgam in der Union nicht mehr für die zahnärztliche Behandlung verwendet werden, es sei denn, der Zahnarzt erachtet eine solche Behandlung wegen der spezifischen medizinischen Erfordernisse bei dem jeweiligen Patienten als zwingend notwendig. Darüber hinaus ist eine Ausnahmeregelung möglich, nach der Dentalamalgam unter besonderen Bedingungen bis zum 30. Juni 2026 für Patienten, für die andere erstattungsfähige Materialien für Zahnfüllungen nicht infrage kommen, und Personen mit geringem Einkommen, auf die der 1. Januar 2025 als Frist für den Ausstieg unverhältnismäßige sozioökonomische Auswirkungen hat, in Mitgliedstaaten verwendet werden darf, in denen Dentalamalgam nach nationalem Recht das einzige öffentlich erstattungsfähige Material ist, das zu mindestens 90 % erstattet wird.
- Ab dem 1. Januar 2025 darf kein Dentalamalgam aus der Union in ein Drittland ausgeführt werden.
- Ab dem 1. Juli 2026 darf kein Dentalamalgam in die Union eingeführt oder in der Union hergestellt werden, außer im Falle spezifischer medizinischer Erfordernisse bei dem jeweiligen Patienten.

Nach der Annahme des Kommissionsvorschlags⁽⁶⁾ und während des anschließenden ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens hat die Regierung des Vereinigten Königreichs die Kommission von ihrer Absicht unterrichtet, die Verwendung von Dentalamalgam für Patienten im Vereinigten Königreich weiterhin zuzulassen, bis im Rahmen des Übereinkommens von Minamata über Quecksilber⁽⁷⁾, zu deren Vertragsparteien die Union und alle ihre Mitgliedstaaten sowie das Vereinigte Königreich gehören, ein Ausstiegsdatum vereinbart ist. Die Ausnahmeregelung, die die Mitgliedstaaten bis zum 30. Juni 2026 aufgrund der durch Artikel 1 Nummer 1 der Verordnung (EU) 2024/1849 eingeführten Änderungen der Verordnung (EU) 2017/852 nutzen können, reicht in dieser Hinsicht nicht aus.

Die Verwendung von Dentalamalgam in Nordirland für die zahnärztliche Behandlung von Patienten mit Wohnsitz im Vereinigten Königreich stellt kein Risiko für die Integrität des Binnenmarkts der Union oder für den Schutz der öffentlichen Gesundheit und der Umwelt in der Union dar, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind:

- Die Einfuhr von Dentalamalgam aus Drittländern nach Nordirland zur Verwendung für die zahnärztliche Behandlung von Patienten mit Wohnsitz im Vereinigten Königreich erfolgt im Einklang mit den besonderen Bedingungen in Abschnitt 2 dieser Bekanntmachung;
- die Ausfuhr von Dentalamalgam aus Nordirland nach außerhalb des Vereinigten Königreichs ist im Einklang mit den durch Artikel 1 Nummer 1 der Verordnung (EU) 2024/1849 eingeführten Änderungen der Verordnung (EU) 2017/852 verboten;
- die Herstellung von Dentalamalgam in Nordirland ist ab dem 1. Juli 2026 im Einklang mit den durch Artikel 1 Nummer 1 der Verordnung (EU) 2024/1849 eingeführten Änderungen der Verordnung (EU) 2017/852 verboten.

Aus diesem Grund ist die Kommission – solange das Vereinigte Königreich in Bezug auf Nordirland diese Bedingungen erfüllt – der Auffassung, dass Dentalamalgam in Nordirland für die zahnärztliche Behandlung von Patienten mit Wohnsitz im Vereinigten Königreich verwendet werden kann und zu diesem Zweck bis zum 31. Dezember 2034 oder bis zu dem im Rahmen des Übereinkommens von Minamata über Quecksilber vereinbarten Datum, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher liegt, weiterhin von außerhalb der Union eingeführt werden darf.

Die Kommission wird die Anwendung der mit der Verordnung (EU) 2024/1849 eingeführten Änderungen in Nordirland, auch im Hinblick auf diese Bekanntmachung, kontinuierlich überwachen und auf der Grundlage dieser Überwachung entscheiden, ob diese Bekanntmachung gültig bleiben soll.

2. Besondere Bedingungen

Damit die Kommission beurteilen kann, ob die Bedingungen dieser Bekanntmachung weiterhin erfüllt sind, insbesondere dass die Verwendung von Dentalamalgam in Nordirland für die zahnärztliche Behandlung von Patienten mit Wohnsitz im Vereinigten Königreich kein Risiko für die Integrität des Binnenmarkts der Union oder für den Schutz der öffentlichen Gesundheit oder der Umwelt in der Union darstellt, müssen die Behörden des Vereinigten Königreichs die folgenden besonderen Bedingungen erfüllen:

⁽⁶⁾ COM(2023) 395 final vom 14.7.2024.

⁽⁷⁾ Übereinkommen von Minamata über Quecksilber vom 10. Oktober 2023 in der zuletzt durch die Vertragsparteien des Übereinkommens von Minamata über Quecksilber geänderten Fassung.

- a) Sie ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, um regelmäßige und kohärente Fortschritte im Hinblick auf die vollständige Einhaltung der durch Artikel 1 Nummer 1 der Verordnung (EU) 2024/1849 geänderten Vorgaben der Verordnung (EU) 2017/852 bis spätestens 31. Dezember 2034 oder bis zu dem im Rahmen des Übereinkommens von Minamata über Quecksilber für den schrittweisen Ausstieg aus der Verwendung von Dentalamalgam vereinbarten Datum zu gewährleisten, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher liegt.
- b) Es sollte sichergestellt werden, dass Dentalamalgam in Nordirland bis zur Anwendung eines Verbots der Verwendung von Dentalamalgam gemäß den durch Artikel 1 Nummer 1 der Verordnung (EU) 2024/1849 eingeführten Änderungen der Verordnung (EU) 2017/852 unter Berücksichtigung von Abschnitt 2 Buchstabe a nur dann für die zahnärztliche Behandlung in Nordirland verwendet werden darf, wenn der Patient seinen Wohnsitz im Vereinigten Königreich hat und die Behandlung von einem zu diesem Zweck in Nordirland registrierten Zahnarzt durchgeführt wird.
- c) Es wird ein System zur Sanktionierung von Wirtschaftsteilnehmern eingeführt und durchgesetzt, die die Bedingungen dieser Bekanntmachung nicht erfüllen, unter anderem wenn registrierte Zahnärzte in Nordirland Dentalamalgam für Patienten mit Wohnsitz außerhalb des Vereinigten Königreichs verwenden oder ein Wirtschaftsteilnehmer Dentalamalgam an Wirtschaftsteilnehmer in der Union weiterverkauft.
- d) Es wird sichergestellt, dass die Einfuhren von Dentalamalgam, das für Zahnärzte in Nordirland bestimmt ist, im rechten Verhältnis zur Verwendung dieses Materials stehen.
- e) Es wird sichergestellt, dass die Einfuhren von Dentalamalgam nach Nordirland nach dem 1. Juli 2026 die Zollförmlichkeiten erfüllen, die für Einführer von Dentalamalgam für spezifische medizinische Erfordernisse gemäß den durch Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2024/1849 eingeführten Änderungen der Verordnung (EU) 2017/852 gelten. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass Dentalamalgam nach dem 1. Juli 2026 für die Einfuhr von Dentalamalgam aus anderen Teilen des Vereinigten Königreichs nach Nordirland als „Waren der Kategorie 1“ im Sinne von Anhang IV des Beschlusses Nr. 1/2023 ^(*) zur Festlegung der Modalitäten für den Windsor-Rahmen gilt.
- f) Im Einklang mit den durch Artikel 1 Nummer 2 der Verordnung (EU) 2024/1849 eingeführten Änderungen der Verordnung (EU) 2017/852 legen die zuständigen Behörden des Vereinigten Königreichs in Bezug auf Nordirland der Europäischen Kommission bis zum 31. Dezember jedes Kalenderjahres einen schriftlichen Bericht vor, der sich unter anderem auf die von den Einführern von Dentalamalgam erhaltenen Informationen über die Menge an Dentalamalgam, das sie eingeführt haben, stützt. Zusätzlich zu den Informationen, die nach den durch Artikel 1 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2024/1849 eingeführten Änderungen der Verordnung (EU) 2017/852 erforderlich sind, muss der Bericht folgende Angaben enthalten:
 - i) Menge des nach Nordirland eingeführten Dentalamalgams und Menge des für zahnärztliche Behandlungen verwendeten Dentalamalgams. In diesem Zusammenhang schätzen die zuständigen Behörden des Vereinigten Königreichs in Bezug auf Nordirland auch den verfügbaren Bestand an Dentalamalgam in Nordirland, auch im Hinblick auf die Anforderung in Abschnitt 2 Buchstabe d;
 - ii) Anzahl und Prozentsatz der Dentalamalgambehandlungen in Nordirland sowie Anzahl und Prozentsatz alternativer zahnärztlicher Behandlungen;
 - iii) alle einschlägigen Maßnahmen, die die zuständigen Behörden im Vereinigten Königreich in Bezug auf Nordirland ergriffen haben, um die Verwendung von Dentalamalgam für zahnärztliche Behandlungen zu verringern und den Übergang zu quecksilberfreien Alternativen zu fördern, damit sichergestellt ist, dass die durch Artikel 1 Nummer 1 der Verordnung (EU) 2024/1849 geänderten Vorgaben der Verordnung (EU) 2017/852 vollständig eingehalten werden, sowie eine Aktualisierung des der Kommission im Jahr 2019 im Zusammenhang mit Artikel 10 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2017/852 übermittelten Plans Nordirlands zur schrittweisen Verringerung der Verwendung von Dentalamalgam.

^(*) Beschluss Nr. 1/2023 des mit dem Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft eingesetzten Gemeinsamen Ausschusses vom 24. März 2023 zur Festlegung der Modalitäten für den Windsor-Rahmen (ABl. L 102 vom 17.4.2023, S. 61).